

AR 7034

5/31

Ernst Hamburger Collection

VII

Jewish Officials in the  
Judiciary and the Police

A 17/1

AR 7034

Ernst Hamburger Collection  
Box 5, Folder 31

Jewish officials in the Judiciary  
and the Police,

1928-1970's

M. Alterthum.

Tel-Aviv/Jad Elijahu, den 19. Januar 1973.  
Margolin-Str. 4 (Beth Gilah)  
Israel.

Sehr geehrter Herr Dr. Hamburger!

Auf Ihren, an Herrn Dr. Trauer gerichteten Brief vom 2. d. Mts. darf ich Ihnen wunschgemäß die Daten meines Lebenslaufs mitteilen:  
Geboren als Sohn jüdischer Eltern am 31.8.1887. Besuch des humanistischen Gymnasiums in Bernburg/Anhalt. 1906 Reifeprüfung. Rechtsstudium an den Universitäten München, Berlin und Halle. Von 1909 bis 1914 Gerichtsreferendar. August 1914 Gerichtsassessor. Von September 1914 bis Herbst 1916 Kriegsfreiwilliger (Ostfront). Ab Herbst 1916 bis zum Ende des Krieges Kriegsgerichtsrat. Von 1920 bis 1922 Regierungsrat in Dessau/Anhalt, ab 1922 Landgerichtsrat und ab 1.4.1928 Landgerichtsdirektor in Dessau. 1933 Entlassung aus dem anhaltischen Staatsdienst.

Tätigkeit auf jüdischem Gebiet:

Zionist von Jugend an. von 1920 bis 1934 Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde in Dessau, später Vorsitzender des Vorstandes, Mitglied des Kuratoriums der Baronin von John-Oppenheim-Stiftung und ehrenamtlicher Sekretär der Moses-Mendelssohn-Stiftung zur Förderung der Geisteswissenschaften. Gleichzeitig war ich zeitweise Vorstand der Zionistischen Ortsgruppe Dessau und Mitglied des Landesvorstandes der ZVFD. Nach meiner Entlassung aus dem Staatsdienst übersiedelte ich im Oktober 1934 nach Leipzig, wo ich die Organisation und Leitung des Zionistischen Gruppenverbandes Mitteldeutschland übernahm. Gleichzeitig gehörte ich dem Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde in Leipzig an und war in dieser Eigenschaft ehrenamtlicher Leiter des Sozialamts der Gemeinde, dem insbesondere die Förderung und Finanzierung der jüdischen Auswanderung, die Oberaufsicht über die Berufsausbildung und-Umschichtung der jüdischen Jugend im Bezirk Mitteldeutschland sowie die Errichtung von Umschichtungskursen oblag. Am 10. November 1938 Verhaftung und Internierung für ca. 1 Monat im KZ Buchenwald. Im März 1939 Auswanderung nach dem damaligen Palästina. Nach längerer Arbeitslosigkeit ab 1941 Tätigkeit für das Solidaritätswerk des IOM, ab 1950 Leiter der URO in Haifa. 1952 Ausscheiden aus dem jüdischen Dienst.

Jüdischer Gemeinderat

Ab 1944 bis heute bin ich Hon. Secretary und Ehrenvorsitzender des Verbandes ehem. deutscher Beamter und Angestellter/und als solcher für die Wiedergutmachung dieses Personenkreises tätig.

Im Wege der Wiedergutmachung 1952 Ernennung zum Ministerialrat a.D., später zum Senatspräsidenten a.D.

Von sonstigen jüdischen ehem. Beamten im anhaltischen Staatsdienst sind mir bekannt:

1. Dr. Paul Gärtner, s.A., Staatsanwalt in Bernburg; leider deportiert und umgekommen.

Lebendiger

2. Otto Cohn, Regierungsrat in Dessau, jetzt Oberregierungsrat a.D. Wohnt in Kfar Malal/Israel. Er ist der Sohn des von Ihnen erwähnten, 1933 verstorbenen Justizrats, vorm. Staatsrats und Landtagsabgeordneten Herr Dr. Hermann Cohn s.A.

3. Dr. Kurt Biebergeil, ehem. Landgerichtsrat in Dessau, der aber, wenn ich mich recht erinnere, getauft ist. Wohnt jetzt in Los Angeles USA.

Ich stelle anheim, aus vorstehenden Notizen das zu entnehmen, was Ihnen nützlich erscheint.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Ihr sehr ergebener

Martin Alterthum.

19

29. Januar 1973

Herrn Dr. Martin Alterthum  
Tel-Aviv/ Jas Eljahu  
Margolin-Str. 4 (Beth Gilah)  
Israel

Sehr geehrter Herr Dr. Alterthum,

Nehmen Sie meinen besten Dank fuer die eingehende Beantwortung meines an Herrn Dr. Frazer gerichteten und Ihnen uebermittelten Briefes. Ich bin Ihnen sehr verbunden, dass Sie sowohl Ihre Laufbahn als auch Ihre Tuetigkeit auf juedischem Gebiet so eingehend geschildert haben.

In MR vom 3. September 1972 war gesagt, dass Sie zum Ministerialrat ernannt worden seien (dies ist geklaert durch Ihre Information, dass Sie diese Ernennung in Folge der Niederlegung erhalten haben. Ferner war in dem Artikel gesagt, dass Sie seit 1928 Vorsitzender des Landesarbeitsgerichts von Anhalt waren. Davon erwahnen Sie in Ihrem Schreiben nichts, und ich nehme daher an, dass Ihre Tuetigkeit als Landgerichtsdirektor ab 1.4.1928 sich nicht auf das Gebiet des Arbeitsgerichts-wesen vollzogen hat.

*ausgewertet  
mit Herrn  
Cohn  
1973*

Dankbar bin ich Ihnen auch fuer Ihren Hinweis auf sonstige juedische ehemalige juristische Beamte im anhaltischen Staatsdienst. An Herrn Otto Cohn werde ich schreiben, auch wegen etwaiger zusaetzlicher Informationen ueber seinen Vater. Ueber diesen liegt vieles infolge seiner Tuetigkeit als Abgeordneter und im Vorstand des Centralvereins deutscher Staatsbuergere juedischen Glaubens vor. Auch der ehemalige Buergemeister von Dessau, Herse, der auch Mitglied der Nationalversammlung war, spricht wiederholt von Hermann Cohn.

Mit nochmaligem besten Dank und verbindlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

M.Alterthum. Tel-Aviv/Jad Eljahu, den 19.März 1973.

Sehr geehrter Herr Dr.Hamburger!

Ich danke Ihnen für Ihren frdl.Brief vom 29.1.1973.  
Da Sie anscheinend Wert auf meine frühere arbeits=  
rechtliche Tätigkeit legen, darf ich noch klarstellen,  
dass ich schon als Landgerichtsrat Vorsitzender des  
Landesarbeitsgerichts Dessau war und in gleicher Mi=  
genschaft auch nach meiner Ernennung zum Landgerichts=  
direktor ((1.4.1928) bis zu meiner Entlassung aus dem  
Staatsdienst tätig war.

Die Amtsbezeichnung " Ministerialrat a.D.", kürzlich  
geändert in " Senatspräsident a.D.", habe ich erst im  
Wege der Wiedergutmachung erhalten.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr sehr ergebener

*M. Alterthum*

דואר אוויר  
PAR AVION



AÉROGRAMME • איגרת אוויר

Mr.

Ernest Hamburger

67 Riverside Drive

New York, N.Y. 10024

U.S.A.

קפל שלישי

השולח — SENDER — EXPÉDITEUR

M. Alterthum

Tel-Aviv/Jad Eljahu

Margolin-Str.4 (Beth Gilah)

Israel.

קפל שני

קפל ראשון

איגרת שהושם בה דבר תישלח לפי תעריף של מכתב בדואר אוויר.

Un aérogramme contenant un objet quelconque sera envoyé au tarif d'une lettre-avion.

An aérogramme containing any enclosure will be sent at airmail-letter rate.



4

Dr. Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10024

14. Oktober 1970  
U/689-EH/IS

Herrn Dr. David Arian  
20 Hameyasdim Street  
Jerusalem, Israel

Lieber Herr Arian,

es ist eine lange Zeit her, dass Sie mich in den United Nations aufgesucht haben. Ich hoffe, es ist Ihnen inzwischen gut gegangen, und ich wende mich jetzt mit einer besonderen Bitte an Sie.

Wie Sie vielleicht wissen, habe ich ein Buch "Juden im Oeffentlichen Leben Deutschlands" im Auftrage des Leo Baeck Instituts, New York, veroeffentlicht, das die Zeit von 1848-1918 behandelt. Wenn es Sie interessiert, koennen Sie es auf einer der grossen Bibliotheken oder im LBI-Jerusalem einsehen.

Ich bin jetzt dabei, die Zeit von 1918-1933, also die Weimarer Periode, vorzubereiten. Es kommt mir darauf an, die Parlamentarier und Beamten moeglichst vollstaendig zu erfassen, obwohl vielen nur einige Zeilen gewidmet werden, oder sie nur in groe-sseren Zusammenhaengen bearbeitet werden koennen.

Hier moechte ich Ihre Hilfe fuer das Polizei-Praesidium erbitten, bei dem Sie ja beschaeftigt waren. Koennen Sie zunaechst fuer sich selber einige Zeilen ueber Ihren Lebenslauf geben, ebenso ueber die Zeit, in der Sie im Polizeipraesidium beschaeftigt waren, eventuell ueber die Gebiete, mit denen Sie sich befasst haben, oder sonst ueber einige Ereignisse oder Erinnerungen, die fuer das Buch wichtig sein koennen. Ich waere Ihnen dafuer sehr dankbar.

Bezuglich der anderen juedischen Beamten des P.P. weiss ich natuerlich genug ueber Bernhard Weiss, Martha Mosse, die erste Polizeiraetin in Preussen, hat uns einen mehrseitigen Lebenslauf ueber ihre Arbeit und

14. Oktober 1970  
U/689-EH/IS

Herrn Dr. David Arian, Jerusalem.

---

und sonstigen Erinnerungen geschickt. Neulich machte mich Rudolf Schindler, der Ihnen wohl noch in Erinnerung sein duerfte, darauf aufmerksam, dass auch Regierungsdirektor Kaiser am Polizei-Praesidium, Berlin, juedisch war, und dass er nach Israel gegangen ist. Wissen Sie von ihm etwas, und koennen Sie mir ueber ihn einige Informationen geben? \*

Sonst sind mir juedische Beamte am P.P. Berlin - ausser mir selber, der ich ja dort nicht gearbeitet sondern mich lediglich meinen parlamentarischen Aufgaben gewidmet habe - nicht bekannt. Kennen Sie noch jemanden, oder haben Sie sonst noch Informationen, die fuer mich wichtig sein koennten? Ueber die Abgeordneten bin ich aus persoenlicher Kenntnis bzw. durch die Handbuecher des Reichstags und des preussischen Landtags unterrichtet. Die juedischen Beamten bei Braun und Severing sind mir genuegend bekannt, und ueber die anderen Beamten in Preussen habe ich ausreichendes Material, so ueber Flatow, Wittels-hoefer, Herrnsstadt, Neufeld; ferner Lande, Selig, Kestenberg im Unterrichtsministerium. Von Kestenberg liegen ja auch die Memoiren vor, ich habe trotzdem vor, mich gelegentlich an seine Tochter zu wenden.

Es wuerde mich sehr freuen, wenn Sie die Luecken meines Wissens etwas ausfuellen koennten, und ich waere Ihnen fuer jeden Hinweis dankbar.

Mit freundlichen Gruessen in guter Erinnerung

Ihr

Ernest Hamburger

\*Ist die Information richtig? Ich zweifle etwas, da Kaiser noch in dem Handbuch fuer Verwaltungsbeamte fuer 1935 erscheint.

Vario 4

№ 30

z.Z. Tiberias Nov. 4. 1940

Lieber verehrter, lieber Hr. Hamburger.

Nach einer recht an- und  
aufregenden Zeit als Local Agent. Advisor in Lesotho, die ein en re  
voluntären Staatsreich ein schloss, befinde ich mich hier in  
Tiberias zur Erholung. Ihren Brief v. 14. Oktober d. J. be  
kam ich hierher nach geschickt. So bitte ich um Ver  
zeihung 1) für die Verzögerung in meiner Antwort,  
und 2) für das mangelhafte Schicksal dieses Briefes, aber an  
eine Schreibmaschin - Sekretärin ist natürlich hier in  
Tiberias nicht zu denken.

2. Lassen Sie mich bitte zum acht meiner Freude Ausdruck geben, eine  
Brief von Ihnen zu erhalten und zugleich meiner Bewunderung für  
Ihre literarisch - historische Aktivität. Ich stehe Ihnen mit  
Freude sehr gern mit allem meinem Erinnerungsvermögen, und den  
wenigen Unterlagen, die ich habe, zur Verfügung.

3. Ihre Anfrage betr. Conrad Kaiser: Er wurde als 'Kriegsteilnehmer'  
des ersten Weltkrieges nach der 'Macht ergreifung' gehalten, und  
arbeitete im Pol. Präsid. Berlin bis ca. 1937 oder 1938. Dann kam  
er nach dem damaligen Palästina und bekam sogar bis Kriegs  
ausbruch seine Beamtenpension übermessen. Später arbeitete er  
in der General Mortgage Bank of Palestine. Er starb in Tel  
Aviv am 25. 8. 1946. Daher erscheint er mit Recht im  
Handbuch für Verwaltungsbeamte für 1935. Er war Zionist  
und Mitglied des K.I.V. (und mir ein guter Freund)

4. Über Hermann Badt, nehme ich an, haben Sie alle Daten. Sein  
Witwe lebt in Tel Aviv.

5. Erscheint in Ihren Unterlagen, (Ihr enger Landsmann) Jo.



9. Nochmals lieber Herr An Hamburger, wenn Sie glauben das  
ich ich Ihnen in Ihrem Werk irgend wie behilflich sein kann,  
zögern Sie nicht, mir zu schreiben.  
Frühs heut

mit besten Grüßen

Ihr

W. A. M.

P.S. Ich ersehe aus der Liste der Instituts-Fellens in Ihrem Briefbogen,  
dass auch Herr Hans G. Reissner im Institut tätig ist.  
Würden Sie ihm mein Anliegen übermitteln?

2 Beilagen

h?  
 seph Marcus? Zuletzt, dh. beim Japan-Staats sprech Politische  
 Referent bei der Regierung in Düsseldorf. Bei Begrün-  
 dung des Staates Israel, konnte ich arrangieren, dass ihm  
 die Organisation des Einwohner-Melde und Registrierungs-  
 Wesen übertragen wurde, das bis heute in den von ihm gene-  
 genen Bahnen geht.

6. Israels Staats arch was ist Herr Alex Bein, ein Zögling des  
 Staatsarchiv in Potsdam

7. Wie er sich end bei Ihnen Robert M. W. Kempner? Er war in  
 Verbindung und in Verfolg des Eichmann Prozesses rweim dt in  
 Israel. Ich traf ihn einige Male in Frankfurt-a-M

8. In Ihrer Anfrage über mich: ich füge meinen 'Standard'-cur-  
 riculum vitae bei. Im Pol. Präs. Berlin war ich bis zum  
 Tage nach dem Papen-Putsch in der Politischen Abteilung Be-  
 ferent für die links radikale Bewegung. Am Tage nach  
 dem Papen-Putsch wurde mir das ganze Amt unpolitisch Wasser  
 referat übertragen. Nach ca 10 Tagen wurde ich auf Grund  
 eines Abkommens das Reichsgerichts Hof-Präsident Bumb  
 zwischen der Press Staatsregierung und dem Reichskommissar  
 für Preussen von Papen' zustande brachte als abgesetzten Press  
 Staatsregierung als Hilfsarbeit es unter den Minister-  
 rial Direktoren Brecht und Baack zur Durchführung des  
 Staatsgerichts Hof Prozesses in Leipzig übertragen. Viel-  
 leicht interessant! Sie ein Zeitungs Bild aus dieser Zeit

Biographical data on Dr. David D. Arian

28.5.1903 Born at Siemianovice, then German Silesia, now Poland

1921 - 1924 Study of Political Sciences and Law: Universities of Munich, Breslau, Freiburg and Berlin

1924 Dr. jur.

1924 - 1928 Cadet officer (Referendar)

1928 - 1932 District Administration Berlin (Regierungsassessor)

1932 - 1933 Prussian State Government

1933 Dismissed by the National-Socialist Government; now pensioned as Ministerial-Dirigent a.D.

1934 - 1943 General Mortgage Bank of Palestine, Tel-Aviv

1944 - 1948 Secretary to the Planning Commission of the Jewish Agency for Palestine (preparing, coordinating and following up the activities of the Commission in preparation of the future State of Israel)

1948 - 1949 Deputy Secretary to the Government of Israel

1949 - 1962) Government of Israel:

) Deputy Civil Service Commissioner

) Acting Civil Service Commissioner

1964 - 1965) President, Civil Service Disciplinary Court

1962 - 1964 On behalf of the United Nations, Technical Assistance Board (OPEX) - Administrator of the Imperial Ethiopian Central Personnel Agency, Addis-Ababa

1.6.1965 \* Retired from Israel State Service; continuing as Member of the Government Selection Board for Higher Government Officials and for the State Controller's Office

F 1969 - 1970 since 1952 F Lecturer in Public Administration, Hebrew University, Jerusalem, and Tel-Aviv

1962 - 1963 Visiting Professor (Public Administration) Haile Selassie University, Addis-Ababa

Married to Bat-Sheva Arian, nee Mirwis; two daughters

Home Address Jerusalem, Israel, 20, Hamejasdim Street, Phone 51765

F Local Government Adviser with the Government of Lesotho - on behalf of the United Nations.

5

13. Dezember 1970

Lieber Doktor Arian,

Recht herzlichen Dank fuer Ihr Schreiben vom 4. November, den Lebenslauf und die Zeichnung im Generalanzeiger fuer Dortmund, in der ich Sie nun nicht nur brieflich sondern auch bildlich wieder finden konnte. Alle Ihre Informationen waren mir sehr wertvoll und werden mir weiter helfen.

Bezgl. Conrad Kaisers haben Sie mich richtig auf die Kriegsteilnehmerfrage hingewiesen. Ich glaube allerdings nicht, dass er bis 1937 oder 1938 im P.P. Berlin geblieben sein kann, durch die Nuernberger Gesetze ist m.W. der Taetigkeit aller juedischer Beamter ein Ende gemacht worden. An Joseph Marcus habe ich natuerlich gedacht, wir waren ja Kollegen am Oberpraesidium Breslau (wenn er auch nicht mein engerer Landsmann war, denn ich bin ein alter Berliner und habe nur den umgekehrten Weg, naemlich von Westen nach Osten gemacht, als ich meine Verwaltungslaufbahn begann). Wir waren befreundet, und ich habe Marcus auf einer meiner Wahlreisen in Duesseldorf wieder besucht. Sie haben ein gutes Werk getan, dass Sie ihm in Israel eine Aufgabe in der Verwaltung verschafft haben, denn er war wohl recht verbittert, dass man ihn nach seiner Meinung nicht eine seinen Faehigkeiten entsprechende Stelle gegeben hatte. Vor einiger Zeit las ich im M B das ich regelmaessig verfolge, dass seine Witwe gestorben ist, wie vier waren in Breslau haeufig zusammen.

Alex Bein war vor 2 Monaten in New York, wo wir mit ihm ueber Fragen des Archivs des Leo Baeck Instituts gesprochen haben. Ich werde mich an ihn wenden wegen aller Persoenlichkeiten, die mit Archiven und Bibliotheken in der Weimarer Zeit verbunden waren. Mit Kempner stehe ich in Verbindung. Hier ergibt sich das allgemeine Problem, wie weit man die Bearbeitung der zahlreichen Beamten ausspinnen kann, die in der Weimarer Zeit noch wenig hervorgetreten dagegen spaeter weiterhin bekannt geworden sind. Wie Sie wissen, waren im MdI eine ganze Anzahl juedischer Beamter, von denen Baet und Hirschfeld als die prononciert politisch hervorgetretenen Beamten in erster Linie zu behandeln sind, dazu kommt der Sparkassen-Simon, der dann an die Provinzialverwaltung Brandenburg gegangen ist und noch hier in New York lebt, Abramowicz, der in London gestorben ist, Bandmann und selbstverstaendlich Fritz Rathenau, dem eine ausfuehrlichere Behandlung zuteil werden muss. Dies alles will sorgfaeltig ueberlegt werden, und ich bin noch nicht ganz sicher.

Ihre Gruesse an Keissner werde ich gerne ausrichten, ich sehe ihn von Zeit zu Zeit und wir telefonieren auch mit einander und er wird sich sicher ueber Ihre Erinnerung sehr freuen. Ich danke Ihnen sehr, dass Sie mir gestatten, mich weiterhin mit Fragen an Sie zu wenden und ich werde das gerne tun. Haben Sie noch einen Taschenkalender fuer Verwaltungsbeamte aus den letzten Jahren der Weimarer Zeit? Er koennte als Erinnerungsstuetze dienen, wenn Sie ihn mir leihweise ueberlassen wollen. Sie wuerden ihn nach der Benutzung, die nur wenige Tage in Anspruch nehmen wuerde, prompt zurueck erhalten.

Mit den besten Gruessen und nochmals herzlichem Dank

Ihr

ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, N.Y. 10024

2. November 1971

Herrn Archivdirektor Dr. Israel  
Stadtarchiv  
Steintorwall 15  
33 Braunschweig

Betr. Ihr Schreiben A 295/71  
AV-56/Qu  
vom 3. August 1971

Sehr geehrter Herr Dr. Israel,

Sie hatten die Freundlichkeit, mir die Adresse von Herrn Dr. Roloff mitzuteilen und mir dadurch zu ermöglichen, mich mit ihm direkt in Verbindung zu setzen. Leider hat dies kein Ergebnis gehabt, Frau Roloff, die von ihrem Gatten beauftragt wurde, meinen Brief zu beantworten, schrieb mir, dass er alle Unterlagen dem Stadtarchiv Braunschweig zur Verfügung gestellt habe und leider nicht in der Lage sei, mir darüber hinaus etwas zu sagen.

Ich erlaube mir daher, mich anlässlich der Vorbereitung des zweiten Teils meines Buches "Juden im öffentlichen Leben Deutschlands" noch einmal an Sie zu wenden und Sie zu fragen, ob Sie auf Grund dieser Unterlagen einige Fragen beantworten können, die ich an Herrn Dr. Roloff gerichtet habe. Betreffs des Wirkens des Rechtsanwalts Regensburger, der zeitweise demokratischer Landtagsabgeordneter war, hat mir bereits Ihr Herr Amtsvorgänger alles Essentielle mitgeteilt.

In dem Buch von Herrn Dr. Roloff "Braunschweig und der Staat von Weimar" wird auf S. 61, vorher auch auf S. 36, ein gewisser Gustav Rosenthal erwähnt. Er gehörte dem Rat der Kommissare in der Revolutionszeit an. Im Februar 1919 ist er von diesem Rat zurückgetreten. Hat Ihr Archiv Material, aus dem zu entnehmen wäre, welches sein Beruf war, ob er schon früher politisch hervorgetreten ist, welcher Partei er angehörte und ob er noch später politisch tätig gewesen ist? Ich nehme an, dass er jüdisch war, und es wäre mir angenehm, einige Zeilen über ihn veröffentlichen zu können.

./.

In der Sache die Seiten der Monarchie nicht gegeben. Levin wurde als einziger geachteter  
 Kommunist betrachtet. <sup>gerade</sup> Warum wurde ein Kammergericht, und dann ein  
 Junggericht, da und nicht einmal die br. Hochschulerigkeit hatte, auf  
 diese Posten berufen? Warum alle br. Richter, die mit der Hoffnung ge-  
 macht hatte, sich nicht entschloß. Ob Levin durch irgendeine Patrone die  
 Stelle erhalten hat, ist mir nicht bekannt.

In seiner wichtigsten Tätigkeit fand L. durch seine <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
 & je nach <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> Tätigkeit eine <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
 die <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
 ein <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
 in seiner <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
 bleiben. Es kann sein, dass er in den späteren Jahren seine <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>

L. war auch ein <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>

nach seiner <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>

<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>  
<sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup> <sup>Arbeitsleistung</sup> <sup>Arbeit</sup>

wasen habe die Seiten der Monarchie nicht vergessen. Lenin wurde als einziger Sprecher  
 kommunaler betrachtet. Warum <sup>warum</sup> wurde ein Kammergericht, was dem ein  
 Jungmann, der nicht nicht einmal die ev. Staatsangehörigkeit hatte, auf  
 diese Posten berufen? Kennet alle h. Richter, die mit solch Hoffnung ge-  
 macht haben, daß sie nicht enttäuscht. Ob Lenin durch irgendeine Petrograder die  
 Stelle erhalten hat, ist mir nicht bekannt.

In seiner vormaligen Tätigkeit fand L. durch seine <sup>Ausführung</sup> <sup>Verhalten</sup> <sup>erhalten</sup>  
 & jetzt nicht, durch politische Forderungen eine persönliche Verbindung zu  
 der Diktatur herbeizuführen. In den politischen Verträgen <sup>politisch</sup>  
 ein sehr persönliches Verhältnis unter der Diktatur. Seine in J. h.  
 in seiner Persönlichkeit (1931?) soll ein wenig erschaffen haben ge-  
 bleiben. Er kann nicht, denn in der späteren Jahre seine menschlichen  
 Merkmale, ein Mensch, der nicht nicht dazu beitragen, seine geistige  
 Leistung zu erhöhen.

L. war noch ein Despoten, es war in der Monarchie  
 Präsidenten der Priesterkammer. Auch ist habe meine Priester  
 unter ihm abgelegt. Er hat nicht ein gewisses, ob ein <sup>Verbindungswort</sup>  
 Priester. Lenin es brachten für allgemeine <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup>  
 gestanden. Er prüfte auch in dieser Hinsicht ein <sup>Verbindungswort</sup>  
 Priester, es habe in dieser Hinsicht in hohe <sup>Verbindungswort</sup>  
 hat seine Persönlichkeit haben Lenin J. eine solche war <sup>Verbindungswort</sup>  
 viele Jahre. Eine seine Tätigkeit bei der <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup>  
 Leitung, bekannt. Er habe nicht <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup>  
 hergestellt, aber den <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup>  
 das in <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup>  
 & sollte solle die im Jahre 1936 ist ein <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup>  
 seinen <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup>  
 & wurde über seine letzten Jahre, auch ist die <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup>  
 kann in <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup>  
 hauptsächlich in Paris (Kont.). Was ich <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup> <sup>Verbindungswort</sup>





Es ist kein Recht gemacht.

Das die einzelne Demokratie ein Stück der politischen Freiheit  
bedeutet, und eine Fortsetzung davon sein wird. Demokratie  
bedeutet in allem, die die ganze Teil der gesamten Freiheit des Landes  
gleichmäßig ist, die die Freiheit.

Es ist, wie ich Ihnen schon geschrieben habe, kein Recht. Solche die eine  
irgendeine Demokratie haben, die ist Ihnen selbstverständlich die Freiheit.

Die vollständigen Supplemente die ich

Ich gebe

K. v. K. v. K.

9

Dr. Friedrich-Wilhelm Holland  
Oberlandesgerichtspräsident a. D.

33 Braunschweig, den 19. 1. 22.  
Kollwitzstraße 4  
Fernsprecher (05 31) 33 00 56

*Präsident*

*Herrn Reichsgericht*

*Präsident  
des ersten Senats  
Kammergericht*

*9  
Jahres*

Ich beglücke Ihnen den Eingang Ihres Schreibens vom 13. 1.  
und freue mich, dass meine Briefe Ihnen für Sie wertbar waren.  
Fürstessa Frieda Hegemann ist die <sup>Präsidentin</sup> Präsidentin meiner Frau. Leider kann ich  
nicht seinen Lebenslauf ein Einzelnen aus nicht viel Betrachtung. Seine  
Lebensbahn ist nicht leicht, die Umstände sind nicht so lang.  
Auch das in den letzten Jahren „*Braunschweiger Zeitung*“ erschienenen  
Buch vom 19. 1. 1966 enthält leider nicht seine letzten Briefe.

Die Tätigkeit von Frieda Hegemann im *Landesparlament* ist bekannt  
und vor der Hand zu sein, während er Präsident der *Fr. Reichsgericht*  
und meine Heiratung *im* 1918 *war*. Sie hatte in einer eigenen  
Anstalt, die mir nicht bekannt ist.

Rechtlich ist, dass im 1918 in *Fr.* kein Ende der *Landesparlament*  
bei mir zu finden von *V. H.* & dabei allerdings der *Reichsgericht*, dass  
eine *Justizvollstreckungs* im 1918 *habe* *gewesen* ist.

Ich möchte Ihnen anheimgeben, wie wir *Fr.* *habe* *gewesen* in  
Verbindung zu setzen, *habe* *gewesen* *habe* *gewesen*. Seine *habe* *gewesen*  
*habe* *gewesen*, 69 *habe* *gewesen* *habe* *gewesen*. & *habe* *gewesen*  
*habe* *gewesen* *habe* *gewesen* *habe* *gewesen*.

Ich bin nicht bekannt, ob seine *habe* *gewesen* *habe* *gewesen*  
*habe* *gewesen* *habe* *gewesen* *habe* *gewesen* *habe* *gewesen*  
*habe* *gewesen* *habe* *gewesen* *habe* *gewesen*.

Ich stelle Ihnen bei *habe* *gewesen* *habe* *gewesen*, dass *habe* *gewesen*

Rats bedürfen und verbleibe mit verbundenen Augen

zu geben

Dr. W. Hollmann.

ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive, New York NY 10024

*Mr. Heymann (Braunschweig)*

2. Februar 1972

Herrn  
Oberlandesgerichtspräsident A.D.  
Dr. Friedrich-Wilhelm Holland  
33 Braunschweig  
Kollwitzstrasse 4

Sehr geehrter Herr Holland,

ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom  
19. Januar und danke Ihnen sehr, dass Sie sich von  
neuem die Mühe gemacht haben, meine Fragen zu beantworten.

Ihre Information ueber die Taetigkeit von Victor  
Heymann im Stadtparlament und als Praesident der  
Braunschweiger Rechtsanwaltskammer ist mir wichtig.  
An Herrn Dr. Gutkind habe ich geschrieben.

Mit verbindlichen Empfehlungen

und nochmaligem Dank

Ihr ergebener

Der Bundesminister der Justiz

53 Bonn, den 16. April 1973

Postfach  
Tel. 20171  
Hausruf

305

- Archiv 97/73 -

*J* url  
*als Quelle*  
*Zitieren*

Herrn  
Ernest H a m b u r g e r  
67 Riverside Drive

New York, N.Y. 10024  
U S A


- Auf Ihr Schreiben vom 29. März 1973 -

Sehr geehrter Herr Dr. Hamburger,

als Anlage übersende ich Ihnen Ihrem Wunsch entsprechend Ablichtung einer Liste der "Richter, Staatsanwälte und sonstige Justizbeamte, die jüdische Mischlinge sind oder mit Jüdinnen und jüdischen Mischlingen verheiratet sind" aus dem Jahre 1937.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag



(Schlageter)

Anlage zum  
 Brief d. Bundesverein d. Leibes (Schlageter) 9  
 Kreisrat A v. 16. April 1973

Der Leiter, Kreisratrat und Leiter, der  
 zeitlich tätigen 1. Grades sind.

Nr.	Name	Dienstbezeichnung	Bezirk	Verantwortungsbereich	Voraussetzungen
			<u>a. Kreisrat</u>		
1	Bros, Albert	Kg Rat	Berlin	Berlin	
2	Hoeniger, Walter	"	"	"	
3	Dr. Kleinmann, Günter	"	"	"	
4	Dr. Waskow, Fritz	"	"	"	
5	Dr. Erdreich, Josef	Lg Rat	"	"	
6	Kaiser, Walter	Ag Rat	"	"	
7	Dr. Kuhnert, Frank	"	"	"	
8	Dr. Lorenz, Otto	" (Lg Rat)	"	"	
9	Wassentberger, Hans	"	"	"	
10	Baden, Graf	"	Chemnitz	Dresden	
11	Dr. von Bose, Ernst	Lg Rat	Dresden	"	Zu Nr. 11: Dies ist die 1. Gradesverpflichtung d. 1. Grades (Kategorie 1) (Kategorie 2) (Kategorie 3) (Kategorie 4) (Kategorie 5) (Kategorie 6) (Kategorie 7) (Kategorie 8) (Kategorie 9) (Kategorie 10) (Kategorie 11) (Kategorie 12) (Kategorie 13) (Kategorie 14) (Kategorie 15) (Kategorie 16) (Kategorie 17) (Kategorie 18) (Kategorie 19) (Kategorie 20) (Kategorie 21) (Kategorie 22) (Kategorie 23) (Kategorie 24) (Kategorie 25) (Kategorie 26) (Kategorie 27) (Kategorie 28) (Kategorie 29) (Kategorie 30) (Kategorie 31) (Kategorie 32) (Kategorie 33) (Kategorie 34) (Kategorie 35) (Kategorie 36) (Kategorie 37) (Kategorie 38) (Kategorie 39) (Kategorie 40) (Kategorie 41) (Kategorie 42) (Kategorie 43) (Kategorie 44) (Kategorie 45) (Kategorie 46) (Kategorie 47) (Kategorie 48) (Kategorie 49) (Kategorie 50) (Kategorie 51) (Kategorie 52) (Kategorie 53) (Kategorie 54) (Kategorie 55) (Kategorie 56) (Kategorie 57) (Kategorie 58) (Kategorie 59) (Kategorie 60) (Kategorie 61) (Kategorie 62) (Kategorie 63) (Kategorie 64) (Kategorie 65) (Kategorie 66) (Kategorie 67) (Kategorie 68) (Kategorie 69) (Kategorie 70) (Kategorie 71) (Kategorie 72) (Kategorie 73) (Kategorie 74) (Kategorie 75) (Kategorie 76) (Kategorie 77) (Kategorie 78) (Kategorie 79) (Kategorie 80) (Kategorie 81) (Kategorie 82) (Kategorie 83) (Kategorie 84) (Kategorie 85) (Kategorie 86) (Kategorie 87) (Kategorie 88) (Kategorie 89) (Kategorie 90) (Kategorie 91) (Kategorie 92) (Kategorie 93) (Kategorie 94) (Kategorie 95) (Kategorie 96) (Kategorie 97) (Kategorie 98) (Kategorie 99) (Kategorie 100)
12	Dr. von Bose, Günther	Ag Rat	Leipzig	"	
13	Dr. Rosenthal, Hans	"	"	"	
14	Schille, Fritz	"	"	"	
15	Weise, Fritz	Lg Rat	Dresden	"	
16	Dr. Rosendorf	"	Frankfurt (Main)	Frankfurt	
17	Dr. Rittmeyer	OLg Rat	Hamburg	Hamburg	
18	Brunnerfeld	Lg Rat	"	"	
19	Dr. Bruski, Johannes	OLg Rat	Hamm (Westf.)	Hamm	
20	Kopf. von Rosen	Ag Rat	Rastatt	Karlsruhe	
21	Dr. Altschuler	"	Kassel	"	
22	Kotzmann	"	Kassel (Hessl.)	Kassel	
23	Dr. Wernicke	"	Gießen	"	
	Zu I. a. 2. 18/19/20			29	24

Nr.	Name	Ausbringung	Wohnort	Wahlbezirk	Bemerkungen
-----	------	-------------	---------	------------	-------------

24	Karuse, Rufart	0/9 Res	Königsberg (P.)	Königsberg	
25	Lehnemann, Lorenz	0/9 Res	"	"	
26	Gilt, Güyo	"	Merken	Merken	
27	Dr. Schäper, August	"	Ending	"	
28	Lambacher, Wurtz	"	Wolfsbhausen	"	
29	Dr. Pries, Karl	"	Wien	Wien	

b. Neubausatz

Wien

c. Wien (Künnstadt)

1	Dr. Beer, Johann	Wien	Graz	Graz	
2	Dr. Graf, Friedrich	"	Sankt Leonhard	"	
3	Dr. Uebel, Gustav	"	Hamburg	Hamburg	
4	Dr. Feyock, Georg Jakob	"	Feuchtwangen	Merken	



Vorname B

des Rapp, Hasbunwille mit Notar,  
die politische Bittlinge 2. Grades sind.

Nr. No.	Name	Ausbezugsperson	Wohnort	Verlaufsgerichtl. Bezirk	Zusatzangaben
<u>a. Rapp</u>					
1	Dr. Reichenham, Berlin	Rg Res	Leipzig	-	
2	Lochhorn, Wernau	Lg Str.	Berlin	Berlin	
3	Wachler, Mag.	"	"	"	
4	Hellwig, Leipzig	Lg Res	"	"	
	<del>Wachler, Mag.</del>	"	"	"	
5	Altmann, Grotzsch	Rg Res	"	"	
6	Bellmann, Grotzsch	"	"	"	
7	Siebert, Franzen	"	"	"	
8	Dr. Trefftz, Franzen	"	"	"	
9	Kellberg, Grotzsch	"	Potsdam	"	
10	Trinkler, Kötter	" (Lg Str.)	Braunschweig	Braunschweig	
11	Baier, Grotzsch	OLg Res	Breslau	Breslau	
12	Meperhoff	Lg Res	Göttingen	Lehe	
13	Dr. Demhardt, Walsrode	"	Leipzig	Dresden	
14	Wannisfeld, Grotzsch	"	Dresden	"	
15	Baerns, Wernau	"	Düsseldorf	Düsseldorf	
16	Dr. Keggemann, Grotzsch	Rg Res	"	"	
17	Dr. Lohmann, Grotzsch	"	Duisburg	"	
18	Dr. Ahlgrimm, Kötter	Lg Res	Graz	Graz	
19	Dr. Uhlir	Lg Str.	Hamburg	Hamburg	
20	Kempmann	Rg Res	"	"	
21	Polaczek, Wierßen	Lg Str.	Salzburg	Fürstentum	
	Dr. I. a. 2 286741		31		<u>cc</u>

11. Nr.	Name	Ausstellungsrichtung	Wohnort	Abholungsgericht Ort	Sammlungen
2	von Kirchheim	Ag. Rat	Hannheim	Karlsruhe	
3	von Winklerfels	Lg. Rat	"	"	
4	Reuber	Lg. Str.	Kassel	Kassel	
5	Dr. Scher	"	Kiel	Kiel	
6	Dr. Karkell	Lg. Rat	"	"	
7	Ehrenberger, Litzel	"	Fraunstein	Wiesbaden	
8	Weller, Litzel	"	Erfurt	Hamburg	
9	Dr. Beyersdorff, Gump	"	Oldenburg	Oldenburg	
10	Mahmmeder, Anton	Ag. Rat	Neustadt	Rostock	
11	Kraft, Rappert	"	Lehrerin	"	
12	von Kletst	"	Stolz (Pom.)	Helm	
13	Bömer, Furtig	"	Hessenberg	Münster	
14	Lahola, Karl	Lg. Str.	Wien	Wien	
15	Dr. Kunk, Karl	"	"	"	
16	Dr. Spitzer, Gaurig	Ag. Rat	"	"	
<u>b. Nassauische</u>					
1	Dr. Knossalla	H.A.	Breslau	Breslau	
2	Dr. Fleun	"	Osnabrück	Wille	
3	Pfeifer	"	Hannover	"	
4	Feyen	"	Hamburg	Hamburg	
5	Reincke	"	Paderborn	Hann	R. ist unter die Verantwortlichkeit für die Gopratas und Kerkpafes keinen Kaufpreis erbringen können.
<u>c. Kolar (Kinnstare)</u>					
1	Dr. Lievking, Ulrich	Kolar	Hamburg	Hamburg	
2	Dr. Schiff, Stefan	"	Wien	Wien	

Vergleichs C

von Kupfer, Hasenwolle mit Notizen,  
die mit Fittman verglichen sind.

Nr.	Name	Ausblanzführung	Werkort	Verkaufsort	Bemerkungen
<u>a. Kupfer</u>					
1	Koch, Ernst	Ag Ras	Berlin	Berlin	
2	Dr. Müller, Johannes	Lg Str.	Dresden	Dresden	
3	Dr. Fölsch, Wilhelm	Ag Ras	Wuppertal	Düsseldorf	
4	Dr. Berndt	Ag Ras	Frankfurt (Main)	Frankfurt	
5	Berker, Gans	Ag Ras	"	"	
6	Rheinländer, Anton	"	Dortmund	Darmstadt	
7	Marsens, Wilhelm	"	Hannover	Karlsruhe	
8	Dr. Puffenberger	Ausbl. in Lauscha	Oppeln	Katowitz	
9	Dr. Farnow, Ernst	Ag Ras	Köln	Köln	
10	Dr. Wölzel, Robert	Lg Str.	Reichenheim	Reichenheim	W. bezeugt, dass Wölzel für eine seine Kupferprobe in Düsseldorf entworfen worden. In der W. steht für ein Kupfer wie es ist.
11	Walther, Gans	Ag Ras	"	"	
<u>b. Hasenwolle</u>					
Darmstadt					
<u>c. Eisen (Kümmel)</u>					
1	Faller	Kupfer	Solingen-Phlego	Düsseldorf	
T. a 2 250/41					

Vergleichsliste D

Vor Kipser, Haarbaumwolle und Wolle,  
 im mit Aufhängen 7. Grades nachfolgendes sind.

Hft. Nr.	Name	Ausstellungsnummer	Wolle	Produktionsort:	Bezeichnungen
			<u>a. Kipser</u>		
1	Dr. Schmitz, Nippen	Lg Str.	Berlin	Berlin	
2	Von den Bercken, Kist	"	"	"	
3	Dr. Kempas, Litz	Lg Ras	"	"	
4	Dr. Büchler, Grotz	Lg Ras	"	"	
5	Dr. Eiswaldt, Albert	"	"	"	
6	Dr. Gottbold, Friedrich	"	"	"	
7	Dr. Heinicke, Walter	"	"	"	
8	Schöke, Karl	"	"	"	
9	Stapmann, Paul	"	"	"	
10	Dr. Willmann, Rudolf	(Lg. Str.)	"	"	
11	Fichte, Paul	Lg Ras	Leipzig	Bamberg	
12	Winkelky, Gust	0Lg Ras	Breslau	Breslau	
13	Dr. Vase, Alfred	Lg Ras	"	"	
14	Bauer	0Lg Ras	Celle	Celle	
15	Weiß	Lg Str.	Darunstatt	Darunstatt	
16	Dr. Goldfriedrich, Hans	Lg Ras	Zwickau (Vork.)	Dresden.	
17	Kreuz, Friedrich	Lg Ras	Meißen	"	
18	Schulze-Heinberg, Hermann	"	Lippstadt	Hamm	
19	Weller, Alfred	"	Strozheim	Karlsruhe	
20	Dr. Anschütz, Hans	Lg Ras	Freiburg (Breisg.)	"	
21	Dr. Tapp, Carl	Lg Ras	Wienstein	Wienstein	
22	Kawchhoff	Lg Ras	Erfurt	Hannenburg	
			34		<u>23</u>
	L. I. a 2280/41				

Nr.	Name	Auss. bezeichnung	Wohnort	Bedeutungsgebiete	Lebensleistungen
23	Dr. Scheraz	Ag. Rat	Käthowitz Ostpreu.	Prag	
24	Bialowski	Lg. Dir.	Hargard	Stettin	
25	Dr. Goldes	Ag. Rat	Schleswig (Preu.)	"	
26	Dr. Köller, Robert	Lg. Dir.	Wien	Wien	
27	Dr. Wolski, Friedrich	Ag. Rat	"	"	
<u>b. Nassau-Weilburg</u>					
1	Dr. Rinders, Franz	OMA.	Dresden	Dresden	
<u>s. Witten (Lüneburg)</u>					
1	Dr. Winkemann, Carl	Wasser	Hamburg	Hamburg	
2	Dr. Pauls-Röcken, Paul	"	Wien	Wien	

Vergleichsprotokoll E

Der Kaiser, Staatsbeamten mit Kosten,  
für die Mitteilungen d. Protokolls verfertigt sind.

Nr.	Name	Ausstellungsart	Wohnort	Protektionsbezirk	Bemerkungen
<u>a. Kaiser</u>					
1	Kraeder, Josef	Lg. Ras.	Berlin	Berlin	
2	Weber, Gustav	Lg. Ras.	"	"	
3	Encke, Rudolf	Agr. Ras.	Barnuth	"	
4	Lauber, Johann	v. Ausst. u. p.	Ebern	Bamberg	
5	Dr. Koerike	Von Prof.	St. Gallen	Salle	
6	Dr. Wessel, Gustav	Agr. Ras.	Detmold	"	
7	Hoppe	"	Burgwedel	"	
8	Walker	Lg. Ras.	Ulm	Darmstadt	
9	Rahn	Agr. Ras.	Gros Gerau	"	
10	Dr. von Bose, Ernst	Lg. Ras.	Dresden	Dresden	von B. ist f. alle protokoll. d. Kaiser f. gratis. Was f. von dem Kaiser aus f. hands. u. f. a. Kaiser f. A
11	Dr. Brink, Gustav	Agr. Ras.	Düsseldorf	Düsseldorf	
12	Schroder, Franz	Agr. Ras.	Dwisting-Rubroth	"	offenbar die f. f. f. in f. f. Kronen mit d. f.
13	Kaufmann	Lg. Ras.	Frankfurt (Main)	Frankfurt	
14	Dr. Schöner, Gustav	Lg. Ras.	Leben	Gras	
15	Dr. Walter, Viktor	Agr. Ras.	Karlsruhe	"	
16	Dr. Lenz Waldholz	"	Hamburg	Hamburg	
17	Dr. Böhm, Robert	"	Zwickau (H. König)	Leitmeritz	
18	Dr. Job, Josef	"	Weseritz	"	
19	Wernisch, Emil	"	Falkenberg	"	
20	Fischer	Lg. Ras.	Magdeburg	Hamburg	
21	Dr. Pfeiderer, Wolfgang	Agr. Ras.	Hustgart	Hustgart	
22	Dr. Tesly, Gustav	Lg. Ras.	Znaim	Wien	
	Z. I. a. 2 20/04		36		b.

Nr.	Name	Ausbezeichnung	Waport	Herkunftsgeogr. Bezirk	Lagerort
-----	------	----------------	--------	------------------------	----------

b. Nassauische

1	Dr. Schaur, Grotz	No.	Frankfurt (Main)	Frankfurt	
2	Wälzholz	"	Ragen	Hauen	
3	Dr. Seither, Basel	Grotz No.	Regensburg	Hirenberg	

c. Wess (Königsberg)

1	Dr. Sondler	Köber	Duisen	Köln	
2	Dr. Lademus, Kroat	"	Hamburg	Hamburg	
3	Dr. Krieger, Ginnig	"	Kornenburg	Wien	

Verzeichnis F

für Rüstler, Haarbauwolle und Wolle,  
 die mit Jüdischen oder jüdischen Hilflingen verfahren waren

№	Name	Ausb.- bezeichnung	Werkort	Werk- Lagerort Lagerort	Jüdischen- Hilflinge bzw. Hilflingengrad für jüdischen Hilfling	Bearbeitungs- jahr
<u>a. Rüstler</u>						
1	Dr. Wiske, Oswald	haarb. Rüstler	Kristin	Berlin	Jüdin	früher tätig, ab 1927
2	Dr. Goldmann, Otto	Lg Rüst	Leipzig	Dresden	Jüdin	Apr 1927 verfahren
3	Dr. Eglscher, Karl	Lg Wv.	Wien	Wien	Jüdin	Apr 1935 gefasst
4	Dr. Lahr, Karl	Lg Rüst	"	"	Jüdin	Apr 1938 gefasst
5	Rehm, Edgar	Lg Wv.	"	"	Jüdin	Apr 1934 gefasst
6	Dr. Tinsara, Edgar	Ag Rüst	"	"	Jüdin	Apr 1938 gefasst
7	Schwendorf, Fritz	Lg Rüst	Berlin	Berlin	Hilfling, unbekannt nach Auf- fassung Jüdin	Apr 1924 gefasst
8	Wagner, Gustav	Lg Rüst	"	"	1. Grad	Apr gefasst
9	Dr. Kraus, Rudolf	Ag Wv.	Villach	Graz	1. Grad	Apr 1939 verfahren
10	Schwarzböck, Josef	Lg Wv.	Klagenfurt	"	1. Grad	Apr 1933 gefasst
11	Dr. Mazur, Oskar	Lg Rüst	Kerschbühl	Leitmeritz	1. Grad	Apr 1935 gefasst
12	Dr. Eitel, Rudolf	Lg Rüst	Reichenberg	"	1. Grad	Apr 1936 gefasst
13	Dr. Treiber, Hermann	Ag Rüst	Wien	Wien	1. Grad	Apr 1938 gefasst
14	Dr. Hogenauer	Ag Rüst	Briem	Prag	Vollst. 2. Grad	Apr 1923 gefasst
<u>b. Haarbauwolle.</u>						
1	Seidenspinner	Wl.	Berlin	Berlin	Jüdin	Apr 1928 gefasst
2	Ludes, Anton	"	Leitmeritz	Leitmeritz	Jüdin	Apr 1924 gefasst
3	Vebrigs	"	Wappetal	Düsseldorf	1. Grad	Apr 1934 gefasst
<u>c. Wolle (Körner).</u>						
1	Dr. Turkowal, Johann	Wolle	Wien-Retzing	Wien	2. Grad	Apr 1920 verfahren



N a m e n s v e r z e i c h n i s  
der jüdisch versippten Beamten.

I. Richter.

Reichsgericht:

1. Gerlach, RGRat

Kammergerichtsbezirk:

2. Brennhausen, LGDir. in Berlin,

3. Dr. Paech, " " "

4. Koch, AGRat " "

5. Steinhaus, LGDir. " "

6. Reinshaus, AGRat " "

7. Dr. Korsch, LGDir.,  
AGRat " "

8. Heegner, LGRat " "

9. Bierbaum, AGRat " "

10. Wilde, A.u.LR. " "

*Limps zu KGR*

OLGBezirk Bamberg:

11. Krauss, AGRat " Bayreuth,

OLGBezirk Dresden:

12. Dr. Joh. Müller, LGDir. " Dresden

OLGBezirk Düsseldorf:

13. Dr. Fölsch, AGRat " Wuppertal-Elberfeld

OLGBezirk Frankfurt a.M.:

14. von Seggern, " " Frankfurt a.M.

15. Berndt OLGRat " "

16. Becker, LGRat " "

17. Mencke, AGRat " "

18. Martino, LGRat " "

OLGBezirk Hamm:

- ✓ 19. Dr. Grebe, LGDir. in Dortmund
- ✓ 20. Dr. Schlüter, AGRat " "
- ✗ 21. Rheinländer, " " "
- ✓ 22. Dr. Dr. Wimmer, " " "

OLGBezirk Karlsruhe:

- ✓ 23. Martens, LGRat " Mannheim ✓

OLGBezirk Köln:

- ✓ 24. Dronke, " " Köln
- ✓ 25. Dr. Jansen, " " "
- ✓ 26. Lingemann, " " "

OLGBezirk Königsberg:

- ✓ 27. Dr. Wiedenhoft, LGDir. " Königsberg *auf Befehl*

OLGBezirk München:

- ✓ 28. Dr. Wölzl, " " München ✓
- ✓ 29. Walther, LGRat " München

OLGBezirk Nürnberg:

- ✓ 30. Ehrl, " " Nürnberg ✓
- ✓ 31. Opperl, AGRat " "

OLGBezirk Stettin:

- ✓ 32. Toepffer, LGDir. " Stettin

OLGBezirk Stuttgart:

- ✓ 33. Pfleiderer, AGDir. " Heilbronn ✓

OLGBezirk Zweibrücken:

- ✓ 34. Dr. Ritterspacher, LGRat " Frankenthal ✓
- ✓ 35. Ritter, " " Kaiserslautern.

II. Mittlere und untere Beamte.Kammergerichtsbezirk:

- |                  |                             |
|------------------|-----------------------------|
| ✓ 1. Pekel,      | JustSchr. in Guben          |
| ✓ 2. Gerlach,    | JOJInsp. in Brandenburg     |
| ✓ 3. Treptow,    | JustInsp. in Berlin         |
| ✓ 4. Kliemchen,  | OGVollz. in Charlottenburg  |
| ✓ 5. Hartmann,   | JustInsp. in Berlin-Wedding |
| ✓ 6. Kollosche,  | JustSchr. in Landsberg      |
| X 7. Taubert,    | GKVollz. in Berlin          |
| ✓ 8. Pasternack, | JustSchr. in Berlin         |
| ✓ 9. Stitz,      | JustInsp. in Berlin         |
| ✓ 10. Kaul,      | JustInsp. in Charlottenburg |
| ✓ 11. Glockmann, | JustInsp. in Berlin         |
| ✓ 12. Riewe,     | JOJInsp. in Schöneberg      |

OLGBezirk Celle:

- |                |                       |
|----------------|-----------------------|
| ✓ 13. Hamel,   | JustSchr. in Hannover |
| X 14. Bentler, | JustInsp. in Meppen   |

OLGBezirk Darmstadt:

- |              |                  |
|--------------|------------------|
| ✓ 15. Weber, | Kzlass. in Worms |
|--------------|------------------|

OLGBezirk Düsseldorf:

- |                   |                           |
|-------------------|---------------------------|
| ✓ 16. Volkmann,   | JustInsp. in W.-Elberfeld |
| ✓ 17. Stutzinger, | JustInsp. in Duisburg     |

OLGBezirk Frankfurt a/Main:

- |               |                            |
|---------------|----------------------------|
| ✓ 18. Lopper, | Kzlschr. in Frankfurt/Main |
|---------------|----------------------------|

OLGBezirk Hamburg:

- |                  |                      |
|------------------|----------------------|
| ✓ 19. Schreiber, | JustInsp. in Altona  |
| ✓ 20. Gatzmann,  | JustSchr. in Hamburg |

OLGBezirk Hamm:

21. Wirtz, JustInsp. in Münster

OLGBezirk Kiel:

22. Nölke, JustWachtm. in Kiel

OLGBezirk Königsberg:

23. Barth, JOInsp. in Königsberg

OLGBezirk Marienwerder:

24. Rabenack, JustInsp. in Marienwerder

OLGBezirk Stuttgart:

25. Ladewig, JustAss. in Stuttgart

26. Spangenberg, " in Tübingen.

---

III. N o t a r e.Kammergerichtsbezirk:

1. Joachim Beutner in Berlin
2. Gerhard Bollert " "
3. Siegismund Effenert" "
4. Wolfgang Finster " "
5. Richard Grashoff " "
6. Franz Kremer " "
7. Walther Lorenz " "
8. Otto Wilhelm Frhr. von Lüdinghausen  
gen. Wolff in Berlin
9. Hermann Pohrt " Rheinsberg
10. Max Puhmann " Berlin
11. Karl Radke " "
12. Ludwig Ruge " "
13. Max Rumpel " "
14. Gustav Rust " Kirchhain
15. Walter Schmidt " Berlin
16. Iwan Storp " "
17. Wilhelm Thiele " "
18. Georg Thierkopf " "
19. Erich Vogel " "
20. Lothar Welt " "

OLGBezirk Hamburg:

21. Walter Neumann in Bremerhaven
22. Karl Wichmann " Hamburg

OLGBezirk Hamm:

23. Georg Schenkel " Iserlohn

OLGBezirk Königsberg:

24. Kurt Zeisig " Nikolaiken

OLGBezirk Naumburg:

- |                    |                |
|--------------------|----------------|
| 25. Eduard Müller  | in Quedlinburg |
| 26. Johannes Pomme | " Halberstadt  |

OLGBezirk Rostock:

- |                 |           |
|-----------------|-----------|
| 27. Curt Tardel | " Rostock |
|-----------------|-----------|

OLGBezirk:Jena:

- |                        |             |
|------------------------|-------------|
| 28. Günther Gottschalk | " Gotha     |
| 29. Georg Pracht       | " Eisenach. |

IV. Reichspatentamt.

1. Hinrichs, Dr. phil., ORRat in Berlin.

-----

Namensverzeichnis  
der jüdisch versippten Beamten aus den Bezirken  
des Herrn Staatssekretärs Dr. Freisler.

I. Richter

Kammergerichtsbezirk:

- |                 |                  |
|-----------------|------------------|
| 1. Brennhausen, | LGDir. in Berlin |
| 2. Dr. Paech,   | LGDir. " "       |
| 3. Koch,        | AGRat " "        |
| 4. Steinhaus,   | LGDir. " "       |
| 5. Reinshaus,   | AGRat " "        |
| 6. Dr. Korsch,  | LGDir. " "       |
|                 | AGRat " "        |
| 7. Heegner,     | LGRat " "        |
| 8. Bierbaum,    | AGRat " "        |
| 9. Wilde,       | A.u.LR. " "      |

OLGBezirk Dresden:

- |                      |                   |
|----------------------|-------------------|
| 10. Dr. Joh. Müller, | LGDir. in Dresden |
|----------------------|-------------------|

OLGBezirk Stettin:

- |               |                   |
|---------------|-------------------|
| 11. Toepffer, | LGDir. in Stettin |
|---------------|-------------------|





II. Mittlere und untere Beamte.Kammergerichtsbezirk:

1. Pekel, JustSchr. in Guben
2. Gerlach, JOInsp. in Brandenburg
3. Treptow, JustInsp. in Bln.-Neukölln
4. Klienchen, OGVollz. in Charlottenburg
5. Hartmann, JustInsp." Bln.-Wedding
6. Kolloosche, JustSchr." Landsberg
7. Taubert, GKVollz. " Berlin
8. Pasternack, JustSchr." Berlin
9. Stitz, JustInsp." Berlin
10. Kaul, JustInsp." Charlottenburg
11. Glockmann, JustInsp." Berlin
12. Riewe, JOInsp. " Schöneberg

OLGBezirk Celle:

13. Hamel, JustSchr. in Hannover
14. Bentler, JustInsp. in Meppen

OLGBezirk Hamburg:

15. Schreiber, JustInsp. in Altona
16. Gutzmann, JustSchr. in Hamburg

OLGBezirk Kiel:

17. Nölke, JustWachtm. in Kiel.
-

III. N o t a r e .

Kammergerichtsbezirk:

- 1. Joachim Beutner in Berlin
- 2. Gerhard Bollert " "
- 3. Sigismund Effenert " "
- 4. Wolfgang Finster " "
- 5. Richard Grashoff " "
- 6. Franz Kremer " "
- 7. Walther Lorenz " "
- 8. Otto Wilhelm Frhr. von Lüdinghausen  
gen. Wolff in Berlin
- 9. Hermann Pohrt " Rheinsberg
- 10. Max Puhmann " Berlin
- 11. Karl Radke " "
- 12. Ludwig Ruge " "
- 13. Max Rumpel " "
- 14. Gustav Rust " Kirchhain
- 15. Walter Schmidt " Berlin
- 16. Iwan Storp " "
- 17. Wilhelm Thiele " "
- 18. Georg Thierkopf " "
- 19. Erich Vogel " "
- 20. Lothar Welt " "

OLGBezirk Hamburg:

- 21. Walter Neumann in Bremerhaven
- 22. Karl Wichmann " Hamburg

OLGBezirk Hamm:

- 23. Georg Schenkel in Iserlohn

OLGBezirk Königsberg:

24. Kurt Zeisig in Nikolaiken

OLGBezirk Naumburg:

25. Eduard Müller in Quedlinburg

26. Johannes Pomme " Halberstadt

OLGBezirk Rostock:

27. Curt Tardel " Rostock

OLGBezirk Jena:

28. <sup>Günther</sup>~~Günther~~ Gottschalk in Gotha.

29. Georg Pracht " Eisenach.

Der Bundesminister der Justiz

- Archiv 219a/72 -

53 Bonn, den 25. Januar 1973

Postfach  
Tel. 20171  
Hausruf 296

Herrn  
Dr. Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive

New York N.Y. 10024

U S A

*url*  
*107 7. 10. 1977*  
*www. de. de. jeh. de. de.*  
*erhalten*  
*später*

Sehr geehrter Herr Dr. Hamburger,

die Recherchen, die ich auf Ihrem Brief vom 15. Dezember 1972 im Archiv des Bundesjustizministeriums habe anstellen lassen, sind leider wenig ergiebig ausgefallen. Sie müssen wissen, daß die schriftliche Überlieferung der früheren Obersten Justizbehörden - soweit sie überhaupt erhalten blieb - auf verschiedene Verwahrstellen verstreut und insofern ein Spiegelbild der zerissenen deutschen Nachkriegssituation ist. Als halbwegs einschlägige Quelle hat sich hier nur eine Zusammenstellung über "Richter, Staatsanwälte und sonstige Justizbeamte, die jüdische Mischlinge sind oder mit Jüdinnen und jüdischen Mischlingen verheiratet sind" aus dem Jahre 1937 angefundnen. Nach Gegenstand und Zeitpunkt dürfte sie für Ihr Thema nicht von Interesse sein. Was die von Ihnen namentlich genannten Richter und Beamten angeht, konnten im Archiv lediglich die Personalakten Landsberg und Rosenfeld ermittelt werden. Sie enthalten, wie bei Personalvorgängen üblich, überwiegend bürokratische Belanglosigkeiten. Von den wenigen Bestandteilen dieser beiden Akten, die möglicherweise biographischen Wert besitzen (vor allem Zeitungsausschnitte), habe ich die anliegenden Ablichtungen anfertigen lassen. Zu erwähnen ist noch eine 47 Blätter umfassende, zum Ablichten kaum geeignete Sammlung in der Akte Rosenfeld. Sie

*breue fo-*  
*secum-*  
*letting*  
*and in*  
*de. de. de.*  
*Justiz*  
*www. de. de.*

enthält größtenteils entweder an das Preußische Justizministerium oder an Rosenfeld persönlich gerichtete Eingaben (Durchschriften) des Bezirkssekretärs und Landtagsabgeordneten Reinhold Drescher, Halle, in Gnadensachen. Diese Schriftstücke sind 1933 von der Gestapo im Gewerkschaftshaus Halle der SPD beschlagnahmt und offenbar als Belastungsmaterial zu der Personalakte gebracht worden.

Mit dem Schicksal der "Jüdischen Juristen in Deutschland" hat sich unlängst Robert M.W. Kempner beschäftigt. Vorsorglich darf ich Ihnen eine Ablichtung seiner in "Recht und Politik" 1971, S. 112, 173 erschienen Abhandlung beifügen.

Mit Aktenauskünften können Ihnen, soweit das Bundesarchiv nichts hergibt, unter Umständen auch das Geheime Staatsarchiv in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, 1 Berlin 33, Archivstrasse 12 - 14, oder das Deutsche Zentralarchiv in Potsdam behilflich sein. In die Obhut dieser Einrichtungen sind größere Teile des bis 1934 entstandenen Schriftguts des Reichs- und des Preußischen Justizministeriums gelangt.

Mit freundlichen Empfehlungen

Im Auftrag

*Opitz*  
(Opitz)

26. April 1973

An den  
Herrn Bundesminister der Justiz  
zu Hd. von Herrn Schlageter  
53 Bonn  
Postfach

Betr.: Archiv 97/73  
-----

Sehr geehrter Herr Schlageter,,

ich danke Ihnen verbindlich fuer Ihr  
Schreiben vom 16.d.M. und die Uebersendung  
der Ablichtung der Anlage "Liste der Richter,  
Staatsanwaelte und sonstige Justizbeamte, die  
juedische Mischlinge sind oder mit Juedinnen  
und juedischen Mischlingen verheiratet sind"  
aus dem Jahre 1937.

Mit vorzueglicher Hochachtung

Dr. Ernest Hamburger

al

29. Maerz 1973

An den  
Herrn Bundesminister der Justiz  
zu Hd. von Herrn Oberlandesgerichtsrat Opitz  
53 Bonn  
Postfach ~~20171~~

*archiv*

-Archiv 219a/72-

Sehr geehrter Herr Opitz,

ich entschuldige mich, dass ich Ihren Brief vom 25. Januar 1973 erst heute beantworte. Es liegt daran, dass er mit Schiffspost gesandt worden ist und diese, die, als ich jung war, drei Wochen erforderte, braucht jetzt erfahrungsgemaess 6 - 8 Wochen, wohl weil die Post jeden bestrafen will, der nicht den Luftpostweg benutzt.

Ihre Informationen waren mir ausserordentlich wertvoll, und ich danke Ihnen sehr fuer die Recherchen, die Sie angestellt haben. Die Zeitungsausschnitte sowie einige der Akten ueber Siegfried Rosenfeld sind fuer mich wichtig, an den von Ihnen erwahnten 47 Blaettern der Akte Rosenfeld habe ich kein Interesse.

Dagegen koennte doch die Zusammenstellung ueber "Richter, Staatsanwaelte und sonstige Justizbeamte, die juedische Mischlinge sind..." aus dem Jahre 1937 von Bedeutung sein. Es koennten in ihr Personen erwahnt werden, die in meinem frueheren Material als Juden erscheinen oder als solche indem Buch von Sievert Lorenzen bezeichnet worden sind. Wenn es also nicht zuviel Muehe macht, wuerde ich Sie um eine Ablichtung davon bitten; die Kosten werden von mir getragen werden.

*Justiz  
im Preussischen  
abth 4*

Die beiden Artikel Robert M.W. Kempners, meines alten Kollegen - er war ~~im Preussischen Justizministerium~~, ich im Innenministerium, sind mir bekannt. Ich habe mit ihm darueber korrespondiert und dabei auf einige Irrtuemer hingewiesen.

Ich beabsichtige im Sommer einige Tage in Berlin zuzubringen und werde dabei das Geheime Staatsarchiv besuchen, wo fuer mich wesentliche Bestaende vorliegen. Nach Potsdam und Merseburg kann ich mich leider nicht begeben. Jedenfalls danke ich Ihnen sehr auch fuer diese Hinweise.

Mit bester Empfehlung

Der Bundesminister der Justiz

53 Bonn, den 27. Februar 1973

Postfach  
Tel. 20171  
Hausruf 305

- Archiv 219 a/73 -

*ert.*

*Brief vom 29/1/1973*

*beantwortet*

Herrn  
Dr. Ernest H a m b u r g e r  
67 Riverside Drive

New York N.Y. 10024

U S A

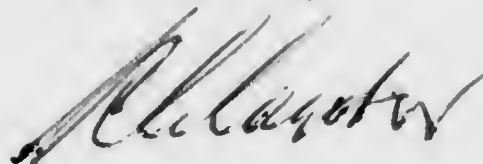
- Auf Ihr Schreiben vom 21. Februar 1973 -

Sehr geehrter Herr Dr. Hamburger,

meine Antwort auf Ihr Schreiben vom 15. Dezember 1972 ist am 25. Januar 1973 an Sie abgesandt worden. Ich gehe davon aus, daß das Antwortschreiben inzwischen bei Ihnen eingegangen ist. Verneinendenfalls bin ich auf Wunsch gerne bereit, Ihnen eine Ablichtung davon zukommen zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag



(Schlageter)



Otto Cohn

9  
KFAR MALAL, 29. März 1973.  
HOD HASHARON, ISRAEL

Sehr geehrter Herr Hamburger,  
mit grossem Dank empfang ich Ihre liebenswürdigen Mitteilungen,  
die ich <sup>mich</sup> wiederum beeile zu beantworten; doch gestatten Sie mir zu-  
nächst eine Vorausbemerkung:

Sobald mir durch Ihren <sup>ersten</sup> Brief bekannt wurde, dass Sie bereits  
ein historisches Werk veröffentlicht hatten, brachte ich es in  
meinen Besitz und habe es in toto mit grossem Genuss gelesen; hoffent-  
lich gelangt das tiefschürfende Buch durch Vermittlung der kompeten-  
ten Stellen auch in die Hände des Personenkreises, für den es be-  
stimmt ist.

Nachdem ich gestern mit Herrn Alterthum, der übrigens kürzlich zum  
Senatspräsidenten befördert worden ist, eine längere Unterredung  
hatte, sehe ich mich in der Lage, gewisse Unklarheiten aufzuhellen,  
die sich in meinem früheren Bericht eingeschlichen hatten:

1.) Paul Gärtner, wie Alterthum aus Bernburg stammend, war dort  
Staatsanwalt, heiratete eine Christin, was damals eigentlich nur in  
Grossstädten vorkam, und glaubte, dadurch den Verfolgungsmassnahmen  
des Dritten Reichs entgehen zu können, sah sich aber darin getäuscht  
und wurde später deportiert.

2.) Max Hurwitz war sogleich nach Ablegung des Assessorexamens  
ein Jahr l<sup>ng</sup> als Regierungsrat mit einem Sonderauftrag in der Anhal-  
tischen Finanzdirektion in Dessau tätig. (Diese Behörde war das Finanz-  
instrument der Staatsverwaltung, nicht zu verwechseln mit dem Finanz-  
amt, das ja bekanntlich eine Reichsbehörde war.) Danach wurde er  
Rechtsanwalt in Dessau, später Notar; es scheint nicht, dass er die  
Absicht hatte, dauernd Beamter zu bleiben.

3.) Dr. Kurt Bibergeil war zunächst Staatsanwalt, dann Landgerichts-  
rat in der Kammer, der Alterthum als Direktor vorstand. B. ist aber  
nicht Direktor geworden, da er noch viele Vormänner hatte. Alles dies  
spielte sich nach 1918 ab.

In grösster Wertschätzung verbleibe ich

Ihr sehr ergebener

Otto Cohn

OTTO COHN  
KFAR MALAL  
HOD-HASHARON  
TEL. (03) 92 60 65

19.4.73.

9

Sehr geehrter Herr Hamburger,  
wiewohl ich annehmen darf, dass Sie ein vielbeschäftigter Herr sind, sehe ich mich doch genötigt, auf eine bestimmte Bemerkung in Ihrem letzten Schreiben, für das ich Ihnen meinen besten Dank sage, einzugehen, worin Sie zum Ausdruck bringen, dass Dr. Bibergeil bei einem Arbeitsgericht tätig war.

Wenn ich gesagt habe, B. hat in der Kammer gesessen, deren Vorsitzender Alterthum war, so bezieht sich das nur auf die 2. Zivilkammer des Landgerichts Dessau, hat aber nichts mit dem Landesarbeitsgericht daselbst zu tun.

Wie Sie im übrigen meinem kurzen Lebenslauf entnehmen wollen, war ich ja mit der Anhaltischen Justizverwaltung nach meinem Gerichtsassessorexamen nicht mehr verbunden, muss also bitten, sich in der Hauptsache auf Erklärungen der Herren A. und B. zu stützen.

In der Hoffnung, Sie nicht unnütz in Anspruch genommen zu haben, verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Otto Cohn

דואר אוויר  
PAR AVION



AEROGRAMME • איגרת אוויר

Mr .

Ernest Hamburger

67 Riverside Drive

New-York, N.Y. 10024 U.S.A.

קפל שלישי

השולח — SENDER — EXPÉDITEUR

OTTO COHN

KFAR MALAL

HOD-HASHARON

TEL. (03) 92 60 65

Israel.

קפל שני

קפל ראשון

איגרת שהושם בה דבר תישלח לפי תעריף של מכתב בדואר אוויר.

Un aérogramme contenant un objet quelconque sera envoyé au tarif d'une lettre-avion.

An aérogramme containing any enclosure will be sent at airmail-letter rate.

9  
3.) Dr. jur. Kurt Bibergeil, nach der Revolution von Dr. Cohn aus Preussen nach Anhalt geholt, Staatsanwalt, Landgerichtsrat, zuletzt Landgerichtsdirektor am Landgericht Dessau, lebt in San Francisco. Heisst jetzt Beaver. Galt in Dessau als Jude; mir persönlich von Taufe nichts bekannt.

4.) Dr. jur. Paul Gärtner, Staatsanwalt in Bernburg.

-Es war mir leider nicht möglich, über G. Näheres in Erfahrung zu bringen.-

In Überschreitung meiner Befugnisse möchte ich mir erlauben, Ihre Aufmerksamkeit auf den Schwiegersohn von Bruno Weill, Dr. Pfeil, zu lenken, der m. W. Regierungsrat im Finanzministerium in Berlin war. Frau Weill, die Witwe Bruno Weill's, lebt in New-York.

Der guten Ordnung halber möchte ich noch folgendes bemerken: Ausser den oben genannten Personen waren keine Juden in Anhalt im öffentlichen Leben tätig<sup>x</sup>. Jedoch waren drei Juden freiwillig aus dem Staatsdienst ausgeschieden, nachdem sie vorher kürzere oder längere Zeit Beamte waren, und zwar:

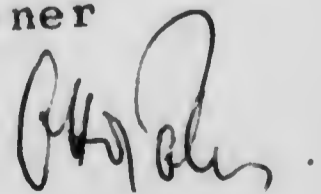
a) Max Hurwitz, früher Regierungsrat, danach Rechtsanwalt und Notar in Dessau; verstorben 1960 (?) in Ramot-Haschawim, Israel.

b) Dr. Schiff, früher Staatsanwalt, später Rechtsanwalt und Notar in Zerbst; vor mehreren Jahren in Israel verstorben;

c) Dr. jur. Fritz Mendershausen, früher Amtsrichter in Rosslau, später Rechtsanwalt und Notar in Köthen; verstorben 1958 in Haifa, Israel.

Indem ich hoffe, Ihnen mit meinen Angaben gedient zu haben, begrüsse ich Sie in vorzüglicher Hochachtung als

Ihr sehr ergebener



*x natürlich ausser Herrn Altkämmerer, der Sie ja selbst informiert hat.*

*From: Elko Cohen  
G. Paz, Rab u. N.  
Kfar Cholim  
Hsi Hasharon Israel*

December 10, 1974

Dr. Frank F. Eaton  
2415 Glen Haven Road  
Lake Oswego, Ore. 97034

*Mecklenburg*

*Forrest*

*Ernest*

Dear Dr. Eaton:

I beg to acknowledge, with thanks, receipt of your letter of December 1st, 1974.

I am very grateful for the information you have supplied about the Loewenthal family. It will help me finding out more about Felix Loewenthal and I will write immediately to some of the persons mentioned by you. I shall also contact my old friend Ernst Fraenkel, professor - now retired - at the Free University in Berlin, who had written to me several years ago that he was related to Otto Loewenthal in Altona.

With renewed thanks, I am

EH/ch.

Sincerely yours,

Ernest Hamburger

2. Juli 1976

9

Lieber sehr geehrter Herr Dr. Hamburger;

Sie haben in Ihrer Aufbau-Besprechung meines "Rolandia-Buches" vermerkt: "Einmal Jurist, immer Jurist." In Übereinstimmung mit Ihrer Ansicht schicke ich Ihnen hierdurch eine Besprechung von mir über ein Dokumentenwerk. Die Besprechung ist im 87. Band der Nassauischen Annalen erschienen, einem neuomnisierten Geschichtswerk, das seit 1827 (!) in Wiesbaden erscheint.

Meine Frau und ich hoffen Sie mit Ihrer liebe Gattin in Wohlbefinden und senden Ihnen Beiden herzlichste Grüße mit guten Wünschen.

Im  
Aach Hermann Hailey

Dr. Max  
Hoch-Schiller

Ernst Noam und Wolf-Arno Kropat: *Juden vor Gericht 1933—1945. Dokumente aus hessischen Justizakten mit einem Vorwort von Johannes Strelitz.* Wiesbaden: Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen 1975. VIII u. 327 S. (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen I. Justiz u. Judenverfolgung, Bd. 1.) Ln. DM 32,80.

Der Rez. dieser ersten Veröffentlichung der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen darf ein Wort über seine Person vorausschicken. Er hat als jüdischer Rechtsanwalt und amtlich zugelassener Auswandererberater des jüdischen Hilfsvereins die Zeit der Nazi-herrschaft in Frankfurt a. M. bis zum 10. Nov. 1933 miterlebt. Dadurch sind ihm nicht nur eine Anzahl der mitgeteilten Dokumente bekannt geworden, sondern auch die Hintergründe für diese Dokumente, die für eine Beurteilung dieser Zeit des Zusammenbruchs rechtsstaatlicher Grundsätze wichtig sind. Die Lektüre des Werkes erweckt naturgemäß bei ihm wie wahrscheinlich bei allen einst Verfolgten traurige Erinnerungen an vergangene Zeiten, die er nicht vergessen kann. Bundespräsident Theodor Heuss, dieser vorbildliche Deutsche, hat am 30. Nov. 1952 bei der Weihe des Mahnmals für die Opfer des Konzentrationslagers Bergen-Belsen das Bekenntnis abgelegt: „Die Deutschen dürfen nie vergessen, was von Menschen ihrer Volk-zugehörigkeit in diesen schamreichen Jahren geschah“. Nun hat aber gerade in den letzten Jahren der Professor für Politikwissenschaft Hartmut Wasser in einem 1974 veröffentlichten Aufsatz über die nationalsozialistische Judenverfolgung folgendes festgestellt (DVA. 15 BN 342 101 684—4 S. 157): „Auch um das grauenhafteste Kapitel deutscher Geschichte, die Juden-politik des Nationalsozialismus, spinnt sich für viele Zeitgenossen noch immer ein dichter Schleier von Unkenntnis, Nichtwissen-Wollen und Realitätsverfälschung.“ Um so wichtiger ist die Herausgabe des zu besprechenden Werkes.

Dieses macht nicht nur mit Urteilen und Beschlüssen von Gerichten, mit Anweisungen und Eingriffen des „Führers“, der Ministerien und anderer Behörden sowie der „Bewegung“ und der Partei bekannt, sondern sucht auch Dokumente in einer tiefgründigen Einleitung von 26 Seiten und in einer Zusammenfassung am Schluß von 8 Seiten historisch und politisch zu analysieren. Ebenso durchdacht und aufschlußreich sind die Vorworte zu den einzelnen Ab-schnitten des Werkes. Für Leser, die sich mit der „Unzeit“ eingehender befassen wollen, sind das sechsstufige Literaturverzeichnis und die 26 Seiten umfassenden Anmerkungen wertvoll. Der Rez. hat im Literaturverzeichnis das gut unterrichtete Büchlein von Hermann Glaser „Das Dritte Reich“ (Herder-Bücherei Nr. 92 von 1961) vermisst. Es ist natürlich nicht möglich, in dieser Besprechung den Inhalt des umfangreichen Werkes eingehend wiederzugeben, sondern es können nur Hinweise und einige Ergänzungen erfolgen. Das Werk soll übrigens eine spätere zugleich gesellschaftliche, politische und juristische Analyse der traurigen Epoche für den Bereich des Landes Hessen vorbereiten. Zunächst soll im Winter 1975/76 ein weiterer Band erscheinen mit Dokumenten hessischer Gerichte, die versuchen, die unter der Naziherr-schaft an Juden begangenen Verbrechen zu sühnen.

Die Dokumente aus der Zeit von 1933 bis 1945 geben wieder: 1. Allgemeine Zivilprozesse, 2. Aufhebung von Mischehen, 3. Arbeitsgerichtsprozesse, 4. Verwaltungsgerichtsprozesse, 5. Strafprozesse wegen „Rassenschande und Beleidigung der deutschen Rasse“, 6. wegen Beschäftigung „arischer“ Hausangestellten, 7. wegen angeblich strafbarer Handlungen in der Weimarer Republik, 8. wegen Verunglimpfung von Staat und Partei, 9. wegen Verstöße gegen Sammlungsverbot von Geldern, 10. wegen Devisenvergehen, 11. wegen Verstöße gegen die Namensverordnung. Die Dokumente von Strafprozessen machen den größten Teil des Werkes aus. Ihnen folgen abschließend Dokumente über Anordnungen der Justiz von Gefängnis, Heil-anstalten und Deportationen, schließlich über Rechtsverweigerungen der Justiz und über Verbrechen von Parteifunktionären.

Für das Urteil über die Naziherrschaft ist nicht nur die Kenntnisnahme der Dokumente selbst wichtig, sondern es sind auch die sorgfältigen Äußerungen der Herausgeber zu den Do-kumenten beachtlich. Wenn man das Werk durcharbeitet, gewinnt man die Einsicht, daß der nationalsozialistische Wahnsinn sich im Laufe der Jahre auf alle Gebiete der Justiz durch-gesetzt und die einst unabhängige Justiz der Gewaltherrschaft des Despoten ausgeliefert hat. Diese Verwandlung ist nicht auf einmal gekommen, aber sie hat sich immer grausamer schließ-lich durch Deportation und Ermordungen juristisch unschuldiger Menschen verwirklicht. Diese heutzutage kaum mehr erfaßbare Haltung der Justiz gegenüber der Gewaltherrschaft sucht das Werk auch zu erklären, indem es in der Einleitung die Geschichte des deutschen Richter-tums und seiner Stellungnahme zur Politik unter Hinweis auf die Literatur behandelt. Der aus politischen Gründen verfolgte Richter Hubert Schorn (später 1945—57 Landgerichtsprä-sident in Bonn) sucht in einem umfangreichen Werk (Verlag Klostermann 1959) nachzuweisen, daß die Richter auch in der Hitlerzeit einem höheren Recht, einem übergesetzlichen Natur-recht, einem Gottesrecht, verbunden geblieben seien. Gewiß gibt es vereinzelte solche Richter-entscheidungen, doch für die Mehrheit der Richter kann gerade auf Grund der vorliegenden Dokumentation das Urteil von Schorn nicht anerkannt werden. Der Rez. teilt vielmehr die Ansicht Rudolf Pechels, der erklärt hat: „Das Rechtsgefühl im deutschen Volke ist in der Nazizeit vernichtet worden, denn das System war im Kern böse, und seine Triebkraft war der Wille zum Bösen“. Auch Ilse Staff dokumentiert in ihrem Buch „Justiz im Dritten Reich“ (Fischer Bücherei 1961) die Pervertierung des Rechts in diesem Dritten Reich. Allerdings

*Justiz*

nicht sich schon in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg das theoretische Material für die national-sozialistische These: „Gerecht ist, was dem Deutschen Volke frommt“ und beruft sich hierbei auf die Lehre des Universitätsprofessors Erich Kaufmann. Der Rez., der 1912 auf der Univer-sität Kiel ein Teilnehmer an dem rechtsphilosophischen Seminar Kaufmanns war, weiß aber, daß die Mehrheit der durchweg älteren Studenten gegen das soziale Ideal Kaufmanns, den „siegreichen Krieg“, im Anschluß an die Lehren Stammlers und Radbruchs lebhaft opponiert haben. Kaufmann verlor unter den Nazis, als Jude seiner Abstammung nach, seine ordentliche Professur und mußte 1939 aus Deutschland fliehen. Von 1934 bis 1938 hielt er in seinem Haus in Berlin ein Privatseminar ab, in dem ausgesprochene Antinazis sich zur geistigen Aus-sprache versammelten. Im Gegensatz zu Kaufmann war ein unheilvoller Propagandist der Naziherrschaft und ein einflußreicher Lehrer von deutschen Richtern der Professor Carl Schmitt. Er hat es im Oktober 1936 vor einer Massenversammlung von Juristen fertiggebracht zu verkünden, der Richter müsse ein Gefolgsmann des Führers sein und das Programm der NSDAP sei eine edle und zwar wichtigste Rechtsquelle.

Bei der ständigen Propaganda für eine solche Auffassung auf den Hochschulen, in juristi-schen Arbeiten und in Zeitschriften ist es zwar traurig, aber nicht unerklärlich, daß die Justiz immer mehr der Verführung vom Rechtsstaat zur Despotie anheimgefallen ist. Es kommt noch hinzu, daß der Stand der Juristen in Deutschland keine einheitliche Vorstellung vom Wesen des Rechts als einem übernationalen Ordnungsprinzip, das der Würde des Menschen und seiner individuellen Freiheit zu dienen hat, ausgebildet hat. So ist denn auch bei der Macht-ergreifung 1933 von den Juristen, insbesondere von den Richtern, so gut wie kein Wider-stand geleistet worden. Es gab rühmensewerte Ausnahmen gerade in Hessen. Bekannt wurde das mutige Auftreten des Senatspräsidenten Heldmann gegenüber Roland Freisler (nicht wie S. 9 „Rudolf“) und auch das erfolglose tapfere Bemühen der Frankfurter Anwälte Wilhelmi, Wedesweiler und Woerhelaer um Eindämmung der Berufsverbote. Sehr frühzeitig ist es in Frankfurt und in Kassel zu wüsten Gewaltakten gegen jüdische und nichtarische Richter und Anwälte gekommen, die in Frankfurt von einem Referendar Müller geleitet wurden und in Kassel sogar zur Ermordung eines jüdischen Rechtsanwaltes geführt haben. Diese Gewaltakte fanden keinen Widerstand durch die Behörden. Es wurden dann im April 1933 und durch die Nürnberger Parteitagsgesetze vom September 1935 die Berufsverluste von Juden und Geltungsjuden sanktioniert. Die Justiz beugte sich vor dem Unrecht und fand es nunmehr in blindem Gesetzesgehorsam „legal“. Dadurch entstand in Deutschland eine Gruppe, die mit einer Minderheit von Rechten ausgestattet war und dann ab November 1938 fast vollkommen entrechtet wurde. Der Despotismus verfolgte, ohne Widerstand zu finden, sein Ziel der ge-walttätigen Vernichtung der Juden und beschloß ab 1940 unter Mitwirkung der obersten Behörden einschließlich der Justiz die sogenannte „Endlösung“. Die „Endlösung“ bedeutete das nicht zu beschreibende schwerste Verbrechen, indem die Juden aus Deutschland deportiert und, soweit sie nicht arbeitsfähig waren, ohne Rücksicht auf Alter oder Geschlecht durch Ver-burnen oder durch Gasvergiftung umgebracht wurden.

Ich habe bereits im Anfang meiner Besprechung darauf hingewiesen, daß ich den Inhalt des wertvollen Dokumentenwerks nur bruchstückhaft wiedergeben kann. Ich will aber darauf hinweisen, daß die in dem Werk mitgeteilten Strafprozesse wegen „Rassenschande“ und „Be-leidigung der deutschen Rasse“ in erschreckendem Maße den restlosen Verfall des Rechts-empfindens deutlich machen. Es ist heute kaum mehr zu verstehen, daß die deutsche Justiz, wie es in dem Werk heißt, in der Anwendung des sogenannten Blutschutzgesetzes noch über dessen rassenbiologische Zielsetzung hinausging und ihre Opfer wegen eines so mysteriösen Delikts wie der Verletzung der deutschen Rasse ins Gefängnis oder gar ins Zuchthaus schickte. Aber die schweren Freiheitsstrafen reichten den Nazi-Richtern nicht einmal aus, und sie gewannen es über sich, einen 28jährigen, unbescholtenen jungen Mann als „Gewohn-heitsverbrecher“ zu bezeichnen und zum Tode wegen Rassenschande in 4 Fällen zu verurteilen (Nr. 36). Das Urteil wurde vollstreckt. Die Gerichte sind der Anweisung von Polizei und Ministerium gefolgt, in den Prozessen wegen Rassenschande die Zuchthausstrafe zu verhängen. Hierbei ist für solche Unmenschlichkeit leider das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht, mitverantwortlich. Hierauf will ich im Einklang mit den Herausgebern des Dokumentenwerks kurz eingehen.

Das Reichsgericht hat zum Schaden der Justiz den Weg schon frühzeitig beschritten, der zum „Unrechtstaat“ geführt hat. Mir hat mein früherer Sozium Georg Benkart, der Rechts-anwalt beim Reichsgericht und ein zuverlässiger Antinazi war, kurz nach der „Machtergreifung“ erzählt, daß der Reichsgerichtspräsident Bumke liebevollenerisch das Bild des ersten Reichs-gerichtspräsidenten Simson, der ein getaufter Jude war, hat abhängen lassen. Auch stellte sich noch vor dem Erlass der antijüdischen Gesetze vom April 1933 beim Reichsgericht heraus, daß bereits einige Richter Parteimitglieder waren. An diesen scheiterte eine Resolution zu-gunsten der vom Berufsverlust betroffenen Mitglieder des Reichsgerichts. Georg Benkart versicherte mir kurz darauf, daß außer ihm bei den Richtern, Staatsanwälten und Rechts-anwältinnen beim Reichsgericht jeweils nur ein einziges Mitglied zuverlässiger Antinazi sei, näm-lich der Richter Walter Fröhlich, der Reichsanwalt Kirchner und der Rechtsanwalt Ruhland. Die meisten Richter einschließlich des Präsidenten sind noch 1937 Parteimitglieder geworden

und haben an der Umwandlung des Rechtsstaats in einen Machtstaat des Despoten mitgewirkt, selbst wenn sie nicht alle überzeugte Nationalsozialisten geworden sind. Wie hemmungslos die Richter der nationalsozialistischen Lehre verfallen sind, beweisen viele Strafprozesse wegen Rassenschande und Verletzung deutscher Rasseehre, die vom Reichsgericht und anderen Gerichten gefällt worden sind. In der Zeit vor 1933 war man in Prozessen bemüht, die Intimsphäre der Parteien möglichst zu schonen. Prozesse aus der Nazizeit zeigen geradezu eine abscheuliche Lüsterheit in der Behandlung der Intimsphäre. Hierbei hat das Reichsgericht Hilfestellung geleistet, indem es den Begriff des Geschlechtsverkehrs in einer normalen Empfinden unverständlichen Weise erweitert hat. Hierüber bemerkt das Dokumentenwerk auf S. 113: „Die Sorge des Reichsgerichts um das Schamgefühl der deutschen Richter stand in einem auffallenden Gegensatz zu der Konsequenz seiner Entscheidung: daß nämlich durch Ausweitung des Tatbestandes des Geschlechtsverkehrs zusätzlich Hunderte von unbescholtenen Menschen in Zuchthäuser oder Gefängnisse geschickt wurden“.

Ich möchte noch betonen, daß hoffentlich zahlreiche junge Menschen von dem Dokumentenwerk Kenntnis nehmen, denen die Nazizeit aus eigenem Erleben nicht bekannt wurde. Sie sollten aber das Bild von der entsetzlichen Epoche deutscher Geschichte durch ein Studium der Verhältnisse ergänzen, die diese Dokumente bei den Verfolgten bewirkt haben. So hat z. B. die wegen Verteilung von Flugblättern am 12. Juni 1933 durch das Jugendschöffengericht zu sechs Wochen Haft verurteilte 20jährige, begabte Ruth Cohnstaedt (Fall Nr. 41) den Freitod gewählt. In gleicher Weise sind zahlreiche aus dem Beruf verdrängte Juristen verfahren. Dem Rez. sind 20 Richter bekannt, die in Frankfurt ihren Beruf verloren haben und von denen einige freiwillig aus dem Leben geschieden sind. 235 jüdische Anwälte sind in Frankfurt a. M. ihres Berufes beraubt worden, von denen nach einer Ansprache des Rechtsanwalts Wedesweiler in der Sitzung der Anwaltskammer vom Dezember 1948 in der Nazizeit mindestens 19 eines gewaltsamen Todes oder durch Freitod verstorben sind, wobei noch von einer größeren Anzahl Nachrichten damals fehlten. Die brutalen Verfolgungen haben Tragödien ausgelöst, die sich aus den Dokumenten naturgemäß nicht ergeben, wie schwere seelische Bedrückung und wirtschaftliche Notlage. Nicht allen Verfolgten war der Ausweg vor Freiheitsberaubung, Deportation und Ermordung durch Auswanderung möglich. Wo sie erreicht wurde, war sie insbesondere für ältere Juristen meist eine harte Aufgabe. So sind z. B. die Eheleute Schreiber (Fall Nr. 43) nach Nordamerika ausgewandert, wo der ehemalige bewährte Richter mit seiner Frau eine Fremdenpension betrieb zur Erhaltung ihres Lebens. Seine Erlebnisse als jüdischer Richter 1933/34 sind im Dokumentenbuch der Stadt Frankfurt (1963) veröffentlicht, ebenso wie die des Frankfurter Rechtsanwalts Selmar Spier. Solche Darstellungen wie inzwischen erschienene Lebenserinnerungen an die Nazizeit ergänzen das Dokumentenwerk.

Der Rez. will abschließend zum Ausdruck bringen, daß er als ehemals Verfolgter die Gesinnung, in der das Dokumentenwerk geschaffen wurde, hochschätzt. Heißt es doch in der „Zusammenfassung“: „daß Minderheiten nicht durch abstrakte Rechtssätze, sondern nur durch Toleranz einer demokratischen Gesellschaft geschützt werden können, und daß unabhängig von den verschiedenen Lehren über Rechtspositivismus oder Naturrecht nur eine wirklich republikanisch gesinnte Richterschaft zur Verteidigung des Rechtsstaates beitragen kann.“

M. H. Maier



67 Riverside Drive, New York NY  
10024

Ein Sonderdruck meines Artikels über die Brünning-  
Memoren, der in der Frühjahrsnummer der Internationalen  
Wissenschaftlichen Korrespondenz über die Arbeiterbewegung  
erscheint, wird Ihnen in diesen Tagen zugehen. Peter Lösche  
hatte mich an den Artikel gebeten. 9. Juni 1972

Herrn Professor Dr. Ernst Fraenkel  
Ihnestrasse 58  
1 Berlin 33

Liebe Fraenkels,

wir haben lange nichts von Ihnen gehoert, hoffentlich  
geht es Ihnen beiden gesundheitlich gut. Wir selbst sind  
in Reisevorbereitungen, wollen um den 20.d.M. herum in  
Koblenz sein, wo ich im Bundesarchiv etwa zwei Wochen arbeiten  
moechte.

Haben Sie irgend welche Reiseplaene? Dann lassen Sie  
es uns bitte wissen, damit wir in Verbindung bleiben koennen.  
Die Adresse in Koblenz ist: Hotel Union, Loehrstrasse 73,  
54 Koblenz.

Beiden hohen Richtern der Weimarer Zeit habe ich  
einige Schwierigkeiten, um festzustellen, ob sie juedisch  
waren oder nicht. Es handelt sich um den Senatspraesiden-  
ten Freymuth, der wohl waehrend der Weimarer Zeit die  
Altersgrenze erreicht hat und pensioniert worden ist, um  
den Reichsgerichtsrat Grossmann, der vor seiner Uebernahme  
an das Reichsgericht wohl auch am Kammergericht in Berlin  
war, und um den Professor Waldecker, der ebenso wie diese  
beiden an der "Justiz" mitgearbeitet hat. Da Sie ja nach  
Sinzheimer die politische Chronik uebernommen haben, habe  
ich eine leichte Hoffnung, dass Sie mir vielleicht dabei  
weiterhelfen koennen. Interessieren wuerde es mich auch,  
ob E.E.Schweizer, der Verteidiger von Bullerjahn, juedisch  
war. Er kommt zwar nicht in mein Buch, aber da alle anderen  
als Abgeordnete, Verteidiger usw. in diesem Prozess auf-  
tretenden Personen Juden waren, so lohnte es sich dies zu  
erwaehnen.

Ich habe ein paar Stichproben in Jahrgaengen der  
"Justiz" gemacht und dabei festgestellt, dass im Durch-  
schnitt etwa 40% der Artikel von juedischen Autoren  
stammen. Hier wird sehr viel ueber Weltbuehne, Tagebuch,  
Fackel, Zukunft usw. gearbeitet, aber man vernachlaessigt  
voellig die juedische Mitarbeit in parteipolitisch oder  
ueberparteilich-republikanischen Zeitschriften wie  
"Gesellschaft", "Justiz", "Klassenkampf", "Das freie Wort"  
"Arbeiterwohlfahrt", bei denen die starke, zuweilen vor-  
wiegende Mitarbeit von Juden soziologisch mindestens ebenso  
interessant, wenn nicht noch interessanter ist. Ich  
moechte das etwas zuruechtruecken.

67 Riverside Drive, New York NY  
10024

Ein Sonderdruck meines Artikels Ueber die Bruening-Memoiren, der in der Fruehjahrnummer der Internationalen Wissenschaftlichen Korrespondenz fuer die Arbeiterbewegung erscheint, wird Ihnen in diesen Tagen zugehen. Peter Loesche hatte mich um den Artikel gebeten.

Mit herzlichen Gruessen fuer Sie beide auch von meiner Frau

Ihr

Wir haben ja gerade nichts von Ihnen gehoert, hoffentlich geht es Ihnen beiden gesundheitlich gut. Wie selbst sind in Koblenz, wo ich im Handarbeitsamt etwa zwei Wochen arbeiten moechte.

Haben Sie irgend welche Neuigkeiten? Dann lassen Sie es uns bitte wissen, damit wir in Verbindung bleiben koennen. Die Adresse in Koblenz ist: Hotel Union, Poststrasse 75, 54 Koblenz.

Leben Sie wohl! Ich habe die letzten Tage in ein paar Artikelchen in der "Quartier" gemacht und dabei festgestellt, dass im Grunde schnitt etwa 40% der Artikel von juedischen Autoren stammen. Hier wird sehr viel ueber Weltkriege, Tagelohn, Fackel, Zukunft usw. geschrieben, aber man verpascht dabei ueberhaupt nicht die juedische Mitarbeiterschaft. Politisch oder liberarisch-republikanisch-republikanisch-republikanisch wie "Gesellschaft", "Justiz", "Klassenkampf", "Das freie Wort" "Arbeiterwohlfahrt", bei denen die starke, zuweilen vorwiegende Mitarbeit von Juden soziologisch mindestens ebenso interessant, wenn nicht noch interessanter ist. Ich moechte das etwas zusaetzlichen.

Ich habe ein paar Artikelchen in der "Quartier" gemacht und dabei festgestellt, dass im Grunde schnitt etwa 40% der Artikel von juedischen Autoren stammen. Hier wird sehr viel ueber Weltkriege, Tagelohn, Fackel, Zukunft usw. geschrieben, aber man verpascht dabei ueberhaupt nicht die juedische Mitarbeiterschaft. Politisch oder liberarisch-republikanisch-republikanisch-republikanisch wie "Gesellschaft", "Justiz", "Klassenkampf", "Das freie Wort" "Arbeiterwohlfahrt", bei denen die starke, zuweilen vorwiegende Mitarbeit von Juden soziologisch mindestens ebenso interessant, wenn nicht noch interessanter ist. Ich moechte das etwas zusaetzlichen.

Weckmar

Köln, den 16.7.1963

8

Sehr geehrter Mr. Hamburger !

Bei mir liegt noch immer Ihr Brief vom 25.3.1963 unbeantwortet.  
Heute bin ich in der Lage, eine Ihrer Fragen zu beantworten, wobei  
ich sofort eine Korrektur vornehmen muss.

Ludwig Juliusberg ist von 1914 - 1919 Senatspräsident im Oberlandes-  
gericht in Posen gewesen (nicht Oberlandesgerichtspräsident).

Dieser Irrtum ist dadurch entstanden, dass er als höchster preussischer  
Beamter die gesamte deutsche Justizverwaltung der Provinz Posen den  
Polen zu übergeben hatte, nachdem der Oberlandesgerichtspräsident  
nicht mehr vorhanden war. Er ist dann Senatspräsident am Kammergericht  
gewesen.

Wegen Exzellenz Perels habe ich an einen Bekannten geschrieben und  
warte deren Antwort ab.

Zu der Familie des Senatspräsidenten Dr. Löwenstein habe ich keine  
Beziehungen, sodass ich dessen Vornamen nicht feststellen kann.

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

Ernst Fiedenthey

Was war es

nach 1919

LUFTPOSTLEICHTBRIEF  
AEROGRAMM

Mr. Ernest Hamburger

67 Riverside Drive .

New York 24, N.Y.

U.S.A.

VIA AIR MAIL  
MIT LUFTPOST  
PAR AVION



Absender: Dr. jur. Ernst Friedenthal

Kaiser-Wilhelm-Ring 29

Köln

Germany

Der Luftpostleichtbrief darf nach den Vorschriften des Weltpostvertrages keine Einlagen enthalten.



UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY

BERKELEY • DAVIS • IRVINE • LOS ANGELES • RIVERSIDE • SAN DIEGO • SAN FRANCISCO



SANTA BARBARA • SANTA CRUZ

SCHOOL OF SOCIAL WELFARE

Prof. Walter Friedlander  
3437 Regent Street  
Oakland, Calif. 94618

BERKELEY, CALIFORNIA 94720

den 28. Dezember 1966

*Wagner*  
Dr. Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York, N.Y., 10024

Lieber Herr Hamburger,

zunächst möchte ich Ihnen und Ihrer Gattin, auch im Namen meiner Frau, ein glückliches gesundes, und wenn möglich friedliches Neues Jahr wünschen. So gern ich ihrem Vorschlag im Brief vom 12. November d.J., Sie in New York zu besuchen, entsprechen würde, besteht kaum eine Aussicht, dass ich in absehbarer Zeit dorthin kommen kann.

Ihre Vermutung ist zutreffend. Der Brief, dessen Photokopie ich Ihnen schickte, stammte vom Bruder des Oberpräsidenten Siehr, der Vorsitzende der ostpreussischen Anwaltskammer war.

Zu Ihrer weiteren Frage (in Bezug auf den 2. Band Ihres Buches), kann ich nur sagen, dass mir von einem oberschlesischen Rechtsanwalt Lichtenstein, der als Vertreter der USPD in den preussischen Landtag gewählt worden sei, nichts bekannt ist. Ich nehme an, dass dies kein Verwandter von uns war, weil sonst mit grosser Wahrscheinlichkeit mein Vater und Onkel, Rechtsanwalt Hugo Haase als Vorsitzender der USPD mir davon etwas erzählt hätte. Sonst könnte Ihnen darüber aber auch wohl Herr Peres Lechem, Generalkonsul des Staates Israel, in 5 Köln-Lindenthal, Franzenheim-Strasse 21 (früher Fritz Lichtenstein) Auskunft geben. Aber zwei andere Mitglieder der Familie Lichtenstein waren als Richter Beamte der Weimarer Republik:

- 1) Amtsgerichtsrat Samuel Lichtenstein, Berlin, der etwa 1929 dort verstorben ist. Auskunft über ihn wird am besten sein ältester Sohn, Prof. Dr. Zvi Avneri, HAIFA (Israel), 23 Jerusalem St. geben können.
- 2) Amtsgerichtsrat Julius Lichtenstein - bis 1933 in Süddeutschland tätig, jetzt als Professor emeritus in St. Paul, Minnesota, 2222 Marshall Ave, Zip Code: 55104 lebend.

Ihnen und Ihrer Gattin gute Wünsche und herzlichen  
Gruss.

Ihr

*Walter Friedlander*

*Erhalten  
31.12.66*

*P.S. Ist es zutreffend, dass  
Prof. Staudtman wieder gelebt hat?*

Gesellschaft  
für  
Christlich-Jüdische Zusammenarbeit  
Oldenburg e. V.

Geschäftsführung:  
Carl Gustav Friederichsen  
Bloherfelder Str. 62 A  
Tel. 55708

29 Oldenburg (Oldb), 9. Nov. 1971

Herrn  
Ernest Hamburger  
67, Riverside Drive  
New York  
N.Y. 10024  
U.S.A.

Sehr geehrter Herr Hamburger,

zunächst möchte ich Ihnen den Empfang Ihrer Zeilen vom 9.d.M. bestätigen und Ihnen unseren Dank übermitteln. Erfuhren wir doch erst durch Ihr Schreiben, daß die dortige Zeitung "Aufbau" unserer nochmaligen Bitte um Veröffentlichung unseres dritten Aufrufes entsprochen und unser Schreiben veröffentlicht hat.

Selbstverständlich sind wir gerne bereit, Ihnen behilflich zu sein, aus diesem Grunde und der Tatsache, daß Herr Dr. Enno Meyer in seiner Arbeit zur Erforschung der Schicksale unserer jüdischen Mitmenschen nur diejenigen Personen berücksichtigt, welche am 30.1.1933 in Oldenburg und Umgebung wohnten, werde ich eine Kopie Ihres Schreibens auch dem Archivoberrat Dr. Harald Schieckel, Oldenburg Nadorster Str. 26, zusenden, da dieser am Nieders. Staatsarchiv Oldenburg tätig ist. Eine weitere Kopie wird Herr Dr. Enno Meyer, der erste Vorsitzende unserer Gesellschaft erhalten.

Beide Herren werden Ihnen sicherlich geneue Angaben über den von Ihnen gesuchten Personenkreis machen können.

Mit freundlichem Gruß

Ihr *C. G. Friederichsen*

Carl Gustav Friederichsen  
ehrenamtl. Geschäftsführer

ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, N.Y. 10024

2. Dezember 1971

Herrn Carl Gustav Friederichsen  
Gesellschaft fuer  
Christlich-Juedische Zusammenarbeit  
Oldenburg e.V.  
Bloherfelderstrasse 62 A  
29 Oldenburg (Oldb)

Sehr geehrter Herr Friederichsen,

besten Dank fuer Ihr Schreiben vom 9. November 1971. Es freut mich, dass Sie durch meinen Brief darauf aufmerksam gemacht worden sind, dass der "Aufbau" Ihren Aufruf veroeffentlicht hat, und ich hoffe, dass Sie dadurch die gewuenschten Informationen erhalten werden.

Auf Grund Ihrer Bemerkungen habe ich bereits einen Brief von Herrn Dr. Enno Meyer erhalten, der wichtige Aufschluesse ueber bestimmte Personen enthaelt, die in den Kreis meiner Bearbeitung einbezogen werden muessen. Von Herrn Archivoberrat Dr. Harald Schieckel habe ich noch nichts gehoert, werde aber vermutlich auch von diesem eine Nachricht erhalten, andernfalls direkt an ihn schreiben. Herrn Dr. Meyer habe ich auch gebeten, mir eine Photokopie der Biographie Emil Weinbergs zu senden, die sich im Oldenburgischen Hauskalender fuer 1926, S.61 f. befindet.

Mit nochmaligem besten Dank und freundlichem  
Gruss

Ihr

*Edward Schward Prof. Dr. Pape*  
*1973*  
Mrs. Alfred Gerstel  
7587 Curry Ave.  
El Cerrito, Calif. 94530 *Hamburger*

*Jacob* February 26, 1973 *9*

Sehr geehrter Herr Dr. Hamburger:

Ich las mit grossem Interesse die im Aufbau veroeffentlichen Aus-  
zuege aus einem Ihrer Vortraege. Ich habe darin vermisst die Er-  
waehnung eines Bahnbrechers im deutschen Arbeitsrechts: meines  
verstorbenen Mannes, des Senatspraesidenten am Kammergericht Dr.  
Alfred Gerstel.

Dr. Gerstel war jahrelang schritstellerisch und aktiv als Arbeits-  
rechtler taetig, war Vorsitzender der Schiedsgerichte zwischen  
Arbeitnehmern und Arbeitgebern in wichtigen Industrien. Er war von  
1927 bis zu seiner Ernennung zum Senatspraesidenten Vorsitzender  
des Landesarbeitsgerichts.

Dr. Gerstel gab mit dem Ministerialrat Dr. G.Flatow, Prof.Dr.A.  
Hueck und Prof. Dr.H.C.Nipperdey die Entscheidungen des Reichsarbeits-  
gerichts und der Landearbeitsgerichte heraus, die sogenannte Bens-  
heimersammlung.

Die Sammlung erschien bis 1933, sie mag in Deutschland nicht mehr  
existieren, ich habe die 18 Baende hier.

Ich hoffe dass diese Hinweise von Interesse fuer Sie sind.

Hochachtungsvoll

Ihre

*Elsa Gerstel*



300 2  
4/17/73 9  
ert  
March 7, 1973

Mrs. Alfred Gerstel  
7587 Curry Avenue  
El Cerrito, Cal. 94530

Sehr geehrte gnaedige Frau,

nehmen Sie meinen besten Dank fuer Ihr freundliches Schreiben vom 26.v.M. Des Names Ihres Gatten erinnere ich mich, ich glaube, dass ich ihn von Georg Flatow, den Sie erwahnen, und mit dem ich seit unserem gemeinsamen Studium vor dem Ersten Weltkrieg in enger Freundschaft verbunden war, in der Weimarer Zeit wiederholt gehoert habe. Dr. Alfred Gerstel ist auch als Senatspraesident beim Kammergericht in dem Werk von Kaznelson "Juden im deutschen Kulturbereich" erwahnt.

Mein Vortrag durfte die Dauer von einer Stunde nicht ueberschreiten und fand zum Teil vor amerikanischen Historikern neben dem aus Deutschland stammenden Publikum statt. Ich habe mich bei der Nennung von Persoenlichkeiten ausser bei Reichsministern nur auf Beispiele beschraenkt. Von Juristen ist nur Nathan Stein genannt worden, weil er - ein Ausnahmefall - Landgerichtspaesident bereits in der Monarchischen Zeit gewesen. Kahn-Freund, Morgenthau und Friedmann sind nur deswegen genannt worden, weil sie in Amerika bekannt sind; in der Weimarer Zeit waren sie junge Arbeitsrichter und waeren unter diesem Gesichtspunkt nicht zu erwahnen gewesen.

Ihr Hinweis auf Dr. Gerstel ist dennoch sehr wichtig. Mein Vortrag stellte lediglich die Vorwegnahmew einiger Gedanken dar, die ich in einem umfangreichen Buch ueber Juden im oeffentlichen Leben in der Weimarer Republik verarbeiten moechte. In diesem Buch muss natuerlich Dr. Gerstel seinen Platz haben. Ein entsprechendes Buch ueber die monarchische Zeit habe ich 1968 im Verlag J.C.B. Mohr in Tuebingen veroeffentlicht.

Wuerden Sie so freundlich sein, mir die wichtigsten Daten ueber das Leben und die Laufbahn von Dr. Gerstel zusaetzlich zu denen, die in Ihrem Briefe enthalten sind,

29. Maerz 1973

Mrs. Alfred Gerstel  
7587 Curry Avenue  
El Cerrito, Calif. 94530

Sehr geehrte gnaedige Frau,

Herzlichen Dank fuer Ihren Brief vom 16. Maerz. Es scheint, dass Sie an diesem Tage die Broschuere mit meinem Vortrag noch nicht erhalten hatten, obwohl sie am 8. Maerz abgegangen ist. Sollte sie inzwischen nicht eingetroffen sein, so teilen Sie es mir bitte mit, ich werde dann ein anderes Exemplar an Sie abschicken lassen.

Die Lebensdaten Ihres Gatten, die Sie freundlicherweise in Ihrem Briefe mitgeteilt haben, sind mir wichtig. Waere es noch moeglich hinzuzufuegen, wann er den Dr. jur. gemacht hat und wann er in den Justizdienst eingetreten ist, und wo? Er ist doch gewiss, bevor er Kammergerichtsrat wurde als Amtsgerichtsrat oder Landgerichtsrat beschaeftigt worden. Dass er Kriegsteilnehmer war, entnehme ich daraus, dass er bis zum Erlass der Nuernberger Gesetze im Amte geblieben ist.

Ich danke Ihnen sehr fuer Ihr liebenswuerdiges Anerbieten, die drei genannten Baende uns zur Verfuegung zu stellen. Der Band von Rheinstrom ist in der Bibliothek des Leo Baeck Instituts, auch das Buch von Goepfinger; doch wenn Sie dieses nicht benoetigen, so waere ich Ihnen dankbar, wenn Sie es mir schicken wollten, ich kann es in meiner Privatbibliothek benutzen und brauche dann nicht jedesmal in der Bibliothek des Instituts nachzuschlagen. Das Buch von Bruno Blau besitzt das LBI nicht, und wir waeren Ihnen recht dankbar, wenn Sie es der Bibliothek des Instituts dedizieren wollen.

Da Sie von der Zugehoerigkeit von Herrn Grossmann zum Republikanischen Richterbund sprechen- war Ihr Gatte in einer dieser Organisationen oder hat er sich, wie z.B. Georg Flatow zu einer politischen Partei bekannt?

Mit nochmaligem Dank und freundlichen Gruessen und Empfehlungen

Ihr

Mrs. Alfred Gerstel  
7587 Curry Ave.  
El Cerrito, Calif. 94530

9

March 16, 1973

Sehr geehrter Herr Professor,

vielen herzlichen Dank fuer Ihren liebenswuerdigen Brief. Ich bin mir natuerlich klar darueber, dass ich keine Erwaehnung meines Mannes in Ihrem zeitlich beschraenkten Vortrag vor einem zum Teil amerikanischen Publikum erwarten konnte. Ich bin nur darauf bedacht dass sein Name und die schoepferische Rolle die er im deutschen Arbeitsrecht spielte nicht vergessen wird. Ich bitte mir das zugute zu halten.

Die gewuenschten Daten:

Dr. Alfred Gerstel, geb. 2. April 1879 in Laurahuette, Oberschlesien.

Er wurde 1920 erst Kammergerichtsrat und auf seinen Wunsch - er wollte nie Beisitzer sein - im selben Jahre Landgerichtsdirektor.

1927 vorsitzender bei dem Landesarbeitsgericht in Berlin,

1928 Senatspraesident am Kammergericht.

eine Berufung zum Reichsgericht etwas spaeter lehnte er ab, da er nicht Beisitzer sein wollte und auch das kulturelle Leben in Berlin nicht missen wollte. Er war ein durch und durch musischer Mensch mit grossem Interesse an Musik und bildender Kunst.

Am 30. 9. 1935 wurde er "beurlaubt."

Im Fruehjahr 1939 fand unsere nach Verhaftung durch Androhung des Konzentrationslagers erpresste Auswanderung statt. Wir waren 1 ½ Jahr in

Mrs. Alfred Gerstel  
7587 Curry Ave.  
El Cerrito, Calif. 94530

Cuba und kamen im Dezember 1940 nach Berkeley. Dort war er Vorsitzender des von ihm gegründeten Berkeleyer Juristenkreises, im Jahre 1944 legte er den Vorsitz nieder, da er leidend und ueberanstrengt war. Nach Wiederaufnahme der Beamtenpensionszahlungen zogen wir im Herbst 1953 nach El Cerrito, dort starb mein Mann am 30. Mai 1954.

Ueber Herrn Grossmann weiss ich nur, dass er im Republikanischen Richterbund taetig war. Ich nehme an, dass der Senatspraesident Caspari juedische Abstammung war.

Ich bestze ein paar Baendchen, die vielleicht von Interesse fuer Sie sind:

1.) Die Verfolgung der Juristen juedischer Abstammung durch den Nationalsozialismus von Dr. Horst Goepfinger, King Verlag.

2.) Das Ausnahmerecht fuer die Juden in den europaeischen Laendern von Bruno Blau. New York 1952

3.) L'influence du Regime national-socialiste sur le droit privé allemand von H. Rheinstrom, erschienen in Montreal.

Wenn diese Baendchen von Interesse fuer Sie und nicht zugaenglich sind, bin ich gern bereit sie Ihnen zu schicken.

Verbindlichsten Dank fuer den versprochenen Text Ihres Vortrages, den ich mit grossem Interesse lesen werde. .

Mit freundlichen Empfehlungen

Ihre

Elsa Gerstel

url  
12. April 1973

Mrs. Alfred Gerstel  
7587 Curry Avenue  
El Cerrito, Calif. 94530

Sehr geehrte gnaedige Frau,

vielen Dank fuer Ihren freundlichen Brief und fuer die Ergaenzung der Daten ueber Dr. Gerstel. Die Tatsache, dass Ihr Gatte in seiner fruehen Jugend getauft worden ist, hat in dem Zusammenhang mit der Bearbeitung seiner Person und seines Wirkens keine Bedeutung.

Ich habe auch in dem Band ueber die monarchische Zeit die getauften Juden mit einbezogen, sie allerdings, soweit Richter und Beamte in Frage kommen, in einem besonderen Kapitel bearbeitet, da ja Einstellung und Befoerderung dadurch beeinflusst war, ob ein Jude getauft oder in der juedischen Religionsgemeinschaft verblieben war. Dieser Gesichtspunkt tritt in der Weimarer Zeit weit zurueck, und ich bin noch nicht ganz entschieden, in welcher Weise ich in dem in Vorbereitung befindlichen Bande die Darstellung in dieser Hinsicht organisieren werde.

Im uebrigen habe ich vor, in den Mittelpunkt das schoepferische Wirken Ihres Gatten auf dem Gebiets des Arbeitsrechts zu stellen.

Verbindlichen Dank auch dafuer, dass Sie die Baende von Goeppinger und Bruno Blau an mich uebersandt haben. Sie sind inzwischen eingetroffen. Das Buch von Blau werde ich dem Leo Baeck Institut weitergeben. Auch das "Bekenntnis zu Sling" hat mich interessiert. Ich werde noch zu ermitteln suchen, in welchem Jahre Sling gestorben ist; danach laesst sich das Erscheinen des Artikels ungefaehr datieren.

Mit erneutem Dank und besten Gruessen

Ihr ergebener

**Bekennnis zu Kling** 1918

Dr. Alfred Geyser.

Als Jude eines unüberwundenen Meines, habe ich gerade als Richter eine unüberwundene persönliche Bekanntheit, die ich ihm zu bezeugen mit meiner Feder und jenem sorgfältigen Werk zu bezeugen.

Bei allem wie Richter haben ihm für sein Wissen zu dem Leben. Wir haben zu wissen, daß dieser wahrheitsglaube, schmerzhaft zu sein in jeder Form seines eigenen unüberwundenen Meines den Lebens als Richter und Richter verdrängten Beruf des Richter beiderseitigen zu einem wissenschaftlichen Teil seiner Lebensaufgabe gemacht, daß er diesen Beruf aus den Bedingungen unserer Anwesenheit zur Höhe einer Befähigung nicht nur nicht schuldig empfangen hat.

Man stelle sich vor, was es bedeutet, daß eine Wissenschaftler wahrer wie er das war, das ein als nicht Beobachter die Stunden seines eigenen Arbeitskraft dem kriminalistischen Kleinbetriebe gewidmet hat. Das war nur denkbar, weil er in jedem dieser unüberwundenen Strafprozesse mit leidenschaftlichem Eifer an die Verhältnisse zu finden wagt.

Auch mit welcher unüberwundenen psychologischen Fertigkeit, mit welcher bewundernswürdigen Intelligenz verstand er es, aus jedem Falle eine klare juristische Klarheit zu formen. Wie war das alles mit dem Summe des ganz reinen und überlegenen Menschen durchdringt.

Es wurde ihm, er ist nicht, nicht schon voranworfen, er habe zu sehr die Anzahl anderer strafprozessualen Verhandlungen sprechen lassen. Aber nicht, daß er nicht den Ernst des Gegenstandes nicht genügend wahrte. Ich vermag das nicht anzuerkennen. Denn niemals hat er den Verhandlungsbericht zu solcher Spasmoderei erniedrigt. Davor bewachte ihn, außer seinem Geschick. Schon sein warmes Können mit den Urteilen. Auch glaube ich, daß die ständige menschliche Erfahrung nicht dadurch den Eindruck erwirkt, vor ihrer Arbeit nicht getrieben zu sein, daß diese Situationen Objekte eines Gerichtsverfahrens werden.

Und noch ein anderer Vorwurf, der oft gegen ihn erhoben wurde, richtig ist nicht begründet. Nichts wurde ihm von dem Richter nicht. Er hat die Richter nicht geübt hat. Aber die Gerichte dürfen -- das wird ja kaum noch verkannt -- ebenso wenig wie irgendeine andere Einrichtung des öffentlichen Lebens beanspruchen, von der Kritik der Presse freigestellt zu sein, und Klings Kritik blieb immer ritterlich, ohne Beherrschung und voller Verständnis für die spezifischen Schwierigkeiten des richterlichen Berufs. Ueber Einzelheiten habe ich natürlich streiten. Aber wenn der Vorwurf selbst begründet wäre, daß Kling in dem einen oder anderen Falle die Grenze berechtigter Kritik nicht ganz innegehalten habe, so hätte ihm doch nicht zürnen können, wer Verständnis dafür hat, daß im Vordergrund seines Gefühls nicht kritische Schärfe stand, sondern ein überquellendes Mitleiden mit den in den Strafprozess Verurteilten, die er unbillig behandelt glaubte. „Ein brennendes Recht floß durch sein Herz“ wie durch das des Florian Geyer.

Und es sollte vor allem nicht übersehen werden, daß Kling auch zu Loben wußte, und zwar in einer so eindringlichen, kenntnisreichen und subjanzierten Weise zu loben wußte, daß sein Lob erheblich schwerer wog, als die Mißgeschickten Stimmen, die die Richter von gewissen Seiten oft zu hören bekommen. Wer ihn übertriebener Kritik nicht sieht, dem sei jener schöne „der Strafrichter“ übertriebene Aufsatz in die Erinnerung zurückgerufen, wo er mit einer in diesen Dingen kaum nicht bekannten Wärme für diejenigen Berliner Strafrichter eingetreten ist, die, wie er dort sagt, „die Quellen ihres inneren Staates nicht nur aus Paragraphen beziehen.“ Ich glaube, daß mich eine warme und selbstbewußte Anerkennung durch eine Anerkennung Klings in ihrem Werk und dem beruflich haben konnte, und ich kann nicht annehmen, daß die Anerkennung seine Kritik über Richter ganz unbedeutend gelassen hat.

Nicht, da dieser Mann von der ersten Minute mit der deutschen Justiz, die so einseitig von Forderungen bitter nötig hat, entzissen wurde, ist schwer zu glauben, daß er in absehbarer Zeit durch eine Kraft von ähnlicher Leidenschaft für ihren Beruf, von gleicher Noblesse und von ebenbürtigem Fortschritt erseht werden könnte.

Mrs Alfred Gerstel  
7581 Larry Ave.  
El Cerrito, Calif 94530

9  
April 3, 1973

Sehr geehrter Herr Professor,

vielen Dank fuer Ihren freundlichen Brief vom 29. Maerz und den  
inzwischen eingegangenen Vortrag. Ich war sehr beeindruckt davon wie  
akkurat und interessant Sie dies Stueck Geschichte in konzentrierte  
Form gebracht haben.

Zur Ergaenzung der Daten:

Dr. Gerstel hat den Referendar (mit vorzueglich ) und den Dr. jur.  
1901 gemacht. Ueber das Assessorexamen habe ich nichts, nehme 1905 an.  
Die Universitaet Goettingen hat ihm amuesanter weise 1951 das goldene  
Doktordiplom hierher gesandt mit dem Wunsche fuer eine ebenso erfolgreiche  
Karriere hier.

1905 wurde er Amtsrichter in Berlin, 1915 Landrichter in Berlin .  
1933 musste er sich vor Freisler im Justizministerium wegen eines  
Nachrufs verantworten, den er ( 1928 ? ) fuer den Gerichtsbericht-  
erstatter Sling ( Schlesinger ) fuer die Vossische Zeitung geschrieben  
hatte. Ich erinnere mich nicht wie die Unterredung verlief, aber die ange-  
drohte Entlassung nach dem beruechtigten Paragraphen 4 erfolgte nicht.  
Ich schicke Ihnen eine Kopie dieses Artikels .

Mein Mann war nicht Kriegsteilnehmer infolge einer alten Fussball-  
spielverletzung. Die letzte Zeit vor seiner Entlassung arbeitete er mit  
dem Gehalt eines Senatspraesidenten am Amtsgericht.

Mein Mann war nicht Mitglied des Republikanischen Richterbundes. Er  
gehoeerte der Demokratischen Partei an, war im Vorstand des Demokratischen

Klubs. Aus der Zeit stammt seine Freundschaft mit Theodor Heuss, mit dem er und spaeter ich nach dem Kriege korrespondierte. Ich sah Heuss im Jahre 1958 bei einem lunch im kleinen Kreise im Hause des Generalkonsuls in San Francisco und er erzaehte mir wie er sich fuer eine beschleunigte Wiederaufnahme der Beamten - pensionszahlungen eingesetzt haette immer mit dem Gedanken an uns und wie traurig er war, dass mein Mann das nur so kurz erlebt hat. Noch eins um kein Missverstaendnis aufkommen zu lassen: -Ich weiss nicht ob es wichtig ist.- Mein Mann war juedischer Abstammung, aber er war in seiner fruehen Jugend getauft worden.

Ich sende mit gleicher Post das Baendchen von Goeppinger fuer Ihren Privatgebrauch und das von Bruno Blau mit der Bitte es freundlicher<sup>2</sup> wise an das Leo Baeck Institut weiter zu geben.

Mit verbindlichen Gruessen

Ihre

Klase Gerstel



*unmöglich  
Siegfried Rosenfeld  
ist.*

12. April 1973

Herrn Dr. Horst Goepfinger

*ist durch  
Brief v. Frau Anna  
Loewenthal*

Sehr geehrter Herr Dr. Goepfinger,

da mir Ihre Anschrift unbekannt ist, so bediene ich mich der freundlichen Vermittlung des Ring-Verlages, um Ihnen dieses Schreiben zukommen zu lassen.

Ich bereite ein Buch ueber Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands in der Weimarer Zeit vor. Es widd sich vornehmlich mit Beamten und Richtern, Regierungsmitgliedern und Parlamentariern befassen, die in der damaligen Zeit gewirkt haben und versuchen, ihre Persoenlichkeit und Taetigkeit im Rahmen der Gesamtentwicklung des damaligen Deutschlands zu wuerdigen. Ein entsprechendes Buch ueber Juden im oeffentlichen Leben in der monarchischen Zeit habe ich 1968 im Verlag von J.C.B. Mohr in Tuebingen erscheinen lassen.

Fuer die Weimarer Zeit ist mir Ihr Buch ueber die Verfolgung der Juristen juedischer Abstammung durch den Nationalsozialismus sehr wertvoll. Aus eigener Kenntnis weiss ich noch manches als damaliges Mitglied des Preussischen Ministeriums des Innern und des Preussischen Landtages, in dem ich ein Kollege des Ministerialdirigenten Dr. Siegfried Rosenfeld war, der im Preussischen Justizministerium das Gnadenwesen und auch die Personalien der Richter einiger Oberlandesgerichtsbezirke bearbeitet hat.

Ueber ihn und Dr. Kurt Rosenfeld, die Vettern waren, weiss ich genug fuer die Bearbeitung, dagegen fehlt es mir an Material ueber den Landgerichtspraesidenten Dr. Loewenthal in Oels. Seine Taetigkeit vollzog sich im Bezirk Breslau, den ich im Landtag vertreten habe, ich habe Loewenthal auch ein oder zwei Mal gesehen und weiss, dass er ein aufrechter Demokrat war und dass man ihn in Oels auch in weiter rechts stehenden Kreisen schaezte. Sonst aber erinnere ich mich nur der Tatsache, dass er vorher in Magdeburg als Richter gewirkt hat und damals in einem der weithin bekannten Prozesse, entweder dem von Friedrich Ebert angestregten Beleidigungsprozess oder in dem Prozess Haas durch sein mutiges Eintreten fuer die republikanische Sache gegen seine Richterkollegen bekannt geworden ist.

./.

ERNEST HAMBURGER -- 67 Riverside Drive - New York NY  
10024

9  
29. Dezember 1971

*nl*  
Mrs. Gertrud Goldschmidt  
58 Stalpert Straat  
den Haag, Netherlands

*Arthur*  
Sehr geehrte gnaedige Frau,

gestatten Sie, dass ich mich in einer mich interessierenden Angelegenheit an Sie wende. Ich habe ein Buch "Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands" im Verlage Mohr in Tuebingen, 1968, veroeffentlicht, das sich mit dem Leben und Wirken juedischer Persoenlichkeiten im Rahmen der deutschen Geschichte der monarchischen Zeit 1848 - 1918 beschaeftigt. Ich bereite jetzt das entsprechende Buch fuer die Weimarer Republik vor. In beiden Buechern werden Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier behandelt.

Frau Susanne Simonis, die mir auch Ihre Adresse gegeben hat, teilte mir mit, dass Ihr Gatte Beamter im Preussischen Justizministerium war. Ich weiss nicht, ob diese Information richtig ist. Ich selbst habe damals im Preussischen Innenministerium gearbeitet und war auch Mitglied des Preussischen Landtags, kann mich aber des Namens Ihres Gatten nicht mehr entsinnen.

Falls Frau Simonis mich richtig informiert hat, wuerden Sie so freundlich sein, mir die wesentlichen Lebensdaten Ihres Gatten zu uebermitteln (Geburtsort und -Jahr, Studiengang, Werdegang in seinem Beruf einschliesslich der Taetigkeit im Ministerium und eine kurze Angabe darueber, was er eventuell in der Emigration getan hat.) Aus dem Justizministerium habe ich lediglich von den juedischen Beamten den Ministerialdirigenten Siegfried Rosenfeld und den Ministerialrat Hermann gekannt. Waechtig waere mir gegebenenfalls auch eine Information darueber, auf welchem Gebiet der Justizverwaltung Ihr Gatte im Ministerium gearbeitet hat, sowie Hinweise auf charakteristische Erlebnisse, die er in seiner Laufbahn gehabt hat.

Mit bestem Dank im voraus und

verbindlichen Empfehlungen

Ihr ergebener

4. Februar 1972.

Sehr geehrter Herr Hamburger,

Auf Ihr Schreiben v. 27.1.72 gebe ich Ihnen die nachfolgenden Daten über mein Leben und meinen beruflichen Werdegang.

Ich bin am 26. Mai 1880 geboren als Sohn des Bankherrn Max Gutkind, über den Sie einige Angaben in den Ihnen bekannten "Braunschweiger Juden" finden. Meine Mutter war eine Tochter des Juweliers Hertz in Braunschweig, dessen Vorfahren das gleiche Gewerbe seit einer Reihe von Generationen in Hildesheim und Braunschweig betrieben hatten.

1919 heiratete ich die Tochter Margarethe des Landrats a. D. Geh. Reg. Rats Pape und seiner Ehefrau Helene geb. Alendorff. Es war mir vergönnt 50 Jahre in ungetrübter Ehe zu leben, bis meine Frau 1969 kurz nach unserem goldenen Hochzeitstag starb. Ich habe eine Tochter, die als Lehrerin an einer Gymnasial-Schule (Gymnasium) für Mädchen in Woking wirkt.

Nach dem Besuch des Gymnasiums Martino-Katharineum in Braunschweig, wo mir das Erlebnis Goethes vermittelt wurde, einer einjährigen Lehrzeit im Geschäft meines Vaters und dreijährigen Studiums in München, Berlin, Heidelberg und Leipzig bestand ich 1902 das Referendar- und 1907 das Professorexamen. Meine Tätigkeit als Referendar und Gerichtsassessor im

Braunschweigischen Staatsdienst wurde 1902/03 durch den  
Dienst als einjährig - Freiwilliger beim Braunschw. Inf. Regt 92  
und später durch eine Reihe von ~~Übungen~~ militärischen  
Übungen beim Königl. - Inf. Regt. Nr. 145 in Metz unterbrochen.  
1905 promovierte ich zum Dr. jur.  
1912 wurde ich zum Amtsrichter in Verheide<sup>4</sup>/Braun-  
schweig ernannt, 1914 zum Staatsanwalt (der offizielle  
Titel war "Landgerichtsrat mit den Geschäften eines Staats-  
anwalts beauftragt"). 1920 trat ich über zum Landgericht  
Braunschweig und wirkte 1923 - 1928 als Hilfsrichter im  
Civil- und Strafsenat des Oberlandesgerichts Braunschweig.  
1928 wurde ich Oberverwaltungsgerichtsrat beim Braun-  
schweigischen Verwaltungsgerichtshof und Mitglied des Ober-  
verwaltungsamts (als solches auch Vorsitzender des Verordnungs-  
gerichts) und war 1930 - 1933 Mitglied der Prüfungskom-  
mission für die 1. und 2. juristische Staatsprüfung. Mit dem  
31.12.1935 wurde ich auf Grund der Nürnberger Gesetzgebung  
sioniert, nachdem ich schon einen Monat vorher aller Amts-  
pflichten enthoben war.

Ende 1935 siedelte ich mit meiner Familie nach Berlin -  
Zehlendorf über. Vom 11.11. bis 14.12.1938 war ich im Kon-  
zentrationlager Sachsenhausen. Am 30.12.1938 wanderten

Wir erst nach England da ich dort keine juristische Tätigkeit finden konnte, arbeitete ich zunächst mit meiner Frau als "married couple". Meine Frau setzte die Beschäftigung im Haushalt als sogen. <sup>Stundenfrau</sup> ~~Frach~~ viele Jahre fort, nachdem ich Arbeit in einer Fabrik und seit 6. 7. 1942 als Clerk in der Verwaltung eines Krankenhauses gefunden hatte. Diese Tätigkeit behielt ich bei bis August 1956. 1952 kam ich in den Genuss der mir zustehenden Pension. Auf Grund der Wiedergutmachungsgesetze wurde ich durch Bescheid des Niedersächsischen Ministerpräsidenten v. 31. 8. 1959 <sup>Präsident</sup> a. D. des Braunschweigischen Verwaltungsgerichtshofs.

Ich habe <sup>als</sup> das Präsidentenamt nicht tatsächlich ausgeübt.

Den 1. Weltkrieg habe ich von Anfang bis zu Ende als Offizier der Reserve des Königs-Inf.- Regts an der Westfront mitgemacht, die letzten 1/2 Jahre als Mitglied eines Divisionstabes. Als Hauptmann d. R. bin ich am 19. 12. 1918 aus dem Heeresdienst ausgeschieden. Neben meiner Berufsarbeit habe ich mich gern mit Geschichte und Kunstgeschichte beschäftigt und bis weit in den Alpen und im Harz gewandert.

Den Landgerichtsrat Ruben habe ich nicht kennen gelernt. Ich kann auch keinerlei Angaben über seine Tätigkeit machen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr ergebener

W. Gutkind.

ernest hamburger - 67 Riverside Drive - New York, NY  
10024

9  
9. Februar 1972

Herrn Dr. W. Gutkind  
69 Stocton Road  
Guildford  
Surrey

Sehr geehrter Herr Gutkind,

ich danke Ihnen bestens fuer Ihr Schreiben vom  
4. Februar d.J. und fuer die Uebermittlung der Daten  
ueber Ihr Leben und Ihren beruflichen Werdegang.

Ich habe alles mit grossem Interesse gelesen und  
werde die Angaben in der kommenden Publikation ver-  
werten.

Lassen Sie mich hinzufuegen, dass ich Ihnen  
fuer Ihre Muehewaltung um so mehr verbunden bin,  
als ich Ihr Geburtsdatum aus Ihrem Schreiben er-  
sehen habe, und den Wunsch aussprechen, dass Sie  
die geistige und koerperliche Ruestigkeit, die  
Ihr Brief erkennen laesst, sich noch auf lange  
Zeit erhalten moegen.

Mit freundlichem Gruss

Ihr ergebener

# SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

STAATSARCHIV

3171-2/1

(Bei Beantwortung bitte angeben)

┌

Herrn  
Professor Dr. E. Hamburger  
532 Bad Godesberg  
Hotel Rheinland

Hamburg, den 22. Juni 1965

Fernsprecher 36 11 21 } App.  
Behördennetz 31 }

Postanschrift: 2000 Hamburg 1, Rathaus

└

9

└

*Dr. Loose  
Archivassessor*

Sehr geehrter Herr Professor,

auf Ihre Anfrage vom 19. d. Mts. nach der Religionszugehörigkeit des Juristen Dr. Georg Schaps teilen wir mit, daß auf einem 1918 nach der Ernennung Schaps' zum Reichsgerichtsrat angefertigten Personalbogen in einer hier vorliegenden Personalakte unter Religion "mosaisch" angegeben ist. Demnach ist Schaps vor diesem Termin nicht zum Christentum übergetreten. Ob er diesen Schritt in den letzten Monaten seines Lebens noch getan hat (er ist am 22. August 1918 gestorben), läßt sich aus hiesigen Unterlagen nicht ersehen.

Hochachtungsvoll

I. A.

*Loose*

(Loose, Dr.)  
Archivassessor

*Schaps Reichsgerichtsrat*

*Book I*

*Hohenstein*  
9. Februar 1972

An die  
Hessische Allgemeine Zeitung  
35 Kassel

*Ackman*  
Sehr geehrte Herren,

Herr Regierungspraesident a.D. Fritz Hoch teilte mir mit, dass im Archiv der Hessischen Allgemeinen Zeitung Artikel ueber den fruerehen Polizeipraesidenten Hohenstein in Kassel aus den Jahren 1928, 1932 und 1968 vorhanden sind. Der letztere sei von Herrn Hermsdorf verfasst worden, der noch heute in Ihrem Archiv taetig sei.

Diese Artikel sind von Interesse fuer mich. Ich bereite ein Buch vor "Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands in der Weimarer Zeit". In ihm soll Hohenstein seinen Platz haben; er war der einzige juedische Polizeipraesident in der Weimarer Zeit, und es ist mir bis jetzt noch nicht gelungen, Angaben ueber seinen Werdegang und sein berufliches Wirken zu erhalten.

Ich habe Hohenstein nicht persoendlich gekannt, natuerlich als damaliges Mitglied der preussischen Verwaltung von ihm gewusst, und kann daher nicht aus eignen Kenntnissen schoepfen. Andere Bemuehungen, ueber ihn Informationen zu erhalten, sind bisher misslungen.

Ich waere Ihnen daher dankbar, wenn Sie mir Ablichtungen dieser drei Artikel uebersenden wollten. Die Ihnen entstehenden Unkosten werde ich selbstverstaendlich ersetzen. Ein Buch ueber Juden im oeffentlichen Leben in der monarchischen Zeit (1848-1918) habe ich 1968 im Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) in Tuebingen veroeffentlicht, und die geplante Publikation wird gleichfalls in diesem Verlage erscheinen.

Sollten Sie ausser den genannten Artikeln noch Informationen ueber Hohenstein haben, so waere ich Ihnen fuer eine Mitteilung sehr verbunden.

Mit bestem Dank im voraus und freundlichen Gruessen

Ihr ergebener



ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, NY 10024



*Hohenstein*

25. Februar 1972

Herrn Wolfgang Hermsdorff  
c/o Redaktion der Hessischen Allgemeinen  
35 Kassel  
Pressehaus

*erl*  
*5*

Sehr geehrter Herr Hermsdorff,

nehmen Sie meinen besten Dank fuer Ihr Schreiben vom 16. Februar d.J. und die auf den frueheren Polizeipraesidenten Hohenstein bezueglichen Anlagen. Besonders interessiert hat mich der Artikel von 1968, den Sie selbst geschrieben haben; er enthaelt fuer mich wichtiges Material. Herrn Eberth brauche ich nicht zu bemuehen, da mein Buch keine Photographien enthaelt. Sie werden aus dem von Ihnen bestellten Exemplar ersehen, dass es in Form eines wissenschaftlichen Geschichtswerkes geschrieben ist. Gern werde ich Ihren Wunsch erfuellen, Ihnen ein Belegexemplar des Weimar-Bandes zur Besprechung zugehen zu lassen, wenn dieser Band erscheint. Das wird allerdings noch lange Zeit dauern.

Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands gab es in Kassel, verglichen mit andern deutschen Grosstaedten nur wenig. In meinem Buch werden Sie finden, dass Kassel die einzige Grosstadt war, die im Kaiserreich zu Anfang des 20. Jahrhunderts einen antisemitischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten hatte, naemlich den Amtsgerichtsrat Lattmann. Auch werden Sie eine kurze Erwaehnung des Oberlandesgerichtsrats Sommer finden, der durch persoenliches Eingreifen Wilhelms II. in die Befoerderungsstelle in Kassel kam, waehrend sonst juedische Richter in jener Zeit ueber die Eingangsstelle gewoehnlich nicht herauskamen. Darueber finden Sie Naeheres in dem Buch von Eva Ehrenberg, das ich in meinem Buch zitiert habe. Ferner hat es wahrscheinlich einige juedische Stadtverordnete gegeben; ich habe Juden, die in der Kommunalpolitik und in der Kommunalverwaltung taetig waren, in mein Buch nicht aufgenommen. Im Weimar-Bande habe ich vor, von dieser Regel abzuweichen.

Miy bestem, nochmaligen Dank fuer Ihre Hilfsbereitschaft und Ihre guten Wuensche bleibe ich

mit freundlichen Gruessen

[Hoch, Fritz  
von Guder Hoch]

H. Guder  
Hoch

Kassel, den 31. Januar 1966

Lieber Freund Hamburger, wenn ich Ihnen erst jetzt auf Ihre Fragen über meinen Vater vom 2.12. antworten kann, so liegt dies daran, daß -abgesehen von dem "dicken" Urteil für den Staatsgerichtshof, an dem ich seit Wochen sitze- ich in dem Tagebuch, das mein Vater für uns Kinder mit der Hand "ins Reine" geschrieben hat, nichts Näheres über Westarps Bemerkungen und auch nicht den Brief an Haase fand. Ich habe daher in dem Material weiter gesucht und fand dabeiein Manuskript, das ich zwar schon in der Hand gehabt habe, aber annahm, es sei der Entwurf des Tagebuches, das er schrieb davon- aufbewahrt hatte, für den Fall, daß die Reinschrift durch die Einwirkungen der Zeit verloren gehen sollte. Jetzt stellte ich fest, daß es eine Weiterbearbeitung ist, die Ende 1938 schließt. Sie enthält auch die wörtliche Antwort an Hugo Haase, mit dem mein Vater seit seiner Königsberger Studentenzeit befreundet war. Diesen Brief will ich abschreiben und beilegen; noch mehr abzuschreiben, insbesondere die Stellen, die sich mit Westarps Bemerkungen über meinen Vater beschäftigen, bin ich nicht in der Lage. Das ist überhaupt das einzig Mißliche an meinem Ruhestand, daß ich keine Schreibkraft mehr habe und alles selbst schreiben muß. Fremden Menschen gebe ich das Buch meines Vaters nicht. - Mein Vater, der eifrig philosophische Studien trieb, hat auch eine Darstellung seiner "Lebensauffassung" hinterlassen, in der er sich auch über "Religion" äußert, er behandelt in seiner Biographie auch seinen Austritt aus dem Judentum und seinen Nichtübertritt zum Christentum. <sup>meine Mutter war evangelisch und schenkte meinem Vater ~~zum 50. Geburtstag~~ ~~ihren Kirchenaustritt~~ im Febr. im Jahre 1919</sup> All dies Ihnen ausführlich zu schildern, fehlt mir die Kraft, und ich will versuchen, Ihnen nun einigermaßen verständlich zu antworten.

1. Mein Vater hat Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft <sup>genau</sup> und Philosophie in Berlin, Königsberg und Zürich studiert. In Berlin hatte er in einer freisinnigen Studentenversammlung, in der ein Abg. Schrader sprach und Marx Schriften ablehnte, in der Diskussion gesprochen und erklärt, er habe M's Kapital sehr eingehend durchgearbeitet und viel daraus gelernt, er könne diese Versammlung veranlassen den MinDir. im Kultusministerium Althoff, eine Untersuchung einzuleiten. (Ich habe, als ich im MdI war, die Akten beschaffen und einsehen können, kann aber nicht alles berichten.) Nach längeren Ermittlungen -der Name war in der Zeitung mit Hoche angegeben- über den späteren Min Dir. Dr. Hoche (ReichsmDI; ich habe ihn danach gefragt) und den Freiburger Mediziner Dr. Hoche, fand man den Studiosus Hoch, Haussuchung in Königsberg, strenge mündliche Verwarnung durch den Rektor Prof Zorn, den Völkerrechtler, in Gegenwart des Senats, Ablehnung der Immatrikulation in Breslau, wohin mein Vater seinem Lehrer der Volkswirtschaft Prof Estler 1938 folgen wollte. Ablehnung der Beschwerde durch Kult Minister, da er als Sozialdemokrat nicht die nötige sittliche Reife besitze. (An Hand des Bescheides, den wir noch besitzen, hatte der Registrator des MdI mir die Akten 1926 beschaffen können.) Darauf ging mein Vater zum Weiterstudium nach Zürich, wo er sich der Vereinigung der deutschen Sozialdemokraten anschloß. (In den Akten des Minist. interessante Spitzelberichte über Reden meines Vaters bei Weifeiern in Zürich. Berichte bis etwa 1902!, als Vater schon seit Jahren wieder in Deutschland und Reichstagsabgeordneter war. Als nach Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 die SPD in Frankfurt die "Volksstimme" gründen wollte, veranlaßte ein Freund aus der Züricher Zeit, der spätere RAbg. Emmel-Mülhausen i.B., der damals in Frankfurt arbeitet, meinen Vater die Redaktion zu übernehmen. Er arbeitete damals an seiner Doktorarbeit (die Geschichte des Arbeitsschutzes in Deutschland), glaubte aber sich dem Ruf nicht entziehen zu können. Er wollte politisch wirken.)

2. In Hanau bestand seit den 1848 er Jahren wie in anderen Städten und Frankfurt, auch in Mannheim, eine "Freireligiöse Gemeinde", als ich in Berlin war, bestand auch dort eine solche Gemeinde. In der Nazizeit wurden sie aufgelöst. Aus dem Judentum war mein Vater ausgetreten, weil er -sind die Väter väterlicherseits waren Rabbiner in ihren Gemeinden gewesen, wenn sie auch ihren Lebensunterhalt damit nicht bestreiten konnten und Kaufleute waren- zwar ihre Sittenlehren anerkannte, aber Gründung auf Gebote Gottes nicht anerkennen konnte, auch die Jenseitslehre ablehnte. In höchster Verehrung erzählt er von den Unterhaltungen mit seinem Vater über seine Religion. Für die freireligiösen beruhen die Sittengesetze nicht auf göttl

Mein Vater ist der Sohn von Fritz Hoch (1885-87) die Handl. Schweizer Reformgenoss.

Gebot, sondern auf Nächstenliebe, Vernunft und Denken. Wir hatten in den Schuljahren "Religionsunterricht", eine Art Moralunterricht und bekamen mit 14 Jahren die Jugendweihe. Ich glaube, unsere Gemeinden waren toleranter allen Überzeugungen gegenüber als die "Freidenker"-Vereinigungen. In meiner Heimat gehörten -ich möchte sagen- die aufgeschlosseneren, geistig interessierteren Arbeiter und wenige freiheitlich-denkende Leute aus dem Bürgertum zu dieser Gemeinde.

3. Mein Vater hat trotz dringender Bitten unserer Hannauer Freunde 1928 wegen seines Alters eine weitere Kandidatur abgelehnt. Er wurde damals 65 Jahre alt und sagte -ein Wort, das mir alte Freunde immer wieder bestärkt haben-, jetzt wisse er noch, daß es Zeit sei, Schluß zu machen, ob er es in einigen Jahren noch erkennen könne, sei er sich nicht sicher. Es waren lediglich Gründe des Alters, keine politischen Gründe.

4. Meines Vaters Hauptinteresse galt der Sozialpolitik, überhaupt allen Fragen des Arbeiterschutzes. An der Sozialversicherung (RVO und AVO) hat er sehr tatkräftig mitgearbeitet und auch Kommentare herausgegeben, die in der Praxis vor allem der Kassen stark benutzt wurden. Es hat mehrere Auflagen gegeben. Vater hat ja praktisch seinen Lebensunterhalt als freier polit. Schriftsteller verdient. Er hat viele Aufsätze in Tageszeitungen, Neue Zeit und sozialpolit. und gewerkschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht. Viele Jahre hat er regelmäßig in der AFA-Zeitung über Sozialpolitik berichtet. Aber auch Steuerfragen haben ihn interessiert. Während des Krieges erschien eine größere Broschüre über "Neue Steuern im Kriege". Er war ein sehr guter, mitreißender, temperamentvoller Redner, der seine Reden gewissenhaft ausarbeitete, dann aber völlig frei sprach. Seine Rede zur Zabernaffäre wurde damals von der Partei besonders verbreitet. Übrigens war mein Vater im alten Reichstag der Berichterstatter über Arbeiterschutzfragen zum Etat des Reichsamtes des Innern und nach 1919 Berichterstatter für den Etat des Reichsarbeitsamtes.

5. Meines Vaters Stellungnahme zu den Kriegskrediten war letzten Endes bestimmt von der Ansicht, man müsse seine Auffassung in der Fraktion, in der Partei, durchsetzen und dafür kämpfen und alles vermeiden, was zu einer Zerreißung und damit Schwächung der Kraft der Partei führen würde. Er ist stets gegen eine Diffamierung, insbes. von Haase durch die Mehrheit aufgetreten und hat, als Haase sein Amt als Fraktionsvorsitzeraufgab, auch seinerseits an den Vorstand geschrieben: "Ich bin überzeugt, daß in dem Vorstand, wo für diesen Mann wie den Genossen Haase kein Platz mehr ist, für mich ebenfalls keine Möglichkeit besteht, nützlich zu wirken. Daher sehe ich mich genötigt, aus dem Vorstand auszuscheiden."

6. Über Scheidemann habe ich -wenigstens bisher- nichts finden können, ich weiß aber, daß mein Vater ihn nicht sehr hoch geschätzt hat, um mich so auszudrücken. (Bitte dies nicht zu benutzen.)

7. Über Westarps Bemerkungen hat mein Vater einiges geschrieben, es ist aber zu viel zum Abschreiben. Über die Drohung mit der Revolution sagt mein Vater, daß er nicht gedroht habe, sondern lediglich erklärt habe, wie die Stimmung in der Bevölkerung sei, der Unwille ständig wachse und das Ende der verfehlten Politik der konservativen der Zusammenbruch und die Revolution sein werde. (Also nicht in dem Sinne, daß die Partei die Revol. "machen" werde.) An einer anderen Stelle zitiert er eine sinnentstellende Auslassung des Herrn W. aus dem Protokoll.

8. Je älter ich geworden bin, um so mehr ist die Verehrung und Liebe zu meinem Vater gewachsen. Er war ein ungewöhnlich vielseitig gebildeter Mann, der nicht nur als Student, sondern bis ins hohe Alter hinein viel und vieles gelesen und nicht nur gelesen, sondern durchgearbeitet hat. Er führte ein Verzeichnis seiner Lektüre und machte sich Auszüge aus den Büchern, die er las, ursprünglich stenografisch, später, als er meinte, seine Kinder könnten die Auszüge vielleicht auch einmal verwerten, in Normalschrift. Leider ist bei der Zerstörung meiner Wohnung und der Plünderung der geretteten Restes fast alles verloren gegangen. Sprachen trieb mein Vater regelmäßig, Lateinisch und Griechisch in der täglichen Lektüre lat. und griech. Philosophen, die ich von ihm ererbt habe, Französisch und Englisch las er täglich in Zeitungen und Zeitschriften oder Berichten international. Institutionen, z.B. des Intern. Arbeitsamtes in Genf über sozialpol. Fragen. Er kannte nicht nur die klassische Philosophie, sondern verfolgte auch die modernen phil. Richtungen, war Mitgl. der österr. philos. Gesellschaft und der Rehmke-Gesellschaft.

Goethe kannte er bis in die naturwissenschaftlichen Schriften. Daß er gelegentlich, insbesondere auf seinen täglichen Spaziergängen auch kleine Gedichte machte, erfreute meine Frau und mich immer wieder. Seine Doktorarbeit hat er nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik fertig gestellt und bis 1914 fortgeführt. "Die Geschichte der Arbeiterschutzgesetzgebung in Deutschland vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Zusammenbruch der staatlichen Ständewirtschaft um 1800 bis zum Weltkrieg 1914". Leider ist vieles davon vernichtet worden. Was noch da ist - sein Wunsch war, daß ich die Schrift einmal veröffentlichen sollte, - , hab ich noch nicht durchsehen können, ich fürchte auch, daß die Schrift mit dem Vorhandenen nicht mehr zu rekonstruieren ist. - Mein Vater war ein sehr bescheidener, zurückhaltender Mensch, der aber auch sehr temperamentvoll werden konnte, wo er Unrecht sah, und für seine Überzeugung mit Nachdruck eintrat. Für polit. Gegner war er ein durch seine Klugheit und Kenntnisse wie durch seine Redegabe und Temperament sicherlich sehr beachtlicher Gegner. (Ich habe ihn viel auf Versammlungen begleitet.) Daß ihn die Ministerialbürokratie sehr respektierte, um nicht zuzugestehen, fürchtete, weiß ich aus meiner Berliner Zeit. Er genoß aber bei ihnen auch hohe Achtung. Er war ohne jede Falschheit, offen und ehrlich und sagte seine Meinung unzweideutig, ließ sich aber auch von anderen belehren und überzeugen. Er hatte in der Fraktion viele Freunde, ja Verehrer. Bei Paul Löbe und Moses und vielen anderen hieß er "Papa Hoch". Bei aller Schärfe seiner polit. Überzeugung war er ein gütiger, hilfsbereiter und treuer Mensch. Die Ehe meiner Eltern war die schönste Gemeinschaft, die ich je erlebt habe.

-/-

-/-

So, lieber Freund Hamburger, nun hoffe ich, Ihnen in etwa Ihre Fragen beantwortet zu haben. Kommen Sie in diesen Sommer wieder nach Europa? Lassen Sie uns dann aber mal vorher Ihren Terminkalender kennen lernen, damit wir uns auf ein Zusammentreffen mit Ihnen einrichten können. Wir würden uns darüber freuen. Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie einmal Ihre Frau mitbringen wollten. Soweit ist es ja dann von Paris bis Kassel auch nicht mehr. Vielleicht könnten wir uns auch irgendwo in der Schweiz treffen. Bei uns ist alles wieder in guter Ordnung. Meine Frau hat ihren Beinbruch jetzt nach einem vollen Jahr ganz überwunden; ihre Reiselust ist wieder so wie vorher. Mitte Februar wollen wir den Anfang machen und nach Oberstdorf fahren, wo ja unser Sohn (mit 3 Enkelkindern) lebt. Ende April, wenn am Bodensee die Obstblüte im Gang ist, wollen wir für 8 - 10 Tage nach Meersburg, wo wir schon verschiedentlich gewesen sind (aber noch nicht im Frühling). Im Juni soll eine etwas weitere Reise nach Oesterreich oder Schweiz folgen, und im September machen wir in Oberstdorf im Sanatorium unseres Sohnes unsere alljährliche Kneippkur. Dies alles, wenn nichts dazwischen kommt. -- Das Buch von Wolfgang Runge "Politik und Berufsbeamtentum, Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933", das Sie mit Auskünften gefördert haben, werden Sie sicher vom Verfasser erhalten haben. Die Besprechung in der Frankf. Allg. Ztg. war harmlos. Ich lese es gerade mit großem Interesse, wie Sie sich denken können. Wie kürzlich bei einem anderen Buch (über Marburg unter amerik. Besatzung, von einem jungen amerik. Gelehrten geschrieben) sehe ich auch hier, wie schwer es ist, aus Akten Geschichte zu schreiben. Ich denke z.B. an Berichte über die loyale Einstellung von Deutschnationalen. Dazu muß man wissen, wer sie damals verfasst hat und zu welchem Zweck; die Unterschrift des in seiner Haltung bekannten Ministers besagt dabei nichts.

Und nun recht herzliche Grüße auch an Ihre liebe Frau von meiner Frau und mir,  
Ihrem

F. Naase verteidigt er in seinem Tageloh am verschiedenen Stellen immer wieder gegen miserable persönliche Vorurteile.

Green Hill

Form: 8000-1000-1000  
37 1000-1000  
44 1000  
1000-1000

„Birkenhofes“, seiner Villa an der Schwachhauser Heerstraße, verbrachte er, schon kränzlich, die letzten vier Jahre seines Lebens, noch unbehelligt von dem in seinem Todesjahr durch die sog. Nürnberger Gesetze zum Staatsrecht erhobenen Rassenwahn.  
L BN 9. 4. 1925 (P); Rhdb. (P); H. Flieger, D. Weg z. Isabella, 1959. *D. S. H. B.*  
315 Klaus Düwel

Meyer, Carl Heinrich Wilhelm Arend, Werftdirektor, \* 12. 11. 1869 Bremen-Hastedt, † 13. 12. 1942 Bremen. (ev.)

V Carl Heinrich Wilhelm, Bäckermeister in Bremen-Hastedt; M Catharine Hohorst; ♂ 21. 10. 1893 Johanne Margarethe Metschkoll (\* 1873) aus Bremen-Vegesack; 2 S, 1 T.

M. trat, nachdem er seine kaufmännische Ausbildung bei einer Getreidefirma in Bremen erhalten hatte, 1890 als Buchhalter bei der Werft von ♂ Johann Lange in Bremen-Vegesack ein, wo seit 1887 → Victor Nawatzki Oberingenieur war. Da die Geschäftslage bei Johann Lange keine Aussicht auf Besserung zu bieten schien, kündigte M. bald wieder und ging zum 1. 1. 1893 an eine Maschinenfabrik in Burg b. Magdeburg. Ende desselben Jahres aber hatte Nawatzki mit Hilfe von Bremer Geldgebern die Langesche Werft in die AG Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik umgewandelt und richtete nun an seinen alten Mitarbeiter die Bitte, nach Vegesack zurückzukehren. M. war bereit. Am 2. 1. 1894 trat er beim Vulkan ein und wurde sehr bald Prokurist und Leiter des kaufmännischen Büros. In dieser Stellung widmete er seine ganze Kraft dem neu gegründeten Unternehmen, das bald zu großer Bedeutung emporstieg, und blieb ihm 45 Jahre lang treu. 1912 wurde er zusammen mit den Oberingenieuren → Matthias Esser und → Wilhelm Knauer zum Direktor ernannt, am 1. 1. 1914 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied berufen. Nach dem Ausscheiden Nawatzkis im April 1922 ging die Leitung der Werft gemeinsam an die drei Direktoren über. Ein wesentliches Verdienst erwarb sich M. durch die Förderung des Wohnungsbaus für die Angestellten und Arbeiter der Werft. Von Anfang an arbeitete er in dem auf Anregung des Landrats → Paul Berthold gegründeten Spar- und Bauverein Blumenthal mit, in dessen Vorstand er 1901 eintrat und bis 1924 verblieb. M. war auch Mitglied des Stadtrats von Vegesack sowie des Vorstandes der dortigen Sparkasse. Seit 1937 gehörte M. dem Aufsichtsrat der Flensburger Schiffbaugesellschaft, in den Jahren 1934–42 auch dem Aufsichtsrat der Friedrich Albert Pust Hochsee-

fischerei AG Wesermünde sowie der Industrie- und Handelskammer Wesermünde an. Als er Ende 1938 als Direktor beim Vulkan ausschied, wurde er auch hier Mitglied des Aufsichtsrats.

L 150 J. Schiffbau in Vegesack, hrsg. v. Bremer Vulkan Schiffbau u. Maschinenfabr. Bremen-Vegesack, 1955 (P).  
316 Georg Bessell

Mißler, Johann Friedrich, Kaufmann, \* 7. 2. 1858 Bremen, † 27. 9. 1922 ebenda. (ev.)

V Justus, Schuhmacher in Bremen; M Anna Margarethe Fricke; ♂ 1901 Doris Marie Amalie Lübbers.

Nach seiner Ausbildung bei dem bremischen Auswandererexpedienten Carl Ludwig Boedeker gründete M. 1881 in Bremen eine Vermittlungsfirma, die aus kleinsten Anfängen heraus „vielleicht zur bedeutendsten auf dem europäischen Kontinent“ wurde und 1914 über 130 Angestellte beschäftigte. Vom Norddeutschen Lloyd, der in Bremen fast den gesamten Fahrgastverkehr abwickelte, als Lieferant von Auswanderern abgewiesen, arbeitete er anfangs als Agent der Anker-Linie. Er kam dabei so gut ins Geschäft, daß ihn der Lloyd seit 1885 gern heranzog und ein Jahrzehnt später alles daransetzte, M., der nach Antwerpen abzuwandern drohte, in Bremen zu halten. M. hatte es verstanden, in Rußland und in den slawischen Ländern Südosteuropas ein vorzügliches Agentursystem aufzubauen, und schleuste mit Hilfe von Filialen, die in Prag, Wien, Budapest, Sofia, Agram, Bukarest, Temesvar, Hermannstadt, Riga, Moskau, Kowno, Buenos Aires und New York entstanden, die Auswanderer in Massen zur Einschiffung nach Bremen. Das Geheimnis seines Erfolges bestand wohl vor allem darin, daß er die Werbung völlig auf seine eigene Person zuschnitt und seinen Namen in den Auswanderungsgebieten dadurch jedermann bekannt, ja zum Begriff machte. Die Reisenden „fuhren mit Mißler“ – mit dieser Formel hob er sich aus der Schar der Vermittler empor und gewann in Bremen eine einzigartige Stellung, wenn auch kein Monopol. 1896 verzichtete der Lloyd zu M.s Gunsten auf Auswandererorganisationen in Osteuropa und garantierte ihm für die Zuweisung der angeworbenen Fahrgäste 180 000 M jährlich. M. schnitt seinen Betrieb nun völlig auf den Lloyd zu. Er arbeitete billiger, als es die Reederei mit einem eigenen Werbungsapparat vermocht hätte, und wurde bald geradezu als ein Teil des Lloyd betrachtet. Insgesamt vermittelte die Firma, die sich 1922 in eine GmbH umwandelte, von 1885 bis

Willy Wenzel

Basel, Holtenauerstr. 4

21. 8. 1962

Lieber Herr Homburg,

Ich bin früher als geplant nach Basel zurück  
gekommen. In Basel hatte ich einen kleinen Kopf und  
ausserdem erkrankte ich eine Darminfektion. Dadurch hat  
mir das deutsche „Klima“ gar nicht gefallen. Die zum  
System gehörigen Punkte des Escapismus, die in Ostschweiz  
und prakt. sind sind bei verkürzter Reisezeit. Die  
Vorgänge in Berlin sind allgemeine Symptome.

Mein Aufenthalt über die Schweizerische  
erfolgt in dem von der Stadt Kanton Bern  
gekauften „Kantonisches Heft“ Jahrgang 1961 Hft. 3.  
Dr. Grünwald liest die Heft, die den Kanton  
Zürich.

Die Bedeutung des baden-jüdischen  
Niederwiesens kann ich nicht, Ehemaliger  
Dr. David Hugo Mayer, der letzte baden-jüdische

beruht von und nebenantheil der Droße der  
 badischen Synodal-Versammlung und letzter der  
 Oberster der badischen Juristen. Erbanen 1854 in  
 Müllheim bei Freiburg, gestorben 1881 in  
 Karlsruhe.

Zusammen 100. Erbanen hat die all-  
 gemeine Volkserziehung in Pilsalder in der  
 Nummer vom 27. 8. 1854 einen vom  
 verfassten längeren Artikel veröffentlicht. Sein  
 Werk ist in Leipzig, Erstausgabe der badischen  
 Juristen-Versammlung. Einmalige Ausgabe durch  
 sind wegen Entdeckung der Verfasser vom Reich selbst  
 gelassen worden.

Unter dem Aufsehen der juristischen Enzyklo-  
 pädie anstehenden badischen Juristen dieses Halbes-  
 berg und Erbanen von Noam Adomas des  
 Staats-Verwaltungsrath in Freiburg, beide mit  
 Glücke der Oberster der badischen Juristen nicht  
 können werden.



Das deutsche Arbeitsgerichtliche und das Rechtsprechung  
 beibringt ist in meinem And eine ausführliche Dar-  
 stellung zu finden. Das im Jahre 1905 habe ich  
 dem Entwurf zum Art 119 in einem Artikel im  
Vierteljahrsschrift für Gesetzgebung, Verwaltung und  
 Rechtswissenschaften im Band 6 & 7 in der Folge, die Rechte im  
 Arbeitsgerichtsprozess erörtern. Zahlreich sind  
 meine Aufsätze im Arbeitsrechtlichen Zeitungen von  
 denen ich die "Arbeitsbildung - Arbeitspflicht",  
 die Methode der Rechtsfindung des RAS<sup>5</sup>  
 im Jahrgang 1930 des "Arbeitsrechts" bedeutendste  
 ist. Die Rechte sind dem mit dem RAS aus dem  
 die mir in einer auf Rechtsbeurteilung gegen eine von  
 mein kannes dessen Entscheidung politische  
 Justiz voran. Meinfeld hat diesen Rechtsstreit als  
 der Obliegenheit in der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte  
 genannt und die Verwirklichung der deutschen  
 Arbeitsverhältnisse hat nur ein Landrecht gegeben,

in dem auch die Rechtsgutachten der angeführten Kon-  
 plänen in Leipzig, Göttingen und Hamburg  
 veröffentlicht sind. Diese Sonderausgabe ist übrigens  
 im Verlagsprogramm. Selbst beim MIT oder nicht zu  
 haben.

Ich habe jetzt beim Nachdenken erst entdeckt,  
 wie umfangreich meine Bibliographie ist. Dabei  
 ist sicher vieles völlig der Wissenschaft anheim-  
 gegeben, weil ich selbst nicht mehr an alles ent-  
 stehen, was ich geschrieben habe. Dies gilt insbe-  
 sondere für die französische & belgische Zeit.  
 Bekanntlich sind viele Länder, habe ich in der de An-  
 dererzeit eine Aufsatz, "La nature juridique  
 du mandat international" publiziert, in der ich  
 das Mandat als Treaty im Sinne des völkerrecht-  
 lichen Rechts behandle. In Deutschland dem Jahre:  
 "La logique des problèmes est plus forte que la  
 raison des hommes".

Ich verbleibe Ihnen, wie immer,  
 zu Diensten.

Herzlich  
 Ihre Fritz Kahn

FRANZ JOURDAN DR. JUR.  
LUCY JOURDAN

STOCKHOLM V:A RÖDABERGSGATAN 11  
TELEFON 32 59 92 - POSTGIRO 19 16 95

Vikingsgatan 30 <sup>34</sup>

11/7-15/8: Schulz, Granbünden Schweiz  
Hôtel Franke

Muralto, den 7. Juli 1961

Sehr geehrter Herr Hamburger:

Dass Sie mit einer Arbeit über das Wirken jüd. Beamter & Abgeordneter beschäftigt sind, hat mich lebhaft interessiert, und ich bin Ihnen gerne bei Ihrer Materialsammlung behilflich.

Über den Aufenthalt von Bertha J., der Tochter eines Vektors m. v. Schab m. erinnere mich nur, von ihrer Auswanderung nach Südafrika gehört zu haben. Aber vielleicht steht Frau Lotte Erlanger in Frankfurt/ck. Holzkausenstr. 5 plz, Witwe eines Vektors m. Mutter, mit ihr in Verbindung, da B. J. deren Sohn unterrichtet hat. Ich stelle Ihnen anheim, sich unter Bezug u. auf mich an dieselbe zu wenden. Übrigens war deren Ehemann Jude v. Abstammung m. Amtsgerichtsrat in Frankfurt (vorher in Hachenburg (Weckerwald))

<sup>x1</sup> Ich selbst war 6 Jahre lang (1922-28) Gerichtsassessor m. kam mit mehreren jüd. Justizbeamten in Berührung.

Der Kürze halber nenne ich sie Ihnen hiermit gleich:

AGR. Leo Stomberg in Rüdelsheim a. Rh. (auch als Richter besannt), AGR. Levi, Ed. Schreiber, LGR. Lehmann - Drehsche, OLR. Weigert & Sommer alle in Efm., AGR. Emil Lehmann

in Höchst a. M., LGR. Friedländer in Limburg (Kahn). In Mainz soll es einen jüd. Reg. R. Jourdan gegeben haben.

In Appeln (O-Schles.) war 1924 ein jüd. LGR. Vorsitzer der einer Zivilkammer des LG.'s; sein Name ist mir aber nicht mehr erinnerlich.

Ich hoffe, Ihnen hiermit in den engen Grenzen meiner Kenntnisse gedient zu haben, u. empfehle mich Ihnen in ausgereicherter Hochachtung

Franz Jourdan

<sup>x1</sup> auch Jude



GRINDELWALD

*Postkarte*



POSTKARTE CARTE POSTALE CARTOLINA POSTALE

Empfehlung  
Ab  
Kanz Amman  
z. Zt. Schulbuchver-  
bänden / Schweiz  
Hotel z. Traube

Mr. Ernst Hamburger

67, Riverside Drive

New York 24, N.Y.

U. S. A.

Sehr geehrter Herr

Taras, 9. 8. 61

Herrnburger; ~~Sehr geehrter Herr~~ ~~Herrn~~ ~~Frei~~ ~~107~~ ~~147~~ ~~7.~~  
Ihre Schlussfolgerung, daß für die jüdische Bevölkerung  
keine Schwierigkeiten im Hinblick auf  
d. Bevölkerung bestanden hätten, geht zu weit.  
Ein Teil d. Bevölkerung lebte als in die beth.  
Beamteten waren auch oft nicht jüdisch ein-  
gestellt, z. T. getauft. Übrigens: ~~Sind~~  
Höchst als Teil Frankfurt u. Mainz nicht  
als kleinere Städte zu betrachten. Außer-  
dem liegen ~~hier~~ <sup>meist</sup> die große Städte so  
nahe, daß von einer gesellch. Isolir-  
rung kaum die Rede sein konnte.  
Ein Teil d. Beamten waren auch Jungge-  
sellten, die auf gesell. Verkehr keinen  
Wert legten. ~~Manche~~ Und wenn der  
Beamte ehelich verheiratet war, so  
war die Verbindung mit den Anderen  
wesentlich leichter (z. B. W. R. Erlan-  
ger - Leo Sternberg).

Mit diesem Hinweis verbeile ich  
gern in Ihren Diensten und beibe

Prof. H. J. Katzenstein  
*The Jewish Theological Seminary of America*  
*The Schocken Institute*

בית המדרש לרבנים באמריקה  
מכון שוקן

*Judy*  
רחוב בלפור 6, ירושלים  
Tel. 31288 טל

1st of May 1979


Prof. Ernest Hamburger,  
c/o Leo Baeck Institute Inc.,  
129 E. 73rd St. ,  
New York (N.Y. 10021)  
U. S. A.

Dear Professor Hamburger:

*Ernest*  
in the last LBI-  
News (vol. XIX/Winter 1979) I read about your  
forthcoming book "Juden im oeffentlichen Leben  
der Weimarer Republick". I have no idea, whether  
you will deal there in length with the Jewish  
Judges. In any case I like to offer you ~~my~~  
my co-operation in this field, as my late  
father had been one of the two (?) Jewish  
Senatspraesidents in Prussia.

I have still the  
original nomination-document signed by the  
P-M of Prussia O. Braun and by the Minister of  
Justice Schmidt from June 4, 1929, as I have  
kept with me all the other documents of his career  
beginning with the nomination as "Amtsrichter"  
by the Kaiser and signed by him as king of  
Prussia on April 22, 1910.

sincerely yours,

  
H. J. Katzenstein

THE SCHOCKEN INSTITUTE FOR JEWISH RESEARCH  
OF THE JEWISH THEOLOGICAL SEMINARY OF AMERICA

Jerusalem June 14, 1979  
6 Balfour Street

Professor E. Hamburger,  
67 Riverside Drive  
New York (N.Y. 10024)  
U. S. A.

Dear Professor Hamburger,

many thanks for your most informative  
letter of May 29, 1979.

As I was still a child, when I left  
Germany in 1934, you will understand that I am not so well-  
versed with Jewish judges in Germany. I am sure that under  
the Kaiser there were only very few ones. I remember to  
have been told about Oberlandesgerichtsrat Sommer, who had  
been a "Klassenkamerad" of the Kaiser in Kassel.

Both Oberlandesgerichtspräsidenten  
in Celle Herr Wolff (in the first two decades of this century)  
and Herr Otto Meyer (till 1932) were baptized Jews. My late  
father was for a long time on the "list A" for appointments  
of Reichsgerichtsräte. The Oberlandesgerichtspräsident had  
told him: "I have proposed you to be a Reichsgerichtsrat,  
but to become a Senatspräsident is impossible". Therefore  
the nomination as president came to him and to his colleagues  
as a great surprise.

I am not familiar with Jewish judges  
in the court at Leipzig. In my days there was Kammergerichtsrat  
Kohn as a "Hilfsrichter". I do not know, whether the former  
Justizminister Dr. David, who was later a Senatspräsident in  
Leipzig, was still a Jew.

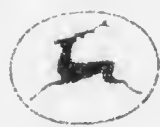
Here in Israel I knew Landgerichts-  
direktor O. Simon, who went back to Germany and became a  
Senatspräsident in Hamburg (?), Landgerichtsrat Loewenstein,  
who also went back to Germany, die Landgerichtsraete Hirschbruch  
and Alterthum. I once met a daughter of Oberlandesgerichtsrat  
Frank(en), Hamm. Oberlandesgerichtsrat Kopfstein, Braunschweig  
lost his life in Haifa being on the "Patria", when the ship sank  
in the harbour owing to an explosion, in order to prevent the  
deportation of those "illegal" immigrants.

With kind wishes

sincerely yours,  
H.J. Katzenstein

hjk/1

קפל ראשון first fold



sender M. Katzenstein שולח  
17 Schocken Tumbabe זמן  
 address 6 Balfour St  
Jerusalem (Israel) ישוב  
 code place מיקוד

אין לשים דבר באיגרת אוויר. איגרת שהושם בה דבר תישלח בדרך הים.  
 un aérogramme contenant un objet quelconque sera transmis par voie de surface.  
 an aerogramme containing any enclosure will be sent by surface

קפל שני second fold

איגרת אוויר aerogramme  
 דואר אוויר by airmail



Prof. S. Hamburger,  
 67 Riverside Drive  
 New York (N.Y. 10024)

U.S.A.



*Judy*

June 26, 1979

Professor H. J. Katzenstein  
The Schocken Institute for Jewish Research of the  
Jewish Theological Seminary of America  
6 Balfour Street  
Jerusalem, Israel

Dear Professor Katzenstein,

Thank you for your letter of June 14, 1979. I was interested in the name of Oberlandesgerichtspräsident Wolf in Celle; I am sure he was baptized because there was not one non-baptized personality with this rank.

Among the names indicated by you in the last paragraph of your letter, I know that of Landgerichtsrat Alterthum. Some years ago, an article appeared about him in the M.B. which I excerpted. I shall not mention him since if I did that with all Landgerichtsräte of the Jewish faith, the book would become a dictionary. Kopfstein, on the other hand, will be mentioned, especially since his appointment as the first Jewish judge in Braunschweig aroused a bitter controversy within the Left and the Right in the Diet of that land. In a great debate in the Diet the social-democratic Minister of Justice defended the appointment stating that Kopfstein was a convinced Democrat and Republican while most of the Braunschweig judges were not. At that time, the coalition parties in which the Social Democrats were represented tended to the Left, and Kopfstein's appointment was upheld. I knew of the same fact of Kopfstein, when he tried to get to Israel on the Patria. His son wrote me extensively about that tragedy.

Many thanks for your good wishes,

Sincerely yours,

Dr. BENJAMIN KEDAR  
HAIFA (ROMEMA)  
24, OREN STREET  
PHONE 24 40 43

ד"ר בנימין קדר  
חיפה (רוממה)  
רחוב אורן 24  
טל. 244043

*Handwritten scribble*

*Handwritten: Haifa 15/2/72*

Haifa, 2.1.72

*Handwritten: Kopfstein*  
*Handwritten: ed*

Herrn  
E. Hamburger,  
Library Archives Research,  
67 Riverside Drive,  
Manhattan, N.Y.

Sehr geehrter Herr Hamburger,

meine Mutter, Frau Gertrud Kopfstein - Braunschweig,  
Bankplatz 5- , hat mich von Ihrem Brief an Sie unterrichtet, in  
dem Sie um Angaben ueber das Leben u. die Taetigkeit meines  
Vaters, Oberlandesgerichtsrat Dr. Felix Kopfstein, ersuchten.  
Ich moechte mir daher erlauben, Ihnen mitzuteilen, dass ich  
im Besitz eines Dokumentes bin, das in dieser Hinsicht von  
Interesse sein duerfte: Als Beilage zur Braunschweiger  
Staatszeitung vom 17. Okt. 1928 erschien ein grosser Auszug aus  
dem Protokoll der Landtagssitzung, in welcher u.a. auch ueber  
die Ernennung meines Vaters zum Landgerichtsrat debattiert  
wurde. Ich stelle Ihnen dies gern im Original od. photokopiert  
zur Verfuegung.

Auch sonst stehe ich bereitwilligst zu Ihren Diensten,  
wenn Sie Anfragen an mich richten wollen, die zu Ihrem Thema  
nuetzlich sein koennen. Ich muesste mich da allerdings auf mein  
Gedaechtnis u. Eindruecke verlassen; ich war 1933 10 Jahre alt.

Mit freundlichem Gruss,

*Handwritten signature: B. Kedar-Kopfstein*  
B. Kedar-Kopfstein

Dr. BENJAMIN KEDAR  
HAIFA (ROMEMA)  
24, OREN STREET  
PHONE 24 40 43

ד"ר בנימין קדר  
חיפה (רוממה)  
רחוב אורן 24  
טל. 244043

9

Judy

Kopfstein

Haifa, 15.2.72

Sehr geehrter Herr Hamburger,-

indem ich Ihnen Ihren Brief vom 13.1.72 dankend bestaetige, moechte ich ein kleines Missverstaendnis aufklaeren: ich bin der Sohn des Oberlandesgerichtsrats Dr. Kopfstein, habe meinen Nachnamen hebraisiert. (Meine wissenschaftlichen Arbeiten erscheinen jedoch unter dem Doppelnamen Kedar-Kopfstein).

Anbei uebersende ich Ihnen die Originalausschnitte aus der Braunschweigischen Staatszeitung vom 17.10.28, in denen das Wesentliche der Landtags-sitzung berichtet wird. Fuer das Archiv stelle ich gern das Original zur verfuegung, habe mir selbst eine Photokopie zurueckbehalten.

1886  
Jetzt zu Ihren Anfragen: mein Vater wurde in Elbing (Westpreussen) am 3.5.1886 als Sohn des, spaeter in Beuthen O/S amtierenden, Oberrabbiners Dr. Max Kopfstein geboren. Er kam bei dem Unglueck der "Patria" am 25.11.40 ums Leben. (Wie Sie wahrscheinlich wissen, handelt es sich hier um das in Haifaer Hafen untergegangene Schiff, auf welches die 'illegalen Einwanderer' von der engl. Mandatsgewalt zwecks Verschickung ueberfuehrt worden waren. Die Jued. Widerstandsbewegung Hagana beabsichtigte, das Schiff zu beschaedigen, der Sprengstoff war jedoch fuer das morsche Schiff viel zu stark; so kam es zu dem Unglueck u. den vielen Opfern).

1922

Mein Vater ging (wohl kurz nach dem 1. Weltkrieg) von Beuthen nach Beesen a/H., wo er eine Anwaltspraxis eroeffnete. (Ich wurde dort 1923 geboren). Soweit ich aus den Erzaehlungen meiner Eltern entnehmen konnte, muss die Praxis aussergewoehnlich eintraeglich gewesen sein. Andererseits erklarte mir mein Vater wiederholt, dass der Anwaltsberuf als solcher ihm gar nicht zusagte. Ich glaube ganz objektiv sagen zu duerfen, dass mein Vater ein aussergewoehnlicher Mensch war, dessen absoluter Geruechtigkeits-sinn, Aufrichtigkeit u. Bescheidenheit sich mit den verschiedenen Aspekten der Advokataetaetigkeit schlecht vertrugen. Daher nahm er gern die ihm 1928 angebotene Stellung des Landgerichtsrats an. Wir uebersiedelten nach Braunschweig. 1930 wurde mein Vater zum Oberlandesgerichtsrat befoerdert. Bezeichnenderweise wurde dies nicht einmal von der Rechtsopposition beanstandet. Der Nazi Rechtsanwalt Alpers (Alpert?), spaeter Minister in Brschwg., danach in Preussen, muss von der korrekten Berufsausuebung meines Vaters stark beeindruckt gewesen sein: als mein Vater 1933 in 'Schutzhaft' genommen wurde, kam er auf Intervention A's frei, der ihn bei einer Inspektion im Gefaengnis antraf. Mein Vater fuehlte sich in seiner Richtertaetigkeit sehr gluecklich. Ein Ende wurde dieser gleich Anfang 1933 gesetzt. Wir uebersiedelten dann nach Berlin.

Mein Vater war noch seit der Studentenzeit (K.J.V.- V.J.St.) Zionist u. ziemlich aktiv in der jued. Gemeinde Brschwg. Besonders setzte er sich fuer die ostjued. Einwanderer ein. In der damaligen Zeit war bei einem hoeheren Beamten sowohl Zionismus wie auch das Eintreten fuer Ostjuden wohl etwas ungewoehnliches, wenn ich nach den muendlichen Erzaehlungen alter Braunschweiger urteile.

9 2 - Kuppel

Ueber die anderen von Ihnen genannten Persoenlichkeiten kann ich Ihnen leider keinerlei wertvolle Mitteilungen machen. Ich werde aber gern versuchen, weitere Anfragen ueber Brschwg., die jued. Gemeinde usw. zu beantworten, wenn Sie solche vorbringen wollen.

Ich erlaube mir, noch einiges Material ueber meinen Vater beizulegen; es steht Ihnen frei, dies nach Ihrem Gutduenken zu benutzen. Fuer evtl. Ruecksendung (mit Ausnahme des Ausschnitts 'Brschwg. Staatszeitung'!) waere ich dankbar.

gehört  
2/24/22

Mit bestem Gruss,

Benjamin Kedar-Kupfel

ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, NY 10024

*Handwritten:* Betrifft: Oberlandesgerichtsrat Kopfstein - Braunschweig

25. Februar 1972

Dr. Benjamin Kedar  
Haifa (Romema)  
24 Oren Street  
Israel

Behr geehrter Herr Kedar,

nehmen Sie meinen besten Dank fuer Ihr Schreiben vom 15.d.M. Ihre Informationen und die Anlagen vervollstaendigen das Bild des Lebens und Wirkens Ihres Vaters, sodass ich nun imstande bin, eine lebensnahe Darstellung zu geben.

nicht

Ich hoffe, Sie veruebeln mir, dass ich Sie fuer eine Dame gehalten habe. Ich ~~entnahm~~ dem Doppelnamen in der Unterschrift, dass Ihre Frau Gemahlin als Tochter des Oberlandsgerichtsrats Kopfstein unter Benutzung Ihres Briefpapiers unterzeichnet hat. Im Staatsrecht lernt man, dass das englische Unterhaus alles zu tun vermag, ausser einen Mann in eine Frau zu verwandeln. Zu meiner Betruebnis ist selbst das mir gelungen. Dafuer entschuldige ich mich.

Entsprechend Ihrem Wunsche sende ich Ihnen alle Anlagen mit Ausnahme der Braunschweigischen Staatszeitung zurueck. Es war wirklich ein tragisches Verhaengnis, dass Ihr Vater, der so jung und in seiner Stellung, was ueberaus selten war, Zionist gewesen ist und in der juedischen Frage in Deutschland so hervortrat, nicht die Freude hatte, in Palaestina und dann Israel noch eine Reihe von Jahren zu verbringen.

Mit besten Gruessen

Ihr

Anlagen

*Handwritten:* Kopfstein

Dr. Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10028

14. April 1971  
EH/IS-T/332

Herrn Dr. Robert M.W. Kempner  
112 Lansdown Court  
Lansdown, Pa. 19050

Lieber Herr Kempner,

ich bereite jetzt meinen Weimarer Band ueber die Juden im Oeffentlichen Leben Deutschlands vor und moechte in zwei Dingen Ihre Hilfe erbitten.

Zunaechst, wuerden Sie so freundlich sein, mir Ihre Biographie zu schicken? Vor allem kommt es mir natuerlich darauf an, dass Ihr Wirken im M.d.I sach-  
gemaess geschildert werden kann; die Zeit nach 1933 muss naturgemaess mit Ruecksicht auf das Ziel des Buches kurz behandelt werden, aber auch darueber moechte ich selbstverstaendlich einiges bringen. In grossen Zuegen ist mir ja alles bekannt, aber ich moechte Irrtuemer vermeiden, und darum meine Bitte.

Der zweite Punkt ist der folgende: Es sollen in dem Buch einige fuehrende juedische Richter erwaeht werden. Ich bin nicht bei allen, an die ich denke, sicher, ob sie volljuedischer Abstammung waren. Ihr Artikel in "Recht und Politik", 1967, ist mir bekannt.

Ich erwaehe nur die, bei denen ich zweifelhaft bin. Freymuth war meines Wissens Nichtjude. Wie steht es mit Wilhelm Kroner, Hermann Grossmann, Alfred Orgler, Ernst Aschner? Soviel ich weiss, waren sie alle juedisch oder von Juden abstammend. Koennen Sie dies bestaetigen? Schwierigkeiten haben ich mit dem Kammergerichtsrat Loewenthal, den Sie erwaehe. Ich kann die vielen Loewenthals nicht auseinander halten. Koennen Sie mir dabei helfen? Ein Loewenthal wird in

14. April 1971  
EH/IS-T/332

Herrn Dr. Robert M.W. Kempner, Lansdown, Pa.  
-----

den Memoiren von Brecht als Justitiar im Reichs-  
ministerium des Innern erwahnt, ein anderer war  
in Magdeburg, vielleicht der selbe wurde dann Lands-  
gerichtspraesident in Oels in Schlesien. Ich waere  
Ihnen dankbar, wenn Sie mir schrieben, wie weit die  
Einzelnen mit anderen identisch oder verschieden waren.

Aus dem Preussischen Justizministerium will ich  
Siegfried Rosenthal und Franz Herrmann erwahnen.  
Ich kann weder bei den Beamten des Ministeriums, <sup>noch</sup> bei  
den Richtern diejenigen behandeln, die in Eingangs-  
stellen sich befanden; ich habe dies auch in dem  
bereits erschienenen Buche nicht getan.

Mit bestem Dank im voraus und herzlichen Gruessen

Ihr

Ernest Hamburger

Dr. Robert M. W. Kempner und R. I. Levin  
Rechtsanwälte

6 FRANKFURT AM MAIN  
Feuerbachstraße 46 · Telefon 72 20 45

20.4.1971  
I sti

28

Herrn  
Hr. Ernest Hamburger

67 Riverside Drive  
New York N. Y. 10028  
USA

9

~~XXXXXXXXXXXX~~

Lieber Herr Hamburger!

Ihr freundlicher Brief vom 14.12.1971 wurde mir nach Frankfurt nachgesandt. Ich freue mich, stets von Euch zu hören, zumal unser Kreis immer kleiner wird. Die Nachricht von Hirschfelds Tode haben Sie ja sicher gehört.

Kürzlich war ich bei Weichsler in Hamburg, der in den nächsten Wochen zurücktritt, erfreulicherweise ist er recht gut.

Über meine eigene Tätigkeit im Innenministerium werde ich Ihnen in den nächsten Tagen kurz etwas zusammenstellen. Ihre Fragen über die anderen Bekannten möchte ich aber gleich beantworten:

Wilhelm Kroner war ein Rabbinersohn. Auch Senatspräsident Alfred Ogler war ich nicht inne, in Theresienstadt angekommen war Tollin. Ich habe über ihn, wie Sie ja wissen, in dem genannten Aufsatz geschrieben. Ernst Loebner von Arbeitsgericht Berlin, aus Kattow, als Generalkonsul der Bundesrepublik in Melbourne gestorben, war alter Zionist, Vorsitzender einer Berliner Fachkammer einst in Berlin gewesen. Seit Senatspräsidenten Grossmann von Kammergericht, zuletzt Reichsgerichtsrat, kann ich nicht sagen, ob er Jude war. Auch bei Freymuth, berüchtigt als Mitstreiter von die Wieder aufstehende Weichenbach, kann ich nichts Bestimmtes sagen. Vielleicht rufen Sie einmal Kurt Grossmann an. Jude war auch Landgerichtsdirektor Neumann Vorsitzender im Tarnat-Prozess in Berlin. (jetzt London) und der Moskiter Strafrichter, späterer Kammergerichtsrat Alfred Unger, in Auschwitz angekommen.

Der Kammergerichtsrat Loewenthal, Mitglied des republikanischen Richterbundes, hieß Hans. Ein anderer Loewenthal, dessen Vornamen ich nicht weiss, war einmal Landgerichtspräsident in Gels. Auf den Namen des Breslauer Landgerichtspräsidenten, der Jude war, komme ich im Moment nicht. Fischer? Landgerichtsdirektor Jadeson war beim Arbeitsgericht in Breslau, sie kennen ihn sicherlich. Um den dritten Loewenthal nicht zu vergessen: Torrance unbekannt, er war Beater im Reichsinnenministerium.

Er wurde nicht Landgerichtspräsident in Magdeburg, wahrscheinlich war dies der Loewenthal aus Gels.



- 2 -  
All diese Loewenthals haben nichts zu tun mit den heutigen Loewenthals, Gerhard vom Zweiten Deutschen Fernsehen, Richard, von der Freien Universität und F.C. (London-Berlin). - Dies nur nebenbei.

Sogenannte Volljuden aus dem Preussischen Justizministerium waren Siegfried Rosenfeld, nicht Rosenthal, Vetter von Kurt Rosenfeld, Siegfried ist Ihnen doch als preussischer Landtagsabgeordneter bekannt, er war erst Ministerialrat und dann Ministerialdirigent. Der andere war mein Freund Franz Herrmann, über ihn habe ich ja in meinem Aufsatz ausführlich geschrieben, er bereitete auch die Anklagen wegen der Beleidigungen der republikanischer Minister vor als politischer Beamteter, z.B. in den Beleidigungsprozessen für Otto Braun, Seydewitz, Graeserki, aber auch die Zentrumminister. Nach dem Kriege wurde er von Adenauer aus Chile zum Chef der Wiedergewachungsabteilung im Bundesinnenministerium berufen und nachträglich zum Oberlandesgerichtspräsidenten befördert.

Ich glaube, damit sind alle Fragen, ausser der über mich selbst, erledigt. Genieren Sie sich keineswegs, mich wieder anzufragen.

Mir heute mit herzlichem Grüßen

Robert M. Herrmann

9

Dr. Robert M. W. Kempner, geb. 17. Oktober 1899 in Freiburg i.Br.,  
aber in Berlin seit seinem ersten Lebensmonat bis zu seiner Verhaftung  
durch die Gestapo im März 1935 und anschliessende Auswanderung über  
Italien Frankreich nach den USA.

Nach Tätigkeit bei der Staatsanwaltschaft Berlin auf Empfehlung u.a.  
von Ernst Heilmann<sup>1928/</sup> ins Preussische Innenministerium berufen, nach kurzer  
Zeit als stellv. Referent für die preussische Verkehrspolizei, Justitiar  
der Polizeiabteilung des Innenministeriums, zuständig für die Rechtsange-  
legenheiten der 76 000 - Mann preussischen Polizei. (Grzesinski, Abegg,  
Klausener). Damals Schwergewicht auf ~~IX~~ politischen Sachen: Demonstrations-  
verbote, Zeitungsverbote, Parteiverbote, <sup>Redeverbote</sup> vorläufige Festnahmen, - Schadens-  
ersatzprozesse, Beschwerden an das Ministerium über alle diese Fragen,  
Tumultschadenansprüche, Beteiligung an der Ausarbeitung von Denkschriften,  
über das Verbot der NSDAP als strafbare Verbindung im Sinne des Strafgesetz-  
buches, Vertretung der Anklage in zahlreichen Disziplinarprozessen gegen  
Polizeioffiziere und Beamte wegen Beschimpfung der Republik, Beleidigung  
republikanischer Minister. (Daneben hunderte von gewöhnlichen Rechtssachen  
und Gutachten und ~~XXXXXX~~ Lehrer bei der Polizeiakademie. Übrigens auch  
Dozent an der deutschen Hochschule für Politik.)

Mitschöpfer des Preussischen Polizei-Verwaltungsgesetzes. Ernst Hamburger \*  
Die Stellung war insofern eine Schlüsselstellung, als der Justitiar  
ausser seiner eigenen Tätigkeit auf den verschiedensten Rechtsgebieten,  
in ständiger Verbindung mit den Justitiaren aller anderen Ministerien und  
der Regierungspräsidenten an sehr vielen Vorgängen anderer Referate mit-  
wirken musste. Deshalb war ich wohl auch durch das Vertrauen des Ministers  
~~XXXXXXXXXX~~ Grzesinski und seiner Nachfolger Severing und Wäntig in dieser  
Stelle auch noch unter Bracht tätig, bis ich am 18. Februar 1933 von  
Hermann Böring, den ich zwölf Jahre später in Nürnberg vernahm, aus dem  
Innenministerium <sup>(damals Böring, u. a.)</sup> herausgesetzt und aufgrund des sogenannten Berufsbeamten-  
gesetzes als politisch unzuverlässig (SPD, Reichsbanner, Liga für Menschen-  
rechte, Republikanischer Richterbund) entlassen wurde.

Während meiner Tätigkeit im Preussischen Innenministerium schlug ich im  
Zusammenhang mit den Denkschriften der Inneren Verwaltung, insbesondere des  
Polizeipräsidenten von Berlin und Hitlers Verhalten im sogenannten Ulmer  
Reichswehrprozess, an dem ich als Beobachter des Innenministeriums teilnahm,  
die Strafverfolgung Hitlers wegen hochverräterischen Unternehmens und Mein-  
eides vor und gleichzeitig die Ausweisung Hitlers als lästiger Ausländer.

\* war der Referent.

Dr. Robert M. W. Kempner, geb. 17. Oktober 1899 in Freiburg i.Br., aber in Berlin seit seinem ersten Lebensmonat bis zu seiner Verhaftung durch die Gestapo im März 1935 und anschliessende Auswanderung über Italien Frankreich nach den USA.

Nach Tätigkeit bei der Staatsanwaltschaft Berlin auf Empfehlung u.a. von Ernst Heilmann<sup>1928</sup> ins Preussische Innenministerium berufen, nach kurzer Zeit als stellv. Referent für die preussische Verkehrspolizei, Justitiar der Polizeiabteilung des Innenministeriums, zuständig für die Rechtsangelegenheiten der 76 000 - Mann preussischen Polizei. (Grzesinski, Abegg, Klausener). Damals Schwergewicht auf ~~XX~~ politischen Sachen: Demonstrationsverbote, Zeitungsverbote, Parteiverbote, <sup>Redeverbote</sup> vorläufige Festnahmen, - Schadensersatzprozesse, Beschwerden an das Ministerium über alle diese Fragen, Tumultschadenansprüche, Beteiligung an der Ausarbeitung von Denkschriften, über das Verbot der NSDAP als strafbare Verbindung im Sinne des Strafgesetzbuches, Vertretung der Anklage in zahlreichen Disziplinarprozessen, gegen Polizeioffiziere und Beamte wegen Beschimpfung der Republik, Beleidigung republikanischer Minister. (Daneben hunderte von gewöhnlichen Rechtssachen und Gutachten und ~~KANNAK~~ Lehrer bei der Polizeiakademie. Übrigens auch Dozent an der deutschen Hochschule für Politik.)

Die Stellung war insofern eine Schlüsselstellung, als der Justitiar ausser seiner eigenen Tätigkeit auf den verschiedensten Rechtsgebieten, in ständiger Verbindung mit den Justitiaren aller anderen Ministerien und der Regierungspräsidenten an sehr vielen Vorgängen anderer Referate mitwirken musste. Deshalb war ich wohl auch durch das Vertrauen des Ministers ~~Grzesinski~~ Grzesinski und seiner Nachfolger Severing und Wäntig in dieser Stelle auch noch unter Bracht tätig, bis ich am 18. Februar 1933 von Hermann Höring, den ich zwölf Jahre später in Nürnberg vernahm, aus dem Innenministerium herausgesetzt und aufgrund des sogenannten Berufsbeamten-gesetzes als politisch unzuverlässig (SPD, Reichsbanner, Liga für Menschenrechte, Republikanischer Richterbund) entlassen wurde.

Während meiner Tätigkeit im Preussischen Innenministerium schlug ich im Zusammenhang mit den Denkschriften der Inneren Verwaltung, insbesondere des Polizeipräsidenten von Berlin und Hitlers Verhalten im sogenannten Ulmer Reichswehrprozess, an dem ich als Beobachter des Innenministeriums teilnahm, die Strafverfolgung Hitlers wegen hochverräterischen Untermehmens und Meineides vor und gleichzeitig die Ausweisung Hitlers als lästiger Ausländer.

УСП БОКОУМБУ

ЛОЈ 30

УМЕКІСВ

МНОУ? МНО ІМ

**KEMPNER, Harris Leon**, business exec.; b. Galveston, Tex., Oct. 6, 1903; s. I. H. and Henrietta (Blum) K.; B.A. cum laude, Harvard, 1924; m. Ruth Alma Levy, Apr. 24, 1939; children--Harris Leon, Marion Lee (killed in action). Chmn. exec. com., dir. Imperial Sugar Co., 1934--; also chmn. bd.; chmn. bd. U.S. Nat. Bank, Galveston, Schwaback, Kempner & Perutz, N.Y.C., Dallas, Galveston; trustee H. Kempner, Sugar Land Indst. Mem., past dir. New Orleans Cotton Exchange. Served comdr. USNR, 1942-45. Decorated Legion of Merit. Mem. Galveston C. of C. (past v.p., dir.), Texas Cotton Assn. (past pres.), Am. Cotton Shippers Assn. (past president). Clubs: Artillery, Quarterdeck (Galveston); Harvard (N.Y.C.); Army Navy (Washington). Home: 4810 Denver Dr. Office: U.S. Nat. Bank Bldg., Galveston, Tex.

**KEMPNER, Robert Max Washin**, internat. lawyer, polit. scientist; b. Freiburg, Germany, Oct. 17, 1900; s. Walter K. and Lydia (Rabinowitsch) K.; student of law, polit. sci., pub. adminstr., criminol., univs. of Berlin, Freiburg, Breslau (Dr. of Law and Public Adminstr.); student Univ. of Pa.; m. Ruth Lydia Hahn; children--Lucian Walter, André Franklin. Came to the U.S. in 1939, naturalized U.S. citizen. Asst. to state atty., Berlin, 1926; judge municipal court, Berlin, 1927, superior govt. counselor, Ministry of the Interior, Berlin (chief legal adviser of Prussian police system of 76,000 men; recommended suppression of Nazi party and prosecution of Hitler for high treason and perjury, 1930, later expatriated by Hitler); judge civil service tribunal, 1928-33; lecturer German Acad. Politics, Sch. Social Work, prof. polit. sci. and criminology, Police Inst., Berlin, 1926-33; counselor internat. law and migration problems, 1934-35. Pres. and prof. polit. sci., Florenza Coll., Florence, Italy, and Nice, France, 1936-39; rearch asso. and asst. Inst. Local and State Govt., U. of Pa. (rearch. on machinery of European dictatorships under Carnegie and Carl Schurz grants), 1930-42; expert to Fed. courts, espionage and fgn. agent trials; expert consultant, Dept. of Justice, Office Strategic Services and to sec. of War on legal, polit., police and intelligence techniques of European dictatorships and fgn. orgas. in U.S., 1942-45; U.S. staff prosecutor in Nuremberg trials against Goering, Frick et al, research dir. U.S. prosecution, 1945-46; dep. U.S. chief of counsel for war crimes, chief prosecutor of German Reich cabinet members, state secs. and diplomats, Nuremberg, 1946-49; expert cons. in internat. law, indemnification matters, and prosecution of war criminals, 1951--; cons. to Israel Govt. in Eichmann case, 1961; lecturer before numerous sch., colls., univs. and prt. orgs. Mem. Am. Polit. Sci. Assn., Am. Acad. Polit. and Social Science, Pa. Political Science Association, Am. Soc. for Internat. Law, German Bar. Author several books, primarily on Germany, 1931--; *The Judgment in The Wilhelmstrasse Case*, 1950; *German Police Administration*, 1953; *Eichmann and Accomplices*, 1961; *66 Under Cross Examination*, 1964; *The Warren Report in German Language*, 1964; *Edith Stein and Anne Frank--Two of Hundred thousand*, 1963. Contri. prof. journ. Home: 112 Lansdowne Ct., Lansdowne, Pa. 19050. ☆

**KEMPNER, Walter**, physician; b. Berlin, Germany, Jan. 25, 1903; s. Walter and Lydia (Rabinowitsch) K.; M.D., U. Heidelberg, Germany, 1929. Came to U.S., 1934, naturalized, 1941. Intern. medicine U. Heidelberg, 1926-27; research asst. and asso. to Dr. Otto Warburg, Kaiser Wilhelm Inst. for Cellular Physiology, 1927-28, 33-34; asst. physician dept. medicine Berlin U. Sch. Medicine, 1928-33; with sch. medicine Duke, 1934--; successively asso., asst. prof., asso. prof., 1934-51, prof., 1951--. Trustee; Walter Kempner Found., 1949--; Fellow A.C.P.; mem. Am. Physiol. Soc., A.M.A., Am. Geriatrics Soc., World Med. Assn. Author articles prof. journ. *Originator rice diet in treatment hypertension and arteriosclerotic vascular disease, heart and kidney disease, vascular retinopathy, diabetes mellitus and obesity*. Home: 1505 Virginia Av., Durham, N.C.

**KEMPNER, Robert M.W.**, U.S., political scientist, international lawyer; b. Freiburg, Ger., Oct. 17, 1899; s. Dr. Walter and Prof. Lydia (Rabinowitsch) of Kowno; mother was first woman professor appointed by the King of Prussia; attended: Universities of Berlin, Breslau, Pa.; D.J., U. of Freiburg; m. Ruth Lydia Hahn; children: Lucian W., Andre F. Counselor in foreign relations, international law and administration, counsel on reparation, indemnification and nationality problems; member of German bar, since 1950; asst. to State Attorney, Berlin, 1926; judge, Municipal Court, Berlin, 1927; judge, civil service tribunal, 1931-33; lecturer, Ger. Acad. of Politics, School of Social Work, and Police Acad., sr govt counselor, Prussian Ministry of Interior, Berlin, 1926-33; counselor, international law and Jewish migration problems, 1934-35; administrative pres. and prof., political science, Fiorenza Coll., Florence, Italy and Nice, France, 1936-39; research asso., Govt. Inst., U. of Pa., Phila., 1939-41; expert consultant to the Attorney General, Secy of War, the "M-Project" of President F. D. Roosevelt, 1942-45; U.S. prosecutor on Justice Robert H. Jackson's staff in Nuremberg, 1945-46; U.S. Deputy Chief of Counsel for War Crimes, Nuremberg, chief prosecutor of Nazi diplomats and Cabinet members, 1946-49; special research on history of annihilation of European Jewry, since 1949; consultant to Israel Govt on war crime matters, 1951, '53, consultant on the Eichmann case, 1960-61; lectured or taught at universities of Penna., Wis., West Point Military Acad., Erlangen (Ger.), Zurich (Switzerland). Member: Amer. Acad. of Political and Social Science; Amer. Soc. for Internatl Law; Amer. Political Science Assn; German Bar Assn. Author: Prussian Civil Service, 1931; Twilight of Justice, 1932; Albanian Constitution, 1926, 1940; Blueprint of the Nazi Underground, 1945; The German National Registration System, 1946; Prussian Bureaucracy on Trial, 1946; Police Administration in Governing post-war Germany, 1953; Eichmann and Accomplices, 1961 (in German and Hebrew); co-author: Code of Police Administration, 1931; Internal Security, 1933; Women in Nazi Germany, 1944; Judgement of the Wilhelmstrassen Trial, 1950. Contributor to professional and general periodicals. Hobbies: Library on criminal cases; travel. Home: 112 Lansdowne Court, Lansdowne, Pa.

*Reprinted from WHO'S WHO IN WORLD JEWRY, 1963*  
*Biographical Institute, P.O.B. 2195, Tel-Aviv, Israel*

*Handwritten notes and signatures in the top right corner, including the name "Robert Kempner" and other illegible scribbles.*

*Robert M.W. KEMPNER,*  
Procureur général adjoint américain aux procès de Nuremberg.

# Vingt-cinq ans après Nuremberg

Convention s'engagent à adopter toute mesure en vue de permettre l'extradition des criminels de guerre et des criminels contre l'humanité ». Mais cette Convention reste muette sur la question d'une juridiction criminelle internationale et sa définition des crimes contre l'humanité est trop vague de sorte qu'elle n'a pas été ratifiée par de nombreux Etats, y compris la France qui a été l'initiatrice principale. La République Fédérale d'Allemagne, qui est l'Etat pour lequel la question se pose avec le plus de gravité, a dû prendre sur cette question des dispositions spéciales qui ne sont pas pleinement satisfaisantes.

3°) Les accords franco-allemands du 23 novembre 1954 permettaient à des criminels de guerre condamnés à mort par contumace dans d'autres pays de jouir d'une liberté parfaite dès lors qu'ils viendraient en République Fédérale Allemande et pourraient invoquer l'article 16 de la loi fondamentale de la République Fédérale Allemande disposant « qu'aucun Allemand ne peut être extradé ». Mais un accord franco-allemand a été signé le 2 février 1971. Il permettra désormais à la justice allemande de juger à nouveau les criminels de guerre et les criminels contre l'humanité déjà condamnés par les tribunaux militaires français ou dans d'autres pays (ce devait être notamment le cas de l'ancien général Lammerding).

4°) De nombreux criminels, réfugiés notamment en Amérique Latine et dans certains pays du Proche-Orient, peuvent jouer un rôle important dans la vie économique ou même politique des pays qui les ont accueillis. Les rapports du Comité d'Action de la Résistance française et de l'Union internationale de la Résistance sur ces activités en Proche-Orient contre Israël sont édifiants.

Aujourd'hui, vingt-cinq ans après Nuremberg, il est à craindre que, pour ce qui concerne la répression des crimes contre l'humanité, l'humanité ne soit pas encore suffisamment armée et que le retour à la barbarie ne soit pas impossible.

R. C.

# Vingt-cinq ans après Nuremberg

*par Robert M.W. KEMPNER,*

*Procureur général adjoint américain aux procès de Nuremberg.*

VINGT-CINQ ans après le début des procès des criminels de guerre à Nuremberg, le concept « Nuremberg » est sur toutes les lèvres. Il ne se passe pas de jour où la presse, la radio, la télévision, les études ou les livres ne parlent de « Nuremberg ». Ce vocable englobe les principes du droit des peuples qui se sont cristallisés au cours des procès. Il s'applique au caractère criminel des actes qui ont été commis contre l'Humanité, spécialement ce que l'on appelle le génocide, ainsi qu'à des termes comme « agression », ou à la responsabilité personnelle des plus hauts fonctionnaires de l'Etat, civils et militaires. En réalité, « Nuremberg », c'est une épée de Damoclès suspendue au-dessus de nombreuses actions de la politique dans le monde entier.

Les principes de Nuremberg sont reconnus de façon générale comme formant le droit international contractuel. Ils sont devenus le droit international commun. Une partie de ce droit est également fixée sous forme de Statut. Qu'on pense, par exemple, à la Convention sur le génocide du 20 janvier 1951, qui fait de l'anéantissement des peuples le crime suprême. D'après le droit criminel allemand, il constitue également un crime capital (art. 220 a, du Code pénal allemand). Malheureusement, la Convention sur le génocide n'a toujours pas été ratifiée par les Etats-Unis. La raison s'en trouve dans la crainte que, à propos de l'exécution de cette Convention, des Etats étrangers puissent s'immiscer dans la politique intérieure des Etats-Unis. La protection des droits de l'Homme est également consacrée par un Statut, grâce à la Déclaration internationale des droits de l'Homme du 10 décembre 1948. Dans la constitution de Bonn, l'intégralité de la dignité humaine, de la personne humaine et de son droit à la vie sont garanties de manière contraignante. C'est également une conséquence de « Nuremberg ».

## **Nécessité d'une Cour Criminelle Internationale**

Il est très regrettable que, vingt-cinq ans après Nuremberg, l'épée de Damoclès qui est suspendue sur la tête des agresseurs et des criminels qui attentent aux droits de l'Homme se soit épointée. Nous manquons de moyens d'exécution pour enquêter sur ces crimes internationaux les plus graves et pour les sanctionner. C'est pourquoi les discussions qui se sont élevées à propos de la guerre du Vietnam et des crimes qui se sont produits à My Lai, crimes commis contre l'Humanité, sont extrêmement insatisfaisants. Le général Telford Taylor, ancien procureur général



au Tribunal militaire américain à Nuremberg, a publié un livre très remarquable intitulé : « Nuremberg et Vietnam — une tragédie américaine ». Il y a brillamment analysé les conséquences à tirer des principes de Nuremberg quant aux événements de My Lai. Il attire l'attention spécialement sur la responsabilité de ceux qui commandent. Les développements de Taylor pourraient constituer les bases pour l'activité d'une Commission internationale d'enquête ou d'une Cour Criminelle Internationale. Mais il n'existe ni Commission d'enquête ni Cour Criminelle Internationale. C'est là la grande lacune de notre droit des peuples qui a cependant reçu à Nuremberg une impulsion considérable, peut-être la plus considérable de ces derniers siècles.

Il est évident pour toute personne éclairée et ayant le sens juridique que les crimes contre les droits de l'Homme et contre la paix ne peuvent pas être jugés par des juridictions nationales. Celles-ci ne sont nullement en mesure de résoudre l'ensemble complexe de la situation. Comment une juridiction pourrait-elle rendre un jugement sur les crimes commis à My Lai, sans savoir quelles activités ont été ordonnées des deux côtés par les belligérants ? Il convient d'entendre les témoins venus des deux camps. Il est donc nécessaire d'obtenir la collaboration de juges de différents pays afin d'éliminer les considérations politiques qui peuvent jouer leur rôle auprès d'une juridiction nationale. Le Vietnam n'est que le dernier des exemples qui soulignent aux yeux du monde la nécessité d'une juridiction internationale. Mais d'autres crimes ont été commis auparavant — en Asie, en Afrique et en Amérique du Sud — qui auraient dû voir le jour d'une juridiction pénale internationale. Les actes de piraterie de l'air auraient dû également être jugés par une semblable juridiction.

Ces conséquences auraient dû être déduites de Nuremberg et des travaux de la Cour de Justice internationale pour l'Extrême-Orient, pour autant qu'on veuille encore faire valoir le Droit dans la vie de la communauté internationale.

Malheureusement, l'histoire du droit international montre que ce n'est qu'après de grandes catastrophes internationales que ce droit reçoit de nouvelles impulsions. Ce fut le cas à Nuremberg. Si des millions d'hommes n'avaient pas été mis à mort dans les années précédant 1945, jamais des juristes courageux comme Robert Jackson, le regretté membre de la Cour Suprême des U.S.A., n'auraient pu aller jusqu'au bout de leur idée, celle de prévenir de nouveaux crimes internationaux par une nouvelle législation internationale.

Si les plus hauts fonctionnaires, civils et militaires, du III<sup>e</sup> Reich criminel n'étaient pas tombés entre les mains des Alliés, jamais Nuremberg n'aurait pu être érigé en monument du droit international.

### **Comment furent choisis les accusés de Nuremberg**

Grandes étaient les difficultés qui ont dû être surmontées dans la collaboration entre nations, à Nuremberg. Le choix des 22 accusés devant le Tribunal Militaire International comportait déjà des difficultés. Quatre points de vue jouaient un rôle décisif : 1<sup>o</sup>) il devait s'agir de grands criminels de guerre ; 2<sup>o</sup>) leur activité criminelle devait s'être déroulée dans plusieurs Etats ; 3<sup>o</sup>) ils devraient se trouver déjà en captivité (la seule exception concernait Martin Bormann dont on croyait au début

qu'il pourrait être retrouvé; en réalité, on le recherche encore aujourd'hui). Le quatrième parmi les points importants postulait qu'on dispose de preuves documentaires.

En faisaient partie les dossiers qui furent trouvés dans les ministères et les journaux tels que, par exemple, ceux de l'ancien Gouverneur Général Hans Frank, les journaux de guerre du Général Franz Halder, ou les archives privées d'Alfred Rosenberg, ministre des territoires occupés de l'Est et théoricien de la « Weltanschauung » nationale-socialiste.

La découverte de tous ces matériaux documentaires fut d'une importance particulière pour la mise en accusation des activités des accusés parce que ceux-ci et leurs complices, à l'exception de quelques-uns, ne songeaient même pas à prendre sur eux leur responsabilité morale et juridique. A Nuremberg, la devise « Männerstolz vor Königsthronen » (la fierté de l'homme face aux trônes des rois) n'avait pas de valeur. La presque totalité des 199 accusés des treize procès de Nuremberg étaient dans la nécessité de se voir présenter leurs propres activités criminelles, ordonnances et ordres de toutes sortes avant de pouvoir se remémorer leurs crimes. La bureaucratie, solide aussi dans le Troisième Reich, avait heureusement conservé avec soin de tels documents de la honte, et les avait même partiellement fait filmer pour les mettre en lieu sûr dans des abris, sous terre ou ailleurs.

### Pourquoi Göring n'a pas avoué

Durant les préparatifs des procès de Nuremberg, nous avons discuté le point de savoir si un ou plusieurs des accusés se décideraient, peut-être, à faire des déclarations reconnaissant ouvertement leurs crimes. Le procureur général américain Robert H. Jackson soutenait constamment que les documents allemands découverts étaient plus que suffisants pour la condamnation des accusés. D'autre part, le général William Donovan, chef des services secrets « Office of Strategic Services » — il fut pendant le premier procès et pendant quelques mois membre du Parquet américain — estimait que des aveux publics auraient eu une portée historique particulière pour la postérité. Une semaine avant le commencement du procès, le général Donovan me pria de demander à l'avocat de Göring, Maître Stahmer, de venir le trouver. Nous voulions lui demander si Göring était prêt à assumer le poids de la responsabilité de ses crimes. L'avocat présenta à Göring une liste des questions générales que nous lui posions. Les questions concernaient le point de vue de Göring sur le Troisième Reich, ainsi que sur les préparatifs de guerre et les vues politiques de Hitler. Les réponses écrites que fit Göring étaient insignifiantes. Du point de vue du droit criminel, elles étaient totalement dépourvues de sens; Göring entendait échapper à sa responsabilité.

Il fit plus que cela: il engagea toute l'influence qu'il conservait encore, en sa qualité de fonctionnaire suprême du III<sup>e</sup> Reich, sur les survivants, pour empêcher qu'aucun des accusés ne fasse des aveux. C'est ainsi qu'il interdit au Generalfeldmarschal Wilhelm Keitel de lire devant le Tribunal la confession écrite qu'il avait préparée. Göring fonda son interdiction de la façon suivante: « si l'un de nous échappe du radeau, c'est tout le radeau qui sombrera ».

Parmi les accusés, seuls Baldur von Schirach, le « Führer » des jeunesses hitlériennes, et Hans Frank, « Gouverneur Général » (Pologne) reconnurent devant

le Tribunal des épouvantables crimes commis contre les Juifs. Un certain courage était alors nécessaire pour cela, même si leurs aveux contenaient certaines restrictions. Dans mon livre récemment paru « Das Dritte Reich im Kreuzverhör » (1), je me suis particulièrement occupé du problème des aveux et spécialement en ce qui concerne le comportement de Göring. La psychologie du Maréchal du Reich, toute sa mentalité, m'apparurent en pleine clarté lorsque, interrogé à fond par moi sur le chapitre de l'incendie du Reichstag et sur les meurtres du 30 juin 1934, il se montra particulièrement nerveux et ses mensonges se profilèrent nettement.

### Pour la psychologie des accusés

Il apparut de toute évidence à Nuremberg que la psychologie des « grands criminels » contre l'Humanité, c'est-à-dire des assassins de masses, ne différait que peu de la psychologie des assassins et brigands « ordinaires ». Celui qui quitte son gang devient pour ce dernier plus redoutable encore que le Tribunal ou le Parquet. On a pu s'en rendre compte lorsque beaucoup parmi les accusés de Nuremberg accablèrent Albert Speer, qui s'exprima comme suit dans sa dernière déclaration au procès:

*Après ce procès, le peuple allemand méprisera et maudira Hitler comme le fauteur confirmé de son malheur. Le monde apprendra de cette histoire non seulement à haïr le régime d'Etat dictatorial, mais à le craindre [...] A cette époque de la technique moderne, ce fut la première dictature qui employa pleinement les moyens techniques pour dominer son propre peuple [...] En tant qu'ancien ministre d'un armement hautement développé, je considère de mon devoir de déclarer : une grande guerre nouvelle se terminera par l'anéantissement de la culture humaine et de la civilisation. Rien n'empêche la technique et la science déchainées d'accomplir contre l'homme leur œuvre de destruction [...] C'est pourquoi ce procès doit devenir une contribution pour empêcher à l'avenir les guerres et pour fixer les règles fondamentales de la coexistence humaine.*

Lorsque, après que Speer eût purgé sa peine de 20 ans de prison, je lui eus posé la question de savoir s'il s'en tenait toujours à ce qu'il avait dit dans sa dernière déclaration, il me répondit par l'affirmative. Il est caractéristique des larges couches nationales-socialistes qu'elles le considèrent encore aujourd'hui, après la publication de ses mémoires, comme un renégat.

La création d'une juridiction criminelle internationale n'a pas progressé depuis lors, et ceci pour un motif psychologique primordial : les hommes d'Etat ne font rien moins volontiers que de découvrir devant la justice les vrais motifs de leur action. On ne s'expose pas à un danger en écrivant ses mémoires qui souvent se révèlent être des ouvrages destinés à se blanchir. Par contre, il est dangereux de se présenter devant la justice et de donner des réponses à des questions au cours d'un interrogatoire contradictoire. Un exemple en est fourni par le procès intenté à Wilhelm Frick,

(1) « Le Troisième Reich dans l'interrogatoire contradictoire ». (Voir le compte rendu dans « Le Monde Juif », n° 59).

ancien ministre de l'Intérieur du Reich, ancien compagnon de combat de Hitler, contre lequel j'ai mené personnellement l'accusation devant le Tribunal International de Nuremberg. Je le connaissais depuis le temps de ses excès nationaux-socialistes en Thuringe, dès avant 1933. Les documents que nous possédions à Nuremberg suffisaient pour obtenir sa condamnation. Ces documents démontraient sa co-responsabilité dans les déportations des Juifs et dans l'assassinat de malades dans les maisons de cure. A la différence de presque tous les accusés, il comprit la situation périlleuse à laquelle il s'exposerait en affrontant, conformément au droit anglo-américain, un interrogatoire à titre de témoin, où ses transactions financières personnelles viendraient alors en discussion. Dernier « Protecteur en Bohême et Moravie », il avait fait passer en Allemagne, peu de temps avant sa fuite, en prévision de la capitulation totale qui menaçait le Reich, d'importantes sommes d'argent pour les mettre à l'abri. Lui qui était connu comme un bureaucrate brave et honorable, il craignait davantage la révélation, au cours d'un interrogatoire contradictoire, de ses opérations personnelles, que la condamnation pour meurtre sur la base de documents qu'il lui serait possible d'interpréter en sa faveur, en tant que témoin dans sa propre cause.

Pour donner un exemple de la manière dont certains hommes d'Etat se montraient peu attachés, après l'écrasement de leur régime, à leur but premier, prenons le cas de l'ancien ministre des territoires à l'Est, Alfred Rosenberg.

Ses déclarations verbales, touchant ses buts pour la domination de l'Union Soviétique en cas de victoire allemande, étaient nébuleuses et délavées. Que pouvait-il donc avoir voulu préparer avant l'agression de Hitler contre l'Union Soviétique, le 22 juin 1941 ? Qu'étaient donc en réalité ses plans et ceux de Hitler ? A Nuremberg, j'ai recopié les extraits suivants du journal de Rosenberg, qui n'a pas encore été publié. J'en cite la partie suivante, que l'on trouvera plus tard, dans mes mémoires.

#### LE REICH JUSQU'A L'OURAL, « QUEL ESPACE ! QUELLE TACHE ! »

Berlin, le 11 avril 1941.

[...] Le Führer m'a invité à son quartier général. Etant donné que je me rendais au Mondsee, je pouvais l'atteindre rapidement.

J'avoue que, cette fois, j'y allais avec plus d'émotion que précédemment. Plus je réfléchis en détails en étudiant aussi le nouvel atlas de géographie militaire de Niedermayer et plus je me rends compte de quelle tâche, de quel espace... il s'agit pour ceux qui auront à s'y rendre actifs. Sur le plan pratique, le Führer m'a confié, en cas de guerre, le destin d'un espace qui, selon ses propres paroles, représente « un continent » avec 180 millions d'hommes, dont environ 100 millions se trouveront immédiatement dans la zone de l'action militaire. A cela s'ajoute le manque d'hommes appropriés à cette tâche, et cela malgré tous les fichiers ! 3.000 spécialistes des questions russes sont rassemblés dans mon Office (Amt), mais combien parmi eux sont aptes réellement à être engagés dans l'action ? En outre, l'Est est en réalité quelque chose de radicalement différent de l'Ouest, avec ses villes, son industrie, sa discipline. On ne pourra jamais se faire une idée trop noire de la désolation afin de se mettre à l'œuvre en connaissance juste de la situation.

## « DES LARMES DANS LES YEUX DU FUHRER »

Berlin, le 6 mai 1941.

[...] Le 2 mai, je ne devais présenter qu'un court rapport au Führer. Mais il se développa en un entretien assez long.

Il approuva en principe les deux projets que Lammers avait préparés avec moi pour le cas éventuel de la guerre. Il ne restait plus qu'à se mettre d'accord sur quelques vocables de terminologie. Je remerciai le Führer pour cette mission et j'ajoutai : « Plus j'approfondis maintenant le problème, plus la tâche me paraît immense, car il s'agit de fonder et d'organiser trois immenses Etats entiers. Le problème russe est en plus. » Le Führer m'a répliqué, pendant que les larmes lui venaient aux yeux : « Mais c'est une grande tâche positive dont vous êtes chargé. C'est moi qui dois prendre la responsabilité de l'action. Staline n'attend plus que l'entrée en guerre de l'Amérique [...] » Le Führer devait ensuite dicter le texte de son discours devant le Reichstag. Il m'invita à Bertchesgaden pour que je puisse discuter avec Göring et Keitel de tout ce qui concernait ma mission. Là-bas, il aurait tout le temps de repenser avec moi tout le problème de l'Est.

## « CE QUE JE NE PEUX PAS DICTER »

Berlin, le 1<sup>er</sup> juin 1941.

Les dernières semaines ont été consacrées à de nombreuses discussions dont il a été dressé un procès-verbal succinct et que je condense en un texte dicté. Mais ce qui ne se prête pas à la dictée, ce sont toutes les pensées et les sentiments qui m'animent, à chaque heure, du travail pour la solution des problèmes de l'Est. Il s'agit de libérer pour les siècles à venir le peuple allemand de la pression de 170 millions d'hommes. Existe-t-il aujourd'hui une tâche politique plus grande ! Le tsarisme a pu se développer sans encombre : après la Mer Noire, le Caucase, le Turkestan, la Mandchourie [...] La Prusse n'avait toujours qu'à rester spectateur et l'Allemagne devait toujours prendre en ligne de compte l'éventualité de voir le Tsar se tourner quand même contre elle, dès qu'elle s'apprêterait à devenir indépendante de quelque façon que ce soit. La victoire sur la France en 1940, voilà le fait politique décisif pour les siècles à venir.

L'amère raison d'Etat observée par Hitler, qui devait se servir d'un homme aussi petit que Ribbentrop, a épargné beaucoup de sang allemand ; cette raison d'Etat tire maintenant à sa fin, car, en 1941, c'est la Weltanschauung, la ligne de force dans l'histoire qui est devenu la véritable raison d'Etat. Je suis heureux, en mon for intérieur, de ne pas m'être prêté à quelque compromis que ce soit. Discipliné certainement — en politique —, par contre, je n'ai jamais retiré de la circulation mes livres et je n'ai pas fait mystère, là où je pouvais compter sur la discrétion des auditeurs, de mes considérations sur les conditions, en fonctions du temps. J'aborde, en tant que personnalité entièrement intacte, une tâche d'une dimension vraiment à l'échelle de l'histoire mondiale : fonder trois Etats d'environ 90 millions d'hommes, à partir d'une même conception, et orienter, par tous les moyens politiques, un autre Etat (Russie Moscovite) vers l'Est (encore 60 millions). Voilà ce qui est exigé pour l'avenir : tenir bon, avec dureté, aussi dans l'action de tous les jours, avoir des nerfs inusables et, malheureusement, la petite guerre avec de petits esprits, à Berlin et dans les environs.

*En pendant qu'est entrepris ici un grand travail de préparation, le reste soi-disant « écarté » se poursuit : ethnologie, organisation des vacances, festivités nationales-socialistes, questions d'enseignement, etc. Tout ceci, je ne veux pas non plus l'oublier, il s'agit actuellement de gagner la paix après la guerre [...].*

### Combien de condamnés à Nuremberg

Voilà où allaient les plans d'Alfred Rosenberg pour la domination de la grande Allemagne jusqu'à l'Oural, après la victoire finale attendue. Lui et ses complices furent condamnés à mort et exécutés, mais non pas en raison de leurs rêveries politiques, comme le prétendent leurs amis spirituels et leurs complices. Ceux-ci furent condamnés à mort et exécutés au terme d'une procédure régulière, parce qu'ils avaient assassiné des millions d'hommes et qu'ils avaient pillé les pays qui leur étaient soumis — non par le feu et l'épée, — mais en employant les chambres à gaz, les pistolets automatiques, la dynamite, les fils électrifiés, en privant de nourriture et de chaleur. Si l'on fait le bilan des procès de Nuremberg, il convient de souligner le fait qu'aucun des 199 accusés (à l'exception de Rudolf Hess) n'a été condamné uniquement en raison des crimes contre la paix qu'il aurait commis. Les 23 pendus ont été tous tenus pour responsables d'assassinats en masses : Göring, von Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Streicher, Sauckel, Jodl, Seyss-Inquart, ensuite les six médecins qui ont assassiné leurs semblables au lieu de les guérir ; et les six meurtriers du procès des Einsatzgruppen et de celui des camps de concentration. Il convient de souligner que le nombre des accusés de Nuremberg était minime par rapport au nombre des victimes. Le nombre des acquittements fut aussi grand que le nombre des exécutés. A l'exception de Rudolf Hess, les condamnés à une peine privative de liberté furent libérés, dans les années cinquante. Speer et von Schirach furent les seuls à purger leur peine de vingt ans de prison.

### La fièvre des grâces

Peu de temps après la fin du dernier procès de Nuremberg, le procès de la Wilhelmstrasse contre les secrétaires d'Etat et les diplomates de Hitler (1949), une fièvre des grâces commença à se manifester. Les amis et les lobbyistes des accusés utilisèrent la tension internationale de la guerre froide et de la guerre de Corée pour obtenir la libération des criminels nazis les plus importants. Hans Latenser, l'avocat de plusieurs des généraux nazis accusés, me narra peu avant sa mort le succès qu'il remporta dans l'obtention des grâces. « Aucun officier de haut grade de l'ancienne Armée allemande n'accepterait de s'engager dans la nouvelle Bundeswehr, aussi longtemps qu'il y aurait dans les prisons des généraux condamnés ». Telle fut son argumentation couronnée de succès auprès des personnalités qui travaillaient à l'édification de la nouvelle Bundeswehr. Les amis des officiers SS condamnés utilisèrent de leur côté cette argumentation, en ajoutant : « Nous n'étions pas plus mauvais que les généraux condamnés ; si nous n'étions pas également grâciés, c'est alors seulement que nous nous mettrions à déballer les choses à fond ».

Ils entendaient indiquer ainsi le fait qu'à Nuremberg, l'éventuelle co-responsabilité des généraux dans les actes des SS-Einsatzgruppen à l'Ouest n'avait

Jamais été complètement étudiée. En outre, ils faisaient entendre que les généraux de la Wehrmacht et les amiraux avaient été parfaitement au courant des meurtres en masse des Juifs à l'Est. C'est ainsi, par exemple, que Himmler, prenant la parole le 26 janvier 1944, devant 250 généraux de la Wehrmacht et amiraux, avait explicitement rendu compte de la solution finale et de l'extermination de la population juive, discours qui est resté totalement inconnu de l'opinion publique. Ce discours de Himmler avait été prononcé dans une grande salle de Théâtre à Posen. A quelques exceptions près, les chefs militaires avaient applaudi aux déclarations de Himmler. A propos de ce discours existent même des notices manuscrites de Himmler. Il ne doit pas être confondu avec d'autres discours de Himmler, prononcés par lui à Posen dans les précédentes années.

### Les conséquences de Nuremberg pour la justice allemande

Les grâces beaucoup trop prématurées accordées aux accusés de Nuremberg par une Commission mixte anglo-américaine, qui n'a même pas demandé un vote aux juges, a eu de fâcheuses conséquences pour la justice allemande. Ces grâces ont eu l'effet d'un frein psychologique pour les juges de profession et encore davantage pour les jurés des procès contre les nationaux-socialistes.

Comment, par exemple, devaient être jugés, sur les plans psychologique et juridique, les accusés de rangs moins importants, dès lors que des personnalités de rangs plus élevés, depuis longtemps libérées de leur prison, se présentaient en toute liberté comme témoins? Néanmoins les tribunaux allemands sont parvenus à condamner de façon adéquate de nombreux criminels nationaux-socialistes au cours de procès pour meurtre et complicité de meurtre.

Cette action judiciaire porta avec succès sur deux catégories : d'abord celle des membres des Einsatzgruppen qui ont sévi contre les Juifs de l'Est. On peut citer comme bon exemple le procès des Einsatzgruppen d'Ulm, un des premiers de ce genre. La deuxième catégorie était celle des procès des camps de concentration. Le procès d'Auschwitz à Francfort-sur-le-Main et les procès de Treblinka à Düsseldorf représentent des monuments de la Justice.

L'Office Central des administrations judiciaires des « Länder » à Ludwigsburg a contribué à ce résultat. L'opinion publique en République fédérale a soutenu le déroulement de ces procès, ainsi que la presse, la radio et la télévision en témoignèrent.

Par contre, les procès contre les « ingénieurs de la mort », contre ceux qu'on appelle les criminels bureaucrates, n'ont pu être menés qu'avec de grandes difficultés ; c'est que le soutien énergique de l'opinion publique leur faisait défaut. De larges cercles ne comprenaient pas que la responsabilité morale des criminels, de ceux qui ont donné les ordres à tous les échelons, était beaucoup plus grande que celle des bourreaux et des serviteurs des bourreaux. Le procès devant la Cour d'assises de Munich contre le général nazi Wilhelm Harster et contre le spécialiste des questions juives Wilhelm Zoepf, le pendant d'Eichmann en Hollande, accusés de l'extermination d'environ 100.000 Juifs de Hollande, a été cependant plus important sur le plan de l'histoire et a été mené de façon efficace. Le procès intenté au général SS Karl Wolff, le chef d'Etat-major de Himmler, en raison de sa participation à la solution finale de la question juive, fut également un exemple de justice bien rendue. Mais Wolff a été libéré pour cause de maladie, après avoir purgé le tiers seulement de sa condamnation à quinze ans de prison. Dans le procès Harster comme dans le procès Wolff, le procureur Benedict Huber

a été tout à fait remarquable. Dans l'un comme dans l'autre, la responsabilité criminelle a pu être établie à l'aide de documents. Quant au procès intenté devant la Cour d'assises de Berlin contre les membres de la Gestapo locale impliqués dans la déportation d'environ 35.000 Juifs de Berlin, on manquait de preuves documentaires de l'activité des accusés. Fidèles à la coutume des fonctionnaires supérieurs de la Gestapo, ils n'avaient eu connaissance du but de la déportation.

### « Prescription pour raisons médicales »

En 1970 et en 1971, la « prescription pour raisons médicales » a pris une grande extension. Il n'y a pour ainsi dire pas de procès intenté à des inculpés pourvus jadis de situations élevées, dans lesquels les médecins ne délivrent d'attestations de l'inaptitude de leur client à se présenter en justice. Il y a plus de vingt ans, le cas de Horst Wagner, conseiller de légation au ministère des Affaires étrangères, fut soumis aux autorités judiciaires de la République fédérale. Wagner avait collaboré avec le Service des questions juives de Eichmann au R.S.H.A. Bien que les poursuites aient été intentées pour complicité de meurtre, le procès public n'a pas pu encore se dérouler. De nombreuses expertises médicales ont été ordonnées à propos de l'aptitude de Wagner de se présenter en justice. Un ancien juge bavarois qui, d'après l'accusation, serait coupable de la mort juridique de l'ancien président de la Communauté juive de Nuremberg, Katzenberger, cherche à échapper à la justice grâce à des attestations médicales. L'accusation contre l'ancien secrétaire d'Etat, Ganzenmuller, chargé au ministère des Transports hitlérien de la coordination des trains de déportation, n'a pas encore conduit l'inculpé devant le tribunal. Depuis des années, des procédures sont intentées pour participation au programme hitlérien d'élimination des « bouches inutiles », contre d'anciens présidents de Cours des Länder et contre des avocats généraux. On n'est pas encore passé à la phase décisive de la procédure. Est-ce l'âge, la maladie ? Il n'y a eu jusqu'ici aucune procédure suivie contre les hauts fonctionnaires nazis responsables du meurtre de 4.000 prêtres du temps de l'hitlérisme. Le manque d'énergie mis par la Cour de Hambourg dans la poursuite des affaires du Ghetto de Varsovie, du Ghetto de Riga et de celle du colonel SS Streckenbach, est également de mauvais augure.

### Les « grands » et les « petits »

Un bilan de la question montre cependant — quels que puissent en être les motifs — que les hauts fonctionnaires du III<sup>e</sup> Reich, ceux qui ont pris part aux crimes graves contre l'Humanité, c'est-à-dire les « grands » de l'administration et de la justice du III<sup>e</sup> Reich, s'en sont sortis beaucoup mieux pour eux que les « petits ». C'est un résultat peu réconfortant. Il aurait été plus juste que l'accusation soit portée à Nuremberg, non seulement contre les plus hauts, mais aussi contre les hauts fonctionnaires. Cela aurait certainement servi l'idée de la Justice.

Néanmoins, les résultats pénaux des procès de Nuremberg et des procès devant la justice allemande ne doivent pas nous décourager. Les principes du droit international ont fait de grands progrès grâce à « Nuremberg » et ont été établis sur de nouvelles bases. Désormais, c'est l'affaire de la communauté de veiller à ce que son renforcement soit garanti par des Commissions internationales d'enquête et par une Cour de Justice internationale.



## ANNEXE

## LES PRINCIPES DE NUREMBERG

Les principes de Nuremberg se déduisent des articles 6 à 8 du Statut du Tribunal Militaire International du 8 août 1945 (accord de Londres). (1) Ils sont conçus comme suit :

## ARTICLE 6

[...] Les actes suivants, ou l'un quelconque d'entre eux sont des crimes soumis à la juridiction du Tribunal et entraînent une responsabilité individuelle :

a) Les crimes contre la Paix : c'est-à-dire la direction, la préparation, le déclenchement ou la poursuite d'une guerre d'agression, ou d'une guerre de violation des traités, assurances ou accords internationaux, ou la participation à un plan concerté ou à un complot pour l'accomplissement de l'un quelconque des actes qui précèdent ;

b) Les crimes de guerre : c'est-à-dire les violations des lois et coutumes de la guerre. Ces violations comprennent, sans y être limitées, l'assassinat, les mauvais traitements ou la déportation pour des travaux forcés, ou pour tout autre but, des populations civiles dans les territoires occupés, l'assassinat ou les mauvais traitements des prisonniers de guerre ou des personnes en mer, l'exécution des otages, le pillage des biens publics ou privés, la destruction sans motif des villes et des villages ou la dévastation que ne justifient pas les exigences militaires ;

c) Les crimes contre l'Humanité : c'est-à-dire l'assassinat, l'extermination, la réduction en esclavage, la déportation, et tout autre acte inhumain commis contre toutes populations civiles, avant ou pendant la guerre, (\*) ou bien des persécutions pour des motifs politiques, raciaux ou religieux lorsque ces actes ou persécutions, qu'ils aient constitué ou non une violation du droit interne du pays où ils ont été perpétrés, ont été commis à la suite de tout crime rentrant dans la compétence du Tribunal, ou en liaison avec ce crime.

Les dirigeants, organisateurs, provocateurs ou complices qui ont pris part à l'élaboration ou à l'exécution d'un plan concerté ou d'un complot pour commettre l'un quelconque des crimes ci-dessus définis sont responsables de tous les actes accomplis par toutes personnes, en exécution de ce plan.

## ARTICLE 7

La situation officielle des accusés, soit comme chefs d'Etat, soit comme hauts fonctionnaires, ne sera considérée ni comme une excuse absolutoire, ni comme un motif à diminution de la peine.

## ARTICLE 8

Le fait que l'accusé a agi conformément aux instructions de son gouvernement ou d'un supérieur hiérarchique ne le dégagera pas de sa responsabilité, mais pourra être considéré comme un motif de diminution de la peine, si le Tribunal décide que la justice l'exige.

R.K.

(1) Série bleue (version française), vol. I, pp. 12-13.

(\*) Virgule substituée au point et virgule par le protocole du 6 octobre 1945.



### Das Dritte Reich im Kreuzverhör

Aus den unveröffentlichten Vernehmungsprotokollen des Anklägers

Robert M. W. Kempner

300 Seiten, Leinen DM 32, --

Studienausgabe Paperback DM 16, 80

Robert M. W. Kempner, prominenter Vertreter der Anklage der Vereinigten Staaten von Amerika beim Nürnberger und bei späteren Prozessen, öffnet bislang unveröffentlichte Vernehmungsprotokolle der Verfahren, die das Dritte Reich vor ihre Schranken forderten. Diese Dokumentation wirft ein neues Licht auf unaufgeklärte Ereignisse und Schlüsselfiguren im Apparate des Dritten Reiches sowie weitere wichtige Geschehnisse: den Reichstagsbrand, den Röhmputsch, Rudolf Hess' Englandflug; Hitlers Privatsekretärin Johanna Wolf, Hermann Göring und Emmy Göring, die Generalfeldmarschälle Keitel und Gerd von Rundstedt, den "Hofzahnarzt" Rudolf Blaschke, Geheimdienstchef Walter Schellenberg, Parteirichter Walter Buch, Hauptmann Fritz Wiedemann, Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, Prinz August Wilhelm von Preußen, Prinz Philipp von Hessen, Prinz Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe, Staatsminister Otto Meißner, Staatssekretär Paul Körner, Staatssekretär Hans-Joachim Riecke, Dolmetscher Paul O. Schmidt, Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker, Botschafter Rudolf Rahn, Botschafter Karl Ritter und Ernst Wörmann, SS-Brigadeführer Werner Best, Gesandter Werner von Barmen, Joachim Ribbentrop, Professor Carl Schmitt. Über die Stellung von Papst Pius XII. und das Verhalten des Ribbentropschen Auswärtigen Amtes zur Judenverfolgung, finden wir ebenfalls bisher unbekanntes Material.

Die einzelnen Vernehmungen sind hier im Originalwortlaut wiedergegeben und mit personen- und sachbezogenen Kommentaren versehen. Aus der Fülle der internationalen Literatur über zwölf Jahre faschistischer Gewaltherrschaft in Deutschland wird dieses Buch herausragen, da es weder spekuliert, polemisiert noch dramatisiert, sondern nüchtern und leidenschaftslos wörtlich aufzeichnet, was Akteure aus der engen und weiteren Umgebung Adolf Hitlers, oft angesichts hoher Freiheitsstrafen, ja des Galgens, aussagten, bekannten oder zu verschweigen suchten: eine nicht nur im höchsten Grade informierende, sondern auch aufregende Lektüre.

Der unbestechliche Jurist und Sucher der Wahrheit hat mit diesem historisch, menschlich und kriminalistisch spannenden Werk seine bisherige publizistische Arbeit um einen bedeutenden Beitrag zur Zeitgeschichtsforschung ergänzt.

Erich Maria Remarque: "Es gibt kein Buch, das ich in den letzten Jahren mit größerem Interesse gelesen habe. Ein Buch, wie man es sich wichtiger nicht vorstellen kann."

"Dieses gleichermaßen packende wie informierende Buch. Ein größeres Kompliment kann man seinem Verfasser kaum machen." (FAZ)

"Was hier gegeben wird, sind Aussagen 'höchster Würdenträger' vor einem äußerst geschickt und bohrend fragenden Staatsanwalt." (Welt der Literatur)

"Die zeithistorische Qualität dieser Interviews liegt in den 'Selbstporträts.'"  
(Die Zeit)

"Ich spreche laut Kempners Fragen vor mich hin und lese dann die Antworten."  
(Botschafter a. D. Prof. Dr. Werner Peiser)

"Das Buch von Robert Kempner verdient das Prädikat 'ungewöhnlich'."  
(Rheinischer Merkur)



BECHTLE VERLAG MÜNCHEN UND ESSLINGEN

# LIST OF PUBLICATIONS

BY

ROBERT M.W. KEMPNER

- Judges and Judged by Sling** Edited by R. Kempner.  
Berlin: Ullstein Verlag. 1929. Pp. 380.
- Prussian Civil Service** Berlin: Verlag für Recht und Verwaltung  
C. A. Weller. 1931. Pp. 60. (In Illing-Kautz series)
- Police Administration Code** Annotated by Klausener, Kerstiens, Kempner.  
Berlin: Verlag für Recht und Verwaltung  
C. A. Weller. 1931. Pp. 494.
- Twilight of Justice** Berlin: Volksfunk Verlag. 1932. Pp. 120.
- Security Police** Berlin: Carl Heymann Verlag. 1933. Pp. 70.  
(Chapter in Bill Drews' Police Law)
- The Enemy Alien Problem in the Present War** The American Journal of International Law,  
Vol. 34, No. 3. 1940.
- The New Constitution of Albania:  
A Model Constitution for European Vassal  
States** The Tulane Law Review, Vol. XV, No. 3. 1941.
- Who is Expatriated By Hitler? -  
An Evidence Problem in Administrative Law** The University of Pennsylvania Law Review,  
Vol. 90, No. 7. 1942.
- Pennsylvania's Mission to Prussia** The Pennsylvania Gazette. 1942.
- Hitler's Criminal Code** The Free World Magazine, Vol. I, No. 4. 1942.
- Women in Nazi Germany** With Ruth Kempner.  
Washington, D. C.: "M-Project" of the President of the U. S.  
1944. Pp. 280.
- Blueprint of the Nazi-Underground** Washington State College Research Studies,  
Vol. XIII, No. 2. 1945. Pp. 120.
- The German National Registration System** The Journal of Criminal Law and Criminology,  
Vol. 36, No. 5. 1946.
- Prussian Bureaucracy on Trial** Baden-Baden: Verlag Licht. 1946. Pp. 40.
- The Nuremberg Trial and the German Mind** The New York Times Magazine, October 6, 1946.
- Murder by Government** The Journal of Criminal Law and Criminology,  
Vol. 38, No. 3. 1947.
- The Persecution of the Church -  
From the Secret Files of Alfred Rosenberg** Berlin: Der Monat (U.S. Mil. Government),  
Vol. I, No. 10. 1949.
- Survey of the Nuremberg Trials** Tuebingen: Archiv des Voelkerrechts. Vol. 2. 1949.
- Distorting German History** The New York Herald Tribune, January 19, 1950.  
Also in: Information Bulletin of the U.S. High Commissioner  
for Germany, March 1950.
- The Highest-Paid Spy in History** The Saturday Evening Post, January 28, 1950.  
The Reader's Digest, June 1950.
- Blueprint of Murder** New York: The Congress Weekly, March 6, 1950.
- Stalin's „Separate Peace“ in 1943** New York: The United Nations World,  
Vol. 4, No. 3. 1950.
- The Nuremberg Trials as Source of Recent  
German Political and Historical Materials** The American Political Science Review,  
Vol. 54, No. 2. 1950.
- The Judgement in the Wilhelmstrasse Case** Edited in German by R. Kempner with a foreword by  
Dr. Carl Haensel.  
Schwaebisch Gmuend: Verlag Alfons Buerger.  
1951. Pp. XXXIV, 346.

**Bezirksamt**  
für Wiedergutmachung

Az. Nr. 249 997 Abt. II/2-reg

(Bei allen Schreiben anzugeben)

|| Ohne Angabe des Aktenzeichens ist die Bearbeitung ||  
nicht möglich.

5400 Koblenz, den

16.12.1971

Mainzer Straße 108

Postfach 260

Fernruf (0261) 31616/35783

Sprechtag:

Allgemeiner Sprechtag Donnerstag  
von 8.30 bis 12 und 14 bis 16 Uhr  
Nur in Haft Sachen: Auch Dienstag  
An anderen Tagen ist keine Rücksprache möglich

Ab 25.3.1971 neue Tel.Nr. 38006

Herrn  
Ernest Hamburger

67 Riverside Drive

New York, N.Y. 10024/USA

Betr.: Entschädigungssache Olga Hohenstein nach Adolf Hohenstein;  
Bezug: Ihr Schreiben vom 9.12.1971.

Sehr geehrter Herr Hamburger!

In der obigen Angelegenheit nehmen wir unter Bezugnahme auf Ihre Anfrage vom 9.12.71 wie folgt Stellung:

Der am 3.10.1937 in Südafrika verstorbene Verfolgte Adolf Hohenstein war früher Polizeipräsident in Kassel. Durch Beschluß des ehemaligen Preußischen Staatsministeriums vom 27.12.1932 wurde er in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Am 31.8.1933 wurde Herr Hohenstein gem. § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung, aus dem Dienst entlassen. Im März 1936 ist er mit seiner Ehefrau nach Südafrika emigriert.

Der Sachverhalt zu dem hier vorliegenden Entschädigungsantrag wurde im wesentlichen aus der Personalakte des Regierungspräsidenten in Kassel, Az.: P/1 - PA Hohenstein - entnommen. Zur weiteren Aufklärung der Angelegenheit stellen wir Ihnen daher anheim, sich nach Kassel zu wenden, da die von Ihnen erbetenen Informationen mit Sicherheit aus der früheren Personalakte zu entnehmen sind.

Die letzte uns bekannte Anschrift der Erbin Olga Hohenstein lautet:

15. Mount Rydal Catherine Ave. Berea  
Johannesburg/Südafrika.

Ob Frau H. heute noch dort wohnhaft ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Als Anwalt in dem Wiedergutmachungsverfahren war Herr M. Pineas, Johannesburg S.A., P.O.B. 522 tätig. Vielleicht läßt sich über ihn die heutige Anschrift von Frau Hohenstein in Erfahrung bringen.

Hochachtungsvoll  
I.A.:

Jakob K o h n s t a m m

Beer Tuviah, den 23. Nov. 1968.

Beer Tuviah/ Israel

8

Sehr geehrter Herr Dr. Hamburger,

während Sie mit der Darstellung des Kampfes der deutschen Juden um den öffentlichen Dienst beschäftigt sind, ist vielleicht die folgende Episode von Interesse:

Ich machte im Jahre 1928 die bayrische Assessor-Prüfung als der Acht-Beste unter 150 Kandidaten (60 Punkte; Sie kennen wahrscheinlich das damalige bayrische Prüfungs-System). Nach Anlage und Neigung wäre ich gerne Richter oder Beamter geworden.

Zunächst bewarb ich mich um die Aufnahme in die Liste der Bewerber um den höheren Justizdienst. Aber der Personalreferent im Münchner Justizministerium, Ministerialrat Sauer erklärte mir: "Nach Ihrer Note kämen Sie für uns in Betracht, aber aus Ihrem Namen entnehme ich, dass Sie Jude sind." Er berief sich dabei auf einen Landtags-Beschluss von 1903. Ich hätte das gerne schriftlich gehabt und reichte ein Gesuch ein: es wurde "aus Mangel an Bedarf" abgelehnt.

Netter machte der Mann im Ministerium des Inneren die Sache: auf meine Bewerbung um den Eintritt in die Innere Verwaltung antwortete er im schönsten Bayrisch: "Aber schaug'ns, Herr Kollega, wie wollen denn Sie mit der Prozession gehen?" Die Teilnahme an der Prozession am Fronleichnamstag erschien mir offenbar als eine Hauptaufgabe eines Bezirksamtmanns (Landrats).

Damit das Satyrspiel nicht fehle: ich wandte mich auch an die Reichs-Bahn-Direktion. Dort sagte der Personal-Referent: "Jeder Jurist muss bei uns zuerst ein Jahr lang Stations-Vorstand an einer Station erster Klasse sein. Und seit uns im vorigen Winter in Rosenheim der Stations-Vorstand seiner angelaufenen Brille in eine Lokomotive hineinflief, nehmen wir keine Bewerber mit Brille mehr an."

Auf der Reichspost-Direktion (Oberpostdirektion) erwiderte man mir, dass kein Bedarf an Juristen bestehe. Dass acht Tage später ein Kandidat, der drei Stellen nach mir in der Reihe stand, in den höheren Postdienst berufen wurde, gehört schon in ein anderes Kapitel: sein Vater war Oberbürgermeister und sein Onkel der Reichspostminister.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass zu meiner Zeit/mehr jüdische Richter an den bayerischen Oberlandesgerichten und am Obersten Landesgericht waren (sie hatte noch der König ernannt) als an den Amts- und Landgerichten.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
ergebenst

Jakob Kohnstamm

18. Dezember 1968  
X/743

Herrn Jakob Kohnstamm  
Beer Tuviah  
Israel

Sehr geehrter Herr Kohnstamm,

Ihr Brief vom 23.v.M. hat mich sehr interessiert, und ich danke Ihnen bestens dafür.

Die Darstellung Ihres Schicksals als bayerischer Assessor und die vergebliche Bemuehung um Aufnahme in den Staatsdienst sind eine wichtige Illustration ueber die Handhabung der Gesetze durch die bayerischen Behoerden. Besonders war ich erstaunt zu hoeren, dass sich der Personalreferent im Justizministerium auf den Landtagsbeschluss von 1901 gestuetzt hat, ueber den Sie in meinem Buche auf Seite 49 bis 51 die notwendigen Informationen finden. Dass ein Beamter in der Weimarer Zeit diesen Beschluss noch als gueltig angesehen hat, ist wirklich unerhoert.

Was den letzten Absatz Ihres Briefes betrifft - haben Sie Statistiken, die beweisen, dass zu Ihrer Zeit mehr juedische Richter an den hoeheren bayerischen Gerichten taetig waren als an den Amts- und Landesgerichten? Auch diesfuerde mich interessieren.

Mit nochmaligem Dank und besten Empfehlungen

Ihr ergebener

Dr. Ernest Hamburger

EH/IS

*Herrlich*

*Justiz  
Oberverwaltungsgericht*

20. Dezember 1978

*Herrlich*

Frau Dr. Cecile Lowenthal-Hensel  
Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz  
Archivstrasse 12-14  
1000 Berlin 33

Ihr Zeichen: Tgb. Nr. 3230/78  
Ihr Schreiben vom 5. Dezember 1978  
-----

Sehr verehrte, liebe Frau Dr. Lowenthal-Hensel,

Wie soll ich Ihnen fuer Ihr Schreiben ueber die Mitglieder des Preussischen Oberverwaltungsgerichts danken! Sie haben mir durch die Auswertung der Bestaende Rep. 184 einen grossen Dienst erwiesen. Zwar wird das in Ihrem Brief enthaltene Material nicht in dem Teil meines Buches verwertet werden koennen, dessen Manuskript ich in etwa zwei bis drei Monaten abzuschliessen hoffe, doch bleibt es ueberaus wichtig fuer den spaeter geplanten dritten Teil, (den ich allerdings nicht mehr werde bearbeiten koennen), und ich beabsichtige, Teile davon im Teil II unterzubringen.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zu dem Material machen. Es ist mir aufgefallen, dass nur ein einziges nicht getauftes juedisches Mitglied, Dr. Ernst Isay, dem O.V.G. angehoert hat. Die anderen fuenf waren getauft; einer von ihnen war, wie Sie richtig angeben, Halbjude (v. Leyden). Laesst sich aus Rep. 184 die ungefaehre Zahl aller Mitglieder des O.V.G. in der Weimarer Zeit ermitteln?

Zu den einzelnen Personen das Folgende:

Wilhelm Kroner habe ich gekannt. Er wurde von den reaktionaeeren Richtern am meisten gehasst. Sie wissen sicher, dass er die Magdeburger Richter wegen ihres Urteils gegen Ebert scharf angegriffen hat und dass er daraufhin zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Dies wurde durch eine der Amnestieen niedergeschlagen, und Severing entzog Kroner allen weiteren Machenschaften dadurch, dass er ihn in das O.V.G. uebernahm.

./.



Die Landtagsprotokolle enthalten vieles ueber den Fall und ueber die Polemiken zwischen Links und Rechts. Die Aeusserung von Bill Drews, die Sie im Fall Citron erwaehnen, nimmt darauf implicite Bezug.

Dr. Isay habe ich nicht gekannt. Wenn er im Januar 1929 zu einer politischen Partei gestossen ist, so muss es damals die DDP gewesen sein. Die Staatspartei wurde ja erst 1930 gegrundet. Vielleicht ist Isay verwandt mit dem gleichnamigen Autor des Kommentars zum Gesetz ueber die Staatsangehoerigkeit, das 1913 vom Reichstag angenommen worden ist.

Die Laufbahn von Lindenau ist sehr interessant. Ich wusste nicht, dass er juedischer Abstammung war. Sein wirklich bedeutender Aufstieg hat erst in der Kriegszeit begonnen, was auch ganz bezeichnend ist. Im Juedischen Krankenhaus ist er, wie manche anderen bedeutenden juedischen Beamten, so Eugen Schiffer, der Deportation der Berliner Juden, die damals schon in vollem Gange war, entgangen.

Viktor v. Leyden habe ich gut gekannt. Ich wusste nicht, dass er nach Indien ausgewandert ist. Meines Wissens war er eine Zeitlang in der Vorbereitungszeit Regierungsassessor an dem Landtagsamt in Schlesien. In einem Bericht ueber ihn wurde auf seine juedische (halbjuedische) Herkunft kritisch hingewiesen und sie mit seinem angeblich nicht sehr ansprechenden Verhalten in Verbindung gebracht, waehrend seine Frau, Volljuedin, wegen ihres Taktes gelobt wurde. Ich habe das damals in den Akten gelesen; diese sind wahrscheinlich jetzt in Potsdam oder Merseburg. Ich wusste nicht, dass eine Halbschwester von Leyden in die Familie Mendelssohn hineingeheiratet hat und diese dadurch trotz rein "arischer" Herkunft juedisch versippt geworden ist.

Leyden war Mitglied der Deutschen Volkspartei, stand ziemlich weit rechts und hat als Leiter der Kommunalabteilung uns nach dem Ausscheiden Mularts durch seine uebermaessige Bevorzugung laendlicher Gebiete gegenueber den Staedten viele Kopfschmerzen verursacht.

Wenn Fritz Citron, ohne sich politisch betaetigt zu haben, nach Par. 4 des Gesetzes vom 7. April 1933 entlassen worden ist, so muss das ein Racheakt irgend eines mit ihm verfeindeten Beamten gewesen sein. Er haette als Volljude entlassen werden muessen, was vorteilhafter als die Entlassung wegen Mangels an nationaler Gesinnung. Die juedischen

Pensionaere bekamen ihre volle Pension, die nicht-nationalen Beamten 3/4 ihrer Pension. Wahrscheinlich hat sich Drews darum bemueht, Citron die volle Pension zu verschaffen.

Oppler ist sicher als Frontkaempfer versetzt, d.h. in ein geringeres Amt abgeschoben worden. Das hoerte ja alles nach Erlass des Reichsbuergergesetzes von 1935 auf. Ich kenne mehrere solche Faelle.

Nehmen Sie nochmals meinen herzlichsten Dank fuer Ihre Bemuehungen und uebermitteln Sie bitte diesen Dank Ihren Kollegen, soweit sie sich an der Auswertung beteiligt haben.

Ich moechte diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen und Ihrem Gatten auch im Namen meiner Frau ein gesundes und glueckliches Neues Jahr zu wuenschen, und hoffe, dass wir uns waehrend des Jahres 1979 treffen werden.

Mit herzlichen Gruessen von Haus zu Haus

Ihr

Maria-Theresia Loewenthal

Berlin 15, Olivaerplatz 8  
den 14.5.1973.

*Beachte Sperrstempel*

An  
Herrn  
Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York N.Y. 10024  
212 Endicot 2-1736

*K*

*5*

*Müller*

Sehr geehrter Herr Hamburger!

Frau Hanna Reuter gab mir den von Ihnen an sie gerichteten Brief, und ich möchte mich Ihnen als die Witwe des 1951 verstorbenen Chefpräsident des Landgerichts Berlin Dr. Siegfried Loewenthal vorstellen. Gern bin ich bereit, Ihnen mit Einigem aus dem Werdegang meines Mannes zu helfen. Mein Mann wurde am 16.9.1874. in Heiligenstadt/Siechsfeld als Sohn des Bankiers Loewenthal geboren. Er studierte Jura in Berlin und Göttingen und machte seinen Dr. in Erlangen. Er kam als Referendar nach Nordhausen und nach dem Assessorexamen nach Magdeburg, wurde dort zum Landrichter und im Jahre 1922 zum Landgerichtsdirektor ernannt. Als solcher kam er zur Voruntersuchung des s. Zt. berüchtigten Schröder-Haas Prozesses im Jahre 1926. Die Herrn Landgerichtsdirektor Hoffmann und Landgerichtsrat Kölling, beide Nationalsozialisten, mischten sich in unerhörten Weise in die Untersuchung ein. Der Angeklagte Schröder war geständig, aber selbst die Kriminalpolizei Magdeburg belastete den Fabrikante Haas (Jude) weiterhin. Da ersuchte der Oberpräsident Hörsing den Mordkommissar Busdorf aus Berlin die weiteren Ermittlungen zu übernehmen. Nach deren Abschluß wurde meinem Mann auch die Leitung des Schwurgerichts übertragen. Am Tage vor dem Termin kam der Ministerialrat Holthöfer aus Berlin und meinte: Herr Kollege Sie tun mir leid, wie Sie es auch machen ist's verkehrt." Aber nichts dergleichen geschah, im Gegenteil, es gab nur allgemeine Anerkennung. Auf Grund dieses sehr schwierigen Prozesses wurde mein Mann zum Landgerichtspräsident in Oels/Schlesien ernannt. Auch diese Position, über die allein wegen der politischen Zustände - Deutschnational und nationalsozialistisch- das Kabinett entschied, war mit vielen Schwierigkeiten belastet. Sie haben Recht, mein Mann war der einzige volljüdische Präsident in Preussen, und hat sich in Oels durchgesetzt. Im Oktober 1933 sind wir nach Berlin gezogen.-- Am 3. Tag der Russenbesetzung 1945 wurde er zum General geholt, und zum Wiederaufbau der Justiz in Berlin bestimmt. Als die Amerikaner nach Berlin kamen, ernannten sie ihn zum Chefpräsident des Landgerichts Berlin. Diese Stelle hatte er bis zu seinem Tode inne. Er war auch Berliner Stadtverordneter. Ich hoffe, daß ich Ihnen mit diesen Mitteilungen etwas geholfen habe. Sehr dankbar wäre ich Ihnen, wenn Sie mir einen Abzug Ihrer Schrift über meinen Mann schicken würden. Ich wünsche Ihnen alles Gute und bin mit besten Grüßen

*Das Kabinett  
entschied  
wegen  
der politischen  
Zustände  
national-  
sozialistisch-  
das Kabinett*

*Loewenthal was 230 in  
the German line  
The letter contains  
reference some other  
the circumstances that  
however, is of some  
interest*

*Best regards*

Ihre

*Maria-Theresia Loewenthal*

*W. Loewenthal*  
*M. Loewenthal*  
*W. Loewenthal*  
24. Mai 1973

Frau Maria-Theresia Loewenthal  
Berlin 15,  
Olivaerplatz 8

Sehr geehrte gnaedige Frau,

nehmen Sie meinen besten Dank fuer Ihr freundliches Schreiben vom 14. Mai. Ich ahnte nicht, dass mein Gedanke, an Frau Reuter zu schreiben, weil ihr Mann einst Oberbuergermeister in Magdeburg und Ihr Gatte Landgerichtsdirektor dort war, ein so gutes Ergebnis haben wuerde. Bisher hatte ich mich stets vergeblich bemueht, Landgerichtsrat Pietzker und Herr Schenk, die beide in Oels waren, konnten mir keine nuetzliche Auskunft geben.

Der von Ihnen skizzierte Lebenslauf gibt alles Wesentliche, dessen ich bedarf. Von dem Ansehen, dessen sich Ihr Gatte in Oels erfreute, habe ich als einstiger Abgeordneter des Bezirks Mittelschlesien oft sprechen hoeren. Im einzelnen erinnere ich mich noch, wie anerkennend ihn der Polizeipraesident Kleiboemer in Breslau beurteilt hat, der insbesondere die diffizile Situation angesichts der Ansaessigkeit des fruheren Kronprinzen in Oels hervorhob. Er bewunderte nicht nur die juristischen Faehigkeiten Dr. Loewenthals, sondern auch den grossen Takt, mit dem er sich in einer politisch gegnerischen Umgebung bewegte.

Neu war mir, dass Ihr Gatte sich noch nach 1945 betaetigen konnte, und ich freue mich, dass er durch die schwierige Zeit von 1933 bis 1945 hindurchkommen konnte; ich nehme an, dass dafuer die Tatsache, dass er mit einer Nichtjuedin verheiratet war, wesentlich beigetragen hat.

Wertvoll war mir auch Ihre Bestaetigung, dass Dr. Loewenthal der einzige nicht zum Christentum uebergetretene Landgerichtspraesident in Preussen war. Es gab mehrere volljuedische Praesidenten, die sich aber haben taufen lassen, so Dr. Eisner in Breslau, den ich gut gekannt habe, und Dr. Soelling in Berlin. Auch diese beiden werde ich, wenn auch in anderem Zusammenhang, erwaehnen, denn juedische Landgerichtspraesidenten, die zum Christentum uebergetreten waren, gab es schon in der monarchischen Zeit.

Mit nochmaligem Dank auch fuer Ihre guten Wuensche und gleichfalls besten Wuenschen fuer Ihr Wohlergehen, bleibe ich

mit freundlichen Gruessen

Ihr

*Behrenhoff*

*Reich*

2. Dezember 1971

Herrn Dr. Eno Meyer  
Helene Langestrasse 40  
29 Oldenburgi.O.

*(Handwritten mark)*

Sehr geehrter Herr Meyer,

*erhalten*

besten Dank fuer Ihr freundliches Schreiben vom 19. November 1971 und die wertvoellen Informationen, die darin enthalten sind. Sehr interessieren wuerde mich die Biographie Emil Weinbergs im Oldenburgischen Hauskalender fuer 1926, S. 61 f. Ich wuerde mich natuerlich an die Enkelin von Weinberg wenden, wenn ich ihre Adresse wuesste. Koennnten Sie mir eine Photokopie der beiden Seiten zugehen lassen? Kosten werden natuerlich ersetzt. Der Hauskalender ist hier nicht erhaeltlich.

Ist in dem Teil ueber Gottlieb Magnus die Jahreszahl 1904 bis 1935 richtig? Ich sehe, dass er erst 1883 geboren war und bin daher etwas zweifelhaft gewesen, ob das Jahr 1904 richtig ist.

Auch von Hermann Scheer, alias Loewenstein, war mir nichts bekannt. Wenn ich auf Grund Ihrer Mitteilungen einen richtigen Schluss ziehe, war er nur bis 1918 in Regierungsstellen taetig und ist nachher im oeffentlichen Leben nicht mehr hervorgetreten.

Nochmals verbindlichen Dank fuer Ihre Bemuehungen und beste Empfehlungen

Ihr ergebener

*Ernest Hamburger*  
*2/26/74*  
Law School of Harvard University

Cambridge, Mass. 02138

9  
September 26, 1974

Dr. Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10024

Dear Dr. Hamburger:

I received your letter of September 25, 1974 regarding Leopold Levy and am delighted to hear from you again. When Weismann wrote to me that I should ask Dr. Hamburger, the name was familiar but I did not think of you. I am getting old.

You are right: I came to New York to meet Cassin. In 1967, I saw Cassin again in Paris. It was just after De Gaulle had made the remark about "les Juifs." And I irritated him somewhat when I attacked the European Court of Human Rights for its decision in the Delcourt case. He did not sit and he did not say that I was not right.

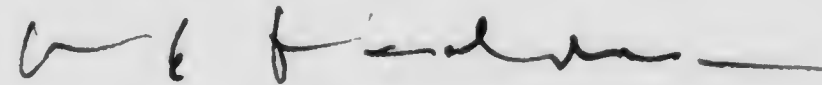
As for Leopold Levy, I think that I will drop it. I had thought that the prominent judges of the period would all be written up. Levy was only Amtsgerichtsrat but Tigges, the Kammergerichtspräsident, thought highly of him as bankruptcy judge. He in fact was editor of Konkurs- und Treuhandwesen, started by him in 1927 with Ernst Jaeger, the leader in bankruptcy law, as sponsor. After the war, the journal was continued by other people and they did not even have the decency of bringing a note on the founder. This is one of the reasons why I thought I might collect some data if possible.

Actually, I believe that the personal files of the Prussian judges are preserved and are in Bonn. They should have the birthdate. He reached retirement age in April 1933. What they may not have, is the date of his death and where he died. Thank you for giving me the two references.

I was in Paris in July for a few days. Pompidou has messed up things but it is still Paris. And they are still very bourgeois, which I found nice and at the same time irritating.

With kind regards,

Sincerely,



Kurt H. Nadelmann

DR. MAX HERMANN MAIER  
Caixa Postal 26, Rolândia R.V.P.S.C.  
Estado Do Paraná, Brazil

Fazenda Jaú, den 4. Juli 1961.

9  
Sehr geehrter Herr Hamburger,

Zunächst bitte ich Sie zu entschuldigen, dass ich erst heute Ihren Brief vom 8.6.61 beantworte. Ich wurde von einer puenktlicheren Erwidrerung abgehalten, weil wir z.Z. hier mitten in der Kaffee-Ernte stehen, die mich stark in Anspruch nimmt, und weil ich mich eines achttägigen Besuches unseres Freundes Hermann Simon aus New York erfreuen durfte.

Joachim Marckwald hat Ihren Brief erhalten und wird Ihnen unmittelbar antworten oder hat es schon getan. Auf Ihre Fragen kann ich folgende Antworten geben.

Im Frankfurter Oberlandesbezirk haben Juden in der Justizverwaltung besondere Vertrauensstellen nicht eingenommen. Viele Jahre war waehrend der Weimarer Republik Herr Dronke Oberlandesgerichtspräsident, der aus der Ministerialbuerokratie stammte, selbst katholisch war und dem Zentrum nahe stand. Er ist als Norddeutscher in der Frankfurter Atmosphaere nie ganz heimisch geworden, auf die Demokratie, soziale Gesinnung und auch Judentum Einfluss ausgeuebt haben. Am OLG. gab es allerdings eine Reihe vorzueglicher Richter, die Juden oder von juedischer Abstammung waren, von denen ich aus der Erinnerung nenne: Senatspraesident Landsberg und die OLG-Raete Mirsch ( stammte aus dem Elsass ), Freyhan ( stammte aus Breslau ), Aschaffenburg ( stammte aus Frankfurt ), Weigert ( stammte aus Schlesien oder Berlin ). Diese Richter waren durchweg schon durch ihre Examina gut qualifizierte Beamte, die aber nach aussen hin, insbesondere im politischen Leben, keine Rolle spielten. Viele Jahre war der LG Rat Lehmann, Hans Lehmann, ein Klassenkamerad von mir, persoenlicher Referent des Frankfurter Landgerichtspraesidenten Pape, der vorher OLG Rat in Kassel war. Hans Lehmann ist getaufter Jude und lebt heute als Anwalt in London. Pape, der in Frankfurt a.M. in meiner naechsten Naehel wohnte, erzaeht mir einmal, dass er Lehmann ausgewaehlt habe, weil er als Assessor laengere Zeit im Preussischen Justizministerium ( z.Z. am Zehnhofs ) gearbeitet habe und daher " was man oben wolle ". Lehmann hat immer hoechst sachlich gearbeitet, und seine juedische Abstammung hat m.W. niemals zu Beanstandungen gefuehrt. Auch er ist nach aussen nicht hervorgetreten. Ich hatte waehrend der Weimarer Republik den Eindruck, dass sich der alte preussische Beamtenegeist im guten und schlechten Sinne nirgends so stark erhalten hat wie gerade innerhalb der Justiz. Charakteristisch bleibt fuer mich die Persoenlichkeit des Vizepraesidenten des OLG Frankfurt Heldmann, scharf denkender Juurist, konservativ, alter Kurhesse, Vorstandsmitglied der deutsch-nationalen Partei in Frankfurt, strengglaeubiger Protestant, mit antisemitischen Neigungen waehrend der Weimarer Zeit - und dennoch einer der wenigen mutigen Richter nach 1933 in Frankfurt, der ueberwaeltigend tapfer und eindrucksvoll dem damaligen Staatssekretaer Freisler oeffentlich entgegengetreten ist. In den Tagen nach dem 1. April 1933 hat mich Heldmann auf dem Gericht angesprochen und zu mir gesagt: " Ich empfinde zutiefst mit Ihnen und Ihren juedischen Kollegen die schamlose Ungerechtigkeit, die von staatswegen geschieht, und ich bitte Sie, mein Mitgefuehl den Betroffenen mitzuteilen. " Heldmann ist zum Oktober 1933 auf Grund des Altersgesetzes in den Ruhestand getreten.

Auch in Ffm. gab es bei der Staatsanwaltschaft und den Gerichten sogenannte Pressereferenten, unter denen aber Juden m.W. nicht vertreten waren. Dagegen bestand auch in Ffm. ein erhoehtes Interesse juedischer Richter an der Arbeitsgerichtsbarkeit. OLG Rat Aschaffenburg ( ein preussischer Assessor, eine Note, die nur alle paar Jahre erreicht wurde ) liess sich als LG Direktor an das Arbeitsgericht versetzen. Er war auch gleichzeitig als Richter am Buehnenschiedsgericht mit grossem Erfolg taetig. Fuer Aschaffenburg war die Versetzung mit einem bewusst uebernommenen Abschluss seiner Laufbahn verbunden, aber ihn interessierten soziale und neue Rechtsfragen mehr als eine Befoerderung in der Laufbahn. Aus Ffm. stammten auch die frueheren Berliner Arbeitsgerichts-Richter Otto Kahn-Freund ( jetzt Professor in London ) und Lehmann ( jetzt Anwalt in Washington ), ueber die Sie wahrscheinlich Naheres wissen. Ich kann nicht einmal sagen, dass bei den Arbeitsgerichten in Ffm. juedische Richter auffallend stark taetig gewesen sind. Es mag dies daher kommen, dass ganz allgemein in Ffm. tuechtige und aufgeschlossene Juristen zur Anwaltschaft Neigung empfanden, die ebenso wie in Hamburg von jeher einen hohen Stand einnahmen und gerade nach dem 1. Weltkrieg eine Reihe begabter Juristen aufgenommen hat.

2.

Obwohl in den ersten Jahren nach dem 1. Weltkrieg ein Mangel an Beamten in der Justiz bestand und die Aussichten fuer Juristen deshalb guenstig waren, sind doch zahlreiche gut qualifizierte Juristen aus christlichen und juedischen Kreisen in Ffm. zur Anwaltschaft uebergangenen, weil sie, insbesondere die ueberalterten Kriegsteilnehmer, sich in der abgegrenzten Beamtenlaufbahn nicht recht wohl fuehlten und ein viel weiteres und unabhangigeres Betaetigungsfeld im freien Beruf erblickten.

So ist auch Hugo Sinzheimer seinem ganzen Wesen nach nicht dem Beamtentum zuzurechnen, das ihm auch oft fremd gegenueber stand. Ich war mit ihm befreundet, als er noch Anhaenger Friedrich Naumanns war und habe in ihm einen aelteren vorzueglichen Freund gefunden. Die Wuerdigung Ernst Fraenkels in der Gedenkrede auf Sinzheimer, abgedruckt in der Juristenzeitung vom 1.8.1958 N.15, ist ausgezeichnet. Ich kann dieser erschoepfenden Wuerdigung nur das Fraundeszeugnis hinzufuegen, dass Sinzheimer bei aller Hingabe an wichtige politische und sozialpolitische Aufgaben ein ruehrendes menschliches Interesse fuer Familie und Freunde bewies. Er war bei hoher Intelligenz und grossem Wissen eine kuenstlerisch-naive Persoenlichkeit, die kein Organ fuer das "Niedertraechtig - Maechtige" besass. Am Tage vor seiner Emigration stand seine Verhaftung durch die S.S. fest, was ich durch eine Indiskretion erfahren habe. Zusammen mit anderen Freunden musste ich H.S. beschwoeren, Deutschland zu verlassen, weil er immer wieder betonte, er koenne dies nicht einsehen, da er zeitlebens niemanden ein Unrecht zugefuegt habe. Er wolle in Deutschland bleiben, und sich in der Stille wissenschaftlicher Arbeit widmen. Dabei war Feindschaft gegen Sinzheimer gerade in den sogenannten nationalen Kreisen lebendig gehalten worden, in jenen militaerischen Kreisen, die ihm sein Verhalten im parlamentarischen Ausschuss zur Pruefung der Kriegsniederlage zur Last legten, wobei sie dieses Verhalten - Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs - noch wahrheitswidrig darstellten. Nicht allgemein bekannt ist, dass Sinzheimer als Kriminalist waehrend seiner Sprechstunde bei dem Eintreter eines Klienten, der ihn als Strafverteidiger aufsuchte, auf einem vor ihm liegenden Papier die Paragraphen des Strafgesetzbuches heimlich notierte, mit denen der Besu wahrscheinlich in Konflikt geraten sei. Er hat mir erzaehlt, dass er sich hochst selten geirrt habe. Ich habe diese Kunst bei keinem mir bekannten bedeutenden Strafverteidiger angetroffen.

In Ffm. waren Juden in leitenden Stellungen bei der Justiz, inneren Verwaltung und den Finanzbehoerden sowie Post und Eisenbahn m.W. waehrend der Weimarer Republik nicht taetig. Ganz anders lagen die Verhaeltnisse bei der Kommunalverwaltung, die nicht zur Eroerterung steht. Es gab keinen juedischen OIG - oder IG Praesidenten.

Ueber Gustav Hoch kann ich Ihnen eine nicht allgemein bekannte Bemerkung des verstorbenen Generaldirektors Max Braeuning der Dunlop Werke in Hanau mitteilen, die ich Ihre lang beraten habe und in deren Aufsichtsrat ich auch einige Zeit sass. Gustav Hoch war im Kaiserreich und auch spaeter ein Sozialist, der als "radikal" galt. Die Hanauer Arbeiterbevoelkerung galt auch als "radikal." Die Dunlop war das groesste Unternehmen in Hanau. Mir hat Braeuning gelegentlich erzaehlt, dass er mit G.H. sich trotz politischer Gegensatze immer gut verstanden haette, weil sie beide ein Herz fuer die Arbeiterschaft gehabt haetten und sich darueber einig gewesen waeren, dass der Arbeiter gleichberechtigtes und selbstaendiges Organ im Unternehmen darstelle und durch unabhangige Gewerkschaften vertreten sein muesse. Braeuning kannte die englische Gewerkschaftsbewegung gut. Braeuning war ein Feind der Diffamierung der Gewerkschaften und derjenigen Personen, die fuer bessere Loehne und Arbeitsbedingungen kaempften. Er hat nach dem 1. Weltkrieg darunter gelitten, dass seine Betriebsfuehrung von den Kommunisten und der kommunistischen Presse heftig angegriffen wurde und hat bei dieser Gelegenheit die vernuenftige und erfolgreiche Taetigkeit des "radikalen" Gustav Hoch gelobt.

Ich habe mich bemüht, Ihnen Mitteilungen zu machen, die Sie nicht aus Buechern und sonstigen Veroeffentlichungen entnehmen koennen, sondern die auf eigenem Erleben und eigener Erfahrung beruhen. Es mag nuetzlich sein, wenn die Generation, die Kaiserreich, Republik und totalitaeren Staat in Deutschland bewusst erlebt hat, solche Aufzeichnungen zur systematischen Verarbeitung macht, die Sie nun vorhaben. Wenn ich Ihnen weiterhin irgendwie dienlich sein kann, bin ich es gern, und bitte Sie, Fragen an mich nicht zu scheuen.

Mit freundlichen Gruessen  
bin ich

Ihr

Max Hermann Haase



DR. MAX HERMANN MAIER  
Caixa Postal 26, Rolândia R.V.P.S.C.  
Estado Do Parana, Brazil

Max Hermann Maier  
Kauern  
Fazenda Jai, den 29. Mai 1961.

Sehr geehrter Herr Hamburger!

Hierdurch bestätige ich den Eingang Ihres Briefes vom 15. Mai 1961, auf den ich folgendes erwidern kann.

Leider ist mir das Schicksal von Berta Jourdan und ihres Mutter nach 1933 nicht bekannt, obwohl meiner Erinnerung nach beide vor der Auswanderung meinen Rat in Anspruch genommen hatten. Ich vermutete aber, daß eine Freundin von Berta Jourdan näheres weiß, an die Sie sich unter Bezugnahme auf mich unmittelbar wenden können. Es handelt sich um Frau Therese Merzbach, 76. <sup>II</sup>. Norr Mälärstrand, Stockholm, K. Frau Merzbach hat früher auch in Frankfurt/Main gelebt. - Sie schreiben, daß Sie über Hans Markwaldt eine ganze Menge wüßten. Über ihn könnte ich vielleicht noch weitere Informationen einholen, weil sein Neffe Joachim Markwaldt, ein Sohn des hier verstorbenen Chemikers Geheimrat Markwaldt (ehemals Universität Berlin), in dem Bezirk von Rolândia lebt. - Eine Arbeit über die früheren jüdischen Beamten in Preußen in der Weimarer Zeit dürfte auch die preussischen Richter umfassen. Jüdische Richter von besonderer Bedeutung in Preußen waren: die Amtsrichter Ernst Levy<sup>†</sup>, Felix Rothschild (lebt 92 Jahre alt in Cambridge (Mass.)), Milton Seligmann<sup>†</sup>, die Oberlandesgerichtsräte Landsberg<sup>†</sup> und Carl Weigent.<sup>†</sup> Alle genannten Richter stammen noch aus der wilhelminischen Epoche, und ich weiß nicht, ob es sich bei Ihrer Arbeit nur um Beamte handelt, die erst in der Weimarer Zeit <sup>Parlamentarier und</sup> ernannt worden sind. - Alle in der Öffentlichkeit bekannteren Beamten sind wohl in Carl Misch's Aufsatz über "Politik" in Kaznelson's Sammelwerk aufgezählt, wenn auch nicht ausreichend gewürdigt wie z. B. Star Hoch. - Während der Weimarer Zeit sind naturgemäß

Reihe jüdischer Richter in meinem Heimatbezirk Frankfurt kann  
ernannt werden. Aus von ihnen einen oder den anderen zu nennen,  
müßte ich wissen, ob Sie nur solche wissen wollen, die in irgend-  
einer Weise sich ausgezeichnet haben oder ob es Ihnen auch  
auf Vollständigkeit ankommt. In letzter Hinsicht versage  
ich, denn ich besitze kein Material, sondern ich bin ganz auf  
die Erinnerung angewiesen. An jüdische preussische Beamte der  
<sup>Verwaltung</sup> kann ich mich leider nicht erinnern, was vielleicht damit  
zusammenhängt, daß die Verwaltung ihren Sitz in Kassel und  
in Wiesbaden hatte. Sie könnte mir denken, daß Ihnen viel-  
leicht mein Freund Max L. Cahen (Kaiserstrasse 28 in Ffm.),  
der einzige in Ffm. selbst überlebende <sup>jüdische</sup> Rechtsanwalt Namen  
solcher Beamten nennen kann.

Ich stehe Ihnen jeder Zeit gerne zur Verfügung und  
darf Sie bitten, wenn Sie noch Einzelheiten zu wissen  
wünschen, mir möglichst konkrete Fragen zu stellen,  
deren Beantwortung ich dann nach bestem Wissen vor-  
nehmen werde.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Max Uermann Haier.

Ein Gedenk- und Dankblatt vom 25. Juni 1951,  
seinem 60. Geburtstag.

VON  
MAX HERMANN MEIER.

27  
9

Ich bin am 25. Juni 1891 in der alten 1814- und 1815-gegründeten Stadt der Deutschen Kaiser des heiligen Römischen Reichs, in Frankfurt am Main geboren, einer Stadt, die bei meiner Geburt noch mehr die Stätte solcher wichtigen und feierlichen Begebenheiten war. Doch ihre Bauten, gelegert an geraden stromenden Main, ihre Kirchen, Sonnentempelgebäude, die Marktplatz- und Handwerkerhäuser, die Gassen, Plätze und Brunnen der Altstadt sprachen zu mir aus vergangenen Tagen, wobei die Eltern frühzeitig den Sinn von den Geschicksalen der Stadt erwehten und das Wissen um die Ereignisse und vor allem um die Menschen, die sie bewirkt haben, förderten. Mit Staunen habe ich als Fünfjähriger die Goldene Bulle im historischen Museum betrachtet, und, da ich noch nicht lesen konnte, wurde mir Goethes Erzählung über die Kaiserkrönung Josephs II. aus Dichtung und Wahrheit vorgelesen. Die Großeltern erzählten freudig vom Leben in der "Freien Stadt", deren Bürger sie waren, und auch von der schrecklichen Zeit, als 1866 die Preussen die Feinde eindringen und der hochachtete Bürgermeister Falmer wegen der unerwarteten Kontributionen, die General von Wanteuffel ohne Rechtsgrund der Stadt auferlegte, den Freitod wählte. Die Tochter dieses Bürgermeisters war die Frau eines späteren Berufskollegen meines Vaters und wohnt mit ihrer Familie in der Seckelstraße, in der auch meine Eltern von 1899 an wohnten. Ich habe diese Tochter wegen ihres berühmten Vaters nur mit klopfendem Herzen angeschaut, was mich aber nicht gehindert hat, stolz darauf zu sein, wenn der in der gleichen Straße wohnende Kinder liebende General von Stuelpnegel mich an die Hand nahm und "vor uns beiden" der Posten vor seinem Hause die Gasse präsentierte. So wohnt in der Kinderwelt Besondere für den Kaiser, der und für den Frank den preussischen Militärs nebeneinander. Und wer von meiner Generation will behaupten, dass nicht beide Seiten auch im Kampf beherrscht haben! Nach einer Feier zur Erinnerung an das Frankfurter Parlament in der Paulskirche haben segnend die Hände des großen Dichters Wilhelm Jordan auf dem Scheitel des Kindes gelegen. Wenn Ludwig Boerne von sich sagte, dass der alte Schorschild ihn als Kind besungen habe und er diesem wegen verdanke, dass er später in hoch adeliche des Vaters Feld in seiner Tasche ganz ausgenommen wird, obwohl er ein deutscher Schriftsteller geworden sei, so will ich meinen, dass mir späterhin niemals der Sinn fuer die Freiheit ganz ausgegangen ist, weil ich als Kind den Segen eines alten "Achtundvierzigers" empfunden habe. Fröhlich wurden wir Kinder, mein um zwei Jahre älterer Bruder und ich, mit den Eltern und auch mit den Schwefungen unseres grossen Frankfurters bekannt gemacht, obwohl es in den dreissiger Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht an der Tagesordnung war, ihn, den Dichter und Erzähler, zur "Walden" zu waschen. Das stattliche Bürgerhaus im Grossen Hirschgraben durfte in allen Ecken besuchet werden, und der alte vollwertige Hauswart, den wir fuer einen Zuteil hielten, erzählte den Kindern viele Geschichten von "seinem Goethe", die ausgeschnueckt waren wie die romantischen Geschichten der Bettina, deren leidenschaftliche Liebe zu dem grossen Mann mich dann auch reitend antastete.

sodass ich diese Frankfurterin mir ihrer Hingabe an die Grossen ihrer Zeit und ihrem warmen Herzen fuer alle Notleidenden in Verehrung liebte. Es war Sitte im elterlichen Hause, alljaehrlich an den Geburtstagen Goethes und Schillers den Soehnen ein Buch oder ein Bild zu schenken, das in Beziehung zu den "Geburtstagskindern" stand. Einmal bekam ich unter Hinweis auf Goethes eifriges Bibelstudium die Vortraege von Karl Heinrich Cornill geschenkt, die er im Freien Deutschen Hochstift ueber den israelitischen Prophetismus gehalten hatte. Das Buechlein hat mich in den Urwald Brasiliens begleitet und seinen alten Zauber fuer mich behalten. Von den Waenden der elterlichen Wohnung schauten zahlreiche Familienbilder auf uns herab, die wir Jungens kaum beachteten, denn wir kannten ja diese Angehoerigen, die da mehr oder weniger retouchiert in die Welt blickten, genau. Unsere Phantasie beschaeftigte sich lieber mit den Bildern der "Unbekannten" und mit solchen, auf denen es etwas zu sehen gab. Zu letzteren gehoerten die Goethestaetten, die alte Gerbermuehle, das Wohnhaus und das Gartenhaus in Weimar. Mit der Zeit wurden uns die Bilder der Unbekannten vertraut, da die Eltern uns ueber ihr Leben und Wirken erzaelten und uns auch unterrichteten, warum sie gerade die Bilder dieser Maenner erwaeht hatten. Es waren Leopold Sonnemann, Georg von Siemens, Theodor Mommsen und August Weismann.

Der Vater gehoerte dem Kreis aufrechter Demokraten an, die sich in der Sueddeutschen Volkspartei um Sonnemann, Wedel, Payer und die beiden Hausmanns scharten, mit denen allen die Eltern in freundschaftlichem Verkehr standen. Mein Vater arbeitete gelegentlich an dem Handelsteil der Frankfurter Zeitung mit, und hat spaeter als letzter von Sonnemann persoendlich eingesetzter Testamentsvollstrecker enge Beziehungen mit der Verwaltung und der Redaktion der Frankfurter Zeitung unterhalten. Immer darauf bedacht, dass die Zeitung den demokratischen und sozialen Geist ihres Gruenders auch unter sehr veraenderten Verhaeltnissen pflege. Es ist nicht ohne Kampf abgegangen, zumal gelegentlich merkantile Interessen der Besitzer den Wunsch laut werden liessen, oder -besser gesagt- ganz leise mit Nachdruck vertreten, weniger deutlich "gegen den Strom" zu schwimmen. Aber, so entschieden der Vater ein Wirtschaftler war -er gehoerte seit Gruendung der Frankfurter Filiale der Deutschen Bank ihr als Direktor an und hat dieses Amt 25 Jahre bekleidet-, er war entschiedener in seiner Anschauung, dass nicht persoendlicher Vorteil Politik und Gemeinwirtschaft bestimmen duerfen. So ist er auch im ersten Weltkrieg aus dem Aufsichtsrat einer grossen Maschinenfabrik ausgeschieden, weil sie noch vor dem Eintritt Italiens in den Krieg unter kurzsichtiger Billigung der deutschen Regierung Kriegsmaterial an Italien geliefert hat, das spaeter gegen Deutschland Verwendung gefunden hat. Sein Nachfolger in diesem Posten wurde ein fuehrendes Mitglied der Vaterlandspartei. Die Wirtschaft war ihm nur ein Bereich seiner Taetigkeit. Er war Bankdirektor, aber das Geld hat er niemals angebetet. Seine persoendlichen Beduerfnisse waren bescheiden, und, als ihm Krieg und Inflation ein grosses Vermoegen wegnahmen, blieb die Heiterkeit seiner Seele ungetruebt. Er hatte ja noch so viele Werke der schoenen Literatur und der Wissenschaften zu lesen und konnte Musik hoeren. Beides bedeutete ihm viel, auch zu einer Zeit, in der er vom Beruf stark in Anspruch genommen war. Als einmal Arthur von Gwinner aus Berlin nach

Frankfurt a/M. gekommen war, dehnte sich eine Unterhaltung der beiden Maenner in alten Bankgebäude in der Kirchnerstrasse bis tief in die Nacht aus, und einige Beamte der Bank warteten lange, weil sie annahmen, dass wichtige Geschäfte besprochen wuerden. In Wirklichkeit haben sich die beiden Bankdirektoren ueber eine Fauststelle und ueber das Buch von Vater Gwinner ueber Schopenhauer unterhalten, hierueber die Zeit vollkommen vergessen und verliessen die Bank mit ihrem Geheimnis, das nur der Bankdiener Edelmann teilte; denn es gab damals noch keine Doppeltueren. - Religiöses war der Vater staerker an die Tradition des Judentums gebunden als die Mutter, wobei hinzukam, dass er gerne seine ur- und ururgrossvaeterliche Herkunft von Frankfurter Rabbimern betonte. Diesem meinem Urahn, einem beruehmten Gelehrten, bin ich zu besonderem Danke verpflichtet. Der Vater meiner Frau war ein strengglaeubiger Jude. Als meine Frau und ich seine Zustimmung zu unserer Verlobung erbaten und ich ihm mein Glaubensbekenntnis offen darlegte, schuettelte der alte guetige, doch in Religionssachen unachgiebige Mann voller Bedenken den Kopf, bis auf den gelehrten Ahn die Rede kam. Sein Name hat alle Widerstaende aus dem Wege geraeumt und dem Abkoemmling unverdienten Glanz verliehen.

Da die Eltern wuenschten, dass ich einen Religionsunterricht erhalten sollte, in dem eingehender als es in den Religionsstunden in der Vorschule und dem Gymnasium der Fall war, die Geschichte des juedischen Volkes in den Rahmen der allgemeinen Weltgeschichte gestellt werde, bekam ich solche Unterweisung zusammen mit meinem Jugendfreund Ernst Adler von dessen Vater, der Direktor der juedischen Schule, des Philantropius, war. Diese Stunden haben das jugendliche Gemuet tief ergriffen. Sie haben ausserdem eine einzigartige Zugabe gehabt. War die Stunde am Samstag Nachmittag vorueber, dann kletterten mein Freund und ich ueber die Mauer des an das Direktorhaus angrenzenden israelitischen Friedhofs, der wohl schon hundert Jahre ausser Gebrauch war, aber mit seinen alten geheimnisvollen Grabsteinen, seinem verwilderten Gebuesch und den hohen Baedern einen unvergleichlich schoenen Platz zum Spielen und Erzählen abgab, den kein Erwachsener betrat. Der erste Weltkrieg hat mir ausser anderen Freunden auch diesen heitersten Jugendfreund genommen, der beim Militaer ein ebenso guter Kamerad wie in und nach der Religionsstunde war.

Die Mutter gehoerte einer Frauengeneration an, die fuer eine gruendliche Ausbildung der Maedchen, fuer Frauenstudium und Frauenberufe eintrat, einer Jugend mit neuen Zielen die Bahn bereitend, die ihr selbst verschlossen war. Sie hat als junge Frau die lateinische Sprache und hoehere Mathematik gelernt und im "Senckenberg" naturwissenschaftliche Studien eifrig betrieben. Alles Dogmatische war ihr fremd, und Religion bedeutete ihr die gute Tat. Es faellt mir schwer, denen, die sie nicht kannten, ein Bild ihres Wesens zu geben, so deutlich es vor mir steht. Sie hatte die Gabe, andere, vornehmlich juengere Menschen, gut zu verstehen, ihnen mit warmem Herzen zu helfen und sie vor allen Dingen froh zu machen. In ihrer Gegenwart konnte keine Lebensangst aufkommen, die heute als ein Grundelement menschlichen Seins betrachtet wird. Die Mutter hatte auch grossen Wert darauf gelegt, dass die Soehne tuechtig Sport trieben, -Schwimmen, Schlittschuh- und Skilaufen, Reiten, Bergsteigen-, als ich aber von Muenchen aus im Wetterstein- und Kaisergebirge als Alleingaenger Klettertouren ausfuhrte und sie erfuhr, dass ich in den Ferien meinen Betaetigungsdrang nach den Dolomiten verlegen wollte, kam sie mit dem Vorschlag angereist, die Ferien in den Dolo-

miten gemeinsam zu verbringen, was freudig angenommen wurde, aber den Bergsteiger nolens volens zum Passgaenger machte. Die Mutter liebte alles Lebendige und verabscheute nur zwei Dinge: die Luege und den Krieg. Selbst die "kleine gesellschaftliche Luege" war ihr vollkommen fremd, obwohl ihr nicht unbekannt blieb, dass alle Kinder ein oder das andere Mal luegen. Doch der kleine Uebeltaeter wurde streng bestraft und ausserdem dem Vater gemeldet, was ihn beschaeumte, denn der Vater ueberliess die Erziehung der Kinder im allgemeinen der Mutter, die Freud und Leid mit ihnen teilte und die Aufgaben des Haushalts lieber Angestellten ueberliess, als die Betreuung der Kinder einzuschraenken. Sie hatte immer Zeit fuer uns. Und da war auch noch unsere "Oma", die Mutter der Mutter, die, mag sein was wollte, die Partei der Kinder ergriff, beider man immer Recht bekam, auch wenn man im Unrecht war, weil ihre ueberstroemende und verzeihende Liebe grenzenlos war. Ich habe nur e i n e ernsthaftige Differenz in meinem Leben mit der Mutter gehabt. Als 1914 der Krieg ausgebrochen war und ich als Kriegsfreiwilliger in das Heer eintrat, da ich das Vaterland als angegriffen betrachtete, teilte sie diese allgemeine Stimmung nicht, sondern verwarf auch diesen Krieg als eine Schande der Menschheit. Sie verstumte und litt, half unermuedlich und ueber ihre Kraefte hinaus, die Not der Verwundeten und Gefangenen lindern und hielt dazu alle Einschränkungen peinlich ein, da ihr Hamstern und Verheimlichen widerlich waren. Hat sich der Sohn als Soldat dem Vaterland zur Verfuegung gestellt, dann wollten die Eltern erst recht nicht ihr Vermoegen dem Staat vorenthalten, und sie haben tatsaechlich ihr ganzes Vermoegen mit Ausnahme eines kleinen Teils, der in England lag und von den Englaendern beschlagnahmt wurde, entgegen ihrer wirtschaftlichen Einsicht in Kriegsanleihe umgewandelt. Gleichzeitig haben sie aber versucht, waehrend des Krieges fuer den Frieden zu arbeiten, was die Freundschaft mit den Gesinnungsgenossen Quidde, Schuecking und von Neufville nur befestigte. Das uebersprudelnde Herz der Mutter hat der Krieg gebrochen. Sie war durch den Krieg eine alte Frau geworden und ist mit 54 Jahren im Januar 1922 einer Grippe erlegen. Sie hat noch drei Enkel, die Kinder meines Bruders, erlebt, und die Freude, dass ich ihr meine "studierte Frau" ins Haus gebracht habe, bei der sie die Erfuellung eigener Wuensche froh begruesste und mit der sie in seltener Harmonie wetteiferte, mir, dem aus dem Felde Zurueckgekehrten, ein gutes Heim zu schaffen. Ueber die Mutter schrieb Walther Schuecking, der Freund beider Eltern, anlaesslich ihres Todes: "Alle Dinge dieser Welt sah sie im Lichte der Guete und Menschlichkeit, jedes fremde Leid ging ihr zu Herzen, ihr haette man alles anvertrauen und von ihr haette man alles erbitten koegen."

Das erste Jahrzehnt meines Lebens war ein Kinderparadies, aus dem ich, wie alle Kinder, durch den Vogel der Minerva vertrieben und der Schule der "Humaniora" zugefuehrt wurde. Doch hat mich die Atmosphaere des Elternhauses, wie ich glaube, tiefer und nachhaltiger beeinflusst, als das Gymnasium, das ich von 1901 bis 1910 besuchte. Das humanistische Lessing-Gymnasium fuehrt seinen Ursprung auf das 1520 gegruendete Gymnasium Francofurtanum zurueck. Damals beschloss der Rat der Reichsstadt, einen Soeldner einzusparen und mit seinem Lohn Wilhelm Nesen, einen Schueler des Erasmus von Rotterdam, anzustellen, damit er die Buergerkinder unterweise. Lange hielt die Schule die nuetzliche Tradition aufrecht, jedem Schueler im Zeugnis seinen Platz in der

Klasse nachzuweisen, sodass Eltern und Schueler genau wussten, der  
Nievialte man war. Die Rangordnung wurde bei den oesterlichen Pro-  
gressionsfeiern sogar oeffentlich verlesen. Ich bewogte mich in  
ersten Drittel, habe es aber niemals ueber den Secundus hinausge-  
bracht. Denn der Prince lag in festen Haenden. Diesen Platz behaupt-  
ete von Sexte bis Oberprima ein Mitschueler, der in allen Faechern  
ein Wunderkind war. Er war mit keinem seiner Mitschueler naecher be-  
kannt. Wir wussten wenig von ihm. In den unteren Klassen des Gym-  
nasiums hatten wir Kleinen unsere Tutoren unter den Primanern. Und  
noch heute stehen mir die Namen dieser schlackenden Halbgoetter  
deutlich vor Augen. Auf einem Haemweg von der Schule zeigte ich als  
Sextaner unserem Lehrer der Heimatkunde das Grab Johann Christian  
Benckebergs im Botzischen Garten des von ihm gestifteten Instituts  
und protzte auch ein wenig mit meinen Kenntnissen ueber die Bencken-  
bergs, die aus Dichtung und Wahrheit stammten. Unser Lehrer machte  
darauffin meinen Eltern an einem Sonntag einen Besuch, um ihnen  
seine Anerkennung auszusprechen, worueber ich mich entsetzlich ge-  
schaeamt habe. Denn wir Jungens schaehten den Gedankenaustausch  
zwischen Schule und Haus wenig. Es waren fuer uns getrennte Welten,  
deren Grenzen hoechstens eine huebische Mutter wegen der Versetzung  
ihres Jungen durchbrechen durfte. Wir wollten nicht, dass aus der  
Schule geplaudert wurde. Mein Bruder und ich haben in diesem Punkt  
fest zusammengestanden und niemals ein Wort der Beschwerde oder auch  
der Anerkennung, dass dem einen ueber den anderen in der Schule zu-  
teil wurde, nachhause uebermittelt, zumal die Eltern die Autoritaet  
der Schule als Bildungsanstalt vorbehalten anerkannten, waehrend  
sie ueber die Autoritaet des preussischen Staates ihre eigenen Ge-  
danken hatten. Aber sie wussten nicht, wie ueberwiegend neuzeitliche  
preussische Staatsgesinnung auch in die staedtischen Schulen einge-  
zogen war, die dem Geiste Bismarcks naecher stand als dem Wilhelm  
von Humboldts. Zusammen mit einigen Mitschuelern war ich schon als  
Sekundaner politisch interessiert, obwohl man jede politische Anteil-  
nahme dem Gymnasium verwehrte, die man dem gleichaltrigen Lehrling  
erlaubte. Wir lasen ausserhalb der Schule Tageszeitungen, Friedrich  
Naumanns Demokratie und Kaiserthum und erfuehren aus Gerhart Hauptmanns  
Jugendwerken die gefaehrliche Kluft zwischen Besitzlosen und Buerger-  
thum. Aus Ibsens Werken lernten wir die Kritik an der bestehenden  
Gesellschaft kennen, wobei wir ueber unsere Lektuere und ueber Vor-  
traege, die wir im Hochstift hoerten, eifrig diskutierten, aller-  
dings nicht unbeeinflusst durch die Literaturkritiker der Frankfurter  
Zeitung und den Deutsch-Unterricht eines modernen Schrifttum aufge-  
schlossenen Lehrers. Fast taeglich habe ich in den oberen Klassen  
mit meinem Schulfreund Heinz Laquer Debatten ueber die Welt und un-  
sere Welt gefuehrt, wobei er mich gerne einen "Revoluzzer" nannte,  
waehrend ich ihn als "Cato Censorius" beschimpfte. Auch ihn, den  
naechsten Freund von der ersten Schulklasse bis zum Abitur, hat mir  
der erste Weltkrieg genommen. Wir besuchten haeufig politische Ver-  
sammlungen. Bei den Nationalliberalen sasssen die Lehrer, bei den De-  
mokraten die Verwandten. Beide haetten uns wahrscheinlich nachhause  
ins Bett geschickt. Also gingen wir zu den Sozialdemokraten. Doch  
kann man sich heute kaum vorstellen, welches Vergehen eine solche  
Teilnahme fuer junge Buergersoehne damals bedeutete. Das Urtheil ueber  
politische Maelchte ist raschem Wandel unterworfen und haeengt von  
ihren Erfolgen ab.

Wir waren 25 Abiturienten, die im Fruenjahr 1910 das Gynnasium verliessen, von denen zwolff von Sexta bis zum Abitur die Schule in neun Jahren durchlaufen hatten. Bei unserer Progressionsfeier durfte ich die deutsche Rede halten. Ich waehte das Thema: "Ueber den religioesen Gehalt von Lessings Nathan dem Weisen". Es war ungewoehnlich, dass ein Jude die deutsche Rede hielt. Der Gerechtigkeitsian von Direktor und Deutschlehrer entschied jedoch rein nach der Leistung beim Abiturientenaufsatz. Gerechtigkeit ist auch das beste Fundament des Schulstaates. Den Koenigen, die sie ausueben, bleiben Dankbarkeit und Einfluss gewiss. Und doch, wie oft sind andere Dinge Ausschlag gebend:

"Der Kuecken einer Nase, so viel mehr  
als so gefuehret; Augenbraunen, die  
auf einem scharfen oder stumpfen Knochen  
so oder so sich schlaengeln; eine Linie,  
ein Bug, ein Winkel, eine Falt, ein Wal,  
ein Nichts auf eines wilden Europaers  
Gesicht....." (Nathan der Weise).

Das 3. Jahrzehnt brachte Hochschulstudium, Krieg, Weikehr und Ehe. Ich habe an den Universitaeten Freiburg, Muenchen, Berlin und Kiel Nationaloekonomie und Rechtswissenschaft studiert, die ueblichen Vorlesungen und Uebungen absolviert und 1913 das juristische Referendarexamen abgelegt. Die oekonomischen Vorlesungen von Gerhard von Schulze-Gaevernitz und Lajo Brentano sowie die juristischen von Martin Wolff, Franz von Liszt und Theodor Biemeyer, vor allem aber die Uebungen und Seminare von Moritz Liepmann, Fritz Schulz und Erich Kaufmann haben nachhaltigen Eindruck auf mich gemacht. Die Freiheit, die der Student genieest, ist ausserordentlich. Aus der Obhut von Haus und Schule wird er in ein Leben entlassen, das er sich in jeder Beziehung unter eigener Verantwortung gestalten kann. Der Sprung ist so weit, dass viele Studenten neue Bindungen suchen, die dann den Weg in das Philisterland zurueck erleichtern. Ich hatte das Glueck, als junger Student einem Manne zu begegnen, der schon, meinem aelteren Bruder freundschaftlich verbunden, massgeblichen Einfluss auf mich gewonnen hat: Wilhelm Ohr, Gelehrter und Politiker, ein Mann strengster Selbstsucht, ergeben wissenschaftlicher Geschichts-Forschung und mit empfindlichen Sinne fuer alle geistigen und aesthetischen Stroebungen der damaligen Zeit, eine in eigenen fruehen Kaempfen erstarkte, tief religioese Persoenlichkeit. Jede Begegnung mit ihm war Aussprache, bei der er sich in das Denken und Fuehlen seines Gegenueber verstaendnisvoll versetzte und nur durch die Kraft eigener Gedanken und Empfindungen, niemals durch die Autoritaet des Aelteren, ueberzeugte. Auch ihn hat der erste Weltkrieg seiner Frau, den drei Soehnen und seinen Freunden genommen. Ohr fuehrte mich mit anderen Studenten zusammen, die dann einen Kreis bildeten, in dem sie neben der Universitaet philisophische Colloquia abhielten und gemeinsame Lektuere wissenschaftlicher Werke pflegten. Es wurde ernsthaft gearbeitet, referiert und besprochen, wie es nur in einer Gemeinschaft geschieht, die nur e i n Ziel hat, zu lernen und zu erkennen. Wir lasen Plato, Hume, Kant, Fichte und Hegel und wurden in Muenchen unter der Leitung des schuifsichtigen Kurt Grilling in die philisophische Betrachtung von Fried und unseres Zeitgenossen Leonhard Nelson eingefuehrt, mit dem ich spaeter persoenlich ueber



den eigenen Weg ausführliche Rücksprachen nahm, wobei ich seinen kristallklaren Verstand und seine verhaltene, doch lodernde Leidenschaft für die Probleme von Staat und Gesellschaft bewunderte. Kurt Grelling, dem wir Jüngeren verdanken, dass er keine Unklarheit oder Phrase durchliess, ist nach 1938 mit seiner Familie von der Gestapo umgebracht worden.

Im August 1914 hat mich der Krieg aus der Vorbereitung zum Beruf, aus den Plänen für die Zukunft und aus dem bürgerlichen Leben jauch herausgerissen. Ich habe ihn an der Front, in Ostpreussen und Russland als Kavallerist und vom Frühjahr 1917 ab als Infanterist in Frankreich erlebt. Hierüber will ich in dieser Niederschrift keine Einzelheiten berichten abgesehen von einem persönlichen Erlebnis. Es brachte in meinem Leben den ersten ernsthaften Zusammenstoss mit dem deutschen Antisemitismus und will mir für die damalige Auffassung von Gesellschaft, Heer, Christentum und Judentum in Deutschland charakteristisch erscheinen. Die Schwadron, mit der ich als Kriegsfreiwilliger an die Front ausgerückt bin, ist später 4. Sekadron des feudalen 1. Res. Husarenregiments geworden, in dem ich zum Vizewachtmeister und Offiziersaspiranten befördert worden bin. Als ich zum Offizier bei dem Regiment zur Wahl stand, erklärte mir der Regimentsadjutant, dass das 1. Husarenregiment noch nie einen Juden als aktiven oder Offizier der Reserve besessen habe und an dieser Tradition auch im Kriege festhalte. Wir sind aber bereit, sagte er zu mir, Sie zum Leutnant der Reserve in unserem Regiment zu wählen, wenn Sie eine Kleinigkeit sofort in Ordnung bringen. Mit der Kleinigkeit war die Annahme der Taufe gemeint. Bei jedem jungen juedischen Menschen, der es mit der Religion ernst- und wahrhaft meint, musste die Taufe und mit ihr der selbstgewählte Uebtritt zum Christentum eine Rolle in seinem Leben gespielt haben, die aber einem Husarenritt nicht gleichkam. Die Entscheidung war bei mir laengst gefallen. Und deshalb erwiderte ich nicht "Zu Befehl", sondern erklärte: Ich werde Jude bleiben. Der in vielen Saetteln gewandte Adjutant schlug dann vor, ich solle meine Wahl zum Leutnant der Landwehr-Kavallerie beantragen, da ich dann beim Regiment bleiben koenne.. Ich lehnte diesen Vorschlag ab, so schwer es mir auch wurde, aus dem Kreis alter Kameraden auszuscheiden. Ich habe mich zum gemeinen Fussvolk gemeldet und bin dann an der Westfront rasch zum Leutnant der Reserve der Infanterie befördert worden, da dort im Gegensatz zum Osten Not an Offizieren herrschte. Heute wird mancher fragen, weshalb ich nicht einfach als Vizewachtmeister bei der Truppe geblieben bin. Ich wollte als junger Mensch nicht auf die Stellung verzichten, die auszufuellen ich in der Lage war. Nach der Machtergreifung durch Hitler hat mir meine Eigenschaft als Frontsoldat noch das Danaergeschenk eingebracht, den Beruf erst zu einer Zeit einzubuessen, in der ein Entkommen aus der Verfolgung einem Wunder gleichkam. Dabei waren weder das Kaiserreich noch das 3. Reich christliche Staaten. Ich bin noch in meinem 3. Jahrzehnt aus dem Krieg heimgekehrt und will als die Summe auch meiner Erfahrungen die alten wenig beherzigten Pindar-Worte hinsetzen:

"Froehlich ist fuer die Unerfahrenen der Krieg.  
Von den Erfahrenen jedoch gar mancher  
Schaudert zurueck, wenn er naeherkommt  
Entsetzt und ueberwaeltigt".

Nach der Heimkehr galt es, die unterbrochene Ausbildung und eine vor dem Krieg angefangene wissenschaftliche Arbeit zu beenden sowie einen Beruf zu ergreifen. Denn die Jahre, die einer ruhigen und breiteren Ausbildung vorbehalten waren, sind durch den Krieg verschlungen worden. Doch ich habe mich auf den Wunsch einiger jüngerer Freunde entschlossen, in Frankfurt ein rechtsphilosophisches Colloquium abzuhalten, das sein Muster in den Zusammenkünften in der eigenen Studentenzeit hatte. Dieses Colloquium brachte mir den wichtigsten und schönsten Erfolg meines Lebens. In ihm habe ich meine Frau kennen gelernt. Wir haben uns im Juli 1919 verlobt und unsere Ehe nach dem Erwerb von zwei Doktorhüten im Mai 1920 geschlossen. Ich war noch Referendar und hatte noch keinen "ordentlichen Beruf", aber wir haben es als einen Vorzug betrachtet, dass die Fragen der Niederlassung und des Berufs dann gemeinsam beschlossen wurden. Auch war der durch den Krieg ueberalterte Referendar in der Lage, den Lebensunterhalt zu verdienen, da einige Zeit nach dem Krieg ein solcher Mangel an Juristen herrschte, dass sogar nach bestandenem Assessorexamen das Ausscheiden aus dem Staatsdienst auf Schwierigkeiten stiess.

Das 4. Jahrzehnt brachte die Begründung und den Ausbau des Berufs als Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt am Main. Ich habe die Praxis gemeinsam mit Emil Benkard bis zu seinem Tode, mit Gustav Spier bis zu seiner Auswanderung und mit Georg Benkard bis zu seiner Zulassung als Rechtsanwalt beim Reichsgericht ausgeübt. Wir hatten eine derartige harmonische Sozietaet, dass auch nicht ein Schatten der kleinsten Differenz in den vielen Jahren auf die gemeinsame Arbeit fiel. Es war eine Lust zu arbeiten. Der Beruf des Anwalts spielt sich zwar in der Hauptsache unter den Augen der Oeffentlichkeit ab, doch ich habe gefunden, dass ihn in seiner Wesensart nur der Eingeweihte versteht. Gewiss bleibt der Anwalt ein Helfer der Rechtspflege, aber er muss zwei Dinge von Grund aus verstehen, die geradezu konträr erscheinen, naemlich Partei zu nehmen und dem Recht zu dienen. Literatur und Kunst kennen meist nur die eine Seite der Parteinahme. In staerkerem Masse als der Richter muss auch der Anwalt dem kommenden Recht verbunden sein und mitwirken an einer sinnvollen Entwicklung der Rechtspflege, damit nicht Vernunft Unsinn und Wohlthat Plage werden. Ein beachtlicher Teil seiner Arbeit bleibt Kritik am Gesetz und Staatsakt. Deshalb kann die Anwaltschaft nicht in einem totalitaeren Staat gedeihen. In welchem Masse sie sich nach 1933 zum reinen Handlanger der Gewalt und zum feigen Knecht der Macht hergegeben hat, habe ich noch mit Schaudern erlebt. Unbedeutende Dinge des Alltags charakterisieren mitunter die Situation schaeerfer als grosse Ereignisse. Am 10. November 1938 wagte nicht einer der Kollegen, die ich darum anging, auch nur meine Unterschrift zu beglaubigen, denn ich haette "von Rechts wegen" an diesem Tage als Jude in das K.Z. gehoert. Dass an dem gleichen dunklen Tage meiner Frau und mir bewaehrte Freunde in Treue beistanden und unsere Auswanderung in der Nacht vom 10. zum 11. November 1938 ermoeeglichten, soll in Dankbarkeit nicht unerwaehnt bleiben.

Das 5. Jahrzehnt brachte tiefgreifende Wandlungen. Die Ausübung des Berufs in Deutschland nahm seit 1933 neue Gestalt an. Die Klientel wechselte, die Aufgaben wurden grundverschieden. Rueckschauend empfinde ich es als eine ganz grosse Gnade, nicht in das Netz des Nazismus verstrickt worden und schliesslich dieser vernichtenden Macht durch die Auswanderung entronnen zu sein. Trotzdem waren die Jahre der Arbeit in Deutschland von 1933 bis gegen Ende 1938 bei aller Trauer und grossem Leid in vieler Hinsicht befriedigend. Zunaechst war ich als Jude "anerkannter Staatsfeind" und musste keine falsche Rolle spielen. Ich habe in diesen Notzeiten in die gesamten Verhaeltnisse meiner Klientel Einblicke genommen wie niemals zuvor und konnte ihr in Existenzfragen mit Rat und Arbeitskraft beistehen, gestuert durch das Gefuehl, die gute Sache zu vertreten. Es war ein Kampf fuer das Recht der Unterdrueckten und Verfolgten gegen den Staat und seine Behoerden, und vor allem gegen den Haufen derer, die vom Unrecht eigene Bereicherung erwarteten. Ich habe unter einer Art Hochspannung gearbeitet, denn die Beschluesse der Aemter waren fuer meine Klienten wichtiger als es einst Gerichtsurteile waren. Die Entscheidungen, die in Aussprachen mit den Klienten gefasst wurden, betrafen fast immer Lebensfragen. Ist doch nicht selten in meinem Buero der Entschluss gefasst worden, wie und wohin man auswandern sollte. Von Jahr zu Jahr und spaeter von Woche zu Woche stieg die Not der Bedraengten. Die Auswege aber wurden immer enger. Im Januar 1936 uebernahm ich neben meiner Anwaltspraxis die Leitung der Beratungsstelle des Hilfsvereins der Juden fuer Hessen-Nassau und Hessen. Ich wurde behoerdlich zugelassener Auswandererberater. In der Hilfsarbeit stand mir meine Frau uernaedlich zur Seite, die speziell die Auswanderung geeigneter Familien und Einzelpersonen nach den landwirtschaftlichen Siedlungen der ICA in Argentinien betreute. Ich behalte mir vor, spaeter einmal diese Taetigkeit im Rahmen des Hilfsvereins im einzelnen zu schildern. Mir selbst brachte sie in Verbindung mit der Anwaltspraxis damals eine Offenbarung. Ich erfuhr die aus tiefen Quellen entspringende Lebenskraft der Juden in Deutschland. Sie, die in der Mehrzahl mit ihrem ganzen Wesen in der Heimat verwurzelt waren, ueber die gleichsam ueber Nacht die Vertreibung hereingebrochen ist, blieben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nach dem ersten Chock nicht gelachmt und verzweifelt, sondern packten das Leben fest an. Solche Haltung war nicht allein aus der Jahrtausende alten Erfahrung von Leid und Verfolgung zu erklaren. Ich habe immer wieder darueber nachgedacht, woher dieser unausrottbare Wille zum Leben und der feste Glaube an eine bessere Zukunft stammen. Ich habe letzten Endes nur die Erkluerung gefunden, dass diese Haltung aus der fortwirkenden Kraft des Alten Testaments entsprungen ist, die selbst in denen irgendwie lebte, die der Tradition und den Lehren des Judentums entfremdet waren. -

Nur der Fluechtling weiss, was es bedeutet, den Haeschern entronnen zu sein und den Boden eines Asyls zu betreten. Als meine Frau und ich am 8. Dezember 1938 in Santos in Brasilien an Land gingen, liessen wir ein Leben hinter uns, erfuellt von Glueck und Leid, von Erfahrungen und Hoffnungen. "Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag."

Das 6. Jahrzehnt gehoert zu diesem neuen Leben. Nicht in kuehnsten Traeumen der Kinderjahre ahnte ich, eine neue Welt, den Urwald, die Tropen, ihre bunten Voegel und Schmetterlinge und die Freude an der Arbeit des Landwirts kennen zu lernen. Das Vergangene versank und ging doch mit. Die Forderung des Tages erfuellte mich, aber im Hintergrund klang die Musik verschwundener Tage. Unser Haus auf der Fazenda ist sichtbarer Ausdruck solcher Lebensweise. In dem Wohnraum stehen die Buecher, die wir aus Europe mitbringen konnten, an den Waenden haengen die Bilder, die uns schon im alten Heim in Frankfurt lieb waren. Der Blick vom Wohnraum geht ueber den Garten und einen Teil der Fazenda. Er faellt auf die dunkelgruenen Obstbaeume, in denen eben die Orangen goldgelb leuchten, vor denen eine Rabatte bunter Blumen steht in denen die Kolibris schwirren, und der Blick geht weiter auf die Pflanzungen und die Anlagen zur Bearbeitung des Cafés, auf Staele und Scheunen. In der jungen Siedlungszone Paraús, in der wir leben, habe wir neue Freunde gefunden.

Es ist nicht moeglich, ueber Brasilien, diesen Weltteil, in drei Worten abzuhandeln. Doch seien mit drei Worten wenigstens Wesenszuege dieses Landes genannt, die charakteristisch sind und miteinander in Verbindung stehen: Individualismus, Toleranz, Weite. Von Brasilien mit seiner wandernden Grenze gilt noch heute, was vor rund 100 Jahren Walt Whitmann von Nordamerika ausgerufen hat: "Das Vergangene lassen wir hinter uns, gehen los auf eine neue, weit wechselreichere Welt. Frisch und stark ergreifen wir sie, Welt der Arbeit und des Marsches."

Ich habe einst gehofft, neben dem eigentlichen Beruf einer groesserer Gemeinschaft, der Gemeinde, der Heimatstadt, dem Vaterland Dienste zu leisten. Ich weiss, dass solche Hoffnung zunichte geworden ist. Der Kreis, in dem ich mitarbeiten kann, hat einen bescheidenen Radius. Was aus ihm wird, haengt in erster Linie von der Haltung der naechsten Generation ab. Ihr koennen wir unsere Erfahrungen und Erkenntnisse uebermitteln in der Hoffnung, dass sie solches Gut aufnimmt und weiter entwickelt.

Wir alle, Jung und Alt, werden immer wieder bei uns selbst Einkehr halten muessen. Gerade wegen der Unruhe im Alltag und wegen der Unsicherheit im Weltgeschehen tut Selbstbesinnung not, durch die wir allein das "Unmoegliche" vollbringen, das nur der Mensch kann, "dem Augenblick Dauer verleihen".

Goethe hat zu einem Bild, auf dem Buecher vor einem vorueberziehende Gewitter mit einem Schild beschuetzt werden, die folgenden Verse geschrieben, mit denen ich diese Betrachtung schliessen will, ihn zitierend, der mit durch sein Werk und seine Persoenlichkeit ein Begleiter mit unerschöpflichen Gaben war:

"Manches Herrliche der Welt  
Ist in Krieg und Streit zerronnen;  
Wer beschuetztet und erhaelt,  
Hat das schoenste Los gewonnen.

Soll dich das Alter nicht verneinen,  
So musst du es gut mit andern meinen,  
Musst viele foerdern, manchem nuetzen;  
Das wird dich vor Vernichtung beschuetzen."

9  
Tubing  
8. Juni 1961

Sehr geehrter Herr Maier,

Ich danke Ihnen bestens fuer Ihr Schreiben vom 29. Mai und die wichtigen Mitteilungen, die Sie darin gemacht haben. Ich habe an Frau Merzbach geschrieben und lege in diesen Brief ein Schreiben an Herrn Joachim Markwaldt bei. Vielleicht sind Sie so freundlich, es an den Adressaten weiter zu senden. Ich werde auch an Herrn Rechtsanwalt Cahn schreiben.

Da Sie mir gestatten, mich mit weiteren Fragen an Sie zu wenden und diese moeglichst konkret zu stellen, so erlaube ich mir, das zu tun. Es handelt sich bei der geplanten Schrift nicht um Vollstaendigkeit, die ja auch nicht in Kaznelson's Sammelwerk erstrebt und erreicht worden ist, sondern um den Versuch, bestimmte soziologische Erkenntnisse zu erarbeiten, soweit sich solche aus den Forschungen ergeben.

Da Sie vor allem eine besonders gute Kenntnis der Richter und Staatsanwaelte in Ihrem Heimatbezirk haben, so waeren mir Mitteilungen ueber folgende Punkte willkommen:

Bei meinen Feststellungen ueber juedische Beamte ist mir aufgefallen, dass diese vielfach in Posten zu finden waren, die entweder eine besondere Vertrauensstellung voraussetzten (z.B. persoenliche Referenten) oder mit Beziehungen zu anderen Behoerden, zur Oeffentlichkeit oder zur Presse verknuepft waren. Haben Sie entsprechende Beobachtungen in Frankfurt machen koennen? Natuerlich lassen sich die Beobachtungen ueber Beamten nicht ohne weiteres auf die Richter uebertragen, aber die Pflege der Beziehungen zu der Presse wurde im Verlauf der Weimarer Zeit vielfach auch von den Gerichten aufgenommen.

War ein bestimmtes Interesse juedischer Richter fuer gewisse Arbeitsgebiete zu verzeichnen? Ich denke z.B. an die Arbeitsgerichte, die 1927 eingerichtet wurden und bei denen nach meinen Beobachtungen, ein erheblicherer Prozentsatz juedischer Richter beschaef-

tigt war als auf anderen Gebieten der Justiz. Dies mag sich z. Teil erklaren aus dem besonderen Interesse, das juedische Beame und Richter sozialen Fragen zugewandt haben, z. Teil aus der Schaffung neuer Stellen, in denen strebsame Kraefte, die dem Neuen zuganglich waren, interessante und aussichtsreiche Betaetigung zu finden hofften.

Wenn Ihnen etwas ueber besondere Leistungen einzelner Herren in Ihrem fruerehen Bezirk etwas bekannt ist, so waere ich fuer eine Mitteilung darueber dankbar. Hugo Sinzheimer, der natuerlich besondere Erwaehnung finden muesste, ist mir nach seinem Werdegang bekannt und seine Schriften, die ja das Arbeitsrecht massgebend beeinflusst haben, sind in New York vorhanden. Da er zeitweilig Abgeordneter war, und vor allem als Gelehrter die Entwicklun beeinflusst hat, gehoert er in die Arbeit herein. Seine Schriften, auch diejenigen, die er in der Emigration abgefasst hat, vor allem ueber die juedischen Klassiker des Rechts, auch sein Lebens eg sind mir bekannt, aber vielleicht koennen Sie aus eigener Kenntnis, den einen oder anderen Punkt der nicht allgemein bekannt ist, erwaeennen.

Waren Juden in leitenden Stellungen im Bezirk Frankfurt vorhanden. Im allgemeinen bestand eine Scheu, sie zu solchen Posten zu ernennen. Ausser in der Revolutionszeit und kurz danach, waren sie selten in Stellungen als leitende politische Beame taetig. Waren Ihnen juedische Landgerichtspraesidenten ausser Eisner in Breslau und Soelling in Berlin bekannt? Der letztere hat ja leider eine truebe Entwicklung genommen.

Ich stimme Ihnen zu, dass die Darstellung von Gustav Hoch in Misch's Aufsatz nicht befriedigend ist, wie ja ueberhaupt dieser Aufsatz viele Unrichtigkeiten enthaelt. Ich werde mich aber mit dem Sohn von Hoch, den ich seit der Weimarer Zeit gut kenne und der Regierungspraesident in Kassel ist, darueber in Verbindung setzen.. Da Gustav Hoch eine interessante und eigenwillige Persoenlichkeit war, wuerde ich mich natuerlich sehr freuen, wenn Sie mir aus eigener Beobachtung etwas ueber ihn schreiben wuerden.

Ich entschuldige mich sehr, so viele Fragen gestellt zu haben, aber ich wollte nichts auslassen, was irgendwie interessant sein koennte. Selbst wenn Sie nur zu einem Teil der Fragen aus Ihren Erleben und Ihren Kenntnissen Mitteilungen machen koennten, waere ich Ihnen zu grossem Dank verpflichtet.

Mit freundlichen Gruessen Ihr

9  
May 24, 1972

ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, NY 10024  
ENdicott-2-1736

Miss Gerda Neumann  
233 West 77th Street  
New York, N.Y. 10024

Dear Miss Neumann:

I have now read through all the documents and I am ready to return them to you with my best thanks. Please find enclosed a tentative draft of the description of the life and work of your father. I should be grateful to you if you would read it and give me any suggestions which you may have for changes, additions or omissions. Please phone me about that at any time convenient to you, best between 8 and 9 in the evening.

Do you still remember the years during which your father was a member of the Repraesentantenversammlung and the Party to which he belonged? In this case I would add this information to the footnote on page 1, at the appropriate place.

With best wishes,

Sincerely yours,

enc.

NIEDERSÄCHSISCHES  
STAATSARCHIV

Tgb.-Nr. 981/1039 - B 53 - Schie

Es wird gebeten, obige Nummer bei der  
Beantwortung anzugeben.

29 OLDENBURG, den 30. Januar 1972

Damm 43

Fernruf 2 54 64

Luftpost

Herrn

Ernest Hamburger

67 Riverside Drive

New York

N.Y. 10024

USA.

9 (Juden in Trepp  
Book I  
W. Trepp  
L. Schie)

Betr.: Juden im öffentlichen Leben Oldenburgs

Bezug: Unser Schreiben vom 26.11.1971 (AZ 981:1039 - B 553 - Schie)

Sehr geehrter Herr Hamburger !

Kürzlich konnte festgestellt werden, daß der Schlachter und spätere Viehhändler Joseph David Josephs in Jever seit mindestens 1887 Mitglied des dortigen Stadtrates war und auch lange Jahre als stellvertretender Stadtratsvorsitzender fungierte. Er hatte dieses Amt noch 1917 inne und erhielt am Tage seiner goldenen Hochzeit am 16.5.1917 das Ehrenkreuz II. Klasse zum Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig. Zu dieser Zeit war er auch fast 40 Jahre lang Vorsteher der jüdischen Synagogengemeinde in Jever. Geboren ist er am 22.7.1835 in Jever. Ob er auch noch nach 1918 dem Stadtrat angehörte und wann er gestorben ist, konnte nicht ermittelt werden. 1920 hat er wohl noch gelebt. Falls Sie noch weitere Fragen zu seiner Person haben, so empfehlen wir Ihnen eine Anfrage bei der

Stadtverwaltung in Jever

2942 J e v e r.

Leo Trepp, der letzte Landrabbiner, hat eine umfangreiche Arbeit über die Geschichte der Juden im Lande Oldenburg verfaßt, die jetzt im Druck ist. Vielleicht kann er Ihnen die Druckfahnen des Werkes zugänglich machen. Seine Anschrift ist: 295 Montecito Boulevard, 94558 Napa, Calif.

Quelle

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr sehr ergebener

Bank-, Postscheckkonto: Überweisung erbeten an Regierungshauptkasse Oldenburg,  
Bremer Landesbank in Oldenburg Kto. Nr. 1407 oder Postscheckkonto Hannover 16

i. A.

B. Albrecht



NIEDERSÄCHSISCHES  
STAATSARCHIV

29 OLDENBURG, den  
Damm 43  
Fernruf 2 54 64

1.6.1973

Tgb.-Nr. 981/1039-B 248 - Schie

Es wird gebeten, obige Nummer bei der  
Beantwortung anzugeben.

Herrn  
Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York  
N.Y. 10024

Betr.: Emil Weinberg; Joseph David Josephs

Bezug: Ihr Schreiben vom 24.5.1973; unser Schreiben vom 30.1.1973  
(Az. 981/1039 - B 53 - Schie)

Sehr geehrter Herr Hamburger!

Der Vorgänger von Emil Weinberg, Landgerichtspräsident Wilhelm Bödeker, bat am 2.12.1918 um Versetzung in den Ruhestand, da er am 13.10.1918 das 70. Lebensjahr überschritten hatte. Weinberg wurde daraufhin nach einer Sitzung im Justizministerium vom 4.12. am 5.12. vom Justizminister gefragt, ob er die Nachfolge antreten wolle. Am 9.12. erklärte er sich hierzu bereit, am 13.12. wurde er zum Präsidenten mit Wirkung vom 1.1.1919 ernannt. Über den Inhalt der Sitzung im Justizministerium konnte nichts ermittelt werden. Offenbar war auch kein anderer für den Posten in Erwägung gezogen worden.

~~II~~ III 3 B 5

geg. Dr. Schiebel

Weinberg  
Laut Dr. Schiebel  
aufgehört

ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, NY  
10021

5 0/2 5  
Robertuschef  
9. Februar 1972

Mr. M. Pineas  
Johannesburg S.A.  
P.O.B. 522  
South Africa

Sehr geehrter Herr Pineas,

ich gestatte mir, mich in folgender Angelegenheit  
an Sie zu wenden.

Ich habe im Jahre 1968 ein Buch ueber Juden im  
oeffentlichen Leben Deutschlands in der monarchischen  
Zeit (1848-1918) im Verlag Mohr in Tuebingen erscheinen  
lassen und bereite jetzt das entsprechende Buch fuer  
die Weimarer Zeit vor.

51  
In diesem Buch wird der ehemalige Kasseler Polizei-  
praesident Adolf Hohenstein seinen Platz haben. Bei  
meinen Bemuehungen, ueber ihn Informationen zu erhalten,  
bin ich darauf hingewiesen worden, dass Sie die Angelegen-  
heit der Frau Olga Hohenstein in Bezug auf die Wieder-  
gutmachung bearbeitet haben. Mir wurde auch mitgeteilt,  
dass Herr Hohenstein selbst am 3. 10. 1937 verstorben  
ist.

2  
Da ich nicht weiss, ob Frau Olga Hohenstein noch  
am Leben ist, so wende ich mich an Sie mit der Frage,  
ob in Ihrem Besitz noch Dokumente sind, die Angaben ueber  
das Leben und berufliche Wirken Hohensteins enthalten.  
In diesem Falle waere ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir  
Ablichtungen von solchen Dokumenten uebersenden oder  
unmittelbar Informationen erteilen wollten. Dass es sich  
um ein ernsthaftes wissenschaftliches Unternehmen handelt,  
ersehen Sie aus dem Verlage, in dem auch das kommende Buch  
erscheinen wird, und daraus, dass die Arbeit sich unter  
den Auspizien des Leo Baeck Instituts vollzieht, das ja  
sicher auch in Juedischen Kreisen Suedafrikas bekannt ist.  
Natuerlich bin ich auch bereit, an Frau Hohenstein selbst  
zu schreiben, wenn Sie mir bestaetigen, dass sie noch am  
Leben ist. Als ihre Adresse wurde mir angegeben: 15 Mount  
Rudal Catherine Ave. Berea, Johannesburg.

Ich selbst war in der Weimarer Zeit im Preussischen  
Ministerium des Innern und Mitglied des Preussischen Land-  
tags.

Mit bestem Dank im voraus und verbindlichen  
Empfehlungen  
Ihr ergebener

returned  
with the other correspondence

Loewenthal erscheint in Ihrem Buche nicht. Ich koennte mir aber vorstellen, dass Sie beider Sammlung des Materials auf ihn gestossen sind und mir vielleicht damit behilflich sein koennten. Wenn dies der Fall ist, waere ich fuer Informationen dankbar. Ein Versuch, mit der Witwe von Loewenthal, der in Deutschland gestorben ist, in Verbindung zu treten, ist misslungen.

Ich danke Ihnen im voraus fuer alles, was Sie in dieser Sache tun koennen. Die Artikel von Robert Kempner, meinem frueheren Kollegen im Preussischen Innenministerium, sind mir bekannt.

Mit besten Empfehlungen

Ihr

55

Loewenthal (Witwe)

*I in July*

May 23, 1961

Weimer

Dr. Hans Reichmann  
c/o United Restitution Organization Ltd  
183-189 Finchley Road  
London NW 5

8

Sehr geehrter Herr Dr. Reichmann,

Gestatten Sie mir, dass ich mich an Sie wende, um von Ihnen angesichts Ihrer Kenntnisse ueber fruhere juedische Beante unter der Weimarer Republik Hilfe zu erbitten. Ich habe in dieser Sache an Herrn Dr. Kurt Friedlaender geschrieben, der mich in seiner Antwort auf Ihr grosses Wissen auf diesem Gebiete hingewiesen und mir auch mitgeteilt hat, dass er Ihnen einen Durchschlag meines Briefes gegeben hat. Ich darf daher voraussetzen, dass Sie ueber Sinn und Zweck meiner Arbeit im allgemeinen unterrichtet sind; ich habe darueber in Paragraph 3 meines Briefes an Herrn Friedlaender kurz gesprochen.

Ich kenne aus eigener Erfahrung im wesentlichen die Zusammensetzung der preussischen Zentralbehoerden, der Verwaltung in Schlesien und durch Herrn Dr. Friedlaender auch in Pommern. Sonst bin ich auf die Angaben des Handbuchs des Preussischen Staates aus der betreffenden Zeit einige Sonderkenntnisse, die ich habe und Mitteilungen von Kennern der Materie angewiesen. Ueber die zentralen Reichsbehoerden bin ich im allgemeinen unterrichtet. Ich moechte mich im wesentlichen auf die Zentralbehoerden und die allgemeine Staatsverwaltung beschraenken, dagegen Lokal und Regionalbehoerden der Finanzverwaltung, Landwirtschaftsverwaltung u.s.w. bei Seite lassen, die geringeres Interesse haben.

Von der Justizverwaltung wird einiges zu sagen sein, da diese weitgehend unkaempft war. Ich weiss, dass es drei Landgerichtspraesidenten unter etwa 90 in Preussen gab, die Sozialdemokraten waren, darunter zwei von juedischer Abstammung, ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ ~~XXXXXXXXXXXX~~. Ob unter den Nichtsozialdemokraten Landgerichtspraesidenten Juden waren, weiss ich nicht, ich glaube es aber nicht. Soweit ich mich erinnere, war ein staerkerer juedischer Anteil unter den Arbeitsrichtern nachdem die Arbeitsgerichte geschaffen worden waren. Ueber juedische Staatsanwaelte weiss ich nur von

*Dr. Weimer*  
*Deh*

einem, (Jadesohn), der spaeter Arbeitsgerichtsdirektor wurde und sich auch schriftstellerisch vielfach betaetigt hat. Die heftigen Angriffe, die die Ernennung Croner's zum Oberverwaltungsgericht nach sich gezogen hat, sind mir noch gut in Erinnerung und ich habe mein Gedaechnis darueber an Hand der Lektuere der Landtagsprotokolle aufgefrischt. Ich hoffe, auf dem Gebiet der Justiz von Ihnen einige Informationen erhalten zu koennen, vielleicht auch bezueglich der Laender ausserhalb Preussens.

Wie ich in meinem Brief an Herrn Friedlaender schrieb, kommt es mir nicht auf eine Namensliste an, sondern ich moechte an Hand von Namen und sonstigen Angaben versuchen, zu ermitteln ob sich bestimmte Schlussfolgerungen ueber die Rolle der in der Justiz und Verwaltung beschaeftigten Juden ziehen lassen, ob sie auf bestimmte Widerstaende gestossen sind und welcher Art diese Widerstaende im Amt und ausserhalb des Amtes waren und ob sich fuer die Aufgaben, die sie durchgefuehrt haben, wenigstens teilweise gewisse gemeinsame Schluesse ziehen lassen. Ueber die allgemeine Literatur, die nach 1945 in Deutschland ueber die Weimarer Republik und die unter ihr taetigen Beamten in hoher oder weniger hoher Stelle erschienen ist, bin ich im wesentlichen unterrichtet.

Wenn Sie mir aus Ihren Kenntnissen und Erfahrungen einige Mitteilungen und Hinweise geben koennten, waere ich Ihnen zu grossem Danke verpflichtet.

Mit freundlichen Gruessen

Ihr ergebener

Mrs Resi Regensburger

32, Christchurch Avenue,

London, N.W. 6.

5<sup>th</sup> rd October 1975.

Mr Ernest Hamburger  
c.o. Leo Baeck Institute  
New York 10024.

*Buck Lowrey*

Dear Mr Hamburger,

Thank you very much for your letter of 23<sup>rd</sup> September and its enclosure, both of which seem rather gratifying to me.

There are ~~two~~ personal points and one general which I have put on a different sheet in German.

In case of other questions I am always ready to answer them.

May I wish you a successful finalising of your certainly long and arduous task.

Yours sincerely,

2 enclosures.

*Resi Regensburger*

R  
Mrs Resi Regensburger  
(nee Oppenheimer)

32, Christchurch Avenue,  
London, N.W. 6  
7th September 1975

Mr Ernst Hamburger  
c.o. Leo Baeck Institute  
New York.

Dear Mr. Hamburger,

Mrs Tilly Loewendorf from Tel Aviv to whom I only  
talked by telephone on her recent stay in England,  
told me that you are preparing a publication  
about German Jewish politicians.

My late husband was Dr. jur. Norbert Regensburger,  
Braunschweig, prominent as Jewish leader and as a  
democrat.

If you are interested at all I shall be only too  
pleased to give you any information you may require, to  
the best of my memories and documents.

Yours sincerely,

Resi Regensburger

Acknowledged

dean Burch Kerr

*Ernest Hamburger Bd*  
ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, NY 10024

*Ernest Hamburger, Kantor*  
*for - Regal*  
September 23, 1975

*Actu*  
Mrs. Resi Regensburger  
32 Christchurch Avenue  
London N.W. 6, England

Dear Mrs. Regensburger:

Thank you very much for your letter of September 7, 1975 and for your readiness to give me information about your late husband. The name of Dr. jur. Norbert Regensburger is, of course, known to me. Please find enclosed the sketch prepared by me for my forthcoming book. You will realize that I am not in a position to give too much space to the persons described in my book which has to be kept in certain limits. I shall be very grateful to you if you were good enough to point out errors in the enclosed text or to suggest additions which you may consider essential. Please be convinced that I shall give serious thought to any proposal you might make.

After the paragraph devoted to your late husband I shall write some sentences about Hugo Kantor and shall mention that Norbert Regensburger was a member of the Jewish community of Braunschweig whereas Kantor did not any more belong to it. The paragraphs dealing with Regensburger and Kantor will end with the following sentences:

"Beide machten ihrem Leben in der nationalsozialistischen Zeit ein Ende, Regensburger im April 1933, Kantor im November 1938, an dem Tage des Pogroms, kurz nachdem er sich aus Braunschweig nach Berlin geflüchtet hatte."

I wish to mention that I have several footnotes referring to the sources from which I drew my knowledge about Regensburger. Should you give further information, your name will, of course, be included in these footnotes.

Thanking you again for your help,

I remain,

Yours sincerely,

Ernest Hamburger

enc.



10. Mai 1974

Mr. Walter Schiff  
318 Shipley Road - Apt. 322  
Wilmington, Del. 19809

Sehr geehrter Herr Schiff,

ich danke Ihnen bestens fuer Ihr Schreiben vom 1. Mai. Das Bild im "Aufbau" hat mir eine reichliche Korrespondenz seitens aller derer eingebracht, die mich freundlicherweise bei der Vorbereitung meines Buches durch Informationen und Dokumente unterstuetzt haben oder noch unterstuetzen.

Leider muss ich Ihre Geduld auf die Probe stellen. Das Manuskript ist noch lange nicht abgeschlossen. Ich habe fuer das Buch ueber die monarchische Zeit mehrere Jahre gebraucht und werde fuer dieses Buch die gleiche oder eine noch laengere Zeit benoetigen. Das Herbeischaffen des Materials ist muhsam und seine Bearbeitung schwierig.

Selbstverstaendlich werden Sie benachrichtigt, sobald die Herausgabe des Buches vom Verleger angezeigt wird.

Mit besten Empfehlungen

Ihr

Dann seien Sie so gut mir mitzuteilen, ob Sie etwas heraus-  
bekommen haben und dabei Sie mir die Adresse, damit ich mich  
an ihn wenden kann.

Ich hoffe, dass es Ihnen beiden gut geht, und dass auch  
der Besuch Ihrer Frau den Umständen nach beläufig  
ist. Bitte versuchen Sie sie herzlich von uns beiden und  
persönliche Grüße von mir zu übermitteln.

Dr. Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10024

7. März 1973

Herrn Dr. Rudolf Schindler  
Jahnstrasse 13  
69 Heidelberg -

Lieber Herr Schindler,

heute nehme ich Sie beim Wort und erlaube  
mir, Sie um eine Gefälligkeit fuer mein Weimar  
Buch zu bitten.

In Oels in Schlesien gab es den einzigen  
juedischen Landgerichtspraesidenten in Preussen  
in der Weimarer Zeit, Dr. Loewenthal. Warum man  
sich gerade Oels fuer ihn ausgesucht hatte, weiss  
ich nicht, vermutlich weil dort der Kronprinz  
seinen Wohnsitz hatte, und man glaubte, dass die  
beiden Herren sich bei Cocktail Parties besonders  
gut verstehen wuerden.

Loewenthal gehoert natuerlich in mein Buch.  
Ich habe von ihm in der Weimarer Zeit gewusst,  
glaube mich auch zu erinnern, dass er seine Befoer-  
derung seinem mutigen Verhalten in einem der beruech-  
tigten Mageeburger Prozesse zu verdanken hat, bei denen  
er sich gegen die reaktionaeren Richter gewandt hat  
(Haas Koenling Prozess oder der Landesverratsprozess,  
bei dem Ebert als Klaeger auftrat). Bisher ist es mir  
aber nicht gelungen, das notwendige biographische Material  
ueber Loewenthal zu beschaffen. Alle Versuche, ueber  
Leute, die frueher in Oels lebten, Information zu erhalten,  
sind gescheitert.

Nun teilte mir in diesen Tagen Herr Dr. Peters von  
der URO mit, dass ein Herr Edmund Schwenk, der frueher  
Rechtsanwalt in Oels war, dann nach USA auswanderte,  
und jetzt in Heidelberg lebe, vielleicht Informationen  
ueber Loewenthal habe, oder Personen kennen koennte,  
von denen solche Informationen zu beschaffen waeren.  
Schwenk waere nach seiner Rueckkehr als Professor in  
der juristischen Fakultae der Universitaet Heidelberg  
taetig gewesen. Wuerden Sie so freundlich sein festzu-  
stellen, ob Schwenk im Heidelberger Telefonbuch steht,  
und seine Identitaet zu ermitteln, eventuell, wenn dies  
zu nichts fuehrt, bei der juristischen Fakultae der  
Universitaet nachzufragen? Ich nehme nicht an, dass er  
noch liest, aber jedenfalls duerfte seine Adresse dort  
bekannt sein.

Dann seien Sie so gut mir mitzuteilen, ob Sie etwas heraus-  
bekommen haben und geben Sie mir die Adresse, damit ich mich  
an ihn wenden kann.

Ich hoffe, dass es Ihnen beiden gut geht, und dass auch  
der Zustand Ihrer Frau den Umstaenden nach befriedigend  
ist. Bitte gruessen Sie sie herzlich von uns beiden und  
herzliche Gruesse auch fuer Sie

Ihr  
Dr. Ernst Harburger  
67 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10024

7. März 1973

Herrn Dr. Rudolf Schindler  
Lahnstrasse 12  
69 Heidelberg

Hierbei Ihre Kopie

Bitte geben Sie mir ein Wort und erlaube  
mir, die kleine Unvollständigkeit Ihrer Meinung  
dann zu klären.

In Bezug auf die Kopie, die Sie mir  
geschickt haben, möchte ich Sie darauf hinweisen,  
dass die Kopie nicht ganz korrekt ist. Ich habe  
sie nochmals überprüft und festgestellt, dass  
einige Stellen nicht ganz richtig sind. Ich  
habe diese Stellen markiert und hoffe, dass  
Sie dies bei der weiteren Bearbeitung  
berücksichtigen werden.

Die Kopie, die Sie mir geschickt haben,  
ist nicht ganz korrekt. Ich habe sie  
nochmals überprüft und festgestellt,  
dass einige Stellen nicht ganz richtig  
sind. Ich habe diese Stellen markiert  
und hoffe, dass Sie dies bei der  
weiteren Bearbeitung berücksichtigen  
werden. Bitte geben Sie mir ein Wort  
und erlauben Sie mir, die kleine  
Unvollständigkeit Ihrer Meinung  
dann zu klären.

Von mir ist in diesen Tagen Herr Dr. Peters von  
der DRG mit, dass er Herr Edmund Schwann, der Leiter  
des Instituts für die Geschichte der DDR, anzufragen  
wäre. Ich habe in Heidelberg viele Informationen  
über Schwann erhalten, aber ich bin mir nicht  
ganz sicher, ob er die Informationen zu beschaffen  
vermag. Wenn Sie es wünschen, werde ich  
Schwann weiter nach seiner Rückkehr als Professor in  
der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg  
fragen. Werden Sie so freundlich sein, mir  
sagen, ob Schwann im Heidelberger Telefonbuch steht,  
und seine Identität zu ermitteln, eventuell, wenn dies  
zu nichts führt, bei der Juristischen Fakultät der  
Universität nachzuforschen? Ich nehme nicht an, dass er  
noch lebt, aber jedenfalls dürfte seine Adresse dort  
bekannt sein.

An Bayer Landtag 9  
p. 2

Im bayerischen Justizdienst waren in der Weimarer Zeit etwa fuenfzig Richter und Staatsanwaelte, also etwa die gleiche Zeit wie am Ende der monarchischen Zeit. Hier gab es eine wichtige Entwicklung durch eine Eingabe der vaterlaendischen Verbaende Muenchens. Nach der Angabe eines in der nationalsozialischen Zeit erschienenen Buches von Sievert Lorenzen wurde diese Eingabe in den Sitzungen des Landtages vom 29.4. 1925 und vom 1. 5. 1925 behandelt (stenographische Berichte 1925, S.716 ff.; 794 ff.) Damals hat auch der Justizminister Guertner, spaeter ~~der~~ Reichsjustizminister unter Hitler, zu der Frage der Einstellung ~~juedischer~~ Justizbeamter Stellung genommen. Wenn die Angaben von Lorenzen stimmen, waere es moeglich, mir Ablichtungen der einschlaegigen Seiten der stenographischen Berichte des Landtags zuzusenden? Kosten werden selbstverstaendlich ersetzt.

Von Universitaetsprofessoren, die in Frage kaemen, habe ich Informationen ueber Nawiaski, der zum katholischen Glauben uebergetreten ist, Staatsrecht an der Universitaet Muenchen gelesen hat und nach dem zweiten Weltkrieg an der Vorbereitung der gegenwaertigen bayerischen Verfassung fuehrend mitgewirkthet. Von sonstigen Professoren juedischer Abstammung, die auf dem Gebiet des oeffentlichen Rechts an anderen Universitaeten Bayerns wirkten, ist mir nichts bekannt.

Um auf die Richter und Staatsanwaelte zurueckzukommen: in welchen Positionen sich diese in der Weimarer Zeit befanden, geht aus dem Buch von Lorenzen hervor, ebenso, dass Guertner seit seinem Amtsantritt neue juedische Richter nicht mehr eingestellt hat.

Mit verbindlichem Dank im voraus fuer jede Hilfe, die Sie mir zuteil werden lassen koennen, und bester Empfehlung

Ihr ergebener

Dr. Ernest Hamburger

H. Schwank  
L. Löwenthal

3/12/73

5

Lieber Herr Hamburger,

Ja, es ist mir gelungen, mit Dr. Edmund  
H. Schwank in Verbindung zu treten. Er steht  
im Heidelberger Telefonbuch, und wenn paar  
Tage mein Anruf nicht vergeblich gewesen  
wäre, hätte ich Ihnen schon etwas geschrieben.  
Gestern beantwortete meine Frau (Anwarthausen),  
und heute Abend konnte ich Ihnen selber mit  
sprechen.

Schwank erinnert sich an Dr. Löwenthal, was  
aber sehr wenig über ihn weiß, glaubt, dass L.  
durch seine Beziehungen zur Naziregierung  
abgesetzt habe nach dem Kriege gearbeitet  
sei. Es könnte möglich sein, dass Schwank  
sich an einem oder mehrere Referenzen erinnern  
könnte, die in jenen Jahren Löwenthal arbeiteten.  
Im jedem Falle sollte Sie sich an Schwank  
schriftlich wenden, wenn er sich sehr beliebt,  
dann er nur wenig über Löwenthal wüsste.

Schwank's Adresse ist: 69 Heidelberg, Leibweg 3.  
Obwohl das kaum von Interesse sein kann:  
Schwank ist ~~1934~~ ~~und~~ ~~im~~ 1936 ausgewandert,  
erst in die Schweiz, dann nach USA und ist  
als Jurist im Department of the Interior  
in Washington gewesen, seit Jahren bei der  
amerik. Verwaltung in Heidelberg. Schwank war  
sehr gesprächig und erwähnte u.a., dass er erst  
mit 40 pensioniert wurde, aber nach einigen Jahren  
arbeiten konnte. In einem alten Untersuchungs-

in Linnethal von Boston

Professors der Universität Heidelberg, das ich habe, ist er in der Juristischen Fakultät als "Lehrbeauftragter" befristet wie folgt: Schwank, Edmund H., Dr. jur., LL. M. (Harvard), Rechtsanwalt, Attorney-at-Law, Washington, D. C., Lehrbeauftragter der Universität des Staates Maryland in Heidelberg, Leipzig 3. Anglo-Amerikanisches Recht. Aber, wie gesagt, das dürfte Sie kaum interessieren. Aber vielleicht findet Schwank Leute, die mehr über Linnethal wissen, wenn Sie ihm schriftliche Hinweise schicken.

Sichere, das ich nicht mehr über Linnethal in Erfahrung bringen konnte. Aber vielleicht kann ich über andere jüdische Beamte etc., an denen Sie für Ihr Buch interessiert sind, in Zukunft mehr erfahren.

Hier hoffen wir, das es Ihnen und Ihrer Frau gut geht. Da Sie nichts darüber schreiben, hatte ich mich an das alte Sprichwort: wo man is geht man! Meine Frau wird häufig behauptet, was ihr offenbar gut geht. Hier hoffen, in der Lage zu sein, Ende April für ca. 3 Wochen nach England gehen zu können. Bevor wir Ende Mai wieder im neuen Hause zurückkehren. Allerdings ist man im Januar in die Hütte zurückgekehrt, der Schaden scheint aber gering zu sein. - Die tägliche Lektüre der "Herald Tribune" und anderer amerik. Zeitungen ist sehr repräsentativ - Es say the least, hat hier verurteilt die Jung-Sozialisten viele, die sich nicht für sich bekamen hatten. -

Sie und Ihre Frau herzlich gegrußt von Ihrem lieben Schwank.

PROF. DR. EDMUND H. SCHWENK

ATTORNEY-AT-LAW  
WASHINGTON, D.C., U.S.A.

Office of the Judge Advocate  
HQ, US Army, Europe & Seventh Army  
APO N.Y. 09403

RECHTSANWALT

27. Maerz 1973

Herrn  
Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10024

Sehr geehrter Herr Hamburger!

Auf Ihr Schreiben vom 21. Maerz 1973 erwidere ich, dass ich, wie ich schon gegenueber Herrn Dr. Schindler erklarte, nur wenig ueber den Landgerichtspraesidenten Dr. Loewenthal berichten kann. Ich bin daher ausserstande, Ihre drei Fragenkomplexe zu beantworten.

Soweit ich mich erinnere, war ich im Jahr 1929 als Referendar am Amts- und Landgericht Oels taetig. Der damalige Landgerichtspraesident war Dr. Loewenthal. Zur damaligen Zeit formierte sich ein Bund nationalsozialistischer Referendare, der es sich u.a. zum Ziel machte, mich zu bovkottieren. Daraufhin beantragte ich bei Herrn Landgerichtspraesidenten Loewenthal meine Versetzung nach Breslau, die er auch bewilligte.

Nach dem Kriege, als ich in Berlin stationiert war, suchte ich Herrn Landgerichtspraesidenten a.D. Dr. Loewenthal auf. Soweit mir in Erinnerung ist, erzaechte er mir, dass er aufgrund besonderer Beziehungen zu nationalsozialistischen Groessen (ich glaube sogar zum Praesidenten des Volksgerichtshofs) von dem Schicksal der Verfolgung bewahrt blieb. Vielleicht koennen Sie Naeheres erfahren von dem Autor des Buches 'Der Nationalsozialismus und die juedischen Juristen', Landgerichtsrat Dr. jur. Horst Goepflinger (Stuttgart) unter Mitarbeit von Dr. jur. Johann Georg Reissmueller. Das Buch erschien im Ring-Verlag, 773 Villingen/Schwarzwald. Ich besitze dieses Buch, jedoch ist Landgerichtspraesident Dr. Loewenthal im Index der Namen nicht erwahnt. Vielleicht kann Ihnen in dieser Angelegenheit auch Rechtsanwalt Dr. Robert W. Kempner weiterhelfen. Seine Adresse ist Frankfurt/Main, Feuerbachstr. 28.

Indem ich bedauere, Ihnen nicht mehr behilflich sein zu koennen, verbleibe ich

Ihr  
sehr ergebener

*Edmund Schwenk*

*Edmund Schwenk*

*Walters*

*Anna Herz  
(Wilbur)  
DZ*

146  
14/12/73  
21. Maerz 1973  
55

Herrn Dr. Edmund H. Schwenk  
69 Heidelberg  
Leiblweg 3

Sehr geehtter Herr Dr. Schwenk,

von meinem Freunde Rudolf Schindler erfahre ich, dass er mit Ihnen ueber mein Anliegen gesprochen hat. Ich suche Informationen ueber den Landgerichtspraesidenten Dr. Loewenthal, der in Oels taetig war.

Dr. Schindler schrieb mir, dass Sie nur wenig ueber Loewenthal aussagen koennten. Vielleicht aber koennen Sie mir Anhaltspunkte geben, die weiter fuehren. Es kommt auf drei Dinge an.

Erstens - moechte ich eine Kurzbiographie ueber ihn haben, Ort und Jahr seiner Geburt, Studiengang, erste Anstellung im Staatsdienst, weitere Befoerderungen, Entlassung, Todesort und -jahr.

Zweitens - moechte ich wissen, ob Loewenthal im Judentum verblieben ist oder sich hat taufen lassen. Ich weiss, dass er eine christliche Frau gehabt hat. Ich weiss nicht, ob diese noch lebt. Der Versuch ueber Frau Agathe Rummler, die in erster Ehe mit dem Rechtsanwalt Dr. Ernst Warschauer in Oels verheiratet und mit Frau Loewenthal befreundet war, Informationen zu erhalten, ist missglueckt. Der Brief ist als unbestellbar zurueckgekommen, wahrscheinlich ist Frau Rummler gestorben. Ebenso ist ein Brief an den Landgerichtsrat Dr. Pietzker zurueckgekommen, der in Oels am Gericht taetig war und Loewenthal gekannt hat. Vermutlich lebt auch er nicht mehr. Wenn Loewenthal im Judentum verblieben ist, waere er der einzige ungetaufte juedische Landgerichtspraesident in Preussen gewesen.

Als Drittes moechte ich herausfinden, welcher Tatsache Loewenthal seine ungewoehnliche Befoerderung zu verdanken hatte. Ich erinnere mich dunkel aus der Weimarer Zeit, dass er in einem der beruechtigten Magdeburger Prozesse als Richter fungiert hat und dabei durch seine aufrechte demokratische Haltung aufgefallen ist. Es handelt sich entweder um den Beleidigungs-

./.



11. Mai 1973

Herrn  
Professor Dr. Edmund H. Schwenk  
Office of the Judge Advocate  
HQ, US Army, Europe & Seventh Army  
APO N.Y. 09403

5

Sehr geehrter Herr Schwenk,

bitte entschuldigen Sie, dass ich erst jetzt Ihr freundliches Schreiben vom 27. März beantworte. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie mir mitteilen konnten, dass Dr. Loewenthal die Nazizeit ueberlebt hat. Soviel ich weiss, war seine Frau Christin, und das hat wohl mit dazu beigetragen. Ich versuche, die Fragen, zu denen Sie nicht Stellung nehmen konnten, von anderer Seite zu klaeren.

Goeppingers Buch ist mir bekannt, ich habe an ihn geschrieben, um zu erfahren, ob er vielleicht in dem Buch nicht verwertete Informationen ueber Dr. Loewenthal hat. Mit meinem alten Kollegen im Ministerium des Innern Dr. Robert Kempner stehe ich in staendigem Briefwechsel und Gedankenaustausch.

Mit nochmaligem Dank und besten Empfehlungen

Ihr ergebener

*Arbeits : Goeppinger  
V.d.S.*

Betriffend Landgerichtspräsident  
Loewenthal, Oels

5  
5  
Mr. ERNST WARSCHAUER  
250 CABRINI BOULEVARD  
NEW YORK, N. Y. 10033

Dec. 16/72

Sehr geehrter Herr Dr. Hamburger,

ich habe nicht mit meinem Mann in Oels gelebt, da ich seine zweite Frau gewesen bin. Mein Mann hat verschiedentlich Dr. Loewenthal erwähnt, aber das waren private Geschichten, die ich nicht erwähnen möchte, da sie hier nicht zur Sache gehören. Er soll ein guter Jurist und ein aufrechter Demokrat gewesen sein.

Ich habe mir aber die Adresse seiner ersten Frau besorgt, die noch in Nuernberg lebt. Sie heisst jetzt Agathe Rummler, Regensburgerstr. 234, Nuernberg. Sie war Christin, ebenso wie Frau Loewenthal und ich weiss, dass die beiden Frauen sich gut gekannt haben und sich nach dem Kriege verschiedentlich in Berlin getroffen haben. Loewenthal ist in der Hitlerzeit nach Berlin gezogen und er ist dort, soviel ich gehoert habe auch gestorben. Seine Frau sollte wohl in der Lage sein, etwas ueber ihren Mann zu sagen oder Ihnen vielleicht Adressen <sup>zu</sup> geben.

Ich moechte Sie bitten, in Ihrem Brief an Frau Rummler nicht zu erwahnen, dass Sie die Adresse durch mich haben. Die guten Beziehungen, die viele Jahre zwischen meinem Mann und seiner geschiedenen Frau bestanden haben, sind nicht durch die Schuld meines Mannes in den letzten Jahren voellig abgebrochen worden. Es koennte sein, dass Frau Rummler aus Resentment Ihnen keine Auskunft gibt.

Aber es gibt in Tel-Aviv ein kleines Blatt der Schlesier, in dem oft Beitrage von meinem Mann erschienen sind. Dieses Blatt hat Frau Rummler immer zugeschickt bekommen. Vielleicht lassen Sie sie glauben, dass Sie ihre Adresse dadurch erhalten haben. Ich ueberlasse es natuerlich Ihnen, aber warum Verdacht aufkommen lassen, wenn man es verhindern kann.

2  
Ich kann Ihnen noch eine andere Adresse eines fruheren  
guten Bekannten meines Mannes aus Oels geben, der zwar nicht  
Jurist war, aber vielleicht etwas ueber die Oelser Ver-  
haeltnisse weiss. Er war ein sehr guter Pianist und spielte  
oft in dem von meinem <sup>Mann</sup> /gegruendeten Kammermusik Orchester.  
Er lebt seit Jahren in : Manfred Freund, casa San Martino,  
via alla vine ,Locarno.

3  
Ausserdem lege ich Ihnen einen Brief bei von einem  
fruheren Rechtsanwalt aus Oels, der Christ war, eine juedische  
Frau und Kinder hatte und wohl deshalb gerettet worden ist.  
Vielleicht kann er Ihnen auch etwas sagen. Er hatte natuer-  
lich eine schwierige Lage in der Hitlerzeit und ich weiss  
nicht, ob seine Aussagen objektiv sein werden (wenn ich mich  
erinnere, was mein Mann oft darueber gesagt hat).

Es hat meinem Mann und mir immer sehr leid getan, dass  
er sich bei dem von Ernst Maass so gut gemeinten Zusamen-  
treffen mit Ihnen so sehr passiv verhalten hat ( ganz gegen  
seine sonstige Gewohnheit). Er hatte sich sehr auf den Besuch  
gefremt. Aber es war der Beginn seiner Krankheit, die wir  
damals noch nicht erkannt hatten.

Ich wuensche Ihnen Erfolg zu Ihren Nachforschungen  
und dem bevorstehenden Buch.

Mit bester Empfehlung auch an Ihre Gattin

Ihre

Oliver Warrhofer

9  
20. Dezember 1972

Herrn Hermann Weinkauff  
Praesident des Bundesgerichtshofs a.D.  
75 Karlsruhe

Sehr geehrter Herr Praesident Weinkauff,

Im Bundesarchiv in Koblenz haben mir die dortigen Herren geraten, mich mit einer Frage, die sie nicht beantworten konnten, an Sie zu wenden. Ich gestatte mir, dies zu tun.

Ich bereite ein Buch ueber Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands in der Weimarer Zeit vor. Es wird sich vor allem mit Regierungsmitgliedern, Parlamentariern und Beamten befassen. Ein entsprechendes Buch ueber die monarchische Zeit habe ich 1968 im Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tuebingen erscheinen lassen.

Ueber die Verhaeltnisse im Reichstag und in der Reichsverwaltung sowie in den Parlamenten und Verwaltungen der wichtigeren ~~LAENDER~~ Laender gelange ich allmaehlich zur Vervollstaendigung der Dokumentation; teils auf Grund eigener ~~BER~~ Erfahrung als fruereherer Oberregierungsrat im preussischen Ministerium des Innern und Mitglied des Preussischen Landtags, teils auf Grund der Handbuecher, Archivalien und der Sekundaerliteratur. Ich beziehe nicht nur Personen juedischen Glaubens ein, sondern auch Dissidenten und getaufte Juden, soweit sie von Seiten beider Eltern juedischer Abstammung waren.

Ausserordentlich dankbar waere ich Ihnen, wenn Sie mich ueber die Verhaeltnisse am fruereheren Reichsgericht unterrichten wollten. In meinem Buch ueber die monarchische Zeit habe ich natuerlich Eduard von Simson behandelt, auch den Senatspraesidenten Loewenstein, beides getaufte Juden, ferner zwei Reichsgerichtsraete, die dem juedischen Glauben angehoerten.

Fuer die Weimarer Zeit liegt mir bisher nur das Buch von Sievert Lorenzen "Die Juden in der Justiz" vor. Es ist ein antisemitisches Pamphlet, enthaelt aber gewisse verwertbare Angaben. Lorenzen arbeitete im Reichsjustizministerium und hatte Zugang zu den Personalakten.

Nach der Darstellung von Lorenzen befanden sich am Reichsgericht 1919 neun mosaische Juden (als mosaische Juden bezeichnet er solche, die der juedischen Glaubensgemeinschaft angehoerten). 1922/23 sei ihre Zahl auf zweielf gestiegen, dann auf acht zurueckgegangen und bis 1932 wieder auf zehn und elf angewachsen. Ferner

gab es nach Lorenzen am Reichsgericht drei getaufte Juden, von denen zwei Reichsanwaelte waren.

Koennen diese Zahlen ungefaehr richtig sein? Befanden sich unter den juedischen Richtern am Reichsgericht Senatspraesidenten? Gab es Reichsgerichtsraete, deren Wirken besonders erwaehnenstwert erscheint? Natuerlich werde ich nicht jeden juedischen Beamten und Richter behandeln oder auch nur erwaehnen; dies wuerde den Rahmen des Buches sprengen. Mein Ziel ist, den Lesern einen Gesamtueberblick ueber die Eingliederung juedischer Beamter in die Behoerden zu geben, in denen sie vorher nicht vertreten waren, sowie in Befoerderungsstellen der Justiz, von denen sie vorher mit wenigen Ausnahmen in Preussen ausgeschlossen waren, waehrend in Bayern, Baden und Hamburg liberaler verfahren wurde. Nur die wichtigsten Persoenlichkeiten werde ich individuell schildern.

Ich moechte auch die Beteiligung juedischer Regierungsmitglieder, Beamter und Richter an bestimmten Kategorieen von Aufgaben darstellen, bei denen sie hervortraten, z.B. an der Verfassungsschoepfung, an den Arbeitsgerichten, fuer die sich juedische Richter besonders interessierten, als Leiter von Pressestellen auch der Justizbehorden etc.

Fuer jede Information bezueglich des fruheren Reichsgerichtes waere ich Ihnen ueberaus verbunden, auch ueber die ungefaehre Zahl der Richter und Reichsanwaelte insgesamt, die am Reichsgericht gewirkt haben.

Mit verbindlichem Dank im voraus und besten Empfehlungen

Ihr ergebener

Dr. Ernest Hamburger

75 Dr. Hermann Weinkauff  
Karlruhe-Rüppurr, Graf-Eberstein-Str. 9/51  
Karlruhe Tel. 307 31  
Germany

30. 12. 1972

Herrn Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive N. York N.J. 10024

Sehr geehrter Herr Hamburger!

Ich bestätige Ihren Brief vom 20. 12. 72.  
Leider kann ich Ihnen nicht allzuviel mit-  
teilen. Ich war von 1925-1945 mit erheb-  
lichen Unterbrechungen erst bei der Reichs-  
anwaltschaft und später beim Reichsge-  
richt.

In den zwanziger Jahren waren  
unter den 6 Reichsanwälten 2 getaufte  
Juden: Herr Dr. Neumann, der eine erstab-  
teiliche Abteilung (Hochverrat) leitete und  
Herr Dr. Feisenberger, der eine Revisionsabteil-  
ung hatte.

Beim Reichsgericht weiß ich in  
der Sie interessierenden Frage wenig Be-  
scheid. Ich war kurz im 3. Hofsenat und  
dann lange im 1. Zivilsenat. In beiden

Jenaten gab es niemand, der nun beiden  
Eltern bei jüdischer Abstammung gewesen  
wäre. Ein Mitglied des I. Zivilsenats, Herr  
Dr. Heidenhain, mußte gegen Ende des 2.  
Weltkrieges in Pension gehen, weil unter den  
Verfahren auch vereinzelt Juden gewesen  
seien.

Ich erinnere mich dunkel, daß man  
beim Herankommen des Nationalsozialis-  
mus davon sprach, beim Reichsgericht  
seien 3 Richter wegen jüdischer Ab-  
stammung gefährdet. An Näheres erinnere  
ich mich nicht mehr. Das liegt auch daran,  
daß man es damals zunehmend mehr  
vermied, auch im Gespräch an brenzliche  
Fragen zu rühren.

Die Zahl der Richter beim Reichs-  
gericht schwankte etwa zwischen 70 und  
100. (ohne Hilfsrichter)

Es tut mir leid, daß ich Ihnen  
nicht mehr sagen kann

Mit aufr. Hochachtung  
Ihr sehr ergebener

H. Weinkauff

5

Ans Brief an Dr. Dreyer (zurückgekommen, will  
auffrischen) über L. G. von Loewenthal

Ich selbst glaube mich noch zu erinnern, dass Loewenthals Ernennung zum Praesidenten mit der mutigen Haltung zusammenhing, die er als Richter in Magdeburg entweder im Zusammenhang mit der Beleidigungsklage Eberts oder im Prozess Koelling-Haas im Gegensatz zu den andern Magdeburger Richtern einnahm. Ich bin aber dessen nicht mehr sicher genug, um darueber ohne Bestaetigung von anderer Seite etwas schreiben zu koennen.

Fuer jede Information, mit der Sie mir weiterhelfen koennten, waere ich Ihnen sehr verbunden und bleibe

mit besten Empfehlungen

Ihr ergebener

*Ernest Hamburger*

Dr. Ernest Hamburger



Druck

Robb

W

5

So ist es mir die Freude macht zu erfahren  
zu erfahren, da ich mich in Verbindung  
für die Sache der Freiheit und der Gerechtigkeit  
so sehr so gründlich und gewissenhaft  
Meine Adresse ist

67 Riverside Drive

New York, N.Y. 10024

U.S.A.

Meine größte Freude ist es zu hören  
zu hören, dass Sie sich so sehr für  
haben ein Kurzes der Bereitwilligkeit  
wie hilfreich zu sein und zu sein  
werden würde mich sehr freuen

Mit besten Grüßen

Die ergebene

Dr. Ernst Hamburger

AR 7034

6/1

Ernst Hamburger Collection

VII

Jewish Scholars and Professors

A 17/1

AR 7034

Ernst Hamburger Collection

Box 6, Folder 1

Jewish Scholars and Professors,

1970's, no date

# DIE UNIVERSITÄTEN UND DER STAAT VON WEIMAR

Das Verhältnis deutscher Hochschullehrer zur freiheitlichen Verfassung / Von Theodor Eschenburg

Die Universitäten bemühen sich mit respektablem Ernst, ihre Haltung in den Jahren des „Dritten Reiches“ zu klären. Über diesem Beginnen kommt leicht die Frage etwas zu kurz, wie es um die Vorgeschichte bestellt gewesen sei. Was die Universitäten in den zwanziger Jahren mit der neuen Freiheit anzufangen wüßten, das ist zumeist nur Gegenstand beiläufiger Erörterungen. Doch muß, was an deutschen Hochschulen in der Zeit der ersten deutschen Republik geschehen ist, beklemmend genug gewesen sein, da das Grundgesetz sich

genötigt sah, die Lehrfreiheit einer besonderen Bindung an die „Treue zur Verfassung“ zu unterwerfen. Theodor Eschenburg, Ordinarius für Wissenschaftliche Politik an der Universität Tübingen, hat sich mit dem „Universitätsleben vor 1933“ auseinandergesetzt. Wir veröffentlichen — leicht gekürzt — Eschenburgs Ausführungen, die vor kurzem in dem Sammelband „Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus — Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen“ im Rainer-Wunderlich-Verlag, Tübingen, erschienen sind.

Wenn ich heute über das Leben an den Universitäten vor 1933 sprechen soll, so vor allem aus eigenem Erleben. Von 1924 bis 1926 habe ich in Tübingen, von 1926 bis 1929 in Berlin studiert. Auch die Verhältnisse an der Universität Kiel habe ich etwas gekannt, weil ich in dieser Stadt aufgewachsen und während meines Studiums immer wieder in das Elternhaus zurückgekehrt bin. In Tübingen, aber nur hier, gehörte ich der studentischen Selbstverwaltung an und habe an dem Studententag in Berlin 1926, der jährlichen Versammlung der deutschen Studentenschaft, teilgenommen. Ich war Mitglied einer Tübinger Burschenschaft, einer schlagenden und farben-tragenden Korporation. Politisch bejahte ich zumindest seit meinem dritten Semester die republikanisch-demokratische Staatsordnung. Einen gewissen Einblick in das allgemeine Universitätsleben über die drei genannten Hochschulen hinaus habe ich von der anderen Seite, von der ministeriellen Hochschulverwaltung, dadurch gehabt, daß ich den preußischen Kultusminister C. H. Becker, der mit mir sehr offen über die hochschulpolitischen Probleme gesprochen hat, und ebenso einige seiner Beamten gut gekannt habe.

Die politische Haltung sehr vieler Professoren zur Demokratie der Weimarer Republik könnte nicht verstanden werden, wenn man nicht einiges über ihre politische Haltung im Ersten Weltkrieg wüßte. Ich nenne nur als Beispiel die Schriften einiger angesehener Autoren, deren wissenschaftlicher Ruf weit über Deutschlands Grenzen hinaus Anerkennung gefunden hat, so Rudolf Eucken „Die weltgeschichtliche Bedeutung des deutschen Geistes“, Werner Sombart „Helden und Händler — Patriotische Besinnungen“, Otto v. Guericke „Der deutsche Volksgeist im Krieg“, Ulrich v. Wilamowitz/Möllendorf „Reden aus der Kriegszeit“, Reinhold Seeberg „Was sollen wir denn tun?“ und „Geschichte, Krieg und Seele“, Max Scheler „Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg“. Die Liste ließe sich stark erweitern, auch noch um eine Reihe guter Namen. Wer heute diese Schriften ganz oder auch nur teilweise liest, vermag sich nicht mehr vorzustellen, daß diese Gedanken und Vorstellungen erdacht, gesagt und niedergeschrieben werden konnten. Diese nationale Überheblichkeit, dieses Übermaß an nationaler Selbstgerechtigkeit und nationalen Sendungsbewußtseins, die geradezu grotesken Fehlanalysen und Fehlurteile, so vornehm und vergeistigt vielfach die Diktion war, sind in weiten Kreisen der Professoren schon gleich nach dem Krieg nicht mehr verstanden, und deshalb ist auch diese Art von Literatur so schnell vergessen oder vergessen gemacht worden.

Nur wer den Beginn des Krieges 1914 und die ersten Kriegsjahre — wenn auch nur wie ich als Kind zwischen zehn und zwölf Jahren —, wer die echte, tiefe kaum zu beschreibende Begeisterung, die durch alle Stände und Schichten ging, miterlebt hat, der wird noch ein gewisses entschuldigendes Verständnis für diese Schriftum von gelehrter Hand aus je-

tegorien und wissenschaftlichen Methoden Propaganda treiben wollten und nicht konnten. Manche mochten sich dieses Opfers, das sie brachten, durchaus bewußt sein. In diesem Zusammenhang ist es uninteressant zu erörtern, in welchem Umfang eine ähnliche Kriegspropaganda der Professoren im damals feindlichen Ausland bestanden hatte. Von Bedeutung ist hier nur die Auswirkung dieser Art literarischer Betätigung deutscher Professoren auf die Entwicklung des deutschen Universitätslebens der Nachkriegszeit.

In den Kriegsjahren erfolgte der erste große Einbruch in das Wesenhafte der deutschen Universität. Aber dieser Einbruch hätte vielleicht nicht bleibende Bedeutung gehabt, wenn nicht der politische Streit in der öffentlichen Meinung und damit im Volk über die Verfassungsreform und die Kriegszielpolitik auf die Hochschulen und damit auf die Professoren übergegriffen hätte. Ging es im wesentlichen in der Professorenliteratur der ersten Kriegsjahre um die ideelle Rechtfertigung des Krieges, um die Deutschen im Interesse der Kampfkraft für den Krieg zu begeistern und in Begeisterung zu halten, so beginnt mit der Zäsur der Jahre 1916/17 die an Vehemenz und Hartnäckigkeit zunehmende Auseinandersetzung um konkrete politische Ziele in der Innen- und Außenpolitik. Die Richtung gegen innere Reform und für äußere Expansion vertraten, um nur einige Namen zu nennen, die Historiker Dietrich Schäfer, Georg von Below, Erich Brandenburg und Eduard Meyer sowie der Theologe Reinhold Seeberg und der Jurist Otto von Guericke, letzterer allerdings vorwiegend auf verfassungspolitischem Gebiet. Diese Richtung war die aktivere und verfügte über die wesentlich größere Breite als die andere Richtung.

## Fragwürdige Argumentation

Auf deren Seite standen die Theologen Ernst Troeltsch und Adolf von Harnack, die zu den Autoren der frühen Kriegsliteratur gehört hatten, die beiden Staatsrechtslehrer Hugo Preuß und Walter Schücking, aber auch Ernst Delbrück, innerpolitisch mehr zu den Konservativen neigend, und Max Weber, der ausgesprochen demokratischen Tendenzen anhing, aber zugleich Anhänger einer erweiterten kolonialen Expansion war. Die imperialistische, die in der Vaterlandspartei ihre Organisation fand und in ihr stark wirkte, hat eine Fülle von Kriegsziel-schriften herausgegeben und Kriegszielartikel publiziert, in denen die Fehler der Propaganda der ersten Kriegsjahre fortgesetzt und gesteigert wurden. Mochten sich für diese aus dem außerordentlichen Anlaß allenfalls noch gewisse Entschuldigungen finden lassen, so gelten sie nicht mehr für die vorwiegend pseudowissenschaftliche und höchst fragwürdige Argumentation der Kriegszielpolitik. Was sich in einem Teil des Schrifttums der expansiven Kriegsziel-

ßere Resonanz. Stipendien gab es wenige. Die Studenten ihnen überwiegend aus bürgerlichen Familien. Ein guter Teil von ihnen war in konservativ-nationalliberalen Vorstellungen aufgewachsen. Viele Professoren der autoritären und, wie sie selbst sagten, nationalen — tatsächlich mehr oder minder nationalistischen — Richtung fühlten sich als politische Erzieher, so unpolitisch auch manche von ihnen waren. Soziologisch gesehen konnten gerade unter den Juristen und Historikern nur wenige. Soziologie galt in starkem Maße als eine verdächtige Wissenschaft der Linken. Auf der demokratischen Seite gab es ausgesprochen politisch denkende Gelehrte, die in der Lage waren, den Studenten wissenschaftlich zum politischen Denken anzuleiten, wie der Theologe Ernst Troeltsch, der Strafrechtslehrer und Rechtsphilosoph Gustav Radbruch und sein jüngerer Kollege, der Staatsrechtslehrer Hermann Heller, sowie der Nationalökonom Emil Lederer und der Soziologe Karl Mannheim.

Zu den ausgesprochen politisch Denkenden gehört auch Carl Schmitt mit seiner 1928 erschienenen Verfassungslehre, die in ihrer Systematik und anschaulichen Vergleichung da-



Theodor Eschenburg

Foto Fritz Eschen-

mals als einer der bedeutendsten Lehrbücher dieses Art erschienen wurde und es heute noch

Wahl, aber der Geograph Uhlig, der sich an Bedeutung und Gelehrsamkeit mit den beiden Historikern nicht messen konnte, gab in seinen Vorlesungen mit tränenerstickter Stimme immer wieder seiner Trauer über das Ende der Monarchie und den Verlust der Kolonien Ausdruck. In vielen Vorlesungen, vor allem öffentlich-rechtlichen und volkswirtschaftlichen, hielt man auf Neutralität, indem man über den neuen Verfassungszustand, soweit man es irgendetwas konnte, schwieg, als ob er nicht existierte. Der Verwaltungsrechtler Professor von Köhler, letzter königlicher Finanzminister, der mit Exzellenz angedeutet werden mußte, behandelte das Verwaltungsrecht möglichst ohne etwas über die Verfassung zu sagen, was möglich war, da die meisten Verwaltungsgesetze aus der Monarchie stammten. Die beiden einzigen, die meines Wissens für die Weimarer Republik Verständnis zu wecken versuchten, sachlich und unpolemisch, waren der Staatsrechtslehrer Carl Sartorius, ein liberaler Verstandesrepublikaner, wie man damals sagte, in seinen Vorlesungen über deutsches Reichs- und Landesstaatsrecht, und der Nationalökonom Curt Eissfeld in seinen betriebswirtschaftlichen Kollegs, soweit er dazu Gelegenheit hatte. Zwar ist ein so angesehenes, weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannter Jurist wie Philipp Heck in seinen Vorlesungen politisch nicht hervorgetreten, aber man wußte, daß er ein überzeugter Alldentscher war. Ich habe damals in einer Reihe von Professorenhäusern verkehren und dank meiner Zugehörigkeit zur studentischen Selbstverwaltung auch an den gesellschaftlichen Veranstaltungen des Lehrkörpers teilnehmen können. Wer sich zur Demokratie bekannte, sie bejahte, auch wenn es nur in privatem Kreise geschah, galt gesellschaftlich in den weiten Kreisen der Professoren als anrüchig. Man schränkte den persönlichen Verkehr mit ihm ein, soweit es eben ging. Es gab einen Nationalökonom, einen friedlich bescheidenen Mann, Robert Wilbrandt. Er war im Grunde ein unpolitischer Idealist, der seine sozialdemokratische Überzeugung niemandem aufdrängte, aber sie auch nicht verbarg. Er wurde boykottiert und war gesellschaftlich völlig isoliert. Die Mehrzahl der Professoren stand nach meinem Eindruck nicht gerade feindselig, weil ihnen Feindseligkeit charakterlich nicht lag, aber doch mit äußerster Skepsis der Demokratie gegenüber.

## Von subtiler Skepsis bis zu schroffer Kritik

Smend stand grundsätzlich der parlamentarischen Demokratie skeptisch gegenüber, wenn er es auch sehr subtil und für den normalen Studenten schwer verständlich sagte. Sehr charakteristisch ist sein 1930 erschienener Aufsatz „Hochschule und Parteien“, der gerade die

Das politische Klima an einer so großen Universität wie der Berliner war sehr viel schwerer zu bestimmen als das Tübinger. Unter den mir bekannten Historikern hatte nur Friedrich Meinecke ein wirklich positives Verhältnis zum neuen Staat, war aber in seinen politischen Äußerungen in Vorlesungen und Übungen sehr behutsam. Um Loyalität bemühte sich Erich Marcks, wenn auch sein Pathos über Bismarck und das Kaiserreich immer wieder durchschlug und vielleicht mehr ungewollt entsprechende politische Wirkungen bei seinen Hörern auslöste. Der mittelalterliche Historiker Albert Brackmann sprach wenig von Politik in seinen Veranstaltungen, aber zeigte durch Andeutungen immer wieder seine Vorliebe für die alte Monarchie. Streng korrekt verhielt sich mein eigentlicher Lehrer Fritz Hartung. Aber er hat mir einmal persönlich gesagt, wie schwer ihm diese Korrektheit falle. Aus seiner preußischen Vorstellungswelt, die er schon im Elternhaus erlebt — sein Vater war preußischer Beamter — und stets bewahrt hatte, glaubte er für die Demokratie kein Verständnis aufbringen zu können.

Ich habe die vorzügliche dreistündige Vorlesung von Heinrich Triepel über Deutsches Reichs- und Landesstaatsrecht gehört, die zugleich eine höchst anschauliche Einführung in die Verfassungspraxis gab. Aber der Vorbehalt gegenüber den Parteien, den er selbst vor allem in seiner Rede „Die Staatsverfassung und die politischen Parteien zum Ausdruck gebracht hatte, zeigte sich sehr deutlich. Gerade diese Rede, die damals Aufsehen erregt und starke Verbreitung gefunden hatte, hat dem ohnehin bestehenden Antiparteienaffekt neue Bestätigung gegeben. Auch für Triepel sollte die Staatsgewalt über den gesellschaftlichen Gegensätzen und über den Parteien stehen, aber das Problem war die Konstruktion in einem demokratischen Staat. Triepel war in seiner Vorlesung loyal. Er übte Kritik an der Verfassung, aber vermied feindselige Bemerkungen. So vorzüglich seine Einführung in verfassungspolitisches Denken war, so sehr es ihm gelungen ist, die Studenten zum Umgang mit dem Verfassungsinstrument anzuleiten, ihnen die Verfassungsfremdheit zu nehmen, so spürte man doch sehr deutlich seine innere Ablehnung. Er erklärte nicht die Entstehung und Bedeutung der Verfassung vom Historisch-Politischen und vom Gesellschaftlichen her, sondern beschränkte sich hier auf formale Hinweise.

eigenen Disziplin zu arbeiten gewohnt waren. Von denen, die in unterschiedlichen Graden den Prominenten nachstanden, rede ich nicht. Unter ihnen waren nicht jene Erscheinungen selten, die durch politische Großsprecherei, durch aggressive Pathetik und Radikalität um Ansehen

ner Zeit aufbringen können, was keineswegs Billigung bedeutet. Wer irgendwie kriegsdienstfähig war, drängte zu den Waffen — auch die Professoren jener Zeit. Aber auch die, die zu Hause bleiben mußten, wollten Dienst im Krieg auf ihre Weise um jeden Preis leisten, nämlich durch Wort und Schrift den Kampfgeist wecken und wachhalten. Zu Tausenden gingen die Hefte der Professoren ins Feld. In unzähligen, vielfach stark besuchten Versammlungen wurden deren Reden oft mit großer Begeisterung aufgenommen. Von Propaganda verstanden die Gelehrten nichts, darin lag ja gerade die Verfehlung, daß sie mit wissenschaftlichen Ka-

## Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold

Der zweite Schritt war die entscheidende und stark nachwirkende Verfehlung. Denn mit ihm waren die Weichen für die angeblich wissenschaftliche Haltung eines nicht unbeachtlichen Teils der deutschen Hochschullehrer in politischen Fragen gestellt. Von dieser Verfehlung vermochte ein guter Teil der Professoren sich nicht mehr zu lösen. Es entstand vielleicht mehr oder minder unbewußt bei ihnen der Drang, den Fehler fortzusetzen, wohl nicht zuletzt, um den einmal begangenen so zu rechtfertigen. Mit Recht sagt Sontheimer („Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“): „Als Geburtsstunde des neuen Nationalismus nimmt das Kriegserlebnis im antidemokratischen Denken der Weimarer Republik eine zentrale Stellung ein.“ Die Spaltung aus den Jahren 1916/17, die nicht etwa damals neu entstanden, aber stärker und formierter in Erscheinung getreten war, als sie vor 1914 zu erkennen war, blieb in der Republik bestehen, nur mit einer Umkehrung. Es waren in erster Linie die Anhänger der Bismarckschen Ordnung, die Gegner der neuen demokratischen Verfassung waren. Sie vertraten zugleich einen scharfen außenpolitischen Kurs des durch den verlorenen Krieg geschwächten Reiches gegenüber den ehemaligen Feindmächten. Die demokratische, die schwarzrotgoldene im Gegensatz zur schwarzweißroten Richtung bejahte teils aus Gesinnung, teils aus Einsicht die neue Verfassung. Zu ihr gehörten vor allem jene, die der Monarchie Bismarckscher Provenienz skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden. Aber auch manche hatten aus rationalen Überlegungen sich nach dem Zusammenbruch ihr zugesellt. Sie trat für eine gemäßigte Außenpolitik ein, schon aus der Sorge, daß jeder scharfe Kurs Einheit und Existenz des Reiches gefährden könnte.

### Verfassungsziele und Außenpolitik

Für die Revision des Versailler Vertrages, für den Abbau seiner Lasten und Diskriminierungen, für die Rückgliederung der verlorenen Gebiete, vor allem im Osten, traten alle Parteien ein. Aber der entscheidende Unterschied bestand darin, daß auf der Rechten starke Kräfte über die Revision des Versailler Vertrages hinaus den verlorenen Krieg ungeschehen und die Weltmachtposition des Reiches wiederherstellen, ja noch ausbauen wollten. Für sie, gleichgültig von welchen Motiven, ideologischen, gesellschaftlichen oder ressentimentbestimmten sie geleitet sein mochten, waren die Anhänger einer demokratischen Reform des Kaiserreiches, die meist auch den Gedanken eines Verständigungsfriedens vertreten hatten, schuld an der militärischen Niederlage — man sprach von der „Dolchstoßlegende“ — und schuld an der Annahme des Versailler Diktats. Die Demokratie war in ihren Augen zugleich Vater und Kind des Friedensvertrages. Danach

fast unglauwbare Mischung von Exzentrik, Verantheit und Rabulistik dar, wie man sie, wenn man es nicht wüßte, von einem Universitätslehrer nicht vermuten würde. Dabei waren diese wissenschaftlichen Autoren in jeder Beziehung unabhängig, keine staatliche Stelle zwang sie. Gewiß bestand bei ihnen eine Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung, die sie aber selbst zu vertreten hatten. Man sollte diese Schriften nicht danach beurteilen, daß die Autoren ins Unrecht gesetzt worden waren, weil der Krieg verloren wurde, sondern nach ihren wissenschaftlichen oder unter wissenschaftlichen Ansprüchen vertretenen Anliegen und Analysen.

war wesentliche Voraussetzung für einen scharfen außenpolitischen Kurs die Änderung der politischen Ordnung im Sinne einer konservativ-autoritären Staatsordnung. Die Demokratie war in diesen Vorstellungen nicht nur eine falsche Verfassungskonstruktion, was breiten Schichten nicht ganz leicht plausibel zu machen war, sondern für das Reich unter dem Versailler Diktat ein nationales Unglück, ja eine nationale Schande — und das war als politische Parole sehr viel wirksamer. Daß die Verfassungsreform in erster Linie außenpolitischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen habe, war ein im Kaiserreich viel gebrauchtes Argument, das vor allem von einem so seriösen Gelehrten wie dem Verfassungshistoriker Otto Hintze für die politische Rechtfertigung der deutschen konstitutionellen Monarchie vorgebracht worden war. Das Reich mußte zu seiner Behauptung in der Mitte Europas über eine starke Verteidigungsorganisation verfügen, und diese wäre nur in einer starken Monarchie gewährleistet.

Diese Argumente wurden seit 1919 in umgekehrter Richtung wieder aufgegriffen. Die Demokratie wäre nicht nur die Ursache des außenpolitischen Abstiegs, sondern sie verhinderte auch einen Wiederaufstieg. Durch die Kopplung von Verfassungsauffassung und außenpolitischer Zielsetzung war die Möglichkeit gegeben, einmal durch Vertretung außenpolitischer Ansprüche verfassungsgegnereischer Assoziationen zu wecken und wachzuhalten, zum andern Angriffe gegen die Verfassung national zu rechtfertigen. Zwischen beiden Richtungen gab es viele Kombinationen und Variationen, zwischen offener scharfer Ablehnung und stiller Antipathie einerseits, zwischen stiller Duldung und offener eindeutiger Bejahung viele Abstufungen.

Im vergangenen Jahrhundert waren die deutschen Universitäten, ein wesentlicher Teil ihrer Professoren und Studenten, für die Einigung Deutschlands nicht immer gefahrlos eingetreten. Durch diese Tradition fühlten sich breite Kreise der Professoren und Studentenschaft legitimiert, für den nationalen Wiederaufstieg Deutschlands, wie sie ihn verstanden, zu wirken. Daß Professoren verschiedener politischer Meinung waren und diese auch vertraten, brauchte nicht weiter aufregend zu sein. Das entscheidende war, daß der Streit teils laut und unmittelbar, teils verdeckt und indirekt um die Grundsatzfrage der Staatsordnung ging, daß der Streit in die Lehre eindrang und in der Lehre selbst stärker politisch-polemisch als in exakter gründlicher Wissenschaftlichkeit ausgetragen wurde.

Die politischen Verhältnisse an den deutschen Universitäten waren keineswegs einheitlich. Aber die antidemokratische Richtung war im Trend aller deutschen Universitäten wohl die stärkere und trat auch stärker hervor. Sie fand bei der Mehrzahl der Studenten die grö-

ste Zustimmung. Schmitt ließ sich bei seiner Eigenart zunächst sehr schwer einordnen, zumindest konnte man sowohl aus seiner Verfassungslehre als auch aus seinem 1931 veröffentlichten Vortrag über „Hugo Preuß in der deutschen Staatslehre“ nicht entnehmen, daß er sich selbst der antidemokratischen Richtung zugehörig fühle und zugerechnet werden konnte. Erst später setzte die offene Distanzierung von der parlamentarischen Demokratie und die Wendung zur autoritären Staatsordnung ein, die schließlich bei der Machtergreifung dazu führte, daß er rückhaltlos in den Dienst Hitlers trat. Aber der Einfluß dieser Professoren, die zum politischen Denken ausbilden wollten, war, im ganzen gesehen, gering. Das lag nicht an ihnen, sondern daran, daß die Bereitschaft zu einer solchen Anleitung innerhalb der Studenten auf kleine Kreise beschränkt war. Die politische Leidenschaft, das politische Ressentiment überwogen die Bereitschaft und Fähigkeit zur politischen Analyse und Urteilsbildung. Das galt auch für erhebliche Teile der demokratischen Richtung.

Wenn Max Julius Bonn in seinen Erinnerungen sagt, die akademische Welt grollte der Republik, so traf das für einen sehr beachtlichen Teil zu. Sie stammte fast ausschließlich aus bürgerlichen Kreisen und vorwiegend aus den Schichten des Beamtenums der Monarchie. Friedrich Meinecke hatte 1925 von dem Ressentiment einer „gestürzten Klasse, das heute die politische Luft in Deutschland so dick und schwer mache“ gesprochen.

### Mit tränenerstickter Stimme

Als ich Ostern 1924 nach Tübingen kam, war das politische Klima an der Universität im Verhältnis zu manchen anderen Universitäten relativ milde. Eine antidemokratische studentische Kundgebung habe ich in vier Semestern nur ein einziges Mal, allerdings dann auch reichlich stürmisch erlebt. Immerhin machten die beiden Historiker Johannes Haller und Adalbert Wahl ohne Rücksicht auf das jeweilige Vorlesungsthema aus ihrer antidemokratischen Haltung, aus ihrer Verachtung gegenüber der Republik, deren Regierungen und ihrer Politik keinen Hehl. Bei Haller verging kaum eine Stunde, in der nicht eine scharfe, vielfach sogar gehässige gezielte Bemerkung, die sorgfältig vorbereitet und glanzvoll vorgetragen war, fiel, um mit großem Beifall aufgenommen zu werden. Wahls Bemerkungen waren nicht so geschliffen, aber nicht minder feindselig. So wurde von ihm die Dolchstoßlegende, die ja eine der infamsten Propagandapapieren gegen die Republik war, vor den Studenten ausführlich wissenschaftlich begründet, nachdem sie vorher der mittelalterliche Historiker Dietrich Schäfer, einer der radikalsten unter den Alldeutschen, in seinen Publikationen vertreten hatte. Diese Verbindung von Wissenschaftlichkeit und Ressentiment war das Gefährliche. Die Tendenz entsprach weitgehend studentischen Vorstellungen, aber die Studenten fühlten sich durch die Hinweise und Argumente ihrer Professoren gleichsam wissenschaftlich bestätigt. Ihr Glaube an die verba magistri war damals viel stärker als heute.

Haller konnte, wenn er wollte, auch anders argumentieren. Ich entsinne mich einer Vorlesungsstunde über den Vertrag von Olmütz 1850, in dem Preußen sich den Forderungen Österreichs und Rußlands unterworfen hatte. Meisterhaft erklärte und verteidigte Haller die preußische Politik, letztlich um uns verständlich zu machen, daß die Annahme des Versailler Vertrages aus Gründen der Staatsräson hatte erfolgen müssen. Aber das war eine Seitenhit.

Zwar ging es in den meisten anderen Vorlesungen nicht so scharf her wie bei Haller und

Wahl, das ihnen allerdings wissenschaftliche Begabung und Leistung fehlte. Ich lasse auch außer Betracht die Professoren, die gleichzeitig Abgeordnete waren. Sie wurden in erster Linie als Politiker gewertet, so von Freytagh-Loringhofen und Martin Spahn, der vor Beginn seiner politischen Karriere beachtliche wissenschaftliche Leistungen verzeichnen konnte. Immerhin hob sich durch sein maßvolles Auftreten der Osthistoriker Otto Hoetzsch, der ebenfalls deutschnationaler Reichstagsabgeordneter war, von ihnen ab.

Zahlreiche von Professorenhand verfaßte Schriften mit offenen und versteckten antidemokratischen Tendenzen sind in jener Zeit erschienen. Am stärksten traten im Bereich der Geisteswissenschaften die Historiker und Staatsrechtslehrer, aber auch einige Nationalökonomien hervor. Von den Soziologen hielten sich viele zurück oder standen, von Ausnahmen abgesehen, auf der Gegenseite. Zu den Ausnahmen gehörten in erster Linie Othmar Spann und Hans Freyer, die sich mit den politischen Problemen ernsthaft auseinandersetzten.

### „Heerlos, wehrlos, ehrlos“

Unter den protestantischen Theologen wagten sich nicht wenige weit vor. So finden sich in der Greifswalder Rektoratsrede des Theologen Otto Proksch „König und Prophet Israels“ aus dem Jahre 1924 die Sätze: „Der Name Versailles, über dem einst eine Kaiserkrone schwebte, läßt heute das Blut gerinnen. Denn aus Versailles haben wir nur die Narrenkappe heimgebracht; und wir sind heerlos, wehrlos, ehrlos. Wohl hat Frankreich vor einem Jahr selbst den Vertrag von Versailles gebrochen, aber wir erfüllen, erfüllen, erfüllen ... Wenn deutsche Art und christlicher Glaube sich verbinden, dann sind wir gerettet, dann wollen wir arbeiten mit unseren Händen und des Tages warten, bis daß der deutsche Held komme; er komme als Prophet oder als König.“ Daß das nicht mehr Theologie war, bedarf keiner besonderen Hervorhebung, und ebensowenig, daß es hier an jeglichem ernsthaften politischen Gehalt fehlte, aber diese Worte fielen nicht weiter auf, weil eine Reihe der Fachkollegen Ähnliches in ähnlicher Form sagte. Sehr viele katholische Professoren — nicht nur katholische Theologen —, die damals an der Universität eine relativ kleine Minderheit darstellten, waren, von einigen Ausnahmen abgesehen, reserviert, nicht zuletzt deswegen, weil ein beachtlicher Teil Anhänger des Zentrums war, der großen katholischen Partei, die auf dem Boden der Verfassung stand. Bei den Naturwissenschaftlern und Medizinern war weithin Stille, wenn man einmal von den Vorlesungen absieht, in denen manches harte Wort gefallen sein soll. Wenn aber einer sich an die Öffentlichkeit wandte, wie etwa Lubarsch oder der Heidelberger Physiker Lenard, der Nobelpreisträger war, dann geschah es in einer kaum mehr an Radikalität und Emotionalität zu überbietenden Weise.

Die Professoren der Rechten — um sie so mit einem kurzen Wort zu kennzeichnen, ohne daß damit die Zugehörigkeit zu bestimmten Parteien zum Ausdruck gebracht ist — fanden einen starken Anklang bei dem Gros der Studenten. Von den männlichen Studierenden, deren Zahl in jener Zeit bei hunderten gelegen haben mag, gehörte mehr als die Hälfte Korporationen an, die wiederum in enger Verbindung zu ihren Altherrenverbänden standen. Die katholischen Korporationen unterschieden sich in ihren feudalen Korporationssitten und -vorstellungen überhaupt nicht von den schlagenden Verbindungen, aber sie waren im allgemeinen politisch

(Fortsetzung auf der folgenden Seite)

... seines ...  
prägt habe. —Z.

(10)

### Erlangen ehrt Jakob Herz

Anfang April 1967 wurde in Erlangen am Hause Heuwaagstrasse 18 eine Gedenktafel für den Ehrenbürger der Stadt, Universitätsprofessor Dr. Jakob Herz, enthüllt. Damit wurde ein Unrecht wieder gut gemacht, denn die Nazis hatten das frühere Herz-Denkmal beseitigen lassen.

*1862 Bayreuth*  
Herz, 1816 in Bayreuth geboren und 1871 in Erlangen gestorben, war der erste Jude in Bayern, dem eine Stadt das Ehrenbürgerrecht verliehen hat, und der erste jüdische Professor, der zum ordentlichen Professor ernannt wurde. Der Dekan der Universität Erlangen bezeichnete Herz als den eigentlichen Schöpfer der chirurgischen Anatomie.

*1869 Berlin*  
Herz galt auch als "Fanatiker der Wohltätigkeit". Er hat nicht nur arme Mitbürger umsonst behandelt, sondern ihnen auch noch Lebensmittel und Kleider in die Wohnung gebracht und sie oft auch mit Geld versorgt.

H. H.

### Eine deutsche Mayo-Klinik

Nach dem Vorbild der Mayo-Klinik in ... wird in Wiesbaden ... Klinik für Diagnostik ...  
modernste ...  
stische Institut Europa

des  
des  
er Wi-  
Dank  
Helden"  
y, Sena-  
sche Bot-  
man, die  
Prinz und  
nd viele an-  
swunschbot-  
en meister  
taudinger von  
of Social Re-

### Doktorjubi- alter Dux

lebende Chemi-  
ux konnte vor  
allzu häufige  
enen (50jähri-  
ums begehen,  
ss die Doktor-  
verleihenden  
ert wird. Die  
schule Hanno-  
Walter Dux, der  
stammt und an  
le ein Schüler  
des grossen  
Bodenstein war,  
en Felerstunde  
physikalisch-  
ts, an die sich  
ultätsbankett  
Deutschland  
angem als

Pub  
Ent  
194  
Ge  
\$16.  
\$5.0  
2 yes  
ADVER  
Member  
Vol. XX  
AB

**Dr.**  
In New  
von nahe.  
Monate n.  
Frau, der  
Die är-  
sers, der  
ersten W  
sich von  
London  
New Yor  
von ins  
Scho.  
des  
Deuts  
eir  
ha  
or  
E

Gelehnte

## PROFESSOREN UNTER HITLER

Dargestellt am Beispiel der Universität Kiel von Karl Dietrich Erdmann

Geburtstage sind im Leben von Personen wie von Institutionen Anlaß zur Besinnung auf die Vergangenheit. Perioden, die zu berechtigtem Stolz Anlaß geben, wechseln mit solchen, in denen es nahe liegt, in raschem Darüberhinhinblicken den Anschluß an neue Phasen zu erreichen. Daß die Universität Kiel, die Anfang Juni ihr dreihundertjähriges Jubiläum feierte, an den dunkleren Partien ihrer Geschichte nicht vorbeiging, ist ihr hoch anzurechnen. Der Lohn solcher Ehrlichkeit ist, daß in dem, was im raschen Darüberhinweggleiten ganz dunkel bliebe, auch Lichtseiten zutage treten. Der Kieler Historiker, Professor Karl Dietrich Erdmann, mußte

in seinem Vortrag über die Geschichte der Kieler Universität von 1933 bis 1945 nicht nur schwarz in schwarz malen. Neben Professoren, die sich bereitwillig den Ansprüchen der Diktatur öffneten, gab es Widerstehende, gab es mindestens die, die nicht erlaubten, daß der Schuld der Wissenschaft die Zwecke der Nationalsozialisten reflektierte und dadurch verdunkelt und befleckt wurde. Niederlage und Selbstbehauptung der Wissenschaft spiegelt der Bericht des Historikers Erdmann über „Wissenschaft im Dritten Reich“; er wurde bei den Universitätsfeiern erstattet und wird hier mit einigen Kürzungen wiedergegeben.

Den Auftrag, eine Vorlesungsstunde zu halten über die Wissenschaft im Dritten Reich, möchte ich so verstehen: Wenn eine deutsche Universität aus festlichem Anlaß ihre Geschichte überblickt, um aus der Rückschau auf das Vergangene ein Bewußtsein ihres gegenwärtigen Standortes zu gewinnen, so gehört dazu auch eine frontale Auseinandersetzung mit jenen Jahren, in denen der Christiana Albertina eine führende Rolle bei der wissenschaftlichen Absicherung der nationalsozialistischen Ideologie zugebracht war.

Darf eine solche Betrachtung im Anonymen verharren? Sie würde ihren Zweck verfehlen. Wir wollen keine Hexenjagd veranstalten, und die Histoire scandaleuse bringt wissenschaftlich nichts ein. Wir sind es aber dem intellektuellen Rang und der persönlichen Integrität einiger der für das damalige Profil der Kieler Universität charakteristischen akademischen Lehrer schuldig, daß wir uns mit ihnen, den toten und den lebenden, in der offenen Weise auseinandersetzen, wie es sich für eine akademische Vorlesung ziemt. Es besteht im übrigen für niemanden, der jene Zeiten in Deutschland lebend überstanden hat, Anlaß, dies von einem erhöhten Podest aus zu tun.

## Führerprinzip statt Selbstverwaltung

Die zwangsweise Gleichschaltung der Universitäten vollzog sich in Kiel in den gleichen Formen wie anderwärts. Mit der Gleichschaltungsfunktion wurde unter Beseitigung aller konkurrierenden Gruppen in der Studentenschaft der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, in der Professorenenschaft der Dozentenbund beauftragt. Die korporative Form der akademischen Selbstverwaltung wurde ersetzt durch das Führerprinzip. Senat und Fakultät hatten dem Rektor und den vom Rektor gewählten Dekanen gegenüber nur mehr eine beratende Stellung. Politisch Verfemten wurde der Doktorgrad entzogen. Den Auftakt zu dieser Zerstörung von akademischem Recht und akademischer Freiheit bildete auch hier eine von Studenten inszenierte Bücherverbrennung. Der Philosoph Weinhandl, dem es in seinen Schriften aus der NS-Zeit auf eine Erneuerung des Mythos ankam, hielt dazu eine Rede. Die Universitätsfahne wurde dem Zug der Studenten zur Verbrennungsstätte der Bücher auf dem Wilhelmsplatz vorangetragen, und niemand war da, der sie vor dieser Erniedrigung schützte.

Die Universität ist als Teil der Gesellschaft in das politische Leben der Landschaft, in der sie steht, eingeflochten. Die politische Entwicklung Schleswig-Holsteins zeigt in den zwanziger Jahren einen heftigeren Umschlag als irgendein anderer Teil Deutschlands. In den letzten kaiserlichen Reichstag vor dem Ersten Weltkrieg schickte die Provinz Schleswig-Holstein ausschließlich Abgeordnete der Sozialdemokratie

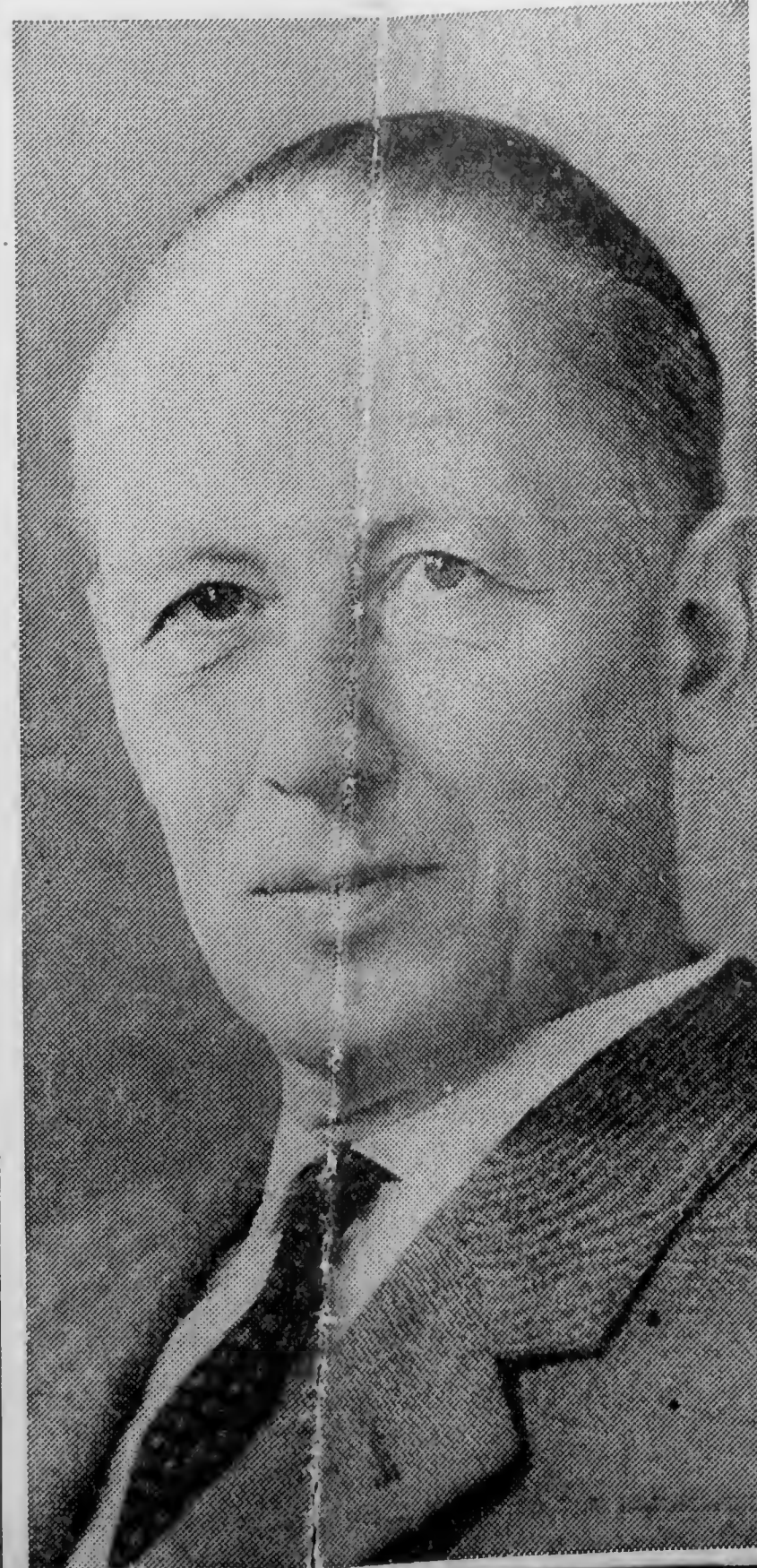
schon den einzelnen war hier doch insgesamt eine liberale, weltoffene Geistigkeit bestimmend. Zu den für die Universität Kiel charakteristischen Namen mit weiter Ausstrahlungskraft hatten in den zwanziger Jahren die Juristen Walter Jellinek und Gustav Radbruch gehört.

Kiel erfreute sich der besonderen Förderung durch den von liberalen Reformideen erfüllten bedeutenden preußischen Kultusminister Becker. Von ihm ist das Wort überliefert, „daß Kiel unter den zwölf preußischen Universitäten die Stellung einnehme, die der Apostel Johannes unter den zwölf Jüngern gehabt habe“. Im Augenblick des Umbruchs 1933 war die Professorenenschaft der Kieler Universität so zusammengesetzt, daß in den Augen der Machthaber nur eine radikale personelle Veränderung die Voraussetzungen schaffen konnte für die gewünschte Politisierung im nationalsozialistischen Sinne. Zu denen, die jetzt als untragbar galten, gehörten, ohne daß ich die Namen und Verdienste aller anderen aufzählen möchte, Männer wie Walter Schücking, Vorkämpfer der Völkerbundidee und Mitglied des Internationalen Gerichtshofs, Ferdinand Tönnies, einer der wahrhaft schöpferischen Geister bei der Ausprägung des Begriffswerkzeuges für die neue Wissenschaft der Soziologie, Bernhard Harms, der Begründer und Leiter des Instituts für Weltwirtschaft, der Physiologe Hoerber, dessen Lehrbuch in zehn Fremdsprachen übersetzt war, und der Germanist Liepe, Heibel-Forscher und Direktor des Kieler Theaternuseums. Auf einer Liste von Schriften, die im Jahre 1933 in der Kieler Universitätsbibliothek als undeutsch ausgemerzt werden sollten, fungierten die Namen von nicht weniger als 28 Kieler Professoren und Dozenten als Autoren. Von einer ebensolchen Zahl forderte die Studentenschaft unter Androhung von Gewaltmaßnahmen, daß sie sofort ihre Beurlaubung einreichen sollte.

Einige Jahre später, bei der 275-Jahr-Feier der Universität, meinte der Rektor Ritterbusch mit Genugtuung feststellen zu können, daß sich die Universität Kiel in ihrem personellen Bestande in den ersten Jahren nach 1933 nahezu vollständig erneuert habe, so daß sich nur wenige Lehrstühle in der Besetzung gleichgeblieben seien. Von denen, die die Universität damals von sich stieß, sind einige jetzt nach Kiel gekommen, um das 300-Jahr-Fest mit uns zu feiern. Im akademischen Ritual des farbenbunten Festes stellt sich die Verbindung unserer Universität mit der Wissenschaft in Deutschland, Europa, der Welt in der Breite dar. Die dankbar empfundene Anwesenheit aber von Melitta Gerhard, Rudolf Heberle, Richard Kroner, Otto Klemperer, Hans Neißer und Karl Zerbe vergegenwärtigt über jene Zeit der Verfinsternung des Geistes hinweg eine Epoche aus der Geschichte unserer Universität, die zu den wissenschaftlich fruchtbarsten in ihrer 300jährigen Entwicklung zählt. Der Rektor Ritterbusch fuhr in seiner Rede zur 275-Jahr-Feier

sität die Chance eines Neubeginns und einer neuen Besinnung bot.

Was die Theologische Fakultät angeht, so ist sie zwar nicht verdrängt, aber zerrieben worden. Als nach den Illusionen des Anfangs starke Gruppen in der Kirche sich auf das Bekenntnis besannen und von hier aus dem weltanschaulichen Totalitätsanspruch des Staates widerstanden, haben sich auch Kieler Theologen in diesem Ringen um die Eigenständigkeit der Kirche engagiert, unter ihnen — um einen Namen zu nennen — der spätere Historiker des Kirchenkampfes Kurt Dietrich Schmidt. Den äußersten Gegenpol verkörperte der systematische Theologe Mandel, der — mit dem Titel einer seiner Aufsätze — „Reli-



der Wissenschaft ist nie geschwunden. Er wußte, daß die gläubige Gefolgschaft, die er verlangte, und der Geist der Wissenschaft einander ausschließen. Er ließ sich darüber nicht täuschen durch die mancherlei Beflissenheit, die auch die akademische Welt ihm entgegenbrachte, durch Charakterlosigkeit und Opportunismus, die sich im Bereiche der Universitäten nicht weniger als sonst in der Gesellschaft von der Macht und dem Erfolg beeindruckten ließen. In unserer Betrachtung lassen wir diese Fälle beiseite. Für die Ortsbestimmung der Universität ist es jedoch lohnend, drei Grundtypen der wissenschaftlichen Verhaltensweise gegenüber dem Nationalsozialismus zu überdenken, die wir im Bereich der deutschen Wissenschaft und auch an der Kieler Universität finden.

Zum ersten Typus gehören die charaktvollen Gegner einer Ideologisierung. Hierbei ist, um einige Beispiele außerhalb Kiels zu nennen, an Männer zu denken wie die Pädagogen Litt und Spranger, die Theologen von Soden und Bultmann, den Philologen Ernst Robert Curtius, die Historiker Ziekursch und Ritter und manche anderen. Den Gegentyp stellen die Fälle dar, wo Wissenschaftler von unbezweifelbarem Rang

## Distanz aus liberalem und konservativem Geist

Ferdinand Tönnies, im Jahre der Machtgreifung Hitlers 78 Jahre alt, gehörte zu jenem Typ des alten liberalen Professors, der seine geistigen Wurzeln in der Aufklärung und im deutschen Idealismus hatte, der an die Möglichkeit des Fortschritts glaubte und von innerem Feuer glühte für den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit. Wir besitzen von ihm das Manuskript für eine nach der Machtgreifung vereinbarte und im Februar 1933 in Berlin zu haltende Rede „Über die Lehr- und Redefreiheit“. Sie war, dem Geist der Zeit ins Gesicht, ein Bekenntnis zum Naturrecht. Bemerkenswert ist seine Warnung vor einem Mißbrauch des Artikels 48 der Weimarer Verfassung. Er ordnet die Universität politisch dem parlamentarischen System zu, denn die Lehrfreiheit steht ihm als Grundrecht der Hochschulen in unmittelbarer Verbindung mit der Redefreiheit des Abgeordneten. Und in einer direkten Warnung und Anklage gegen das neue Regime erklärte er: „Nicht selten gibt es Staatsregierungen, die ihrem eigenen Interesse und somit wenigstens mittelbar dem Interesse des Staates selber zuwiderhandeln, die also die Rede- und Lehrfreiheit beschränken, weil sie selber zusammen mit ihren Dienern uneingeschränkte Freiheit, z. B. frühere Regierungen mit Schmach zu bedecken, genießen wollen, in Freiheit tyrannisch zu rden sowie zu handeln und, ohne Widerspruch gewärtigen zu müssen, Lehren zu verkünden, die jedem klaren und sicheren wissenschaftlichen Bewußtsein entgegengesetzt sind, ja durch ihre offenbar Absurdi-

sich nicht aus politischem Opportunismus, sondern aus Überzeugung für den Nationalsozialismus einsetzen und ihr eigenes wissenschaftliches Tun mit dessen Ideologie in Verbindung bringen. Lassen wir einen so absonderlichen Fall wie jenen Kieler Nobelpreisträger Lenard, später in Heidelberg, beiseite, der seine Polemik gegen Einstein mit der Propagierung einer deutschen Physik und artgemäßen Mathematik verband. Nachdenkenswert bleiben solche Erscheinungen wie etwa in der Literaturwissenschaft Hans Naumann und Ernst Bertram, in der Rechtswissenschaft Carl Schmitt, in der Philosophie Martin Heidegger wenigstens für die Anfangsphase des Regimes. Den dritten Typus stellen jene zahlreichen Gelehrten dar, die, ohne nach außen hin im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie positiv oder negativ profiliert zu sein, ordentliche Wissenschaft weiterbetreiben.

Richten wir den Blick auf die Kieler Universität. Wir begegnen diesen drei Grundeinstellungen hier in charakteristischer, individueller Ausprägung. Ich beschränke mich auf einige der Fälle, wo die politische Ordnung zum Gegenstandsbereich der Wissenschaft gehört.

mittelbar beteiligt an der Vorbereitung des Attentats gegen Hitler. Fünfzehn Monate vor dem Anschlag entwickelte er den Plan dazu: „Es wäre in der Theorie so einfach, diesen Verbrecher zu beseitigen: Der vortragende Offizier bringt eine Mappe mit herein, die Sprengstoffladung enthält, legt die Mappe auf den Schreibtisch von Hitler. läßt sich zu einem verabredeten Telefonanruf herausholen, und Hitler ist beseitigt.“ Am Vorabend des 20. Juli sprach er mit Graf Stauffenberg den Plan noch einmal durch. Er starb für seine freieitliche Gesinnung am Galgen in Plötzensee. Seine konservative Auffassung über das Verhältnis des einzelnen zum Staat und damit über das Wesen der Freiheit wurzelt im Unterschied zur naturrechtlich orientierten Gedankenwelt der Liberalen und Demokraten in dem, was er selbst als Universalismus bezeichnet. Mit seinen Worten aus einem Artikel über den Staat 1933, der als solcher nichts Originales enthält, aber den Ausgangspunkt seines Denkens kennzeichnet: „Die Auffassung des Universalismus geht von der Gemeinschaft aus und verweist darauf, daß der einzelne stets in eine bestimmte Gemeinschaft hineingestellt wird, in der er erst sein eigenes Dasein gestaltet. Im Gegensatz zum Individualismus erscheint die Gemeinschaft also nicht als die Summe der in ihr beschlossenen Personen, sondern als selbständiges und selbsttätiges Wesen. Die Volksgemeinschaft stellt den höchsten Wert dar. Nur durch sie erhält der einzelne seinen Sinn und seinen Wert. Das bedeutet aber

und der literaren Linken. Es war aber zugleich die erste Provinz in Deutschland, die — und zwar schon im Juli 1932 — eine absolute nationalsozialistische Majorität aufwies. In der Kieler Studentenschaft, die vorwiegend aus Schleswig-Holstein stammte, machte sich eine entsprechende Radikalisierung schon vor 1933 geltend. Der liberale Theologe Baumgarten und der Völkerrechtler Schücking wurden schon 1930/31 zum Gegenstand studentischer Provokationen und Radauszenen. Ein anderes Bild bot der Lehrkörper. Bei allen politischen Unterschieden zwi-

## Eine Stoßtrupp-Fakultät

Ein Wort zu den Kieler Rektoren der NS-Zeit. Im Augenblick der Machtübernahme amtierte der Nationalökonom Skalweit. Er hatte im letzten Monat seines Rektorats, im Februar 1933, Zumutungen nationalsozialistischer Studenten tapfer widerstanden. Einige Zeit später wurde er an eine andere Universität versetzt. Sein Nachfolger, der Historiker Scheel, war nur wenige Monate im Amt. Zu den im April 1933 angeordneten neuen Rektoratswahlen stellte er sich nicht mehr. Ihm folgte für zwei Jahre der Naturwissenschaftler Lothar Wolf. Er setzte den Dekan der Philosophischen Fakultät, den Altgermanisten Wesle, von seinem Amte ab, weil dieser sich den Tadel des preußischen Kultusministers zugezogen hatte wegen des in der Fakultät kund gewordenen Murrens gegen die nationalsozialistische Personalpolitik. Politischer Einbläser dieses Rektors war der Historiker Petersen, Angehöriger der Georgschule, die an unserer Universität in dem 1930 verstorbenen Historiker Friedrich Wolters ihren Kün der gefunden hatte. Wolf und Petersen wollten die „politische Universität“, und sie wollten sie von einer Kernfakultät her aufbauen. Als solche dachten sie an die Philosophische Fakultät, während sie die Theologie am liebsten ganz von der Universität weg in Priesterseminare verbannen wollten. „Grenzlanduniversität“ sollte Kiel werden, wobei die Philosophische Fakultät mit ihren auf den Norden bezogenen Disziplinen von Geschichte, Literatur und Sprachenwissenschaft als Träger einer solchen Aufgabe nahelag. Unklar blieb

fort: „Dieser absolute personelle Umbruch schloß eine ruhige und stetige Entwicklung in den ersten Jahren nach 1933 aus.“ Das war eine euphemistische Formulierung für den studentischen Terror, der sich in jener Zeit breitgemacht hatte und der sich scham- und ehrlos auch gegen die jüdischen Frontkämpfer, wie den Philosophen Kroner, unter den Dozenten richtete, die ursprünglich noch durch das Gesetz geschützt sein sollten. Kein Rektor, kein Senat, der sich vor die bedrängten Kollegen gestellt hätte.

aber, welche Zielsetzung sich dabei für die Universität ergab. Sollte sie Träger des Volkstumskampfes gegen die Dänen sein, wie es etwa die Hochschulblätter wollten, oder sollte der Volkstumskampf hinter einer allgemeinen Nordlandromantik zurücktreten, wie es eher der Ansicht Petersens entsprach?

Die Philosophische Fakultät hatte im Anspruch auf die Führerrolle einen Konkurrenten, der das Rennen tatsächlich machte: Kernfakultät wurde nach einem radikalen Umbau die juristische. Von den früheren Lehrstuhlinhabern war nur einer in Kiel belassen worden. In den ministeriellen Richtlinien für das Studium der Rechtswissenschaft wurden die Studenten aufgefördert: „Bevorzugt zunächst die rechtswissenschaftlichen Fakultäten in Kiel, Breslau und Königsberg, die als politische Stoßtrupp ausersehen sind.“ „Stoßtruppfakultät“ in der „Grenzuniversität“ — unter den beiden juristischen Rektoren Dahm (1935—1937) und Ritterbusch (1937—1941) hat die Universität Kiel die Rolle einer politischen Universität im Sinne der NS-Ideologie am intensivsten gespielt. Es folgte als Rektor der Mediziner Löhr, alter Kämpfer und Dozentenbundsführer, der in Kiel eine NS-Dozentenakademie ins Leben gerufen hatte. Er starb nach einem halbjährigen Rektorat. Der Krieg brachte dann das Leben der Universität mehr und mehr zum Erliegen. Unter den Rektoren von Predöhl und Holzlöhner siechte sie dahin, bis der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Reiches auch für die Kieler Univer-

Professor Dr. Karl Dietrich Erdmann  
Bild Haendler-Krah

„gionsgeschichte als rassenkundliche Geistesgeschichte“ betreiben wollte und für die deutsche Glaubensbewegung warb. Er trat in die Philosophische Fakultät über, die für die Ansiedlung einer arischen Religionsideologie günstigere Voraussetzungen zu bieten schien. Ohne eigenen Dekan kommissarisch verwaltet und in der Fakultätenfolge vom ersten auf den letzten Platz gleichsam strafversetzt, hat die Theologische Fakultät trotz der einen oder anderen Neuberufung — die mit den Worten eines Ministerialerlasses „Gewähr für eine weltanschauliche und nationalpolitische Erziehung und Ausbildung der Theologiestudenten“ bilden sollte — bis zum Ende des Dritten Reiches in der Universität kein eigenes Gewicht mehr gehabt.

Nach diesem Überblick über das Schicksal der Kieler Universität in der Zeit des Dritten Reiches fragen wir uns, wie sich die Wissenschaft dem nationalsozialistischen Totalitätsanspruch gegenüber verhalten hat. Ganz allgemein läßt sich für die deutschen Universitäten vorweg feststellen, daß sie als Institution, als Gruppe von Menschen nie und nirgendwo zu einer so klaren Widerstandsposition gelangt sind, wie es weitgehend in den Kirchen der Fall war, nachdem die Illusionen der ersten Jahre verfliegen waren und die Rückbesinnung, sei es auf die Rechtsposition des Konkordats, sei es auf die biblische Grundlage der Verkündigung, auch ohne primär politische Absicht die Kirchen allein dadurch zu Gegnern des Regimes machte, daß sie sich auf sich selbst bezannen und die weltanschauliche Kompetenz der politischen Bewegung für ihren eigenen inneren Bereich radikal verneinten.

### Drei Typen von Lehrstuhl-Inhabern

Aber wenn es bei den Universitäten insgesamt nicht zu einer so radikalen Rückbesinnung auf sich selbst kam, so sind sie doch auch niemals völlig integriert worden trotz aller äußeren Gleichschaltung. Das Mißtrauen der Bewegung und insonderheit Hitlers gegenüber den Stätten

tät sich lächerlich machen. „Dem alten Professor, der so redete, entzog man sein Gehalt. Er wurde auf eine so knapp bemessene und befristete Gnadenpension gesetzt, daß er sich nicht einmal mehr die Bücher kaufen konnte, die er zur Arbeit benötigte. Dabei hatte er mit seinem bekannten Begriffspaar von „Gemeinschaft und Gesellschaft“ den neuen Gemeinschaftsideologien wider Willen eine Propagandaformel in die Hand gegeben. Er ist sich dessen selbst bewußt gewesen. In einem unveröffentlichten Brief vom 20. April 1934 heißt es: „Einige sagen . . . es sei der Erfolg meiner Theorie von Gemeinschaft und Gesellschaft, der in der N-Ideologie vorliege, und es ist dafür einiger Grund vorhanden.“ Aber für Tönnies waren diese beiden Begriffe ursprünglich feststellend und nicht wertend gemeint, und wenn man sich schon auf die Seite eines der Begriffe schlagen mußte, so war es für ihn die Gesellschaft und nicht die Gemeinschaft. „Ich habe immer alle Versuche“, so schrieb er, „... sozusagen aus dem Handgelenk eine Volksgemeinschaft zu schaffen, für verfehlt und unbedacht gehalten, um so mehr, mit je größeren Ansprüchen sie auftreten . . . Was hingegen geschehen kann und der natürliche Gegenstand einer sozialen Politik sein muß, ist die Ausdehnung des Wesens der Gesellschaft auf die weitesten Volkskreise . . . durch die Beseitigung aller Ungleichheiten und Abhängigkeiten.“

Von einer ganz anderen geschichtlichen Erlebnisgrundlage ging Jens Jessen aus, eine der charaktervollsten Gestalten der deutschen Wissenschaft in jenen dunklen Jahren. Angehöriger der Frontgeneration des Ersten Weltkrieges, zählte er zu jenen in der Überzeugung konservativen, in ihrem unbürgerlichen Idealismus revolutionären Naturen, die in der Zeit der Agonie der Weimarer Republik ihre Hoffnung auf den Nationalsozialismus gesetzt hatten. Als solcher wurde der junge Nordschleswiger 1933 von Göttingen nach Kiel berufen, um an Stelle des liberalen Harms die Leitung des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr zu übernehmen. Ein im gleichen Jahr von ihm veröffentlichter Enzyklopädieartikel über „Nationalsozialismus“ zeigt aber schon die beginnende Distanzierung. Später in Berlin wurde der „Nordmann“, wie sein Deckname war, einer der Unbeirrtesten im Kreis der Opposition. Er war un-

nicht, daß der einzelne zu einem willenlosen Bestandteil der Gemeinschaft herabsinkt, sondern innerhalb der Gemeinschaft an seinem Platz nach seiner Fähigkeit erlebt der einzelne die höchste Vollendung seines Wesens und trägt damit zugleich zu der höchsten Entfaltung der Gemeinschaft bei. Nach der Hegelschen Dialektik . . . erhält der objektive Geist seine Verkörperung sowohl im einzelnen wie in der Gemeinschaft . . . Ein Opfer des einzelnen, gegebenenfalls gesteigert bis zur Hergabe des eigenen Seins . . . erscheint . . . hier als das Natürliche . . .“ Dieser konservative Personalismus war in seiner Anwendung auf das heraufziehende totalitäre Regime illusionär. Deshalb erfolgte, als das Regime seinen wahren Charakter für die, die sehen wollten, enthüllte, in der Kämpfernatur Jessens die radikale Gegenwendung „bis zur Hergabe des eigenen Seins“ in einem Sinn, wie er 1933 sicherlich nicht gemeint war, aber wie er vielleicht auch nicht ganz außerhalb des Vorstellungsbereichs des jungen Gelehrten lag, von dem aus der Zeit vor der Machtübernahme das Wort überliefert ist: „Kommen sie ans Ruder, bin ich in der Opposition, das weiß ich schon.“

### Varianten

Jens Jessen war nur kurze Zeit in Kiel tätig. Die eigentlich beherrschende Erscheinung für unsere Universität im Zeichen des neuen Regimes war jene Gruppe junger Juristen, die herberufen wurde, um ein Beispiel für die nationalsozialistische Durchdringung der Wissenschaft zu setzen.

Männer wie Dahm, Larenz und Huber haben mit ihrer Wissenschaft den Versuch unternommen, nicht irgendeinem Staate, sondern diesem besonderen, auf dem völkischen Mythos aufgebauten Staate die zugeordnete Rechtsphilosophie, Strafrechtslehre und Verfassungslehre zu geben. Aber sie vertraten innerhalb des Nationalsozialismus eine bestimmte Variante des Rechts- und Staatsdenkens. Ihre Staatsidee war nicht rein instrumental. Sie sahen den Staat immer noch an ein überpersonales, hier völkisch verstandenes Recht gebunden, durch das im Strafrecht wie im Staatsrecht verhindert

(Fortsetzung auf der folgenden Seite)

# Ihre Visitenkarte

- in Europas führender Wirtschaftszeitung

Visitenkarte oder Geschäftsbericht, Mitteilung oder Empfehlungsanzeige, ganz gleich was Sie sagen wollen — wichtig ist, wen Sie erreichen! Die richtigen Partner, die leitenden Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft in Großbritannien erreichen Sie umfassend nur mit der FINANCIAL TIMES. Gleichzeitig erreichen Sie auch die führenden Männer in Europa. Das ist ein exklusiver, internationaler Kreis von großem Gewicht. Hier knüpfen Sie Verbindungen für erfolgreiche Zusammenarbeit. Bitte fordern Sie unverbindlich unsere ausführliche Informationsschrift über die FINANCIAL TIMES an. Sie enthält interessante Zahlen über Leser und Verbreitung.

# THE FINANCIAL TIMES

THE FINANCIAL TIMES, die täglich erscheinende, führende Wirtschaftszeitung Europas, Brackens House, Cannon Street, London E. C. 4  
Deutschlandredaktion: 53 Bonn, Drachenfelsstr. 1, Tel. 2225 96  
Abonnements und Vertrieb: Conwa Grossevertrieb GmbH, 2 Hamburg 1, Danziger Str. 35 a, Tel. 241531



Generalvertretung für Deutschland:  
F. W. Heye International,  
8025 München-Unterhaching,  
Bürgermeister-Prehn-Str. 8,  
Tel. 461001,  
Telex: 05-24704





ersten Kriegsabend, da der Dichter Carl Spitteler seine berühmte Rede «Unser Schweizer Standpunkt» hielt. Auch Curti war ein Dichter von tiefem Ernst und klassischer Schule, vor allem aber ein Pressemann von Geblüt. Sein Jahrgänger und Freund, der Glarner Landammann Eduard Blumer, bekannte an seinem Sarge: «Kein anderer Journalist hat durch die klassische Sprache, die Vielseitigkeit seines Wissens, durch den Edelmut seiner Gesinnung und durch politische Charakterstärke die Tagesliteratur so sehr gehoben wie er.» Curti beschloß seine berufliche Laufbahn als Direktor der angesehensten Zeitung deutscher Sprache. Die Jahre 1902 bis 1914, in denen der Schweizer Demokrat und Sozialreformer die «Frankfurter Zeitung» leitete, verliehen ihr die Züge dieser starken Persönlichkeit, die auch der Hochschule St. Gallen den Weg von der Anregung zur Wirklichkeit bahnte und sicherte.

Die Anregung, es sei in St. Gallen eine *Handelshochschule* zu errichten, sprach der junge Schulmann *Theophil Bernet* erstmals aus. Dieser vom evangelischen Arbeitsethos seiner Vaterstadt erfüllte Jüngling, welcher in seinen Mannesjahren seit 1907 als Rektor der Kantonalen Handelsschule in Zürich amtierte, legte seinen Plan den St. Galler Mitbürgern in einem Vortrag im Dezember 1895 dar. Wenn die Saat auf so guten Grund fiel, daß sie über alle Erwartung rasch keimte, so wirkten dabei drei günstige Umstände mit.

Einmal lag der Gedanke, *Fachhochschulen für die Wirtschaft* zu gründen, in der Luft. Es war gewiß nicht von ungefähr, daß im gleichen Jahre, da in St. Gallen die Vorlesungen begannen, auch die Hochschule für Welthandel in Wien sowie die Handelshochschulen von Leipzig und Aachen ihre Tore öffneten, und die entsprechenden Fachhochschulen von Köln, Frankfurt a. M. und Berlin folgten im Laufe weniger Jahre. So errichtete das Jahrhundert, das bei seinem Beginn den Aufbau der Polytechnischen Hochschule in Paris und bald nach seiner Mitte die heutige Eidgenössische Technische Hochschule in Zürich entstehen sah, den führenden Kaufleuten entsprechende Fachhochschulen.

Neben diesen offensichtlichen allgemeinen Beweggründen hatte *St. Gallen* seine besonderen Ursachen und Kräfte, welche eine solche Gründung im Hochtal der Steinach begünstigten. Die Geschichtsschreiber hielten die verpflichtende Erinnerung wach, daß im altertümlichen Stifte des heiligen Gallus die Benediktiner in der Klosterschule eine Vorform der europäischen Universität entwickelt hatten. Aber auch in der Stadt St. Gallen, welche schon im Spätmittelalter mit ihrer erlesenen Leinwand den Schweizer Welthandel mit Waren erster Güte begründete, war das Bestreben nach steter Weiterbildung vorhanden. Zur Zeit des Stadtvaters *Vadian* hörte man in den Kontoren der Fernhändler ein halbes Dutzend Handelssprachen. Im 19. Jahrhundert war das Textilzentrum von der Leinwand zur Baumwolle und zur Stickerie übergegangen, und die erste Stickeriestadt der Welt besaß um die Jahrhundertwende reiche Mittel zu Neugründungen.

Entscheidend aber war, daß jene Anregung *Bernets* die rechten Männer anzusprechen vermochte. Da ist nun neben *Curti* vor allem *Georg Baumberger* zu nennen. Er war wie der Staatsmann von der Sendung der Presse bei der Bildung der öffentlichen Meinung überzeugt, ja von ihrem Auftrag in der modernen Gesellschaft durchglüht. Mit der gleichen Hingabe, mit welcher er der Welt das Unrecht vorhielt, das sie beging, indem sie *Henry Dunant*, den Gründer des Roten Kreuzes, in Vergessenheit geraten ließ, trat er für die Gründung einer Fachhochschule für Wirtschaftswissenschaften in St. Gallen ein. Dabei schwebte ihm als echtes Gegenstück der ETH allerdings zunächst eine hohe Schule des Bundes vor. Dafür schien ihm St. Gallen mit seinem «industriepolitischen Esprit» und als überblickbare Mittelstadt, ohne die Unrast und Ablenkung einer Großstadt, der rechte Ort zu sein.

Nun galt es, die Öffentlichkeit für den großen Plan zu gewinnen. Dieser Weg führte in St. Gallen wie kaum sonstwo durch die *Presse*, besaß die Stadt doch wie keine zweite Stadt der Welt gleich drei Zeitungen, die täglich zweimal erschienen, nämlich außer *Baumbergers* konservativer «Ostschweizer» und dem damals sehr verbreiteten, *Curti* nahestehenden demokratischen «St. Galler Stadtanzeiger» noch das freisinnige «St. Galler Tagblatt». Dank der Vorbereitung durch die rührige Presse konnte Landammann *Curti* erst den Regierungsrat und dann auch den Großen Rat für die Sache gewinnen, so daß das kantonale Parlament am 28. Mai 1898 beschloß: «Es wird in St. Gallen eine *Verkehrsschule* und

einflußreicher Schulmann der «Bismarck der Kantone» doch fünfzig Jahre als *Directorium*, der ja der *St. Galler Handelskammer*, ein starker Mann der Wirtschaft, und in der Wissenschaft besaß er als Gründer des Historischen Vereins, den er volle 55 Jahre leitete, seine hohen Verdienste und wichtigen Steine auf dem Spielbrett. Nur langsam mauserte sich *Wartmann* zu einem Freund des folgerichtigen Hochschulgedankens. Da die junge Lehranstalt mit dem Wegzug *Curti* nach Frankfurt ihren geistigen Vater und Förderer schon nach drei Jahren verloren hatte, fehlte ihr der leitende Kopf. Ihr Direktor, *Karl Emil Wild*, gehörte dem Lehrkörper nicht an. Sein Beruf rief ihn als Architekt auf die Bauplätze der damals mächtig aufstrebenden Stadt und sein Mandat als Nationalrat immer wieder unter die Kuppel des Bundeshauses in Bern. Ein Blick in den «Lektionen-Katalog», wie das Vorlesungsverzeichnis damals hieß, zeigte denn auch, wie dürftig die eigentlichen Fächer der Wirtschaftswissenschaften und die Rechtskunde darin vertreten waren. Es mag sein, daß die großen Geschäftsherren, welche damals ihre Gelder ohne sonderliche Mühe scheffelten, in Handelsdingen dem «Fingerspitzengefühl» das Beste zutrauten und im Zeichen der freien Wirtschaft ohne sonderliche Rechtskenntnisse zurechtzukommen hofften, denn der Staat griff noch nicht mit so vielen Vorschriften in das freiluftende Leben ein, wie es später Notziten und auch Wunsch und Anspruch nach allgemeiner Wohlfahrt forderten.

#### Ein neues Haus — ein neuer Name

Die im Hinblick auf die verschiedenen Schulziele verfehlte Koppelung von Verkehrsschule und Akademie dauerte nur ein halbes Jahrzehnt. Dann behielt der Kanton die Mittelschule, während die politische Gemeinde die *Ordnungsgemeinde* und das Kaufmännische Directorium die «*Handels-Akademie*» übernahmen, die damals vor allem Ausländer anzog und daher in den Gassen der Stadt oft scherzweise *Académie polonaise* geheißen wurde. Da auch die Kantonschule ihren Zuwachs hatte und alle ihre Räume beanspruchte, mußte die Hausgemeinschaft mit ihr aufgegeben werden. Ein *Neubau* empfahl sich. Sollte die Stadt, in welcher der Jugendstil sich besonders früh meldete, nicht auch der akademischen Jugend ein eigenes Haus erbauen? Die öffentliche Hand ließ ohnehin ein stattliches Bauwerk nach dem andern entstehen. Post und Bahn bekamen ihre Paläste im neuen Viertel, und im Quartier *Latin* entstanden nun im Laufe weniger Jahre das Neue Museum, die Tonhalle, die Stadtbibliothek *Vadiana* und gleich daneben im Jahr 1911 die «*Handels-Hochschule*». Diesen Namen las man hoch über dem Stadtbären, der das Hauptportal schmückte. War es aber wirklich eine echte Hochschule, welche vor dem strengen Maßstab akademischer Forschung und Lehre bestanden hätte? Wer die eher dürftig zu nennenden wissenschaftlichen Werke der unter dem Rektorat des norddeutschen *Prof. Dr. Eduard Otto Schulze* (1904—1920) amtierten Professoren durchging, mußte es bezweifeln, und auch die nur vier Semester betragende Studiendauer konnte nicht eine den nationalökonomischen Lehrgängen der Universitäten ebenbürtige Ausbildung ergeben. Auch unter Rektor *Dr. Karl Bürki* (1920—1926) konnte die Grundlage nicht verbreitert und der wissenschaftliche Ausbau nicht gehörig gefördert werden, weil für St. Gallen nach der goldenen Zeit der Stickerieblüte eine bleierne Krise anbrach, welche die Flügel der bisher so unternehmenden Stadt lähmte. Bei solchem Mangel an Mitteln konnten nur Männer von ungewöhnlicher Einsicht und Tatkraft neue Wege wagen. Und sie waren St. Gallen beschieden.

#### Doktorpromotion und neues Bildungsziel

Eine wahrhaft grundlegende und aufbauende Rechenschaft bot *Prof. Dr. Willi Nef*, der Philosoph der Hochschule. Er hatte in seinen «St. Galler Handelshochschulfragen» bereits 1919 erkannt, daß es gelte, die Volkswirtschaftslehre, die Privatwirtschaftslehre (Betriebswissenschaft) und die Rechtskunde zu eigentlichen Zentralfächern des Bildungsganges auszubauen. Nur wenn diese akademischen Ansprüchen genügten, konnte eines Tages mit gutem Gewissen das Recht, den Doktorgrad zu verleihen, vom Staat gefordert werden. Zum Glück stand mit alt Bundesrat *Arthur Hoffmann* an der Spitze der Hochschulebehörden wieder ein Mann, der klar erkannte, daß *Nefs* Plan seine innere Logik und Zukunft hatte. Rektor *Paul Oetli* (1926—1932) brachte von seiner Studienreise durch die führenden Handelshochschulen Mitteleuropas die Überzeugung heim, daß die Studiendauer ohnehin auf sechs Semester erstreckt werden müsse, was gemeinhin als Mindestmaß für eine bis zum Doktorgrad führende Bildung galt. Unter dem Rektorat von *Prof. Dr.*

*Hug* wurde die Hochschule wissenschaftlich zu meistern. In dieser Zielsetzung wurde der Rektor von seinem Prorektor *Prof. Dr. Emil Gsell*, der vorab die Ausbildung der Handelslehrer betreute, kräftig unterstützt. Bei der Vorbereitung des neuen Hochschulgesetzes erfreute sich *Hug* des Beistandes des Staatsrechtslehrers *Prof. Dr. Hans Nawiasky*, welcher beim Anstrum des Nationalsozialismus seinen Lehrstuhl an der Universität München mit einer vorerst sehr bescheidenen Lehrtätigkeit in St. Gallen vertauscht hatte. Im Großen Rat begründete *Dr. Thomas Hohenstein*, damals selber Dozent mit Lehrauftrag an der Hochschule und später Bundesrat, die Vorlage überzeugend. Das neue Hochschulgesetz von Ende Oktober 1938 erhob die Handelshochschule zu einer selbständigen Anstalt des öffentlichen Rechts und verlieh ihr das *Recht der Doktorpromotion*. Nun zog Rektor *Hug* als Haupt einer als ebenbürtig anerkannten Hochschule in die Konferenz der schweizerischen Rektoren ein, und sein Nachfolger *Prof. Dr. Theo Keller* (1944—1951) konnte bei der Fünfzigjahrfeier der Handelshochschule die Vertreter sämtlicher schweizerischer Hochschulen und einer Anzahl ausländischer Schwesteranstalten begrüßen.

#### Anlage der Studien — Ausbau der Forschung: Institute

Der neue Studienplan, dem die Handelshochschule St. Gallen zunächst ihr Gesicht und neben den führenden Lehrkräften den Aufstieg verdankt, verlegte das Schwergewicht von den Vorlesungen auf die Übungen, vom Vorlesungsraum in die kleinen Arbeitsgemeinschaften der *Seminare*. Der Wirtschaftswissenschaften gab es sieben sogenannte Studienrichtungen; dazu kamen deren vier für die Verwaltungswissenschaft, und als zwölfte Studienrichtung konnte die Ausbildung zum Handelslehrer gewählt werden. Allen Richtungen gemeinsam war, daß die Studien nach mindestens sechs Semestern und mindestens halbjähriger Praxis zum *Lizenziat* führten. Nach zwei weiteren Semestern konnte der angehende Wirtschaftswissenschaftler den *Dr. oec.* (oecologiae) und der Verwaltungswissenschaftler den *Dr. rer. publ.* (rerum publicarum) erwerben. Die Anforderungen des Doktorates waren allerdings so streng, daß man noch manche Jahre die *St. Galler Doctores* an den Fingern einer Hand aufzählen konnte.

Neben der Lehre nahm sich die Hochschule auch der *Forschung* mit großem Eifer an. Die Untersuchungen und Veröffentlichungen ihrer Dozenten gewannen an Ansehen. Daneben schritt der Senat auch zur planmäßigen Gründung eigentlicher Forschungsstätten. Die lange Reihe der Institute wurde im Jahr 1936 durch das Schweizerische Institut für Verwaltungskurse eröffnet, das seither in über hundert Kursen viele Tausende von Beamten weiterbildete, indem es sie in wissenschaftlicher Denkweise zum Beispiel mit den grundsätzlichen Fragen neuer Gesetze vertraut machte. Bei der Eröffnung des heutigen Schweizerischen Institutes für Außenwirtschafts- und Marktforschung (1943) war Bundesrat *Kobelt* zugegen, und er versprach sich von der Neugründung nicht nur eine Rüstkammer für den Wettkampf auf dem Weltmarkt, sondern auch eine Entspannung der inneren Front, weil das nüchterne Wissen über allgemeine Zusammenhänge in Wirtschaft und Gesellschaft das bloße Wähnen politischer Leidenschaft zu ersetzen hat.

In ähnlicher Weise gingen die andern Institute zu Werke. Seit 1941 besteht das Seminar für Fremdenverkehr und Verkehrspolitik. Nun folgten das Schweizerische Institut für gewerbliche Wirtschaft (1946), das Versicherungswissenschaftliche Seminar (1949), das Seminar für Agrarrecht und Agrarpolitik (1951), die Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie (1952/1953), das Institut für Betriebswirtschaft (mit Forschungsstelle für den Handel, 1954) sowie schließlich das Lateinamerikanische Institut. Alle diese Institute beanspruchten insgesamt einen Raum, der bald so groß war wie das Hochschulgebäude selbst, in welchem zudem bis 1937 auch die von *Prof. Dr. J. Jovanovits* planmäßig ausgebauten Eidgenössische Materialprüfungs- und Versuchsanstalt (EMPA) untergebracht war, ehe sie vom Bund übernommen wurde, ein eigenes Haus beziehen und sich unter Direktor *Prof. Engeler* trefflich weiterentwickeln konnte. Wie wohl nun auch die meisten Institute auswärts untergebracht wurden, machte sich die Enge der räumlichen Verhältnisse im Hochschulgebäude, das auf rund 200 Studierende berechnet war, immer empfindlicher spürbar. Ließen sich die besonders von *Prof. Wildi* betreuten etlichen Dutzend internierten Polen während der Kriegs-

zeitigkeit im Jahr 1953 den 150-jährigen Bestand seines Kantons und war bereit zu bleibenden Werken der öffentlichen Hand. Ohne eine einzige Gegenstimme hießen der Große Rat und im Februar 1954 mit wechtiger Zweidrittelmehrheit auch das *St. Galler Volk* das neue Gesetz gut. Die Raumnot war ja jedermann ersichtlich. Daß unter den bereits über 500 Studierenden mehr Studenten aus dem Kanton Zürich als aus dem Kanton St. Gallen waren, zeigte deutlich, daß die Hochschule eine *überlokale Bedeutung* gewonnen hatte. Die Raumnot hinderte indessen die Aufnahme von rund vierzig ungarischen Flüchtlingsstudenten nicht, die nach dem Aufstand ihrer Heimat gegen den russischen Druck die Freiheit im Ausland suchten.

In der Nachkriegszeit erkannte die Hochschule ihren besondern Auftrag, der Öffentlichkeit durch berufene Denker und Staatsmänner den Standort der Wissenschaft aufzuzeigen und neue Wege der Wirtschaft, des Staatslebens und der Kultur zu weisen. Schriftsteller wie *Thomas Mann*, Forscher wie der Nobelpreisträger *Heisenberg* und Politiker vom Rang des edeln *Robert Schuman* wurden ans Katheder gebeten, und die wichtigsten der großen Vortragsfolgen erschienen in Buchform. Wir nennen zum Beispiel die vielbeachtete *Neue Weltanschauung*, die Kunstformen des Barockzeitalters, die Rechenschaft über die Automation und das Atomzeitalter sowie die Integration Europas. Mehrmals sprach *Ludwig Erhard*, der Bundeswirtschaftsminister des deutschen Nachbargaates, als Gast der Hochschule. Unmöglich zu sagen, daß die meisten dieser *Veranstaltungen* aus der Hochschule, deren Aula nur rund zweihundert Besuchern Plätze bot, ausgesiedelt werden mußten.

Es war ein ausgesprochener Glücksfall für die Entwicklung der Handelshochschule St. Gallen, daß der 1952 zum Prorektor gewählte *Prof. Dr. Walter Adolf Jöhr* die Lösung der Baufrage als eine seiner Lebensaufgaben ansah, und er darf nun nach sechs Jahren seines Rektorates (1957—1963) mit berechtigter Genugtuung auf sein vollendetes und sehr gegliedertes Werk blicken. Er erkannte gemeinsam mit dem kantonalen Baudirektor *Dr. Simon Fricke* und den städtischen Behörden, daß die notwendigerweise großzügige Anlage, welche alle Institute als Töchter zur *Alma mater* heimrufen sollte, die Kräfte von Kanton und Stadt überstieg. So leitete er eine Sammlung bei der Wirtschaft in die Wege, welche die stattliche Summe von über drei Millionen, das heißt rund ein Drittel der Bausumme, ergab. Nun konnte mit dem Projekt der beiden Basler Architekten *Förderer* und *Otto*, das vom Preisgericht unter 117 eingereichten Bauvorschlüssen als der beste empfohlen wurde, neuerdings der Schritt vor das Volk gewagt werden. Wiederum stellte sich die starke Mehrheit der Stimmbürger hinter das einmütige Parlament. Nur ein einziger der vierzehn Bezirke des Kantons schwang sich im November 1959 nicht zur Zustimmung auf. Der *St. Galler Hochschulverein*, der heute rund 2500 Mitglieder umfaßt, hatte sich kräftig für das Anliegen der Hochschule eingesetzt. Nach dreijähriger Bauzeit konnte die neue Hochschule auf der Höhe des *Rosenberges* zu Beginn des Sommersemesters 1963 bezogen werden.

#### Vom äußern und vom innern Gesicht der Hochschule St. Gallen

Wie vor einem halben Jahrhundert fiel der Neubau mit der Annahme eines neuen Namens zusammen. Dieser lautet seit Beginn des letzten Semesters *Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. Der bisherige Name «Handels-Hochschule St. Gallen» leistete der irrigen Meinung Vorschub, daß das Schwergewicht auf der Ausbildung von Handelsleuten beruhe. In ähnlicher Weise, wie der Wirtschaftsteil der «*NZZ*», unserer führenden Schweizer Zeitung, immer noch mit «Handelsteil» überschrieben ist, obwohl unter diesem Titel auch viele andere Fragen der Wirtschaft mitbehandelt werden, hielt die Hochschule St. Gallen lange an der bisherigen Bezeichnung fest.

Indessen wurde während der Bauzeit der innere Ausbau keineswegs vernachlässigt. Eine *Studienreform* erstreckte die Zeit der Ausbildung für das *Lizenziat* auf sieben Semester. Die bisherigen Kernfächer Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaft behaupteten ihren Vorrang und werden von drei nach ihnen benannten Abteilungen betreut. Die Technologisch-naturwissenschaftliche Abteilung ergänzt diese Fachausbildung dadurch, daß sie die Studierenden mit den neuen Verfahren und Ergebnissen der physikalischen und chemischen Wissenschaften, zum Beispiel mit neuen Prüfmethoden, vertraut macht. Die Sprachlich-histo-

ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, NY  
10024

*Werner* *HS*

27. Januar 1972

10

Frau Dr. Luise Oppenheimer  
610 LaSalle Street  
Durham N.C. 27705

Liebe Frau Dr. Oppenheimer,

vielen Dank fuer Ihren Brief vom 23.d.M. und die Informationen ueber Juden im Kommunaldienst in Bayern. Die Zeitungsnotizen, die Sie mir freundlicherweise ueberlassen haben, sende ich Ihnen wunschgemaess in der Anlage zurueck.

Ein Kunreuther ist Mitglied des Leo Baeck Instituts, und ich werde mich an ihn wenden, um Naeheres ueber seinen Vater zu erfahren. Walter Friedlaender ist ein alter Freund von mir, mit dem ich staendig in Verbindung stehe, und Aenne Hertz hilft uns gelegentlich als Volunteer, sodass ich sie ueber alles befragen kann, was sie noch in Erinnerung hat. Wir haben natuerlich auch das Material ueber ihren Bruder Paul Hertz.

Universitaetsprofessoren moechte ich in dem kommenden Bande so behandeln, wie ich es in dem ersten Band getan habe, d.h. vorwiegend diejenigen, die als Staatsrechtler oder Nationaloekonomen auf die Ausbildung der studentischen Jugend Einfluss ausgeuebt haben, die spaeter in den Staatsdienst ging. Natuerlich verfolge ich dabei kein starres Prinzip. So ist z.B. natuerlich Willstaedt zu erwaehnen, der seinen Muenchener Lehrstuhl, wie Sie wissen, in der Weimarer Zeit aufgegeben hat, weil die Fakultaet sich bei der Auswahl von Assistenten von antisemitischen Gesichtspunkten leiten liess. Nawiaski bearbeite ich, er war zwar getauft, hat aber einen grossen Einfluss als Muenchener Staatsrechtslehrer ausgeuebt, und auch den Philosophen Hoenigswald will ich kurz beschreiben. Wenn Sie ueber diese drei Gelehrten hinaus noch Anregungen haben, so waere ich Ihnen fuer eine Mitteilung dankbar.

Mit nochmaligem besten Dank und freundlichen Gruessen,

Anlage

*Seite 10*

Luise M. Oppenheimer

610 LaSalle Street, Apt. 7 B  
Durham, N.C. 27705

Feb. 5, 1972

Lieber Dr. Hamburger!

In Beantwortung Ihres Briefes vom 27. Januar teile ich Ihnen einige Namen mit, an die Sie vielleicht noch nicht gedacht haben.

Sie schreiben, dass Sie auch an Universitätsprofessoren INTERESSIERT SIND, DIE ERHEBLICHEN ~~XX~~ Einfluss auf die akademische Jugend ausgeübt haben.

Die folgenden Professoren meiner alma mater Freiburg kommen möglicherweise in Betracht: Eduard Heimann, Nationalökonom, später an der Univ. Hamburg, dann an der New School for Social Research in New York. Sein Vater, Ehrenbürger der Stadt Berlin, war Ihnen wohl bekannt. - Edmund Husserl, Philosophieprofessor in Freiburg, Begründer der Phänomenologie, war in den zwanziger Jahren beliebt; sein Assistent und wohl bekanntester Schüler Heidegger wurde freilich ~~kein~~ ein Nationalsozialist, stand dann wohl dem Existenzialismus nahe. - Dankbar erinnere ich mich an Dr. Höniger, juristische Fakultät, und Dr. Walb für Wirtschaftslehre; ob der letztere auch Jude war, bin ich nicht ganz sicher; sein Assistent Dr. Jakob Kahn war schon anfangs der zwanziger Jahre eifriger Zionist und ~~er~~ starb in Israel. - Mein "Doktorvater", v. Schulze-Gäverhitz, war mit einer Jüdin verheiratet. - Prof. Dr. Mombert hatte ich in Statistik, weiss aber nicht mehr ob in München oder Freiburg. An der letzteren Univ. war auch Dr. Riesenfeld Jude, er lehrte anorg. Chemie. - Andere jüd. Prof. die ich erwähnen möchte: Sinzheimer (Arbeitsrecht) und Franz Oppenheimer (Bodenreformer) in Frankfurt; Alfred Pringsheim Schwiegervater von Thomas Mann, Mathematiker an der Univ. München. Dort lehrten auch Carl Süsseim (Bruder des Ihnen bekannten Politikers Max Süsseim) türkische Sprache und Kultur, ferner Uffenheimer (Kinderheilkunde) Strich für Literatur, ich glaube auch Silberschmidt und/oder Neumeyer, beide Juristen/...

Nobelpreisträger, ausser Willstätter, waren Otto Wallach, 1910, in Chemie; besser see Liste der Nobelpreisträger in Philo-Lexikon 1935 Dieses Buch ist eine gute Quelle für viel Material...

James Franck, Göttingen Univ. und später U. of Chicago ebenfalls Nobelpreisträger. Andere Namen: Prof. Hellinger (Hanna Hellingers Bruder, Mathematiker in Frankfurt, Dr. Siegfried Marck, Breslau und in Köln - Max Scheler, Philosoph & Soziologe (Jüd. Mutter). An der Medizinischen Akademie Düsseldorf lehrten Prof. Schlossmann, Eckstein und Prof. Dr. Selma Meyer, alle 3 in Kinderheilkunde. Schlossmann organisierte "Gesolei" 1926, war ebenso wie Eckstein Leiter der Städt. Kinderklinik. - Univ. Heidelberg: Prof. Otto Gradenwitz f. röm. & bürgerliches Recht, Gundolf (Früher Gundelfinger) Literaturhistoriker, Vorname Friedrich; in Frankfurt Carl Grünberg, Nationalökonom. \*

Ausserdem Philolexikon von 1935 und der inzwischen erschienenen Neuauflage empfehle ich Ihnen als Literaturquelle das 1969 erschienene Buch von Max Born & Hedwig Born "Der Luxus des Gewissens", Nymphenburger Verlagsbuchhandlung.

Falls Sie irgendwann Fragen haben sollten, die ich vielleicht beantworten könnte, schreiben Sie mir bitte. Ihre Arbeit interessiert mich sehr!

*Mit besten Grüßen Ihre Luise M. Oppenheimer*

*X spätes Chicago*

\* Ferner: August v. Wasmann ein 1866-1925  
Rakowski (Synthetico) K.S. W. Die im Institut  
Fritz Haber 1868-1934 Nobelpreis 1918  
Paul Ehrlich (Salvarsan) " 1908  
Lexikon S. 511

~~HEHEHEHE~~

Winn  
Lorenz Secret 1920  
auf der Hochschule  
132090 Stunden, darunter  
4972 (3.7%) Ind.)

Find Jahrbuch 1931 p 29/30  
G II 193  
5

10

Weimar <sup>rather</sup>  
Adolph Johns Smith o. Prof. D. Kewitz -  
society in Berlin 70 Jahre alt heute  
C.V. 26/1/33 J. 29 10

~~ant wender~~

- 39 -

~~Zusatz~~

546. Müller-Pohle, Erfindungen von Gefolgschaftsmitgliedern. Berlin u. Leipzig 1943.  
127 S. Hlwd.

10.-

echt. Berlin 1923. VIII. 204 S.

*Gebirte*

- 40 -

9

562. Stier-Somlo, F., Kommentar zum Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920.  
Berlin 1921. XXVIII, 248 S. Hlwd. Gr. 8vo.

25. --

Stöve, H., Das Betriebsrätegesetz. D.

*Waches Schicksal*

*Professoren* S. 294. Allein 1933/34 sind ueber 1600 Wissenschaftler, darunter mehr als 1 100 Professoren und Privatdozenten, rund 15% des Lehrkoerpers entlassen worden. Dazu Zuruecksetzungen, Bedrohungen, indirekte Verfolgungen. Meyerhof, Franck, Einstein, Haber, Hertz. Berlin und Frankfurt verlieren ueber 32%, Heidelberg ueber 24%, Breslau 22%, Goettingen Freiburg Hamburg Koeln 18-19% des Lehrkoerpers. Zahlenmaessig am meisten die medizinischen, prozentuel in die juristischen Fakultaeten (21,2%) Universitaeten mit 16,6% staerker betroffen als technische Hochschulen (10,7%).

*10*



10 Wer Rechte hat wird, bestimmt auf Grund der Bestimmungen der Reichs-  
Präsidenten ist ebenfalls in der Einweisung der Reichsminister zu Reichsminister bestimmt  
§ 1. unverändert reaktionäre Bestimmung! Bestimmungen sind in Widerspruch mit dem Grundgesetz

10  
I,47 f. In Arolsen existierte Dr. Clemens Friedrich Meyer (1824-1898) Schriftleiter der Petersburger Deutschen Zeitung, später Professor für Germanistik in Heidelberg, Badischer Hofrat, nannte sich Meyer von Waldeck. Ein Sohn Meyer-Waldecks (1864-1928) war Vizeadmiral, 1914 Gouverneur und Verteidiger von Tsingtau. Als Quelle zitiert **Arbsberg** Helmut Nicolai, Arolsen-Lebensbild einer deutschen Residenzstadt, 1954 und Juedisches Lexikon, auch Informationen von Privatpersonen.

*Am Paul Arbsberg*

p 72 Hornum Hella Reprent in Högst Funderör - No. Hæmng Solo 14.6.30 Jekant sid. ju-  
stæt + Sæm, fornt mæltit 0 SPX in stæt. in Högst mæltit (Fry Sæmng in stæt f Sæmng.  
4 (1964) s. 525 H. , varnt in Funderör, væm æmt væm Ræmng Sæmng, væmng æmt væmng in 2  
Hæmng. Resolutiøn : væmng Sæmng Europe 14 '75 - 14m Sæmng Sæmng 10

Inhalt: Stahl, Leband, <sup>Navigation</sup> Sines, Valtor 3  
3 Kausen (Kaus! u. lb.). leg u. d. just. 10  
Gangbudy des Kautsch. Hch. beutley,  
fürbend System d. hies. bay. Recht, Kaus. Wolff  
erfahri d. hies. Leher, d. hies. - Joldschicht. Handb. recht  
Ed. v. Simon. Rye. Pros, Hch. v. Fred. bay, Des. recht  
Hesbyminis te. Kausenat. abm: H. Haub. Handb.  
Feschbach, Fleobheim, Hader. bay. Ho. Day. Pa.  
Futrecht, Rosenthal. unclant. Wettbewer. Kautsch.  
Seyffhans. Abt. recht  
Jid. Die. Leher, mit Valtor. J. J. J. Polary  
Kap. VIII, p. 264 ff

Lotmar

Abweichend

Vogel v.

Sunkeimer

o

9

Franke, Mathematiker, p 187/

Industrie- und Technik, ungelöst  
wie vor 100 Jahren in Bayern  
mit ausgeprägter als Markt-  
bedeutung. In Bayern, wird aber  
die Industrie - J. - in Österreich  
bleibt, mit Ausnahme D. -  
Halt - 2. Aus v. by winterlich sel.

Jü. <sup>Lehrer</sup>  
Kriegsalltag Vichy k. fort,  
schon 1921 in D. -  
1921 in D. -

H, selbst kann die in Bayern  
nicht über die deutsche Industrie  
bekannt sein, die in Bayern,  
Kultur bedeutet, die für sich  
Samsby u. fort für die Industrie  
in allen, Fachkräfte, die  
nicht möglich ist, die

Werner

10

Gelbete

monatlich

Kant. J. 48  
Kant. 21-  
well, Hoch  
u. Kreis.  
in d. Wm

Der Breslauer Hochprechtler Helfritz hat um 1928 monatlich  
öffn. auf. Becker für partikul. Verbindlich d. Facultäten,  
auch für seine Person. Erich Wende, Jena S. 59, über Jena  
d. Hochprechtlers Hermann Kellermann nach Kiel 1927, s. Werner

Epische H. 2.  
Deshalb  
Deshalb 2. furt  
d. Wm Rep II  
R. Schindler

Riden, Wrasenoffe 1 furt in d. Wm Rep J. 29 & Erich Eyer,  
Jena d. Wm Rep II (1950) S. 141 ; s. auch Wende, S. 46

10

St

2/2

Weniger Jura-Deputierte  
Referenzen zu Gelehrte Wissenschaften

Sell Weimar.

425. Geore und Schule aristokratisch. Einzelmensch zaehlt. Soziale Probleme existieren und interessieren nicht. Machen sich nicht klar, wie viel sie der liberalen Demokratie verdanken. Gundolf, Wolfskehl, Kantorowicz ihre geistvollsten Vertreter. Geehrt und befoerdert. Goethepreis fuer George, von Becker kommend beruehrte den exklusiven Kreis nicht. Erhob niemals seine Stimme zur Verteidigung der Demokratie. Was sie darueber sagten, atmete Verachtung. Parteitagungen Kommissionssitzungen, oeffentliche Diskussionen unter ihrer Wuerde.



Umw. Teil in 2 Wochen  
Zeit unter Pözl:  
Mannheim Keller Huthaus  
(Friedel) Wertheimer, Lowe  
und (? Lecker ?)

10

LAST MONTH

1971	April							1971
S	M	T	W	T	F	S		
				1	2	3		
4	5	6	7	8	9	10		
11	12	13	14	15	16	17		
18	19	20	21	22	23	24		
25	26	27	28	29	30			

SAT. - SUN.  
**29-30**  
 MAY

NEXT MONTH

1971	June							1971
S	M	T	W	T	F	S		
			1	2	3	4	5	
6	7	8	9	10	11	12		
13	14	15	16	17	18	19		
20	21	22	23	24	25	26		
27	28	29	30					

*Macpherson*  
*Heller*  
*Koblenner*  
*Wasserman*  
*Lowe*  
*Lester (?)*

*Francis Huruf*

5/29/71

5/30/71

Saturday, May 29

1971

Sunday, May 30

**USE A SEPARATE SLIP FOR EACH TITLE**

**CLASS MARK**  
(In upper right  
band corner of  
card)

**Author:**

[PLEASE PRINT]

Israelit. ~~Specimen~~  
Mannheim, Aug. 10, 1932  
N.Y.

**Title:**

[PLEASE PRINT]

Michael W. L. Schreiber

9

**BOOKS MUST NOT BE TAKEN FROM THE ROOM**

SEAT NUMBER

CORRECT NAME AND FULL LEGIBLE ADDRESS REQUIRED

INDICATOR  
NUMBER

Name -----

Address -----

City ----- Zone -----

Colin David Pearson

10  
1st Res 12136, 1969 I V. 1

<sup>Colin</sup>  
Colin went with Karl to work in the field of the *Therapsida* & *Therapsida* in Africa

Colin directed us while he was 3 years older than I was Prof. J. Hall's former colleague,  
brother of the author 1933 and including lectures for school going from when he was  
long in the field of the *Therapsida* job as well as being the author of the book on the *Therapsida*  
of the *Therapsida* & *Therapsida*. The *Therapsida* & *Therapsida* of the *Therapsida* of the

Preuss.

Stahl — preuss. Verfassung.

Geldstücke

Preuss. weimarer Verfassung

10

Abstraktion v. Situations

Prinzipien nach eigener Verfassung

Freiheit gesichert in jeder Art

Lehren durchgesetzt

Prinzipien übertragen v. Stahl die staatsrechtliche Form in der

die Herrschaft? juristisch eingetragene war  $\frac{1}{27}$   
(Carl Herz)

Werner 2. foliole Hermann Heller, Hans  
Kelsen (Köln)

Heller Sozialismus & Nation Jan 1931 10  
Kelsen Marx oder dasselbe Deutschland 1967,  
p 265/6

Reuter, O. Hans H. G. von H. Heller und anderen  
admitt. I pol. Funktionen I. H. Heller, sehen in  
Jugend H. Heller I. H. Heller, sehen in  
admitt. auf H. Heller H. Heller - H. Heller. H. Heller  
H. Heller Grundfragen f. H. Heller H. Heller  
I. H. Heller H. Heller (H. Heller H. Heller)

Konzeption 7. 125. Stamm. Jungbräutchen  
F. prot. Bildy, Juni 1968.

[ also Janna bei Weber. Revol. Wien 1923  
Reinhold Harrmann, Ring u. Detlev  
Tausch Bildy 1917

Commo bei Kessler Geschichte - Geschichte  
Katholische I. Juli 1923

Unverändert Herbeling 20

45 Boyerhaus aus russ. Grüns  
bestanden.

20 ausgewandert (15 von 1951  
noch am Leben)

19 Blätter durch wichtigste Frauen  
gesandt, 10 wieder in Arbeit

2 noch Guss, 1 zurück

2 Selbsthand als Depat. Rolle

2 Selbsthand unbekannt

---

1933 1240 rein jüd. Merk in Hölz

827 ausgewandert (2 zurück)

310 Depat. (33 zurück)

7 Selbsthand (Guss helped)

---

\* Vergessen u. unvergessen am 2.

Holz Holz? Marie Janus u.

\* Bei Unvergessen p. 99



Ruth Tieszen 10

Richard Herwig, <sup>Buse</sup> Thoms  
Lesny, Otto Nijhoff, Leonard  
Klein - Geschichte der -

Kolonisation, Hammer, Hey  
f. Literatur u. d. Geschichte 1964  
54-57

Individual Träger d. Befestigung  
d. Fall Th. Lesny - Briefe  
- Briefe d. Historik d.

Hand - d. Geschichte p 118-122

Gary F. Young, Max. Karsen  
Census formative Hey, Nijhoff  
1959 p 253f

10

Marie Baum schreibt, dass 45 Hektar v. Kordly am 18. 11.  
schon früher verpachtet wurde (wahrscheinlich nach einer  
Mietz. 19 Jahren an Land, nach will. für. Frauen geschätzt.  
(p. 99. den Anwesenden)

X Hans Peter Bleuel / Ernst Kliemann, Deutsche Arbeiter  
bewegung auf dem Wege zum Arbeiter Reich, 1918 - 1933

Karl Sigbert Mohr, Gütersloh, 295 S. DM. 22-

10

(much material about the penetration of the volkische  
idea into the students' movement)

Entlassung 1145 = 19,37 d Lehrkörper d. U. - Teske Handel

unter 4979/00 nach dem Wintersemester 1932/33

497

313 o Prof, 109 a o Prof 284 nicht beurlaubte  
a o Prof 45 Handschriften, 2 322 Privatly 11 Dekane, 13 Fakultät

Lehrer (auch nicht beurlaubte)

10  
Lehrer in Helge Press, d. Volkshochsch. Europa etc. und d  
V.H. 1933-41 Jhr. 1955

## Tilly Edinger

Auf ihrem Weg zur Arbeit wurde Tilly Edinger von einem Auto angefahren. Einen Tag später starb sie an den Verletzungen. Mit ihr ist eines der letzten altfrankfurter Originale und eine Wissenschaftlerin von Weltruf von uns geschieden. Ihr Vater, Ludwig, war als Gehirnanatom führend, und ihre Mutter, Anna, betätigte sich in der Sozialfürsorge. Der Edingerweg in Frankfurt ist nach ihr benannt.

Tilly Edinger wurde am 13. November 1897 geboren, studierte in Heidelberg und schuf die Grundlage für die Wissenschaft der Paläoneurologie mit ihrem 1929 erschienenen Buch "Die fossilen Gehirne". Nach jahrelanger Arbeit am Senckenberg-Institut in Frankfurt musste sie 1939 Deutschland verlassen. Nach einem Zwischenaufenthalt in England kam sie nach Cambridge, Mass., wo die Harvard Universität sie in Kenntnis ihrer Bedeutung und in Unkenntnis ihres Geschlechts anstellte. Die Verlegenheit, die entstand, als man merkte, dass man einer Dame einen Vertrag gegeben hatte, wurde schnell überwunden, und zwischen ihr und ihrem Chef, Prof. Romer, entwickelte sich bald eine der seltenen Freundschaften, von der nicht nur beide Seiten, sondern auch manche Aussenstehenden profitierten.

Nach Marie Curie war Tilly Edinger der nächste Doctor honoris causa in den Naturwissenschaften in Wellesley. Die Universität Giessen verlieh ihr den medizinischen Ehrendoktor, die Universität Frankfurt und die Sorbonne den naturwissenschaftlichen.

Carl Cohen, Cambridge, Mass.

Ernst Lehmann 1931 <sup>Werner</sup> ~~Ernst~~ <sup>Ernst</sup>

By Ernst Lehmann Physiology  
16 Jan 1914 Lehmann's theory  
theory of heredity on bad culture  
marks a school of physiology

Ernst Lehmann  
Ernst Lehmann Ernst Lehmann  
Lehmann

Wolf Lehmann 1852-1917  
Lehmann Lehmann Lehmann

Lehmann 339  
Lehmann 335

Lehmann Lehmann Lehmann 333

Lehmann 296 Lehmann 286 ff

Lehmann 323 Lehmann 461

Lehmann 346  
Lehmann 385

Rehearsal of Lehmann NY 1949  
(Lehmann Lehmann Lehmann)  
Lehmann Lehmann Lehmann

Werner Rott, Erziehung. I feiert in d.  
Weimarer Republik, Köln u. Upladen  
1958. Heft 80 J. Abg. f. Forderung d. Landes  
Kultur - Verhältnisse - Geistesgeschichte  
S. 14 Geschicht. Verhältnisse d. Weim.

Wissenschaften, dass es sich um Pflicht  
1958 (S. 14) u. Schüler d. Weimarer

1958 (S. 14) u. Schüler d. Weimarer  
Republik I veranlassungsbewusst  
entgegen

p 15 Weimarer Gesetz nach der Neu-  
Gründung der K. K. dank d. Initiative  
Adenauers erfolgte was, 12 K. u. 4 Techn.  
H.

p 15 die eigentümlich widersprüchliche Stellung  
welle d. K. S. K. u. pr. Kulturb.  
stark einzuwirken, hatte d. pr. Kulturb.  
ministerium s. f. u. d. K. u. pr. Kulturb.  
für dieselbe gemacht. Ein gewisser Kulturb.  
"Literatur" war jedoch seit d. Beginn  
d. 19. J. in Pr. immer zu finden. Nach  
1918 stellte d. Pr. K. u. pr. Kulturb., e.  
Prof. an die Spitze d. Kulturb.verwaltung

p 15 die sog. Partei... war ihrerseits in ihrer  
rationalen Weltanschauung entsprechend zu-  
wächst unversöhnlich gegen die K.

p 16. Sehen, für viel im Ausland  
haupte Kationen war, sehr in D. auch  
heute nicht g. verschwandene 1870-  
under historisch. Mit. Kreiseverf.  
der e. beid. Gefahr. Selbst in Ausland  
für in D. K. 1850. Festg. regist. Gebauch  
p. 17. & 20. Jahr. 2 Jahre folgende  
weg g. Konditionen u. Historisier  
denn antwortete aus Reaktion, dass  
man erfand Kamine, wie sich in  
18 Jahre erstlich gegeben hatten. Voran-  
zugleich D. Kreisverf. seit in  
19 Zweifel: "Keine Historie kann wohl.  
Vorgänge wiedergeben (Voraussetzungen  
d. Text: historisch a priori. Indes.  
Deutung, der die Gegenstände Volkgebildet  
u. also weit wohl Realität. Heute ist  
jedoch, dass D. Wirklichkeit aus 2 Sub-  
jektiven zusammen u. 2. objektiven Real-  
ität D. Mensch nachlassend ist. so-  
wohl D. Natur - als die letzten  
wissenschaftlichen Laufes

p 23 die Regeln. Fehlen auch der folgenden  
Katholischen Pädagogik. Geschichtswelt D. 19  
Welt auf 3 Niveaus verstanden - Kl.  
Kreise: "Herr, ich bin e. Mitarbeiter u. ver-  
schiebe D. Pädagogik im Meer, da es auch heute  
ist."



- 24. Altkhoff habe Fakultät vorgezogen. Diese  
 wenn zuvorkommen kann, ist wohl ein  
 Voreingenommenheit bei kleineren Sachen nicht  
 in so. Als d. wird aufgegeben. Konsum-  
 sen ist einmal e Fakultät aufgegeben  
 worden. In Bremen Trochot nach Beruf  
 nach Mu. will j. ord. Nachh. d. Zeit. Made-  
 eine gewalt. Erleichterung nicht e. ordentl.  
 Professor, nur tech. Einreden Altkhoffs  
 die aus provisorischen Stellen hervorgehen können  
 d. Kräfte v. Hof. Institut gelangt, kein  
 Ratenschickel f. d. Hof. Hochschule  
 d. Physik. Trochot hat d. auch d. jüngere  
 Später d. Braubergs Fakultät aufgegeben
- 25. Bei 4 pr. Ratenschickel d. wei-  
 man sich nachzusuchen, dass sie sich  
 nicht bemühen, rein passiv. Ein-  
 fließen Urtheil zu lesen
- 26. Rechte durch Fortschritt, Ryz sollte sich  
 streben zu Versetzung d. Rechte/ste d. Fak.  
 kate, für so wichtig. Nach muss über  
 Lehrbetrieb u. Geist. Zusammenhängen Er-  
 wägung ausbleiben, die e. geistig, pädag.  
 stische Verantwortung d. corpus unge-  
 wöhnlich sind.
- 28. Selbstverwaltung d. Wissenschaft in 20 Jahren  
 schwächer entwickelt als heute. Können sich nur  
 d. moment. Bestehen auf p. allenfalls
- 29. Doch auch auf Grund: Prof. u. Stud. recht  
 Speisungsverhalten. Nach sollte auch

Richter 4.

Vorläufer f. Leistung d. Kulturpot. nach  
Kremer. Hauptwesen, das ständig eine eigene  
Erweiterung zu niedrigeren Kulturen nach S.  
Umständen vollst. will verstehen.  
Diefenthal Becker - Hresenauer (Egk  
B II S. 141)

p 30. 3. Klasse d. Hochschulen. 1926 hatte  
die Ratio ihre Wirkkraft noch nicht verlo-  
ren. Wissenschaft Kulturen Eigeneseflichkeit  
im Wesen bezeichnen den Kampf mit mehr  
Zuversicht als heute auf Weltalter d. Aus-  
gleichs. (sindem prominent u. jivitalita-  
tendenz, Kap. und Log., Jugend - Alter,  
wehselechte Stäbgen d. feststehenden.  
31. Pol. hat ein Ansehen über Kremer je,  
steht, Jede Kulturelle gesamte Präso-  
rang d. Pol. über d. Kulturalle, wenn  
man auf geht. u. Wiss. Leistung nicht  
bis Juregg d. Genus hängt aus beprengt  
r. d. pol. geschickten ab

Lehrstuhl prof.

Weniger

Arbeitskreis

Lorenzthal p. Hoff

in Eulenberg

Hilfen:

Wilk. Larsson - from

Eugen Täubler - Hartel

Siegm. Kellermann - d'g

Rich. Selmann - d'g set

Rich. Laqueur - Tübingen

Ernst Perels - Jena

Paul Baumhauer - Jülich (Kolonisch  
forth)

Lehrstuhl:

Leh. Friedrich Hartel

Max Hermann - Jena

Leop. Witkowski - d'g

Indigenen aucht Ernst Frenkel - Kiel

Lehrstuhl: Kogel

Lehrstuhl

10

Lehrstuhl

Gedächtnis

In der New School Library  
ausgegeben für Jahr 1933/34  
4. 4 10 Weimar  
Hermann Kauterwitz Straßburg  
u. Rechtsphilosophie Kiel,  
Emil Lederer Natik, Berlin / Berlin  
Kerney D. Archiv f. Soz. Wiss. u. Soz.-pol.  
Frieda Wunderlich, Kerney D.  
Lehrstuhl Sozialer Praxis (Pädag.  
Kunst, u. d. d.

Albrecht Salomon Pevny u. Kala  
Kerney u. Gesellschaft  
Wolf Löwe Natik Kiel Institut  
f. Weltanschauung  
(Brecht Simon, Handlung)

Frankfurt Keph, Schrift f. Kultur  
u. Politik, Jaz 1964

Jahrbuch 1963 by Cornelia Plesner  
u. die Welt u. die Kunst in der u. die Kunst in der

Kaufmannschaffer  
Fischer  
Kelson

Portus

Rosenkrantz

Nawrocky

H. Heller

(Lubow)

(G. Jellinek)

Kaufmann

H. Rosenberg

u. Reihler  
Deuter

In Israel

Moses

Naphtali

F. Rosenthal

Abraham

Heim Cohen

H. Bort

Jos. Marcus

Ball Roberts



Kurt Schumaker u. Stalder u. Schmid, Studien zu J. Gennep's Repu-  
blik 1920, 79ff. S. 211

Zu den 14 Jahren Ablösung J. Relativismus in der Ethnologie  
in J. 21. J. Romantik S. 211

Die Überwindung J. woggen'scher Staat- u. Staatstheorie seitens J. Koser.  
Gruppe aufsteigt auf e. autokr. u. autokratischen Weg - mündelch  
Dreyer in J. Totalitarismus. S. 215

Die Staatstheorie, die nach Ablösung J. alten Staatsbegriffes  
den bei dieser herrschenden Richtung blieben u. ein normativistisches  
Rechtssystem, welches von J. letzter Einwirkung u. Republik  
in J. verfassungsmäßig Ordnung über jeden Zweifel erhaben, hoch oder besser  
wegen J. Gesetz J. Relativismus

Wolfgang Bauer, Totalitarismus u. Weltbestimmtheit im Kampf  
- die deutsche Demokratie, 1958, S. 209-229

Wolfgang Bauer, Repub.

*Personal - Werner*

*11*  
*10*

# THE UNIVERSITY IN EXILE

## THE GRADUATE FACULTY OF THE NEW SCHOOL FOR SOCIAL RESEARCH

THE GRADUATE FACULTY OF POLITICAL AND SOCIAL SCIENCE HAD ITS GENESIS IN THE UNIVERSITY IN EXILE, WHICH WAS ESTABLISHED BY THE NEW SCHOOL FOR SOCIAL RESEARCH IN 1933 AS A HAVEN FOR DISTINGUISHED EUROPEAN SCHOLARS PERSECUTED BY TOTALITARIAN GOVERNMENTS IN THEIR HOMELANDS. CONCEIVED BY ALVIN JOHNSON, THEN DIRECTOR OF THE NEW SCHOOL, AND SUSTAINED BY THE GENEROSITY OF HIRAM J. HALLE, THE ROCKEFELLER FAMILY, AND MANY OTHER CONCERNED AMERICANS, THE UNIVERSITY IN EXILE MADE IT POSSIBLE, PRIOR TO AND DURING WORLD WAR II, FOR 167 IMPERILED SCHOLARS AND THEIR FAMILIES TO FIND SAFETY AND INTELLECTUAL FREEDOM ON THESE SHORES. ITS EXAMPLE WAS FOLLOWED BY OTHER EDUCATIONAL INSTITUTIONS, RESULTING IN THE RESCUE OF MANY OF EUROPE'S FOREMOST THINKERS AND LEADERS. SOME EXILED SCHOLARS REMAINED HERE AS THE NUCLEUS OF THIS GRADUATE FACULTY, WHICH WAS CHARTERED BY THE UNIVERSITY OF THE STATE OF NEW YORK IN 1934; OTHERS WHO WERE BROUGHT OVER BY THE NEW SCHOOL WENT ON TO TEACHING POSITIONS AT OTHER UNIVERSITIES, ENRICHING THE FABRIC OF HIGHER LEARNING IN THE UNITED STATES.

THIS PLAQUE, INSTALLED ON THE OCCASION OF THE NEW SCHOOL'S 50TH ANNIVERSARY, IS DEDICATED TO THE FACULTY MEMBERS AND FRIENDS OF THE UNIVERSITY IN EXILE WHO FIRST FORMED THE GRADUATE FACULTY AND DURING ITS FIRST DECADE IMBUED IT WITH THEIR DEVOTION TO TRUTH AND HUMAN LIBERTY. THEY CONSTITUTE AN HISTORIC CHAPTER IN AMERICAN HIGHER EDUCATION.

### FACULTY

RUDOLF ARNHEIM  
SOLOMON E. ASCH  
MAX ASCOLI  
KARL BRANDT  
ARNOLD BRECHT  
GERHARD COLM  
FERNANDO DE LOS RIOS  
MARIO EINAUDI  
ARTHUR FEILER  
EMIL GUMBEL  
ALBERT HALASI  
EDUARD HEIMANN  
JULIUS HIRSCH  
ERICH HULA  
ALVIN JOHNSON  
ALFRED KAHLER

HORACE M. KALLEN  
HERMANN KANTOROWICZ  
FELIX KAUFMANN  
ALEXANDER KOYRE  
ERNST KRIS  
EMIL LEDERER  
FRITZ LEHMANN  
ABBA P. LEHNER  
NINO LEVI  
CLAUDE LEVI-STRAUSS  
RUDOLF LITTAUER  
ADOLPH LOWE  
JACOB MARSCHAK  
CARL MAYER  
JULIE MEYER  
BORIS MIRKINE-GUETZEVITCH  
HANS NEISSER

ALEXANDER H. PEKELIS  
KURT RIEZLER  
ALBERT SALOMON  
GAETANO SALVEMINI  
PAUL SCHRECKER  
RICHARD SCHULLER  
ALFRED SCHUTZ  
HANS SIMONS  
HANS SPEIER  
HANS STAUDINGER  
LEO STRAUSS  
ERICH VON HORNPOSTEL  
MAX WERTHEIMER  
ERNST KARL WINTER  
FRIEDA WUNDERLICH  
JULIUS WYLER

### FRIENDS

*Handwritten notes:*  
*Frank Altschul*  
*(American Jewish Committee)*  
*George Backer*  
*George W. Bacon*  
*William H. Baldwin*  
*Jacob Billikopf*  
*Charles C. Burlingham*  
*Benjamin J. Buttenwieser*  
*Mrs. Henry White Cannon*  
*Carnegie Corporation of New York*  
*James H. Causey*  
*Ward Cheney*  
*Grenville Clark*  
*Wilbur L. Cross*  
*George L. Davis*  
*John Dewey*  
*Stephen Duggan*  
*Mrs. Doris Duke*  
*Mrs. Lewis A. Eldridge*  
*Mrs. Ralph M. Ellis*  
*Mrs. Dorothy Straight Elmhirst*  
*Elizabeth Glendower Evans Fund*  
*Samuel S. Fels*  
*A. Lincoln Filene*  
*Thomas K. Finletter*  
*Felix Frankfurter*  
*Leon Fraser*  
*Otto Frohne*  
*Mrs. Babette Goldman*  
*Ernest Gruening*  
*Hiram J. Halle*  
*Julia Halle*  
*Learned Hand*  
*Wallace K. Harrison*  
*Mrs. Forbes Hawkes*

FRANK ALTSCHUL  
AMALGAMATED CLOTHING WORKERS  
OF AMERICA  
AMERICAN JEWISH COMMITTEE  
GEORGE BACKER  
GEORGE W. BACON  
WILLIAM H. BALDWIN  
JACOB BILLIKOPF  
CHARLES C. BURLINGHAM  
BENJAMIN J. BUTTENWIESER  
MRS. HENRY WHITE CANNON  
CARNEGIE CORPORATION OF NEW YORK  
JAMES H. CAUSEY  
WARD CHENEY  
GRENVILLE CLARK  
WILBUR L. CROSS  
GEORGE L. DAVIS  
JOHN DEWEY  
STEPHEN DUGGAN  
MRS. DORIS DUKE  
MRS. LEWIS A. ELDRIDGE  
MRS. RALPH M. ELLIS  
MRS. DOROTHY STRAIGHT ELMHIRST  
ELIZABETH GLENDOWER EVANS FUND  
SAMUEL S. FELS  
A. LINCOLN FILENE  
THOMAS K. FINLETTER  
FELIX FRANKFURTER  
LEON FRASER  
OTTO FROHNKNECHT  
MRS. BABETTE GOLDMAN  
ERNEST GRUENING  
HIRAM J. HALLE  
JULIA HALLE  
LEARNED HAND  
WALLACE K. HARRISON  
MRS. FORBES HAWKES

DANNIE HEINEMAN  
IRA HIRSCHMANN  
MRS. DOROTHY HIRSHON  
NATHAN HOFHEIMER FOUNDATION  
OLIVER WENDELL HOLMES  
ROBERT M. HUTCHINS  
INTERNATIONAL LADIES'  
GARMENT WORKERS' UNION  
MRS. HENRY ITTLESON  
CLAY JUDSON  
VICTOR W. KNAUTH  
WOLFGANG KOHLER  
THOMAS S. LAMONT  
MRS. THOMAS W. LAMONT  
DEAN LANGMUIR  
MRS. TRUDE LASH  
MRS. HENRY GODDARD LEACH  
MR. & MRS. ARTHUR LEHMAN  
NATHAN W. LEVIN  
DR. & MRS. DAVID M. LEVY  
LUCIUS N. LITTAUER  
CARL M. LOEB  
HENRY R. LUCE  
BYRNES MACDONALD  
ROBERT M. MACIVER  
ARCHIBALD MACLEISH  
JACQUES MARITAIN  
WILLIAM MCCHESENEY MARTIN, JR.  
ALBERT MAYER  
CLARA MAYER  
JOSEPH MILNER  
HOWARD M. MORSE  
WILLIAM A. NEILSON  
EDWARD A. NORMAN  
MRS. DANIEL O'DAY  
HARRY A. OVERSTREET

WILLIAM S. PALEY  
MARION PASCHAL  
FRANCIS T. P. PLIMPTON  
GEORGE A. PLIMPTON  
JUSTINE WISE POLIER  
ELIOT DEMING PRATT  
BORIS PREGEL  
RALPH PULITZER  
ROCKEFELLER FOUNDATION  
NELSON A. ROCKEFELLER  
DAVID ROSE  
ROSENWALD FAMILY ASS'N  
THE JULIUS ROSENWALD FUND  
LAURENCE B. ROSSBACH  
JOSEPH HALLE SCHAFFNER  
HARRY SCHERMAN  
MRS. DOROTHY SCHIFF  
CARL SCHURZ MEMORIAL FOUNDATION  
EDWIN R. A. SELIGMAN  
EUSTACE SELIGMAN  
MRS. CLEMENT A. SMITH  
DANIEL CRANFORD SMITH  
MR. & MRS. OTTO C. SOMMERICH  
RENEE A. SPITZ  
MRS. SYDNEY S. SPIVACK  
MRS. ARTHUR HAYS SULZBERGER  
HERBERT BAYARD SWOPE  
PAUL TILLICH  
MR. & MRS. JOSEPH URBAN  
MRS. FELIX M. WARBURG  
LOUIS S. WEISS  
MAURICE WERTHEIM  
WILLIAM C. WHITNEY FOUNDATION  
WOODROW WILSON FOUNDATION  
LEO WOLMAN  
SAMUEL ZEMURRAY

APRIL 25, 1969





## 71

## 29.1.1919 nachm.: Sitzung des Zentralrats mit der Sozialisierungskommission

DZA Potsdam, Sozialisierungskommission 61, Bl. 24-29. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll (Erstschrift)<sup>1)</sup>. Überschrift: „Niederschrift über die Sitzung beim Zentralrat am 29. Januar 1919.“

Anwesend: von der Sozialisierungskommission Ballod<sup>2)</sup>, Hilferding<sup>3)</sup>, Lederer<sup>4)</sup>, Schumpeter<sup>5)</sup>, Vogelstein<sup>6)</sup>, Wilbrandt<sup>7)</sup>, Heimann<sup>8)</sup>; vom Zentralrat keine Anwesenheitsliste; Sprecher: Cohen, Grzesinski, Voigt, Heller, König, Kohl.

Vorsitz: Cohen.

Protokoll:<sup>9)</sup>

Beginn: 16.00 Uhr<sup>10)</sup>; Schluß:<sup>11)</sup>

Verhandlungsgegenstände:

1. Organisatorische Fragen der Sozialisierungskommission (Fehlen einer Bestallung, Kompetenzen, Konflikt mit dem Reichswirtschaftsamt).
2. Sozialisierung des Bergbaus.
3. Haltung der Regierung in der Sozialisierungsfrage.

- 1) Auf dem ersten Blatt rechts oben hs. Vermerk: „z.d.A. 31/1 E[duard] H[eimann]“.
- 2) Dr. Carl Ballod (1864-1933), von 1893 bis 1895 evangelischer Pfarrer, 1899 Privatdozent in Berlin für Nationalökonomie und Statistik, seit 1905 Mitglied des Preußischen Statistischen Landesamts, November 1918 Mitglied der Sozialisierungskommission.
- 3) Dr. med. Rudolf Hilferding (1877-1941); von Beruf Arzt, widmete er sich schon bald ausschließlich dem Studium nationalökonomischer und finanzwissenschaftlicher Probleme (sein berühmtes Werk „Das Finanzkapital“ erschien 1910); 1905-1917 war Hilferding Redakteur am Vorwärts, bei der Parteispaltung schloß er sich der USP an. November 1918 Mitglied der Sozialisierungskommission, 1919 Chefredakteur der „Freiheit“. Weitere Angaben s. Osterroth S. 131 ff.
- 4) Vgl. Nr. 50 Anm. 46.
- 5) Dr. Joseph Schumpeter (1883-1950), 1909 Professor für Volkswirtschaft in Czernowitz, seit 1911 Professor in Graz, der sozialdemokratischen Partei Österreichs nahestehend; März 1919 bis Juni 1920 österreichischer Finanzminister, 1925 Professor in Bonn, von 1932 an in Harvard.
- 6) Dr. Theodor Vogelstein (geb. 1880), Bankier, 1910 Privatdozent in München, während des Krieges Mitglied des Vorstandes der Kriegsmetall A.G., später Mitinhaber des Bankhauses C. Kretschmar in Berlin; aktiv in der „Gesellschaft für soziale Reform“, daher im November 1918 in die Sozialisierungskommission berufen.
- 7) Dr. phil. Robert Wilbrandt (geb. 1875), seit 1908 Professor für Volkswirtschaft in Tübingen, der SPD nahestehend; November 1918 Mitglied der Sozialisierungskommission.
- 8) Dr. Eduard Heimann (geb. 1889), Sohn des Philantropen und sozialdemokratischen Politikers Hugo Heimann (vgl. Osterroth S. 119 ff.), bereitete er sich nach dem Studium der Rechte und der Volkswirtschaft auf die Hochschullaufbahn vor; Dezember 1918 Sekretär der Sozialisierungskommission; in den Jahren der Weimarer Republik gemeinsam mit Paul Tillich führender Vertreter des religiösen Sozialismus.
- 9) Das Protokoll enthält keine Angabe darüber; der hs. Vermerk (s. Anm. 1) macht es jedoch wahrscheinlich, daß das Protokoll - wenn nicht von Heimann selbst angefertigt -, von ihm zumindest durchgesehen wurde.
- 10) Das Protokoll selbst enthält keine Angabe; die Sitzung war auf 16.00 Uhr anberaumt (s. Nr. 70 S. 520).
- 11) Keine Angabe im Protokoll.



Universitaetsprofessoren.

10  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52

Noch aus der Kaiserzeit Ernst Landsberg (1860-1927) 1883  
habilitiert, 1893 verlangt Kurator von Bonn namens Fakultät  
Beförderung, da er wegen Bekenntnis nur unbesoldeter extra-  
ordinarius. 1895 etatsmaessiger Extraordinarius fuer Straf-  
recht und Strafprozess, 1899 vor allem als Geschichtsschreiber  
der Rechtswissenschaft Ordinarius. Erster und einziger Jude,  
an dessen Abkunft kein Zweifel bestand, Rektor 1914-1915  
mit 45 von 87 Stimmen gewaehlt. Fritz-Stier-Somlo (1873-1932)  
Rabbinersohn, 1901 in Bonn habilitiert fuer Verwaltungs- und  
Voelkerrecht. Praedikat Professor. Uebersiedelt 1913 nach Koeln  
dort unterrichtet und schliesslich Rektor. Handbuch des  
Voelkerrechts. Alfred Philippson (1864-1953) Bruder von Mar-  
tin Philippson, 1891 Dozent fuer Geographie, 1899 a.o.Prof.  
nach Berufungen kehrt er 1911 nach Bonn ~~zurueck~~ zurueck, 1915  
Dekan. 1929 emeritiert. Wilhelm Levison (1876 -1947),  
Mitarbeiter an Monumenta Germaniae historica, 1903 Privatdozent,  
1912 a.o.Prof. fuer historische Bildwissenschaften, im Welt-  
krieg ordentl. Lehrstuhl fuer mittelalterl. Geschichte in  
Bonn, Berufung nach Berlin abgelehnt. Palaeograph und  
Diplomatiker, Lehrer einer Generation von Historikern der  
mittelalterlichen Geschichte. Felix Hausdorff (1868-1942)  
kam als a.o.Prof. nach Bonn 1911, 1913 nach Greifswald.  
Issai Schur (1875-1941) Mathematiker in Bonn. Hausdorff,  
auch Mathematiker kam Anfang des Krieges wieder nach Bonn.  
Leo Spitzer (1887-1960) Romanist aus Wien, habilitiert 1918  
1925 nach Marburg, 1930 nach Koeln.

In Weimarer Zeit Alfred Kantorowicz (1880-1962) in Bonn a.o.  
1922 ord.Prof. Zahnheilkunde. 1920 Otto Loewenstein (1889-1965)  
Psychiatrie, gruendete Landeslinik fuer Jugendpsychiatrie  
1931 o.Prof. und Direktor des Patho-Psycholog. Instituts. 1928  
kam aus Kiel Otto Toeplitz, Mathematiker (1881-1940). 1928  
wurde Alexander Sperber, geb. 1897 einziger Dozent an einer Uni-  
versitaet fuer das Fach Judaica. Martin Wolff, Jurist, buergerl.  
Recht und Rechtsgeschichte (1872-1953) in Bonn von 1919-1921,  
dann Berlin. Gerhard Husserl (1893 geb., roemisches und buergerl.  
Recht, 1926 als a.o.Prof. nach Kiel versetzt, 2 Jahre vorher  
a.o.Prof. in Bonn. Max Gruenhut (1893 -1964), 1922 in Hamburg  
habilitiert, 1924 Lehrstuhl in Jena, 1928 Nachfolger Landsbergs

mKluge

S. 155

ff

10

Berthold Freudenthal, Ordinarius an der juristischen Fakultät. Ehrlich wird Ordinarius fuer Neurologie und fuehrt in dem ihm hier eingerichteten Kgl. Institut fuer experimentelle Therapie zu grossen Erfolgen; Immunitätsforschungen, Salvarsan, 1908 Nobelpreis. S. 156: Die Fakultät fuer Wirtschaft s- und Sozialwissenschaften als Fortsetzerin der Akademie fuer Handels- und Sozialwissenschaften wird durch Merton's Idee und Heranziehung der praktisch technischen Handels- und Wirtschaftsdisziplinen gepräegt.

Kluge

S. 170.

10

Die WISO Fakultät ~~ehrt~~ ehrte 2 Frankfurter, den Geheimen Justizrat Dr. jur. Henry Oswald/t fuer seinen hervorragenden Anteil an der Vorbereitung der U. als vertrauter Mitarbeiter von Adickes und Justizrat Dr. Ludwig Heilbrunn, der in vielseitiger oeffentlicher Taetigkeit mit an erster Stelle die erfolgreiche Vertretung des Universitaetsgedankens in der Oeffentlichkeit uebernommen hat. Oswald (S. 177) 1849-1934, 1889-1901 Stadtverordneter in der national-liberalen Fraktion, Aufsichtsratsmitglied Metallgesellschaft. Heilbrunn 1870-1951, seit 1904 Herausgeber der "Monatsschrift fuer Handelsrecht und Bankwesen". Fortschrittler, dann DDP. Stadtverordneter seit 1910, als Kommunalpolitiker hat er sich fuer eine planvolle Umwandlung der Handelsstadt FfM zu einem Industriezentrum eingesetzt. 1919 - 1923 M.d.L.

Kluge

S. 207 f

10

Fuer Franz Adickes hielt 1915 Berthold Freudenthal, der ihm vielleicht von den Mitgliedern des Lehrkoerpers am naechsten gestanden und schon von der Akademie her viele Jahre an seinen Plaenen mitgearbeitet hatte die Gedaechtnisrede. A., so sagte Freudenthal berief sich fuer sein letztes Ziel, Universitaetsgruendung auf Wort Bismarcks, bei der Ablehnung der Berufungen nach Berlin in Ministerialstellungen war Universitaetsgedanke stets der Hintergedanke *bei Adickes*.

*1 auf. brw. Leininger wird er gehen  
(Adickes D. J. J. J. J.) wird mehr  
aber auf Klausur fassen*

Landesgerichtshof : Braunschweig Reich  
10.10 1932

Verbot der Braunschweiger Freiwirtschaft der SA  
2. Januar - Leutnant, Jäger und Gendarm waren:

Prof. Wundt, Gier, Peter Heller Sturzkamp

Hinrich Frecht, Jant, Fecht

Weiter 8 : 3 Jäger

Weiter 5 Professoren 2 Jäger

10

Sarah Toka J. G. General Ernest Plummer, Add. March auf 3 long -  
belle Reus f. Interdial 1967

10

p 205  
205  
p. 205 -  
p. 205 -  
f. Interdial, V. 5 f. Interdial

113 In zuueckland kann werden 7 Vorkostenbericht bei J. 4. voll 3. 2. H. Interdial ab-  
hi Monate 7 Monate in 2. Reuecken u. Interdial H. Interdial v. Interdial, 2. 4. 5. D. H. 5. H. D.  
was Winterreuecken 1930/31 Interdial. In 11 H. Interdial ab. Interdial N. 5, and  
50% 2. Interdial. In 10 H. Interdial starkste Feld. Interdial 1931 Interdial en 4. Interdial  
Interdial en Interdial Interdial 1931 zu Interdial Interdial  
N. 5. H. D. Interdial Interdial 4000 Interdial Interdial - Interdial 2. H. D. Interdial - Interdial  
Interdial

p 173 H. 8. 30 Interdial, Interdial (p. 11. 1. 4. 8) Interdial Interdial Interdial Interdial

129 Interdial Interdial Interdial Interdial Interdial  
Interdial 1911 - 1922 376 Interdial Interdial, 22. 1. Interdial

164 Interdial f. Interdial 2. Interdial Interdial. 1425 Interdial Interdial  
Interdial Interdial Interdial Interdial Interdial Interdial Interdial Interdial Interdial Interdial Interdial

169  
1914 Interdial

Ich sende dir Brief vom 1. April 1963,

S. 99 f. über Prof. Dr. Ernst Kantorowicz anlässlich

des 25. Jahrestages / . . . 1933 hat als Königspre-

wahlungs- als Nachkriegskämpfer in Polen, Spanien- u. Räte-

republik in Paris, die im deutschen Exil war und für die

im Jahre 1933, obwohl ich auf die in Paris - es über die Hofsta-

ten-Kasse für die in der Folgezeit später e. wieder national

gestellte beschuldigt Kaiser Maximilian I. in der Folgezeit, John S.

hatte die auf . . . meine Ansicht aller Feindschaften u. Tages-

erregung begünstigt, grundsätzlich persönlicher Einstellung später e.

erwartet berichtet, dass Kantorowicz auch die 2. Folgezeit für

viele Jahre nicht ins Wachen kommen . . . Trotz will er

als Jude war, auf seine Persönlichkeit Kantorowicz nicht zu denken und

10



REFERENCE:

10

Gottlieb

Hermann

Elias Auerbach, Pionier der Verwirklichung, Stuttgart 1969

- S.125 ff Hermann Munk Begründer der modernen Physiologie blieb Professor an der tierärztlichen Hochschule, obwohl die Berliner medizinische Fakultät nach dem Tode Dubois-Raymonds 1896 ihn als einzigen zum Nachfolger vorschlug. Althoff fragte Munk an, ob er sich taufen lassen würde, nach Verneinung wird er nicht befördert. Auerbach hoert Simmel ueber Ethik und Nationalökonomien, darunter Oppenheimer mit reicher Anregung.
- S.134 ff Auerbach schildert Politisierung der Studentenschaft, Entstehung des VDSt, der Korps, Burschenschaften und Landsmannschaften und die Entstehung der Freien Studentenschaft, damals Finkenschaft genannt, wo sich die Linke sammelte, daneben die ausgesprochenen juedischen Organisationen. In Fuehrung der Finkenschaft seit etwa 1900 Heilmann, kaempfte gegen reaktionaere Richtung, glaenzender Debatter, ~~XXXXXX~~ da er keinen Treueid auf Koenig ablegen wollte, wurde ihm die Zulassung zum Referendar verwehrt. Vor Wahlen zur akademischen Lesehalle legte Auerbach Standpunkt der national juedischen Studenten zum Organ der Finkenschaft dar; Bab der Redakteur des Blattes "der Freie Student", Organ der Finkenschaft, nahm den Beitrag auf, fuegte polemische Antwort Heilmanns gegen ihn hinzu. Auerbach schreibt auch ueber Eugen Taebler, 1879 geboren, zuerst in Zuerich a.o. Professor, 1925 Ordinarius in Heidelberg, wo er 1929 Mitglied der Akademie der Wissenschaften wurde, ab 1933 auf Aemter verzichtet, lehrt wieder als Dozent an der Hochschule fuer die Wissenschaft des Judentums. 1941 Professur am Hebrew Union College in Cincinnati. 1953 gestorben.
- S.181 Vor dem Kriege Stabsarzt Hirsch der einzige juedische Stabsarzt in der bayerischen Armee, in Preussen keiner.
- S.316 Julius Hirschberg 1900 Ordinarius in Berlin, hervorragende Augenarzt, Forschungen auf dem Gebiet der arabischen Medizin, beherrschte die klassische arabische Sprache, Bekämpfung des Trachoms in Palaestina.
- S.318 Die Posener Resolution von 1912 wonach Uebersiedlung nach Palaestina in Lebensprogramm aufzunehmen, undeutlich und unverbindlich, haette lauten muessen, dass jeder Zionist die persoenliche Verwirklichung seines Zionismus so schnell als moeglich auf sich zu nehmen habe. Nur wenige Dutzend deutscher Zionisten vor 1914 nach Palaestina, aubh nach dem Kriege nur verhaeltnis-

kleine Gruppe und Einzelne, sodass vor 1933 wohl kaum mehr  
als 1500 deutsche Zionisten im Lande.

(10) Walechka  
(Ser) Lewis B. Namier

(Lect of Congress)  
D  
387  
N 3  
Copy 2

1848  
          

1848: The Revolution of the Intellectuals  
(The Raleigh Lecture on History)  
British Academy 1944.

From the Proceedings of the Brit Acad. Vol XXX London  
(read 12/7/1944)

p 3. The 10<sup>th</sup> of April 1848 witnessed the collapse of Chartism  
in the most highly industrialized city & fell to the pot. of  
ex. emancipation <sup>of the urban</sup> working class & passed into con-serv-  
lutionary channels.

p 184. 1848 was a year of war & defeat, but outcome  
of 33 creative years of Europe's peace

5 1789 (Fr) 1917 (Rus) Revol by converging action of the 2  
greatest revolt forces: people of the capital & masses of the  
1848/89 financial crisis, in empty, superior, primitive, practical character of demands. 1848:  
The proletariat of the quickly forming modern capitals

6 Change overdue. Liberal Pope 1846 in Italy; reforming  
States; United States 1847 in France; Sardinian war,  
Sax; abortive Polish Revol, 1846. outbreaks in Italy 1848.  
Consciousness of tension. The mob had come out  
in revolts, passions and ideas, with ideas; the crowd class  
crashed in on it.

9 Meyendorff, Russ. ambas. in Paris wrote 25/3/48 to the former  
Journal of Russ. Polat: the triumph of the bourgeoisie allowed to  
the entrance was the following <sup>stage</sup> of social revol;  
of the French & workers conflict in Paris and workers  
etc. this will spread to Berlin. — Candidates in France pro-  
posed L'organisation in Paris, failed to define it

Haller (2)

Revol

It was still an open question whether 1848 Revolt would assume a social character or confined within pol. channels; and it was primarily in France that this had to be decided

10 11 Jan says - Toynbee. Formidable revolt, 100,000, fought, not a pol. struggle, a class war, a kind of slave war. It forms the most characteristic feature of the Feb Rev

After 2000 people asked what Rev had meant. chaotic, meaningless, chaotic affair, banquet what should have been allowed. "1848 in France carried the 2 basic ideas of the Feb Rev to the logical conclusion: equality was achieved in universal suffrage and the sovereignty of the people in the Republic. The dev. which it interrupted was what in other cont. states was the pol. side, approved to attain: part. gov and pol. liberty under a constitutional monarchy

p 11

Social, pol. national elements of the Revol.

p 11

Political covers probl. of self gov and the freedom

The intellect had to learn that part. syst. is based on articulation of society, not on levelling it down. If social inequalities be destroyed and pol. structure broken,

held open for plebiscitarian democracy. Some days highlighted for self-organization of the class, the <sup>Europe</sup> ~~French~~ ~~Chal~~

None of the pop. revolts in cont. and each <sup>Europe</sup> had a clear class character. There was a growing element of nat. radicalism in them

ija leira, Cadet members  
of Vilna party meeting: Jew, Ivan, Valentin (3)  
and the 12 Joubertist of Baron (26, 4) fighting in Poznan (Milit. Reg), Comandant of  
Tade. Praga by Krasnopol 17/6/48 will be closed with dem. Reg. back was national.

19 Agrarian settlement in Austria. Peasants were  
to the power behind the Revol. 26/7/48 Rural dem. and in

21 immediate abolition of all rights and duties from  
underlying the relations of the peasants - unassured only carried.

Anton  
Spranger  
Joubert  
Krasnopol

Only question of compensation (national). When on Sept 7  
the Emancipation Act passed its last reading, the peasant masses  
lost further interest in Parl. Under reaction agrarian settle-

22 ment was left untouched. Peasants turned conservatism.

p23 The protest was defeated in Paris, the peasant was brought  
off into the Holy monarchy. Social forces behind Rev of 48  
disoriented and insufficient from outset, were thus practically  
eliminated. What remained was middle class led

p24 by intellectuals, and the modern ideology with old key  
concepts of old established powers and interest. Foremost  
is that ideology was the demand for a share in the gov't of  
France to be recognized in acc with the nat. principle.

p26 Right to self pt 5 to self pt as corollaries of the  
principle of nat. sovereignty. (Country) to dynastic property  
Just another dev. is based on that article country frontiers

27 Self pt contracts frontiers, is aptly regulates the country state  
and its inner dev, and by civil and interest. Hope is  
apt to stultify const. growth. ... p28 How with by with

with Krasnopol there was another Party "Neparlamentar-  
ismus im Kleinstaat" (Valentin III p 2) Austrian Ger-  
man leading part in 1848, simultaneously in Austrian

p28 Council has they demanded by voting for themselves 2  
different sets of fund. rights in the 2 Parliament

Origine de la Rev 1848 social, assurance caractères  
polit après Juin 1848 Paris, propaganda de l'Europe  
Nansen (4)

Sept 1848  
(date d'émancipation)

31  
p30 Display of betw. civilt and nat. movts since 1848.  
The latter win. Const régime is secure when its laws engrained  
in habits, instinctive reactions (mœurs) it safeguards civilt life,  
presupposes agreement, stability. States are not created or destroyed  
by argument and waj. etc. nations are freed, united, broken by  
blood, iron; violence is the instrument of nat. unity: revol. and  
war. In 1848 the subv. social forces were not equal to the task,  
war had to come first; hence the bellona ardours of the soc. rev., and  
the prudent passivity of the Conservatives. Nat. revolution could not be  
come effective except by laying hold of govts and armies as in Piedmont  
and Hungary, small states that were hampered by hesitations, the other  
great with difficulties. Prussia's action in Saxony - Wolsen less than half-  
hearted. In 1848 ultimate control of state-making <sup>armies</sup> Germany of great  
Powers reconciled with Conservatives, which preserved peace. Revolt ex-  
hausted itself without achieving concrete results; left imprint only  
in field of ideas.

compare with  
Comm. movement  
1918

p32 John the kill sad on feelings which make men indifferent  
to rights, interests of others than those are called by same name  
and speak same language = barbarians. It was seen that even  
in feeling sentiments of nationality far outweighs love of liberty  
and people are willing to abet their rulers in crushing lib. and  
indep. of any people not of their race & language. 1848 starts  
the first Europ war of every nation ag. its neighbors. <sup>p33</sup> Germany  
was driven from Prussia rather than from Prussia & Prussia's  
nation. Reynoldoff wrote to Messerschmidt 29/3/48: I <sup>have</sup> pub a Danish  
number... in touch with Sir Stafford Carmichael so that English should  
see how foolish nat. Germany is to all other nations and how it  
threatens peace of Europe.. (Peter v. Reynoldoff Vol. 1 and publisher  
Dunfries 1826 - 1863 (ed Hochsch (1923) II p 58-59 (annex 53-4)

Ranke!

Neuville (5)

France (p 34) The revolt party thought war inevitable for France and necessary for itself, inheritance of Gov. - Empire double standard of prop. and conquest. But it was, "those" <sup>millions</sup> ~~millions~~ which make no noise but are France? (Georges Neuville II p 85, 80) would not have marched unless France were attacked.

War presaged violence - a Caesarian dictatorship, repugnant to the middle class, with their intellect. leaders. France saw the barricade & talked peace. Laurentine sincere pacifist *Laurentine Trois mois au pouvoir 1848, p 68, 69-78.*

35 Circular to foreign ambassadors 27/2; pamphlet to the Powers & wars. Showed common sense in for. pol

Circolet, a lieutenant wrote of 1848: Fr., at that time, seemed invested with the privilege, fresh & dangerous, to feel, to think to speak or to act in the name of humanity (*Souvenirs d'une mission à Paris en 1848, I p 88*)

Laurentine, *les précurseurs de la 2<sup>e</sup> R. in La Revue de 1848,*

*Bulletin*, etc. vol XXI, July - August 1924

Laurentine 5/3 reassured through Circolet (op. cit. vol I, p 80) King of Prussia "In Paris we have <sup>and</sup> successfully bloodbath. anarchy as order... with the same energy as with blood bath was - Europe. v.v. Laurentine that *La Revue de 1848 II p 175-179.*

38/7 Great powers do not wish aggression or prevention war of France. They urged that European resistance to the progress of anarchy which threatens the whole of Europe; forces assemble for defence

40. German liberals, radicals acknowledge debt to Fr. for 4. 2. could not overlook excesses here. Fr. rev. prop. & national frontiers. 1848 would am. Rhein; 1848 no one would have brooked Fr. intrusion; only extreme Republ. of an ultra-rev. Fr., giving victory to their cause

43 In the first months in January conviction that great universal transformation not possible without war of Russia, which for status quo. Union of January as sovereign action counter to power pol. as to authoritarian principles of Russ. Empire

de la 1<sup>re</sup> - 2<sup>e</sup>  
Historien de la  
Revue de 1848  
1848  
vol XXI  
1848-1924  
p 266

## Number (6)

42 Hatred of Russia was universal among Europ. Liberals & radicals. Intervents - hoped by reactionaries, feared by progressives  
Enthusiasm for Poles

48 Mickiewicz prayer: For the universal war for the freed. of nations we beseech thee, O Lord. Lamentation France owed much to that brave & unhappy nation, but not the sacrifice of her policy and of world peace. Germans consider Poland bulwark of civilization as long as they considered war with Russia inevitable, unavoidably

49 Leading liberal papers in Germ. demanded war against Russia. Restoration of Poland declared by Gervinus a matter of justice & common sense, claimed territory for her from Baltic to Black Sea

50 Resurrection: Poland in frontier of 1772 was not viable, could not be powerful. If in 1848 by language & politics of landowners, intelligentsia not character determined - then Polish. Hatred of landlords by peasants in White Russia, Ukraine, Ruthenia in East Europe. Rights of the masses! Marx, Engels in Rhein.

51 July 19/8/48: Establishment of dem. Poland condition for establishment of a dem. Germany... with a sham Poland, but a viable state, with at least the frontiers of 1772 and a considerable stretch of coast at least on the Baltic (F. Heine, Ges. Schrift. v. K. B. I. Fr. Engels 1841-50, III (1902) p. 179/50. Engels "Recht & Gerechtigkeit" Rev. in Germany - 1848 chapters on Poles, Czechs & Germans - wrote in 1842, if Poles receive extended territory in East, will become more tractable & reasonable in West.

See also Archiv f. Geschichte d. Sozialismus v. M. Arbesberg vol VI (1916) art. on N. Rjasanoff (Karl Marx & F. Engels d. Polenfrage, appendix.

Engels (in Commonwealth 1866): restoration of Poland means re-establishment of a State composed of at least 4 nationalities. E. draws a distinction between "principle of nation" (chap II) & the right of the great Europ. nations to separ. & indep. nat. existence. This is not for small relics of peoples which were absorbed as integral portions into one or the other of those more powerful nations.

52 Principle of nation, a Russian invention concocted to destroy Poland. Translation in its applic. by Russia to Serbians - Czechs & other remnants of by-gone Slavonian peoples in Turkey, Hungary, Germany



## Kaiser (7)

Foot E. seems to have overlooked or deliberately ignored  
the fact that the dominion of those Herrenvölkher over  
subject races was based on social superiority. The idea  
that the new Poland was to be demore. I arise through  
a peasant revolt, with frontiers drawn on basis of Polish  
latifundia - contradiction. Further Poland could not have survived  
a Russian peasant Revolt.

p56 The Jagers favoring war of Russia, would have healed  
internal divisions, furthered unification, made army popular  
Attitudes of Germany toward other nations

p66 German Confed included <sup>Holst., Silesia, Silesia,</sup> West Prussia, <sup>not Hungary,</sup> Croatia,  
Transylvania, <sup>east. Silesia</sup> Silesia, <sup>Polish</sup> Prussia  
But war in West Prussia half popular war - German: Guelph  
Slov, <sup>on</sup> <sup>some</sup> Princes Poles - S. Prussia. East - best Prussia outside  
Confed & Posnania. When invitations to Pre-Parliament were issued,  
inclusion of Silesia & Prussia was taken for granted, but no invitation  
to Posnania which had never been part of a German state before 1793  
Particular character of province acknowledged by King of Prussia -  
Decree of 15/5/15. Posnania was to be average German  
a Polish province, West Prussia was not.

67

69 Prussia decided by all votes but on that Silesia should be represented  
in Council etc, - removed - German Confed.

84 Regarding Poland debate in assembly in July. Idea  
of going to war with Russia over Poland had recurred, public  
harred ag the Poles, the Feb revol forces created, councils  
revolution advanced, inclusion of almost 2/3 of Posnania  
in German for a dismembered body of Prussia. At least  
the Poles, divide Poland, the larger part to the Germans

Lawyer (8)

85 Not to separate from Germany etc a time when the German  
not feeling is running stronger than ever before. (Report  
(Report of the Committee to the Reichstag)

86 Vote on minorities passed by the Reichstag May 31. Retain  
Pogranic zone of Russia. In hard demand of Pogranic  
arian Germans for separ. from Prussia based  
on principle of self def. (term used and misused already  
in '88. Now Kerst, spokesman of Pogranic Germans,  
after a demarcation line flagrantly violated it had been  
drawn, described the right of peoples to divide in accordance

77 49 professors  
57 school  
masters  
3/4 of members  
had been to  
universities  
Volksh  
12/28 87

with nationality as new-fangled nowhere recognized,  
dangerous, unworkable in borderlands with mixed pop.  
Robert Flamm: Why Pogranic to be partitioned, and Silesia,  
Czechia, Tyrol claimed by Germany, in 1914

p 88 Debate on Pogranic turning point in history of Reichstag  
(Valentin II, p. 121) Jordan, Janskywolski only Pole in  
the (with a watching brief for his people) Reichstag left  
Janskywolski: Prussians had destroyed Pol. state, partitioned Poland,

p 89 at least did not declare a Polish province to be German! Jordan:  
"The preponderance of the German race over most Slav races  
, 88 possibly with the sole exception of the Russians, is a fact - and as  
history and natural degrees of pol. justice are of no avail.

89 Ruge general notion of revol. idealism "historic necessity"  
not "shameful wrong" as before

91 28/10/48 Ruge declaring with a resolution in Prussian Reichstag  
for an unified Pogranic with rights pronounced in 1815  
sent a Russian general to draw a line. It gave territory  
with 1.000,000 inhab. to Germany, 300,000 to Poland. 1879  
scheme of partition. Poland was dropped, without special status  
or minority rights.

Narrative (9)

- 91 Under cooped Austrians Francis Palacky, foremost Czech nat. leader, who April 11 declared. Not members of Germ nation, but pol. rulers in Fed of Germ. States. If Austria did not exist, in the interest of Europe, way of
- 92 humanity it would be necessary to make haste on road to Italy, Hungary & Poland. But if either France, or Russia, or Prussia, broke away, each would have its own way. Smaller nationalities, subject races cut across, separated by water rivers. Exports fitted into Germ. Slav, Croat, Slav (Serbian and Gypsy) Slavs, Croats, Serbs, most of Rumania into Hungary, also a bank of Rumania - it went into Poland if not now.
94. Fear of ants - Russian caecilians, calculated in early days of the Rev. were soon alloyed; beyond off wrote to Mendelot 8/3/48 (I p 72): Struggle with Poland, supported by Europe = 1816. Terrible; necessary to work the masses (ag. the Poles.)
- 98 Oct 1848 Russia broke out, to prevent German expansion to <sup>march</sup> against ag. Hungary ag. which Count Schmettau hurried after defeating the Poles. It was obvious that a revolutionary dynasty from - taken would put an end to the cause on German unity no less than to that of Italy & Hungary in 1848.
- 101 The Gypsies were summoning - to S. Pol. from to Frankfurt Diet in Prague, the Germ. were summoning the Gypsies to take the
- 103 In 1848 the Rev. movement which had started with philologists, poets, writers, historians, antiquaries was only beginning to assume a pol. character.

Naimir (10)

- 103 The idea of a Slav Congress matured under pressure of the German, Magyar. Took shape end of April
- 104/5: Czechs were for Congress of Austrian Slavs, Poles had to be All-Slavs. To invite Poles would have meant to abandon the Austrian, internationally Conservative basis of Congress, as to enter stream of Europ. Rev. Reaction
- 106 Then "Congress of all Slav nations of the Austrian Empire" (as attempt to subordinate Czechs to a united Germany, ~~rather~~ other Slavs would be welcome as guests. But Poles' interest fidelity to the constitutionally ruling House of Habsburg-Lorraine, to preserve integrity sovereignty of Austro-Empire. Poles against
- 109. Austro. Empire should be rebuilt as a Fed. State with equal rights for the nationalities, Alliance with Germany acceptable, but protest ag. any steps taken in Austria, etc. or without full consent, to elect members to Fed. Int. Assembly. Congress opened 2 June 1848.
- 114 Manifesto of Slav Congress to the Nations of Europe, vague, no base, extols Congress spoke by 80 nations co-nationals, protest ag. partition of Poland, demands that Prussian, Saxon, cease denationalizing Slavs in Poland, Prussia, Pomerania, Galicia. Hungarians should stop violence ag. Slavs; support universal Congress of Eur. Nations. de Address to Emperor, Johann von Rudowicz, Slovaks protest ag inclusion in new Germany, which would infringe sovereignty of Czechs, in reality I subject them to a foreign Parliament
- 116 Czechs in part Conservative, consider weight ag revol. Poles, in part (younger people) radical, preferring to work for

Bohemia  
 thank for  
 Patent of  
 8/4/48

Palacky Pol. Verwältus  
1872. Appendix

Review (11)

118. id. Fr. German hostility to the Germans based forth  
our refusal to be included in new German-  
demand elections in western Austria. Early reversed decision  
to their future but; Vienna got left to countenance  
whether they wanted to be represented

x Winkler's  
with H. D. ...  
Prague / ...  
bookends  
city.  
inspired  
and ...  
declares 17th  
that ...  
below 2 ...  
but ...  
got  
what ...  
Prague ...  
Western II,  
p. 348

Prague riots (Thiers' ...)  
was anti-Jew. Fr. asks for immediate action (end of  
June). Jordan proud of unanimity. I conclude that  
we are leaving at least the misty accounts of cosmopolitan  
riots from what one's own Fatherland is not so long visible.  
I see that at least we mean to proceed as if attempts  
of the Nationalities to find their own lives in  
our midst, and like parasites to destroy ours... Debate  
was an exchange of blows by each nationality, blood  
bath etc. In anti-clerical letter informed vicars  
L. Johann, ... spoke against ...

122 exactly same. Rather referred to Committee for Slav Affairs.

123 Jager reports that representatives of the Vienna Council  
of Public Safety had sent representatives for inquiry to Prague.  
They were arrested, caused by Austrian soldiers, told that  
if revolt was victorious elsewhere, in Prague he too was  
disobeying, servant of Emperor was sole master. Jager:  
wishes German are good victims; but face the forces of  
reaction. Reaction did via and thereby saved the reputation  
of the Germ revol of 1848 (and of some others beside)

Presented  
as ...  
nationality

124 Hilla accepted blindly legend which latter day liberals  
had spun around 1848 otherwise would have exalted  
1919. Mem. Max. Herzog ... p. 252: German in their ...

§. 521. 29.1.1919 Sitzung I R mit Sozialisierungs-

Kommission, Anwesend v. ds. Komm. Ballod, Hilferding,  
Lederer, Schumpeter, Vogelstein, Wilbrandt, Heimann.  
Von 7 4 Juden.

Herrn Vogelstein geb 1880, Jandern, 1910 Privatgut aus Linden, auch  
Später als Jandern tätig. Aktiv in festem Schritt f. soziale Reformen tätig. Doku  
im Sozialen Beruf

E. Heimann geb 1889 f. ds. Reich u. K. u. K., Hochschulassistent,  
1918 Sekretär d. Sozialkommission. Mit Tiller's Verbrechen d. Kolj. Sozialist

Ernst Lederer 1882-1939 Walsleben, Prof in Herbolz,  
Jahre 1918 off. für Soz. bekannt. (Adress v. 1894)

im Sozialisierungs-Kommission - Vogelstein u. Hilferding betragen ausgehende  
Bestellung. Es herrscht Demokratie. Bestandteile (siehe in

Güte u. Freiheit hat es im wesentl. nur auf Kolonialismus sowie  
mit bestimmten. Lederer betrug, im Raum vergrößerter sozialer  
gesonderter Raum, Armen für Reichen beizugeben. Jeder will,

und hat Vertrag Symbolismus u. Monarchie sein wird

1.525 Coblen: bedauerlich, dass über Kommision Kommision hat in Raum gesprach,  
wird nicht. gegen demokratisch Wahlen besteht. Der Raum erreicht e Konsequenz darüber

das sie will mit Person empfinden auf Festhalten ihres Kompetenz bereich  
Vogelstein bedauert das Ry wählt hat, für gemein sozial Raum  
fast zu haben (bestimmte) u. Wahlen besteht sein sozial Reich

gegenüber verlangt Bestehen d bestehen, Ry solle alles sein, ein bestehen  
d Kommision vermögen u. Wahlen besteht zu erreichen - gegenüber erfordert

mit erwähnen. Komm will bestehen haben, Unabhängigkeit zu haben,  
unterstützt Wohl d Reich; Ry besteht Armen gegenüber Wahlen besteht.

Komm wird noch erlaubt. Bestehen in ihren Bestandteile besteht  
in ihrem Bestand gegenüber, Recht ab zu bestehen unabhängig

d Ry besteht bestehen. Am 3. 2. erhält Komm Recht  
am 2. erhält in Bestand ab bestehen unabhängig bestehen und

Recht besteht unabhängig, Ry besteht Bestand besteht in er-  
stelle. Bestand besteht in Recht besteht Bestand

gegenüber

Paul Kluge, Die Stiftungsuniversitaet Frankfurt am Main 1914-1932  
Verlag Waldenar Kramer BfM 1972

10  
S. 32: Wilhelm Merton geb. 1848 grosser Wirtschaftsfuehrer uebernahm das vom Grossvater muetterlicherseits Cohen in FfM gegruendete 1881 zur Metall Gesellschaft A G erweiterte Unternehmen. Sein Lebenswerk gehoert zur Vorgeschichte der Universitaet und zu ihrer Mitbegruendung." Die englische Staatsangehoerigkeit hat M. um die Jahrhundertwende zu Gunsten der deutschen aufgegeben, wie damals auch die Annahme der Taufe weiteres Zeichen der vollkommenen Einwurzelung mit seiner Familie in die Mainstadt war." Er setzte sich fuer neue Institutionen ein, sehr interessiert an sozialen Problemen, fuer rationellen Aufbau einer praktischen Sozialpolitik wollte planmaessig die Lage der Arbeiter verbessern, Grundlegung moderner Betriebswirtschaftslehre verdankt ihm viel. Kueemmerte sich um Kinderschutz, Jugendgerichtspflege, Arbeiterwohnungswesen "bis zur intensiven wissenschaftlich-sachlichen und finanziellen Foerderung der in Berlin erscheinenden Zeitschrift Soziale Praxis und zur Errichtung eines Instituts fuer Gewerbehygiene. Sah Grundmangel der Gesellschaftsordnung darin, dass Fuehrungsschicht bestenfalls formal-juristisch ausgebildet, aber nicht mit wirtschaftlichen und vor allem sozialen Fragen vertraut, was Kluft zwischen Staenden und Klassen vertiefte, Vgl. Leopold von Wiese, der ihn charakterisiert in Gedenkworten. (S. 42)

Kluge 50

10  
S. 51 Auf Anregung Althoffs wurde das Institut fuer Serumforschung wo Ehrlich arbeitete, als staatliche Forschungsstelle von Berlin nach Frankfurt verlegt. Stiftungen der Bankiersfamilien Speyer ermoglichten weiteren Ausbau. Ehrlich schrieb groesstes Verdienst an dieser Gruendung Althoff zu. Ehrlich schrieb: Ich verdanke Ihnen meine ganze Karriere und die Moeglichkeit, meine Ideen nutzbringend auszugestalten. Als Assistent herumgeschubst, in die engsten Verhaeltnisse eingezwaengt, von der Universitaet absolut ignoriert, kam ich mir ziemlich unnuetz vor. Ich habe nie einen Ruf an die kleinste Stelle erhalten und galt als Mensch ohne Fach, d.h. vollkommen unverwertbar. Wenn Sie dann nicht mit starker Hand und genialer Initiative fuer mich eingetreten waeren... waere ich vollkommen brachgelegt gewesen." (Dies S. 103)

Kluge

S. 110 ff.

10  
Universitaet ohne theologische Fakultaet. Die multiforme Gesellschaft der Gegenwart sah gerade in der politischen Zusammenfuehrung maanigfacher Gruppen ihre Aufgabe, in der reichen Differenziertheit gerade ihre schoenste Rechtfertigung.... Unter den Stiftern fuer die Universitaet Juden, begreiflich, dass sie zu endgueltiger Sicherung der buergerlichen Gleichberechtigung gerade in dem bisher noch umstrittenen akademischen Bereich beitragen wollten. Auch die, die wegen tiefen Assimilationsverlangens sich hatten taufen lassen, man konnte doch nicht gut Mittel aus ihrer Hand fuer theologische Bildungsstaetten verwenden, solange nicht alteingesessene Glaebige sich auch ihrerseits zu individuellen Leistungen dafuer bereit fanden. Das war aber bisher noch nicht der Fall.

Kluge

10

Universitäten gegründet und den Betrieb aller Wissenschaft geregelt hat; heute verzichtet die Universitas litterarum gleichmütig auf die königliche Disziplin von ehedem! So liegen die Dinge in der Wirklichkeit. Religion, Theologie, Kirche kommen für die breite Masse und für das Gros der führenden Geister schlechterdings nicht mehr in Betracht, nur der Katechon, die Staatsgewalt, hält den Zusammenbruch der Kirche einstweilen noch hintenan. Die Kirche aber versteht die Zeichen der Zeit so wenig, daß ihr rechter Flügel nur ihre eigenen Vorstellungen, Begriffe und Lehren für berechtigt erklärt und der Linken geradezu das Existenzrecht in der Kirche abstreitet . . . Die Kirche kann sich den Luxus der Richtungskämpfe wirklich nicht mehr leisten; der Kampf gegen den Liberalismus ist Brudermord und Selbstmord zugleich.“ Aus solcher kritischen Einsicht in die geistig-religiöse Situation ließ es Rade darum nicht genug sein mit der üblichen Forderung nach einer Theologischen Fakultät auch für Frankfurt. Er wußte, daß damit allein ja noch gar nichts gewonnen war<sup>9</sup>. Eine Theologische Fakultät mußte sich vielmehr glaubensecht, überzeugend und lebensnah zugleich einer sich radikal verändernden Welt darstellen. So schlug er vor, ihr in Erweiterung ihrer bisherigen Funktionen auch einen Teil der Sozialfürsorge auf dem Wege der Entwicklung caritativer Einrichtungen zu unterstellen, dadurch würde sie mit dem praktischen Leben enger verknüpft, würde einflußreicher und auch anziehender für tatenfrohe Geister werden. In einer lebendigen Religion sei das praktische Moment zu sehen, es sei zur Vervollständigung des Studiums die Einbeziehung der sozialen Fürsorge in das Fakultätsinteresse zu fordern, wenn auch Hauptaufgabe der Fakultät die Wissenschaft bleibe, Kenntnis und Erforschung ihres Gegenstandes, der Religion.

Rade ging nun aber noch einen großen Schritt weiter und sah gegenüber der modernen Welt die religiösen Grundlagen ihrer Kultur trotz der Kirchenspaltung wieder als eine große Einheit, die auch in einer umfassenden Theologischen Fakultät ihren Ausdruck finden könnte. Rade war zu dahingehenden Überlegungen schon früher, von einem anderen Ausgangspunkt her, gekommen. Er hatte um die Jahrhundertwende in Auseinandersetzungen mit Harnack und Troeltsch die Errichtung religionswissenschaftlicher Lehrstühle gefordert, weil er glaubte, daß dadurch ein lebendiges Wirken der Theologie in der modernen Welt in die Wege geleitet werden könne<sup>10</sup>. Er hatte gemeint, daß das theologische Studium über die traditionelle dogmatische und praktische Ausbildung hinausgeführt werden müsse, daß sich eine engere Verbindung zwischen Theologie und Wissenschaft durch die Einbeziehung einer allgemeinen vergleichenden Religionsgeschichte oder eben auch einer sogenannten Religionswissenschaft herstellen lasse. Damit ist aber schon, gegenüber der konfessionsgebundenen Systematik, der allgemeinen vergleichenden Religionsgeschichte eine ausschlaggebende Bedeutung für eine gegenwartsnahe Theologie zugewiesen. Jetzt nun wollte Rade sich auch damit nicht mehr begnügen. Er wollte in der ihm vorschwebenden Theologischen Fakultät evangelische und katholische Theologen nebeneinander sitzen sehen, ja, er befürwortete auch die Hereinnahme israelischer Theologen in einer dritten Sektion



dieser Fakultät<sup>11</sup>. Protestantismus und Katholizismus hätten schon ihre gesonderten Theologischen Fakultäten, das Judentum habe überhaupt noch keine. Seine Hochschulen, wo die Rabbiner ihre besondere jüdische Gelehrsamkeit lernten, seien private Gründungen, ständen abseits von der Öffentlichkeit. Hier sei nun wohl die Trennung von Staat und Kirche vorhanden, was so modern klinge; aber allgemein werde es mit einer solchen Trennung noch seine Weile haben, vor allem sei das Lebensproblem damit nicht gelöst, denn es liege in der Sache selbst. Die Wissenschaft vom Judentum nehme eine Winkelstellung ein, solange sie nicht an den Universitäten frei und öffentlich gelehrt werde, jedermann zugänglich. Vielleicht ein einziger Lehrstuhl für Talmudistik in der Philosophischen Fakultät könne nicht Ausdruck einer lebendigen Religion von sechshunderttausend Reichsdeutschen sein, hinter denen in der Welt noch elf Millionen Gemeindeglieder ständen. Daß von diesen sechshunderttausend ein Teil nicht mehr glaube, teile das Judentum mit den anderen Religionen, das Auseinanderfallen nach Lehre und Kultus in zwei Richtungen mit dem Protestantismus. Hier müsse der Staat helfen, nicht durch Eingreifen in die innerreligiöse Sphäre, sondern eben mit der Errichtung bzw. Ermöglichung einer jüdisch-theologischen Fakultät. Es werde gar nicht leicht sein, eine vollständige Besetzung solcher Fakultät mit fünf Lehrstühlen (Altes Testament, Talmud [rabbinische Literatur], Geschichte des Judentums, systematische Theologie [Religionsphilosophie und -geschichte], praktische Theologie) heute zu erreichen, und hier, in der Errichtung solcher Fakultät, liege die große Aufgabe für Frankfurt. Das Judentum sei innerhalb der deutschen Gesamtkultur ein Faktor, der mit seinem Einfluß weit über seine Ziffer hinausreiche. Dieses Faktors und seiner Bedeutung habe sich die deutsche Nation, die deutsche Wissenschaft, der deutsche Staat zu bemächtigen. Er könne ihn nur bekommen, erkennend und bildend, von seinem reinsten Eigenbesitz, von seiner Religion her. Die jüdischen Gelehrten aber wären damit vor eine große Aufgabe gestellt und könnten zeigen, was sie leisteten. Rade weist darauf hin, daß einst Abraham Geiger in diesem Sinne mit dem preußischen Kultusminister Eichhorn verhandelt und neuerdings Hermann Cohen in einem Jubiläumsartikel zur Judenemanzipation ein Gleiches gefordert hat. Preußen wäre nach Größe und Macht unter den deutschen Kulturstaaten dazu berufen, werde aber doch wohl nicht Kraft zu solchem Vorgehen besitzen. Aber trotzdem, „wir fordern die jüdisch-theologische Fakultät im Interesse einer deutschen Kulturnation. Konfessionelle jüdische Bedenken wollen wir erst abwarten, ehe wir ihnen widersprechen . . . Es gibt in Staat und Kirche kluge Leute, die für die kleineren Gemeinschaften nur ein Achselzucken oder ein Lächeln haben. Aber aus der Sorge für die Geteilten und Kleinen setzt schließlich die gemeine Wohlfahrt sich zusammen. Und das Judentum soll man weder verachten noch durch leidenschaftliches Für und Wider sein Selbstbewußtsein ins Ungesunde steigern, sondern man soll seine Bedürfnisse erforschen und im Rahmen des vaterländischen Gemeinwesens auf deren rechte Befriedigung bedacht sein.“

Rades Aufsatz ist eines der schönsten Zeugnisse für das deutsch-jüdische

Ineinanderwachsen, Zeugnis bis zu welchem Grade die große Aufgabe bereits wirklich gediehen war, ein Experiment, das dann ein knappes Vierteljahrhundert später in der größten Tragödie der beiden Völker seinen umgekehrten Weg gehen sollte. Die Vorschläge wuchsen in ganz ungezwungener Natürlichkeit aus dem Denken und Tun des Mannes. Wenn den jüdischen Mitbürgern seit einem Jahrhundert die gesetzliche Gleichberechtigung zuerkannt war und bis auf ganz wenige Reservate auch durchgeführt war, so erkennt Rade mit genau der gleichen Selbstverständlichkeit auch ihre Religion als einen wesenhaften Teil der aus ihr erwachsenen christlichen Religionen an, um deren Erhaltung oder — beinahe richtiger gesagt: Wiedergewinnung als wirklich formendes Element allen staatlichen und öffentlichen Lebens sein Mühen geht. Dabei ist in seinen Überlegungen das nehmende wie das gebende, das schöpferische wie stets auch zu empfangende Ineinanderwirken geistiger Bewegtheit zu verspüren. Es ist allerdings auch eine Bewegtheit, die nunmehr rein innerweltlich orientiert ist: So erscheint als letzte Instanz, als höchster Richtpunkt auch für den Theologen Rade die Kulturnation, jene historisch-politische Kategorie, die seit der Jahrhundertwende von den führenden Geschichtsdenkern, voran einem Friedrich Meinecke, herausgestellt worden war. Darum war es auch kaum zu erwarten, daß die Kirchen einem derart begründeten Vorschlag ihre Zustimmung gaben, ja vielleicht muß man sagen, geben konnten, wollten sie sich nicht selbst aufgeben. Sie konnten nicht eine gemeinsame Fakultät, mit ihrer integrierenden oder, aus ihrer Sicht gesehen, auflösenden Tendenz der Bekenntnisse unter dem Stichwort der Religionswissenschaft hinnehmen. Eine echte Toleranz hingegen konnte vielleicht ein Nebeneinander verschiedener Theologischer Fakultäten akzeptieren.

Und wirklich ist ein dahingehender Vorschlag einmal gemacht worden und zwar von einem Mann, der aus jenem Kreise preußischer Konservativer herkam, bei denen die christliche Grundlage ihrer politischen Anschauungen noch lange eine lebendige Kraft dargestellt hat. Im Herbst 1912 hat die „Preußische Kreuzzeitung“ einer Zuschrift des Pastors Martin von Gerlach aus Silberhammer bei Danzig Raum gegeben,<sup>12</sup> welche die Errichtung auch einer Jüdisch-Theologischen Fakultät in Frankfurt vorschlug. Eine solche sei dann die einzige Jüdisch-Theologische Fakultät neben den neun evangelischen und vier römisch-katholischen an Preußens Hochschulen und daher für die jüdischen Mitbürger, die zu Vollpreußen geworden seien, nur als billig zu erklären. Die Zuschrift legte vor allen Dingen aber auch den wissenschaftlichen Gewinn aus einer solchen Errichtung dar, für die alttestamentliche Theologie, die Talmudkenntnisse, für die Erforschung der jüdischen Hymnologie und Liturgie und für deren Bedeutung für die Anfänge des Christentums. Wollten die Juden eine solche Fakultät errichten und mit ihr im Anschluß an die Frankfurter Universität an die volle wissenschaftliche Öffentlichkeit treten, könne man nur den reichen Segen Gottes, ihres und unseres Gottes, zu einem solchen Vorhaben erfliehen<sup>13</sup>.

Aber auf diese Vorschläge Rades wie auch die Gerlachs blieb eine breitere Resonanz aus, und zwar fühlte sich auch das deutsche Judentum nicht bewogen,

darán anzuknúpfen, um etwelche Forderungen dieser Art anzumelden. Es wurde wohl v. Gerlachs Vorschlag in der Monatsschrift des Centralverbandes der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens mit Genugtuung kommentiert als ein Bekenntnis zu dem gemeinsamen Gott, als treffliches Zeugnis auch gegen die gotteslästerlichen Ausführungen des Antisemitismus im Stile des „Hammer“. Aber man unterließ es durchaus, nun etwa positiv an die Vorschläge anzuknúpfen und seinerseits Forderungen für eine Verwendung eines Teiles der von jüdischer Seite aufgebrauchten Stiftungsmittel zu einer Vertretung jüdischer Theologen an der Hochschule anzumelden. Schon hatte nämlich das Rabbinertum seine prinzipiellen Bedenken zu erkennen gegeben. In dem in Berlin erscheinenden „Jüdischen Literaturblatt“<sup>14</sup> war die Zuschrift eines Gymnasialoberlehrers, Hans Bahr, der sich selbst als Nichtjuden bezeichnete, veröffentlicht worden, welche als Anerkennung der in Frankfurt bezeugten Opferwilligkeit jüdischer Kreise für das allgemeine Wohl dort die Errichtung eines Lehrstuhles für Talmud-Forschung vorschlug. Doch in seinem Kommentar zog der Herausgeber Rosenthal unübersehbar die Grenze gegenüber solchen und ähnlichen Vorschlägen. Er ließ erkennen, wo für ihn die Grenzen der Mitbeteiligung des deutschen Judentums an der Universitätsgründung liegen mußten. Für ihn hat die Theologie zwei Seiten. Sie sei natürlich auch eine Wissenschaft, die durch ihre Geschichte mit der Entwicklungsgeschichte der Menschheit zusammenhänge und man würde, da die universitas litterarum allem Geistesstreben der Menschen entsprechen solle, „die rein wissenschaftliche Behandlung der bezüglichen Gegenstände (ohne jede Berücksichtigung einer Glaubensrichtung) recht wohl der Hochschule zutrauen“. Aber theologisches Studium diene ja auch der Berufsausbildung der Geistlichen eines bestimmten Bekenntnisses, und hier wollte nun Rosenthal keinesfalls die Universität eine solche Aufgabe für seine Glaubensgemeinschaft übernehmen lassen. Es könnte, so meint er, durchaus die Universität eine Talmud-Wissenschaft in ihrer Weise behandeln, „während man die besondere Behandlung (der Theologie) zum Zwecke geistlicher und gemeindlicher Ausübung den theologischen Seminaren überlassen könnte“, oder auch, so lautet eine andere Formulierung, „wogegen die Rabbinerseminare ihrerseits die Standpunkte geltend machen können, welche für sie die herrschenden sind“. Es hat also nicht etwa feindselige Ablehnung in der deutschen Öffentlichkeit dazu geführt,<sup>15</sup> daß das deutsche Judentum bei einer Universitätsgründung, die in so hohem Maße auf Stiftungsmitteln seiner Kreise beruhte, bestimmte und ihm wesentlich dünkende Forderungen nicht hat erreichen können. Vielmehr zeigten gerade Vorschläge, die sich um ein besonderes Verstehen, um die Aufhebung letzter trennender Schranken bemühten, daß jüdisches Selbstverständnis von sich aus verzichtet hat, darauf einzugehen. Es wurde von ihm nicht etwa auch der Gedanke der einen Kulturnation aufgegriffen, so wie er damals das deutsche historische Verständnis formte und wie er von Rade vorgetragen war, um die so weit vorgeschrittene Assimilation bis zu ihrem Ende fortzuführen, eben weil er unter solcher Konzeption mit einer Aufgabe der Religion der Väter verbunden schien. Rabbiner-Lehrhäuser hatten

sich in der Form der Jeschiwa durch die Jahrhunderte, auch in Zeiten der Not, außerhalb aller staatlichen Berechtigungen behaupten können. Dann waren gerade in Deutschland, als ein modernes Gegenstück dazu, besondere Rabbiner-Seminare gegründet worden, die sich zu bedeutenden und auch staatlich in ihrem Bereich anerkannten Hochschulen für die Wissenschaft des Judentums hatten entwickeln können (ein Jüdisch-Theologisches Seminar in Breslau seit 1854; eine Liberale Lehranstalt in Berlin seit 1872 und ein Orthodoxes Seminar ebendort seit 1873)<sup>16</sup>. Diese schließlich dem modernen Hochschulcharakter entsprechenden Ausbildungsstätten hatten das Judentum überall in seiner religiösen Substanz und damit auch in seiner gesellschaftlichen Sonderstellung erhalten. Warum sollte man sie hier mit einem Eingehen auf solche Vorschläge aufgeben oder zunächst in ihrer Aufgabenstellung gefährden, wo seit mehr als einem Jahrhundert in Deutschland die gesellschaftliche Gleichstellung seines Judentums Schritt für Schritt erfolgt war? Hatten doch die Erfahrungen dieser Zeit allseits erwiesen, und bestätigte es sich auch täglich aufs neue, daß staatsbürgerliche Pflichten wie Rechte im öffentlichen Leben, in Frieden und Krieg, sich sehr wohl mit der Bewahrung einer eigenen Religion vereinbaren ließen. Wenn sich von daher also keine Konfliktsituation ergab, die zu einem Suchen nach neuen Wegen drängte, so war andererseits die jüdische Orthodoxie in genau der gleichen Weise wie die christlichen Konfessionen von der großen, allmählich allerfassenden Säkularisierungswelle bedroht, die das europäische Kennzeichen der Zeit war. Sie hatte von der modernen Philosophie und Naturwissenschaft ihren Ausgangspunkt genommen und wurde täglich von daher neu verstärkt. So war auch aus diesem Gesichtspunkt eine gewisse Reserviertheit gegenüber der Universität gegeben und mochte eine zu enge Verbindung mit ihr nicht geraten erscheinen lassen. Erst recht konnte für ein religiös noch gebundenes Judentum die Zugehörigkeit zu einer allen Bekenntnissen gemeinsamen Theologischen Fakultät im Sinne der Vorschläge Rades nicht akzeptabel erscheinen, da ja dann die auflösenden Kräfte auch aus einer vergleichenden wissenschaftlichen Betrachtung der Theologie unmittelbar in die überkommene Glaubenslehre eindringen mochten. Die talmudische als eine Gesetzesreligion war ohnehin gegen jede historische Analyse, die die Entwicklung der deutschen Geisteswissenschaften seit dem 19. Jahrhundert so maßgeblich bestimmt hat, besonders empfindlich<sup>17</sup>.

Als späterhin doch eine konfessionelle Vertretung des Judentums an der Universität eingerichtet wurde, geschah es auf andere Weise als durch eine Fakultät. Für jene Lösung ist dann die Frage in ihrer gesamtdeutschen Problematik wie in den ortsgebundenen und den rein persönlichen Voraussetzungen nochmals und sehr eingehend zu behandeln (vgl. S. 333). Zunächst einmal wurde die Anerkennung für die finanziellen Leistungen jüdischer Kreise für eine Universitätsgründung vielmehr in der Niederlegung anderer Schranken gesucht, die einer vollen Gleichberechtigung des deutschen Judentums im bürgerlichen Leben noch im Wege standen. Es hat ja gerade die deutsche Universität, obwohl die 48er Revolution für Preußen formal die akademische Laufbahn freigegeben hatte,

in praxi doch eine Einschränkung wieder gefunden. Jüdische Wissenschaftler wurden kaum je auf ein Ordinariat berufen, und so ist das Selbstbewußtsein einer so eminent befähigten Gruppe immer wieder zu einer nur allzu berechtigten Empörung getrieben worden. Gerade in Frankfurt konnte man auf die beschämende Behandlung eines Paul Ehrlich hinweisen, dem in Berlin der Aufstieg versagt geblieben war und dem erst die Übernahme des hiesigen Serum-Instituts die angemessenen Arbeitsmöglichkeiten gewährte, die ihn von hier aus zum Begründer der Chemo-Therapie werden ließen und ihm Weltruhm verschafften. Es galt also, an der neuen Hochschule eine wirkliche Gleichberechtigung der Wissenschaftler ohne Rücksicht auf ihr Glaubensbekenntnis zu erreichen und in bindender Form zu sichern. Diese Forderung ist dann auch gerade vom Centralverein, der sich die Verbindung politischer Loyalität und Treue zum Glauben der Väter zum Ziel gesetzt hatte, mit allem Nachdruck erhoben worden. Der Centralverein verfügte in Frankfurt über eine besonders starke und rührige Ortsgruppe, deren Vorsitzender, der Arzt Dr. Mainzer, zu seinen Versammlungen meist mehrere hundert, einmal sogar, als es um die Stellung der Juden im deutschen Heer ging, zweitausend Teilnehmer begrüßen konnte<sup>18</sup>. Natürlich wurde hier das Universitätsprojekt sehr frühzeitig beobachtet und mit großer Skepsis verfolgt. Denn auch an der neuen Gründung, so fürchtete man, mochte die Gleichberechtigung nur auf dem Papier stehen bleiben,<sup>19</sup> wenn sich etwa innerhalb der Fakultäten antisemitische Tendenzen geltend machen würden und schon in den Berufungsvorschlägen, trotz prinzipieller Anerkennung der Gleichberechtigung durch Gesetz und staatliche Verwaltung, ausprägen würden. So wurde auch schließlich sehr deutlich ausgesprochen, daß ein Zusammenhang zwischen der Bereitstellung von Stiftungskapitalien und der Sicherung solcher Gleichberechtigung an der neuen Universität bestehen müsse. Jüdische Selbstachtung erfordere es darum, nicht auf ein „Erziehungsmittel unvergleichlicher Art“ zu verzichten<sup>20</sup>. Im Frühjahr 1912 endlich hat Mainzer und ein aus Berlin gekommener Redner, als die Universitätsverhandlungen zur parlamentarischen Behandlung im Landtage und der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung anstanden, nochmals die Frankfurter Glaubensgenossen ermahnt, „im Interesse ihrer Ehre dafür zu sorgen, daß daraus nicht ein Institut werde, an dem die Juden in genau derselben Weise in ihren Rechten gekränkt und zurückgesetzt würden wie an den übrigen deutschen Universitäten“<sup>21</sup>. Auf dem Hintergrunde dieser Befürchtungen und Forderungen innerhalb der jüdischen Gemeinde gewinnen die Auseinandersetzungen um das Frankfurter Berufungsverfahren erst ihre letzte Ausprägung.

In dem Vertragsentwurf war an zwei Stellen (§§ 4 und 11) eine förmliche Zusage konfessioneller Gleichberechtigung gegeben, aber auch eine solche Zusicherung dünkte der Skepsis eines durch viel trübe Erfahrungen gegangenen wie auch selbstbewußt gewordenen Judentums noch nicht ausreichend. Als der Entwurf in dieser Form den Stadtverordneten zugeleitet war und auch in den Versammlungen der Parteien diskutiert wurde, da hat in einer Versammlung des Fortschrittlichen Volksvereins Dr. Mainzer verlangt,<sup>22</sup> daß die Stiftergruppe bei

der Regelung des Berufungsverfahrens an der Präsentation nur eines Vorschlages festhalten müsse, weil es dann dem Minister „schwerer falle, unsachliche Entscheidungen zu treffen“. Wenn man zu den gegenwärtigen Bedingungen das Universitätsprojekt annehme, mache man sich „zum Gespött der Welt“. Er fand mit diesem Vorschlage in der Versammlung zwar Widerspruch, aber bei einem Flügel auch sehr lebhaft Zustimmung. Die bleibende Opposition einer Minderheit fortschrittlicher Abgeordneter im Stadtparlament zum Universitätsvertrage, die sich in den Schlußabstimmungen darum mit der sozialdemokratischen Fraktion zusammenfand, hat eben hier ihre Wurzel. Und so hat man auch, wie uns noch begegnen wird, eine spätere Gelegenheit ergriffen, die Bedingungen einiger großer Stiftungsverträge entsprechend zu formulieren.

Mit der hier dargelegten Zurückhaltung von Seiten der jüdischen Orthodoxie blieb die Frage einer Repräsentanz der Theologie an der Frankfurter Universität nun doch auf die Errichtung einer evangelisch-theologischen Fakultät allein bezogen. Als sie von akademischer Seite aufgenommen wurde, wurde sie — wie der erste Marburger Protest (s. S. 114) — allein aus dem Selbstverständnis der abendländischen Universität geführt. So hat Karl Lamprecht, auf der Höhe seines Ansehens als der Historiker der Leipziger Universität, der die Geschichte als vergleichende Kulturwissenschaft in seinem großen Werk darzustellen unternommen hatte, sich in einem Zeitungsartikel<sup>23</sup> sehr kritisch über die allzusehr nach nächstliegenden Nützlichkeitsgesichtspunkten orientierten, parallel laufenden Universitätsbemühungen in Frankfurt, Dresden und Hamburg, über „dieses kurzsichtig-ökonomische Wesen“ geäußert. Lamprecht meinte, daß man an der Schwelle eines emporkommenden Zeitalters innerlicher Kraft und sittlicher Hoheit stehe, und forderte, einer solchen Zeit sollten auch die Neugründungen entgegenarbeiten durch erneuerte, umgeformte Theologische Fakultäten, deren praktische Fächer als die sozial hilfreiche Seite insbesondere entwickelt werden sollten.

Aus einer ähnlichen Haltung suchte auch Theobald Ziegler die Notwendigkeit einer Theologischen Fakultät mit dem Wesen der Universität selbst zu begründen. Das geschah in einer Vortragsreihe über „Universitäten und Universitätsstudium“, die er im Herbst 1912 in Frankfurt im Freien Deutschen Hochstift abhielt<sup>24</sup>. Natürlich könne es sich, so meinte Ziegler, immer nur um protestantisch-theologische Fakultäten handeln. Für eine katholische Fakultät liege in Frankfurt landschaftlich kein Bedürfnis vor, sachlich stehe die katholische Universitätstheologie gegenwärtig ohnehin in einer tiefen Krisis, die durch das *Motu proprio* Pius X. und den von ihm geforderten Antimodernisteneid heraufbeschworen sei. Wohl aber habe in dem großen Kampfe zwischen Glauben und Wissen, als den sich die moderne Kulturentwicklung darstellt, an dem die Universitäten und alle ihre Fakultäten mitbeteiligt seien, die Theologische Fakultät eine ganz besondere Aufgabe. Staat und Orthodoxie seien leicht geneigt, sich unter einer *fable convenue* zusammenzufinden gegen die akademische Freiheit des Fortschritts und Lehrens insgesamt. Gegen diese stets vorhandene Gefahr habe die liberale Theologie eine besondere Aufgabe, die Vermittlung und die Führung

zu übernehmen. Sie nehme geradezu den anderen Fakultäten einen Teil dieses Kampfes ab, dem wissenschaftliche Arbeit stets ausgesetzt sei. „So vermeidet eine Universität ohne protestantisch-theologische Fakultät zwar allerlei schwere Konflikte und peinliche Zwischenfälle; aber sie macht sich selber arm, arm an bedeutenden Menschen und arm an lebensfördernden und stählenden Geisteskämpfen; und sie lebt von Vorteilen, die ihr nun eben die anderen Universitäten schaffen und verschaffen müssen: sie hat den Gewinn größeren Friedens, aber nicht die Ehre, ihn selbst erkämpft zu haben durch einen die Geister stärkenden Krieg und einen ruhmvollen Sieg.“ Frankfurt werde, dessen sei er sicher, auch nicht bleibend in dieser verhältnismäßig bequemen, aber auch wenig ehrenvollen Stellung seiner Universität verharren wollen.

Die am unmittelbarsten betroffene und auch von Theobald Ziegler zur Tat angesprochene evangelische Kirche hat jedoch erst sehr spät in der Öffentlichkeit ihre Haltung präzisiert. Sie hat selbst in ihrer Frankfurter Bezirkssynode noch gar nicht auf die Universitätsdenkschrift des Oberbürgermeisters vom Frühjahr 1911 reagiert,<sup>25</sup> sondern sie hat in der braven Haltung der staatsverbundenen Untertanenkirche die Schritte einer hohen Staatsregierung abgewartet. Im Frühjahr 1912, mit dem Abschluß der Berliner Verhandlungen über die Stiftungsform und die Organisation, verbreitete sich in der Stadt das Gerücht, daß die Errichtung der Universität unmittelbar bevorstehe. Jetzt endlich bat der Sydonal-Vorstand das Konsistorium, deswegen baldigst eine außerordentliche Tagung der Bezirkssynode als der verfassungsmäßigen synodalen Gesamtvertretung des Konsistorialbezirks Frankfurt am Main einzuberufen. Doch gegenüber dem Konsistorialpräsidenten, der daraufhin sogleich nach Berlin zum Vortrag beim Kultusminister fuhr, arbeitete Trott zu Solz auf Beschwichtigung und Zeitgewinn. Er erklärte, die Eröffnung der Universität würde frühestens im Herbst 1914 stattfinden, bis dahin seien aber noch viele schwierige Probleme der Satzung zu behandeln; über eine Theologische Fakultät sei noch in keiner Weise etwas festgelegt, und so könnten auch Verhandlungen der Bezirkssynode zu dem Thema bis zur nächsten ordentlichen Tagung verschoben werden. Herr von Trott, der als Minister auch der Geistlichen Angelegenheiten im Namen seines königlichen Herrn als des *summus episcopus* der evangelischen Kirche sprechen konnte, vermochte leicht die von ihm gewünschte Verzögerung beim Konsistorium durchzusetzen, ohne sich sachlich jedoch irgendwie festzulegen, und auch die Frankfurter Kirchenmänner fügten sich.

So übernahm zunächst allein Martin Rade den publizistischen Kampf um eine Theologische Fakultät mit seinen uns schon bekannten Vorschlägen. Erst im Frühjahr 1913 trat der Protestantismus aus seiner gehorsamen Reserve heraus. Auf der kirchlich-sozialen Konferenz, die in Barmen tagte, erklärte Erich Seeberg in seiner Eröffnungsansprache noch sehr vorsichtig, das Schweigen des Staates zum Fehlen Theologischer Fakultäten in den Universitätsplänen für Hamburg und Frankfurt am Main sei „unbegreiflich“. Als daraufhin immer noch nichts erfolgte, griff der „Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen

Bluke 10

nicht mitmachen, welcher im ersten Anlauf sich bereit erklärte, die notleidende und in ihrer bisherigen Form ohnehin überflüssige Universität insgesamt umzuformen zu einer neuartigen Bildungsstätte für die Bedürfnisse des Arbeitertums zur Herausbildung der neuen Führerschicht. In jenen Berliner Besprechungen des April 1920<sup>14</sup> hat wiederum Thomas in einer langen und wirkungsvollen Rede die hochschulpolitischen Vorstellungen seiner Partei zurechtgerückt: nicht anstelle der Universität, sondern innerhalb dieser Hochschule sollte man eine neue Institution begründen, die auch dem Arbeiter in seinen anderen Bildungsvoraussetzungen eine akademische Bildung vermitteln könnte<sup>15</sup>. Mit einer solchen Gesinnung, die glücklicherweise den Parteifreunden sich mitteilte, ließ sich leicht eine Übereinkunft herstellen. Aus diesem Berliner Gespräch erfolgte die entscheidende Wende, die, wie schon dargelegt, zur Erhaltung der Universität geführt hat, und aus ihm ist auch in Jahresfrist die mit der Universität verbundene Akademie der Arbeit geboren worden. Als Grundlage für die weiteren Beratungen diente eine Denkschrift, die unmittelbar nach dem Berliner Gespräch im Einvernehmen mit Thomas und unter Mitwirkung von Prof. Pape von Dr. Hugo Sinzheimer ausgearbeitet worden ist.

Sinzheimer, seit mehr als einem Jahrzehnt in Frankfurt als Anwalt tätig und jetzt ein Abgeordneter der Nationalversammlung, hatte die anstehenden sozialpädagogischen und politischen Probleme wohl am tiefsten durchdacht. Er fand in der Akademiegründung jene Aufgabe, für die ihn sein Lebensweg mit einer immer tieferbohrenden wissenschaftlichen Bemühung und einer lebhaften politischen Aufgeschlossenheit geradezu prädestiniert hat. Innerste letzte Triebkraft seines Handelns ist wohl ein leidenschaftlicher Humanismus, der sich nicht in billigen Deklamationen erging, sondern zum Handeln aus stets neu überprüften Einsichten drängte. Sinzheimer stammte aus sehr wohlhabendem bürgerlichen Hause. Es gibt eine Schilderung von ihm als Studenten,<sup>16</sup> der in München zu Lujo Brentanos Füßen saß, als ein elegant angezogener, etwas schmalbrüstig aufgeschossener Jüngling, enthusiastisch den Studien ergeben und von einer äußerst zähen und beharrlichen Kraft des Denkens, ohne ein rechtes Verhältnis zu Natur, bildender Kunst und Musik, desto leidenschaftlicher aber zu Theater und Literatur, Verehrer Goethes wie auch Nietzsches und des Expressionismus. Erst allmählich entdeckte in ihm der studentische Freund auch die geheime „Wunde dieses analytischen Geistes, sein Judentum inmitten einer leidenschaftlichen Liebe für Deutschland und deutsches Wesen“. Und er meint, Sinzheimer habe damals schon oftmals Schmerzen erlitten, von denen auch seine näheren Freunde nichts wußten. Vielleicht ist es auch später so geblieben, seit er sich 1903 in Frankfurt als Rechtsanwalt niedergelassen hatte. So ist wohl damals, als es um die Universitätsgründung ging, sein leidenschaftlicher Protest bei einem Ausspracheabend der Fortschrittspartei gegen eine Überantwortung der Stiftungshochschule an die staatliche Kontrolle, sein Eintreten für eine ganz „freie“ Universität zu erklären, da er eben doch auch hier, entsprechend der allgemeinen Situation an deutschen Universitäten jener Zeit, eine Zurücksetzung jüdischer Wissenschaftler befürchten



konnte. Es ist nicht bekannt, aber nicht unwahrscheinlich, daß er selbst damals auch den Wunsch nach einer akademischen Wirksamkeit hegte und nur zu stolz war, sich damit eventuell verbundenen Kränkungen auszusetzen. Obwohl die Frankfurter Universität ja ausdrücklich in ihren Satzungen Zurücksetzungen aus konfessionellen oder politischen Gründen auszuschließen versprach, hat sich Sinzheimer in den ersten Jahren ihres Bestehens jedenfalls nicht um den Zugang zu ihr bemüht. Er ist damals ganz selbständig fragend sozialrechtlichen Untersuchungen nachgegangen; er hat sich auch von der bürgerlichen Linken abgewandt und der sozialdemokratischen Partei angeschlossen, bei der er immer mehr als ein überragender Kopf und auch ein glänzender Redner hervorgetreten ist. In öffentlichen Kundgebungen der Kriegszeit hat er die Aufgaben sozialer Gerechtigkeit und des Patriotismus wie auch einer künftigen europäischen Friedensgemeinschaft nebeneinander herausgestellt. Daneben hat er sich auch sehr lebhaft für Volksbildungsziele eingesetzt und hat sie gerade erst recht inmitten der äußeren Anspannung zu befördern gesucht, indem er eine Intensivierung und Verbreiterung der Volksbildung schon allein durch die großen Kriegleistungen des gesamten Volkes für gerechtfertigt erklärte. Dabei erstrebte er eine Volksbildung, die den Geist der politischen Weltanschauung zu pflegen habe; doch warnte er ausdrücklich vor dem Mißverständnis, als ob damit ein unmittelbares politisches Treiben, das Bekenntnis zu einer inhaltlich bestimmten politischen Parteiansicht gemeint sei. Er verstand darunter vielmehr die Aufgabe, die Voraussetzungen eines politischen Denkens überhaupt klarzulegen, um allmählich aus einem geläuterten Verständnis zu einer „allseitigen Durchdringung des öffentlichen Lebens mit sozialer Selbstverwaltung“ zu gelangen, mit dem Endziel, aus der Bereicherung nationalen Kulturlebens durch eine Beteiligung immer weiterer Schichten den schuldigen Beitrag zur Weltkultur leisten zu können<sup>17</sup>.

Der Jurist Sinzheimer hatte sich bereits früh der Erforschung der Rechtsverhältnisse in der Welt der modernen Arbeit zugewandt<sup>18</sup>. Er hatte die Anregungen dazu empfangen von dem 1904 erschienenen Buche Karl Renners, des Führers der österreichischen Sozialdemokratie, über die „soziale Funktion der Rechtsinstitute“. Seitdem beschäftigte Sinzheimer die Frage, „wie man die Welt der Arbeit rechtlich ordnen kann, ohne sie einem allmächtigen und deshalb diktatorischen Staat auszuliefern und ohne sie der freien Initiative der Privatparteien zu überlassen, was gleichbedeutend wäre mit einer Anerkennung einer allmächtigen und daher diktatorischen Macht des privaten Kapitals“. Aus diesem Dilemma, das von der bisherigen Rechtsentwicklung nicht erfaßt wurde, die ja den Menschen nur als Individuum erkannte und in der Welt der Arbeit nicht die Abhängigkeit des einzelnen Arbeitnehmers im modernen Großbetrieb berücksichtigte, fand Sinzheimer den Ausweg, daß er auf den kollektiven Arbeitsnormenvertrag hinwies. Dieser Vertrag konnte durch den Zusammenschluß der Arbeitnehmer sie zu einem gleichmächtigen und daher wirklich in gleicher Rechtsposition handelnden Partner des Kapitals machen. 1907/08 erschien sein epochemachendes zweibändiges Werk über den „Korporativen Arbeitsnormenvertrag“; von jetzt an ist

Sinzheimer in systematischem Fortgang seiner Untersuchungen zum Schöpfer des modernen Arbeitsrechtes geworden. Er ist „den Weg von der Fachjurisprudenz über die Rechtstatsachenforschung und die Rechtssoziologie in die Rechtspolitik“ gegangen<sup>19</sup>.

In der pädagogischen Anwendung seiner Ansichten hat Sinzheimer gleichzeitig auch auf die verbesserte Erziehung der breiten Schichten gedrängt, um sie auch durch geistige Einsicht zu befähigen, die ihnen gebührende Stellung als freie selbständige Glieder einer freien Gesellschaft einzunehmen und zu behaupten. So gehen rechtspolitische Einsichten und pädagogische Forderungen sinnvoll nebeneinander her. Den Umsturz hat er freudig begrüßt, als Herausführung der politischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Er hat sich jetzt aber sogleich gegen die Versuche einer umgekehrten Diktatur, gegen die Herrschaft der Arbeiterklasse nach dem bolschewistischen Vorbild der Rätediktatur gewandt. Wohl hatte er die Berechtigung des Anspruchs der Betriebsangehörigen eines Werkes anerkannt, zur Wahrnehmung ihrer sozialen und ökonomischen Belange eigenständige Organe zu schaffen. Aber gerade weil er mit seinem Werk die Grundlagen für die Institutionen der Betriebsräte gelegt hat, hat er es jetzt als seine wichtigste, eigenste Aufgabe angesehen, sich mit größtem Nachdruck gegen die Übertragung des Rätegedankens auf den politischen Bereich zu wenden<sup>20</sup>. Allzu eindringlich hatte die russische Revolution die terroristische Manipulation des Rätesystems, die damit mögliche pseudodemokratische Verschleierung der Diktatur, vor Augen geführt. Sinzheimer ist ein leidenschaftlicher Anhänger der zwar sozial einsichtigen und auszubauenden, aber ihrer freiheitlichen Grundlagen stets sicheren Demokratie geblieben<sup>21</sup>. In dem Ausschuß der Nationalversammlung zur Untersuchung des deutschen Zusammenbruchs, in welchem bekanntlich Hindenburg und Ludendorff als Zeugen mit ihrem Auftreten die Farce der Verhöhnung der Abgeordneten des deutschen Volkes geboten haben, um von hier aus das Wort vom Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres weit in die Öffentlichkeit zu tragen<sup>22</sup>, in diesem Ausschuß hat Sinzheimer einen persönlichen Zusammenstoß mit der Arroganz Ludendorffs nicht gescheut, ist aber dadurch selbst zum Zielpunkt gehässiger Angriffe geworden. Ob durch die fortgesetzten Beleidigungen tief getroffen, ob auch aus mancherlei Enttäuschungen über die politische Haltung in den Reihen seiner eigenen Partei bewegt, bleibt unbekannt, jedenfalls hat sich Sinzheimer damals entschlossen, aus aktiver politischer Betätigung sich zurückzuziehen<sup>23</sup>. Er hat sich als Kandidat zu den Wahlen für den ersten Reichstag der deutschen Republik, die für den Juni 1920 bevorstanden, nicht mehr aufstellen lassen.

Sinzheimer mochte sich auch vergegenwärtigen, ein neues, seiner Begabung besonders angemessenes Betätigungsfeld im akademischen Bereich sich erschlossen zu haben. Wir hatten gesehen, wie im Umbruch des November 1918 der Kommissarische Polizeipräsident Sinzheimer es als eine seiner ersten Amtshandlungen unternommen hatte, die Universität zu ihrer Aufgabe freier Forschung und Lehre zu beglückwünschen und sie in dem neuen freiheitlichen Staat der unbehinderten

Erfüllung ihres Wirkens zu versichern. Jetzt auch konnte und wünschte er selbst hier tätig zu sein — was er bis dahin wegen der bekannten konfessionellen Behinderungen nicht erstrebt hatte: Aufgrund eines Berichtes der Universität aus dem Sommer 1919 wurde er im November gleichen Jahres vom Kultusminister zum ordentlichen Honorarprofessor in der Juristischen Fakultät ernannt mit dem Auftrage, Vorlesungen aus dem Gebiete des Arbeitsrechts zu halten. Mit dieser Tätigkeit, das wußte er, konnte er für seine Ideen vielleicht nicht so unmittelbar wie als aktiver Politiker, doch letztlich um so nachhaltiger und mehr in die Tiefe wirken. Die ständige Aufgabe eines jeden verantwortungsbewußten Mannes, „die Wirklichkeit der Demokratie mit dem Sinne der Demokratie in Übereinstimmung zu bringen<sup>24</sup>“, konnte von hier aus ihre Erfüllung finden. Im pädagogischen Wirken galt es, „den demokratischen Gedanken lebendig zu machen“, ihn zu innerlicher Aneignung zu bringen, auch in der ständigen Kritik am bestehenden Staat, die aber immer nur von einem echt demokratischen Standpunkt aus vorgenommen werden sollte.

Und gerade als Sinzheimer eine solche akademische Lehrtätigkeit aufnehmen will, kommt die Möglichkeit an ihn heran, in einem entscheidenden Moment zu der Frankfurter Universitätskrise und den noch unausgereiften Hochschulplänen der neu gebildeten preußischen Regierung ein gewichtiges Wort zu sagen: Er arbeitet auf der Grundlage der Berliner Besprechungen eine Denkschrift zur Begründung einer Arbeiter-Akademie aus<sup>25</sup>. Er nutzt die Stunde zur Mahnung an die traditionsgebundene Universität, vor allem aber, um seine politischen Freunde vor dem zerstörenden Eingriff in die Universität zu bewahren, die gerade hier in Frankfurt mit ihren großen Unternehmungen aus dem Geist Mertons so viel soziale Aufgeschlossenheit bewiesen habe. Er warnt vor engen Funktionärsschlagworten und zeigt, daß es sich jetzt nur darum handeln könne, eine Institution zu schaffen, die auch unter dem allumfassenden Programm der Universität stehe mit der besonderen Aufgabe, den Weg in eine neue Zeit, zu einem wahrhaft freiheitlichen Sozialstaat finden zu helfen und statt der Gewalttätigkeit einer Revolution, die nur in eine Diktatur führen würde, mit Erziehung und durch Weckung der Einsicht zu arbeiten. Die zu erschaffende Arbeiterakademie müsse also, so heißt es, „ihrem Teilnehmer eine Arbeiterbildung im höchsten Sinne verschaffen, die sein Denken und Schaffen mit allgemeinen Ideen verbindet und auf seine allgemeine Lebensanschauung einwirkt. Aus diesem Grunde soll nicht nur die Sozialwissenschaft in breitem Sinne, sondern auch Philosophie, Geschichte und Kunstlehre in den Vordergrund treten. Es werden hierbei auch solche Lehrgebiete eine Rolle spielen müssen, die auf den bisherigen Bildungsanstalten zurückgetreten sind, insbesondere Politik und Sozialismus. Die Teilnehmer einer Arbeiterakademie sollen Führer ihrer Berufsgenossen werden. Dieses Führertum können sie nur dann betätigen, wenn sie nicht nur auf die Berufsauffassung, sondern auch auf die gesamte Kulturgesinnung ihrer Berufsgenossen führend und bildend einwirken können.“

Sie müsse eine allgemeine Bildungsgrundlage für alle Teilnehmer gemeinsam

Kluge  
10

tionärdenken befangen, vielmehr den Ausbau der schon bestehenden Kurse für Betriebsräte vorgezogen. Wenn auch die Frankfurter Parteikreise und Gewerkschaftsgruppen dank Sinzheimer und Thomas sich schnell überzeugen ließen, so hat es doch im Sommer 1920 noch recht tiefgehende Auseinandersetzungen in größerem Kreise gegeben, und die Gewerkschaftsvertreter blieben noch sehr lange bei ihrer Forderung, daß sie selbst einen weitgehenden Einfluß auf die Zusammensetzung des Lehrkörpers haben müßten<sup>27</sup>. Als eine Stimme aus dem Unternehmerkreise äußerte sich andererseits die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sehr kritisch gegen den Akademiegedanken und die damit versuchte „Massenausbildung von Arbeitern zu politischen Beamten“; sie schlug statt dessen ein „Institut für praktische Wirtschaftskunde“ vor, um darin Betriebsräte, Gewerkschaftsführer und Parteisekretäre fortbilden zu können<sup>28</sup>.

Demgegenüber hat die Frankfurter Universität, seit sie aus ihrer größten finanziellen Sorge sich befreit dünken konnte, ihrerseits sehr loyal an dem neuen Plan mitgearbeitet. Der Senat setzte eine Kommission zur Prüfung der Angliederungsfragen ein, in der neben dem Rektor und Prorektor, neben Freudenthal und Weber auch wiederum Sinzheimer und Pape ihre Gedanken vorbringen konnten. Man fühlte auch das eigenste Interesse nach wie vor mit der Verwirklichung des Akademiegedankens verbunden, da man nur so sich auf die Dauer der staatlichen Unterstützung sicher fühlte. Noch im Spätherbst erklärte einmal Freudenthal in einer Ratsitzung als seine Auffassung, „daß die Universität nicht zu halten ist, wenn die Akademie der Arbeit nicht zustande kommt und damit auch die staatliche Unterstützung entfällt“<sup>29</sup>. Es war ein vorläufiger Arbeitsausschuß eingesetzt worden, der schon im August einen weiteren Bericht über die allgemeinen Ziele der Akademie erstattete und Vorschläge über den Aufbau des Unterrichtes in Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Rechts- und Staatslehre, aber auch für Kurse zur Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der modernen Naturwissenschaft und für die philosophisch-pädagogische Ausbildung der Teilnehmer vorlegte. Die Studiendauer wurde auf vier Semester veranschlagt. Im November kam es zu einem Zusammentreffen mit einer Studienkommission der Gewerkschaften, für die vor allem Robert Dissmann und E. Dittmer sprachen. Von gewerkschaftlicher Seite wurde nun die Kostenfrage in den Vordergrund gestellt; gegen den sich darauf ergebenden Vorschlag, das zweijährige Studium „aus praktischen Gesichtspunkten“ abzukürzen, hielten gerade die Universitätsvertreter an der „reiflich erwogenen“ zweijährigen Studiendauer fest. Jedoch wurde beiderseits die Teilnehmerzahl, die im überschwenglichen Optimismus des ersten Planes mit tausend angenommen worden war, schon drastisch beschnitten und für den Anfang auf fünfzig bis hundert beschränkt. Für den Lebensunterhalt einer solchen Teilnehmerzahl machten sich die Gewerkschaften verbindlich, während die Kosten des Lehrbetriebes der Sorge von Reich und Staat zugewiesen wurden<sup>30</sup>.

Mit dieser Beschränkung war der Weg freigelegt für ein Kompromiß, das auf der Besprechung in einem großen Kreise endlich angenommen worden ist. An dieser Erörterung zu Beginn des neuen Jahres nahmen die beiden preußischen

Staatsminister Haenisch und Lüdemann, Staatssekretär Becker, Vertreter von Reichsministerien, der Stadt, der Universität und ihres Lehrkörpers, der Freien und auch der Christlichen Gewerkschaften und endlich des Bundes für Volksbildung teil. Als die Gewerkschaften auch jetzt noch ihren Anspruch auf „entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung, auf die Berufung von Lehrkräften und auf den Lehrplan“ (so Peter Grassmann vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB)) festhielten, war es nunmehr aber gerade Lüdemann, der sich dagegen zur Wehr setzte. Er wünschte keine Gewerkschaftsschule entstehen zu sehen, wie er auch ein einsemestriges Studium strikt ablehnte, und nahm den entscheidenden Einfluß für den Staat in Anspruch. Staatssekretär Becker konnte leicht den Ausweg weisen, der sowohl in dieser Frage wie auch hinsichtlich der Studiendauer zu einer Übereinkunft führte. Bei der Akademie der Arbeit handelte es sich darum, „einen neuen Bildungstyp zu schaffen, der in der Praxis erst erprobt werden müsse. Die Regierung sei bereit, zunächst mit der praktischen Arbeit zu beginnen. Er empfehle, zwischen der Regierung und den Gewerkschaften einen Vertrag zu schließen und zunächst für ein Jahr anzufangen. Ein Jahr sei für das Experiment aber unbedingt notwendig<sup>31</sup>.“ Auf dieser Basis wurde wenige Tage darauf in der Zusammenkunft nur eines Tages ein Vertrag zwischen dem preußischen Staat, vertreten durch seinen Kultusminister, und fünf gewerkschaftlichen Verbänden (dem ADGB, AFA — Allg. freigewerkschaftlicher Angestelltenbund, DGB — Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und dem Deutschen Beamtenbund) abgeschlossen. Nach diesem Abkommen plante die preußische Unterrichtsverwaltung unter Mitwirkung der genannten Verbände in Frankfurt „Einrichtungen für eine hochschulmäßige Ausbildung nichtakademisch vorgebildeter Personen aus dem Kreise namentlich der Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Wahrnehmung ihrer Tätigkeit in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Selbstverwaltung. Eine Ausbildung für Zwecke der höheren Staatsverwaltung ist nicht beabsichtigt. Fachbildung und parteipolitische Schulung werden ausgeschlossen sein.“ Es sollte vielmehr eine systematische Hochschulbildung vermittelt werden, die „nach Ziel und Methode von kurzfristigen Kursen zur Schulung von Betriebsräten und Arbeiterführern grundsätzlich verschieden sein soll“<sup>32</sup>. Der Vertrag lehnte es ausdrücklich ab, schon Bestimmungen für die Dauer zu treffen. Er betonte vielmehr den Erprobungscharakter und legte nur die Übereinstimmung zwischen den Vertragsschließenden für die ersten Jahre fest. Neben der Teilnahme aus Gewerkschaftskreisen, für deren Unterhalt die präsentierenden Verbände die Kosten zu übernehmen hätten, war auch die Zulassung geeigneter Personen aus anderen Kreisen, etwa von kommunalen oder Wirtschaftsverbänden, zu gleichen Bedingungen vorgesehen. Der Unterricht würde „hochschulmäßig mit besonderer Betonung der Gemeinsamkeit von Arbeitern und Angestellten gestaltet werden“ (§ 2). Die Oberleitung hatte ein Akademieleiter zu führen, dem zur Unterstützung in der äußeren Verwaltung ein beratender Ausschuß beigegeben wurde. Der Leiter war von der Unterrichtsverwaltung zu bestellen,

die jedoch bei seiner Auswahl und der der Lehrer „nicht gegen den ausgesprochenen Willen der Vertragspartner verfahren“ werde (§ 3). Neben einigen wenigen hauptamtlich tätigen waren nebenamtliche Lehrkräfte aus dem Kreise der Universitätslehrer, aber auch sonst geeignete Persönlichkeiten (Praktiker) vorgesehen. Den Hörern der Akademie stand „die Teilnahme an den Vorlesungen und Übungen an der Universität frei; sie haben ohne weiteres die Rechte und Pflichten der Besucher im Sinne der Universitätsstatuten“.

Es war ein Gründungsvertrag, aus dem das politische Pathos der Geburtsstunde der Idee, der leidenschaftliche Wille zur Umgestaltung der bürgerlichen Welt aus einer rationalen Einsicht, die akute Kampf Stimmung des Frühjahres 1920 verschwunden war. Schon die geringe Teilnehmerzahl, die jetzt noch vorgesehen war, verbot es ja, in der Akademie eine Erfüllung der einstigen Zielsetzung zu sehen. Statt dessen ist nun aus der Arbeiterakademie eine Institution geworden, die vertiefte Möglichkeiten persönlicher geistiger Formung an Menschen herantragen sollte, denen bisher der Lebensweg den Zugang zu einer höheren Bildung versperrt hatte. Die Realisierung der Idee ist damit sehr viel weniger spektakulär geworden als ihre erste Konzeption. Die Akademiegründung wurde von Staatssekretär Becker bei der Eröffnungsfeier, die mit dem Beginn des Sommersemesters an der Universität zusammenfiel und am 2. 5. 1921 stattfand, recht schlicht als ein „wesentlicher Beitrag zur Lösung der Erwachsenenbildung“, etwas höhergreifend am Schluß der Ansprache als „Krönung der bisherigen Volksbildungsbestrebungen“ bezeichnet<sup>33</sup>.

Aber das ist nun wiederum auch nicht genug. Es steckte doch nicht nur ein kultureller Arbeitseifer hinter dem Akademiekonzept, sondern es blieb auch ein politischer Umgestaltungswille bestehen. Nur ist er inzwischen weniger illusionär geworden; er weiß um die Mühsal geistigen Ringens, aber er behält die Überzeugung von der Notwendigkeit künftigen Handelns, der Reform aus wohl-erwogener Einsicht. Eine solche Aufgabe der sozialen Umformung aus dem Geist hält besonders Sinzheimer wach und stellt sie in seinem Willkommensgruß an die Teilnehmer: Es gelte in der Akademie nicht Wissensschätze aufzuhäufen, sondern „die Fähigkeit zu erlangen, Menschen und Dinge zu erkennen, ihre Beziehungen zu formen, Wesentliches von Unwesentlichem zu unterscheiden, unseren Erkenntnissen Form zu geben und in allem den Geist zu erkennen, ohne den wir arme Schächer sind“. Werde aber ein solcher Sinn des Forschens und Lernens erkannt, erwachse auch „die Kraft zur Gestaltung, der Wille zur Verwirklichung, die Fähigkeit, aus dem Chaos Welten zu bilden, die brennende Begier zu vollenden, was uns innere Verpflichtung und Verflechtung zuruft“<sup>34</sup>. Von einem solchen Willen her, der in seiner brennenden Kraft allerdings nur in wenigen glühte, kann man die jetzt ins Leben tretende Akademie der Arbeit vielleicht mit einer britischen Institution vergleichen, nämlich der wesentlich aus den Bemühungen der sozialistischen Intellektuellen, die sich in der „Fabian Society“ zusammengefunden hatten, entstandenen London School of Economics. Auch die britischen Sozialisten haben nicht auf Revolution und Diktatur des Proletariats vertraut,

sondern sie sahen es als ihre Aufgabe an, eine geistige Elite heranzubilden, um aus einem sozialen Ethos eine reformerische Umgestaltung der Welt hervorzubringen. Diesem Ziele diente neben der Schriftenreihe der Fabian Tracts die Londoner Hochschule, die zunächst als eine vollkommen unabhängige Organisation ins Leben getreten war, ohne anderswoher, auch nicht von der Londoner Universität, Mithilfe zu erbitten. Die Frankfurter Akademie war nicht nur jünger und konnte aus dem weiten Echo der Londoner Gründung Mut schöpfen, sie suchte und fand auch schon ein nahes Verhältnis zur Universität. Dies konnte geschehen, da zwischen den beiden Gründungen die ungeheuerliche Erschütterung lag, die die bürgerliche Welt ihrer früheren Selbstgewißheit und abgeschlossenen Zufriedenheit entzogen hatte und für ein neues Suchen zugänglich machte. Das galt für die deutschen Universitäten allgemein, auch wenn sie bisher von dem Novemberumsturz sich äußerlich noch wenig berührt gezeigt hatten. Und es war noch leichter auf dem Frankfurter Boden. Mit der notwendig werdenden Öffnung konnte am ehesten die Frankfurter Hochschule den Anfang machen, noch jung und ungefestigt, überhaupt auf vielen Gebieten noch im Suchen und, vergessen wir es nicht, auch von ihrem Mitbegründer Wilhelm Merton schon immer auf die soziale Verpflichtung hingewiesen. Die Akademie war natürlich einstweilen erst, wie es Becker in seiner Eröffnungsrede sehr richtig formuliert, ein eben erst vom Stapel gelassenes Schiff, das wohl schon in seinem Fahrwasser schwamm, aber noch nach allen Richtungen des Aufbaues und der Aufrüstung bedürfe. Es war ein Segeln in die Zukunft, das auch vom Partner her eine stets gleichbleibende Aufgeschlossenheit erforderte. Die Verbindung mit der Akademie ist aber von Seiten der Universität nicht widerwillig, notgedrungen eingegangen worden, und sie wurde auch in der Zukunft immer gern gepflegt.

Die Akademie ihrerseits hat die Fahrt mit gutem Mut und guten Kräften angetreten. Zu ihrem ersten Leiter wurde Eugen Rosenstock gewonnen. Er hatte sich 1912 in Leipzig im Alter von erst 24 Jahren für deutsche Rechtsgeschichte habilitiert, aber gereift durch vierjährige Kriegserfahrung, auch vor Verdun, fand er an einer bequemen akademischen Laufbahn kein Genüge mehr, verkaufte seine Bibliothek und wandte sich der Arbeiterbildung als der großen Aufgabe der Zeit zu. Er hatte bei den Daimler-Werken in Stuttgart einen ersten Ansatzpunkt gefunden und dort eine Werkszeitung herausgegeben, war aber von dort sehr gerne einem Rufe Sinzheimers nach Frankfurt gefolgt. Er begriff seine Aufgabe eines suchenden und prüfenden Ausbaues der noch ungefestigten Akademie durchaus als einen „kühnen Schritt in geistiges Neuland“. Auch er glaubte, es gelte mehr zu schaffen als freie Volksbildung einerseits oder als Arbeiterbildung, wie sie bisher in Betriebsräteschulen oder auch in den in Münster durch Plenge und Woldt ins Leben gerufenen Gewerkschaftskursen getrieben worden war. Die Akademie, von den Gewerkschaften getragen, die heute als eine wesentliche politische Macht die Ordnung des Volkes mittrügen, mußte vielmehr „den Einbau der Arbeiterbildung in das Hochschulwesen des Volkes erzielen“. Sie sollte „Nichtakademikern Hochschulbildung gewähren“ und damit in das deutsche

Bildungssystem, in welchem „Mängel der Jugendschulung für schlechterdings irreparabel galten“, eine Bresche schlagen helfen. Von solchen Auffassungen ausgehend, entwickelte auch Rosenstock die Vorstellung eines sehr planvoll aufgebauten Studienweges, in welchem Seminar- und Gruppenarbeit den Kern bilden soll. Mit dem Abdruck dieser Darlegung des ersten Akademieleiters in seinem Zentralblatt hat sich auch das anfänglich etwas zögernde preußische Kultusministerium diese Vorstellungen bejahend zueigen gemacht<sup>35</sup>.

Doch hat Eugen Rosenstock die Leitung der Akademie nicht lange in seiner Hand behalten. Gründe für seinen Fortgang sind nicht in schriftlichem Zeugnis überliefert. Ganz sicher gab es heftige persönliche Auseinandersetzungen gerade mit Sinzheimer, von dem Rosenstock meinte, daß er das Heil der Zukunft allein im Sozialismus zu finden vermochte, während er selbst eine zu enggläubige Bindung an eine politische Idee ablehnte und einen marxistisch bestimmten Sozialismus schon seit der ersten russischen Revolution von 1905 als überlebt angesehen hat<sup>36</sup>. So wollte er nicht nach einer vorbestimmten gesellschaftlichen Form streben, sondern allein in der offenen Fragestellung die Aufgabe der Akademie sehen. Sein von Unruhe erfüllter Idealismus mag sich auch überhaupt von den allzu sicher in gewohnten Bahnen gleitenden Vorstellungen mancher Funktionäre und vieler seiner Hörer beengt gefühlt haben; die Absicht einer allzu zweckgebundenen Schulung ist bei manchen Funktionären sicher nicht verschwunden gewesen. Ebenso gewiß ist es aber auch, daß Rosenstocks geistreiche, aber sprunghafte Art des Vortrages, die bis in das Eigenwillig-Absonderliche gehen konnte, sich über den Köpfen seiner Zuhörer bewegte und ins Leere stieß; so hat er den meisten von ihnen nicht allzuviel zu geben vermocht. Jedenfalls hat er schon in Jahresfrist, im März 1922, das Kultusministerium um Enthebung von seinem Amte gebeten, da „die Sache der Akademie und ihre friedliche Arbeit durch die Kämpfe um und gegen meine Person gefährdet zu werden droht“. Er hat dem Oberbürgermeister von dem Gesuch Mitteilung gemacht und von jenem eine recht frostige Bestätigung erhalten; Voigt drückte ihm zwar formell sein Bedauern aus, aber er erklärte es für einen Schritt, der „mich auch nach den mir ebenfalls gemachten Mitteilungen nicht überrascht hat“<sup>37</sup>.

Die weitere Entwicklung der Akademie legt es zu meinen nahe, daß Rosenstock innerhalb der persönlichen Differenzen den sachlichen Gegensatz jener Monate über Ziele und Arbeitsmethoden der Akademie sehr viel mehr betont hat als es tatsächlich gegeben war. Weder hatte bei Sinzheimer der Glaube an das sozialistische Ziel seinen tiefen Humanismus und die Forderung unbedingter geistiger Freiheit beeinträchtigt,<sup>38</sup> noch ist die menschliche und die ideengeformte Vielstimmigkeit des Lehrkörpers der Akademie jemals prinzipiell beschränkt worden oder gar tatsächlich verloren gegangen. An der Akademie wirkten Dozenten der verschiedensten politischen Auffassungen, von einem etwas romantischen Konservatismus über katholische Sozialreformer bis hin zu orthodoxen Marxisten. Besonders stark war stets das Element der reformerisch suchenden Sozialisten vertreten, die nicht mehr allein an den überlieferten Formeln



der Partei- und Gewerkschaftslehre ihr Genüge fanden und die meist der jüngeren Generation angehörten, von Engelbert Graf zu Erik Noelting oder den aus dem Umgang mit Sinzheimer geformten Ernst Fraenkel und Franz Neumann. Auch ein so heftiger sozialistischer Kritiker an der Lehre von Karl Marx wie Franz Oppenheimer hat jahrelang an der Akademie Vorlesungen gehalten. Später ist in den Kreis der Dozenten der belgische Sozialist Hendrik de Man eingetreten, dessen Lebensweg ihn immer wieder „gegen den Strom“ geführt hat<sup>39</sup>.

Ein sehr anschauliches Bild dessen, was die Akademie für Teilnehmer bedeuten konnte, besitzen wir in den Erinnerungen Osterroths, eines ihrer bestqualifizierten Hörer aus dem zweiten Jahrgang 1922/23, also unmittelbar nach dem Abgang Rosenstocks<sup>40</sup>. Osterroth, der Sohn eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, war als Angehöriger des Bergarbeiterverbandes auf die Akademie gesandt worden. Auch er verstand es als das Ziel der Akademie, daß sie die Hörer befähigen sollte, „ihre besondere ‚soziale Welt‘ wissenschaftlich zu erfassen . . . und die Problemstellungen der Arbeit kritisch zu durchdenken“. Wohl hat nach diesen Erinnerungen im Hörerkreise verständlicherweise der „durchschnittliche, kleinbürgerlich wirkende Gewerkschaftler-Typ“ vorgeherrscht, der an der reinen Berufsbildung, insbesondere in Volkswirtschaft und Arbeitsrecht, nicht aber an weiterführenden philosophischen oder gar religiösen Fragen interessiert war. Die geistig herausragende Gruppe aber hat es dankbar aufgenommen, daß ihr die Probleme in sehr verschiedenartiger Beleuchtung und auch aus christlich-sozialer oder auch liberaler Sicht geboten wurden. Zu den Mitgliedern des frühen Lehrkörpers gehörte zum Beispiel auch Ernst Michel, der über christliche Soziallehre las und deshalb gern Christen-Michel genannt wurde, im Unterschied zu einem anderen Referenten, Wilhelm Michel, der über Arbeitsrecht vortrug. Die Vorlesungen zur christlichen Soziallehre wurden von den Gewerkschaftlern des Normaltyps wohl gern geschwänzt, ein romantisch-konservativer Angriff eines Vortragenden (Dr. Heinz Marr vom Sozialen Museum) auf den Marxismus, mit Spenglerschen Argumenten gewürzt, hat beinahe einmal zu einem großen Spektakel geführt. Neben Klagen über schwerblütige Vorlesungen mancher Dozenten, die nicht durch Diskussionen aufgelockert oder durch Arbeitsgemeinschaften vertieft wurden, begegnet die Dankbarkeit für das Erlebnis eines begnadeten Lehrers wie Franz Oppenheimer, der durch seine lebendig zupackende Art und auch schnellzüngigen Witz eine große Wirkung auszuüben vermochte. Sinzheimers Vorlesungen konnten zu gleicher Zeit gründlich und improvisiert wirken, aber immer wußte er seine Zuhörer an der Herausarbeitung eines Gedankenganges selbst zu beteiligen. Einem aufmerkenden Manne wurde auch damals schon erkennbar, wie sehr Sinzheimer, der Führer des gerade in Frankfurt recht schwachen rechten Flügels der SPD, unter der parteilichen Enge litt, wie ihm insbesondere der flache Materialismus des Lokalblattes, der „Volksstimme“, zuwider war, in welchem er nur einen Hemmschuh für die Entwicklung eines humanistischen Sozialismus erblickte<sup>41</sup>.

Die Akademie hat nach dem Weggang Rosenstocks nicht mehr eine ständige

Geo Kesterberg [v. l. nr. 2. Rätekonferenz S. 614, Anm. 27]  
(USP) geb. 1882, Pianist u. Lehrer am Konservatorium 1.12.1918.  
insgesamt Hilfsarb. in Kult.ber. (hier N. Hauptberuf) (S. 40 f.)

Hr. Adolf Käse [v. l. nr. 2. R. Konferenz S. 61, Anm. 36]  
wurde v. Vollzugsrat am 14.11.1918 mit d. Wahlnehmung  
d. Kontrollalle beim Reichsaussch. f. wirtsch. Demobilisierung.  
beauftragt, er nannte sich "Beauftragter d.  
Vollzugsrat d. A. u. S. Räte beim Demobilisierungsaussch."  
Nach d. Beschl. des vorbereit. Plaus d. Demobilisierungsaussch.  
v. 15.1.1919 war s. Arbeitsgebiet "Fragen d. Tätigkeit  
d. A. u. S. Räte (BA, R. 43 I/610)"

10 10 (Gelehrte u. Sozialwiss-  
Ressort)

Zerubbabel (Korb-Pörsch) <sup>Walter Tittelwiler</sup>  
<sup>Max Weber (8. 11. 13)</sup>

[v. 1. zum 2. Reichkongress S. 521, Anm. 8]

Dr. Edward Heimann

geb. 1889. Sohn d. Philanthropen u. soz. dem. Politikers

Hugo Heimann (vgl. Osterrath S. 119 ff) bereite u. nach d. Studien  
d. Rechte u. d. Volkswirtschaft auf Hochschule laudatur ver.

Des. 1918 Sekretär d. Sozialisierg. Kommissions.

v. d. Valoren d. Weimarer Rep. Gemeinwesen mit

Paul Tillich - philos. Vorträge d. religiös. Sozialismus

Gelobte

(Soz. Kommiss.)

[v. 1. zum 2. Reich Kongr. S. 521, Anm. 6]

Dr. Theodor Vogelstein (geb. 1880) Bankier, 1910 Privatdozent i.

München, während d. Krieges Mitgl. d. Vorstande

d. Vortrupmetal A. G., später Mitgl. d. Bank-

hauses C. Kretschmar in Berlin, aktiv in der

"Gesellschaft f. soziale Reformen" d. d. 1918 (Nov.).

v. d. Sozialisierg. Kommiss. herufen

Jakob Leischinsky 2. Mittelsch. Volksschule der Stadt Juchukow  
 Schiffsbau 2 ferdal u. ferdalstelle vord. Juch u. der Hauptstelle  
 f. jüd. Wanderfürsorge N. VII Juch 1933  
 1. auch Alfred Lerman bei vord. Karte 2 Mitt. Juch Juch N 31

S. 61 : 1871 8% 1 Jahr in Pellen, 3x so hoch wie bei vord. Juch  
 Einwohnerstand

S. 87 Juch Pellen	Pellen	den Juch Pellen	1861	2,9%
			1907	6,7%
Hoch	Handwerk	Handwerk	1925	8,7%
			1861	10,4%
			1907	2,1%
Adm. Stand	Adm. Stand	Adm. Stand	1861	16,5%
			1907	23,7%
			1925	21,9%
Handel, Kredit	Handel, Kredit	Handel, Kredit	1861	58,3%
			1907	47,2%
			1925	49,2%

Hausstand  
 Juch  
 1. 9,5%  
 2. 23,2%  
 3. 9,8%  
 4. 6,4%  
 5. 3,2%  
 6. 13,8%  
 7. 8%  
 8. 13%

bei vord. : ohne Juch (10-15% 1907 : 18,5%  
 in Hauptstadt, vord., vord. vord.  
 Juch, vord. vord. vord. vord. Juch  
 Juch 1907 vord. vord. vord. vord. vord.  
 vord. vord. vord. vord. vord. vord.

J. 100 f 180/61 5,8% der vord. vord. Juch, in vord. 1867 14,8%  
 vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord.

J. 102. 1895 vord. vord. Juch 7,5% 1907 : 8,1%  
 1907. vord. vord. : 8300, vord. Juch 2,200 (26,6%)  
 vord. 23,600 " " 3670 (15,5%)  
 vord. 4800 " " 700 (14,8)  
 vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord.

vord. (191000 vord. vord. 90,700 vord.) = 47,5%  
 bei vord. = 15,1%  
 vord. 7,5% vord. vord. = 17,2% vord. 17000 = 9,2%  
 vord. = 48,1%

vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord.  
 vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord.  
 vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord. vord.

Waldsteinum jüd. Quantität 1816 - 1925

Ökn	3373	172672	X 5,1%
Fhr	4309	29385	682 (bei wähl. Familie 10x)
Ordn	4409	23246	528 bei wähl. Quantität
Haus	7000	19794	283 9x also nicht wähl. 7x
Kaly	150	16093	107,33
Spz	146	12394	89,96
Juden	380	10068	26,50
% aller J.	7,7	in 1816	
	56,3	in 1925	

Wald jüd. facu. in 18. J. präzise in Statistik, siehe 4. Seite

Statistik S. 168. Dr. Joana, Intendant d. jüd. Hochsch.

über den 1. jüd. Schauspiel: Namentlich in Wien wurde die bayr. Reichs-  
k. Theaterleitung sehr offen zu, andere und Kärnten.  
Wenden sie nicht verwirren ab. Freie Bühne dankenollen nach, also vor  
Jahren von Theater mit Reaktoren jüd. Herkunft besetzt.  
(Das vord. J. in Wiener jüd. Gemeindeblatt 1932, Seite)

Statistik S. 166f. 2. Teil davon Statistiken, davon 8000 in Ök.  
(1931. Zahl aller Statistiken 35000 <sup>Redaktion, Wien, 19. 12. 1931</sup> <sup>Statistik, Wien, 1932</sup>  
Dr. 2. v. 18. 2000 (aktuelle) v. jüd. St. 1931 Ende, 4000 - 1932

S. 165 Statistik : 1871 : 14700 1931 138000

Jüd. St. 1886 1,300 = 9,6%

1930 2675 = 5% wähl. 1911 2200 = 8%

Jüd. nicht wähl., andere nicht wähl. 1902 1675 9,3%

10

## Ein intellektueller Abenteurer

Mehrere Presseorgane haben des 85. Geburtstages des früheren Staats- und Völkerrechtlers Carl Schmitt gedacht.

Dabei ist leider die üble anti-semitische Hetze Carl Schmitts während des Dritten Reiches, seine Beteiligung an der Vertreibung jüdischer Hochschullehrer und seine intellektuelle Unterstützung des Dritten Reiches nicht hinreichend "gewürdigt" worden. Anlässlich seines 70. und 80. Geburtstages sind sogar Festschriften erschienen, die die wahren Kenner Carl Schmitts eröteten liessen. Erfreulicherweise haben in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung der frühere Bundesrichter Professor Dr. Gerhard Leibholz und Professor Ernst J. Cohn auf den wahren Charakter Carl Schmitts und seiner Lehren hingewiesen. Professor Ernst Cohn hat ihn mit Recht des

Hochverrats am Recht bezichtigt.

Ich selbst habe Carl Schmitt in meiner Tätigkeit als stellvertretender US-Hauptankläger in Nürnberg eingehend vernommen. Es war eine meiner interessantesten Vernehmungen, bei der teilweise ein Beauftragter von General Lucius D. Clay teilgenommen hat. Wir sollten uns aufgrund der Vernehmung darüber äussern, ob Schmitt zur Kategorie der Hauptkriegsverbrecher gehöre. Hatte er durch seine Theorien und Lehren zur Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs beigetragen? Oder hatte er "nur" die Jugend verführt? Ich liess Carl Schmitt über einige Themen schreiben. Er sollte auch selbst zu zwei gegensätzlichen Thesen Stellung nehmen: "Warum ich ein Kriegsverbrecher bin" sowie zu der Gegenthese "Warum ich kein Kriegsverbrecher bin". Seine

negative These war trotz seiner ungeheuren moralischen Belastung aus formellen Gründen juristisch zutreffend, weil die intellektuelle Vorbereitung des Nationalsozialismus nicht unter die sehr eng gefassten Bestimmungen des Londoner Statuts und des Kontrollratsgesetzes fiel, — obwohl ein gerader Weg von solcher "intellektueller" Tätigkeit direkt nach Auschwitz und zu Angriffskriegen geführt hat.

Für mich als Ankläger waren die Hinweise Schmitts auf seinen aus jüdischer Familie stammenden, im vorigen Jahr verstorbenen Kollegen Professor Erich Kaufmann von besonderer Bedeutung. Als Kaufmann im Wilhelmstrassenprozess als Verteidigungszeuge auftrat und seinerseits merkwürdige Theorien über die Schuld von Staatssekretären vor dem Gericht ausbreitete, konnte ich ihn mit seiner eigenen bellizistischen Vergangenheit konfrontieren.

Als ich Carl Schmitt nach Beendigung der Vernehmungen erklarte, er könne nach Hause gehen, war er ungläubig und fragte: "Bin ich denn nun entlassen?" Ich musste ihm erst klar machen, dass dies ohne weitere Verhandlung geschehen könne, aber nicht ausschliesse, dass er sich gegenüber deutschen Stellen noch zu verantworten haben werde. — "Was soll ich denn jetzt machen?", fragte er beim Herausgehen. "Vielleicht ist es das Beste, wenn ich in die Sicherheit des Schweigens flüchte." Mein Schlusssatz zu ihm lautete: "Das hätten Sie schon viel früher tun sollen. Es ist gewiss auch jetzt das Richtige."

Leider hat Schmitt diesen Rat nicht befolgt und auch seine Jünger oder Kollegen hätten besser getan, einen solchen "intellektuellen Abenteurer", um es gelinde auszudrücken, nicht durch Geburtstagsartikel zu ehren. **Robert M. W. Kempner**

## Deutschland ehrt Richard C. Hottel

Der Deutsche Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann verlieh dem bekannten amerikanischen Journalisten und langjährigen CBS-Korrespondenten in Bonn Richard C. Hottel das Grosskreuz der Deutschen Bundesrepublik. Die Überreichung des Ordens erfolgte vor einigen Tagen durch den deutschen Generalkonsul in New York Graf Posadowsky-Wehner, der dabei Hottels Verdienste um die Förderung des Verständnisses für die nationale und internationale Politik der Bundesrepublik hervorhob.

Hottels journalistische Karriere begann in Deutschland schon von dem Zweiten Weltkrieg. Er studierte damals an der Universität Berlin und betätigte sich gleichzeitig als Korrespondent im Berliner Bureau der United Press. Seine objektive Berichterstattung über die "Er rungenschaften" des Dritten Reichs fiel im Propagandaministerium unangenehm auf und führte im Jahr 1941 zu seiner Verhaftung wegen "Spionage"-Verdachts. Nach seiner Freilassung arbeitete Hottel für das amerikanische Office of War Information in London, Afrika und Italien. Drei Jahre später ging er zu CBS News über, für die er dann sechs Jahre lang als Korrespondent in Bonn und West-Berlin tätig war. Seit dreizehn Jahren gehört er dem CBS Stab an der UN an.

## Koreanische CIA

(Fortsetzung von Seite 3)

zwischen ist er unter Hausarrest gestellt worden und darf keine Besucher mehr empfangen). Kim erzählte, dass er während seiner Inhaftierung auf dem Schiff, das ihn von Japan nach Südkorea brachte, zunächst zwei Tage lang an Händen und Füssen gefesselt, in einem dunklen Verlies im Schiffsladeraum lag. Seine Ent-

**Buchen Sie Ihre  
Deutschlandreise erst,  
wenn Sie wissen,  
ob es mit Lufthansa  
nicht billiger  
und besser geht.**

# Der Mann, der den lebenden Parlamentarismus sezierte

Carl Schmitt wird 85 / Von Friedrich Karl Fromme

FAZ DE Politik 11. JULI 1973

Carl Schmitts zelebrierenswürdige Geburtstage noch 1945 boten jeweils Anlass zu einem Anstoß von Streit: Ein oft zitiertes Beispiel sind die Entwürfe, auch die Meinung des Alltagsformats, das sich an wirklichen oder vorgeblichen Mängeln im Charakter des widerwillig Bewundernden rieb, verräterischen moralischen Verurteilungen auf der einen Seite, die etwas gedrückten, unerschütterlichen oder allzu energischen Würdigungen der Anhänger andererseits. Jetzt, da Carl Schmitt (am heutigen Mittwoch) 85 Jahre alt wird, mag sich eine kühlere Beurteilung der Verdienste und der Schwächen dieses umstrittensten und geistreichsten der deutschen Staatsrechtslehrer aus dem ersten Drittel des Jahrhunderts durchzusetzen beginnen, mag sich die Bewertung menschlicher Schwächen von der des Bleibenden im Werk lösen.

Carl Schmitt — geboren am 11. Juli 1888 in Plettenberg bei Köln, Studium der Rechtswissenschaften in Berlin, München und Straßburg, Habilitation 1915 ebenda, erster Lehrstuhl 1921 in Greifswald — brachte einen neuen Ton in die Staatsrechtslehre der Weimarer Republik, die sich bis dahin und lange Zeit noch vorwiegend neben Carl Schmitt (und einigen wenigen anderen, Jüngeren) in den positivistischen Formen aus der Zeit des Kaiserreichs bewegt hatte, die sich einigermaßen hilflos, oft mit einer Geste spröder Abwehr, den politischen Realitäten des 1918 neu erworbenen Parlamentarismus gegenüberübersah. Schmitt kam in seiner Untersuchung der „Geistesgeschichtlichen Lage des heutigen Parlamentarismus“ (erstmalig erschienen 1921) zu dem Ergebnis, daß es dem Parlamentarismus als einer Regierungsweise, die von der Vorstellung lebe, aus der Diskussion freier Repräsentanten ergebe sich das Richtige und Gemeinwohl-Taugliche mit Zwangsläufigkeit, an der realen Grundlage fehle.

In der Konsequenz rückte Schmitt die Begriffe des Parlamentarismus und der Demokratie auseinander, die von einer zwar das Richtige wollenden, es aber oftmals etwas platt begründenden oder gar axiomatisch voraussetzenden Staatstheorie mehr oder weniger in eins gesetzt wurden. Er suchte die legitimierte Staatsgewalt bei der plebiszitäre bestätigten Führung, konkret in der Figur des Reichspräsidenten, dessen Kabinettsbildungsrecht und Notverordnungsgewalt Schmitt stark herausstrich, womit er eine tatsächliche und am Ende verhängnisvolle Entwicklung interpretatorisch förderte: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand verfügt.“ Von Seiten der Liberalen (die damals oft den Verlust der unverrückbaren Vorgegebenheiten der Bismarckisch-Wilhelminischen Ordnung entweder nicht bemerkt hatten oder nicht verwinden konnten) wurde Schmitt seine Parlamentarismus-Kritik und mehr noch seine Wendung zu als „autoritär“ verstandenen Regierungsformen verübelt. Das geschah eine gute Wegstrecke weit sicher mit Recht. Aber es bleibt bestehen, daß Schmitt die entscheidenden Schwächen des liberal verstandenen Parlamentarismus der damaligen Zeit in einer Weise offengelegt hat, die andere Reaktionen verlangt hätte als die, aus den Schwächen des Kritikers auf die Haltlosigkeit der Kritik selbst zu schließen.

Carl Schmitt, den sein akademischer Weg in den Weimarer Jahren über Ordinariate in Bonn, Berlin (Länderebene) und Leipzig führte, hat die „Führerlehre“ — die Ironie, die vorbereitet war in der Bewunderung der plebiszitär legitimierten Autorität, die freilich auch führte zu jener schimpflichen Rechtfertigung der ersten konzentrierten rationalsozialistischen Schlichterlein im Geleise der Bismarck-Affäre 1934 unter dem Schlagwort „Der Führer schützt das Recht“. Diese Formel hat seitdem immer wieder dienen als Stimulus gedient, die Carl Schmitt das „moralische Minimum“ abzusprechen (Richard Schmid).

Die leidenschaftlichen Schmitt-Bekämpfer nehmen nicht so deutlich zur Kenntnis, daß ihr Opfer sich immerhin nach ein paar Jahren vom Führerstaat abkehrte; nicht zum „Widerstand“, gewiß. Schmitt nahm immerhin Abschied von der Rolle des staatsrechtlichen Laureaten von NS-Gnaden, die ihre verführerische Kraft gehabt haben muß. Nach 1945 kamen für Schmitt (eine der Ironien der frühen Besatzungspolitik wollte es, daß er zu nächst von den Amerikanern „gut“ beurteilt wurde, weil er ja 1932/33 im Staatsprozeß wegen des Papenschen Preußenschlages vom 20. Juli 1932 das Reich, nicht das „reaktionäre“ Preußen vertreten hatte) Jahre der Haft (daraus die Schrift „Ex captivitate salus“). Es folgten der offizielle Abschied von der Lehrtätigkeit, der Rückzug in das heimliche Plettenberg. In den letzten Jahren hat sich Schmitt bevorzugt dem Völkerrecht zugewandt (eine späte Entdeckung, Verschiebung des Arbeitsfeldes, die oft bei bedeutenden Staatsrechtslehrern zu beobachten ist).

Schriften wie die „Verfassungslehre“ (1928) erlebten nach dem Kriege Neuaufgaben. Schmitt hat auch in der Stille einen Kreis um sich geschart und bewahrt, in dem er, jenseits des staat-

lich legitimierten Hochschul-Katheders, anregend, ja schulbildend wirkte. Daß nun, nachdem die direkten „Schmitt“-Anhänger verstorben oder der Produktion müde sind, aus Hansereisen, von von überaus nicht „schmittlich“ (rechtlich) stehenden Staatsrechtler sich nicht oder minder deutlich als in der Tradition der Schmitt-Schuleehend empfindet, zeigt den fortwirkenden, dem Fortschritt entzogenen Kern der Lehren dieses schillernden, zugleich abstoßenden und faszinierenden, sprachgewaltigen Monarchen. Auch die sogenannte Neue Linke bedient sich, und zwar manchmal, oft aber auch mit der stolzen Geste dessen, der sich rühmt, die vom Gegner geschmielerten Waffen zu benutzen, der Lehren Carl Schmitts.

Die verbindenden Glieder sind offensichtlich die Kritik am Parlamentarismus, dem die „geistesgeschichtlichen Grundlagen“ noch immer fehlten, was daraus abgeleitet wird, daß tatsächlich allzuoft falsche, nicht mehr tragfähige Grundlagen untergeschoben worden. Weiter ist zu nennen die Trennung von (bloßer) Legalität und (höherer) Legitimität, was jedem nur halbwegs Wendigen erlaubt, sich als im Besitz der Legitimität befindlich auszugeben und sich damit berechtigt zu fühlen, über die Legalität hinwegzugehen. Da ist die Reduzierung des Politischen auf ein „Freund-Feind-Verhältnis“, das jedenfalls nicht mit einem flauen „Parteiesschafts“-Gerede widerlegt werden kann. Schließlich ist da die Deutung der „Verfassung“ als eines Prozesses der „Entscheidung“ über politische Einheit und Ordnung. Dies ist wohl das Schlüsselwort dafür, daß Carl Schmitt dem heutigen pluralistischen Parteien- und Verbandsstaat, der unter dem Flaggenschmuck eines vergangenen „neutralen“ Staatsbegriffs dahinsiegt, einen ersten, noch nicht hinreichend ausgebauten Ansatz für eine zeitgemäße Verfassungstheorie mitgegeben hat.

10

10

Heinrich Muth, Carl Schmitt In der Deutschen Innenpolitik des Sommers  
1932, Historische Zeitschrift, Beiheft 1 hrsg.vom  
Theodor Schieder, Muenchen 1971 S. 75-147

S. 76: Haette Schmitt sich auf die ueblichen staatsrechtlichen Eroer-  
terungen beschraenkt, so waere es ihm kaum anders ergangen als der  
Mehrzahl der zeitgenoessischen Staatsrechtslehrer, von denen nur wenige,  
wie etwa Hans Kelsen, Hermann Heller oder Rudolf ~~Schmitt~~, auch ausser-  
halb des engeren Kreises ihrer Fachgenossen bekannt geworden sind.

S 93: Schmitt wollte die Grundentscheidungen aus der Verfassungs-  
aenderung herausnehmen, also unantastbar machen wie Entscheidung fuer  
die Demokratie, fuer den Fortbestand der Laender; fuer eine grundsatz-  
liche parlamentarische Repraesentative Form der Gesetzgebung und der  
Regierung" und " fuer den buergerlichen Rechtsstaat mit seinen Prin-  
zipien Grundrechte und Gewaltenunterscheidung" (Verfassungslehre,  
3. Auflage Berlin 1954, S. 23 f.) Aber er stiess auf Ablehnung. Der von  
dem fuehrenden Kommentator der Reichsverfassung verfochtene Grundsatz  
"die Verfassung kann im Wege der Gesetzgebung geaendert werden- alles  
ohne Unterschied des Inhalts und der politischen Tragweite " war als  
herrschende Meinung anerkannt. Als ~~A~~baenderbar fuehrt Anschuetz aus-  
druecklich auf: Bundesstaat, Republik, Demokratie, Parlamentarismus  
(12. ~~zuefuehrt~~ Auflage Berlin 1930, S. 349 f). Den Thesen Schmitts  
vermoechte ~~er~~ nur die Eigenschaft einer de lege ferenda beachtlichen  
politischen Forderung ~~anzuerkennen~~ zuzuerkennen (S. 351) Dies ist eine posi-  
tivistische Verfassungsvorstellung. Ehmcke, Grenzen der Verfassungs-  
aenderung, Berlin 1953 S. ~~X~~ 19 ff, besonders S. 21 Anm. 8 gibt eine  
Uebersicht ueber die Anhaenger dieser herrschenden Meinung. Mit Aus-  
nahme von Kelsen und Schmitt, beide von entgegengesetzten Ausgangs-  
punkten herkommend, gehoerten alle damals fuehrenden Vertreter des  
Staatsrechts ihr an. (So Hatschek, Stier-Somlo, Nawiasky, Poetzsch-Heffter,  
Giese, Walter Jellinek). Politisch, worauf Ehmcke leider nicht hinweist,  
gehoeerten alle zur Weimarer Koalition, viele zur DDP fuer die einige  
von ihnen noch bis zum Ende der Republik beratend taetig waren (s.  
Matthias-Morsey, Die deutsche Staatspartei in Das Ende der Parteien  
S. 31 ff. passim)

S. 96: Schmitt deutete 1928 an, uns sprach die Befuerchtung aus, dass  
das deutsche Volk, dessen Beduerfnis nach legalem Schein staerker ist  
als sein politischer Sinn, eine im Weg des Art. 76 eingefuehrte  
Beseitigung der Verfassung eher hinnehmen wuerde, als eine im Wege des  
Putsches oder der Revolution versuchte Verfassungsvernichtung. (Ver-  
fassungslehre S. 114) Schmitt sagte auch, dass, " Sobald die zur Legalitaet  
dieses Systems gehoernde Voraussetzung einer beiderseitig gleich le-  
galen Gesinnung ~~ankstelt~~ entfaellt, gibt es keinen Ausweg mehr".  
Schluss folgernd aus der Taktik und dem Verhalten der NSDAP und KPD  
sagt er, es sei ganz unmoeglich wirklich staatsfeindlichen Parteien  
die gleiche Chance zu geben und ihnen die legalen Moeglichkeiten staat-  
licher Willensbildung als Waffe in die Hand zu geben. (Deutsche Ju-  
ristenzeitung 37 (1932) Sp. 958.)



Von den Staatsrecht Lehrern  
H. Keller und Rud. Smend  
wessen Bekanntschaft  
ich wie ich die  
ausserhalb d. Fakult.

Dazu Carl Schmitt

Kel. Schmitt, Carl  
Schmitt... Hist. Zeitschrift  
Jahrgang 1, p. 76

10

# Im Schutz des Wortes

Carl Schmitt und die Dichter

FAZ 0111 Facultäten 12. JULI 1973

Wenn ein Staatsrechtslehrer vom Asyl des Dichterwortes spricht, darf man annehmen, daß er etwas Gemeinsames meint. Ein Asyl nimmt in Anspruch, wer nicht mehr unter dem Schutz des geschriebenen Wortes steht. War Carl Schmitt, als er am 11. Juni 1948 sich dieser Vers aus dem „Gesang des Sechzigjährigen“ zusprach, ins Niemandsland des „hors-la-loi gesetzten Legisten“ geraten? Mir scheint diese Erklärung zu episch. — Wer das Recht denkt, ist ebendamt aus dem Schutz des Rechts, das er denkt, herauszutreten und bietet dennoch seinen Funktionen unwiderruflich unterstellt. Von der Tragik eines solchen Widerspruchs werden unsere Kommentatoren des Status quo nicht einmal gestreift. Im Gegensatz zu ihnen, die das Bestehende zementieren, muß der Rechtsdenker antizipieren, und für Antizipationen haftet man von je mit Kopf und Kragen. Das ist eine ernste Sache, weil die antizipierte Zukunft anders als die der Utopisten, unausbleiblich eines Tages Gegenwart wird. Denn der Rechtsdenker denkt die Geschichte, und die Geschichte geht unaufhaltsam durch die Gegenwart hindurch. Wer schützt ihn dann vor dem, was ihn einholt?

Daß die Kirchen kein Asyl mehr bieten, mußte bereits der junge Rechtsgelehrte erfahren, als er feststellte, daß in dem Augenblick, wo in der letzten ewigen Lampe statt Öllichts eine Glühbirne brennt, die Kirche für die ökonomische Ordnung eine begriffliche Größe geworden ist: Sie hat den Frieden mit dem Bestehenden geschlossen. Was gab ihm in dieser Ratlosigkeit das

Vertrauen in das Wort des Dichters? — Er, der in einer Mischung von Studententum und Satyrion mit den übermütigen Persiflagen seiner „Schattenspiele“ (1910) die Wortmacht und seiner literarischen „Stimmen“ (1912), Richard Dehmel so wohlwollend wie Thomas Mann, glaubte an das Arcanum des dichterischen Wortes. Er wußte es unter der Wortlava Theodor Däublers genauso behütet wie in der ganz nach innen gespiegelten Sprache des Freundes Konrad Weiser. Beide gehörten für ihn zusammen wie Mythos und Geschichte, und beide halfen ihm, sein Arcanum zu fassen. Was in Däublers „Nordlicht“ entfesselte Geist-Ekstase war, die sich „promethidisch“ gegen den Schöpfungssinn wendet, brach sich im Wortgestein des Dichters der „Cumilischen Sibylle“ zu einer Leidenschaftsform der Geschichte, die allein ihm gewährte, das allzeit übernommene Geschick des „okzidentalischen Rationalismus“ ohne Hybris auszutragen.

Carl Schmitt hat beiden Dichtern eine lebenslange Dankbarkeit bis in sein jetziges hohes Alter bewahrt; er hat ihnen auch nie einen anderen zugesellt, obschon ihm mancher lebensmäßig näher gewesen sein mag wie etwa Benn. In mancher Dichtung hat er sich wiedererkannt und weitergedeutet gesehen, in keiner vielleicht so wie in Melvilles „Benito Cereno“. Aber Schutz hat er nur im Wort sibyllinischer Dichter gefunden; denn nur ihr Wort geht geradenwegs durch alle Geschicke hindurch auf ein neues geschichtliches Recht.

WALTER WARNACH

## Plettenberg

FAZ Bra. d. Herausg. 17. JULI 1973

Zum Aufsatz über Professor Carl Schmitt in der F.A.Z. vom 11. Juli: Es gibt bei Köln ein Klettenberg, unser Professor ist heute noch wohnhaft in Plettenberg, das ist Westfalen und Sauerland; Entfernung nach Köln 117 Kilometer. Nicht also Plettenberg bei Köln. — es dürfte sich um einen Druck- oder Hörfehler handeln.

Jupp Schöttler, Finnentrop/Sauerland

## Die Haltung Carl Schmitts

FAZ Bra. u. Herausg. 24. JULI 1973

Am 11. Juli hat Friedrich Karl Fromme den 85. Geburtstag von Carl Schmitt in besonderer Weise gewürdigt — offenbar in der Absicht, unbeschadet gewisser menschlicher Schwächen, die dem Werk von Schmitt anhaften mögen, das Bleibende dieses Werkes hervorzuheben und dem Tagesstreit zu entrücken. Dementsprechend wurde die vielfach geübte Kritik an diesem Werk selbst kritisch beleuchtet: Sie sei offenbar mit Selbstgerechtigkeit getränkt, reibe sich an wirklichen oder vorgeblichen Mängeln im Charakter des widerwillig Bewunderten, nehme nicht genügend zur Kenntnis, daß sich das Opfer der Kritik selbst nach einigen Jahren vom „Führerstaat“ abgewendet habe usw.

Eine solche Betrachtung kann nicht unwidersprochen bleiben. Carl Schmitt hat nicht nur an führender Stelle das totalitäre nationalsozialistische Regime ideologisch legitimiert. Er hat — hierauf hat der Autor Ihres Beitrages selbst hingewiesen — den „Führer“, als er am 30. Juni 1934 Hunderte von Menschen ermorden ließ, zum Hüter des Rechts erklärt. Er hat als Staatsrat auf einer Tagung in Berlin, über die seinerzeit die „Frankfurter Zeitung“ ausführlich im Oktober 1936 berichtet hat, bei seiner Eröffnungs- und Schlußansprache die Tagung unter das Motto des Führers „Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn“ gestellt. Wenn vom Blickpunkt des Nationalsozialismus das Judentum der Feind Nr. 1 war, so weiß man gerade nach der Deutung des Politischen bei Carl Schmitt, was diese Charakterisierung bedeutete. „Begriffe Freund, Feind und Kampf erhalten ihren realen Sinn dadurch, daß sie ins-

besondere auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug haben und behalten.“ Für alle wirklich Heilsichtigen war die letzte makabre Konsequenz des von Carl Schmitt in Berlin gerühmten „großartigen Kampfes des Gauleiters Julius Streicher“ blitzartig sichtbar geworden.

Gewiß, in den späteren Jahren hatte Carl Schmitt seine Schwierigkeiten mit der nationalsozialistischen Prominenz. Aber es ist kein Zufall, daß diese ihn nicht zum „Widerstand“ führten. Es ist nicht bekannt geworden, daß Schmitt jemals eine seiner Äußerungen modifiziert, geschweige denn revidiert hat. Diese Äußerungen stehen also nach wie vor im Raum. Von einem Irrtum kann nicht die Rede sein. Dies ist auch nur konsequent. Denn altes Recht ist für Carl Schmitt konkretes „Situationsrecht“. Der Jurist hat sich nur den Fragen der Zeit zu öffnen und sich jeweils an dem Material zu orientieren, das der Zeitgeist ihm offeriert. Alle von ihm entwickelten Formeln und Begriffe sind so dem jeweiligen Zeitgeschehen angepaßt. Mögen diese von ihm noch so sprachgewaltig und bestechend entwickelt worden sein, so können sie nicht die Tatsache verdecken, daß diese Analysen letztlich nur der Ausdruck einer nihilistisch-relativistischen Grundhaltung sind, die alles, das heißt jedes politische Regime — gleichgültig, welcher Rechts- oder Unrechtsprägung — zu rechtfertigen vermag. Es ist diese Haltung, die dem Werk von Carl Schmitt seine Glaubwürdigkeit genommen hat.

Professor Dr. jur. Gerhard Leibholz, Bundesverfassungsrichter i. R., Göttingen  
**Hochverrat an höchsten Werten**

In der Würdigung Carl Schmitts anlässlich seines 85. Geburtstages (F.A.Z. vom 11. Juli) hat der Verfasser eine wesentliche Episode des Lebens des Jubilars leider unerwähnt gelassen. Carl Schmitt führte den Vorsitz bei der berühmten Tagung „Judentum und Rechtswissenschaft“ im Jahre 1937. Er war ihr Spiritus rector. Noch lebende Teilnehmer der Tagung mögen über die Rolle berichten, welche er damals gespielt hat. Ihm in erster Linie ist es zu verdanken, daß sie sich zu einem ebenso durch Verlogenheit wie durch hetzerische Schärfe gekennzeichneten Großangriff auf deutsch-jüdische Juristen ausgestaltete, deren Verdienste um das deutsche Recht weder vor 1933 noch nach 1945 jemals angezweifelt worden sind. Carl Schmitt hat durch diese Tagung seinen Teil dazu beigetragen, die Wege zu ebnen, auf denen wenige Jahre später Millionen von Menschen „legitim“ in die Gasöfen von Auschwitz und Treblinka gebracht werden durften. Das war die gleiche „Legitimität“, die Carl Schmitt schon den Mordtaten von 1934 in aller Öffentlichkeit beilegte. Einen solchen Mann als „faszinierend“ zu bezeichnen — wie es der Verfasser jener Würdigung tut —, bedeutet zu verkennen, daß das höchste Ziel aller Lehre vom Recht die Verwirklichung der Gerechtigkeit ist. Wer wie Carl Schmitt der „Perversion der Rechtsordnung“ — um einen sprechenden Ausdruck Fritz von Hippels zu gebrauchen — absichtsvoll zum Siege verholfen hat, hat jeden Anspruch darauf verwirkt, von der Mitwelt oder gar der Nachwelt als wahrer Gelehrter des Rechts anerkannt zu werden. Für alle Zeiten muß er als einer unter denen gelten, die sich in einer Schicksalsstunde der Menschheit des Hochverrates an gerade denjenigen höchsten Werten schuldig gemacht haben, zu deren Hütern sie einst in einer in jeder Hinsicht schwachen Zeit ernannt worden waren.

Professor Dr. Ernst J. Cohn, London

## Ein Plan zur Lösung des Anglo-Irischen Problems

Die Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Protestanten in Nord-Irland, die blutigen Ereignisse als Folge der Aktionen katholischer Partisanengruppen wie auch des militanten Flügels der protestantischen Unionisten, die fast Tag für Tag und trotz allen Vermittlungsversuchen zu registrieren sind, erwecken unser besonderes Interesse. Dies nicht nur deshalb, weil angeblich Verbindungen zwischen den irischen Partisanen und Terroristen zu den arabischen Fatah-Kreisen bestehen, sondern auch weil die Vorgänge ihrer Struktur nach in bezug auf das Eingreifen und die Position der englischen Truppen eine weitgehende Parallele zu der Situation im ehemaligen Mandatsgebiet Palästina darstellen, wo ebenfalls Engländer sozusagen in der Mitte zwischen Juden und Arabern standen, ohne dass es ihnen gelang, die national-politischen Gegensätze zu unterdrücken oder gar zu schlichten. In Nord-Irland handelt es sich allerdings nur in einem gewissen Masse um nationale Gegensätze, soweit auf der protestantischen Seite, den Unionisten, die für die Aufrechterhaltung der Verbindung des Landes mit England eintreten, sich Kreise befinden, die, allerdings schon vor langer Zeit, aus England gekommen sind. Der entscheidende Gegensatz liegt auf religiösem Gebiete, da die Protestanten bei einer Verbindung des Landes mit der in entscheidenden Punkten von katholischen Gesichtspunkten bestimmten Irischen Republik eine Unterdrückung ihrer Freiheit befürchten, wobei allerdings auch ökonomische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. So läuft die irische Tragödie weiter, wobei den militanten Kämpfern die Tatsache zugute kommt, dass die Iren in ihrem Freiheitskampf gegen die englische Herrschaft wohl in einzigartigem Masse die Methoden des Partisanenkampfes und des individuellen Terrors entwickelt haben und in dieser Hinsicht ein „Vorbild“ für so manche andere Bewegungen in der Welt geworden sind.

Es ist für uns umso interessanter, in einer Situation wie der gegenwärtigen, die durch Partisanenangriffe bzw. individuelle Terrorakte arabischer radikaler bzw. extremer Gruppen gegen Israel und gegen Juden ausserhalb seiner Grenzen charakterisiert wird, und in der die Bemühungen um einen friedlichen Ausgleich zwischen Israel und den arabischen Staaten stagnieren, einen Vorschlag zur Lösung des irisch-englischen Problems kennen zu lernen, der vom Ministerpräsidenten der Irischen Republik, John M. Lynch, in einem Aufsatz unter dem Titel „The Anglo-Irish Problem“ gemacht worden ist (in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“, New York, Juli 1972). Lynch, dessen Position man vielleicht, cum grano salis, in dieser Hinsicht mit derjenigen des ägyptischen Präsidenten vergleichen könnte, kommt in diesem Aufsatz zu folgenden sechs Schlussfolgerungen, die ihm als Basis für die Lösung des Problems geeignet erscheinen:

„Erstens, ich betrachte den Beschluss der Britischen Regierung, die volle Verantwortlichkeit für Nord-Irland für ein Jahr ab März 1972 direkt zu übernehmen, als einen positiven Schritt, weil dies die Anerkennung dessen bedeutet, dass es nicht möglich war, mit den bestehenden Strukturen zu arbeiten. Aber dieser Schritt wurde nur als eine notwendige Vorstufe für

eine Lösung dargestellt und nicht als Lösung selbst.

Zweitens, ich meine, dass jeder Versuch, daran die volle Integration von Nord-Irland in das britische Vereinigte Königreich anzuschliessen, verhängnisvoll sein würde. Eine erhebliche Minorität im Norden würde dauernd Widerstand leisten mit der Unterstützung der grossen Mehrheit des Volkes von Irland. Ein solcher Versuch würde einen Keil zwischen die Majoritäten der beiden Inseln treiben; und... Nord-Irland kann nicht behandelt werden ohne Bezug auf die anglo-irische Beziehung als Ganzes.

Drittens, England sollte erkennen, dass die Intransigenteren unter der Unionisten-Minorität in Irland kein Recht auf ein permanentes Veto gegen die Harmonie in den anglo-irischen Beziehungen haben; indem man dies erkennt, sollte man auf eine reale Regelung hinarbeiten beginnen. Eine solche Regelung sollte nicht Einheit durch Gewalt auferlegen. Aber während die frühere Regelung dahin tendierte, eine fortdauernde Teilung zu ermutigen, sollte diese neue Regelung eine positive und direkte Ermutigung für Einheit bilden, indem akzeptiert wird, dass die Befürchtungen einer Gemeinschaft von weniger als einer Million nicht dau-

ernd einer Versöhnung zwischen allen Völkern beider Inseln im Wege stehen sollten. Viele der Unionistischen Gemeinschaft begreifen, dass die irische Einheit unvermeidlich ist, und sind in steigendem Masse willens, die Idee zu erwägen. Ihnen sollte man eine positive und direkte Ermutigung in dieser Richtung bieten.

Viertens, während ich meine, dass die Teilung Irlands von Beginn an ein Fehler war, erkenne ich, dass die Erlangung der Einheit ein schwieriger Prozess ist. Dazu muss Vertrauen und Versöhnung auf allen Seiten wachsen. Aber ich glaube, dass die irische Einheit das Ziel sein sollte, und eine Verpflichtung zu ihrer Erreichung sollte seitens der Britischen Regierung eingegangen werden.

Fünftens, es sollte klar sein, dass ein vereinigtes Irland nicht ein Irland sein soll, in welchem der gegenwärtige Staat „Süden“ den „Norden“ übernimmt und in seine bestehenden Strukturen assimiliert. Es sollte eine Verhandlung geben, aber sie sollte über ein neues Irland sein.

Sechstens, das neue Irland, auf das ich mich bezogen habe, sollte nicht irgend eine Herabdrückung des bestehenden sozialen oder wirt-

schaftlichen Standards auf einer der Seiten in sich schliessen. Es gibt gegenwärtig Unterschiede, aber sie werden geringer. Die wirkliche Teilungslinie in Irland, soweit es die wirtschaftliche Prosperität angeht, lag stets zwischen Ost und West und nicht zwischen Nord und Süd. Gegenwärtig bringt die Verbindung mit England für Nord-Irland erhebliche direkte und indirekte Subsidien. Bei allen Regelungsbestimmungen würden diese Subsidien ohne Zweifel eventuell in Wegfall kommen; aber dies sollte im Laufe einer Periode durchgeführt werden. Die wachsende Integration der Wirtschaften aller EEC-Mitgliedsländer sollte dabei helfen. Regionale Entwicklungs-Politik der EEC wird auch hilfreich für jeden Teil dessen sein, was weitgehend eine einzige Region ist — ebenso wie der allgemeine Anstieg der Prosperität aller innerhalb der EEC. Darüber hinaus jedoch wird der Anblick eines vereinten Irland, der höchst förderlich für eine wirtschaftliche Prosperität auf lange Sicht hin sein wird, es befähigen, seine Energien darauf zu konzentrieren, ein besseres Leben für sein Volk zu schaffen — anstatt sie — wie gegenwärtig, in Teilung und gegenseitiger Beschuldigung zu verschwenden.“

## Ludwig Oppenheimer 75 Jahre

Am 21. Oktober wird Dr. Jehuda Ludwig Oppenheimer (Rechowot) 75 Jahre. Dass dieses Tages in der Öffentlichkeit gedacht wird, bedeutet für den Jubilar wahrscheinlich eine Überraschung. Er hat niemals Publizität gesucht, war nie auf eine Karriere bedacht. Trotz mannigfachen Hervortreten in wissenschaftlichen und politischen Fragen entsprechen Stille und Zurückgezogenheit weit eher seinem Wesen als die Wege, die man gehen muss, um bekannt und vielleicht berühmt zu werden.

Ludwig Oppenheimer wurde in Berlin geboren. Er hat in Frankfurt a.M., Heidelberg und Berlin Volkswirtschaft und Soziologie studiert. Im Sinne seines Vaters, Franz Oppenheimer, und des französischen Sozialisten Proudhon, über den er bei Werner Sombart promoviert hat, bekennt Ludwig Oppenheimer sich zu einem freiheitlichen Sozialismus, „dessen Ordnungsprinzip nicht die von oben her integrierende Herrschaft, sondern der von unten nach oben fortschreitende freiwillige Zusammenschluss selbsttätiger Kräfte ist“. Wie seine beiden Vorbilder ist er überzeugt, „dass in der Gesellschaft wie im Leben der Völker die Geltung eines auf sittlichen Grundsätzen bindenden Rechts wieder hergestellt werden muss“.

In Deutschland hat Ludwig Oppenheimer eine vielseitige sozialpädagogische Wirksamkeit entfaltet, insbesondere im Rahmen überparteilicher und übernationaler Arbeitskreise und Forschungsgemeinschaften zum Studium politischer, wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Fragen. Er spielte eine führende Rolle in den Bestrebungen deutscher und ausländischer Jugendorganisationen, um durch einen „Weltbund der Jugend“ einen praktischen Beitrag zur Versöhnung der Völker zu leisten. Seine 1929 begonnene Tätigkeit an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin musste er 1933 aufgeben. Anschliessend war er in der Reichsvertretung der deutschen Juden an

der Planung für eine jüdische Siedlung in Paraná beteiligt. Im Jahre 1938 kam er nach Erez Israel. Seitdem lebt er mit seiner tapferen Frau Else in Rechowoth. Die Kinder, Michael und Rachel, sind Kibbuzmitglieder geworden.

In Israel arbeitete Ludwig Oppenheimer vor allem in der Landes- und Wirtschaftsplanung. In einer umfassenden Analyse hat er die Betriebsstruktur und die Wirtschaftsergebnisse der Kibbuzim und der Moschawe Ovdim untersucht, um Grundlagen für die Beurteilung ihrer Leistungsfähigkeit zu schaffen. Er hat erstmalig eine Voraussage für die Entwicklung des Beschäftigungsvolumens und der Beschäftigungsstruktur in regionalen Zentren ländlicher Gebiete erarbeitet. Wesentliche Forschungen galten dem Ziele, die landwirtschaftliche Produktion nach dem tatsächlichen und dem zu erwartenden Lebensmittelverbrauch auszurichten. Im staatlichen Planungsamt war Ludwig Oppenheimer u.a. massgeblich an der Planung für Ober-Afula beteiligt.

Seit seiner Pensionierung (1960) hat Ludwig Oppenheimer sich in Zusammenarbeit mit führenden Fachleuten verschiedener Länder mit Problemen der Agrarstruktur, der Entwicklungspolitik und der Siedlungspraxis beschäftigt. Ein einsemestriges Kolloquium an der Universität Freiburg i.Br. (1964) und zwei von ihm initiierte inter-

nationale Symposien, 1965 in Berlin und 1969 in Jerusalem, sind Zeugnis dieser Tätigkeit.

Die während der Nazizeit unterdrückten und eingestampften Werke Franz Oppenheimers erneut der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, war dem Sohne ein wichtiges Anliegen; seiner Anregung und eifrigen Mitarbeit ist auch das Franz Oppenheimer-Zentrum für Soziographie an der Hebräischen Universität Jerusalem zu verdanken. Von seinen eigenen Veröffentlichungen sind vor allem das umfangreiche Werk „Gross- und Kleinbetrieb in der Siedlung“ (1933), der grundlegende Artikel „Israel“ in der Enzyklopädie der Sozialwissenschaften (1955), unter Mitarbeit von A. Gaaton und M. Ater, und mehrere Beiträge zu den genannten Symposien zu erwähnen.

Alle wissenschaftliche und politische Arbeit Ludwig Oppenheimers ist gekennzeichnet durch sein tiefes Interesse für den Ursprung der Dinge und durch sein Bemühen, immer die grossen Zusammenhänge zu sehen und weit in die Zukunft zu denken. Seine Wegweiser sind, wie für Franz Oppenheimer und Pierre Proudhon, Gerechtigkeit als „Ausgleich zwischen Freiheit und Ordnung“ und Wahrheit als „Übereinstimmung von Wissen und Gewissen“. Was wäre heute notwendiger als solche Besinnung auf das Wesentliche.

RUDOLF KÜSTERMEIER

Das ELTERNHEIM in HAIFA-ACHUSA

ladet alle Freunde zum

**BAZAR**

ein, der am Dienstag, den 24. Oktober 1972, 16.00 Uhr nachmittags, in der Mapu Str. 5-7 stattfindet.

Der Reinertrag fliesst dem SOLIDARITÄTSWERK zu.

## Zum Tode von Pearl Buck

Im Alter von 80 Jahren starb die Frau, die China in die amerikanische Literatur einführte. Pearl Bucks erstes Buch "Eastwind - Westwind" wurde erst veröffentlicht, als sie 38 Jahre alt war, aber an ihrem 80. Geburtstag im vorigen Jahr waren es 85 Romane und Sammlungen von Kurzgeschichten, und 25 weitere Arbeiten von ihr lagen bei ihrem Verleger vor. Der zweite Roman, den Pearl Buck schrieb, "The Good Earth" wurde mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet, und 1938 erhielt sie den Nobel-Preis für Literatur.

Pearl Buck wurde am 26. Juni 1892 in Hillsboro in West Virginia geboren. Sie war erst drei Monate alt, als sie mit ihren Eltern Absalom Andrew und Caroline Stulting Sydenstricker, die beide Missionare waren, nach China ging, und sie sprach chinesisches bevor sie englisch sprechen konnte. Im Alter von 16 Jahren kam Pearl Buck zurück nach Amerika. 1917 ging sie wieder, diesmal mit ihrem Gatten John Lossing Buck, nach China, wo sie in Nanking englische Literatur an der Universität lehrte.

Ihren grössten Erfolg errang sie dann mit "The Good Earth". Dieser Roman war 21 Monate lang auf der Bestseller-Liste, wurde in 30 Sprachen übersetzt, wurde als Film gedreht mit Paul Muni, als Theaterstück am Broadway aufgeführt und machte Pearl Buck finanziell unabhängig und dadurch zur Philanthropin. Ihre Hauptsorge galt Kindern von asiatischen Frauen, die als Väter amerikanische Soldaten hatten. Und für sie, die sich ihr Leben lang für die Freundschaft zwischen Amerika

und China bemühte, war die Aufnahme der Beziehungen zwischen den beiden Staaten eine grosse Genugtuung.

Pearl S. Buck ist in den Sielen gestorben. Vor kurzem vollendete sie ein Kinderbuch und in ihren letzten Monaten arbeitete sie an zwei Romanen, von denen der eine "The Red Earth" das Schicksal der Nachkommen der Menschen schildert, die in ihrem Buch "The Good Earth" die Hauptpersonen sind. M.J.

## Alfred Panofsky gestorben

Zu keiner Zeit seines Lebens hat Alfred Panofsky, der ehemalige Berliner Privatbankier, im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden (und stehen wollen). Er lebte zurückgezogen, wie einst in Berlin, so auch in den Kriegsjahren in London und zuletzt auf dem Lande in Arizona. Dort ist er, ein Siebziger, kürzlich gestorben. Wo immer er gemeinnützlich-hilfreich wirken konnte, geschah es ganz persönlich und unauffällig. Wer in Berlin wusste schon, dass er Teilhaber des 1818 gegründeten (und Anfang 1938 "arisierter") Bankhauses Jacquier & Securius war geschweige denn, dass er schon vor 1933 Hauptvorstandsmitglied des Central-Vereins war und in schwieriger werdenden Zeiten dessen bewährter Schatzmeister und Berater? Alfred Panofsky, ein natur-, kunst- und reiseliebender Mann, gehörte in erster Linie seiner Familie und seinen Freunden, die in aller Welt um ihn trauern. egl.

## Jüdischer Friedhof in Köln-Deutz

"Ich kenne den alten jüdischen Friedhof in Köln-Deutz sehr gut, da sich die Gräber meiner Grosseltern dort befinden. Zu der Beschwerde von Herrn Kratz: Seit über 30 Jahren finden auf diesem Friedhof keine Bestattungen mehr statt. Es gibt kaum noch Angehörige der dort ruhenden Toten.

Nur weil diese Gräber "ewig" sind fand Herr Kratz die Gräber seiner Angehörigen noch vor. Doch auf jedem Friedhof der Welt muss man sich um die Grabpflege entweder selbst kümmern oder aber einen Grabpflegevertrag abschliessen, was durch die hiesige jüdische Gemeinde seit sicherlich 20 Jahren ohne weiteres möglich ist. Ich kann nicht verstehen, dass Herr Kratz nach seinem Besuch hier traurig davon gefahren ist, ohne einige Stunden damit zu verbringen, die Grabstätten seiner Eltern wenigstens etwas zu säubern."

Edith Kasper, Köln

## Jung geblieben

Anneliese Landau 70 Jahre

Wie wenig Dr. Anneliese Landau, die seit 30 Jahren in Los Angeles wirkende Musikwissenschaftlerin, in Deutschland vergessen ist, beweist der Umstand, dass vor kurzem zwei ihrer Artikel aus den dreissiger Jahren, nämlich in Karla Höckers Buchlein "Hauskonzerte in Berlin" veröffentlicht wurden.

Genau so wie von ihren allgemeinverständlich gehaltenen Aufsätzen so war ihr früheres Publikum, in Berlin und im Lande, angetan vom Charme ihrer Vorträge über Musikgeschichte, der Werkinterpretation und der Komponisten-"Porträtiertung". Es waren kleine Meisterwerke, die nur vollbringen konnte, wer das Gebiet und die Kunst der diszipliniert-freien Rede mühelos beherrscht. Solche Erinnerungen gehen in die Zeit zurück, als Veranstaltungen der jüdischen Kulturbünde in Deutschland für viele Menschen zur einzigen Form der geistigen und seelischen Entspannung wurden.

Anneliese Landau betreibt ihre gehobene Musikbildungsarbeit seit drei Jahrzehnten in und von Los Angeles aus. Sie leistet sie nicht nur im jüdischen Bereich, in dem sie lange die Leiterin der Musikarbeit mehrerer Gemeindezentren war, sondern vor allem im allgemeinen Volkshochschulwesen. Ihre Klassen und Kurse wie "Von Monteverdi bis Mozart", "Das Zeitalter der Romantik", "Geschichte der Klaviermusik unter Einschluss der Moderne", finden immer mehr Zuhörer, und ihr fachliterarisches Schaffen über die Stilgeschichte des Liedes, über jüdische Komponisten und Dirigenten im deutschen Kulturkreis und über den Beitrag jüdischer, namentlich israelischer, Komponisten zur modernen Musik, ist von grosser Bedeutung. — Ihr Aufgehen in ihrem Beruf hat Anneliese Landau, die am 5. März 1903 in Halle/Saale geboren wurde und im Berliner Rundfunk während der Weimarer Republik arbeitete, aktiv erhalten. E. G. Lowenthal

## Holocaust-Ausstellung in Philadelphia

Im Philadelphia Civic Center Museum ist eine vom Memorialkomitee für die sechs Millionen jüdischen Märtyrer veranstaltete Ausstellung "The Holocaust and the Resistance" eröffnet worden, die bis Ende März für das Publikum geöffnet bleiben soll. Die ausgestellten Photographien wurden im wesentlichen vom Yad Vashem, der Gedächtnisinstitution in Israel für die Nazi- und Kriegsjahre, zur Verfügung gestellt. Die Ausstellung zahlt aber auch ihren Tribut den dänischen (und anderen) Widerstandskämpfern, die viele jüdische Menschenleben zu retten vermochten. Anlass zu der Ausstellung ist die dreissigste Wiederkehr des Jahrestages des jüdischen Aufstandes im Warschauer Getto.

## JOHN HINKE, Inc.

62-23 Metropolitan Avenue  
Middle Village, N. Y. 11379  
EMpire 6-2800 - 2801

Hersteller von  
**STANZWERKZEUGEN**  
Keine Werkzeugberechnung bei  
Ausführung grosserer Stanzaufträge.

## "VACATION SUGGESTIONS"

Resort hotels offer many excellent vacation suggestions in "Aufbau."

Pages 4, 5, 16, 17, 18, 19

## Gustinus Ambrosi 80 Jahre

Seinen 80. Geburtstag feierte dieser Tage der Bildhauer und Dichter Gustinus Ambrosi in Wien. Er wurde 1893 in Eisenstadt geboren und war schon als Kind aussergewöhnlich musikalisch. Doch im Alter von sieben Jahren wurde er taubstumm. In den Jahren 1901 bis 1906 besuchte er die Taubstummenanstalt in Prag und studierte in den nachfolgenden Jahren an der Prager Kunstgewerbeschule und der Grazer Staatsgewerbeschule. Seine Arbeiten umfassen vor allem Porträtbüsten und Aktfiguren. Seine grossen Aktdarstellungen verkörpern zeitlose Themen menschlicher Tragik, wie zum Beispiel "Ikarus", "Kain" oder "Orpheus". Ebenso schuf Ambrosi zahlreiche Porträtbüsten berühmter Persönlichkeiten, darunter Rilke, Stefan Zweig, Anton Wildgans, Clemenceau, Pius XII., Kardinal Innitzer, u.a.

## New Yorker Stadtchronik

Wir trafen in New York:

### Ehemalige Senatorin Ella Kay aus Berlin

"New York und Berlin haben so vieles gemeinsam im Bessermachen-wollen" sagte Ella Kay, als sie — diesmal nicht auf Dienstreise — dieser Tage wieder einmal in der Stadt weilte, in der sie oft Anregung und Vorbild für ihre Arbeit fand, in der sie die Bürgerinitiative bewunderte und mit der der Berliner verglich und die für sie so lebendig und vital geblieben ist wie eh und je.

Ella Kay gehörte, ähnlich wie die verstorbene Berliner Bürgermeisterin Luise Schröder, zu jenen beherzten, zupackenden Berlinerinnen, die nach dem Krieg vom Volksmund als "Trümmerfrauen" bezeichnet wurden. Aber Ella Kay war noch viel mehr; und das werden nicht nur die nie vergessenen, die ihr das Leben zu verdanken haben. Es war 1943. Ella Kay war seit langem in Widerstandsgruppen aktiv gegen die Machthaber des "Dritten Reiches" und vor allem gegen die Verfolgungen der Unbeglückten und Ausgestossenen. Als sie selbst auf der schwarzen Liste stand und ihre Widerstandsarbeit bedroht war, goss sie sich heissen Teer über Hände und Füsse, um für einen langen Krankenhausaufenthalt den Verhören der Gestapo zu entgehen und damit den Verfolgten Zeit zur Flucht zu geben.

Es war die Hoffnung auf ein anderes, besseres Deutschland, die sie auch in ihren schlimmsten Schmerzen aufrecht hielt. Nach dem Krieg gehörte sie zu den Ersten, die mithalfen, eine bessere Zukunft aufzubauen, als Senatorin und als Leiterin des Berliner Jugendressorts, aus dem sie erst 1962 durch Pensionierung ausschied. Doch ihr Bemühen um eine Verbesserung der Altersfürsorge und einer gezielten Jugendarbeit hat sie auch heute noch nicht aufgegeben, treu ihrem Motto: "Andern helfen ist eine Dauer-Aufgabe". Margo H. Wolff

## AUFBAU

America's Largest German Language Newspaper  
2121 Broadway, New York, N.Y. 10023  
Phone: (212) TR 3-7400  
Cable Address: Aufbau New York

Hans Steinitz, Editor  
Ludwig Wronkow, Executive Editor  
John M. Harold, Advertising Manager  
Walter Isaac, Circulation Manager

Board of Directors:  
Dr. Norbert Goldenberg,  
President and Publisher  
Jerry Brunell, Chairman  
Elsie Frank, Vice President  
Werner A. Stein, Budget Director  
Werner D. Wohl, Director  
Manfred George, Editor 1939-1965  
Ludwig Loewenstein, President 1952-1968  
Michael Schnaittacher, Treasurer 1934-1972  
Hellmuth Kohn, Chairman 1968-1972

Entered as second-class matter January 30, 1940,  
at N.Y. Post Office and at additional mailing office  
under Act of March 3, 1879.  
Reg. U.S. Pat. Off. No. 422,891.  
A Division of New World Club, Inc.  
Copyright 1973 by New World Club, Inc.  
Type set by West End Printing Corp.  
ADVERTISING RATES ON APPLICATION

Vol. XXXIX—No. 11 March 16, 1973

442

### Louis Moreau Gottschalk neu entdeckt

Im Musicale des New Yorker Liederkrans spielte Amiram Rigai, in Tel Aviv geborener israelischer Pianist, vier Stücke des amerikanischen Komponisten Louis Moreau Gottschalk, die vom Publikum enthusiastisch aufgenommen wurden. Der 1829 in New Orleans geborene Gottschalk — der, nur vierzig Jahre alt, als Opfer des Gelbfiebers auf einer Konzerttournee in Rio de Janeiro starb — war Amerikas erster zu internationalem Ruhm gelangter Komponist, dessen Werke nach seinem frühen Tode auf lange Zeit in Vergessenheit gerieten und erst in unserer Zeit wieder neu entdeckt wurden; Rigai, der 1967 eine Gottschalk-Schallplatte aufnahm und voriges Jahr Gottschalks Buch "Compositions for Pianoforte" neu herausgab, gehört zu Gottschalks wichtigsten Förderern und Interpreten.

Gottschalks jüdischer Vater war aus England in Amerika eingewandert, seine Mutter war Französin. Seine musikalische Begabung trat frühzeitig zutage; dreizehn Jahre alt wurde er zur musikalischen Ausbildung nach Paris geschickt. In seinen Kompositionen mischen sich die kretolischen und lateinamerikanischen Melodien und Negerhythmen seiner engeren louisianischen Heimat mit den Einflüssen der europäischen romantischen Schule, die er in Paris kennen lernte. Nach Abschluss seiner Studien war und blieb er ein Bewohner der Neuen Welt, mit zahlreichen Konzerten in den Vereinigten Staaten, Kuba und auf anderen Inseln im Karibischen Meer; auf diesen Inseln lebte er lange, um dort entwickelten einheimischen musikalischen Atmosphäre nachzugehen. Seine Werke wurden viel gespielt; aber nach seinem Tode wurde seine kretolisch-südländische Musikspezialität von anderen, moderneren Musikschöpfungen verdrängt und geriet, bis zur jetzigen Neuentdeckung, in fast völlige Vergessenheit. m. sch.

## WALTER CASPARI INC.

ORTHOPEDIC & SURGICAL APPLIANCES  
666 B AMSTERDAM AVE. (93rd), N. Y. C. 10025. Tel. 362-4760  
EINLAGEN - BRUCHBÄNDER - RÜCKENSTÜTZEN  
MEDICARE - MEDICAID - WORKMEN'S BENEFIT FUND

Willst Du wissen, wie man Schulden tilgt in Niederländisch-Gulden,  
oder wie man Fussballspiele liebt in Santiago (Chile)?  
Und was ist ein "Kohlenklau"? "Aufbau" sagt es Dir genau.

## Professor Adolph Lowe 80 Jahre alt

Am 4. März beging der weit über Fachkreise hinaus bekannte, in Stuttgart geborene Wirtschaftler und Soziologe Adolph Lowe seinen achtzigsten Geburtstag. Professor Lowe hatte zwischen 1919 und 1926 dem deutschen Arbeits- und Wirtschaftsministerium in führenden Stellungen angehört und hat in den darauffolgenden Jahren an den Universitäten Kiel und Frankfurt gelehrt. 1933 erhielt er einen Ruf an die Universität Manchester in England. 1940 kam er nach USA, wo er dem Lehrkörper der New School for Social Research beitrug. Er hat zahlreiche Werke auf dem Gebiet der Volkswirtschaft und Soziologie veröffentlicht und wurde im Jahre 1953 Gastprofessor an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Ausserdem war er mehrere Jahre lang Leiter der Forschungsarbeiten des Institute for World Affairs in New York.

## Streng Passover Cruise nach den Caribbean

mit allen traditionellen Gebräuchen.

16. April von New York mit der TSS Queen Anna Maria.

11 Tage nach San Juan, St. Thomas, Aruba, Curacao.

Diese traditionelle Cruise der Greek Line ist einem freudigen und genaum Einhalten der ganzen Pessach-Feierrtage gewidmet. Ein Rabbiner und ein Kantor werden auf dem Schiff sein. Die Schönheit der traditionellen Seder: koschere Mahlzeiten für Pessach, die in unserer Kaschuth Küche vorbereitet sind; alles unter Aufsicht eines Rabbiners. Spezialpreise für Kinder — die ganze Familie ist am Feiertag zusammen. Karibische Häfen, die reich sind an jüdischen Sitten. Und die herzliche Gastlichkeit der Griechen, die Ihren Pessach noch verschönert. Auf der vollkommen "air-conditioned" und stabilisierten Queen Anna Maria, das luxuriöse 26.300 Tonnen Flaggsschiff der Greek Line.

Attraktive Pauschalpreise von \$55 bis \$66 per Person per Tag für 80% unserer Luxuskabinen. Ausserdem höhere und niedrigere Preise. Koschere Mahlzeiten auch erhältlich auf der 20. August Cruise.

Zwecks Prospekt, Reservierungen  
besuchen Sie Ihren Reiseagenten  
oder



32 Pearl St., New York, N.Y. 10004 (212) 248-5700.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen

## „Europafantase kein britisches Volksfest“

An den Regierungsgebäuden in London Whitehall flattern die Fahnen der neuen EWG-Staaten. Die britische Regierung hat versucht, durch Bereitstellung erheblicher Gelder und mit den Aufwendungen europäischer Länder, die die Auslandsreisen ihrer Orchester subventionierten, die Volksbegeisterung für das „grosse“ Europa anzufachen. Nicht nur für den kulturellen Geschmack der verwöhnten Minorität ist gesorgt worden, mit Operngala, Konzerten, Dichterlesungen, sondern auch für die Belustigung der Massen mit Gewichteheben, Ringkämpfen, Fussball, Leichtathletik und europäischen Kochkünsten in den Ausstellungszentren der Elektrizitäts- und Gaswerke überall im Inselreich.

Die Briten aber haben mit gewohntem Phlegma achselzuckend reagiert. Gleichgültigkeit oder Über-sättigung? Im unaufhörlichen, unüberhörbaren Kulturzirkus Londons mussten Ereignisse mit europäischer Note beinahe unbemerkt bleiben. Denn was ist „europäische Note“? — Etwa ein Konzert der Berliner Philharmoniker mit einem sattnam bekannten — wenn auch vorzüglich gespielten — Beethovenprogramm? Oder das Concertgebouw Orchester aus Holland mit einer raffinierten Auswahl europäischer Musik des 18. Jahrhunderts, gespielt auf Originalinstrumenten der Zeit? Vielleicht eine Auswahl europäischen modernen Designs oder antike Möbel, Schmuck, Por-

### NACHTRAG ZU „ALBUM 25 JAHRE ISRAEL“

Das Vorwort für dieses Album schrieb Innenminister Dr. Josef Burg.

zellan in den führenden Kunstauktionshäusern?

Im Victoria- und Albertmuseum wurde jedoch Neuartiges inszeniert: eine Zurschaustellung von neun einzigartigen Kunstschatzen — einer je Nation, um die gemeinsame Tradition, die gemeinsamen Interessen, die Übereinstimmung zumindest in Kunst und Kultur zu unterstreichen. Gedämpft angeleuchtet, ruhen diese Schätze in samtdunklen Nischen einer besonderen Schatzkammer. Dänemark ist mit zwei Bronzetrompeten heidnischer Vorzeit vertreten. Irland zeigt einen Kelch, der erst vor einigen Jahren in einem Feld entdeckt wurde, und der trotz elementarer Einfachheit so erhaben schön ist, dass er der authentische Gralskelch aus christlichen Anfängen sein könnte.

Deutschland prunkt mit dem verschnörkelten „Kaiserbecher“ aus dem Berliner Kunstgewerbe-Museum; Luxemburg behauptet sich mit einer handschriftlichen illuminierten Bibel des 11. Jahrhunderts aus der Abtei Echternach; ein Rembrandt verfiicht Hollands Anspruch, ein Rubens den Belgiens; Frankreich wirbt mit Georges de la Tour's „Falschspieler“, Italien mit einer Michelangelo-Büste und Grossbritannien sieht sich in „Rennpferden“ des Pferdemaalers Stubbs.

Die Ausstellung „Impressionisten in London“ in der Hayward Gallery bietet ein unvergessliches Erlebnis. Monets, Pissarros, Sisleys und Derains Eindrücke Londons sind hier vereint, und die schöpferischen Anregungen, die ihnen das seltsame Licht der Metropole und seine malerische Gestalt in Gemälden der britischen Meister Turner und Constable vermittelten. Im besten Sinn eine wahrhaft europäische Ausstellung.

PETER MUNK

phiziert, bestimmt man den Kapitalwert des Grundstücks. Da aber die Bewertungen in der Mandatszeit meist zu niedrig waren, ist der Jahresertragswert zunächst um 30% zu erhöhen. Wenn die Einschätzung aus den Jahren 1944 bis 1946 ist, beträgt der Zuschlag 50%, und wenn die letzte Einschätzung noch älter ist, werden 60% zugeschlagen. Nachdem das englische Pfund heute IL 10.50 wert ist, wird der errechnete Wert nochmals mit

überzahlte Beträge zurückgefordert und zurückgeklagt werden können.

Es ist durchaus denkbar, dass die Diskussion um die Prinzipien dieses Gesetzentwurfs nicht nur in der Knesset, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit sehr gründlich geführt werden wird, und dass infolgedessen das endgültige Gesetz erheblich anders aussieht als der jetzt vorgelegte Entwurf.

Dr. F. S. PERLES

## Franz Oppenheimers Werk

Als im Jahre 1964 die akademischen Gedächtnisfeiern anlässlich des 100. Geburtstages Franz Oppenheimers stattfanden, wandten sich der Unterzeichnete und die beiden Söhne von Prof. Franz Oppenheimer an den Schriftsteller G. Kressel, der bereits früher Aufsätze über Oppenheimer veröffentlicht hatte, mit der Bitte, eine hebräische Biographie über ihn zu verfassen, um auch der israelischen Jugend ein Bild über Oppenheimers für den Aufbau des Landes so wichtige Tätigkeit zu vermitteln. Vor einigen Monaten, genau 70 Jahre nach Oppenheimers Eintritt in die zionistische Bewegung, erschien nun das Buch „פרנץ אופנהיימר, פעלו הציוני ומרחביה, הקואופרציה בימי העליה השנייה“, הוצאת „יבנה“ תל-אביב, 1972.

Kressel zeichnet getreu den Werdegang Franz Oppenheimers, der einem assimilierten Hause entstammte, aber den Weg zu Herzl und dem politischen Zionismus fand. Der Verfasser beschreibt die nicht allzu bekannte Tatsache, wie es Oppenheimer gelang, Herzl zur Befürwortung der Ansiedlung im Heiligen Lande noch vor der öffentlichen Anerkennung dieser Bestrebungen zu bringen. Infolge des gemeinsamen Wirkens beider ent-

stand zur Zeit der Zweiten Alijah im Emek Merchawiah als erste Ansiedlung auf Gemeinschaftsbasis.

Oppenheimers Weg und der Werdegang Merchawiahs bis zur Auflösung der Kooperative zu Beginn des Zweiten Weltkrieges werden eingehend unter Zugrundelegung einer Fülle von Material geschildert, das in Büchern, in hebräischen und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht wurde. Auch reichliche, bisher unveröffentlichte Quellen hat der Verfasser zu seinem Werke benützt.

Auf Grund des der Kommission für den Literaturpreis auf den Namen Ben Zwi בן ציון vorgelegten Manuskriptes wurde dem Verfasser im vergangenen Jahr ein Preis zuerkannt.

Zur Orientierung der früheren Schüler und Freunde von Franz Oppenheimer sei bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, dass vor ca. zwei Jahren in Ramat Aviv nahe der Universität eine Strasse nach ihm benannt wurde. Die Namenskommissionen der Städte Ramat Gan und Natania beschlossen bereits entsprechende Strassenbenennungen, auch der Kommission der Stadt Haifa liegt ein dahingehender Antrag vor.

JAKOB FREUDENBERGER

RUDOLF GOLDSCHMIT

# Anwalt des freien Geistes

Zum 100. Geburtstag des Romanisten Karl Voßler

Ein Mann wie ihn hat es in der Münchner Philosophischen Fakultät also wirklich gegeben: den Gelehrten von Weltgeltung, der zugleich ein Herr von Welt war; den Professor, der sich, auch in politischen Fragen, als Bekannter bewährte; den Philologen, sprach- und grammatikkundig wie nur einer, der dabei das absolute Gehör für jeden Hauch von Poesie besaß (und der als Übersetzer selbst zum Dichter wurde); den aufgeklärten Souverän in seinem geistigen Reich, der öffentliche Ämter und Pflichten nicht scheute, der jedoch, als man ihn wieder entließ, unverdrossen zu seinen Büchern heimkehrte und noch einige seiner schönsten Arbeiten schrieb. Karl Voßler — von wem als von ihm kann die Rede sein — ist am 6. September 1872 in Hohenheim bei Stuttgart geboren, und wenn die Fakultät, der er von 1910 bis 1937 angehörte, jetzt seines 100. Geburtstags gedenkt, so wird sie das nicht nur mit Stolz, sondern wohl auch etwas kleinmütig tun müssen; denn wer könnte sich heute mit einer Gestalt wie der seinen messen?

Schon sein Auftreten, seine äußere Erscheinung erzwangen Respekt, sie wurden oft beschrieben. Groß, dunkel, schlank, wirkte Voßler „in seiner grandiosen Nonchalance wie ein südländischer Grande“, lesen wir etwa; „wenn er mit seiner sonoren schwäbischen Stimme mühelos seine schönen, ebenso anschaulichen wie tiefen Sätze prägte, hatte er etwas von einem ritterlichen Troubadour der Wissenschaft“. Man rühmte seine Gentilezza oder „die durch Urbanität und Humor gemilderte, durch Artigkeit und Wohlgeartetheit zu sich verführende Strenge eines reifen männlichen Geistes“.

In den zwanziger Jahren, als er gleichzeitig mit dem alten Wöflin in München las, muß seine Wirkung — weit über die Hochschule hinaus — gewaltig gewesen sein, gerade weil er's keineswegs auf den Effekt angelegt hatte. Aber wer auch nur noch nach 1945 erleben konnte, wie Voßler als erster Nachkriegsrektor, durchaus nicht „autoritär“, doch mit unbezweifelbarer, durch seine Person legitimierter Autorität, zu den Studenten sprach (und nebenbei wohl auch Kollegen oder Ministerialen die Leviten las), wird die ernste Eindringlichkeit seiner Rede, diese Mischung von Würde, Mut und Humor, nicht vergessen haben — auch wenn Ältere meinen, da habe er schon begonnen, die Fäden, die ihn mit der Welt so vielfach verknüpft hatten, leise zu lösen; an einer schweren Krankheit ist er 1949 gestorben.

Was er in der Geschichte seines Fachs, der romanischen Philologie, bedeutet, braucht hier nicht ausbreitet zu werden. Zwei große Repräsentanten hatte damals die Romanistik in Deutschland: Voßler und Ernst Robert Curtius. Von ihnen war Curtius der um vierzehn Jahre Jüngere, und um eben diese halbe Generation scheint er dem Heute näher. Curtius wandte sich dem europäischen Roman von Balzac bis zu Joyce zu, während Voßler den „berufsmäßigen Herstellern von Romanen“ noch ins Ohr flüstern mochte, „daß eher ein Reicher in den Himmel kommt als einer von ihnen zu der reinen Dichtung“. Curtius blieb, auch als seine Forschung immer mehr dem europäischen Mittelalter galt, temperamentvoll für die Wortführer der Pariser Moderne wie etwa Cocteau interessiert, wohingegen Voßler zur barocken „Poesie der Einsamkeit in Spanien“ hingezogen fühlte. Curtius, der Analytiker unter den beiden, ging auf Fakten und einzelne Bezüge aus, wo es Voßler, dem philosophischeren, um „Sinn“ und „Figur“ zu tun war.

Begonnen hatte der junge Voßler einst mit der

Attacke gegen eine Philologie, die, im Schlepptau der Naturwissenschaften, sich positivistisch mit dem Herausfinden von exakten phonetischen oder grammatischen Regeln und Gesetzen begnügte; auch Dichtung sollte da als Resultat von Quellen und Einflüssen erklärt werden. Gegen solchen Positivismus verfocht Voßler einen neuen „Idealismus“. Er verstand die Dichtung, ja selbst die Sprache auch als Schöpfung der Phantasie und des freien Geistes und knüpfte, über den Materialismus der Gründerzeit zurückgreifend, an die Sprachphilosophie Wilhelm von Humboldts an. Mag sein, daß heute, da die Frage nach der „Struktur“ und der sozialen Basis die Interpretation der Sprache beherrscht, der Rückgriff auf den deutschen Idealismus nicht gerade zeitgemäß erscheint; doch Voßlers Überwindung jener „Lautverschiebungsphilologie“ hat zu ihrer Zeit Geschichte gemacht und wirkt, wie alles geschichtlich Produktive, weiter.

Sein philosophischer „Lehrer“ war der italienische Hegelianer Benedetto Croce, mit dem Voßler eine lebenslange Freundschaft verbinden sollte — und ein Briefwechsel, der zu den bewegendsten Dokumenten der europäischen Geistesgeschichte in der ersten Jahrhunderthälfte gehörte. Einer der Briefe Croces aus dem Jahr 1941, als der Italiener längst isoliert und sein deutscher Freund aus allen Ämtern entlassen war, endet mit dem Satz: „So schlage ich mich mit ernstlichem Denken und ernstlicher Arbeit in diesen Jahren durch, die andernfalls allzu schmerzlich und quälend wären. Du hältst es ebenso, denn Du bist auch von der alten Generation“. Und an diesem Brief, der im Krieg von Neapel nach München geschickt wurde, klebte einen Zettel von unbekannter Hand: „Der Zensor verneigt sich in Verehrung vor Croce und vor Voßler“. Auch das, immerhin, gab es damals.

Die Gegnerschaft der Nationalisten hatte sich Voßler, der schwäbische Demokrat, schon lang vor 1933 zugezogen. Wie er sich in seiner Sprachtheorie zum Anwalt des „freien Geistes“ gemacht hatte, so auch in der politischen Arena. Als Rektor der Münchner Universität belehrte er 1926 die studentischen Korporationen, die den Ausschluß ihrer jüdischen Kommilitonen erzwingen wollten, daß die Rasse „ein zoologisches, kein humanes Argument“ sei. Und er warnte, „solange man es noch öffentlich aussprechen darf“, vor der Leichtigkeit und Feigheit, die Intelligenz zu maßregeln, und vor der „verbrecherischen Putscherei jeden Versuchs einer Kultur-diktatur“. Ein Jahrzehnt später, als dergleichen nicht mehr öffentlich ausgesprochen werden durfte, erhielt Voßler für solche Worte die Quidung. Unter beschämenden Umständen wurde der Münchner Ordinarius für Romanistik entlassen.

Voßlers gelehrte (und auf einer hohen Stufe sogar „unterhaltende“) Arbeiten sind bekannt und jedem Interessierten erreichbar: etwa seine Monographien über Racine, Tirso de Molina oder Lope de Vega, die Thomas Mann ihres „kritischen Frohmuts“ wegen lobte; seine Essays aus der romanischen Welt; seine sprachgeschichtlichen Darstellungen; vor allem auch seine Dante-Übersetzung, von der Hausenstein rühmend bekannte, sie sei die erste, mit der er weiterkommen werde, denn „sie ist von vollendeter Verständlichkeit im Sachlichen“. Kaum jedoch weiß man heute noch, in welchem Ton Karl Voßler sich 1927 in einer zur Reichsgründungsfeier fälligen Rektoratsrede zu äußern wagte; an diese Rede, eine Warnung, vor den überhandnehmenden politischen Mythen, sei deshalb hier erinnert.



KARL VOSSLER

lichen Regenwetter. zerren wir die Gestaltner und Feldherren zu tern und Raubtieren u llichkeit, gerade das, v von ihnen zu lernen: senheit und das umsi fühl...

An zahllosen Bierman seufzen hören, w bar unsauber doch a seien, wie unwahr d Kabinette, wie gemein dünkt sich, indem man geistig für die Politik. mütig, bequem, unlus fen und Dienen am noch nicht einmal zu

FRIEDRICH T

## Der M schlug

Die Groteske

An den Wiener Grotes Begabungen des Wie bei Zsolnay erschein leicht gekürzter Einl

Peter Hammersch Franz Josephs ge Adolf Hitlers na hörte zu den originel Wien der Ersten Repu ren 1928—1938, zwisch hin und her pendelte Jahrzehnte früher auf hätte sich in der Grotes Morgenstern und Jo sicheren Platz erwor heute nur noch ein pa Gefährten seines ein literarische Feinschn weihte von früher her verschollen, sein Name Hiermit wird der V sem in jeder Hinsicht Ende zu setzen.

Es ist ein Versuch lichen, aber doch mit ich soeben sein „Werk er selbst, kodifizierter turhistorischen Ambit mals so genannt hätte nur zu geringem Teil erst

KARL VOSSLER

Wider die

## Neue Werke zur Geschichte der arabischen Welt

A. H. Die Geschichtsschreibung der arabischen und der gesamten islamischen Welt ist im deutschen Sprachraum in den letzten Jahrzehnten eher vernachlässigt worden. Man hatte Facharbeiten in Einzelgebieten veröffentlicht, jedoch die Gesamtdarstellung der islamischen Geschichte schienen sich immer noch in erster Linie von den Leistungen der Spätromantik und des frühen Positivismus zu nähren. Diese für ihre Zeit sehr beachtlichen Werke hatten im wesentlichen aus der mehr oder minder kritischen Nacherzählung der orientalischen Quellenwerke, besonders der großen Chroniken und Geschichtskompilationen der klassischen und nachklassischen Epoche, bestanden. Auf diese Art und Weise war eine oft prall gefüllte und in ihrer Vielheit der wenig vertrauten Namen und Ereignisse eher unübersichtliche Geschichte der Persönlichkeiten und Kriege entstanden. Denn die erzählenden orientalischen Quellen sind meist geschrieben, um Persönlichkeiten und ihre Taten im Gedächtnis der Nachwelt festzuhalten.

Der Hintergrund, vor dem sich Kriegstaten abspielen und Herrscherfiguren auftreten, ist dem Chronisten oft so geläufig, ja selbstverständlich, daß er höchstens beiläufig einmal diese oder jene Einzelheit der politischen oder wirtschaftlichen Strukturen, der sozialen Gruppierungen oder Ausrichtungen erwähnt. Doch gerade die Hintergrundfragen interessieren uns heute: die ideologischen und Meinungsströmungen; die Stammesgruppierungen und sozialen Schichtungen mit ihren Antagonismen und den Gründen der Gegensätze; die wirtschaftlichen Grundlagen eines Machtanstieges oder -zerfalls; die politische, bürokratische, wirtschaftliche, militärische Organisation der Reiche; die Gründe ihrer jeweiligen Veränderungen und ihres endlichen Zerfalls; gelungene oder mißlungene Reformversuche; kurz die konditionierenden Faktoren, ohne deren Kenntnis die Entscheidungen und das Vorgehen der Individuen, das Entstehen und Vergehen der Herrschaftsgebiete, das Aufblühen und Vergehen ganzer Kulturen gar nicht wirklich beurteilt und verstanden werden können.

Diese Hintergrundfaktoren lassen sich freilich nicht aus den Chroniken abschreiben. Man muß sich ihre oft bloß fragmentarische Kenntnis in mühsamer Kleinarbeit erarbeiten, indem man Hinweise hier oder dort miteinander kombiniert; die Quellen in ihrer kaum zu beherrschenden Fülle immer gründlicher kennen und gegeneinander kontrastieren lernt; alle erreichbaren nicht erzählenden Quellen mit Heranzieht, von den literarischen Denkmälern über die Baukunst bis zu den Münzen und den in viel zu geringem Maße erhaltenen und erst noch schwer auszuliegenden Dokumenten wirtschaftlicher und politischer Natur. Diese große Arbeit, mehr eine für professionelle Historiker als für die vorwiegend philologisch orientierten Orientalisten, ist in Frankreich, England und Amerika angepackt worden, und bis vor kurzem mußte man sich der englischen und der französischen Sprache bedienen, wenn man einen Ueberblick über den Stand der modernen Geschichtsschreibung auf dem Gebiet des Islams gewinnen wollte.

In den letzten Jahren jedoch sind eine Reihe von Uebersichtswerken auch in deutscher Sprache erschienen, die darauf abzielen, auch dem deutschsprachigen Leser ein Bild der vorläufigen Resultate der neuen Geschichtsforschung im islamischen Raum zu vermitteln und ihm eine eindringendere Kenntnis der Lebensumstände und Mentalitäten zu verschaffen, als man sie der mehr personellen und anekdotischen Geschichtsdarstellung abzugewinnen vermag. Daß gerade heute eine bedeutende Notwendigkeit des tieferen Eindringens besteht, ist recht offensichtlich. Die politische und kulturelle Konfrontation zwischen der unsrigen «westlichen» und anderen, früher in ihrem eigenen Raum recht abgeschlossen lebenden Hochkulturen, darunter der islamischen, wächst an Heftigkeit und Problematik mit jedem Jahr. Sie wirkt unübersichtlich durch die Tatsache, daß heute Ideen, Techniken und Gegenstände ökonomischen Ursprungs in alle ihnen einst eigenständig und fast kontaklos gegenüberstehenden Kulturkreise eingedrungen sind und in ihnen wirksam wurden. Sie haben die «anderen» Hochkulturen der Welt in eine Krise, aber keineswegs zum Verschwinden gebracht. Sie haben sich mit dem eigenständigen Kulturgut und Herkommen zu komplexen, unstablen und oft krisenhaften Figuren gemischt. Nur wer sich einigermaßen über den Hintergrund der Fremdkultur Rechenschaft zu geben vermag, in der das meist gewaltsame Eindringen der unsrigen solch große Verwirrung gestiftet hat, besitzt ein Instrument um

talische Archäologie und Frühgeschichte von der Universität Halle (DDR), Burchard Brentje, verfaßt hat, trägt noch recht deutlich die Züge der alten, mehr anekdotischen Geschichtsschreibung der Orientalisten an sich.<sup>1</sup> Sie erzählt und zählt auf, obgleich sie sich zum Ziele setzen möchte, gerade auch die «Kulturgeschichte» und die «kulturellen Leistungen» der Araber zu ihrem Recht kommen zu lassen. Auch ihre kulturgeschichtlichen Teile laufen oft auf ein Aneinanderreihen von Namen, Buchtiteln, Leistungen hinaus. Gelegentliche Anleihen beim Vokabular des Marxismus (der Krieg gegen die aufständischen Zanj-Sklaven ist die größte «Klassenschlacht» der arabischen Geschichte; unter dem Kalifen al-Mamun erfuhren «die Wissenschaften und Künste staatliche Förderung») können die Tatsache kaum verschleiern, daß hier im wesentlichen anekdotische Geschichte getrieben wird, welche die Fragen nach dem *Wie* und *Warum* kaum zu stellen wagt. Zu rühmen ist die prachtvolle Ausstattung des Buches mit vielen wohlgeählten Illustrationen sowie das Eingehen im Text auf die großen architektonischen Denkmäler des Islams. Der Verfasser bewegt sich an solchen Stellen spürbar in seinem Fachgebiet. Die Bilder enthalten auch manche Photographien von Denkmälern aus den islamischen Sowjetrepubliken, die anderen Ortes nicht immer leicht zu finden sind.

Wer in die Hintergründe der arabischen Geschichte eindringen will, nehme lieber den viel anspruchsloser erscheinenden Band Islam I der «Fischer-Weltgeschichte» zur Hand, den der französische Islamhistoriker Claude Cahen verfaßt hat.<sup>2</sup> Seine Darstellung gewährt Einblicke in die Entwicklung der Institutionen der islamischen Staaten. Man findet Uebersichten über «Wirtschaft und Gesellschaft der klassisch islamischen Welt»; die «Armeen und die politischen und sozialen Wandlungen» werden umrissen; die «Entwicklung der politischen und religiösen Bewegungen» beschrieben; alles freilich in einer gedrängten und nüchternen Form, die die Lektüre des Bandes zu einem Studium macht, nicht zu einem Genuß im Lehnsessel. Bei Cahen findet man Aufschluß über Dinge wie die Entwicklung des *Iqa'*-Wesens, Belehnung von militärischen und manchmal auch politischen Würdenträgern mit dem Steueraufkommen und später oft auch mit dem Ertrag bestimmter Landstriche, die mit dem Zusammenbruch der Geld- und Goldwirtschaft im späteren Abbasidenreich ihren Anfang nimmt und sich durch die ganze Spätzeit hindurch immer mehr ausdehnt, bis zur Epoche der Reformen nach europäischem Vorbild. Die Entwicklung verläuft hier gerade umgekehrt als in Europa, von einer Geldwirtschaft fort (die in der islamischen Klassik noch auf den antiken Grundlagen ruhte) und auf eine sich stets verfestigende Variante militärischen Lebenswesens hin.

Der 15. Band der «Fischer-Weltgeschichte» (Islam II) holt weit aus und umfaßt parallele Darstellungen der Entwicklungen in der Türkei, Iran und Afghanistan, Indien, in China und Südostasien, soweit sie durch den Islam geprägt sind, in den ostarabischen Ländern und in Nordafrika, die verschiedene Fachleute geschrieben haben.<sup>3</sup> Der vor kurzem verstorbene Orientalist Gustave von Grunebaum zeichnet als der Gesamtherausgeber. Raummangel zwingt die verschiedenen Verfasser, bloße Umriss zu zeichnen. Doch sind sie alle bemüht, die Strukturen der Reiche und Staatswesens zu erfassen und nicht allein Ereignisse aneinanderzufügen. Dem Darsteller des Osmanischen Reiches und der modernen Türkei, Stanford J. Shaw, einem Fachmann, der lange Zeit hindurch in den osmanischen Archiven gearbeitet hat, ist es besonders gut gelungen, das Wesen des osmanischen Staates, seinen Zerfall und seine Reformversuche zu schildern.

Gustave von Grunebaum selbst hat eine Darstellung der Geschichte des klassischen Islams gegeben, die neben der englischen und auch in deutscher Fassung vorliegt.<sup>4</sup> In ihr gelingt es dem Gelehrten, die Zusammenhänge zwischen den geistigen Entwicklungen in der arabischen Welt und den politischen Geschehnissen deutlich werden zu lassen. Man findet Abschnitte über Dichtung, Philosophie, Kultureinflüsse aus der Antike, Theologie und religiöse Reform, Mystik, die ein Fachmann geschrieben hat, verbunden mit dem historischen Ablauf. Dabei fehlt selten ein Hin-

## Eine Geschichte der Frankfurter Universität

Universitätsgeschichten sind zu einer besonderen Gattung der Geschichtsschreibung angewachsen, und es gibt dafür verschiedene Vorbilder. Ein frühes und auf seine Art beispielhaftes bleibt die Geschichte der Universität Berlin von Max Lenz in ihrer ruhig darlegenden aus ausbreitenden Erzählweise, noch unberührt von Kulturkrise und Hochschulkritik. Ein anderes die zugleich monumentale und impressionistische Zürcher Universitätsgeschichte Ernst Gagliardis, fast überreich an Nuancen, stärker überschattet auch von pessimistischen Ahnungen. Die Universität Frankfurt, deren Geschichte Paul Kluge nun vorlegt, ist eine noch jüngere Schöpfung als die Universitäten von Berlin oder Zürich: sie ist erst 1914 entstanden.<sup>5</sup> Sie unterscheidet sich auch von fast allen deutschen Hochschulen durch ihren Charakter als Stiftungsuniversität, der an amerikanische Schöpfungen erinnert. Daß dieser Typus gerade in Frankfurt Gestalt annehmen konnte (und in Deutschland weiter keine Nachfolge mehr fand), hängt mit der wirtschaftlichen und geistigen Besonderheit dieser Stadt zusammen. Ein reiches, kulturell anspruchsvolles und von einer jüdischen Elite mitgeprägtes Bürgertum gab den Ton an und war getragen von einer liberalen Tradition, welcher die ausgesprochen landesfürstlichen Universitäten der näheren Umgebung wenig gemäß waren. Es ist ja wohl kein Zufall, wenn Goethe (dessen Namen die Universität Frankfurt übrigens seit 1932 führt) in Straßburg und Leipzig studiert hat, aber nie in Gießen oder Marburg.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war in Frankfurt der erst 1866 erfolgte Verlust der politischen Selbstständigkeit zwar einigermaßen verschmerzt, aber mit dem Hineinwachsen in das neue Reich, der Anteilnahme an seiner ökonomischen Expansion waren auch neue Möglichkeiten einer kulturellen Schöpfung erwachsen, die noch nicht genutzt waren. Voraussetzungen waren gegeben: im Freien Deutschen Hochstift oder in der aus modernem Geist entstandenen Handelsakademie. Wenn darüber hinaus eine Universität Wirklichkeit wurde, so ist das ganz wesentlich zwei Persönlichkeiten zu verdanken: dem Großunternehmer Wilhelm Merton, einem auch geistig hervorragenden Vertreter des Frankfurter Judentums, und dem Oberbürgermeister Franz Adickes. Was Merton an den bestehenden deutschen Universitäten vermißt und was er mit der neuen Schöpfung zu verbessern hoffte, war eine Ausbildung in sozialen und wirtschaftlichen Bereichen gegenüber einer einseitig formaljuristischen. Die längere Entstehungsgeschichte der Universität, die auch durch Gegenstellungen benachbarter und sich gefährdet glaubender Universitäten belebt wurde, verfolgt der Autor anhand eines reichhaltigen Aktenmaterials. Die durch reiche Spenden ermöglichte Stiftungsuniversität fügte sich aber gleichwohl in den preußischen Hochschulrahmen ein: das preußische Staatsministerium und das Abgeordnetenhaus gaben ihre Zustimmung; dieses nach anfänglichen Widerständen. Die Stadt leistete einen bescheidenen, zunächst mehr symbolischen Beitrag.

Was die Universität von Anfang an charakterisierte, waren einerseits das Fehlen einer theologischen Fakultät, andererseits das Vorhandensein einer wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen. Das Manko war zwar nicht unbestritten und auch nicht als Dauerlösung gedacht; tatsächlich kam es dann zu theologischen Vorlesungen innerhalb der Philosophischen Fakultät. Von besonderer Bedeutung war die Einbeziehung jüdischer Gelehrter in dieses Vorlesungsprogramm, als Ersatz für eine zeitweilig geplante jüdisch-theologische Fakultät,

\* Paul Kluge: Die Stiftungsuniversität Frankfurt a. M. 1914–32. Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt a. M. 1972.

historischen Eigenraum, was dem Verfasser erlaubt, auf den besonderen Ton des arabischen Spaniens einzugehen, indem er Geschichten und Dokumente aus zahlreichen Quellen in Auswahl wörtlich übersetzt und darauf seine eigenen Interpretationen des geschichtlichen Ablaufes, aber auch von Wissenschaft und Philosophie, Dichtkunst und Mystik, aufbaut. Es entsteht so ein höchst lesbares Werk, das ein tieferes Eindringen in die arabische Kultur von al-Andalus zuläßt, selektiv im Charakter, aber ein Verständnis der letzten Hintergründe anstrebt, in denen Leben und Empfinden der spanischen Muslime wurzeln. Es sind die Kunstwerke, die diese in erster Linie erkennen lassen, wenn man sie feinfühlig, wie Titus Burckhardt, zu deuten versteht.

die in Deutschland ein bedeutsames Unikum gewesen wäre. Doch konnte auch so die Universität Frankfurt zur Wirkungsstätte des frühvollendeten Franz Rosenzweig und vor allem Martin Bubers werden. Dazu kam evangelischerseits gegen Ende der zwanziger Jahre die überragende Gestalt des religiös-sozialen Theologen Paul Tillich, der allerdings der Fakultät durch das Ministerium oktroyiert werden mußte.

Nicht minder bedeutsam war die «WiSo-Fakultät», die eine Reihe glänzender Gelehrter aufwies: etwa den Soziologen Franz Oppenheimer, dem seines Judentums wegen das Ordinariat längere Zeit verbaut blieb und der in Frankfurt zu einem der Begründer dieser Disziplin auf der deutschen Universität wurde, dessen Nachfolger Karl Mannheim oder den dem Institut für Sozialforschung vorstehenden Karl Grünberg. Dieses Institut verdankte seine Entstehung der Initiative und materiellen Förderung eines jungen marxistischen Gelehrten, der Sohn eines schwerreichen, stiftungsfreudigen Ueberseeskaufmanns war. Bald schon gab es Komplikationen, da die Universität – bei aller Dankbarkeit – wegen der immer eindringlicheren Ausrichtung des Instituts in Sorge um ihren Ruf geriet. Eine gewisse Entspannung trat ein, als 1930 Max Horkheimer mit der Institutsleitung betraut wurde und als Ordinarius für Sozialphilosophie in die Philosophische Fakultät eintrat: er ist mit seinen Mitarbeitern Erich Fromm und Adorno noch kurz vor dem Hereinbruch des Dritten Reiches zum Inaugurator der «Frankfurter Schule» geworden. Auf andere bedeutende Persönlichkeiten können wir hier nicht eingehen: erwähnt sei der Mediävist Ernst H. Kantorowicz, der übrigens auf Anregung des Kurators durch das Ministerium und gegen anfängliche Bedenken der Historiker zum Ordinariat gelangte.

Der Universität Frankfurt war keine längere Zeit der ruhigen Entwicklung beschieden. Schon die vorgesehene feierliche Eröffnung im Herbst 1914 fiel als ein Opfer des Krieges dahin. Viel kritischer wurde die Situation nach dem Zusammenbruch, da die rasch voranschreitende galoppierende Inflation der Stiftungsuniversität ihre materiellen Grundlagen entzog, so daß – trotz den großen Studentenzahlen – bereits ernsthaft die Schließung erwogen werden mußte. In langwierigen Verhandlungen gelang es, das Fortbestehen der Universität durch den Staat und die Stadt zu sichern. Diskussionen um eine Universitätsreform kamen zwar in Gang, versandeten jedoch, in Frankfurt wie anderswo. Der Zug nach rechts, der weniger von den Professoren als von den Studenten ausging, machte sich auch in Frankfurt bemerkbar, am übelsten bei den Tumulten gegen den neuernannten Honorarprofessor für Arbeitsrecht, Hugo Sinzheimer. Wie stark die völkischen Tendenzen auch in Frankfurt um sich griffen, erwies sich anlässlich des Konfliktes der «Deutschen Studentenschaft» mit dem preußischen Kultusminister Carl Heinrich Becker: wie alle anderen preußischen Studentenschaften hielt auch die der Stiftungsuniversität an ihrem großdeutschen Konzept fest.

Auf den letzten Seiten seines Buches schildert Kluge das Umsichgreifen der nationalsozialistischen Studentenbewegung im Zeichen der Wirtschaftskrise und Staatskrise. Die Darstellung, die bei sorgfältiger Herausarbeitung der Institutionen doch auch die einzelnen Persönlichkeiten lebendig werden läßt, bricht mit dem Jahr 1932 ab. Dieser Einschnitt überzeugt nicht ganz. Eine Fortsetzung der wertvollen Universitätsgeschichte bis 1945 wäre über den Sonderfall Frankfurt hinaus von komparativem Interesse, und man möchte es dem Verfasser wünschen, daß er sie noch vollende.

Peter Stadler

erschienen war, ist unter der Oberaufsicht G. v. Grunebaums überarbeitet, in vielen Einzelheiten ergänzt und korrigiert worden. Durch die so entstandene Gemeinschaftsarbeit einer ganzen Gruppe von Mitbeiträgern und Revisoren ist ein recht vielseitiges Werk entstanden, das weder die klassische Kultur der Araber noch ihre heutige Problematik vernachlässigt. Es läßt sich natürlich nicht mit der vielbändigen Enzyklopädie des Islams vergleichen, deren zweite und verbesserte Neuausgabe heute allmählich voranschreitet und in Faszikeln veröffentlicht wird. Das Lexikon enthält jedoch, wie Proben deutlich machen, Auskünfte über so gut wie alle Fragen, die einem gebildeten Laien bei seiner Beschäftigung mit den Arabern und ihrer Kultur auftauchen können, und es dürfte für viele ein wichtiges Arbeits-

René König

Studien zur Soziologie

Thema mit Variationen

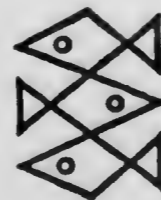
10

*Über dieses Buch*

Verändert Soziologie die Gesellschaft? Verändert die veränderte Gesellschaft die Soziologie? Die Beschäftigung mit den wechselseitigen Beziehungen von Wissenschaft und ihrem Gegenstand macht das Verhältnis von ›Gesellschaft und Soziologie‹ zu einem zentralen Thema des Selbstverständnisses dieser Wissenschaft. Mit der vorliegenden Sammlung von Beiträgen schildert Professor René König die Rolle des ›sozialen Wandels‹ in Gesellschaft und Soziologie; die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis rührt nicht zuletzt aus diesem Problemkreis her.

*Der Autor*

René König (1906) ist Professor für Soziologie an der Universität Köln. Zu seinen zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen gehört auch das Fischer Lexikon Band 10 ›Soziologie‹, Neuausgabe 1967.



Fischer Bücherei



## Die Juden und die Soziologie

In den zwanziger Jahren ging in Deutschland eine scherzhafte Anekdote um, die das Verhältnis der Soziologie zum Judentum betraf. Sie stammte aus Heidelberg und wurde dem hervorragenden jüdischen Germanisten *Friedrich Gundolf* zugeschrieben, so daß wir sie als politisch unverdächtig übernehmen und unseren Erörterungen voranstellen können. Diese Anekdote lautet folgendermaßen: nach einem Soziologenkongreß (wahrscheinlich dem von 1924 in Heidelberg) seufzte *Gundolf*: »Jetzt weiß ich wenigstens was Soziologie ist! Soziologie ist eine jüdische Sekte.« Das Wort Sekte steht hier wohl für die Leidenschaftlichkeit der soziologischen Diskussionen, für die zeitweilig unübersehbare Esoterik des soziologischen Fachjargons, für den Eifer, mit dem die Soziologie ihre Unterschiedenheit von anderen Wissenschaften betont und eifersüchtig auf ihre Besonderheit pocht, und schließlich auch für die manchmal harte Kritik, welche sie gegen das traditionelle Wissenschaftssystem und gegen die Grundlagen der alten Logik gewendet hat. Das Wort jüdisch steht dagegen ganz zweifellos für die Tatsache, daß unter den bedeutenden Soziologen die Zahl der jüdischen Gelehrten um ein Vielfaches höher ist als sonst der Anteil von Juden am Leben der Wissenschaft und der Kultur. So ist die Frage nach dem Beitrag des Judentums zur Soziologie sicher viel aktueller und berechtigter als in anderen Zusammenhängen.

Die Wahrheit dieser Feststellung könnte man nun sehr leicht beweisen durch die Aufzählung der jüdischen Gelehrten, die in allen Ländern einen hervorragenden Beitrag zur Entwicklung der Soziologie und der Sozialwissenschaften insgesamt geleistet haben. Das würde allerdings für den Außenstehenden nicht viel bedeuten; denn ein Katalog von Namen, der außerdem naturgemäß nie vollständig sein würde, kann die obige Behauptung bestenfalls illustrieren, niemals aber sie erklären. Aber selbst für den Fachmann wäre ein solches Vorgehen uninteressant. So werden wir einen anderen Weg zur Behandlung unseres Problems suchen.

In konsequenter Fortführung der soziologischen Erkenntniskritik und der Soziologie des Wissens gibt es schon längst eine »Soziologie der Soziologie«, welche die verschiedenen sozialen Rückverbindungen der Soziologie an historische, kulturelle, nationale, schicht- und klassenmäßige Wirklichkeiten untersucht und erhellt hat. Diese Soziologie der Soziologie hat sogar Wesentliches zum Selbstverständnis der Soziologie beigetragen und ihre Systematik von unbewußten Vorurteilen befreit. So ist es

zwar die formelle Freiheit und Gleichheit zu, aber materiell herrschten die sozialen Unterschiede vor, die sich in zahlreichen diskriminierenden Zurückstellungen äußerten. Es ist kein Zufall, daß ein jüdischer Sozialphilosoph, *Karl Marx*, diesen Unterschied zwischen formeller und materieller (d. h. sozialer) Freiheit so stark unterstrich. Er wandte ihn allerdings an, um die soziale Lage des Proletariats zu kennzeichnen, einer »Klasse mit radikalen Ketten, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, eine Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen historischen, sondern nur noch auf den menschlichen Titel provozieren kann, . . . einer Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Wort der völlige Verlust des Menschen ist, also nur durch die völlige Wiedergewinnung des Menschen sich selbst gewinnen kann«, wie *Marx* 1843/44 schrieb, zur gleichen Zeit, als er sich auch mit dem Problem des Judentums befaßte.

Wir fragen nun: könnte man die eben zitierte Charakterisierung der sozialen Lage des Proletariats nicht auch auf das Judentum anwenden? In der Tat säkularisiert sich in *Marx* die alte jüdische Verheißung der diesseitigen Erlösung aus unerträglicher Not und endlosem Leiden zu einer allgemeinen Philosophie der revolutionären Vernunft. Und dieser Geist bleibt im Grunde bei ihm lebendig bis zum 24. Kapitel des »Kapitals«, wo von der »sogenannten ursprünglichen Akkumulation« als dem »Sündenfall« der politischen Ökonomie gesprochen wird und es am Ende heißt: »Die Stunde . . . schlägt«, d. h. der letzte Akt der Befreiung, der Emanzipation, der Erlösung hat begonnen. Das Kapital, der Dämon, der die Welt in seinen Fängen hält, »von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend«, wie es in biblischer Wendung bei *Marx* heißt, »der Greuel der Verwüstung« ist an sein Ende gelangt, und der Prophet ruft auf zum »Sprunge« aus dem »Reich der Notwendigkeit« in das »Reich der Freiheit«, wie es *Engels* in einer ebenfalls theologischen Wendung später deuten sollte. Es ist interessant zu sehen, daß sich ganz ähnliche Gedanken bei einem anderen jüdischen Sozialdenker kurz vorher finden, nämlich bei dem rheinischen Sozialisten *Moses Hess*, der *Marx* stark beeinflusst hat. Man kann die Weite und Tiefe des Unterschieds dieser aus dem bewußten oder unbewußten Erlebnis der Stellung des Juden in der modernen Welt entworfenen philosophischen Vision mit ihrer unheimlich erregenden Radikalität nicht deut-

## Die Juden und die Soziologie

In den zwanziger Jahren ging in Deutschland eine scherzhafte Anekdote um, die das Verhältnis der Soziologie zum Judentum betraf. Sie stammte aus Heidelberg und wurde dem hervorragenden jüdischen Germanisten *Friedrich Gundolf* zugeschrieben, so daß wir sie als politisch unverdächtig übernehmen und unseren Erörterungen voranstellen können. Diese Anekdote lautet folgendermaßen: nach einem Soziologenkongreß (wahrscheinlich dem von 1924 in Heidelberg) seufzte *Gundolf*: »Jetzt weiß ich wenigstens was Soziologie ist! Soziologie ist eine jüdische Sekte.« Das Wort Sekte steht hier wohl für die Leidenschaftlichkeit der soziologischen Diskussionen, für die zeitweilig unübersehbare Esoterik des soziologischen Fachjargons, für den Eifer, mit dem die Soziologie ihre Unterschiedenheit von anderen Wissenschaften betont und eifersüchtig auf ihre Besonderheit pocht, und schließlich auch für die manchmal harte Kritik, welche sie gegen das traditionelle Wissenschaftssystem und gegen die Grundlagen der alten Logik gewendet hat. Das Wort jüdisch steht dagegen ganz zweifellos für die Tatsache, daß unter den bedeutenden Soziologen die Zahl der jüdischen Gelehrten um ein Vielfaches höher ist als sonst der Anteil von Juden am Leben der Wissenschaft und der Kultur. So ist die Frage nach dem Beitrag des Judentums zur Soziologie sicher viel aktueller und berechtigter als in anderen Zusammenhängen.

Die Wahrheit dieser Feststellung könnte man nun sehr leicht beweisen durch die Aufzählung der jüdischen Gelehrten, die in allen Ländern einen hervorragenden Beitrag zur Entwicklung der Soziologie und der Sozialwissenschaften insgesamt geleistet haben. Das würde allerdings für den Außenstehenden nicht viel bedeuten; denn ein Katalog von Namen, der außerdem naturgemäß nie vollständig sein würde, kann die obige Behauptung bestenfalls illustrieren, niemals aber sie erklären. Aber selbst für den Fachmann wäre ein solches Vorgehen uninteressant. So werden wir einen anderen Weg zur Behandlung unseres Problems suchen.

In konsequenter Fortführung der soziologischen Erkenntniskritik und der Soziologie des Wissens gibt es schon längst eine »Soziologie der Soziologie«, welche die verschiedenen sozialen Rückverbindungen der Soziologie an historische, kulturelle, nationale, schicht- und klassenmäßige Wirklichkeiten untersucht und erhellt hat. Diese Soziologie der Soziologie hat sogar Wesentliches zum Selbstverständnis der Soziologie beigetragen und ihre Systematik von unbewußten Vorurteilen befreit. So ist es

licher erfassen als durch einen Vergleich mit den entsprechenden Gedanken eines nicht-jüdischen Denkers wie *Lorenz von Stein*. Diese sind dem Buchstaben nach — mit Ausnahme der politischen Folgerungen — genau die gleichen wie bei *Marx*; man könnte sogar sagen, daß *Marx* die entscheidenden Anregungen für seine Theorie des Klassenkampfes von *Lorenz von Stein* empfangen hat. Aber es fehlt das Entscheidende: die Unerbittlichkeit und Radikalität der Formulierung, die der Unerbittlichkeit einer sinnlosen Situation entsprach. Da die Verheißung mit den Jahrhunderten zerronnen ist, eröffnet sich auch von hier aus kein Weg mehr zu Gott, sondern nur noch der Weg zur Weltrevolution, der der neue Gott der Zukunft ist. So erst werden durch die Radikalität der Fragestellung die extremsten Kräfte geweckt, die seither die gesamte Welt bewegt haben, während *Lorenz von Stein* nur eine brave Schulphilosophie von sich gibt, die heute höchstens historisches Interesse beanspruchen kann. Vielleicht ist sogar *Marx* die letzte große Epiphanie des jüdischen Prophetentums, das aus der Wüste ungefragt seine Verdammungen der eitlen Welt über die Zerstreuten und Irrenden ergoß. Später sollte *Max Weber* in diesen selben altjüdischen Propheten einen der wesentlichsten Ansätze zur Hochreligion als Rationalisierung des alten magischen Glaubens erkennen; die Propheten wurden gleichzeitig »die geistigen Träger der Opposition gegen das Königtum« und arbeiteten vorwiegend mit den Mitteln »der politischen Unheilsandrohung«, wobei »Jahwe Zebaoth« zum Jahwe der Heerscharen, als kriegerischer Scharen, wird, die die verderbte Gegenwart vernichten und das Gottesreich errichten werden.

Das ist, wenn ich so sagen darf, die noch am meisten heilsgeschichtlich gebundene und damit wohl auch radikalste Form der jüdischen Sozialphilosophie, die in zahllosen jüdischen Revolutionären lebendig geworden ist, großen und kleinen; manches davon klingt auch noch nach im schulmäßig gewordenen gelehrten Denken mehr bürgerlicher Observanz. So wird aus der *Marx'schen* Unheilsphilosophie etwa bei *Franz Oppenheimer* eine Art von umgekehrter Utopie, indem er den Gesellschaftsvertrag nicht an den Anfang, sondern an das Ende aller Geschichte verlegt als die freie Assoziation der Menschen aus dem Gesetz der Vernunft. Er verwirklicht damit wie viele andere jene letzte Verheißung von *Saint-Simon*, der auf dem Totenbette sagte, er lebe noch immer in der Zukunft. Wo denn soll ein Jude Hoffnung finden, nach zweitausend Jahren erlittener Unbill, wenn nicht unter Überspringung der unerträglichen Gegenwart, die einzig in seiner Familie zuzeiten zu einem vorübergehenden feiertäglichen Frieden gebracht wird, in eine ferne Zukunft, die man andererseits in verzweifelter Sehnsucht so

nahe wie möglich spüren möchte. So versetzt *Marx* mehrfach die Revolution in »die nächste Zukunft«.

Darüber hinaus bewegen sich aber die Beziehungen zwischen dem Judentum und der Soziologie auf weniger dramatischen und subtileren Kanälen, die vielleicht noch entscheidender sind als die großen Unheilspropheten. Wir müssen ja grundsätzlich davon ausgehen, daß mit den übrigen Religionen auch das Judentum der allgemeinen Säkularisationstendenz der Zeit unterliegt. Allerdings geschieht dies zweifellos langsamer und ferner in gewissem Sinne anders als bei den anderen. Während sich die beiden großen christlichen Religionen insbesondere der Katholizismus, in der Säkularisation mit der weltlichen Macht verbinden und selber zu weltlichen Mächten werden, entfällt diese Möglichkeit beim Judentum ganz grundsätzlich. Die jüdische Religion der Diaspora hat in der Tat in keiner Epoche ihrer Existenz mit der weltlichen Macht paktiert. Da nun die Säkularisation langsamer verläuft und ein Bündnis mit der Macht, ganz gleich welcher Art, nicht in Frage kommt, finden wir jüdische Denker überall beteiligt, wo das soziale Denken sich als soziale Kritik, vor allem Kritik der Macht darstellt. Seit *Spinoza* haben jüdische Denker auf der Seite derer gestanden, die es unternahmen, »die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen« und dem großen »Leviathan« einen Ring durch die Nase zu ziehen, um ihn an der Leine zu führen. Sofern die Soziologie zu einem guten Teil daran mitgewirkt hat, finden wir aus dieser Lage heraus wiederum zahlreiche jüdische Sozialdenker, die an ihr teilnehmen aus einer inneren Berufung heraus, geschehe nun die Kritik des Staates im liberalen oder im sozialistischen Geiste.

Allerdings wäre die Haupttendenz dieser Bewegung noch immer praktisch ausgerichtet, was man als letztes Echo der messianischen Einstellung deuten kann, die auf eine bessere Welt hofft. Wichtiger ist für uns die theoretische Sublimierung des ursprünglich geistlichen Anliegens zur Begründung einer eigentlichen Wissenschaft von der Soziologie, wie sie etwa in souveränster Weise der große französisch-jüdische Soziologe *Emile Durkheim* seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts durchführte. Mir scheint die Tatsache, daß er Jude war, in mehrfacher Weise für seine Soziologie insgesamt von Bedeutung zu sein. Sein Vater war Rabbiner und zeitlebens hat *Durkheim* mit der Anfechtung gekämpft, ob er sich selber nicht eher dem geistlichen Amte als der Wissenschaft widmen sollte. Seine Hörer erblickten gelegentlich in ihm den Visionär einer neuen Religion, die er allerdings im Gewande der strengsten Wissenschaft vortrug. Dabei ist Gesellschaft für ihn nicht ein Gegenstand neben vielen anderen Gegenständen. Vielmehr ist Gesellschaft das wesentliche Lebenslement des

Menschen. Im normativen Charakter des Sozialen erfährt die menschliche Existenz, die allzu leicht von romantischen Exzessen und dem Durst nach dem Unendlichen verführt wird, ihre Limitation, ihre Formung und ihre Grenze. Jede konkrete Bestimmung des sozialen Daseins in irgendeiner Funktion bedeutet eine Begrenzung, eine Verneinung oder Versagung eigener Art und damit soziale Selbstgestaltung des Menschen. Dieser Satz, der an die Metaphysik des großen Spinoza erinnert (»omnis determinatio est negatio«), wird für Durkheim mit einem merkwürdig theoretisch-praktischen Doppelsinn erfüllt, wie er im Ausdruck der »Disziplin« zum Vorschein kommt, den er gern für dies Formwerden des Sozialen verwendet. Er spricht darin übrigens auch aus calvinistischer Tradition heraus, ohne die der französische Rationalismus nie zu verstehen wäre. Dieselbe Disziplin, die sich im Wirklichen als Selbstdomestikation der Menschheit (F. Oppenheimer) auswirkt, erlegt auch dem Forscher Zurückhaltung in der Wertung auf, was sich für Durkheim zu einem zentralen Problem der soziologischen Methode zuspitzt, mit der er die moderne Soziologie vielleicht am nachhaltigsten beeinflusst hat. Dabei kommen wohl die tiefsten Rückverbundenheiten der jüdischen Situation mit der Soziologie zum Vorschein, so daß wir gerade hierbei noch etwas verweilen müssen.

Alles soziale Handeln trägt seinen Sinn in sich, so daß wir immer schon wissen, was gemeint ist, wenn wir von irgendwelchen sozialen Phänomenen sprechen. Wir sind ja selber diese Phänomene und nehmen in unserer Alltagsexistenz aktiv an ihnen Anteil. Das ist ein Vorteil und ein Nachteil zugleich für die Soziologie als Wissenschaft. Ein Vorteil insofern, als ich immer innerlich in meiner eigenen Erfahrung nachprüfen kann, ob irgendwelche theoretischen Sätze wahrscheinlich sind oder nicht. Ein Nachteil insofern, als mit der subjektiven Verflochtenheit in das Geschehen auch alle Interessensysteme, die in diesem Geschehen lebendig sind, einen Zugriff auf die Theorie erhalten und diese entsprechend verfälschen. Das gilt grundsätzlich für jedermann, ganz gleich, wo er im sozialen System stehen mag, nur für einen einzigen nicht — nämlich den Juden.

Denn seine Art der sozialen Verflochtenheit ist grundsätzlich unterschieden von der aller anderen Menschen. Er ist zwar ein Mitglied der Gesellschaft, die er zu erkennen unternimmt, aber er ist es auch wieder nicht, indem der Rest der Gesellschaft, gegen ihn diskriminiert und ihn zurückstößt. Nun kann dies dauernde Zurückgestoßenwerden auf die Dauer nicht ohne Wirkung bleiben. So muß der Jude in der Gesellschaft, die gegen ihn diskriminiert, auf Distanz gehen. Mit dieser Distanznahme entscheidet sich aber in grundlegender Weise seine Affinität zur soziologischen Wissenschaft; denn keine Wissenschaft ist ohne

Distanzierung möglich. Seine ganze soziale Lage bringt den Juden dem sozialen Dasein gegenüber wie von selbst in die theoretische Situation.

Im Gegensatz zum naiven Mitglied einer Gesellschaft durchschaut der Jude schnellstens alle die kulturellen Selbstverständlichkeiten, die in einer gegebenen Gesellschaft umgehen und eine rationale Erkenntnis verhindern. Er muß ja seine eigene Verschiedenheit darum erfahren, weil die anderen sie ihm ständig vorhalten. So ist der Jude, solange gegen ihn diskriminiert wird, den übrigen Mitgliedern einer Gesellschaft immer überlegen, weil er sieht, was an dieser Gesellschaft besonders ist, indem er selber von seiner Umwelt als anders gekennzeichnet wird. Wenn man hat sagen können, Jude sei man nur durch das Wissen um die eigene Lage, so kann man daraus folgern, daß dies Wissen nicht nur jüdisches Selbstbewußtsein zeugt, sondern eine einmalige Chance gibt, die umgebende Gesellschaft adäquat zu erkennen — ohne sich durch irgendeines der eingebauten Interessensysteme dieser Gesellschaft die Unbescholtenheit der Augen verderben zu lassen. Aus der empfundenen Distanz zu den anderen, die eine aufgezwungene ist, erfährt der Jude nicht nur sich selbst in einem Wissen besonderer Art, sondern er gewinnt auch die Freiheit und Unbefangenheit der Erkenntnis der anderen, wobei ihm wiederum zustatten kommt, daß er mindestens zum Teil auch ein Mitglied dieser Gesellschaft ist und ihre Abläufe und Regeln von innen her erlebt wie irgendein anderer. Was ihn von jenen unterscheidet, ist mit der Möglichkeit der Distanznahme die unbestechliche Freiheit und Unabhängigkeit des Blicks.

Da aber letztlich, wie wir schon von Anfang an sagten, in der jüdischen Tradition die diesseitige gesellschaftliche und berufliche Existenz des Menschen ein positiver Wert ist, so muß sich zunächst diese Freiheit des theoretisch-leidenschaftslosen Blicks auf die Gesellschaft richten, woher dann auch die intensive Teilnahme jüdischer Gelehrter an der Entwicklung der Soziologie resultiert. Sie erwächst aus einer einzigartigen Konstellation, die kaum ein anderer nachzuerleben vermag; denn nur der Jude kommt immer und immer wieder in die Lage, die erwähnte Distanz nehmen zu müssen, weil man ihn in sie hineinzwingt. Da zu den kulturellen Selbstverständlichkeiten vor allem die nationalen Vorurteile gehören, liegt häufig eine wichtige Funktion des jüdischen Sozialdenkers darin, diese zu entlarven. Er tut dies jedoch nicht, wie die antisemitische Unterstellung lautet, weil das Judentum international wäre. Vielmehr nimmt auch der Jude teil am nationalen Leben der Gastvölker; nur da diese ihm regelmäßig die Möglichkeit der vollen nationalen Partizipation bestreiten, muß er wiederum in jene Distanzlage kommen, die ihm das Durchschauen der nationalen Stereotypen

erlaubt, selbst wenn er nicht die geringsten Beziehungen zu irgendwelchen internationalen Ordnungen hat. Diese Entlarvung der nationalen Stereotypen ist jedoch wiederum eine entscheidende Voraussetzung für die Begründung einer Wissenschaft vom Sozialen, da sie dem Bereich des vorwissenschaftlichen Selbstverständnisses der Kulturen angehören, ohne dessen Überwindung es überhaupt keine Wissenschaft gibt, vor allem keine Soziologie.

Es ist bezeichnend, daß der schon genannte *Georg Simmel* in seinem soziologischen Hauptwerk einen wenn auch kurzen so doch sehr wichtigen Abschnitt von drei Seiten über den »Fremden« einbaut, in dem nicht nur dieser Begriff eine sehr interessante Umschreibung erfährt, die in der amerikanischen Soziologie weitergewirkt hat, sondern gleichzeitig aus der spezifisch jüdischen Situation heraus definiert wird. So heißt es — im Gegensatz zu einer totalen Losgelöstheit des freien Wanderns —, daß der Fremde »die Einheit beider Bestimmungen« darstellt, der Fixierung und der Gelöstheit. »Es ist hier also der Fremde nicht in dem bisher vielfach berührten Sinn gemeint als der Wandernde, der heute kommt und morgen geht, sondern als der, der heute kommt und morgen bleibt — sozusagen der potentiell Wandernde, der, obgleich er nicht weitergezogen ist, die Gelöstheit des Kommens und Gehens nicht ganz überwunden hat. Er ist innerhalb eines bestimmten räumlichen Umkreises — oder eines, dessen Grenzbestimmtheit der räumlichen analog ist — fixiert, aber seine Position in diesem ist dadurch wesentlich bestimmt, daß er nicht von vornherein in ihn hineingehört, daß er Qualitäten, die aus ihm nicht stammen und stammen können, in ihn hineinträgt. Die Einheit von Nähe und Entfernung, die jegliches Verhältnis zwischen Menschen enthält, ist hier zu einer, am kürzesten so zu formulierenden Konstellation gelangt: die Distanz innerhalb des Verhältnisses bedeutet, daß der Nahe fern, das Fremdsein aber, daß der Ferne nah ist. Denn das Fremdsein ist natürlich eine ganz positive Beziehung, eine besondere Wechselwirkungsform; die Bewohner des Sirius sind uns nicht eigentlich fremd — dies wenigstens nicht in einem soziologisch in Betracht kommenden Sinne des Wortes —, sondern sie existieren überhaupt nicht für uns, sie stehen jenseits von Fern und Nah. Der Fremde ist ein Element der Gruppe selbst, nicht anders als die Armen und die mannigfachen, »inneren Feind« — ein Element, dessen immanente und Gliedstellung zugleich ein Außerhalb und Gegenüber einschließt.«

Selten ist wohl so viel wie in diesen paar Sätzen gleichzeitig gesagt worden, und zwar sowohl manifest und dem Wortlaut nach, als auch indirekt und im *Sous-entendu*. Als erstes umschreibt hier *Simmel* eine soziologische Kategorie, nämlich die

des Fremden. Ferner bezieht sich diese Kategorie ganz speziell auf die Position des Juden innerhalb eines Gastlandes, in dem er gleichzeitig Mitglied ist und sich in einem Distanzverhältnis befindet. *Simmel* erwähnt in der Folge die Juden ausdrücklich als die Prototypen des Fremden in seinem Sinne. Damit eröffnet sich eine eigenartige Deutung des jüdischen Schicksals in der europäischen Wirtschaftsgesellschaft, wo der Jude — wie es heißt — kein »Bodenbesitzer« und darum auch nicht räumlich und ideell im gesellschaftlichen Umkreis fixiert ist. Es entsteht eine eigene »Beweglichkeit«, in der wiederum »jene Synthese von Nähe und Ferne« zum Ausdruck kommt, »die die formale Situation des Fremden ausmacht«.

Schließlich wird aber wenigstens indirekt auch die besondere Beziehung dieser Situation für die Entwicklung eines besonderen Wissens von der Gesellschaft hervorgehoben: »Denn der schlechthin Bewegliche kommt gelegentlich mit jedem einzelnen Element in Berührung, ist aber mit keinem einzelnen durch die verwandtschaftlichen, lokalen, beruflichen Fixiertheiten organisch verbunden.« Das heißt aber nicht mehr und nicht weniger, als daß der Fremde auf Grund seiner sozialen Position innerhalb der umgebenden Gesellschaft als einziger in die Situation kommt, dieser gegenüber »objektiv« sein zu können. Er ist frei von Gebundenheiten und Parteiungen und gleichzeitig in dieser Freiheit doch gebunden, da nicht unbeteiligt, so daß dem Fremden gegenüber nicht nur die »überraschendsten Offenheiten und Konfessionen bis zu dem Charakter der Beichte, entgegengebracht werden«, sondern daß er auch die ideale Perspektive für eine rein theoretisch-analytische Haltung gewinnt, mit anderen Worten zu einem durch keinerlei Interessenlagen gefälschten Bild von der wirklichen Verfassung der umgebenden Gesellschaft zu gelangen vermag. Gewiß hat diese Freiheit ihre eigenen Gefahren, da sie nicht gebunden ist an »Gewöhnung, Pietät, Antezedentien«. Aber es liegt in ihr, wie *Simmel* betont, die Möglichkeit eines »abstrakteren Verhältnisses« zum Fremden, indem sich hier Beziehungen aus »allgemeineren Qualitäten« aufbauen im Gegensatz zu den spezifischen Differenzen derjenigen, die durch die Tradition verbunden sind. So wird der Fremde mit uns verbunden durch »Gleichheiten«, die über ihn und uns hinausreichen und uns nur insofern verbinden, »weil sie überhaupt sehr viele verbinden«. Damit wird wiederum »eine Gemeinsamkeit auf dem Boden des Allgemeineren« aufgeschlossen, die eine Verbindung zwischen einer Beziehung und einer Nichtbeziehung ist. Dies Allgemeinere eröffnet aber nicht nur allgemein-menschliche Züge der Gleichheit und Brüderlichkeit jenseits der traditionellen Lebenszusammenhänge, sondern gleichzeitig auch eine ideale existentielle Position der theoretisch-interesselosen Einstellung, die sich in diesem Falle speziell

an gesellschaftlichen Tatbeständen bewahrt, also zu Soziologie wird.

Bei allem ist es von entscheidender Bedeutung, daß die so gewonnene Freiheit der Distanz in einem Wissen eigener Art kulminiert. Abgesehen davon, daß auch das an alte jüdische Traditionen anknüpft, in denen jeder erwachsene Mann gehalten war, ein Minimum an Wissen über Religionsfragen zu haben (so gibt es keinen jüdischen Analphabetismus), bewahrt diese Situation vor den vielen Versuchungen von seiten der Mächte dieser Welt, die den Weisen und Gerechten nicht nur mit Macht und Geld, sondern auch mit Titeln und Avancement, Prestige und anderen Mitteln sozialer Einflußnahme zu verführen suchen. Vor alledem ist der jüdische Sozialdenker bewahrt. Gewiß erwächst aus dieser Situation gelegentlich eine gefährlich flackernde Freiheit, wie wir sie etwa in der Affinität von *Ernst Bloch* zu den Wiedertäufern und anderen adventistischen Sekten finden. Aber sie wird auch zu einem wesentlichen Bestandteil der sozialen Kritik, die daraus erst jene Radikalisierung erfährt, ohne die sie nicht wesentlich werden kann. Wesentlich sein heißt hier notwendigerweise radikal sein. Radikal sein bedeutet aber nicht nur, die Sache an der Wurzel packen, die — nach dem Worte des jungen *Marx* — für den Menschen immer nur der Mensch selbst sein kann; sondern es bedeutet auch, die Kritik in die Erkenntnis dieser Gesellschaft fortzusetzen, die jetzt nicht nur nebenbei erkannt wird, um etwa irgendwelche Reformprogramme ins Werk zu setzen, sondern in jener zentralen Weise zum Objekt der Erkenntnis gemacht wird, in der die Gesellschaft mit ihrem eigenen Gesetz nicht nur sich selbst, sondern auch das Gesetz des Menschen offenbart, dem es bestimmt ist, in Gesellschaft zu leben.

### *Anmerkungen und Quellennachweise*

Die vorliegende Abhandlung ist zuerst als Vortrag am Bayerischer Rundfunk vorgetragen worden (Winter 1960/61). Sie erschien, herausgegeben von *Leonard Reinisch*, *Die Juden und die Kultur*, Stuttgart 1961. Der vorliegende Abdruck ist fast unverändert. Der Wiederabdruck erfolgt mit Genehmigung des Verlages Kohlhammer, Stuttgart.

Die hier vorgetragene Auffassung vom Sozialen ist die Voraussetzung für das Verständnis der Abhandlung über »Freiheit und Selbstentfremdung in soziologischer Sicht«. Sie wurde zuerst im Zusammenhang mit *Max Weber* vorgetragen in einer englisch geschriebenen Abhandlung: *René König*, *German Sociology*, in: *J. Roucek*, *Contemporary Sociology*, New York 1958. Das Thema kehrt auch wieder in *René König*, *Die Situation der emigrierten deutschen Soziologen in Europa*, die ich zum 50jährigen Jubiläum der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* im Jahre 1959 veröffentlichte (in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* XI, 1959) und die ebenfalls im vorliegenden Band abgedruckt ist.

10

René König, Studien zur Soziologie

Hrsg v. H. H. H. 1971.

darin: die Bedeutung d. europäischen Völk. Soziologie in Europa  
p 103 - 122

die Bedeutung u. d. Soziologie p 123 - 136.

p 104 Edward G. Harkshorne, Rezension des von Robert Coatsworth  
1937

Überbringer v. Ferber H. Einleitung d. Lehrbuches d. Kultur der  
Hilge Press 2 Hefte, Europäische K. d. Völk. u. Hochschulen 1864-1914 Götting 1956  
Mai 1955 S. 12

Nach Ferber veröffentlichte er 234 Vorleser d. Kultur- u. Sozialwiss.  
1898. Das sind nur 18 1/2 Vorleser. europäisch  
3120 u. Hochschulen, aber 47% auf d. fächerüberg.  
Gesamten

p 101 Karl Bücher, Publikationsverhältnisse als einer d. wichtig. Prof. öffentl. u. auch  
Ausserordentlich an U. Göttingen - R. H. H. in Göttingen, 1898 S. 83  
11. 12. 1932. v. D. H. H. H. in Göttingen, 1898 S. 83  
Psychologie III, H. 3 S. 454 f. 5.

102 Buch: für 1939 vermindert 45% aller U. Stellen neu oder neu  
überwiegend

p 104 Dr. Alois Spawon, Prof. Göttingen, Göttingen, Göttingen, Göttingen  
wird für Prof., so nur in Göttingen, Göttingen, Göttingen, Göttingen  
Karl Harkshorne, Karl u. Ferber, Göttingen u. Göttingen  
Karl Bücher, 1947 wurde er Prof. in Göttingen. Prof. Göttingen  
u. Göttingen, dann als Leiter v. Göttingen, Göttingen u. Göttingen  
haben u. Göttingen, Göttingen, Göttingen, Göttingen, Göttingen  
1935 u. Göttingen, Göttingen, Göttingen, Göttingen, Göttingen  
Prof. u. Göttingen

|| p 118 Franz Neumann versucht bereits bei allerer Soziologie -  
wissenschaft v. Soziologie, Göttingen, Göttingen, Göttingen, Göttingen  
Göttingen - Paul Tillich hat gleich festgestellt hervor.

p 123 p 128 - 131 Vertrieben

p. 104/5 Hans Kelsen, Ludwig Prandl, Julius Kraft, Rechtsanwält  
Kelmuth, Göttingen, Göttingen, Göttingen, Göttingen, Göttingen  
(bei Ferber, Göttingen, Göttingen, Göttingen, Göttingen, Göttingen)

10 In Helge Cross die abgelehnt werden  
am 1. 11. 1934. Einigkeit - Frau Dr.  
Neumann + Frau 1935

11 A hat 2 juristische Vorkurs

12 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

13 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

14 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

15 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

16 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

17 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

18 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

19 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

20 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

21 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

22 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

23 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

24 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

25 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

26 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

27 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

28 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

29 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935

30 hat 1 jur. Vorkurs 1934/35 nach 2  
Vorkurs 1934/35 = 14. 3. 1935



AR 7034

6/2

Ernst Hamburger Collection

VII

Individual Scholars  
and Professors

A 17/1

AR 7034

Ernst Hamburger Collection

Box 6, Folder 2

Individual Scholars and Professors

1970's, no date

Prof Adolf Arnold

ERNEST HAMBURGER 67 Riverside Drive - New York, NY 10024

Betrifft Professor Arndt, Königsberg, spätere Halle

(10) Gelehrte

16. Februar 1972

Herrn Dr. Vlaus Arndt (Hamburg)  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bundeshaus  
53 Bonn

~~Arndt  
Königsberg  
Halle~~

Sehr geehrter Herr Dr. Arndt:

Gestatten Sie, dass ich mich in folgender Angelegenheit an Sie wende:

Ich habe im Jahre 1968 ein Buch ueber Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands im Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) in Tuebingen erscheinen lassen. Es behandelt Regierungsmitglieder, Parlamentarier und Beamte der monarchischen Zeit (1848-1918) und bezieht auch gelegentlich Gelehrte ein, soweit sie auf die Ausbildung kuenftiger Verwaltungsbeamter Einfluss hatten, also z.B. Professoren des Staats- und Verwaltungsrechts. Ich bereite jetzt die entsprechende Publikation fuer die Weimarer Zeit vor. Das obengenannte Buch ist in mehreren Hunderten von Exemplaren von der Bundeszentrale fuer politische Bildung beschafft worden.

In dem ausgedehnten Schriftwechsel, den ich im Zusammenhang mit diesen Veroeffentlichungen fuehrte, habe ich auch wiederholt Verbindung mit meinem alten Kollegen im Preussischen Innenministerium, Robert Kempner aufgenommen, und ich kenne seine Artikel ueber juedische Juristen in "Recht und Politik". Im Zusammenhang damit hat mir Kempner eine Ablichtung Ihres Briefes vom 6. Dezember 1971 zugehen lassen, in dem auf Ihren Grossvater, Professor Dr. Adolf Arndt Sen. hingewiesen wird. Ich habe ihn nicht in meinem Buch, auch erscheint er nicht im Katznelson "Juden im deutschen Kulturbereich", dagegen in dem antisemitischen Machwerk Sigilla Veri. Da Dr. Arndt sen. auch in der Weimarer Zeit gewirkt hat, so waere ich Ihnen dankbar fuer eine Mitteilung, ob er volljuedischer Abstammung war. Nur solche Persoenlichkeiten nehme ich auf, unabhaengig davon, ob sie Dissidenten oder getauft waren; wuerde ich darueber hinausgehen, so muesste ich ganze Lexika schreiben.

./.

Weimar Arndt

In Ihrem Briefe schreiben Sie, dass Professor Arndt unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg fuer die Deutsche Volkspartei zum Weimarer Reichstag kandidiert habe und in Halle einem Sozialdemokraten unterlegen sei. Dies kann wohl in dieser Form nicht stimmen, wie ich schon Kempter mitgeteilt habe. Denn es gab doch in Weimar keinen Reichstag, sondern die Nationalversammlung tagte dort, und ferner konnte ein Volksparteiler nicht einem Sozialdemokraten nach dem damaligen Proportionalwahlrecht unterliegen. Es kam lediglich darauf an, dass der Kandidat die fuer ein Mandat noetige Anzahl von Waehlerstimmen erhielt, und wenn dies bei Ihrem Grossvater der Fall war, so galt eben sowohl der Sozialdemokrat als auch das Mitglied der Deutschen Volkspartei als gewaehlt.

Ich waere Ihnen ueberaus verbunden, wenn Sie in Ihrer Antwort klarstellen wuerden, ob Dr. Arndt sen. in den Band hereingeheert, den ich jetzt vorbereite, und wenn Sie in diesem Falle mir die wichtigsten Lebensdaten ueber ihn angeben wollten.

Mit besten Empfehlungen

Ihr ergebener



**Dr. Claus Arndt (Hamburg)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

53 Bonn , am 24.2.1972

Bundeshaus

Fernruf 16.....33...35..

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.

Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

10

Herrn Ernest H a m b u r g e r  
Leo Baeck Institute  
67 Riverside Drive

New York, NY 10024 / USA

Sehr geehrter Herr Hamburger !

Ich danke Ihnen sehr für Ihr freundliches Schreiben vom 16. Februar 1972, das mich am 22.2.1972 hier erreichte.

Auf Ihre Anfrage kann ich Ihnen mitteilen, daß mein Großvater, Professor Dr. Adolf Arndt sen. - wie Sie schreiben - volljüdischer Abstammung war (d.h. seine beiden Eltern waren Juden). Er heiratete eine preußische Offizierstochter nichtjüdischer Herkunft; die Nazis bezeichneten meinen Vater daher als "Halbjuden" (sog. "Mischling I. Grades").

Mein Großvater war Professor des Staats- und des Bergrechts und ist 1926 gestorben.

Meine Angaben über die Reichstagskandidatur meines Großvaters für die Deutsche Volkspartei stimmen entgegen Ihrer Annahme doch. Ihr Irrtum liegt darin, daß Sie annehmen, es sei ein Reichstag in Weimar gemeint. Den hat es in der Tat nicht gegeben. Natürlich handelt es sich um den Deutschen Reichstag in Berlin. Entsprechend der Umgangssprachenbezeichnung der Zeit von 1919 bis 1933 als "Weimarer Republik" ist es aber üblich, den Reichstag jener Zeit (im Gegensatz zum Reichstag des Kaiserreichs oder des Norddeutschen Bundes - dem Bundestag von damals-) als "Weimarer Reichstag" zu bezeichnen. Korrekter müßte man natürlich sagen "Reichstag der Weimarer Republik".

Mit der Wahlniederlage in Halle war nur gemeint, daß mein Großvater eben nicht genügend Stimmen auf der Liste der DVP erhielt, wohingegen ein Hallenser Kandidat der SPD genügend Stimmen erhielt.

Die näheren Lebensdaten meines Großvaters werde ich Ihnen in Kürze aus Hamburg übermitteln. Da mein Großvater vor meiner Geburt gestorben ist, weiß ich die erforderlichen Daten nicht aus dem Kopf, habe hier in Bonn aber keine Unterlagen.

Mit freundlichen Grüßen:

*Dr. Claus Arndt*

( Dr. Claus Arndt )

*Walters*

*falsch*

*aus dem Kopf*

ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, NY  
10024

10  
2. Maerz 1972

Herrn Dr. Claus Arndt (Hamburg)  
Deutscher Bundestag  
Bundeshaus  
53 Bonn

Sehr geehrter Herr Arndt,

besten Dank fuer Ihr freundliches Schreiben vom  
24. Februar. Besonders danke ich Ihnen, dass Sie mein  
Missverstaendnis aufgeklart haben. Es ergab sich daraus,  
dass Sie in Ihrem Brief an Herrn Kunze geschrieben haben,  
dass Ihr Grossvater "unmittelbar nach dem I. Weltkrieg"  
zum Weimarer Reichstag kandidiert habe, und dass Herr  
Kempner dies in seinem Artikel uebernommen hat. Ich bezog  
das Wort "unmittelbar" auf das Jahr 1919.

Sehr dankbar bin ich Ihnen auch dafuer, dass Sie mir  
die wichtigsten Lebensdaten Ihres Grossvaters uebermitteln  
wollen. Als Staatsrechtslehrer wuerde ich ihn in mein  
Buch ebenso wie Laband und Georg Jellinek aufgenommen haben,  
wenn ich Ihre Information gehabt haette. Ich moechte dies  
gelegentlich in einem geplanten Artikel nachholen.

Mit freundlichen Gruessen

*Herrn Dr. Claus Arndt*  
Ihr

*(Herrn Dr. Claus Arndt  
Bundestag, 53 Bonn  
wie in dem Brief  
genannt)*



**Dr. Claus Arndt (Hamburg)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

6a - RF - 302

53 Bonn, am 10. März 1972  
Bundeshaus

Fernruf 16 33 35

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den  
gewünschten Hausanschluß.  
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte  
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

*Wv. 57  
12/72*

*10*

Herrn Ernest H a m b u r g e r  
Leo Baeck Institute  
67 Riverside Drive

N e w Y o r k, NY 10024  
U S A

Sehr geehrter Herr Hamburger !

Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Brief vom 2. März 1972, der mich am 6.3.1972 hier erreichte. Inzwischen hat meine Assistentin aus verschiedenen Nachschlagwerken die erreichbaren Lebensdaten meines Grossvaters herausgezogen. Ich übersende Ihnen anliegend je eine Photokopie aus

- 1) Kürschnefs Gelehrtenkalender, Jahrgang 1925
- 2) Wer ist's ?, VIII. Ausgabe 1922
- 3) W. Kosch, Biographisches Staatshandbuch, Band 1, München 1963.

Ausserdem konnte ich ermitteln, dass der Vater meines Grossvaters Jacob hiess und seine Mutter eine geborene Levi war. Wann die Eindeutschung des ursprünglichen Familiennamens Aron in Arndt erfolgte, konnte ich jedoch ebensowenig mit Sicherheit klären wie die Frage, wann genau und unter welchen Umständen mein Grossvater für den Reichstag kandidierte. Die mir jetzt zugänglichen Lebensdaten lassen jedoch auch den Schluss zu, dass diese Kandidatur nicht nach, sondern vor dem 1. Weltkrieg stattfand. In Walter Helkels' "Zeitgenossen - Fünfzig Bonner Köpfe", Rowohlt-Verlag 1953, heisst es dazu: "Sein Vater (d.h. mein Grossvater CA), Adolf Arndt, war der damalige Staatsrechtler an der Königsberger Albertina, zu jener Zeit Rektor der Universität. Die Vorfahren des Vaters, eines lutherisch getauften Juden, kamen aus Pommern. .... Vater Arndt, der Professor, mit zahlreichen Orden deutscher Fürstenhäuser dekoriert, ein treuer Anhänger des monarichischen Gottesgnadentums, des Kaisers und Königs, kandidierte als Freikonservativer zweimal im Wahlkreis Halle-Merseburg zum Reichstag, unterlag aber beide Male einem Sozialdemokraten. Von einem Kuss, den Bismarck dem Professor Arndt in Friedrichshagen gab, wird noch heute in

der Familie Arndt anekdotisch berichtet ("Vater behauptete später, sich seitdem die Backe nicht mehr gewaschen zu haben.")".

Sollte ich noch nähere Aufklärung liefern können, werde ich mich gern noch einmal melden. Aber vielleicht helfen Ihnen die jetzt übermittelten Daten schon etwas für Ihre geplante Publikation.

Mit freundlichen Grüßen:

Ihr Claus Arndt  
( Dr. Claus Arndt )



ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive, New York, NY  
10024

Ich bitte Sie um Entschuldigung, dass ich Sie noch einmal mit dieser Familienangelegenheit belästigt habe, es liegt mir aber daran, darüber völlige Klarheit zu gewinnen, da keine Irrtümer in der kommenden Publikation entstehen zu lassen. 5/3/72

4. April 1972.

Herrn Dr. Claus Arndt  
53 Bonn  
Bundeshaus  
Mit meinen besten Wünschen bleiben Sie  
zu Ihrem Brief vom  
10. März 1972  
6a - RF - 302

Sehr geehrter Herr Arndt,

nehmen Sie meinen besten Dank fuer Ihr freundliches Schreiben vom 10. März d.J., die anliegenden Photokopien und die Nachforschungen, die Sie inzwischen angestellt haben.

Aus Ihrem Brief ersehe ich, dass Sie es jetzt fuer moeglich halten, dass Ihr Grossvater Adolf Arndt sen. doch vor dem Ersten Weltkrieg kandidiert hat. Allerdings ist Walter Henkels Buch "Zeitgenossen" keine unbedingt zuverlaessige Quelle, aber es ist in der Tat wahrscheinlicher, dass er freikonservativer Kandidat vor 1914 als dass er ein Kandidat der Deutschen Volkspartei in der Weimarer Zeit war. Im letzteren Falle muesste er mindestens 72 Jahre alt gewesen sein, als er kandidierte, und man wuerde doch kaum jemanden, der dieses Alter erreicht hatte, zum ersten Mal aufgestellt haben.

Ich habe die Angaben bei Henkel und auch diejenigen in "Wer ist's" von 1922 aufmerksam gelesen. Aus beiden geht hervor, dass Ihr Grossvater Adolf Arndt sen. 1849 geboren ist, und dass seine Mutter den Maedchennamen von Fransecky (oder Franseky) trug. Dies deutet nicht darauf hin, dass Ihr Grossvater von Seiten beider Eltern juedischer Abstammung sondern nach der Nazi-Terminologie "Halbjude" war. Damit wuerde er nicht zu dem Personenkreis gehoeren, den ich in meinem Buche behandle, worueber ich Ihnen schon frueher geschrieben habe. Diese Schlussfolgerung steht allerdings im Widerspruch zu dem, was Sie mir frueher geschrieben haben, und vielleicht koennen Sie dies aufklaeren.

Ich hoffe, dass Ihr Vater, dessen politisches Wirken ich mit Interesse und Sympathie von hier aus verfolgt habe, noch am Leben ist, vielleicht waere er imstande, dies aufzuklaeren. Im uebrigen sah ich aus dem Buch von Henkel, dass er, offenbar in den ersten Jahren der Hitler-Zeit, mit Rechtsanwalt Fritz Schoenbeck assoziiert war, was mich interessiert, da Schoenbeck als Ministerialrat im Preussischen Finanzministerium, bevor er dort ausschied, beschaeftigt war. Er war dann zunaechst mit Otto Landsberg assoziiert und ist offenbar nach dessen Auswanderung, in ein Assoziationsverhaeltnis mit Ihrem Vater eingetreten, falls Henkels Angabe richtig ist.

ERNST HAMBURGER - 67 Riverside Drive, New York, NY

10024

Ich bitte Sie um Entschuldigung, dass ich Sie noch einmal mit dieser Familienangelegenheit behelligt habe, es liegt mir aber daran, darüber voellige Aufklaerung zu gewinnen, um keine Irrtuemer in der kommenden Publikation entstehen zu lassen.

Mit meinem besten Wuenschen bleibe ich

Zu Ihren besten  
10. April 1972  
Er - ER - 202

mit freundlichen Gruessen  
Ihr

Sehr geehrter Herr Herrgott,  
nehmen Sie meine besten Wünsche mit.  
Ich habe die Angaben bei Henkel und auch die  
in "Der Welt" von 1971 aufmerksam gelesen. Aus beiden  
geht hervor, dass die Gouverneur Adolf Amde von 1848  
geboren ist, mit dem seine Mutter den Nachnamen  
von Krasnowsky (oder Krasnitsky) trug. Dies deutet nicht  
darauf hin, dass im Gegensatz von Seiten beider Eltern  
jederlicher Abstammung angeblich nach der Nazi-Technologie  
"Halbtüde" war. Damit würde er nicht zu dem Personen-  
kreis gehören, den ich in meiner Buche behandle, worüber  
ich Ihnen schon früher geschrieben habe. Diese Schluss-  
folgerung steht allerdings im Widerspruch zu dem, was Sie  
mir früher geschrieben haben, und vielleicht können Sie  
dies aufklären.  
Ich hoffe, dass Ihr Vater, dessen politisches Wirken  
ich mit Interesse und Sympathie von hier aus verfolge,  
habe, noch am Leben ist, vielleicht wäre er imstande,  
dies aufzuklären. In demigen sah ich auch ein Buch von  
Henkel, dass er, offenbar in den ersten Jahren der  
Hitler-Zeit, als Rechtsanwalt Fritz Schönbeck assoziiert  
war, was mich interessiert, da Schönbeck als Ministerial-  
rat im Preussischen Finanzministerium, bevor er dort  
auswich, beschäftigt war. Er war dann zunächst mit  
Oto Landberg assoziiert und ist offenbar nach dessen  
Auswanderung, in ein Assoziationsverhältnis mit Ihrem  
Vater eingetreten, falls Henkels Angabe richtig ist.



**Dr. Claus Arndt (Hamburg)**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
6a - RF - 302

*205 Hamburg  
Fenny-Heide-Weg 61  
Tel 738 5257*

53 Bonn, am 15. Mai 1972  
Bundeshaus

Fernruf 16 33 35

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den  
gewünschten Hausanschluß.  
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte  
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Herrn Ernest H a m b u r g e r  
Leo Baeck Institute  
67 Riverside Drive

N e w Y o r k, NY 10024 USA

*10 Weiss*

Sehr geehrter Herr Hamburger !

Leider ist Ihr letzter Brief im Geschäftsgang verloren gegangen. Da ich mich jedoch an seinen wesentlichen Inhalt noch aus dem Kopf erinnere, kann ich Ihnen heute dennoch antworten:

Die Eltern meines Grossvaters hiessen Jakob Arndt und Rosalie Levi und waren beide Juden. Von Fransecky hiess die Schwiegermutter meines Grossvaters mit Geburtsnamen. Mein Grossvater heiratete Louise Zabler, deren Mutter eine geborene von Fransecky war. Dies war in der Tat eine nichtjüdische preussische Offiziersfamilie. Ich füge hier anliegend eine Photokopie aus dem Werk "Neue Deutsche Biographie" bei, aus der Sie ersehen können, dass diese Angaben zutreffen. Sie stimmen im Übrigen mit der amtlichen Ahnenforschung der Nazi-Wehrmacht überein, die meinen Vater als sogenannten "Mischling 1. Grades" (Halbjuden) und damit "wehrunwürdig", mich selbst als "Mischling 2. Grades" (jeweils im Sinne der sogenannten "Nürnberger Gesetze") und damit "beschränkt wehrwürdig" eingruppierte. Wäre mein Grossvater nicht "Volljude" gewesen, wäre ich von den sog. "Nürnberger Gesetzen" überhaupt nicht mehr betroffen gewesen.

*Wehrmacht*

Ich hoffe, dass die Abstammung meines Grossvaters damit zu Ihrer Überzeugung als rein jüdisch nachgewiesen ist. Sollten Sie jedoch dennoch Zweifel haben oder sonst eine Rückfrage für erforderlich halten, dann wäre ich Ihnen für einen entsprechenden Hinweis dankbar.

Mit freundlichen Grüßen:

*Dr. Arndt*

( Dr. Claus Arndt )

**Dr. Claus Arndt (Homburg)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
2b - RF - 294

Herrn Dr. Kempner

w. d. Ausgung, diese  
Anmerkungen und  
eingesandten u. mir  
- diesen Brief u.  
- die Falten  
schleunigen mich zu senden

58 Bonn, am 6. Dezember  
Bundesthaus

Fernruf 18 33 35

Die Wahl dieser Rufnummer versteht sich der  
gewöhnlichen Rufnummern.  
Kannst ein Ansehen nicht zustande, bitte  
Nr. 161 (Bundesthaus-Vorstellung) anrufen.

An Herrn Gerhard **Kunze**  
Redaktion "Recht und Politik"

1 Berlin 37  
Scharfestrasse 5

*10*  
*17. 12. 71*  
Ihr Claus Arndt  
Ein gutes Neues Jahr!

Lieber Genosse Kunze!

Im letzten Heft von "Recht und Politik" erschien ein Aufsatz von Robert Kempner über jüdische Juristen in Deutschland. Eine Rezension dieses Beitrages unter ausdrücklicher Erwähnung von "Recht und Politik" fand ich dieser Tage in der jüdischen Zeitung "Die Stimme", dem in Tel Aviv erscheinenden Organ der Landsmannschaft der Bukowiner. Ich füge ein Exemplar dieser Zeitung hier bei. Vielleicht interessiert Sie die Rezension. - Da ich gerade bei diesem Aufsatz Kempners bin, wollte ich darauf hinweisen, dass in ihm mein Grossvater (Prof. Dr. Adolf Arndt sen.) nicht erscheint, obwohl auch er zu den jüdischen Juristen der Vormazizeit gehört. Er war vor dem ersten Weltkrieg Ordinarius für Staats- und Bergrecht an der Universität Königsberg i. Pr. (1905/06 Rektor) und nach dem Weltkrieg Professor in Halle und Marburg/Lahn. Von ihm stammen Kommentare zur Bismarckschen und zur Weimarer Reichsverfassung (die 3. Auflage zu letzterem besorgte 1927 mein Vater), grosse Lehrbücher zum preussischen Bergrecht, und zum Staatsrecht. Unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg kandidierte er (vergeblich) für die Deutsche Volkspartei zum Weimarer Reichstag und unterlag in Halle einem Sozialdemokraten. Gustav Heinemann hat bei meinem Grossvater einen seiner beiden Dokortitel erworben; er hatte bei ihm zusammen mit Ernst Lemmer in Marburg ein Seminar besucht.

Zum Schluss noch eine Bitte: sage bitte Fritz Piefke herzlichen Dank für seinen Brief vom 2.12.1971 und die prompte Belieferung des österreichischen Bundesjustizministers Dr. Christian Broda und des Clubs der SPÖ im Nationalrat (Nationalratsfraktion).

Mit den besten Wünschen für die bevorstehenden Feiertage und für ein gesundes, friedliches und erfolgreiches Jahr 1972 bin ich

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Claus Arndt

3. April 1853 zu Landshut, einem altbayr. Geschlecht entstammend, studierte das., wurde 1813 Zivilkommissär bei der bayer. Armee, 1815 Mitglied der Generalintendantur, 1816 Direktorialrat des Rheinkreises, 1823 Vizepräsident dess., 1825 Staatsrat, 1826 Staatsminister des Innern u. der Finanzen («Ministerium Sparmansberg»). Liberal-westeuropäisch orientiert. 1831 entlassen u. zum Gesandten in London ernannt, lehnte A. ab u. zog sich auf seine Güter zurück. 1833 Präsident des Regentschaftsrates für König Otto von Griechenland (gestützt auf England), 1834 Staatskanzler in Athen, 1837 auch hier entlassen.

*Literatur:* K. Th. v. Heigel, J. L. Graf v. Armanberg (A. D. B. 1. Bd.) 1875; J. M. v. Sölll, Ludwig I. u. L. Graf v. A. 1886; R. v. Armanberg, L. Graf v. A. (Diss. München) 1949; Roswitha v. Bary-Armanberg, J. L. Graf v. A. (N. D. B. 1. Bd.) 1953.

Armbruster, Emil, geb. 10. Febr. 1843, gest. 18. Sept. 1908 zu Freiburg im Breisgau als Amtsgerichtsdirektor das., war seit 1897 Mitglied des Bad. Landtags (Zentrum). Vorwiegend auf sozialem u. karitativem Gebiet tätig.

Armbruster, Hubert, geb. 12. Aug. 1911 zu Baden-Baden, studierte in Berlin, Heidelberg, Freiburg im Breisgau u. Paris, wurde 1939 Referent bei der Industrie- u. Handelskammer in Freiburg im Breisgau, erhielt 1940 einen Lehrauftrag an der dort. Universität für Staats-, Verwaltungs- u. Völkerrecht, wurde 1946 Referent beim Staatssekretariat in Tübingen u. Professor in Mainz u. 1948 Delegierter für den Marshall-Plan bei der Organisation européenne de coopération économique (OECE) in Paris.

*Eigene Schriften:* Die Wandlungen des Hausrechts 1939; Der Verwaltungsjurist 1947; Handbuch der Montan-Union 1953.

Armbruster, Johann Michael, geb. 1. Nov. 1761 zu Sulz in Württemberg, gest. 14. Jan. 1814 zu Wien (durch Selbstmord), Mitschüler Schillers auf der Karlschule in Stuttgart, Gärtner in Hohenheim, 1782 Sekretär bei Lavater in Zürich, mit ihm Schriftleiter der «Zürcher Zeitung» u. Herausgeber von Lavaters «Physiognomischen Fragmenten». 1785 redigierte er das in Kempten erschienene «Schwäbische Museum». Seit 1786 freier Schriftsteller in Konstanz am Bodensee, bekämpfte in der Folge publizistisch die Franz. Revolution, was ihm eine Anstellung im österr. Staatsdienst verschaffte. Seit 1801 in Wien, 1802 Zensor u. 1805 Hofsekretär das., wo er 1809 die Zeitschrift «Der Wanderer» begründete u. durch die «Vaterländischen Blätter für den österreichischen Kaiserstaat» (1809–13) auf die Erhebung

Österreichs einwirkte. Seine Schrift «Wer ist ein österr. Krieger im Geist u. in der Wahrheit?» 1813 gehört zu den ausgezeichnetsten Erzeugnissen der Publizistik im Zeitalter der Befreiungskriege.

*Literatur:* K. Zimmermann, J. M. Armbruster. Sein Leben u. Wirken u. die Vaterländischen Blätter für den österr. Kaiserstaat 1934; ders., J. M. A., der Gründer der volkstümlichen politischen Presse Österreichs (Unsere Heimat, Wien 10. Jahrg.) 1937; Emil Dovifat, J. M. A. (N. D. B. 1. Bd.) 1953.

Arndgen, Josef, geb. 24. Febr. 1894 zu Rheydt, zuerst Stukkateur, war dann bis 1933 Angestellter im Zentralverband Christl. Lederarbeiter in Frankfurt a. M., Schriftleiter der «Deutschen Lederarbeiter-Zeitung» u. Gewerkschaftsleiter für das Gebiet Hessen u. Hessen-Nassau, später Lebensmittelhändler, zeitweilig verhaftet, wurde 1945 Mitbegründer der Deutschen Gewerkschaft u. der Christlich-Demokratischen Union in Hessen, hierauf Ministerialdirektor im Ministerium für Arbeit u. Wohlfahrt in Wiesbaden, 1947 Minister u. stellvertretender Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Union u. 1949 Mitglied des Deutschen Bundestags.

Arndt, Adolf, geb. 29. Sept. 1839 zu Potsdam, gest. 31. März 1912 auf Gartschin im Kreis Barent, Rittergutsbesitzer, war seit 1898 Mitglied des Preuß. Abgeordnetenhauses (freikonservativ).

Arndt, Adolf, geb. 21. Okt. 1849 zu Freienwalde in Pommern, gest. 22. April 1926 zu Marburg an der Lahn, war 1900–12 Professor des Staatsrechts in Königsberg, später in Marburg.

*Eigene Schriften:* Die Verfassungsurkunde für den preuß. Staat 1826 (7. Aufl. 1911); Das Staatsrecht des Deutschen Reiches 1901; Verfassung des Deutschen Reichs 1919 (2. Aufl. 1921) u. a.

Arndt, Adolf, geb. 12. März 1904 zu Königsberg in Preußen, Sohn des Vorigen, studierte in Marburg u. Berlin (Doktor der Rechte), wurde 1932 Landrichter, war 1933–45 Rechtsanwalt in Berlin, 1945–49 Ministerialrat im Hess. Justizministerium, 1948–49 außerdem Mitglied des Wirtschaftsrats (Vorsitzender von dessen Rechtsausschuß) in Frankfurt u. seit 1949 Mitglied des Deutschen Bundestags (Sozialdemokrat).

Arndt, Ernst Moritz, geb. 26. Dez. 1769 zu Schoritz bei Garz auf Rügen (damals schwedisch), gest. 29. Jan. 1860 zu Bonn am Rhein, in patriarchalisch-bäuerlichen Verhältnissen aufgewachsen (sein Vater war erst 1769 aus der Leibeigenschaft entlassen worden), studierte evang. Theo-

aus: W. Kosch; Biographisches Lexikon der Deutschen Bd. 1 München  
1963

Liv-Est-Land, 4. N. 18 (v. Arbusow sen.).  
 V: Bez. d. Deutschordens z. Ablasshandel  
 09; Einföhr. d. Reformation in Liv-Est-  
 Land 21.  
 Archenhold, Friedr. S., Dr. h. e.,  
 Dir. der Treprow-Sternwarte, Vizeg. d.  
 Zeitschr. f. Astronomie u. verwandte Ge-  
 biete „Das Weltall“, Vorf. d. Kinematog-  
 r. Studiengesellsch., Doz. d. Humboldt-  
 Akad. Berlin-Treptow. (Nichtenau,  
 Westf. 10 61.) V: Kometen, Weltunter-  
 gangspropheten u. der Halleysche  
 Komet 10. S: Sonderabdrucke aus  
 „Weltall“ Heft 3: D. Beobachtung d. totalen  
 Sonnenfinsternis in Venezuela,  
 Heft 9: Meteoriten u. Vermessung d.  
 Sternwartenstele Tycho Brahes.  
 Aereboe, Friedr., Dr. phil., Dr. rer.  
 pol. h. e., Prof., Glegl. u. Land-  
 skundl., Landw. Hochschule Berlin.  
 Vermörf v. Berlin, Abrechstr. 11.  
 (Horn, Staat Hamburg 23, 65.) ao. Prof.  
 Breslau 04, v. ö. Prof. Bonn 06. V:  
 Tagation v. Landgütern u. Grundstücken  
 12, 3. N. 24; Allgem. Landw. Betriebs-  
 lehre 17, 6. N. 23; Betriebswirtschaftl.  
 Vorträge, bisher 7 Hefte. S: Mengel u.  
 v. Pengerens Landwirtschaftl. Hilfs- u.  
 Schreibkalender (mit Gehrl. Olden-  
 burg), 3. J. 77. Jahrg.  
 Arends, Georg, Pharmazie, MedR.,  
 Apotheker, Chemik. (ebda 11, 62.)  
 S: Pharmazent. Kalender 99-12; Ga-  
 gers Handb. d. pharm. Praxis (m. Wenz  
 u. Ferichs) 03-21; Volkstüml. Anwen-  
 dung einheim. Arzneipflanzen 16; Fabrik-  
 lation von Arzneitabletten, 2. N. 22. V:  
 Synonymen-Verzeichnis 91; Volkstümliche  
 Arzneimittelnamen 02, 9. N. 22; Neue  
 Arzneimittel u. Spezialitäten 03, 6. N. 21;  
 Geheimmittel u. Spezialitäten, 9. N. 21.  
 Arndtbrüster, Ludwig, Tierkunde, Dr.  
 phil. nat., Dir. d. Inst. f. Bienenkunde  
 Berlin-Dahlem, Mitgl. d. Kaij.-Wihl.-  
 Inst. f. Biologie, ao. Landw. Sch. B.,  
 Vizeg. d. „Arch. f. Bienenkunde“ u. d.  
 „Mischerei f. Bienenkunde“. Berlin-  
 Rehtendorf, Mühlenstr. (1, 86.) V Doz.  
 Landw. Sch. 19, ao. Prof. ebda 23. V:  
 D. deutsche Bienenzucht vor dem Kriege  
 17; Bienenzuchtungskunde 19; Zum Pro-  
 blem der Bienenzelle 20; Kleine Bienen-  
 zuchtbetriebsweise (mit E. Prentz) 20;  
 Preussische Zülferschule (mit Ch. Prentz)  
 20; N. N. Kamdahre Versuche üb. d. ein-  
 fache u. einträglichste Art d. Bienenzucht  
 21; Die deutsche Bienenzucht (mit Nisch,  
 Dahne, Tienberg) 22; Bienenzucht u. d.  
 Grundsätzen d. Theorie u. Erfahrung (mit  
 Ehrenfels-Alfonso) 22, 3. N. (Arndt-  
 brüsters Handbuch) 24; D. Wärmeaus-  
 halt im Bienenwoll 23; Die Königin (mit  
 Bantler) 23.  
 Arndt, Adolf, Staats-, Verwaltungs- u.  
 Bergrecht, Dr. jur., Glegl. u. o. N. B.

Marburg (Lahn), Erlanstr. 11. (Freien-  
 walde 10 49.) Kreisrichter Essen 76,  
 ObBergl. Halle 86-00, P Doz. Halle 79,  
 ao. Prof. Halle 94, v. ö. Prof. d. Staats-,  
 Verwaltungs-, Kolonial-, Kirchen- und  
 Völkerechts Königsberg 00, em. 12, Hon-  
 Prof. Marburg 19. V: Zur Geschichte u.  
 Theorie des Bergregals u. d. Bergbaues  
 79, 2. N. 19; Bergbau u. Bergbaupolitik,  
 Reichstaatsrecht 01; Preussische Ver-  
 fassung 20; Reichsbeamtenrecht, 3. N. 23;  
 Reichsverfassung, 2. N. 21; Allgem. Berg-  
 gesetz, 9. N. 24; Verwaltungsrecht 84;  
 Landwirtschaftsrecht 01; Staats- u. Ver-  
 waltungsrecht (in Virchow's Erzähl-  
 pädie) 01.  
 Arndt, Fritz, 2, ao. N. B. Breslau,  
 Kaij.-Wihl.-Platz 10. (Hamburg 1, 85.)  
 Habil. Breslau 12, Prof. Univ. Konstanti-  
 nopol 15-18, ao. Prof. Univ. Breslau 19.  
 V: Kurzes Chemisches Praktikum 12,  
 5.-6. N. 22.  
 Arndt, Georg, Kirchen-, w,  
 Kirchenrecht, ObPfr. i. N., Geschäftsf-  
 führer d. Gesellsch. f. Kirchengesch.  
 Berlin-Friedenau, Wagnerplatz 2.  
 (München 11, 63.) V: D. Sachsenburg  
 a. d. Müritz 93; Gesch. d. Salvator- und  
 Elisabeth-Hospitals u. d. Salvator-Kran-  
 kenhauses in Halberstadt 98; Des Christen  
 Pilgerweg 03; Halberstadt unter West-  
 sächsischer Regierung i. J. 1803 08; Chronik  
 von Halberstadt 1801-1850 08; Zur  
 Heimatkunde v. Halberstadt, I. äußere  
 Entwicklung 10; D. organisch vereinigten  
 Kirchen- u. Schulämter in Preußen, ihre  
 Trennung u. Vermögensauseinander-  
 setzung 21; D. Kirchenpatronat in Preu-  
 ßen u. d. Versuche f. Aufhebung od. Ab-  
 lösung 21; D. Patronat u. d. kirchl. Wan-  
 last in Pommern 22; Zur Geschichte d.  
 Kirchenpatronates in d. Prov. Sachsen 23.  
 Arndt, Kurt, Techn. (bes. Elektro-) ,  
 Dr. phil., ao. T. Sch. Charlotten-  
 burg, Spreestr. 5. (Frankfurt a. D. 1,  
 73.) V Doz. 02, ao. Prof. 22. V: Grund-  
 begriffe d. physikal. Chemie 00, 4. N. 24;  
 Grundbegriffe d. höh. Mathematik f.  
 Chemiker 03, 2. N. 14; Techn. Anwendg.  
 d. physikal. Chemie 07, Mendrud 22;  
 Elektrochemie 09, 2. N. 19; D. Bedeutung  
 d. Kolloide f. d. Technik 09, 3. N. 20;  
 Physikal.-Chem. Technik 15, 2. N. 23.  
 Arndt, Paul, Dr. phil., o. ö. N. B.  
 Escherstr. b. Frankfurt a. M., Neu-  
 mannstr. 180. (Ludenwalde 11, 70.)  
 Handelskammerass. in Köln u. Berlin  
 97-01, hauptamtl. Doz. d. Volkswirt-  
 schaftstheorie u. d. Akad. f. Sozial- u. Han-  
 delswiss. in Frankfurt a. M. 01-14, seit  
 14 v. ö. Prof. a. d. Univ. Frankfurt a. M.  
 S: Schriftenfolgen „Textilindustrie und  
 Bekleidungs-gewerbe in der Krieg- und  
 Übergangszeit“ 19-21, 6 Hefte; Heim-  
 arbeit u. Verlag in der Neuzeit 22-24,

Kürschner's Deutscher Gelehrtenkalender  
 Jahrgang 1925

bestimm., Pathogen., Vererb., Stammes-  
geschichte, In-tinkbiologie, Züchtung, Haus-  
tiergesch.; Schädlingsbekämpf., Bienenz.; Begr.  
u. Hrschb. v. Arch. f. Bienenk. u. Bich. für  
Bienenk. — Spez: Bienenk. — Wiss. M. d.  
K.-Wilh.-Inst. f. Biol. Berlin-Dahlem. — K.  
Wilh.-Inst. f. Biol. Dahlem u. Überlingen am  
Bodensee.

**ARMIN, F.**, siehe Friedmann-Armin.  
**ARNSWEDT, Richard J. G.**, Gymn.-  
Dir., Geh. Stud.-R. Prof. Dr. — \* 10. XI 51  
Osterburg Altmark. — V: L. hr.; M: Lina Belise.  
— Verh: 1 78 m. Emilie Albrecht; II. 99 m.  
Selma Wilke. — K: I. Kurt \* 79; Paul \* 80. —  
Gymn.; Univ. Leipzig, Göttingen; Proband.  
Rat.-gymn. Osnabrück; Gymn.-Lehr. Adolinum  
Bielefeld; Alt-tätlich. Gymn. Königsberg Pr.;  
Dir. Kneiphöf. Gymn. Königsberg Pr. — W:  
Üb. Aurelius Victor, Diss.; Schwed. Heiratsplan  
d. Gr. Kurfürsten; Heimatsk. v. Königsberg Pr.;  
Gesch. d. Stadt Königsberg I. Pr.; Gesch. d.  
Kneiphöf. Gymn. 5 Hfte. — Spez: Gesch. —  
Königsberg I. Pr., Gr. Domplatz 5.

**ARNDT, G. Adolf**, Geh. u. Ob.-Berg-  
r. a. D., o. Prof., Dr. jur., dtsh. Staats-, Ver-  
waltungs-, Kirchen-, Völker- u. Kol.-R. Univ.  
Königsberg, Pr. — \* 21. X. 1819. — V: Rentner;  
M geb. v. Hansky. — 75 Gerichtsass., 76 Kreis-  
richter. — Trät 77 v. Just.-Dienst z. Bergverwltg.  
üb. u. wurde sp. stellv. Chef d. Ob.-Bergamts  
Halle; 79 Priv.-Doz. u. 93 a. o. Prof. Univ.  
ebd.; 00 o. Prof. Königsberg; 01—05 Rkt. d.  
Univ. — W: Verordngsrecht d. Deutsch. Reiches  
84; D. allg. Berggesetz f. d. preuß. Staaten 7. A. 12;  
Verfassungskde. f. d. pr. Staat 7. A. 11; Entwurf e.  
dtsh. Berggesetzes; Bergbau u. Bergpolitik 94;  
Verfassg. d. dtsh. Reiches 5. A. 13; Staatsrecht  
d. dtsh. Reiches 01; Dtsch. Landwirtsch.-Recht  
01; D. selbständige Verordnungsrecht 02. Bearb.  
d. Staats- u. d. Verwaltungsrechts in Birkenmeyers  
Enzykl. — R. Adl.-Ord. III. Kl. m. Schleife;  
Kr.-O. II. Kl.; E. Kr. Meckl.-Schw. Gr.; Lp.  
E. K. II. Kl.; Sch. Lp. E. K. II. Kl. Pr. Anh.  
O. Albrecht d. Bären O. — Marburg a. d. Lahn,  
Orleanstr. 11.

**ARNDT, Augustin**, Dr. theol. et phil.,  
Prof., Theologe, kath. Priester. — \* 22. VI 1851  
Berlin. — V: Bäckermstr. Aug. A.; M: geb. Neu-  
mann. — Gymn. Berlin; Univ. Berlin, Breslau.  
— Nach Vollendg. Gymn. u. Univ.-Stud. langjähr.  
Aufnth. i. Frankr., Rom, Österr. i. lehr. Tätigk.  
— 94 bis Ende 18 Red. d. kath. Sonntagsbl. f. d.  
Diöz. Breslau. — W: Betstunden z. Vererb. d.  
allerb. Altst. dram. (58. A. 19; Sacra Script.  
(d. heil. Schr.) 87—00 5 A. 10; D. heil. Evan-  
gellen 03; Neues Testament, 6 A. 19; Taschen-  
ang. d. unav. Korum. Rene 12; Wo ist Wahrheit,  
3. A. 13; Kirchl. u. weltl. Rechtsbest. f. Ord., 2. A. 19;  
Petrus u. Pet. Schrift., 3 Bde., 86 u. 87; D. heil.  
Stauslaus Kostka, 2. A. 06; D. Jubiläumsbeicht-  
vater, 8. A. 01; Handbüchl. d. Mäßigkeits-  
brudersch. 00; De libris prohib. commentarii 97  
u. a. — Spez: Theol. — LB. Schriftst. — Zentr.  
— Weidenau, Schles. (F. h. h.).

**ARNDT, W. Leo**, Illustrator u. Mater-  
radierer. — \* 6. XI 1857 Eilenburg. — Kunst-  
akad. Leipzig u. Hochsch. f. Bild. Künste Berlin.  
— W: Zahlr. Radiergn. u. Zeichn. — Berl.  
Künstler-Ver.; Verb. Dtschr. Illustrat. u. Mitgl.  
d. fr. Vereinig. d. Graphik. Berlin-Halensee,  
Johann-Georgsstraße 21/22.

**ARNDT, Louis V.**, Astronom, Dr.  
philos., Dir. d. Sternwarte. — \* 25. XI 1861  
Erfurt. — Red.-Gymn. Erfurt; Univ. Berlin. —  
Neuschädel, Schweiz.

**ARNDT, Paul Fr. F.**, Prof. Dr. phil.,  
o. Prof. d. wirtsch. Staatswiss. Univ. Frankf. M.  
— \* 25. IX 70 Luckenw. (Brandenbg.). — V: †  
Ferdinand A., Rekt., Duisbg.; M: Agnes A. geb.  
Brade. — Volkssch., Gymn. Duisbg.; Univ.  
Berlin, Genf, Paris, Bonn. — Verh: 99 m. Mar-  
garet A. Heaton, Verf. d. engl. Ged.-Slga. „The  
meadows of play“ 08, und From across the  
German ocean 13 und des Märchenbuches  
„Fairytale from the German forests“ 12;  
T. v. † Prof. Charles H. London und † M. M.  
geb. Keymer (schrieb: Geschicht. d. Malerei,  
Biogr. Dürers, Ged. u. a.) — K: Margarete  
\* 00; Barbara \* 02. — Studierte kurze Zeit  
Theol., dann Rechts- u. Staatswissensch.; Stud.-  
Reis. n. Schweiz, Frankr., Span. u. England;  
93 Licencié ès sciences soc. Genf; 96 Refer.  
Köln; 97 Dr. phil. Bonn; 97—00 wissensch.  
Hilfsarb. d. Köln. Handelskammer; 00—01  
desgl. b. Ältesten d. Berl. Kaufmsh.; s. 01 Doz.  
d. Volkswirtsch. Akad. f. Soz.- u. Handelsw.  
Frankf. M.; 14 o. Prof. Univ. Frankf. M. — W: D.  
Kaufkraft d. Rupie 97; Üb.- u. Unt.-Versich. 98;  
Wirtschl. Folg. d. Entw. Dtschl. z. Ind.-Staat 99;  
D. Handelsbeziehgn. Dtschl. zu Engl. u. d. engl.  
Kolonien 99; Z. Abschl. e. neu. dtsh.-russ.  
Handelsvertr. 01; D. Zweckmäßigg. d. Syst. d.  
Meistbegünst. 01; D. Schutz d. nat. Arbeit 02;  
D. dtsh.-amerik. Handelsbilanz 02; D. Stud.  
a. d. Handelshochschule 03; Bedeutg. d. Handels-  
hochsch. f. d. Kaufm. 05; Deutschlands Stellg.  
in d. Weltwirtsch. 03 2. A. 12; K. Beschreib.  
d. Heimarb. i. rhein.-main. Wirtsch.-Geb. 03;  
D. Heimarb. i. rhein.-main. Wirtsch.-Geb., Mo-  
nogr. I. Bd. 09, II. Bd. 11, III Bd. 13—14;  
Grundz. d. auswärt. Politik Dtschlds. 12; Ant-  
werpen, Rotterdam u. d. dtsh. Rheinmündg. 13;  
Alte u. neue Faserst., 2. A. 18; Hrsrg. d. Schriftent.  
„Text.-Ind. u. Bekl.-Gew. i. d. Kriegs- u. Über-  
gangsz.“ 19—20; regelm. Beitr. z. Volkswirt-  
schaftl. Chronik. — D. Vp. — Frankfurt a. M.  
Eichersheim, Neumannstr. 180.

**ARNDT, Paul**, Prof. Dr. phil., Archäol.  
— \* 14. X 1865 Dresd. — W: Stud. z. Vasenkde.  
87; Griech. u. röm. Porträts 91ff.; Photograph.  
Einzelaufnahmen ant. Skulpturen (m. Text)  
93ff.; Fortführg. d. Brunn-Bruckmannschen  
Denkm. griech. u. röm. Skulptur 94ff.; La Glypto-  
thèque Ny-Carlsberg 96ff. — München, Himmel-  
reichstr. 3.

**ARNDT, Wilhelm**, Schauspieler am  
kgl. Schauspielh. Berlin. — \* 12. XII 1851  
Braunschweig. — Debütierte 72 Stadttheater  
Zürich; dar. Mitgl. d. Theat. Kreuznach, Son-  
dershausen, Magdeburg, Berlin, Straßburg,  
Stadttheat. Hamburg, Hoftheat. Meiningen; 89  
Mitgl. d. Hofburgtheat.; s. 91 kgl. Schauspiel-  
haus, Berlin; 99 z. Goethefeler Düsseldorf; 99  
u. 00 Klassiker-Festspiele Düsseldorf u. v. a.;  
im klass. Repert. überaus geschätzte Kraft; m.  
Glück auch als Porträtmal. u. Bildhauer vers. —  
K: Roderich, Schauspieler. — Inh. d. Hzl. Sa-  
Mein. g. Med. u. Verd.-Kr. f. K. u. W.

**ARNETH, Joseph**, Hon.-Prof. Di-  
rig. Arzt d. Inn. Klinik d. städt. Krankenh. —  
\* 13. X 73 Burgkundsstadt, O.-Frank. — V: J. A.  
Priv.; M: Elisabeth-Gahn. — Verh: 20. IV 09  
m. Hsc. T. d. Fabrikant. Eduard Kock u. Klara  
Berghaus. — K: Käthechen \* 21. I 10; Liesel  
\* 2. XII 11; Margarete \* 10. XI 14; Joseph  
\* 30. XII 19. — Gymn.; Univ. München, Heidel-  
berg, Würzburg; 97 ärztl. Staatsex.; 1 J. akt.  
Ass.-Arzt d. 4. bayer. Inf.-Reg. Metz; 99—07  
Ass. d. med. Univ.-Klin., unt. Exz. v. Leube u.  
am Julius-sp. Würzburg; 1 J. davon Ass. d.

L ADB I; K. Haebler, Die dt. Buchdrucker d. 15. Jh.s im Auslande, 1924, S. 60-64; K. Löffler-J. Kirchner, Lex. d. gesamten Buchwesens I, 1935, S. 85; Die Erfindung Gutenbergs, ihre Anwendung u. Entfaltung in Lübeck, 1940; Benzing.

Olof Ahlers

**Arndt, Adolf**, Rechtsgelehrter, \* 21. 10. 1849 Freienwalde (Pommern), † 22. 4. 1926 Marburg/Lahn.

V Jakob A.; M Rosalia Levi.

Aus dem Justizdienst trat A. 1877 zur Bergverwaltung über, wurde Geh. Oberberggrat in Halle/Saale, 1879 Privatdozent in Halle, 1893 ao. Professor und 1900 o. Professor des Staats-, Verwaltungs-, Kirchen-, Kolonial- und Völkerrechts in Königsberg. 1913 emeritiert, wurde er 1920 Honorarprofessor in Marburg. - A. entfaltete eine reiche wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiet des Verfassungs- und Verwaltungsrechts (Preuß. Verfassungs-urkunde, Verfassung des deutschen Reiches vor wie nach dem 1. Weltkrieg, Verordnungsrecht, Reichsbeamtengesetz), zumal des Bergrechts (Entwurf eines deutschen Berggesetzes, Preuß. Berggesetz) und seiner Geschichte (Geschichte des Bergregals und der Bergbaufreiheit), in letzterer Beziehung führte er eine heftige Polemik gegen Adolf Zyha.

W u. a. Verordnungsrecht d. dt. Reiches, 1884; Dt. allg. Berggesetz f. d. preuß. Staaten, 1885; Verfassungs-urk. f. d. preuß. Staat, 1886; Bergbau u. Bergpolitik, 1894; Verfassung d. dt. Reiches, 1895; Staatsrecht d. dt. Reichs, 1901; s. a. Verz. in: Jurist. Dtl., Gal. v. Zeitgenossen Dtl.s auf d. Gebiete d. Rechtswiss., 1902 (P).

L Dt. Juristenztg., Bd. 31, 1926, S. 660.

Wilhelm Weizsäcker

**Arndt, Ernst Moritz**, Historiker und Dichter, \* 26. 12. 1769 Schoritz (Rügen), † 29. 1. 1860 Bonn. (luth.)

V Ludwig Nikolaus A. (1740-1808), ursprüngl. rügensch. Leibeigener, später Gutspächter in Dumsewitz, Grabitz u. Löbnitz b. Stralsund; M Wilhelmina Friederica Eleonora Dorothea (1743 bis 1804), T d. Nikolaus Schumacher (1706-62), Krüger in Lancken, u. d. Ilse Marie Gilow (1714-59) aus Vilmnitz; Gv Ludwig A. (1684-1758), Schäfer zu Putbus u. Darsband; Gmv Anna Subklew (1699-1794) aus Zargelitz; ♂ 1) Greifswald 23. 2. 1801 Charlotte (Marie, † 1801), T d. Prof. d. Naturgesch. u. Ökonomie Johann W. Quistorp, 2) Berlin 8. 9. 1817 Nanna (Marie, 1786-1869), Stief-Schw d. Theologen Friedr. Schleiermacher; S aus 1) Karl Moritz A. (1801-85), Forstmeister (E Arno Willibald A., preuß. Gen., Gouverneur v. Metz); 7 K aus 2).

A. besuchte die Gelehrtenschule in Stralsund und studierte 1789-94 Theologie, Geschichte, Erd- und Völkerkunde, Sprachen und Naturwissenschaften in Greifswald und Jena; an-

schließend war er Hauslehrer bei Ludwig Gotthold Kosegarten. 1798-99 unternahm er eine Bildungsreise über Jena und Bayreuth nach Österreich, Ungarn, Italien und Frankreich. 1800 wurde er Privatdozent für Geschichte und Philosophie in Greifswald, 1805 ao. Professor ebenda, 1803 sowie 1806-09 hielt er sich in Schweden auf (1806-07 Mitarbeiter an der schwed. Gesetzeskommission für Pommern, Redakteur des „Nordischen Kontrolleur“). 1809-11 war er in Greifswald, 1812-16 Mitarbeiter des Freiherrn vom Stein. 1818 zum o. Professor nach Bonn berufen, wurde er 1820 wegen angeblicher demagogischer Umtriebe vom Amt suspendiert; 1822 wurde das Verfahren zwar eingestellt, aber er wurde nicht rehabilitiert und durfte von 1826-40 keine Vorlesungen halten; erst beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. erfolgte seine Wiedereinsetzung. 1848 war er als Abgeordneter für Solingen in der Paulskirche (rechtes Zentrum) Anhänger der preuß. Erbkaiserpartei.

Durch das mütterliche Erbe war A. zum Poeten, zur versonnenen Träumerei mit feinem Verständnis für Frauen bestimmt, der nüchterne und praktische Sinn, den er vom Vater her besaß, hielt ihn zu einem tätigen Leben an. Der Sohn des Leibeigenen hatte eine starke Liebe zur pommerschen Heimat und dem angestammten patriarchalischen schwed. Fürstenhaus. Der aristokratischen Kultur des 18. Jh.s und den absolutistischen Staaten Preußen und Österreich stand er innerlich fremd gegenüber. A. begrüßte deshalb zunächst die französ. Revolution von 1789 als das Erwachen einer Volksindividualität, später stieß ihn der rationalistische Despotismus der französischen Regierung ab, die er als eine Vergewaltigung des lebendigen Volksgeistes ansah. Unter den Eindrücken seiner Studienzeit, dem Einfluß Herders, Jakob Böhmes und Kosegartens konnte er sich nicht zu einer Tätigkeit als Pfarrer entschließen und suchte durch eine Studienreise seine Persönlichkeit zu bilden. In seiner Neigung zwischen Schweden und Deutschland schwankend, fand er in der französ. Revolution ganz den Weg zu letzterem. Starke Eindrücke machte auf ihn die Gedankenwelt seines schwed. Kollegen Thomas Thorild, der von Kant, Herder, Jean Paul, Klopstock und der schwed. Volkstradition herkommend die Forderung einer den german. Rechtsideen entsprechenden Volksordnung aufgestellt hatte. A.s „Versuch einer Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen“ (1808) fand als Kampfschrift gegen adlige Bauernlegerei die Billigung Gustavs IV. von Schweden und führte 1808

Aus:

Neue Deutsche Biographie,  
1. Band, Berlin 1953



M. J. Bonner



ratorien zu den Anfängen des Krebsprozesses zurückgehen muss. Das Weizmann-Institut hat zu diesem Zweck neue experimentelle Techniken entwickelt.

fen die Auslösestoffe, der Virus und die Chemikalie, in der Zelle die gleiche Reaktion hervor?

Das Institut konnte erfolgreich bei einem Hamster mit dem Virus gesunde Zellen di-

lange dauern wurde, und diese Theorie hat sich bestätigt. "Die Höchstzeit betrug ein bis zwei Tage", sagt er. "Die verwandten Chemikalien waren 3,4-Benzpyren und 3-Methylcholanthren."

## M. J. Bonn

Fast 92jährig ist er jetzt in seiner anderen Heimatstadt London gestorben, wo er schon als Münchner Universitätsprofessor immer sein eigenes Reitpferd stehen hatte. An der Isar war Moritz Julius Bonn damals eine populäre Figur, nicht nur wegen seines weltmännischen Witzes, sondern auch wegen seines politischen Freimuts.

Wenn der letzte Bayern-König den zierlichen Gelehrten im Englischen Garten traf, hielt er ihn regelmässig zu einer langen Diskussion fest. Man kannte ihn aber auch jenseits des Ozeans, wo er seit einem halben Jahrhundert Gastvorlesungen an führenden Universitäten gehalten hat und im ersten Weltkrieg an der Seite des Botschafters Graf Bernstorff um einen deutsch-amerikanischen Ausgleich rang. Afrika hat er an der Seite seiner englischen Frau, die ihn um Haupteslänge überragte,

kreuz und quer im Sattel durchstreift, ein früher Erforscher und Kritiker der Problematik des "Kolonialismus".

Bonn entstammte einer Frankfurter jüdischen Bankierfamilie, bei der schon der junge Goethe Geld zu borgen pflegte. Zum Lieblingsschüler des grossen Wirtschaftshistorikers Lujo Brentano wurde er durch eine Doktorarbeit, in der er die Folgen übermässiger Ausbeutung der amerikanischen Silberbergwerke durch das Spanien des 16. Jahrhunderts schilderte: die erste europäische Inflation. Dann folgte eine Geschichte der englischen Kolonisation in Irland, die tief in die Probleme der sozialen Struktur nationaler Freiheitsbewegungen hineinleuchtete. Sein letztes, nur englisch erschienenes Hauptwerk, sagte vor dem zweiten Weltkrieg den unausweichlichen Zerfall des britischen Weltreichs voraus.

Bonn war ein unermüdlicher Vermittler zwischen angelsächsischer und deutscher Politik, in brillanten Essays wie als diplo-

matischer Sachverständiger im Versailles und auf den Weltwirtschaftskonferenzen der Zwischenkriegszeit. Auch als Hitler ihn aus Deutschland vertrieben hatte, hielt er vor englischen und amerikanischen Hörern und Lesern daran fest, es sei falsch und verhängnisvoll, das Dritte Reich mit dem deutschen Volk zu identifizieren.

Zu seinem 60. Doktorjubiläum wurde er im Münchner Auditorium Maximum für diese Lebensleistung, die sich auch in seiner anschaulichen Selbstbiographie spiegelt, begeistert gefeiert. Er wehrte selbstkritisch ab: "Auch ich habe manchmal Angst gehabt, aber ich hielt es für unerlaubt das zu zeigen. Vergessen habe ich manche bösen Erlebnisse in Deutschland nicht, aber ich kann vergeben." (i.b.)

In New York starb Bert Weil im 76. Lebensjahr, der Inhaber der Firma "Devonsheer Melba Corporation", der als Erfinder des vielbeliebten Melba Toast Gebäcks gilt.

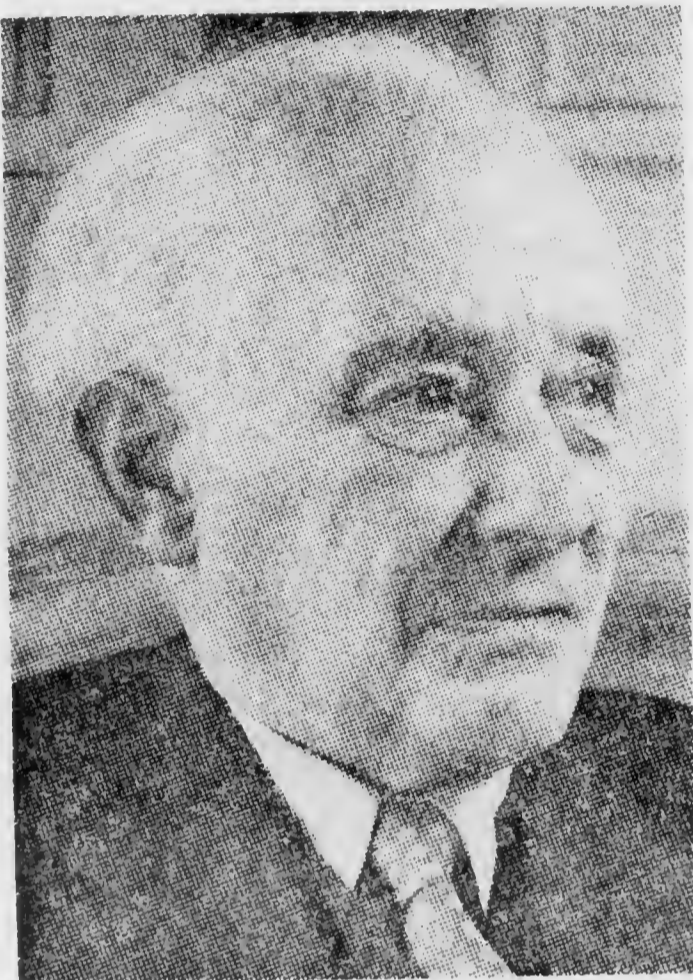


# SCHALLER & WEBER

Max Brown

## Zur Erinnerung an Max Born

Aus der Zeitung erfahren wir, daß Max Born im hohen Alter von 87 Jahren in Göttingen gestorben ist. Max Born hat sich um 1915 einen Namen gemacht durch seine «Dynamische Theorie der Kristallgitter». In großangelegten monographischen Darstellungen hat er gezeigt, wie die Eigenschaften der Kristalle aus ihrem Aufbau aus Atomen quantitativ erklärt



werden können. Da in einer solchen Theorie die verschiedenen Atomarten, welche das Kristallgitter bilden, durch ihr Zusammenwirken die beobachtbaren Eigenschaften des Kristalls hervorbringen, treten in der mathematischen Darstellung komplizierte Summen über zahlreiche Indizes auf, welche die Atome und Elementarzellen des Kristalls unterscheiden. Viele Fachkollegen – ältere und auch jüngere – konnten sich, trotz aller Bewunderung für den großen Zug in diesen Arbeiten, nicht vom Gefühl frei machen, daß Born eine ungebührliche Vorliebe für komplizierte Summen mit vielen Summationsindizes habe.

Wie ihm dann aber Heisenberg 1925 seine erste, sehr undurchsichtige Arbeit zur Quantenmechanik des harmonischen Oszillators zur Beurteilung übergab, bewährte sich die große formal-mathematische Erfahrung Max Borns glänzend. Denn Born erkannte sogleich, daß die Summationen in Heisenbergs Arbeit dem Gesetz der Matrizenmultiplikation entsprechen und daß diese Matrizen Operatoren in einem Hilbert-Raum sein müssen. Als Grundformel, die hinter den Heisenbergschen Entwicklungen stand, entdeckte er die Gleichung  $pq+qp=-ih$ ; d. i. die berühmte Vertauschungsrelation der Quantenmechanik. Born sah sich daher nach einem jüngeren Mitarbeiter um, der die nötigen mathematischen Kenntnisse haben sollte, um ihn bei der Weiterentwicklung der Theorie zu unterstützen. Er fand ihn in Pasqual Jordan, einem Schüler von Hilbert. Mit ihm veröffentlichte er noch im gleichen Jahr die erste mathematisch fundierte Arbeit zur Quantenmechanik, der bald eine zweite

mit Heisenberg und Jordan als Mitarbeitern folgen sollte. Durch diese Arbeiten wurde das damals umlaufende boshafte Wort: «In Göttingen blüht zwar der Baum der mathematischen Physik, trägt aber keine Früchte», glänzend widerlegt.

Wie dann die Wellenmechanik entstand, durch welche der Theorie erst eine mathematisch einwandfreie Grundlage gegeben wurde – die Schrödingerschen Wellenfunktionen spannen den Hilbert-Raum auf, in welchem die Operatoren wirken –, erkannte Born den physikalischen Sinn dieser zunächst rätselhaften Theorie. Ihm verdanken wir die noch heute gültige statistische Deutung der Wellenfunktionen als Wahrscheinlichkeitsamplituden. So hat also Born in jenen Jahren entscheidend in die Entwicklung der Quantentheorie eingegriffen. Die Welt freilich war vor allem beeindruckt durch die genialen Leistungen der 25jährigen Gelehrten wie Heisenberg und Dirac, denen die Lösung des Quantenrätsels geglückt war: ihre Namen waren in aller Munde. Und hinter ihnen ahnte man den Magus des Nordens, den Vater der Atomtheorie: Niels Bohr. Born war kein Magus und kein genialer Jüngling, und so wurden seine Verdienste nicht in ihrer wahren Bedeutung erkannt. Als akademischer Lehrer hat er freilich stets die Bewunderung und die Liebe seiner Schüler besessen.

Ich selbst habe ihn in meinen ersten Semestern in Göttingen als Dozenten erleben dürfen. Er war eine vornehme, aufrechte Gestalt, so wie sein Charakter aufrecht und vornehm war. Er hat damals eine Vorlesung über Relativitätstheorie für Hörer aller Fakultäten gehalten, die wir mit Begeisterung besuchten und die eine pädagogische Meisterleistung war. Wie habe ich meine älteren Kommilitonen beneidet, die an dem theoretischen Seminar, das er mit Hermann Weyl zusammen leitete, teilnehmen durften!

Die großartige Göttinger mathematisch-physikalische Schule ist dann aber, noch während meiner Studentzeit, der braunen Revolution zum Opfer gefallen. Born war, als Nichtarier, «nicht mehr tragbar». Für ihn, der sich als Träger deutscher Kultur und Bildung ganz als Deutscher fühlte, war das ein schrecklicher Schlag. Nach Amerika wollte er nicht gehen, und so war er glücklich, als ihm in Edinburg eine neue Wirkungsmöglichkeit eröffnet wurde. Die wissenschaftliche und die politische Entwicklung dieser ganzen Zeit findet ihre Spiegelung in dem kürzlich erschienenen Briefwechsel von Born mit Albert Einstein, den der greise Gelehrte noch herausgegeben und erläutert hat.

Nach dem Krieg ist Max Born im Jahre 1956 in die Schweiz gekommen, um an der Tagung in Bern «50 Jahre Relativitätstheorie» teilzunehmen. Sein Haar war weiß geworden, sein Gang war leicht und sicher, so wie ich ihn immer in Erinnerung hatte. Er hat einen wissenschaftlich klaren, inhaltsreichen und aus persönlicher Sicht gestalteten Vortrag gehalten, vielleicht den besten unter all den vielen Vorträgen, die wir von den berühmten Gelehrten aus aller Welt, die damals versammelt waren, gehört haben. Als Meister in seinem Fach, als Mensch, der sich seiner Verpflichtung für die Mitmenschen bewußt war, wird er in unserer Erinnerung fortleben. Markus Fierz

## Antike als Gegenwart

Es zeigt sich eine immer schärfere Trennung in unserer Gesellschaft, eine ganz andere, als sie Marx vorhergesagt hatte: die einen wollen das Leben möglichst gewinnbringend, zweckmäßig und bequem einrichten, die andern fragen nach seinem Sinn, nach Maß und Rang und verstehen neu, was Askese heißt. Jene suchen in der Schule Vorbildung für praktische Berufe, diese lehren die Sprachen, in denen den Menschen die kostbarsten Offenbarungen zuteil geworden sind. Sie suchen die geistige Ueberlieferung neu zu verstehen – «Geschichte als Lebenselement», wie es bei Wolfram von den Steinen heißt. Wer wollte leugnen, daß Zweck und Gewinn immer deutlicher als die Götzen der letzten anderthalb Jahrhunderte hervortreten und daß die Künste mit immer schrilleren Dissonanzen darauf reagieren?

Um so kostbarer sind uns Dichtung, Bildkunst und geistige Bewegungen, die jenen Götzen entgegen-treten. Als ich vor zwanzig Jahren über «Orient, Hellas und Rom in der archäologischen Forschung seit 1939» zu berichten hatte, waren Entdeckungen der letzten Generationen zu nennen, die zu den be-

genialem Buch «Griechische Vasen» (1969). Von des großen Vasenforschers John D. Beazleys Verdiensten und von seiner Schule zu sprechen, würde eine eigene Abhandlung erfordern, aber dies und viel vom neuen Bild der griechischen Kunst überhaupt kommt in dem praktischen und mit viel Unbekanntem vorzüglich illustrierten Handbuch der griechischen Kunst von Gisela M. A. Richter zum Ausdruck, das zuerst 1959 und nun 1969 schon in sechster Auflage erschienen ist, ein beispielloser Bucherfolg auf diesem Forschungsgebiet. Von der neuen Auflage gibt es sogar eine Taschenbuchausgabe, nachdem schon 1966 eine deutsche Uebersetzung erschienen war. Nicht nur die wohlbekannten Gattungen der griechischen Kunst sind mit gleichmäßiger Sorgfalt berücksichtigt, sondern auch Möbel, Textilien, Glas und Inschriften. Eine vorzügliche Bibliographie, eine hypothetische chronologische Liste von Hauptwerken, dazu Wort-erklärungen und Indices erhöhen die Brauchbarkeit des Werkes.

Sehr viel reicher illustriert als das genannte Werk Homan-Wedekings ist ein neues Buch desselben Ti-

durchgeführt worden. Deshalb ist es ein großes Verdienst Ulrich Hausmanns, des Ordinarius für Archäologie in Tübingen, den ersten Band einer Neubearbeitung des Handbuchs der Archäologie vorzulegen.<sup>1</sup> Mit Recht hat er darin zwei Manifeste der oben geschilderten geistigen Situation beibehalten, die schon in der vorigen Ausgabe des Handbuchs 1939 erschienen waren: Ernst Buschor, «Begriff und Methode der Archäologie», und Bernhard Schweitzer, «Das Problem der Form in der Kunst des Altertums». Andere Teile des Bandes sind dem Gegenstand entsprechend konservativer gehalten, so vor allem der zweite Teil des Bandes über die Schrift und die Schriftzeugnisse. Eine großartige neue Entdeckung hätte man hier schon dadurch andeuten können, daß man den Abschnitt über die Schrift in Mesopotamien dem über die Schrift in Aegypten vorangestellt hätte, denn das höhere Alter der Schrift in Mesopotamien ist doch unbestritten und wird bekräftigt durch Marc Brandes' Entdeckungen, aus denen hervorgeht, wie sich dort schriftliche Imagination in Steinfrüchten und anderen vorbereitet.<sup>2</sup> Wie sich der Forschungsstand aber in den letzten dreißig Jahren verändert hat, tritt im Handbuch darin hervor, daß «alle Beiträge zum Abschnitt über die Schrift im alten Orient, Kypros und Kreta vollständig neue Originalbeiträge darstellen», während die Abschnitte über die Inschriften (von A. Rehm) und über die literarischen Zeugnisse nur durch Zusätze auf den heutigen Stand der Forschung gebracht werden mußten. Für die Inschriften hat das G. Klaffenbach, für die literarischen Zeugnisse W. H. Gross übernommen. Für den Beitrag Pernice hätte man sich kräftigere Ergänzungen gewünscht. Zu den Nachrichten über Perspektive verzeichnen G. Richter in ihrem oben genannten Band und K. Schauenburg in der Festschrift für U. Jantzen (1969) wichtige neuere Literatur, aus der ich Rudolf Schnyders Abhandlung in der Zeitschrift für Schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte 1962 hervorheben möchte. Ueber Bilderzyklen (433ff.) gibt es wichtige neue Arbeiten von K. Lehmann, M. L. Thompson und andern (vgl. Römische Mitteilungen 1965, 116). Eine der Gruppen, die in einem Gedicht des Herodas von zwei Frauen im Heiligtum des Asklepios von Kos bewundert werden, hat K. Lehmann in einem Marmorfragment von New York nachgewiesen («American Journal of Archaeology», 1945); den Satyr an der Quelle, den ein Epigramm der Anthologie rühmt, G. Bakalakis in «Antike Kunst», 1966. Vor allem aber sollten zu den Illustrationen auf Papyrus die hochwertigen Arbeiten von Kurt Weitzmann genannt werden, der im Index des Bandes nicht vorkommt, obwohl sich der Herausgeber Hausmann selbst so verdienstvoll mit diesen Problemen beschäftigt hat. Auch Hausmanns Arbeiten sind nicht genannt.<sup>3</sup>

Sehr viel Fleiß steckt in W. Schierings neuem großem Beitrag, der sich bescheiden «Zur Geschichte der Archäologie» nennt. Schlußbemerkungen erklären, warum die große Aufgabe nicht gleichmäßig und vielfach nur fragmentarisch bewältigt werden konnte. Die oben geschilderten geistigen Ereignisse, die für die Gegenwart so wichtig sind, treten kaum hervor: Buschor, Kunze, Payne werden nur beiläufig, Gruben und die großartigen Entdeckungen D. Ohly in Aigina, seine Wiederherstellung der Aigineten überhaupt nicht genannt. Aber das Gebotene wird gute Dienste tun. Wer sich in das Gebiet einarbeitet, wird sich dankbar orientieren, in welche forschungsgeschichtliche Zusammenhänge die Autoren gehören, mit denen er zu tun hat. Eine Geschichte der Archäologie soll eine Geschichte der Forschung, nicht nur eine Geschichte der Besetzung archäologischer Lehrstühle sein. In Basel wäre Bachofen zu nennen gewesen, der nie Professor für Archäologie war. Erster offizieller Fachvertreter war dort vor Ernst Pfuhl Hans Dragendorff auch um die Römerforschung in der Schweiz hochverdient. Unter den Museen wäre das Vindonissamuseum in Brugg zu nennen, das man das schönste Museum römischer Kleinkunst nördlich der Alpen genannt hat.

Lücken sind unvermeidlich bei einer solchen bahnbrechenden Arbeit. Dankbar für das Gebotene kann man nur wünschen, das imponierende Handbuch möge mit derselben Energie weitergeführt werden, von der sein erster Band zeugt. Karl Schefold

<sup>1</sup> Gisela M. A. Richter: A Handbook of Greek Art. 431 S., 520 Abb., Phaidon, London und New York 1969.

<sup>2</sup> J. Charbonneau, R. Martin, F. Villard: Das archaische Griechenland (Universum der Kunst) 460 S., 454 Abb., davon 111 farbig, C. H. Beck, München 1969.

<sup>3</sup> Handbuch der Archäologie. Im Rahmen des Hand-

## «Konzert für junge Leute»

Eine «Einführung in die Welt der Musik» von Leonard Bernstein

Rh. Das erfolgreiche Bemühen des berühmten amerikanischen Dirigenten Leonard Bernstein, die in seinen Konzert-, Rundfunk- und Fernsehprogrammen enthaltenen Werke so perfekt als nur möglich darzubieten, ist allgemein bekannt und auch gebührend anerkannt. Weniger bekannt ist aber in Europa sein nicht minder intensives Bemühen, der Musik neue – vor allem jugendliche – Hörerkreise zu gewinnen. In diesem Sinne führte er vor einigen Jahren im amerikanischen Fernsehen eine Reihe von Matineen durch, die er «Konzerte für junge Leute» nannte und in denen er nicht nur in sehr liebenswürdiger und drastischer Art von Musik erzählte, sondern auch mit seinem Orchester oder allein am Klavier in vielen kürzeren oder längeren Beispielen die von ihm erwähnten musikalischen Erscheinungen zu lösendem Leben erweckte. Seine Texte wurden mit den Notenbeispielen und drei 17-cm-Schallplatten 1962 in New York veröffentlicht. – Seit kurzem liegt auch eine analog gestaltete deutsche Ausgabe vor.<sup>\*</sup> Die Uebersetzung wurde von Elise Winter so geschickt vorgenommen, daß die lebensvolle, die jungen Leute unmittelbar fesselnde Ausdrucksweise Bernsteins vollkommen erhalten blieb.

Das mit hübschen, meist humoristischen Illustrationen ausgestattete Buch behandelt zum Teil Probleme, die selbst erfahrenen Musikologen Schwierigkeiten bereiten und für die auch Bernstein keine absolut überzeugenden Lösungen vorlegen kann. Die Art seiner Darstellung, die meist vom Gegenteil der angestrebten Lösung ausgeht, ist aber so spannend, daß die meisten der jugendlichen Leser gewiß dazu angeregt werden, den angetönten Dingen selbst weiter nachzugehen. – Und das ist ja schließlich der Hauptzweck von Bernsteins Bemühungen.

Die meisten Schwierigkeiten ergeben sich in den ersten beiden Kapiteln, deren Titel lauten: «Was bedeutet Musik?» und «Was ist klassische Musik?» Nachdem Bernstein gezeigt hat, daß vielen Musikstücken die verschiedenartigsten literarischen oder bildhaften «Programme» unterlegt werden können, die alle zu stimmen scheinen, kommt er schließlich zu der einzig möglichen Definition: «Die Bedeutung der Musik liegt in der Musik selbst und sonst nirgends.» Damit ist das jugendliche Publikum sehr entschieden auf seine eigenen, von Person zu Person wechselnden Hörerlebnisse hingewiesen. (Bei den Erwachsenen ist es ja ebenso!) «Klassische Musik» definiert Bernstein durch Beispiele aus der Epoche von Händel und Bach bis Haydn, Mozart und Beethoven, wobei als entscheidendes Kriterium die mit außerordentlichem Erfindungsreichtum gepaarte Formvollendung angegeben wird. Am Schaffen Beethovens wird der Uebergang in die Epoche der Romantik definiert.

Weniger Schwierigkeiten bietet das Thema «Humor in der Musik». Hier werden die von den Meistern bewußt oder unbewußt produzierten klanglichen Ueberraschungen in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt. Schwierig für den europäischen Leser ist das dem Wesen amerikanischer Musik gewidmete Kapitel, da ihm die vorgelegten Beispiele zumeist unbekannt sein dürften. Aber aufschlußreich wirkt der Hinweis auf das Völkergemisch, das diese sogenannte «amerikanische» Musik hervorgebracht hat. Allgemein gültige Aussagen, die ähnlichen Quellen entspringen, finden sich dann in dem Kapitel «Volksmusik im Konzertsaal». Unmittelbar faßlich sind Bernsteins Ausführungen zum musikalischen Impressionismus und zu den Problemen der Orchestrierung, vor allem deshalb, weil er sie mittels der Schallplatten durch eigene Darstellungen von Debussys «La mer» und Ravels «Boléro» klanglich eindrucklich gestalten kann. Im letzten Kapitel wird versucht, einen Begriff von «sinfonischer Musik» zu geben; insbesondere durch Hinweise auf gewisse Methoden musikalischer Entwicklung, wie etwa Sequenzen, motivische Arbeit und Variationen. Bernstein selbst bezeichnet dieses Kapitel als das schwierigste des ganzen Buches und bekennt, daß er es nur deshalb einfügte, weil die ernsthafte Einstellung der jungen Leute, die er in seinen Konzerten beobachtete, sein Herz erfreute und ihn zu der herzlichen Bemühung anregte, sie in seiner Kunst weiterzuführen. – Solche Herzlichkeit durchstrahlt das ganze Buch.

\* Leonard Bernstein: «Konzert für junge Leute. Eine Einführung in die Welt der Musik zum Lesen und zum

Universitaetsprofessoren

(p 2

10

fuer Strafrecht, Straf-und Zivilprozessrecht.  
Eberhard Bruck(1877-1960), a.o. Prof. in Bonn 1932 fuer roem-  
und buergerl.Recht. Daneben einige Halbjuden, Artikel bringt  
auch Schicksal in der Nazizeit. (Max Brau bach, Juedischer An-  
teil an der Bonner Gelehrsamkeit, Rheinische Viertel-  
jahrsblaetter, Jahrgang 32, 1968, Bonn, S. 402-418. ) Zitiert auch  
W.P. Eckert, Juedische Wissenschaftler des 19. und 20. Jahr-  
hunderts im Rheingebiet, Monumenta Judaica, 2000 Jahre Ge-  
schichte und Kultur der Juden am Rhein, ed. K. Schilling,  
~~1968~~ 1963)

33

!!

REFERENCE:

*Selbst*

Peter Gay 3

10

S.32

Ernst Cassirer mit Warburg Institut verbunden, wird Oktober 1919 Professor der Philosophie in Hamburg, ihm wurde die Warburg Bibliothek gezeigt. Er sagte, dass sie gefaehrlich sei, er haette sie entweder zu vermeiden oder sich dort fuer Jahre zu vergraben, die Probleme staenden ihm nahe, aber das konkrete historische Material sei ueberwaeltigend.

Dr. Gust Cohen



2 / 8/1/33

Freier Wort

10

Herrn Prof. Dr. handelsrechtl. Prof. Cohn an die Freie Uni hat die sehr interessante  
 Arbeit über die Verlesung d. pd. üblich inoffiziell zusammen  
 lang verarbeitet im Sinne der Aufsätze & der Monatsblätter, ob  
 ein Vertrag selbst - ohne weitere Schritte, hat es gemacht,  
 Das wäre ich. durch die Punkte vollständig abgekl. sind. Für  
 sich ein neues Buchverleihen & freistatt geben, wird an d. Stelle  
 des. des. Politischen Rechts keine Angst haben. Daraufhin Sie  
 offtl. Erklärung, dass e. weitere Liebeskind (s. auch für den ungel. als  
 seine ist. Abgabe & seine Interessen. By Sachd. Theorie  
 Gebrauch auch an seine Verleihen weil sie e. Politik off. Konvention  
 Prof. J. J. / Kelly unterstützen wird hat

# Landtag und Universitäts-Scandal

## Große Anfrage der Sozialdemokratischen Preußenfraktion

Genosse **W i n z e r** und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei haben am gestrigen Tage folgende „Große Anfrage“ im Preussischen Landtage eingebracht:

Rector und Senat der Breslauer Universität haben in einer bisher in Deutschland einzig dastehenden Weise gegen die Freiheit der Lehre und der Meinungsäußerung eines Universitätslehrers Stellung genommen.

Gegen die auf einstimmigen Vorschlag der Breslauer juristischen Fakultät erfolgte Berufung des Professors **C o h n** war bekanntlich von nationalsozialistischen Studenten in Radau- und Tumultszenen, durch Störung des Lehrbetriebes in der Universität, mit körperlichen Angriffen auf republikanische Studenten und durch Werfen von Tränengas- und Stinkbomben Stellung genommen worden. Dieses Treiben wurde von der nationalsozialistischen Presse und Partei durch eine maßlose Heiße gegen Professor **C o h n** und gegen den Rector der Universität **B r o d e l m a n n** und gegen den Reichskommissar **R ä h l e r** gefördert, obwohl die staatlichen und Universitätsbehörden durch ihr schwächliches Verhalten gegen die randlierenden Studenten schwere Mitschuld an der Fortsetzung der wüsten Szenen tragen, die bei entschiedenem Vorgehen längst beendet gewesen wären.

Professor **C o h n** hat auf eine Anfrage des Berliner „Montag Morgen“ inzwischen in diesem Blatte in wenigen Zeilen seine Stellung zum Ninkrecht für Trocki dargelegt. Er hat dies in formaler völlig unanständiger Weise, inhaltlich und sachlich farblos und keineswegs etwa von besonderem Bekanntheit zeugender Weise getan. Rector und Senat der Breslauer Universität haben diesen Vorwand benutzt, um die Lehrtätigkeit **C o h n**s an der Breslauer Universität für untragbar zu erklären. Sie haben ihre entsprechende Entschliessung sofort der Breslauer Presse mitgeteilt.

Rector und Senat haben damit das hohe Gut der Lehrfreiheit und der freien Meinungsäußerung von Universitätslehrern preisgegeben. Universitätslehrer haben dieses Gut gegenüber dem Staatsministerium häufig auch in Fällen vertreten, in denen ein Einschreiten gegen formale anstößige und unsachliche Verhärten von Dozenten innerhalb und außerhalb des Hörsaals erforderlich war. Der Breslauer Rector und Senat weichen im Gegensatz zu dieser Haltung dem Toben der Straße und den von den Nationalsozialisten provozierten, den Lebensnerv der deutschen Hochschulen treffenden Terrorakten, ohne daß gegen die Haltung des Professors **C o h n** der geringste Vorwurf erhoben werden kann. In ihrer Neugier vor den Rodanjuden nehmen Rector und Senat sogar in der Öffentlichkeit Stellung gegen die Fortsetzung der Lehrtätigkeit des Prof. **C o h n**, obwohl sie nach den gesetzlichen Bestimmungen dazu unzuständig sind und die Grenzen ihrer Befugnisse damit überschreiten.

Wir fragen das Staatsministerium:

Was beabsichtigen die Reichskommissare zu tun, um

1. die weitere Lehrtätigkeit des Professors **C o h n** an der Breslauer Universität zu sichern?
2. energische Maßnahmen gegen die Fortsetzung der strafbaren Handlungen durch nationalsozialistische Studenten und andere Parteigänger zu ergreifen, durch die der geordnete Lehrbetrieb an der Breslauer Universität gestört wird?
3. Rector und Senat der Universität Breslau in ihre Schranken zurückzuweisen?

# Jämmerliches Zurückweichen der Professoren

## vor dem studentischen Janhagel

**Professor Cohn wird vom Rektor und Senat der Breslauer Universität fallen gelassen  
Eine lendendahme Erklärung - Ein Präzedenzfall für weitere Terrorakte der Nazis geschaffen**

Von der Pressestelle der Universität erhalten wir folgende Mitteilung:

Rektor und Senat halten es für ihre wichtigste Pflicht, die akademische Lehrfreiheit unbedingt zu schützen. Deshalb sind sie mit aller Entschiedenheit für die unbehinderte Lehrtätigkeit des Herrn Professors Cohn eingetreten. Es wäre eine selbstverständliche Pflicht des Herrn Professors Cohn gewesen unter den besonderen Verhältnissen unserer Universität, alles zu vermeiden, was zu einer weiteren Verschärfung der Lage führen konnte. Leider hat Herr Professor Cohn neureistens diese pflichtgemäße Zurückhaltung durch sein unnötiges Hervortreten in einer unstrittenen politischen Frage vermissen lassen. Deshalb halten Rektor und Senat eine weitere Lehrtätigkeit des Herrn Professors Cohn an unserer Schlesischen Universität im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und eines ungestörten Lehrbetriebes für nicht tragbar.

Wenige Stunden später als nationalsozialistische Studenten dem Rektor der Universität auf die Bude gerückt waren, ihm die Fenster Scheiben eingeschlagen und ihm einen nicht gerade freundlichen Weihnachtsgruß dargebracht hatten, beschloß der nämliche Rektor mit seinem Senat in dem von der Außenwelt dicht abgeschlossenen Raum der Universität, Professor Cohn fallen zu lassen. Damit haben diese Unruhen, die weit über Breslau, ja auch über Deutschland hinaus ihr Echo hatten, ein unerwartetes Ende gefunden. Breslauer Professoren, die nun „ihre Ruh“ haben wollten, sind feige zurückgewichen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß nicht eine, dem Universitätsbetrieb fernstehende Behörde, sondern die eigenen Kollegen diesen Beschluß gefaßt haben. Das ist eine ebenso feige wie auch schäbige Handlung. Abgesehen, daß dieser Beschluß politisch so dumm wie nur möglich ist, zeigt er gerade keinen hier an dieser Stätte so oft gepriesenen Korpsgeist.

Oder hat sich wirklich so etwas Schlimmes ereignet, daß man so plötzlich zu einer solchen Stellungnahme gezwungen war? Den eigentlichen Grund hielt man für so unwichtig, daß man es nicht einmal wagte, ihn in der Erklärung deutlicher zu bezeichnen. Professor Cohn hat nämlich in einer Berliner Montags-Zeitung — man denke wie schlimm — in durchaus taktvoller Weise Stellung zum Nihilrecht für Troski genommen, also etwas getan, was viele andere Wissenschaftler auch getan haben. Man geniert sich also gar nicht, einen solchen jaden-scheinigen Grund als Begründung für einen solch weitgehenden Beschluß heranzuziehen.

Dies ist um so schlimmer als es sich hier um Zustände handelte, die von außerordentlicher Bedeutung für unseren Universitätsbetrieb waren. Man darf nicht verassen, um was für gemeine Kuppeltreiben es sich hier handelt. Studenten, die außer diesem Kadav noch keinerlei Beziehung zum öffentlichen Leben gefunden haben, als daß sie von der Republik mit dem

Geld der Steuerzahler ihr Studium bestreiten, diese „nationalen“ unreifen Burischen haben in der alma mater Szenen veranstaltet, für die jeder andere Bürger längst ins Gefängnis gekommen wäre. Und dies alles nur, weil ihnen die Nase eines Dozenten, der nicht einmal links stand, nicht passte. Immer mehr wurde darum die Stätte der Universität zum Tummelplatz wüster Ausschreitungen, die schließlich eine Große Anfrage der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag im Gefolge hatte. Diese Anfrage erhält durch die neue Wendung dieses Sdandals erhöhte Bedeutung. Man wird sie erweitern müssen und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fordern, um einmal die wahren Gründe dieses Zurückweichens zu erfahren. Denn man soll uns doch nicht glauben machen, daß dieses faden-scheinige Argument der eigentliche Grund für das plöbliche Abweichen ist.

Dieses jämmerliche Zurückweichen nach all diesen Vorfällen ist ein wohl einziger dastehender Fall. Der Rektor der Braunschweiger Universität hat sich gegenüber der Nazi-Regierung mutiger gezeigt, als Herr Brodelmann jungen Studenten gegenüber. In Warschau sind Studenten wegen antisemitischer Ausschreitungen erst dieser Tage vor dem Schnellgericht zu schweren Strafen verurteilt worden. In Breslau, wo man mit Tränengas gearbeitet hat, wo Studenten nicht unerheblich verletzt wurden, hat man durch einen solchen Beschluß solche Kundgebungen sanktioniert. Wenn in einer anderen Entschließung der Senat dem Rektor nach alledem den Dank dafür ausspricht, daß er mit Ruhe, Umsicht und Entschiedenheit sich für die Autorität unserer Hochschule und für die akademische Lehrfreiheit eingesetzt habe, so ist dies mehr als eine lächerliche Farce.

Antisemitische Demonstrationen, unverständlich milde Disziplinarstrafen für diese Ausschreitungen, einige verschlagene Fenster-scheiben beim Rektor, Erklärung, daß man mit dem angegriffenen Herrn Cohn nichts mehr zu tun haben will, all dies steht in durchaus logischem Zusammenhang.

Das Ende einer wenig ruhmreichen Breslauer Angelegenheit?! Wir glauben, daß es eher der Anfang ist. Das Nazistudententum ist zu weiterem Tun ermutigt worden. Aber auch auf der anderen Seite dürfte man jetzt hoffentlich nicht so leicht als bisher. Man wird sich diese „Helden“ unserer Hochschule reaction sich gut merken müssen. Es dürfte ja auch einmal ein anderer Wind wieder — auch in deutschen Universitäten wehen. Dann aber muß anders zugepackt werden als bei diesen Heliriken und Brodelmännern.

"Volkswacht für Schlesien", Wrocław 24. Dezember  
1932, Nummer 302.

# Landtag und Universitäts-Standal

## Große Anfrage

### der Sozialdemokratischen Preußenfraktion

Genosse **W i n z e r** und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei haben am gestrigen Tage folgende „Große Anfrage“ im Preussischen Landtage eingebracht:

Rector und Senat der Breslauer Universität haben in einer bisher in Deutschland einzig dastehenden Weise gegen die Freiheit der Lehre und der Meinungsäußerung eines Universitätslehrers Stellung genommen.

Gegen die auf einstimmigen Vorschlag der Breslauer juristischen Fakultät erfolgte Berufung des Professors **Cohn** war bekanntlich von nationalsozialistischen Studenten in Radou- und Tumultszenen, durch Störung des Lehrbetriebes in der Universität, mit körperlichen Angriffen auf republikanische Studenten und durch Werfen von Tränengas- und Stinkbomben Stellung genommen worden. Dieses Treiben wurde von der nationalsozialistischen Presse und Partei durch eine maßlose Heze gegen Professor **Cohn** und gegen den Rector der Universität **Brodelmann** und gegen den Reichskommissar **Kähler** gefördert, obwohl die staatlichen und Universitätsbehörden durch ihr schwächliches Verhalten gegen die randlierenden Studenten schwere Mitschuld an der Fortsetzung der wüsten Szenen tragen, die bei entschiedenem Vorgehen längst beendet gewesen wären.

Professor **Cohn** hat auf eine Anfrage des Berliner „Montag Morgen“ inwieweit in diesem Blatte in wenigen Zeilen seine Stellung zum Ninkrecht für Trotli dargelegt. Er hat dies in formaler völlig unanstoßiger Weise, inhaltlich und sachlich farblos und keineswegs etwa von besonderem Bekanntheit zeugender Weise getan. Rector und Senat der Breslauer Universität haben diesen Vorwand benutzt, um die Lehrtätigkeit **Cohns** an der Breslauer Universität für untragbar zu erklären. Sie haben ihre entsprechende Entschickung sofort der Breslauer Presse mitgeteilt.

Rector und Senat haben damit das hohe Gut der Lehrfreiheit und der freien Meinungsäußerung von Universitätslehrern preisgegeben. Universitätslehrer haben dieses Gut gegenüber dem Staatsministerium häufig auch in Fällen vertreten, in denen ein Einschreiten gegen formaler anstößige und unsachliche Beherrschungen von Dozenten innerhalb und außerhalb des Hörsaals erforderlich war. Der Breslauer Rector und Senat weichen im Gegensatz zu dieser Haltung dem Tode der Straße und den von den Nationalsozialisten provozierten, den Lebensnerv der deutschen Hochschulen treffenden Terrorrollen, ohne daß gegen die Haltung des Professors **Cohn** der geringste Vorwurf erhoben werden kann. In ihrer Reue vor den Radoustudenten nehmen Rector und Senat jetzt in der Öffentlichkeit Stellung gegen die Fortsetzung der Lehrtätigkeit des Prof. **Cohn**, obwohl sie sich den gesetzlichen Bestimmungen dazu unzuständig sind und die Grenzen ihrer Verantwortung damit überschreiten.

Wir fragen das Staatsministerium:

Was beabsichtigen die Reichskommissare zu tun, um

1. die weitere Lehrtätigkeit des Professors **Cohn** an der Breslauer Universität zu sichern?
2. energische Maßnahmen gegen die Fortsetzung der strafbaren Handlungen durch nationalsozialistische Studenten und andere Parteigänger zu ergreifen, durch die der geordnete Lehrbetrieb an der Breslauer Universität gestört wird?
3. Rector und Senat der Universität Breslau in ihre Schranken zurückzuweisen?

"Volkswacht für Pohlen",  
Wroclaw 3. Januar 1933,  
Nummer 2.

# Breslauer Nachrichten

## Unser Universitäts-Standal vor dem Preussischen Kultusministerium

Nachdem am Freitag voriger Woche der seltsame Beschluß von Rektor und Senat der Universität Breslau gegen Professor Cohn gefaßt worden war, hat sich Professor Cohn noch am Freitag telephonisch beim Kultusministerium darüber beschwert. Im Verlauf dieser telephonischen Unterredung wurde Prof. Cohn gebeten, nach Berlin zu kommen, um hier die Angelegenheit genauer zu besprechen. Diese Besprechung hat dann am Sonnabend im Kultusministerium stattgefunden. Professor Cohn hat seinen Standpunkt dem mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskommissars beim Kultusministerium beauftragten Professor Raehler dargelegt. Nunmehr hat Prof. Raehler den Rektor, den Prorektor und den Dekan der juristischen Fakultät an der Universität Breslau nach Berlin gebeten mit dem Ersuchen, ihn darüber aufzuklären, wie es zu dem Beschluß von Rektor und Senat gegen Prof. Cohn gekommen sei. Diese Besprechungen werden voraussichtlich in den ersten Tagen des Monats Januar im Kultusministerium stattfinden. Vorher ist es, wie von amtlicher Stelle berichtet wird, für das Ministerium unmöglich, zu dem neuen Fall Cohn Stellung zu nehmen.

Inzwischen hat dieser neue und fast noch größere Skandal unserer Universität in der ganzen wissenschaftlichen Welt und darüber hinaus großes Aufsehen erregt. Wir brachten gestern bereits einen Teil von Protesterklärungen deutscher Hochschullehrer. Wie wenigtagend dieser Beschluß des Breslauer Senats und seines jüngeren Rektors war und welche grundsätzliche Bedeutung man daran sehen muß, geht aus einer Äußerung des bekannten Volkswirtschaftlers Professor Garmy in Kiel hervor, der uns schreibt: — „Der Beschluß von Rektor und Senat leert die Krone die Würde und die Unabhängigkeit der deutschen Hochschulen.“ Auch in anderen Protesterklärungen geht deutlich hervor, welche große Gefahr für die Wissenschaft darin erblickt werden. Wenn nicht schon mehr Proteste erhoben worden sind, liegt dies wohl hauptsächlich an den Weihnachtsferien, aber dürfte weit über diese hinaus viele hinaus dieses Vorgehen des Breslauer Senats und seines Rektors

den vorkommenden den vorkommenden Studenten „die Krone die Würde und die Unabhängigkeit der deutschen Hochschulen.“ Mit diesen Sätzen leitete er seinen Kommentar über den Senatsbeschluß ein. Es ist leicht, welche Bedeutung hier beizulegen ist. Wer diesem freien Beschluß gleichgültig blickt, übersieht die weiteren Folgen, die sich daraus noch erheben werden. Den Bemühungen des deutschen Kultusministers in dieser Angelegenheit muß man mit großer Skepsis entgegensehen. Hier, von diesem Rektore dürfte kaum ein entschiedenes Wort zu erwarten sein.

"Volkswacht für Schlesien", Wroclaw 25. Dezember  
1932, Nummer 304.

10

Herrn Ernst Cohn  
Grodzka

Bewerbung des Herrn  
Korn



(Wroctaw, )      Cohn

"Volkswacht für Schlesien", 27. Dezember 1932, Nummer 303. 5  
Cohn

---

PROFESSORENPROTEST GEGEN DEN BESCHLUSS DES SENATS  
DER BRESLAUER UNIVERSITÄT. 10

In der heutigen Morgenausgabe der "P?ossischen Zeitung" protestieren massgebliche Professoren der deutschen Universitäten gegen den <sup>(h)</sup>Beschluss des Senats der Breslauer Universität, der sich gegen den von den Nazistudenten seit Wochen befehdeten rechtsstehenden Professor Cohn richtet. Der Beschluss kam zustande, weil Cohn sich "kürzlich in einem Berliner~~x~~ Blatt unverhindlich zu der Frage einer eventuellen Einreiseerlaubnis Trotzki's nach Deutschland geäußert hatte. Cohn hatte zu dieser Frage weder positiv noch negativ Stellung genommen.

Die Professoren, die gegen seine Behandlung protestieren, sind Professor der Theologie an der Kieler Universität - Baumgarten, der "Völkerrechtslehrer an der Universität Hamburg - Professor Mendelsohn-Bartholdy, der Volkswirtschaftler an der Kieler Universität - Professor Harms, und der Bonner Staatsrechtslehrer - Professor Richard Thoma. Alle geben ihrer Entrüstung über die Haltung des Senats der Breslauer Universität im Falle Cohn Ausdruck.

# Centralverein **Zeitungs**

Blätter für Deutschtum und Judentum. Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V.  
Allgemeine Zeitung des Judentums

Quartalsabonnements  
2.25 DM. (zusätzl. Bestellgeld).

Verlag und Schriftleitung: Berlin W 15, Emsler Str. 42. Fernsprecher: J 2 Oliva 5074.

Postfachkonto: Berlin 304 72. Bankkonto: Dresdner Bank, Postkontokasse H 2, Hohenzollernstraße 196.

Alleinige Anzeigenannahme: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin SW 100, und deren Filialen. Anzeigenpreise: 0,90 RM für die gespaltene Zeile nach Rudolf Mosse Normalzeilenmaß Nr. 4, Familienanzeigen und Stellengesuche (nicht Stellenangebote)

für Mitglieder des Centralvereins 0,45 RM, die 62 mm breite Melldruckzeile 3,50 RM.

## In der Regierungskrise

Rei. Während diese Zeilen geschrieben werden, häufen und überflürzen sich die Kombinationen über eine Lösung der Regierungskrise. Noch steht nicht fest, ob Hitler oder einige seiner Getreuen im künftigen Kabinett vertreten sein werden. Aber schon die Möglichkeit, daß die neue Regierung maßgeblich von der NSDAP beeinflusst sein könnte, und die Ansprüche, die Hitler wiederum auf die Führung dieser Regierung erhoben hat, haben in allen verfassungstreuen Kreisen des deutschen Volkes, also auch im Lager der deutschen Juden, zu ernster Diskussion geführt.

Man hat das zurückgetretene Kabinett von Papen als den Retter Deutschlands vor der Heberflutung durch den Nationalsozialismus gepriesen. Die historische Wahrheit gebietet die Feststellung, daß Herr von Papen und sein Kabinett zunächst ihre Aufgabe, im Gegensatz zu früheren Regierungen, in der Einschaltung des Nationalsozialismus in die Regierungsführung sahen.

Die Regierung von Papen bekam, als sie Hitlers Anspruch auf Alleinherrschaft ablehnte, den Dank vom Hause Hitler zu spüren, und sie hat sich im Gassenkampf, in den sie gezerzt wurde, gewehrt. Diese taktische Notwendigkeit aber ist etwas ganz anderes als die grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus. Die Pflicht zur gerechten Wertung gebietet aber auch uns die Feststellung, daß die Regierung von Papen antisemitische Entrechtungsansprüche der Nationalsozialisten stets zurückgewiesen hat. Mögen die aristokratischen Kreise, denen dieses Kabinett entstammte, Verständnis für die Auffassung des sogenannten kulturellen Antisemitismus haben und zu gesellschaftlicher Ablehnung der deutschen Juden neigen; „Juda verrede“ klingt in ihren Ohren als schrille Dissonanz, nur dazu angetan, die Harmonie des deutschen Wirtschaftslebens, das Ansehen Deutschlands im Auslande zu gefährden und die überzahlreichen inneren Konflikte noch um einen unnötigen zu vermehren.

Besorgt fragen manche Freunde, ob ein solcher Widerstand sich auch dann einschalten wird, wenn die neue Regierung Hitlersche Vertreter in maßgebender Stellung

ausweisen sollte. Die Diskussion führt von hier aus auch zur Erwägung des allen grundsätzlichen Streits, ob man der revolutionär durchgeführten antiparlamentarischen NSDAP überhaupt einen Teil der Staatsmacht ausliefern dürfe.

Die Gefahr eines Staatsstreichs, eines kühnen Hinausdrängens von nicht nationalsozialistischen Ministerkollegen, eine Nachahmung des faschistischen Vorbilds, scheint gegenwärtig gebannt. Seit dem Sommer dieses Jahres ist der fanatische Glaube an Hitlers magische Retterkraft erschüttert. Die „unüberwindliche Bewegung“ hat sich am 6. November als durchaus verwundbar gezeigt, gleichzeitig aber hat ein Kabinett, das sehr energisch und mit großen Machtansprüchen seine Regierungsdauer auf mindestens vier Jahre geschätzt hatte, binnen fünf Monaten dem Drängen der Volkskräfte weichen müssen. Derartige Entwicklungen müssen den Trägern der staatlichen Machtfunktionen zu denken geben. Deshalb ist nicht mit einem allzu bereiten Hinüberwechseln und Festlegen auf ein von Hitler zum Teil abhängiges Regime zu rechnen. Man weiß in den Berufsgruppen, die für eine Stabilisierung Hitlerscher Macht ausschlaggebend waren, um die Zeitbedingtheit der nationalsozialistischen Bewegung, und man unterschätzt nicht jene anderen zwei Drittel des deutschen Volkes, die sich am 6. November sehr deutlich gegen Hitler gestellt haben.

Diese Erwägungen werden auch bei den Nationalsozialisten eine Rolle spielen, wenn sie etwa, an der Regierungsverantwortung beteiligt, ihre billigen antisemitischen Forderungen zu Demonstrationsanträgen erheben sollten. Ueber diese taktische Rücksicht hinaus aber werden Koalitionsgenossen der NSDAP, aus grundsätzlicher Ablehnung und praktischer Erwägung sich von Wünschen distanzieren, die anstatt der notwendigen Beruhigung neue Aufpeitschung der Volksgegensätze zur Folge hätten. Diese realpolitische und nicht durch die Brille des unentwegten Optimismus gesehene Entwicklung führt zwingend zur Ablehnung jener Hebernerbosität, in der Gerüchtemacher und Verleumdungstheoretiker die Situation der deutschen Juden schwarz in schwarz malen.

## Zu den Breslauer Universitätsunruhen

Die grundsätzliche Bedeutung des Falles Cohn — Schritte des Centralvereins — Deutschnationale Studenten gegen nationalsozialistischen Terror

Die schweren Ausschreitungen, die sich ein kleiner Teil der Breslauer Studentenschaft gegen den jüdischen Ordinarius Professor Dr. Ernst Cohn hat zuschulden kommen lassen, müssen in diesen Blättern und vom Centralverein weniger vom polizeilichen Gesichtspunkt als von dem unserer verfassungsmäßigen Gleichberechtigung betrachtet werden. Wir zweifeln nicht daran, daß Rektor und Fakultät und ebenso die Polizei den guten Willen haben, die teilweise brutalen Ausschreitungen abzuwehren und das Abhalten der Vorlesungen Professor Cohns zu sichern, mag man auch im einzelnen an Maßnahmen oder deren Durchführung Kritik üben. Für uns deutsche Juden geht es um weit Höheres.

Es steht in Breslau zur Entscheidung, ob die verfassungsmäßige Gleichberechtigung im akademischen Lehramt für uns gilt oder nicht. Nichts kann gegen Professor Cohn vorgebracht werden als sein Jüdissein. Deshalb soll er gewaltsam an seinen Vorlesungen verhindert werden. Siegt solche brutale Handgreiflichkeit, so ist damit ein für uns entscheidender Absatz der Verfassung außer Kraft gesetzt.

Bei der grundsätzlichen Bedeutung dieser Angelegenheit hat der Syndikus des Centralvereins Dr. Alfred Wiener den Kurator der Universität, Regierungspräsidenten a. D. v. Bahrenfeld, in Breslau aufgesucht, nachdem in ausgiebiger Rücksprache mit unseren Breslauer Freunden Zweck und Ziel der zu unternehmenden Schritte festgestellt waren. Der Vorsitzende des Landesverbandes Niederschlesien des C. V., Dr. Apt, und Dr. Wiener besuchten den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, Graf Degenfeld. Sie trugen ihm die grundsätzliche Wichtigkeit des Falles vor. Der Oberpräsident hatte für diese Darlegungen durchaus Verständnis.

Am Montag, 21. November, hatten der Direktor des Centralvereins, Dr. Ludwig

## Roeckl-Handschuhe



27 eigene Filialen  
in allen grösseren  
Städten des Reiches

Holländer, und Syndikus Dr. Alfred Wiener eine Unterredung im preussischen Kultusministerium über den Breslauer Universitätsstreit.

Die inzwischen — wie aus den Tageszeitungen bekannt — erfolgte Berufung von Professor Cohn in die juristische Prüfungskommission beweist, daß die Behörden den Kampf gegen die verfassungswidrigen Bestrebungen der nationalsozialistischen Studentenschaft durchzuhalten bereit sind.

Bei der Wiedereröffnung der Universität am Mittwoch, dem 23. November, verteilte die Deutschnationale Jugendfront (Deutschnationale Studentenschaft) ein Flugblatt, in dem sie die nationalsozialistischen Studenten warnt; es wäre „unverantwortlich, die Kommissionen jetzt zum weiteren tätlichen Widerstand aufzufordern und damit ins Zuchthaus zu bringen“.

Weiter wird dem Nationalsozialistischen Studentenbund zum Vorwurf gemacht, daß er, obschon er die absolute Mehrheit im Vorstand und Kammer der Freien Breslauer Studentenschaft hatte, den Protest gegen Professor Cohn nicht gleich bei dessen Berufung eingeleitet habe; der nationalsozialistische Fraktion im Preussischen Landtag wird schließlich die Mitschuld an der Berufung von Professor Cohn zur Last gelegt — weil die Nationalsozialisten im Preussischen Landtag trotz des Drängens der Deutschnationalen versäumt hätten, rechtzeitig den preussischen Ministerpräsidenten zu wählen.

Das Flugblatt ist also ein deutliches Abblasen des tätlichen Widerstandes gegen die Vorlesungen Professor Cohns, zugleich aber auch die laute Bekundung, in der — sagen wir — geistigen Ablehnung von Professor Cohn fortzuführen. Daß die Nationalsozialisten und deren Presseorgane nicht diese Bahn betreten, sondern weitere Drohungen ausstoßen und insbesondere ihre Hoffnung auf eine neue Regierung setzen, die ihren Wünschen gefügiger ist, war zu erwarten.

### Warum „ausgerechnet der Jude Cohn“?

Die Nationalsozialisten haben im Preussischen Landtag eine Anfrage gestellt, warum „ausgerechnet dem Juden Cohn“ die Professur in Breslau gegeben worden sei. Nachstehende Erinnerungen geben die beste Antwort auf diese Frage:

Vielleicht ist als Epilog zu den Breslauer Vorgängen die Erinnerung angebracht, wieviel gerade Breslau seinen jüdischen Hochschullehrern verdankt; vorerst soll die philosophische Fakultät als markanter Beweis angeführt werden, in der fünf jüdische Ordinarien jahrzehntelang gleichzeitig wirkten, die zeitlebens ihr Wissen der Alma mater gewidmet hatten. Als leuchtender Stern am wissenschaftlichen Himmel gilt Ferdinand Cohn in der gesamten Kultur-

welt, der Gelehrte von Weltruf, der Begründer der Bakteriologie, der Stolz der Universität und der Stadt, die ihn zu ihren Ehrenbürgern zählte. — Der Mathematiker Jakob Lanes, dessen Wertschätzung im Kreise des Lehrkörpers in seiner Wahl zum Rektor Ausdruck fand und der später bei der Feier seines goldenen Doktorjubiläums durch ein Diplom ausgezeichnet wurde, aus dem sinngemäß die charakteristischen Schlusssätze hier wiedergegeben seien: „... Endlich haben Sie für das gesamte Leben unserer Universität, der Sie mit treuestem Heimatsgefühl anhängen, stets die tätige Teilnahme gezeigt. Geschäftskennntnis, ruhige Sachlichkeit und wohlwollende Gemüthlichkeit gegen jeden einzelnen, der der Förderung bedürftig und würdig war, das waren die Grundzüge Ihrer akademischen Tätigkeit, die sich besonders glänzend bewährten, als Sie mit Glück und Würde unseres höchsten Amtes walteten. Die Universität dankt für Ihre Dienste und freut sich Ihrer Persönlichkeit als eines Besitztums von hohem Wert. Möge die lebendige Wechselwirkung des freundschaftlichen und wissenschaftlichen Verkehrs, in dem Sie auch in Ihrem wohlverdienten Ruhestande mit vielen, auch jüngeren Kollegen geblieben sind, Ihnen und uns noch lange erhalten bleiben.“ — Jakob Caro, der Erforscher der Kolonien, der Philosoph und Spinoza-Forscher Jakob Freundthal, der Orientalist Siegmund Fraenkel, der Lehrer des jetzt amtierenden Rektors.

Der momentan als Kampflager dienenden juristischen Fakultät gehörte Jakob Friedrich Behrend an, der in Greifswald als erster Jude zum Rektor gewählt und, nachdem er an der Breslauer Universität einige Jahre gewirkt hatte, auch erstmalig als Jude an das Reichsgericht berufen wurde.

Aus der Reihe der jüdischen Mediziner, denen trotz anerkannter Bedeutung das Ordinariat vorenthalten blieb, sollen nur zwei Männer genannt werden — der bekannte Hermann Cohn, der in eigener Klinik hunderttausende von Augenkranken heilte, und der Ohrenarzt Jakob Gottstein, der ebenfalls in seiner auf eigene Kosten unterhaltenen Klinik unzählige Patienten behandelte.

Michael Fraenkel (Breslau).

### Rostocker Studentenschaft bricht die Reichsverfassung

Der Ausschuss der Rostocker Studentenschaft hat vor mehreren Wochen mit sieben Stimmen der Nationalsozialisten und zwei Stimmen der Korporationsvertreter gegen drei Stimmen der Stahlhelmschützen eine neue Verfassung für die Rostocker Studentenschaft angenommen. Die Satzung ist damit noch nicht in Kraft getreten, sie bedarf vielmehr noch der Genehmigung des akademischen Senats und des mecklenburgischen Staatsministeriums.

Diese Angelegenheit, die sich vorläufig nur auf die Universität Rostock bezieht, ist von besonderer Bedeutung. Die Deutsche Studentenschaft, jener nationalsozialistische Verein, der sich mit diesem Namen immer noch den Ansprüchen einer allgemeinen studentischen Vertretung gibt, will hier in Rostock mit gütiger Unterstützung des mecklenburgischen Ministerpräsidenten von Hitlers Gnaden den Versuch machen, sein neues Studentenrecht, das er auf dem Königsberger Studententag beschlossen hatte, in die Tat umzusetzen.

Nach § 1 dieses neuen Studentenrechtes bilden an sich die Studenten deutscher Abstammung die Studentenschaft; „fremdstämmige deutsche Staatsangehörige“ — insulgardeutsch überseht also die Juden — müssen erst einen besonderen Antrag stellen, um ihre Aufnahme zu erreichen. Man versucht mit dieser Formulierung, wie das der nationalsozialistische Vorsitzende der D. St., ein gewisser Gerhard Krüger, auch zugegeben hat, den Artikel 109 der Reichsverfassung bewußt zu umgehen.

Man hat hier einen neuen Weg gefunden, den Juden, wenn man sie schon nicht ganz ausschließen kann, doch zu zeigen, daß sie nur Menschen zweiter Klasse sind. Das Judenabzeichen des Mittelalters soll hier für unsere studierende Jugend in neuer Form eingeführt werden. Wir nehmen nicht an, daß das mecklenburgische Staatsministerium es wagen wird, diese Satzung in Kraft zu setzen und so einen deutlichen Verfassungsbruch zu begehen. Sollte es aber trotzdem geschehen, so werden wir gegen die Satzung mit aller Macht anzukämpfen wissen. — nes.

### „60 C. V.-Juden tagen“

Unter der Überschrift „60 C. V.-Juden tagen“ wartet „Der Nationalsozialist“ in Weimar, wenn auch verspätet, in großer Aufmerksamkeit mit einer Sensation auf, die also beginnt:

„Am 23. 9. 1932 tagten in einem Mühlenhäuser Lokal circa 60 Juden, die sich einen Redner aus Berlin verschrieben hatten. Kennzeichnend für die Zusammenkunft ist, daß die Juden ihren Raum nicht durch das Lokal aufsuchten, sondern durch eine Tür, die direkt in ihr Zimmer führte, in dieses gelangten, so daß die im Lokal befindlichen Gäste von der Tagung nichts merken konnten. Trotzdem gelang es einem Nationalsozialisten, den Vortrag zum Teil anzuhören.“

Der Referent des Abends, an dem sich fast die ganze Mühlenhäuser Gemeinde ein Stellchen gegeben hatte, war der Syndikus des Landesverbandes Mitteldeutschland, Arthur Schweriner, der mit der demagogischen und lägenhaften Kampfesweise der Nationalsozialisten abrechnete, so daß der Hörer an der Wand, wie alle Hörer, seine eigene Schand hören mußte. Kein Wunder, daß er seinem Parteiblatt das Gegenteil von dem mitgeteilt hat, was Schweriner gesagt hat, um dann mit geradezu „orientalischer Phantasie“ aus den Fingern Gefogenes hinzuzulügen. Während der unsichtbare „Berichterstatter“ aus seinem Versteck dem „Nationalsozialisten“ u. a. meldete, Schweriner habe gesagt: „Man müßte versuchen, die Sportverbände, speziell die Deutsche Turnerschaft, geübt zu erhalten, denn wenn wir Juden wollen, sind morgen diese Verbände pleite“, hat der Referent des Abends in Wirklichkeit eindringlich darauf hingewiesen, daß junge jüdische Menschen dort, wo sie in der Deutschen Turnerschaft mit ihren christlichen Rostockgenossen, ungetrübte durch den politischen Tageskampf, zusammen turnen können, nicht an die Gründung eines jüdischen Sportklubs gehen dürften.

Es verlohnte sich nicht, auf das Sammelstadium von böswilliger Erfindung und heterischer Lüge einzugehen, wenn dieser Vorfall in Mühlenhäuser nicht Anlaß gäbe, unsere Freunde in Stadt und Land vor den Hordern an der Wand bei unseren Veranstaltungen zu warnen. Nicht deshalb, weil wir nicht belauscht werden wollen. Was wir sagen, hat die Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Sondern weil wir die Ausführungen unserer Redner nicht unlässig lassen wollen. Unsere preisgegebene Berichterstattung kann das Unheil, das erlogene Berichterstattung anrichtet, nur zum geringen Teil wieder gutmachen. Die Nationalsozialisten sollten sich selbst zu schade sein, ihre Sensationen von solchen „Hordern“ zu beziehen! er.

### Im Kampf gegen die Lüge

Gewaltige Kundgebung des C. V. in Leipzig

In Leipzig fand am 21. November eine ungewöhnlich stark besuchte Protestversammlung der Ortsgruppe des C. V. gegen den nationalsozialistischen Wahlflugblattschwundel statt. Wir werden über diese Versammlung in der nächsten Nummer berichten.

# Um die Staatsautorität Die neue Wendung im „Fall Cohn“

Rei. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist reich in Versprechungen und arm an Erfolgen. Ihre Anhänger an den Universitäten aber sind tatendurstiger als die Führerschaft. Sie treiben im engen Rahmen ihres Wirkungsbereiches eigene Politik. Resolutionen genügen ihnen nicht mehr. Deshalb haben sie sich schon öfters vorgewagt, um den Universitätsbetrieb zu beeinflussen. Die zahlreichen Demonstrationen und Staudale sind bekannt. Berlin hat fast in jedem Semester der letzten zwei Jahre mindestens einmal Polizei in seinem Universitätsgebäude gesehen. Der Fall der Professoren Lessing, Dehn und Gumbel ist durch das unermüdliche Treiben der Studentenschaft zu einem wirklichen Fall dieser Universitätslehrer geworden.

Die Aktivität aber fordert neue Opfer. Jetzt ist der ordentliche Professor der Rechte Dr. Ernst Cohn in Breslau als Opfer anzusehen. An seinen wissenschaftlichen Qualitäten zu zweifeln hat die Studentenschaft, wenn ihr überhaupt ein Recht zur Kritik zustände, keinen Anlaß. Nach einer hervorragenden Laufbahn ist dieser Mann in jungen Jahren durch das Vertrauen der juristischen Fakultät zum ordentlichen Professor ernannt worden. Er ist auch kein „Parteibuchbehalter“. Er heißt nur Cohn, und er ist ein jüdischer Deutscher. Das genügt, gewisse Teile der Studentenschaft in Aufruhr zu bringen. Ihre Parteipresse schürt die Erregung, die bei manchem der randalierenden jungen Leute gewiß nicht eigenes tiefes Erlebnis ist. Man steht in der Menge, man läßt sich aufheben, so wie etwa im Sommer dieses Jahres die Weuthener Nationalsozialisten gegen das Polenparlament bis zur Pogromhebe aufgestachelt wurden.

Die staatlichen Gewalten nahmen die selbstverständliche Haltung ein, die Wahrer des Rechts allein vertreten können. Man hat sich in Weuthen der tobenden Menge nicht gefügt, und Kultusminister wie Rektor der Breslauer Universität bezogen sich bisher auch in Breslau den Protesten und Demonstrationen nicht. Selbst die deutschnationale Studentenschaft rückte in einem Flugblatt von dem Straßenradan ab, wenn sie auch entsprechend ihrem antisemitischen Parteiprogramm gegen die Erhebung eines jüdischen Deutschen auf den Professorenstuhl protestierte. Inzwischen kommt Professor Dr. Cohn seiner Lehrpflicht nach.

Die Angriffsweite eböt ab. Da wird am 22. Dezember in die Privatwohnung des Rektors durch die Fenster hindurch eine Klatche mit sinkender Flüssigkeit geschleudert. Der bejahrte Rektor und seine Gattin fühlen sich selbst in ihre persönliche Sphäre hinein von feigen Schandbuben verfolgt. Wenige Tage zuvor hatte die nationalsozialistische Landtagsfraktion eine große Anfrage an das Staatsministerium gerichtet und das Eintreten des Rektors „für seinen Freund Cohn“ scharf angegriffen. Am 23. Dezember veröffentlicht die mit den Nationalsozialisten sympathisierende „Schlesische Zeitung“ einen Artikel „Trojki oder der Kaiser?“. Sie greift Professor Cohn an, weil er sich zu einer Umfrage der Berliner überparteilichen Zeitung

„M. M. (Der Montag Morgen)“ geäußert hat.

So erlebt der durch das zermürbende, jedem kultivierten Menschen widerstrebende Strafengehen der Nationalsozialisten beeindruckte, durch die Anfrage der NS-Fraktion verlebte und durch das Attentat verständlicherweise schwer erschütterte Rektor einen neuen Vorstoß, und zwar von einem Matke, dessen politischer Richtung zahlreiche Universitätsprofessoren nahesteht. Es ist nicht mehr die alte antisemitische Argumentation, gegen deren Durchsetzung der Rektor bisher Widerstand geleistet hat. Jetzt ist der Angriff auf das politische Gebiet hinübergetragen. Professor Cohn habe seine Parteiflagge gezeigt, indem er für den Kommunisten Trojki eingetreten sei. (Professor Cohn hat sich übrigens nie um Politik gekümmert, und er ist nie parteipolitisch hervorgetreten.)

## ... durch Schicksal Deutscher / Stapel über Düsterberg

Als alles davon sprach, sich entkräftete oder befügte, je nach politischem Temperament — vor allem aber: als sich daran die politische Käufsucht entzündete und Beteiligten und Unbeteiligten ein lässliches Schauspiel bot, da haben wir geschwiegen. Jetzt, da Schweigen eingetreten ist in der größeren Öffentlichkeit, halten wir es für unsere Pflicht zu sprechen: es handelt sich um den Fall Düsterberg.

Die Tatsachen sind so bekannt, daß eine Wiederholung sich fast erübrigt. Es hat sich herausgestellt, daß des Stahlhelmführers Düsterberg Großvater Jude gewesen ist. Düsterberg soll es nicht gewußt haben. Die Entdeckung, die von den Nationalsozialisten zu einer unerhörten Heke gegen den verhassten Nebenspieler ausgenutzt wurde, habe ihn so getroffen, daß er vorübergehend gesundheitlich niedergeworfen worden sei. So und ähnlich berichteten die ihm nahestehenden Mütter.

Mit vollem Bewußtsein haben wir uns in das Kleinfache für und Wider nicht eingemischt. Gleich fern lagen uns die nach so mancher Wegebenheit vielleicht verständliche Gesetze der Schandenfreude wie die Haltung billigen Triumpfes oder offener Feindseligkeit. Wir mieden die Sensation, weil wir ihrer weder zum Kampf noch zur Bestätigung längst gewünschter Wahrheiten bedürften. Zwar mußten wir nicht, daß der Führer des Stahlhelms, der Präsidentschaftskandidat Düsterberg, jüdisches Blut in den Adern hat; aber wir mußten, daß so etwas möglich ist, daß das große Stammen über die Entdeckung viel mehr einer blinden Vereingommenheit als einer wahren Erkenntnis der Dinge entsprang. Vorüber stante man? Darüber, daß ein deutscher Führer, ein Soldat sich plötzlich als Judenstammeling entpuppte. Ist so etwas Anlaß zum Stammen auch für uns? Kommt uns so etwas dazu führen, einen Menschen als entehrt anzusehen oder ihn über stärkste Demüßnisse gefühlsmäßiger und reflektoriischer Art hinweg mit einem „Und doch!“ weiter anzuerkennen? Keins von beiden: in unseren Augen ist die Entdeckung zutiefst uninteressant.

Interessant wird sie erst durch ihre bezeichnende bzw. widerlegende Rolle im Streit der

Wir wissen nicht, ob Rektor und Senat den Wortlaut in der Zeitung „M. M.“ geprüft haben, ehe sie zu ihrem unverständlichen Entschluß gekommen sind. Wir wissen auch nicht, ob bewährte Treiber hinter den Kulissen aus der Mensurierung Professor Cohns eine Staatsaktion gemacht und Rektor und Senat zu dem verhängnisvollen Beschluß gedrängt haben, den sie — ein ungewöhnliches Verhalten — sofort der Presse übergaben. Er lautet:

„Rektor und Senat halten es für ihre wichtigste Pflicht, die akademische Lehrfreiheit unbedingt zu schützen. Deshalb sind sie mit aller Entschiedenheit für die unbedingte Lehrfähigkeit des Professors Cohn eingetreten. Es wäre eine selbstverständliche Pflicht des Professors Cohn gewesen, unter den besonderen Verhältnissen unserer Universität alles zu vermeiden, was zu einer weiteren Verschärfung der Lage führen konnte. Leider hat Professor Cohn diese pflichtgemäße Zurückhaltung durch sein unnötiges Hervortreten in einer unzutreffenden politischen Frage vermissen lassen. Deshalb halten Rektor und Senat eine weitere Lehrfähigkeit des Professors Cohn an unserer schlesischen Universität im Interesse der Auf-

Meinungen. Und hier verdient vor allem die Stellungnahme des „Deutschen Volkstums“ Beachtung, dem das Ringen um seinen Standpunkt sichtlich besonders schwer geworden ist.

„Düsterberg ist nicht völlig Antideutscher?“ schreibt es. „Aber er ist völlig Schicksalsdeutscher. Gott entscheidet durch das Blut, er entscheidet auch durch das Schicksal. Wir nehmen diese Entscheidung an: Düsterberg ist ein Deutscher.“

Wir haben dieser Entscheidung nichts hinzuzusetzen. Mit ihr übernimmt das „Deutsche Volkstum“ unsere Auffassung von dem Wesen des Volkstums. Denn hier tut das Faktum der Blutmischung nichts zur Sache. Frage ist einzig und allein: Gibt es eine Instanz, höher als die Zusammensetzung des Blutes, die über die Zugehörigkeit zu einer Volksgemeinschaft entscheidet? Das „Deutsche Volkstum“ antwortet, was wir immer geantwortet haben: „Ja! Schicksal und Wille!“ Mag sein, daß im Falle Düsterberg, das Schicksal im Sinne des „Deutschen Volkstums“ besonders eidentig entschieden hat, weil ja das „Deutsche Volkstum“ eine ganz merkwürdige und höchst gewalttätige einseitige Auffassung vom Wesen des deutschen Volkes hat, eine Auffassung, der Düsterbergs Schicksal in besonderem Maße entspricht. Es gibt andere Auffassungen vom deutschen Wesen, nicht minder „deutsch“ und nicht minder echt; in sie schicksals- und willensmäßig hineinzuwachsen, bedeutet nicht weniger Entscheidung für deutsche Volkzugehörigkeit als eine zufällige Hingabe an eine Deutlichkeit des Militarismus und politischen Konservatismus, die ganz bestimmt nicht den Namen der Deutscherheit schlechthin verdient.

Das „Deutsche Volkstum“, richtunggebend für einen großen Teil der nationalistischen Jugend, hat einen bedeutsamen Schritt vorwärts getan. Die Zukunft wird erweisen, ob es auf dem neu eroberten Platz stehenbleibt, auch wenn er ihm nicht mehr augenblicklichen Vorteil verbürgt.

Dr. E. R.-J.

rechterhaltung der Ordnung und eines ungestörten Lehrbetriebes für nicht tragbar."

Weil Professor Cohn also zu einer „politisch umstrittenen Frage“ Stellung genommen hat, hat er seine „pflichtgemäße“ Zurückhaltung gebrochen und ist „nicht mehr tragbar“. Wir könnten der Breslauer Universität sehr zahlreiche Fälle nennen, in denen Breslauer Professoren ihre pflichtgemäße Zurückhaltung in politischen Fragen wirklich haben vermissen lassen, ohne daß die Universität dagegen eingeschritten wäre.

Was hat Professor Cohn nun wirklich getan?

Der „Montag Morgen“ erkundigt sich bei bekannten Persönlichkeiten über ihre Einstellung zu dem Problem. Nichtrecht für den von den Kommunisten aus Rußland ausgewiesenen Trocki. Es antworteten der rechtsstehende Politiker Hans Behrer, der rechtsradikale Kapitänleutnant v. Ehrhardt, der frühere Nationalsozialist Dr. Otto Straßer, der Gesandte a. D. von Hindenburg, der Staatsminister Karl Severing, einige Künstler und Schriftsteller, und auch Professor Cohn äußert sich:

„Die Frage gehört zu den sehr zahlreichen Fragen, die kein sachlich Denkender ohne sorgfältigste Prüfung einer Reihe von Umständen zu beantworten vermag. Insbesondere dürfte es von Wichtigkeit erscheinen zu wissen, welche Erfahrungen die Länder, in denen sich Trocki bisher aufhielt, mit ihm und seiner Tätigkeit gemacht haben. Ein geistiger Arbeiter wird stets schutzwürdig erscheinen, an Agitatoren und Kurpolitikern haben wir wahrhaftig keinen Mangel.“

Diese Äußerung des Professors Cohn wird dem Blatt, das ihn zur Stellungnahme auffordert und dessen Anfrage er nicht unhöflich beantwortet will, telephonisch durchgegeben. Es schleichen sich zwei Hörfehler ein. Professor Cohn hat nämlich nur erklärt, „ein geistiger Arbeiter kann schutzwürdig erscheinen; an Agitatoren und Kurpolitikern haben wir dagegen wahrhaftig keinen Mangel“.

Diese Erklärung ist weder politisch, noch ist sie überhaupt eine Stellungnahme. Sie lehrt lediglich in einer Gegenüberstellung die grundsätzlichen Voraussetzungen hervor, die eine objektive Entscheidung erfordern. Die Entscheidung selbst wird von Professor Cohn nicht getroffen.

Wie eine derartig harmlose Erklärung eine „Verschärfung der Lage an der Universität Breslau“ herbeiführen soll, ist dem objektiven Betrachter unersichtlich. Diese Verschärfung ist auch gar nicht in Erscheinung getreten. Denn die Studenten haben gegen sie nicht randaliert, obwohl der „M. M.“ wohl auch in Breslau taatslang bekannt war, ehe die „Schlesische Zeitung“ ihn zum Anlaß ihrer Polemik nahm. Man wäre fast, weil sich wirklich objektive Gründe für eine derartige schiefe und scharfe Beurteilung der „M. M.“-Äußerung nicht finden lassen, zu behaupten geneigt: diese Bemerkung kam sehr gelegen. Sehr gelegen den Treibern, die aus irgendwelchen politischen oder anderen Motiven an der Breslauer Universität Ruhe nicht aufkommen lassen wollten.

Ziel bedauerlich, daß sich Rektor und Senat zu einem derartig übereilten und grundlosen Beschluß haben bestimmen lassen. Sie werden ihn hoffentlich als Männer der Wissenschaft, die gewohnt sind, nach Objektivität und Gerechtigkeit zu streben, nun-

mehr überprüfen und auch den Mut finden, ihren Ferkum einzugestehen.

Völlig unverständlich aber wäre es, wenn die Instanzen, in deren Hand die Wahrung der Staatsautorität gelegt ist, ihre objektive Haltung durch die grundlose Behauptung einer „Pflichtverletzung“ beeinflussen lassen wollten. Wir können uns nicht denken, daß das Kultusministerium, das seine Entschlüsse in ruhiger Objektivität ein an nicht unter dem Eindruck von Klatschenattentaten zu treffen hat, die Autorität des Rechts und des Staates nicht auch

in diesem Falle durchsetzen wird.

Der Fall Cohn steht für jeden, der objektiv zu prüfen gewillt ist, eindeutig als künstliche Konstruktion fest. Jetzt geht es um mehr! Nämlich um die Frage, ob der Staat noch gewillt und in der Lage ist, sich durchzusetzen, er, dessen gegenwärtige Vertreter das autoritative Prinzip so besonders hoch werten. Der Fall Cohn wird zum Prüfstein für die Festigkeit preussischer Staatsautorität gegenüber einer Bewegung, die wahrscheinlich in nicht zu fernem Zeit keine Bewegung mehr sein wird.

## Und wieder einmal das Ritualmordmärchen

Ekelhafte Ausnutzung eines Mordes zu politischer Hetze

Sonderbericht für die „E. V. Zeitung“

Rastenburg, 21. Dezember 1932.

„Ritualmord in Rastenburg?“, so lautet die Überschrift eines Artikels der in Königsberg i. Pr. erscheinenden Nationalsozialistischen „Preussischen Zeitung“, Nr. 279, vom 20. Dezember 1932. In diesem Artikel wird ein an einem Kinde begangenes schändliches Verbrechen dazu benutzt, das „alle Märchen vom Ritualmord“ aufzufrischen. Folgender Tatbestand gab Anlaß zu dem Gerücht:

Als am Abend des 6. Dezember der achtjährige Sohn des Schlossers Gasse aus der Ausburger Straße in Rastenburg nicht nach Hause kam, alarmierten die besorgten Eltern die Polizei. Am Mittwoch morgen fand ein des Weges kommender Arbeiter in einer Ackerfurche nahe der Stadt den kleinen Benno Gasse mit durchschnittenen Adern. In christlichen wie in jüdischen Kreisen löste diese Tat nach ihrem Bekanntwerden einen selbstverständlichen Abscheu aus sowie tiefstes Mitleid mit den Eltern, insbesondere mit der Mutter, welche einer Niederkunft entgegensteht. Nieberhaft arbeitet seitdem die hiesige Polizei unter Hinzuziehung einiger Spezialisten an der Aufklärung des Mordes. Doch bis jetzt leider vergebens. Es hatte in der Nacht nach dem Verbrechen dauernd geschneit und gestürmt, so daß die polizeilichen Ermittlungen sehr erschwert wurden. Wie die Obduktion der Leiche ergab, ist der Tod durch großen Blutverlust eingetreten.

Nur nach dem Bekanntwerden der Tat setzten Gerüchte ein, daß es sich wohl um einen „Ritualmord“ handeln müßte. Obwohl es uns Rastenburgern Juden klar war, von welcher Seite solche Gerüchte in das Volk getragen werden, fühlten wir uns nicht veranlaßt, hierzu Stellung zu nehmen, da wir zu der Wissenschaft und Objektivität der Behörden das Vertrauen haben, daß sie wissen, daß es einen Ritualmord tatsächlich nicht gibt.

Wir schwiegen auch noch, um die Ermittlungen der Polizei nicht zu stören, als der jüdische Händler N. von interessierter Seite des Mordes verdächtig und amtlich vernommen wurde. Es handelt sich hier um einen Menschen, von dem selbst die „Preussische Zeitung“ schreibt, daß er wegen seiner körperlichen Schwäche als Täter nicht in Frage kommt, den „sie“ aber als eventuellen Zutreiber betrachtet. Selbstverständlich konnte N. sein Alibi einwandfrei nachweisen. Er ist, wie gesagt, ein Mensch mit nicht nur schwachen, sondern man kann sagen kranken Nerven; seine Geistesanlagen sind nicht höher als die des achtjährigen Ermordeten zu bewerten. So nahm er sich die Verdächtigung mehr als jeder andere zu Herzen und meinte, die „Schande“, als welche die Vernehmung nun in seiner krankhaften Einbildung riesengroß dastand, nicht überleben zu können. So griff er unmittelbar nach seiner Vernehmung zum Gashahn. Ein Glück, daß er am Leben blieb. Es ist gar nicht auszudenken, welche Phantasien die nationalsozialistische Presse im Falle seines Todes entwickelt hätte.

Alles, was die „Preussische Zeitung“ sonst noch zur „Sache“ brachte, sind mehr oder weniger Vermutungen und der bei solchen Anlässen übliche Stabtsch. Nur nimmt es wunder, daß sie hierbei die hauptsächlichste Vermutung, ob bewußt oder unbewußt, möchte ich dahinstellen sein lassen, verschweigt. Ist es wirklich so, daß außer den von der „Preussischen Zeitung“ angeführten Motiven, welche nicht in Frage kommen

sollen, nämlich: finanzielle Vorteile, Racheakt und Lustmord, keine andere Motive vorhanden sind? Ich möchte an die „Preussische Zeitung“ einige bescheidene Fragen stellen:

Im dem Berichterstatter der „Preussischen Zeitung“ nicht bekannt, daß es vor der Ermordung des kleinen Gasse im Hause, wo seine Eltern wohnen, in kurzer Zeit zweimal brannte, der Brand aber noch immer rechtzeitig erlosch?

Daß es am Sonnabend, den 18. Dezember d. J., daselbst zum drittenmal brannte und ein größeres Unglück nur durch das euerische Eingreifen der Feuerwehre verhindert wurde?

Daß sich in der Stadt Rastenburg hartnäckig das Gerücht erhält, der kleine Bruno Gasse habe einmal die Feuerung fallen lassen, daß er wüßte, wer die Brandstiftungen verübt habe?

Daß man sich also wohl fragen muß, ob nicht jemand das Motiv hatte, einen unbewussten Mitwisser aus dem Wege zu schaffen?

Der E. V. hat sogleich nach Erscheinen des Artikels in der „Preussischen Zeitung“ den christlichen Direktor des Königsberger Gerichtsmedizinischen Universitäts-Instituts, Prof. Dr. Rippe, welcher die Leichenöffnung im Falle Gasse ausgeführt hat, gebeten, sich zu dem Ritualmordverdacht zu äußern. Professor Rippe hat erklärt, daß ein jüdischer Ritualmord in der gesamten Gerichtsmedizin der Welt niemals festgestellt worden ist. Ein dahingehendes Gutachten sei auch von seinem Lehrer und Vorgänger, Prof. Dr. Puppe, erstattet worden.

Der Landesverband Ostpreußen des E. V., der seinen Syndikus Sabahn sofort an Ort und Stelle gesandt hatte, und die Ortsgruppe Rastenburg des E. V. haben zusammen alles unternommen, was zur Aufklärung und Beruhigung der Bevölkerung dienen kann. Der ostpreussischen Presse, insbesondere aber der Rastenburg, wurde eine Erklärung abgegeben, in der nicht nur auf die wissenschaftlichen Erklärungen der Professoren Rippe und Puppe Bezug genommen, sondern auch auf ein Gutachten des kürzlich verstorbenen, verdienten Professors der evangelischen Theologie an der Königsberger Universität, Dr. Max Lühr, hingewiesen wurde. Vom christlichen theologischen Standpunkte aus betrachtet Lühr das Ritualmordgerücht als einen mittelalterlichen Aberglauben. Weiterhin hat die Instanzpressestelle der ostpreussischen, insbesondere der Rastenburg, Presse eine Mitteilung zur Veröffentlichung zugehen lassen, in welcher die „Tatbestandsausführungen“ der „Preussischen Zeitung“ durch diese amtliche Feststellung als unwahr erkannt und der Verdacht eines Ritualmordes als völlig unbegründet bezeichnet worden ist. Die „Preussische Zeitung“ hat es natürlich nicht für nötig gefunden, diese Erklärung der Instanzpressestelle abzudrucken.

R. Wache.

→ Unverändert  
schickte  
67 Riverside Drive, New York, N.Y. 10024  
Mitgebracht  
12

(10)  
26. Oktober 1973  
10

Frau Dr. Susanne Miller  
Saarweg 6  
53 Bonn

Liebe Frau Susie,

inzwischen sind nun auch die Zeitungsausschnitte ueber Carl Schmitt angekommen. Ich danke Ihnen herzlich fuer Ihre Bemuehungen darum. Der Artikel von Fromme konnte wirklich Entsetzen erregen. Den richtigen Schmitt schildern weder Fromme noch Leibholz und Cohn einwandfrei. Der Antisemitismus blieb bei ihm konstant waehrend seines ganzen Lebens, schon von einer Jugendarbeit an. Im uebrigen hat er sich vom Nationalsozialismus ~~des~~ 1932 fern gehalten und das autoritaere System Hindenburgs und seiner korrupten Berater vorgezogen und eine Theorie daraus gemacht. Erst 1933 hat er sich dem Nationalsozialismus ergeben, und dann mit aller Wucht. Von der Verherrlichung von Preuss ist nichts uebrig geblieben.

Cohn schreibt sehr entschieden ueber den "Hochverrat an hoechsten Werten". Ich stehe allem, was er schreibt, mit gemischten Gefuehlen gegenueber und habe dies auch Robert Weltsch geschrieben, als er im letzten Yearbook des Leo Baeck Instituts einen Aufsatz von ihm ueber drei juedische Juristen publiziert hat. Er ist ein Talent doch kein Charakter, was ich in Breslau 1932 aus unmittelbarer Naehae beobachten konnte, als Studenten, Rektor und Senat der Universitaet sich gegen ihn wandten. Seine Stellungnahme zum Asylrecht fuer Trotzki zeugte von recht geringem Mut; Stampfer, der oft sehr diplomatisch war, hat in einer frueheren Zeit sehr mutig fuer das Recht Trotzki auf Asyl gesprochen und geschrieben.

Soeben hat Kissinger seine Pressekonferenz gegeben. Es ist eine sorgenvolle Zeit, fuer uns alle und besonders fuer Israel. Ueber Einzelheiten zu schreiben hat im gegenwaertigen Augenblick, in dem die Situation sich stuendlich aendert, keinen Sinn, aber es ist fuerchterlich sich sagen zu muessen, wie stark die innerpolitische Moral durch Nixon in einem Augenblick erschuettert ist, in dem ein Hoechstmass davon zum Einsatz der Macht der USA aussenpolitisch erforderlich waere.

Viele herzliche Gruesse auch von meiner Frau

Ihr

# LEO BAECK INSTITUTE

JERUSALEM · LONDON · NEW YORK

4 DEVONSHIRE STREET  
LONDON WIN 2BH  
01-580 3493

11. Mai 1971

Dr. Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York  
N.Y. 10024

Lieber Herr Dr. Hamburger,

besten Dank für Ihre Briefe vom 28. April und 5. Mai. Ich bin erst vor wenigen Tagen wieder aufgestanden und konnte leider Ihre beiden Anfragen bei Professor Cohn und Ministerialrat Schönbeck noch nicht sofort erledigen, zuerst waren die Sitzungen usw. Es ist mir auch nicht gelungen, sofort die beiden Herren zu erwischen, aber wir werden das baldmöglichst erledigen und schlimmstenfalls Ihnen die beiden Auskünfte nach Deutschland oder in die Schweiz senden.

Zu Ihrer Meinungsäußerung über den Eschwege-Aufsatz muß ich sagen, daß ich wohl in erster Linie für seine Aufnahme verantwortlich war - ich habe ja auch die redaktionelle Einleitung dazu geschrieben. Über die wissenschaftlichen Mängel der Arbeit war ich mir selbst klar. Daß die Listen nicht sorgfältig genug waren, habe ich auch gesehen. Es ist teilweise dadurch zu erklären, daß die Quellen im Westen Herrn Eschwege verschlossen waren. Auch wir haben redaktionell klar gestellt, daß es sich hier teilweise um Verfolgung und nicht um Widerstand handelt. Andererseits glaube ich, daß es richtig war, einer englisch-sprechenden Welt hier wohl zum ersten Mal etwas über den Widerstand junger jüdischer Menschen, vor allen Dingen im Kriege, zu berichten. Ich dachte auch daran, Berichtigungen, Ergänzungen und notfalls Kritik in der 'Korrespondenz' des Jahrbuchs XVI zu bringen, denn wir haben bereits einige Informationen erhalten. Vielleicht möchten Sie sich auch dazu äussern, ganz abgesehen davon, daß wir uns ja evtl. im Sommer sehen werden und darüber sprechen können.

Daher zum Letzten. Was Sie vorschlagen, scheint sehr geeignet. Wir dachten etwa an Ende Juli. Allerdings wäre ein Treffen in ganz kleinem Kreise geplant, an dem vor allem Sie und die Herren Mosse, Leschnitzer und Vierhaus teilnehmen würden, evtl. auch Jochmann und ich. Jedenfalls können wir nicht alle beteiligten Herren versammeln, auch aus finanziellen Gründen, ganz abgesehen davon, daß viele zu diesem Zeitpunkt sehr weit entfernt von der Schweiz sein werden.

Ich hoffe, also bald wieder von Ihnen zu hören und Ihre Adresse bis Mitte Juli zu erfahren

Herzliche Grüße

Ihr Arnold Paucker  
Arnold Paucker

## Eduard Fraenkel zum Gedenken

Bei älteren und jüngeren Altphilologen der deutschen Schweiz, mögen sie an Gymnasien oder Universitäten wirken, hat die Kunde vom Hinschied Eduard Fraenkels Gefühle herzlicher Trauer und dankbarer Erinnerung hervorgerufen. Es war in jenen Tagen anfangs Februar nicht leicht, aus Oxford genaue Nachrichten zu erhalten, war doch das Haus an der Museum Road mit einemmal verwaist, da Fraenkel seiner Gattin innert weniger Stunden in den Tod nachgefolgt ist. Wer je in Deutschland oder in England die Bekanntschaft der beiden machen und ihre hochherzige Gastfreundschaft erleben durfte, weiß, daß hier die unerbittliche Krankheit des einen und die Resignation des anderen sich zum Abschluß einer Lebensgemeinschaft vereinigt haben, die gekennzeichnet war durch tiefes gegenseitiges Verständnis und die aufopfernde Hilfe der Frau für den tätigen Mann.

Als Fraenkel (geboren 1888) nach dem Studium und der Habilitation in Göttingen und Berlin, dort gefördert im besonderen von Friedrich Leo und hier beeinflusst auch noch von U. von Wilamowitz-Moellendorff, zu seiner ersten Professur nach Kiel kam, begann gleich eine proreptische Wirkung auszustrahlen. Die lateinischen Studien neu begründet und betrieben! Zur studentischen Jugend, die von dieser Fama in die Ostseestadt gelockt wurde, gehörten nicht wenige Kommilitonen schweizerischer Universitäten. Was damals Aufsehen machte, war eine kleine Schrift über die Bedeutung des römisch-lateinischen Altertums für den gymnasialen Unterricht: mehr noch als die lateinische Literatur habe uns Roms Staatlichkeit und Kultur, wie sie sich in den geschichtlichen Jahrhunderten so eindrücklich manifestieren, etwas zu sagen. Fraenkel war nicht der einzige, der solches dachte, aber derjenige, der die neue Losung deutlicher als die anderen verkündet hat. Mochte die Schrift von ihrem eigenen Verfasser später angezweifelt und verworfen werden, einzelne Anregungen sind von ihr aus in die Entwicklung der Altertumswissenschaft des deutschen Sprachgebietes eingegangen. Stärker noch gilt dies für die erste große Publikation rein wissenschaftlichen Einschlages, das Buch mit dem treffsicheren Titel «Plautinisches im Plautus». Eine Originalität des frühesten uns mit ganzen Werken erhaltenen römischen Autors, der als Komiker griechische Vorbildstücke ins Lateinische umgesetzt hat, wurde hier aufgezeigt; eine Originalität, die nicht nur von der persönlichen Begabung eines unbekümmerten Theaterpraktikers herrührte, sondern auch von einer angestammten Intuition auf dem Gebiet lateinischer Sprache, italischen Witzes und römischer Musikalität.

Die nächsten akademischen Etappen waren Göttingen und nochmals weiter südlich Freiburg im Breisgau, wo dann der Ausbruch der nationalsozialistischen Herrschaft ein gewaltsames Aufhören bringen sollte. Mehr noch als im Unterricht weiteten sich in den Veröffentlichungen nunmehr die Themata aus. Sie betrafen große

Gebiete der lateinischen Literatur, etwas mehr wohl diejenige der republikanischen Epoche als die der kaiserzeitlichen Jahrhunderte und etwas mehr ihre poetischen Sparten als den prosaischen Teil (hier aber das juristische Schrifttum nicht vergessen). Doch gehörte zu Fraenkels Philologie (welchen Begriff er je länger desto strenger aufgefaßt wissen wollte) ganz selbstverständlich auch das Griechische. Seine hauptsächlichliche Neigung galt dem attischen Drama, der Tragödie sowohl wie der Komödie. Erst in späterer Zeit reifte die Frucht jahrzehntelangen Umganges mit den Werken des Aeschylus in der monumentalen kommentierten Ausgabe des «Agamemnon». Im Kommentarteil dieser Edition erweist sich aufs schönste Fraenkels Interpretationskunst, die das Sprachlich-Stilistische gleichwertig neben das Textliche und Inhaltliche treten läßt; nicht bei-läufig sind großen Kennern der beiden antiken Idiome, Jacob Wackernagel und Wilhelm Schulze, Fraenkelsche Publikationen, die hauptsächlich sprachliche Probleme behandeln, gewidmet.

Fraenkel war einer der frühesten Emigranten deutscher Hochschulen, und es spricht für das Ansehen des noch nicht Fünfzigjährigen, daß er auf die latinistische Oxforder Professur, die mit dem Corpus Christi College verbunden ist, geholt wurde. Ob er den erzwungenen Weggang aus Deutschland innerlich je ganz überwunden hat — gleichviel, die andere Art akademischen Lebens und Unterrichts hat ihn in England weiterhin ein fruchtbares Arbeiten und einen keineswegs geringeren Einfluß auf die Jugend entfalten lassen. Ja, von Oxford aus ist er, nach seinem Rücktritt vom Amt, einem humanistischen Wandergelehrten gleich immer wieder zu Gastwochen und Gastsemestern aufgebrochen, nach dem schweizerischen Freiburg, wo eine zweite Generation von Philologen unseres Landes ihn hörte, und öfter noch nach Pisa und Bari. Mit Italien war er von seiner Jugend an dermaßen verbunden und vertraut, daß er das Italienische mühelos beherrschte, und so konnte er denn seit dem Wechsel nach England dreisprachig doziern und publizieren. Von ihm zu sagen, er habe eine Reihe jüngerer Forscher der italienischen Altertumswissenschaft mitherangebildet, ist nicht zu hoch gegriffen.

Eine Lebenssumme hat Fraenkel in seinem Horaz-Buch gezogen, das 1957 englisch erschienen ist: keine systematische und vollständige Darstellung nach diesen oder jenen biographischen oder literarischen Gesichtspunkten, sondern die Erläuterung eines Großteils der Gedichte aller horazischen Gattungen und eine Besprechung einzelner Gedichtbücher, doch dies so, daß wir nicht Stückwerk vor uns haben, sondern ein ganzes Bild bekommen. Was wir schon für den Agamemnon-Kommentar bemerkten und für das Plautus-Buch hätten dartun können, scheint im «Horace» vollendet: Fraenkel als einer der interpres optimi in unserer Wissenschaft vom klassischen Altertum! Unter diesem Nenner wird sein Andenken dauernden Bestand haben.

Heinz Hafner

Fernausgabe Nr. 71

11. März 1970



Emmangabe Nr. 71

11. März 1940.

### Eduard Fraenkel zum Gedenken

Bei älteren und jüngeren Altphilologen der deutschen Schweiz, mögen sie an Gymnasien oder Universitäten wirken, hat die Kunde vom Hinschied Eduard Fraenkels Gefühle herzlicher Trauer und dankbarer Erinnerung hervorgerufen. Es war in jenen Tagen anfangs Februar nicht leicht, aus Oxford genaue Nachrichten zu erhalten, war doch das Haus an der Museum Road mit einemmal verwaist, da Fraenkel seiner Gattin innert weniger Stunden in den Tod nachgefolgt ist. Wer je in Deutschland oder in England die Bekanntschaft der beiden machen und ihre hochherzige Gastfreundschaft erleben durfte, weiß, daß hier die unerbittliche Krankheit des einen und die Resignation des anderen sich zum Abschluß einer Lebensgemeinschaft vereinigt haben, die gekennzeichnet war durch tiefes gegenseitiges Verständnis und die aufopfernde Hilfe der Frau für den tätigen Mann.

Als Fraenkel (geboren 1888) nach dem Studium und der Habilitation in Göttingen und Berlin, dort gefördert im besonderen von Friedrich Leo und hier beeinflusst auch noch von U. von Wilamowitz-Moellendorf, zu seiner ersten Professur nach Kiew kam, begann gleich eine proreptische Wirkung auszustrahlen. Die lateinischen Studien neu begründet und betrieben! Zur studentischen Jugend, die von dieser Fama in die Ostseestadt gelockt wurde, gehörten nicht wenige Kommilitonen schweizerischer Universitäten. Was damals Aufsehen machte, war eine kleine Schrift über die Bedeutung des römisch-lateinischen Altertums für den gymnasialen Unterricht: mehr noch als die lateinische Literatur habe uns Roms Staatlichkeit und Kultur, wie sie sich in den geschichtlichen Jahrhunderten so eindrücklich manifestieren, etwas zu sagen. Fraenkel war nicht der einzige, der solches dachte, aber derjenige, der die neue Losung deutlicher als die anderen verkündet hat. Mochte die Schrift von ihrem eigenen Verfasser später angezweifelt und verworfen werden, einzelne Anregungen sind von ihr aus in die Entwicklung der Altertumswissenschaft des deutschen Sprachgebietes eingegangen. Stärker noch gilt dies für die erste große Publikation rein wissenschaftlichen Einschlags, das Buch mit dem treffsicheren Titel «Plautinisches im Plautus». Eine Originalität des frühesten uns mit ganzen Werken erhaltenen römischen Autors, der als Komiker griechische Vorbildstücke ins Lateinische umgesetzt hat, wurde hier aufgezeigt; eine Originalität, die nicht nur von der persönlichen Begabung eines unbekümmerten Theaterpraktikers herrührte, sondern auch von einer angestammten Intuition auf dem Gebiet lateinischer Sprache, italischen Witzes und römischer Musikalität.

Die nächsten akademischen Etappen waren Göttingen und nochmals weiter südlich Freiburg im Breisgau, wo dann der Ausbruch der nationalsozialistischen Herrschaft ein gewaltsames Aufhören bringen sollte. Mehr noch als im Unterricht weiteten sich in den Veröffentlichungen nunmehr die Themata aus. Sie betrafen große

Gebiete der lateinischen Literatur, etwas mehr wohl diejenige der republikanischen Epoche als die der kaiserzeitlichen Jahrhunderte und etwas mehr ihre poetischen Sparten als den prosaischen Teil (hier aber das juristische Schrifttum nicht vergessen). Doch gehörte zu Fraenkels Philologie (welchen Begriff er je länger desto strenger aufgefaßt wissen wollte) ganz selbstverständlich auch das Griechische. Seine hauptsächlichste Neigung galt dem attischen Drama, der Tragödie sowohl wie der Komödie. Erst in späterer Zeit reifte die Frucht jahrzehntelangen Umganges mit den Werken des Aeschylus in der monumentalen kommentierten Ausgabe des «Agamemnon». Im Kommentarteil dieser Edition verweist sich aufs schönste Fraenkels Interpretationskunst, die das Sprachlich-Stilistische gleichwertig neben das Textliche und Inhaltliche treten läßt; nicht bei-läufig sind großen Kennern der beiden antiken Idiome, Jacob Wackernagel und Wilhelm Schulze, Fraenkelsche Publikationen, die hauptsächlich sprachliche Probleme behandeln, gewidmet.

Fraenkel war einer der frühesten Emigranten deutscher Hochschulen, und es spricht für das Ansehen des noch nicht Fünfzigjährigen, daß er auf die latinistische Oxforder Professur, die mit dem Corpus Christi College verbunden ist, gewählt wurde. Ob er den erzwungenen Weggang aus Deutschland innerlich je ganz überwunden hat — gleichviel, die andere Art akademischen Lebens und Unterrichts hat ihn in England weiterhin ein fruchtbares Arbeiten und einen keineswegs geringeren Einfluß auf die Jugend entfalten lassen. Ja, von Oxford aus ist er, nach seinem Rücktritt vom Amt, einem humanistischen Wandergelehrten gleich immer wieder zu Gastwochen und Gastsemestern aufgebrochen, nach dem schweizerischen Freiburg, wo eine zweite Generation von Philologen unseres Landes ihn hörte, und öfter noch nach Pisa und Bari. Mit Italien war er von seiner Jugend an dermaßen verbunden und vertraut, daß er das Italienische mühelos beherrschte, und so konnte er denn seit dem Wechsel nach England dreisprachig doziere und publizieren. Von ihm zu sagen, er habe ein Reihe jüngerer Forscher der italienischen Altertumswissenschaft mitherangebildet, ist nicht zu hoch gegriffen.

Eine Lebenssumme hat Fraenkel in seine Horaz-Buch gezogen, das 1957 englisch erschienen ist: keine systematische und vollständige Darstellung nach diesen oder jenen biographischen oder literarischen Gesichtspunkten, sondern die Erläuterung eines Großteils der Gedichte aller horazischen Gattungen und eine Besprechung einzelner Gedichtbücher, doch dies so, daß wir nicht Stückwerk vor uns haben, sondern ein ganzes Bild bekommen. Was wir schon für den Agamemnon-Kommentar bemerkten und für das Plautus-Buch hätten dartun können, scheint im «Horace» vollendet: Fraenkel als einer der interpretes optimi in unserer Wissenschaft vom klassischen Altertum! Unter diesem Nenner wird sein Andenken dauernden Bestand haben.

Heinz Hafster

*Ernst Fraenkel*

~~Ernst Fraenkel~~

*Milby*

# Politische Vierteljahresschrift

Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für  
Politische Wissenschaft

Aus dem Inhalt

Daniel Frei

Erfolgsbedingungen für Vermittlungs-  
aktionen in internationalen Konflikten

Peter Hoschka/  
Hermann Schunck

Schätzung von Wählerwanderungen.  
Puzzlespiel oder gesicherte  
Ergebnisse?



Westdeutscher Verlag

## NACHRICHTEN

### ERNST FRAENKEL

28. 12. 1898 – 28. 3. 1975

Ernst Fraenkel, nach 1945 unter den Senioren seines Faches einer der einflußreichsten Erneuerer und einer der bedeutendsten Vertreter der Politischen Wissenschaft in Deutschland, ist am Karfreitag 1975 in Berlin – seinem akademischen Wirkungsfeld seit 1951 – verstorben. Am 28. Dezember hatte er seinen 76. Geburtstag feiern können. In den letzten Jahren waren ihm zahlreiche Ehrungen für seine Verdienste als Gelehrter, Hochschullehrer, Initiator und Förderer wissenschaftlicher Einrichtungen sowie nicht zuletzt als kämpferischem Demokraten zuteil geworden: Zu ihnen zählen das Bundesverdienstkreuz, die Ernst-Reuter-Plakette, die Ehrendoktorwürde der Universität Bern sowie die Honorarprofessuren der Universitäten Freiburg und Salzburg.

1973 sind drei Bücher erschienen, die auf je bemerkenswerte Weise einen ersten Zugang zum Werk und zur Persönlichkeit des großen Gelehrten erschließen. Dies sind der Sammelband »Reformismus und Pluralismus – Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie«, die Festschrift zum 75. Geburtstag »Klassenjustiz und Pluralismus« sowie die in fünfter, erweiterter Auflage publizierte Aufsatzsammlung »Deutschland und die westlichen Demokratien«. Die Buchtitel, die entweder von ihm selbst stammten oder seine ausdrückliche Billigung fanden, verweisen auf die Spannweite, Entwicklung, das Ergebnis und die Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit. Der Sammelband – eine Auswahl politologischer Abhandlungen aus fünfzig Jahren, die einem Gesamtschrifttum von 151 Titeln entnommen sind – enthält eine biographische Vornotiz Fraenkels, in der sich entscheidende Hinweise für das Verständnis seines Gesamtwerks, der Motive und Intentionen seiner Forschungen finden lassen. Als fünf Schlüsselaussagen, die dieser biographischen Notiz zu entnehmen sind, können gelten: 1. Von Jugend an war sich Fraenkel als deutscher Jude stets bewußt, einer »Minderheitsgruppe« anzugehören. »Das Gruppenproblem, das so eng mit dem Phänomen des Pluralismus verknüpft ist, bildet mein politisches Ur-Erlebnis.« 2. »Die in dem Titel (Reformismus und Pluralismus) angedeutete These, der Pluralismus sei die Staatsform des Reformismus, stellt nicht die Ausgangsposition, sondern das Ergebnis meiner Bemühungen dar.« 3. »Im Gegensatz zu den meisten sozialistischen Intellektuellen bin ich nicht zur Arbeiterbewegung durch die sozialistische Theorie, vielmehr zur sozialistischen Theorie durch meine Betätigung in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung auf den Gebieten des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik gelangt.« 4. »Die wachsende Neigung, die Richtigkeit der marxistischen Analyse des Faschismus anzuerkennen, verstärkte meine Bereitschaft, den Marxismus als System zu akzeptieren ... Der Stalin-Hitler-Pakt zerstörte die Illusion, daß eine Voll-Sozialisierung zu einer – weil klassenfreien – »wahren« Demokratie zu führen vorbestimmt sei. Das Miterlebnis der »Roosevelt-Revolution« begründete die Bereitschaft, an der Errichtung und Entwicklung eines pluralistischen Demokratie-Modells mitzuarbeiten, wie es mir für das Nach-Hitler-Deutschland vorschwebte.« 5. »Dem Pluralismus lag und liegt es ob, dem Reformismus die Abwehrwaffen zu liefern, deren er in seinem Defensivkampf gegen den Radikalismus so dringend benötigt.«

Kontinuität und Wandel in Fraenkels Grunderfahrungen, ethischen Überzeugungen, politischen Zielsetzungen, seinen wissenschaftlichen Forschungsinteressen und den gewonnenen Erkenntnissen gipfelten in dem Entwurf einer pluralistischen Demokratietheorie, dem Konzept des »autonom-heterogenen – sozialstaatlichen – pluralistischen Rechtsstaates«, deren Erarbeitung

sein Lebenswerk durchzieht und krönt. Ungeachtet seiner vielzähligen und grundlegenden Abhandlungen zu den verschiedensten Fragestellungen und Sachbereichen der Politischen Wissenschaft im weitesten Sinne liegt seine größte Leistung und sein bleibendes, sicherlich zunehmend wirksam werdendes Verdienst in der Begründung des Neo-Pluralismus in Deutschland. So hat Fraenkel auch mit besonderem Interesse zur Kenntnis genommen, und es als angemessen und richtig begrüßt, daß seine Schüler, Kollegen und Freunde in der ihm zu Ehren verfaßten Festschrift zum 75. Geburtstag dem Problemfeld »Pluralismus und Demokratie« besonderes Gewicht verliehen. Muß es nicht angesichts dieser Tatsachen verwundern, daß Fraenkel, der mehrere Bücher schrieb, dem demokratischen Pluralismus, der sich zunehmend als sein Zentralthema erwies, keine grundlegende Monographie widmete?

Nach der Veröffentlichung seiner Bücher »Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens« (1959) und der großartigen Pionierleistung »Das amerikanische Regierungssystem« (1960) war ein Werk zum »parlamentarischen Regierungssystem« als nächstes Großprojekt geplant, das die Entwicklung, Funktionsweise und Problematik des Parlamentarismus in Großbritannien, Frankreich und Deutschland zum Gegenstand haben sollte. Eine eingehende Disposition lag seit 1962 vor. Eine Reihe von Studien, die das geplante Vorhaben begleiten sollten, gingen seit 1964 in die Aufsatzsammlung »Deutschland und die westlichen Demokratien« ein. Sie kennzeichnen, zusammen mit seinen amerikanischen Studien, den Gegenstandsbereich seiner komparatistischen Forschungstätigkeit. In diesen Abhandlungen wurde zugleich die Theorie des Neo-Pluralismus entwickelt. Am 22. September 1964 hielt Fraenkel anlässlich des 45. Deutschen Juristentages in Karlsruhe einen Festvortrag zum Thema »Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie«. Es war das erste Mal, daß Fraenkel das Wort Pluralismus in den Titel einer Abhandlung aufnahm. Er hielt dies damals noch für eine ausgemachte Provokation; zumal vor erlauchten Juristenkreisen, in denen immer noch Pluralismus weitgehend in Carl Schmitts Beschreibungen begriffen und erörtert wurde. »Die These, Pluralismus stelle ein essentielles Merkmal einer jeden freiheitlich rechtsstaatlichen Demokratie dar, steht mit der heutigen deutschen vorherrschenden Meinung im Widerspruch«, stellte er einleitend fest und kam für sich zum programmatischen Ergebnis: »Ist es angesichts der Tatsache, daß die Hinwendung zum totalen Staat aus der Negation des Pluralismus gerechtfertigt worden ist, nicht geboten, durch eine Negation der Negation zu versuchen, den Totalitarismus durch einen Neo-Pluralismus zu überwinden?«

Fraenkel trug sich seitdem mit dem Gedanken, neben einer Überarbeitung seines Amerika-buches und dem Parlamentarismus-Werk auch eine grundlegende Studie zur theoretischen Begründung des Neo-Pluralismus zu erarbeiten. Er hoffte, hierzu nach seiner Emeritierung im Jahre 1967 die notwendige Muße finden zu können. Das war ihm nicht vergönnt. Die Auswüchse der Studentenunruhen und des sich abzeichnenden Strukturwandels von Universität und Gesellschaft riefen bei ihm Skepsis und Widerstand hervor. Mit Schrecken meinte er zeitweise, Parallelscheinungen zur Endphase der Weimarer Republik ausmachen zu können. Die sektiererische Gesinnungstüchtigkeit von Bürgersöhnen, die im Namen eines fiktiven Proletariats wieder einmal das zarte Pflänzchen Demokratie in Deutschland zu gefährden drohten, war ihm zutiefst zuwider.

Mit Betroffenheit würde er gewahr, daß er zunehmend von Vertretern einer neuen Studentengeneration nicht nur mit begründeter Kritik und neuen Fragestellungen konfrontiert wurde, sondern von einigen sogar zum Chefapologeten eines sich raffiniert verschleierns Monopolkapitalismus hergerichtet und gelegentlich mit bornierter Kaltschnäuzigkeit »zur Hatz« freigegeben schien. (Er mußte erleben, daß Steine in seine Fenster flogen.) Fraenkel wurde zur Zeit seiner Emeritierung an der Freien Universität Berlin in Konflikte einbezogen, die ihn menschlich tief erschütterten und trafen. Er war viel zu sehr Kämpfernatur, als daß er die erkannten und vermuteten Gefahren sowie empfundenen Ungerechtigkeiten an sich abgleiten lassen konnte. Seine Kräfte, durch eine Reihe schwerer Krankheiten zusätzlich geschwächt, wurden von anderen Problemen als der Durchführung seiner weitgesteckten wissenschaftlichen Pläne absorbiert. Es blieb dabei, daß die wichtigsten Abhandlungen Fraenkels zum Pluralismus im wesentlichen auf die Aufsatzsammlung »Deutschland und die westlichen Demokratien« beschränkt blieben. Im Vorwort zur fünften, erneut erweiterten Auflage vom Jahre 1973 ver-

wies er mit knappen Worten auf die wissenschaftlich-literarischen »Auseinandersetzungen über Wert und Wesen des Pluralismus« und schloß mit der Ankündigung: »Auf diese Auseinandersetzungen kann in einem kurzen Vorwort zwar hingewiesen werden; es ist aber nicht möglich, im einzelnen zu ihnen Stellung zu nehmen. Dies soll in einer Schrift erfolgen, in der sich der Verfasser mit Kritikern der Pluralismustheorie, wie sie u. a. in diesem Band entwickelt worden ist, auseinandersetzen wird.« Fraenkel konnte diese Ankündigung nicht mehr verwirklichen.

Ernst Fraenkel war bereits 53 Jahre alt, als er seine akademische Laufbahn begann. Mit 55 Jahren übernahm er erstmals ein Ordinariat an einer Universität. Als ihn der damalige Direktor der Deutschen Hochschule für Politik, Otto Suhr – sein engster Freund während der Berliner Zeit – 1951 wieder nach Deutschland zurückholte, konnte Fraenkel allerdings auf reiche politische Erfahrungen und grundlegende wissenschaftliche Publikationen verweisen.

1898 in Köln als Sohn wohlhabender jüdischer Eltern geboren, verlor Ernst Fraenkel bereits mit 10 Jahren seinen Vater, mit 16 Jahren seine Mutter. Als Vollwaise zog er nach Frankfurt/Main, wo ein Bruder seiner Mutter, Prof. Dr. Joseph Epstein, fortan als Vormund die Vaterstelle einnahm. Ihm widmete Fraenkel 1973 seine Aufsatzsammlung »Reformismus und Pluralismus«. Im Kölner Elternhaus und im Frankfurter Verwandtenkreis wuchs er in einer Atmosphäre des Bildungsbürgertums auf, in deren Mittelpunkt die »Persönlichkeit Goethes und dessen literarisches Lebenswerk« standen. Fraenkel blieb diesem Erbe stets verbunden. Zeitlebens konnte er nur mit Menschen engeren Kontakt pflegen, die sich bei allem praktischen Engagement Sinn für Geschichte, Literatur, Musik und Humor bewahrt hatten. Während sein Vater nationalliberal wählte, waren die Geschwister seiner Mutter durchweg »progressiv-liberale Demokraten«, von denen der ältere Bruder seines Vormundes, Dr. Wilhelm Epstein – 25 Jahre lang Geschäftsführer des Frankfurter Ausschusses für Volksvorlesungen – Sozialdemokrat war. Deren Vater, Max Epstein, hatte in den sechziger Jahren gemeinsam mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht zu den Gründern und Vorstandsmitgliedern des Leipziger Arbeiterbildungsvereins gehört. Liebknecht, ein enger Freund Max Epsteins, hatte dessen Söhnen jahrelang Privatunterricht in »Sozialkunde« erteilt.

Noch eine andere Familientradition wurde für Fraenkel prägend. Für seine im Zeichen der Aufklärung stehende Erziehung galt rechtsstaatlich-tolerantes Denken als selbstverständliche Voraussetzung einer menschenwürdigen Existenz. »Ich wuchs in einer »fortschrittsgläubigen Umgebung auf, der es unproblematisch war, daß das autokratische Rußland mit seinen barbarischen antisemitischen Progromen ein verrottetes und England mit seiner parlamentarischen Verfassung das vorbildlich freie Land Europas war.« Nicht zuletzt, da es gegen den Zarismus ging, wurde der Kriegsausbruch nicht nur als Unglück empfunden. 1916 zog er als Infanterist in den Krieg an die französische Front und erlebte die Revolution auf dem »Griesheimer Sand«, zeitweilig als Mitglied eines Soldatenrats.

Nach Frankfurt zurückgekehrt, begann er mit dem Studium der Rechtswissenschaft im Haupt- und der Geschichte im Nebenfach, eine Kombination, die für seine späteren politologischen Studien wegweisend blieb. Hatten bereits Hans Delbrücks »Regierung und Volkswille« und der Sammelband »Die Arbeiterschaft im Neuen Deutschland« von Friedrich Thimme und Carl Legien sowie eine persönliche Begegnung mit Max Weber neben der Lektüre seiner politischen Schriften bei dem Primaner und Kriegsteilnehmer einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, so wurde nun die enge Verbindung mit seinem Lehrer und späteren Freund, dem Anwalt, Politiker und Professor Hugo Sinzheimer, für seine weitere politische, berufliche und wissenschaftliche Orientierung von ausschlaggebender Bedeutung. Der Rechtssoziologe und »Vater des deutschen Arbeitsrechts« Sinzheimer, auf dessen Gedankengebäude das heutige Tarifvertragsrecht der Bundesrepublik beruht, fand in Fraenkel seinen bedeutendsten, das Werk seines Lehrers fortführenden Schüler. Von Sinzheimer, den Fraenkel als Pluralisten kennzeichnet, gewann er die Überzeugung, daß die Weiterentwicklung des kollektiven und sozialen Arbeitsrechts dazu beitragen könne, die seit Beginn der industriellen Revolution zwischen dem Proletariat und dem Staat aufgebrochene Entfremdung zu überwinden. Auf Anregung Sinzheimers schrieb er seine Dissertation zum Thema »Der nichtige Arbeitsvertrag«, mit der er 1923 zum Dr. jur. promovierte und seines Lehrers Assistent wurde.

Nachdem er sich zunächst liberal-demokratischen Studentengruppen und bald darauf dem Sozialistischen Studentenbund angeschlossen hatte, trat Fraenkel 1921 der SPD bei, der er bis zu ihrer Auflösung im Dritten Reich angehörte. Getreu der Epsteinschen Familientradition und mit steter Unterstützung Sinzheimers widmete er sich frühzeitig der Arbeiterbildung und bald vollberuflich der Ausbildung von Gewerkschaftsfunktionären - insbesondere des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes - auf den Gebieten des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik. Hier entdeckte er seine große pädagogische Begabung, die ihn zeitlebens auszeichnete und die ihn auch während seiner Tätigkeit als Hochschullehrer zu einem der beliebtesten, anregendsten und faszinierendsten Dozenten werden ließ, dessen Vorlesungen und Seminare den Teilnehmern einen unauslöschlichen Eindruck hinterließen.

1927 eröffnete Fraenkel gemeinsam mit seinem Freund und Sozius Franz Neumann ein Anwaltsbüro und fungierte seitdem als Syndikus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Rechtsberater des Parteivorstandes der SPD, die er in arbeits- und verwaltungsrechtlichen Verfahren vertrat.

Unter den zur Zeit der Weimarer Republik seit 1924 in zunehmender Dichte erscheinenden, zumeist arbeitsrechtliche und später verfassungspolitische Themen aufgreifenden Publikationen sind vor allem drei hervorzuheben. Zunächst, zugleich als erste größere Abhandlung, die Broschüre »Zur Soziologie der Klassenjustiz«, die 1927 in der »Jungsozialistischen Schriftenreihe« erschien, deren dem Austromarxismus nahestehende Herausgeber, mit deren Politik Fraenkel damals im allgemeinen sympathisierte, zum linken Flügel der SPD gehörten. Aus den Erfahrungen als Justizreferendar und der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit erwachsen, bemüht sich die Studie um eine marxistische Analyse der tiefgreifenden Spannungen zwischen Arbeiterinteresse, Anspruch auf Gleichbehandlung und juristischer Praxis in der Weimarer Republik. In einem wichtigen Vorwort zum Neudruck im Jahre 1968, den er zusammen mit vier seiner Aufsätze zur Verfassungskrise 1931-32 begrüßte, bemerkt Fraenkel zutreffend, daß die Studie trotz aufgezeigter Mängel auch heute noch als Versuch einer Wissenssoziologie des Phänomens der Klassenjustiz Beachtung verdient.

1929 erschien sein richtungsweisender Aufsatz »Kollektiv Demokratie« in der 1924 im Auftrag des SPD-Parteivorstandes gegründeten Zeitschrift »Die Gesellschaft«. Ausgehend von dem zentralen Postulat der kollektiven Autonomie sozialer Organisationen wird dafür plädiert, die politische Demokratie durch die kollektive Demokratie in der Weise zu ergänzen, daß die Bevölkerung auch jenseits der Stimmabgabe bei den Wahlen »durch ihre Organisationen ständig am Integrationsprozeß des realen Staates teilnimmt« und damit zur Überwindung der erkennbaren Parlamentsverdrossenheit und zur Demokratisierung der Verwaltung »von unten her« beiträgt. Hierin sah Fraenkel eine realisierbare Chance, den sich autonom konstituierenden und frei agierenden Organisationen der Arbeitnehmer einen ständigen Einfluß auf die gerichtlichen (z. B. Beisitzer in arbeitsgerichtlichen Verfahren) und staatlichen Verwaltungen (durch Einbau eines Laienclements) sichern zu helfen.

Dieser reformistische Grundgedanke, es der »Arbeiterbewegung (zu) ermöglichen, an dem Willensbildungsprozeß mitzuwirken«, wird schließlich in dem 1932 publizierten Aufsatz »Um die Verfassung« im Rahmen des nun entwickelten Konzepts der »dialektischen Demokratie« weiter verfolgt. Die dialektische Demokratie, als deren charakteristische Erscheinungsform der Kompromiß bezeichnet wird, soll dazu dienen, den Klassenausgleich in den Bereichen zu bewirken, in denen eine Verständigung erreichbar scheint. Der Antagonismus von Kapital und Arbeit soll nicht revolutionär, sondern vermittelt sozialer Organisationen auf reformerischem Wege zugunsten der Interessen der Arbeitnehmerschaft ausgeglichen werden. Die Grundzüge der späteren pluralistischen Demokratietheorie - die allerdings betont darauf verzichtet, die Heraufkunft der klassenlosen Gesellschaft als historische Notwendigkeit anzusehen - werden erkennbar.

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten und der Errichtung des Totalitarismus in Deutschland finden auch Fraenkels wissenschaftliche Publikationen zunächst ein abruptes Ende. Von 1933 bis 1939 erscheinen lediglich ein paar kurze Beiträge unter verschiedenen Pseudonymen in der in Paris gedruckten »Sozialistischen Warte«, u. a. über den Sinn illegaler Arbeit. Obgleich er wegen seiner Kriegsteilnahme zunächst auch als Jude dem Anwaltsberuf

weiter nachgehen darf, werden die Behinderungen, Demütigungen und schließlich auch die persönlichen Gefährdungen immer einschneidender; zumal er heimlich Material für eine Studie zum totalen Staat des Nationalsozialismus sammelt und das Manuskript Konturen gewinnt.

Hanna Fraenkel, seine tapfere Frau, wird ihm in diesen »schweren Jahren bürokratischer Rechtlosigkeit« zur aufopferungsbereiten, ermutigenden Gefährtin. Kurz vor der Emigration in die USA, die im Jahre 1938 unvermeidlich wird, ist das Manuskript zum »Doppelstaat« abgeschlossen. Durch Freunde vermittelt, kann es in französischem Diplomatengepäck in Sicherheit gebracht werden. In Amerika erscheint es unter dem Titel »The Dual State« 1941 in englischer, leicht überarbeiteter Fassung; neben Franz Neumanns »Behemoth« die erste umfassende Analyse des faschistischen Phänomens totaler Staat aus deutscher Feder. Es hat sehr bald den Rang eines Standardwerkes gewonnen. Fraenkel hatte in diesem Werk den Schlüssel zum Verständnis des nationalsozialistischen Herrschaftsapparats in dem Nebeneinander eines seine eigenen Gesetze im allgemeinen beachtenden »Normenstaates« und eines die gleichen Gesetze mißachtenden »Maßnahmenstaates« gefunden, wobei im Konfliktfall der Maßnahmestaat als Prärogativ-Staat das Ergebnis willkürlich bestimmt. Nachdem 1949 ein unveränderter Neudruck der englischen Fassung erschienen war, stellte sich bald die Frage nach einer deutschen Ausgabe. Auf vielfaches Drängen war es 1965 soweit, daß eine deutsche Fassung des druckfertigen Manuskripts vorlag, die jedoch auf tragische Weise verloren ging. Der Verlust war ein Schock für Fraenkel. Erst 1974 wurde es nach einer schwierigen Rückübersetzung des englischen Textes möglich, den »Doppelstaat« auch einem breiteren deutschsprachigen Publikum zugänglich zu machen.

In den USA entschloß sich Fraenkel 1939 zum Studium des angelsächsischen Rechts, das er 1942 an der Law School der Universität von Chicago mit dem Grad des J. D. abschloß. Anschließend beteiligte er sich an einem wissenschaftlichen Forschungsprojekt zu Problemen künftiger amerikanischer Besatzungspolitik. Sein Beitrag war eine Studie zur Rheinlandbesetzung in den Jahren 1928–1933, die im Jahre 1944 unter dem Titel »Military Occupation and the Rule of Law« als Buch veröffentlicht wurde. Im gleichen Jahr trat er in den amerikanischen Staatsdienst, wo er sich mit Fragen der Neugestaltung eines demokratischen Deutschland nach der Befreiung befaßte.

Sein erster »Auslandseinsatz« als amerikanischer Staatsbürger und Regierungsbeamter erfolgte jedoch nicht in Deutschland, sondern in Südkorea, wo er u. a. an der Ausarbeitung eines demokratischen Wahlgesetzes und der Südkoreanischen Verfassung beteiligt war. In dieser Zeit erlebte er als Rechtsberater der Marshall-Plan-Kommission in Südkorea den Ausbruch des Koreakrieges. Seine Schrift »Korea – Wendepunkt im Völkerrecht?« ist damals entstanden. Sie erschien als eine der ersten Abhandlungen 1951 in der »Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin«. Mit ihr begann er, nach Deutschland heimgekehrt, als »Leiter der Abteilung Überstaatliche Politik und vergleichende Lehre der Herrschaftsformen an der Deutschen Hochschule für Politik Berlin« seine akademische Laufbahn als Hochschullehrer, der er sich mit leidenschaftlichem Engagement widmete. Neben dem systematischen Auf- und Ausbau des neubegründeten Faches Politologie galt sein besonderes Bemühen dem Bestreben, seinen Beitrag dafür zu leisten, die Studenten als mündige Bürger in die Völkergemeinschaft der westlichen Demokratien einzugliedern.

Die Postulate freiheitlicher Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, der Völkerverständigung und vor allem der unverbrüchlichen Geltungskraft des Rechts wurden mit moralischer Emphase begründet und verfochten. »Due Process of Law« und der Ruf nach Fairneß wurden für seine Studenten zu entscheidenden Leitmotiven. Der brillante Anwalt des deutschen und angelsächsischen Rechts, faszinierende Pädagoge und scharfsinnige Analytiker fand seine Hörer. Bereits in der Emigration hatte Fraenkel 1943 in der in den USA erscheinenden deutschsprachigen »Neuen Volkszeitung« einen Aufsatz mit dem Titel »Aussichten einer deutschen Revolution« veröffentlicht, der sich für seine künftige politische und wissenschaftliche Tätigkeit in Deutschland als richtungweisend herausstellen sollte: Eine klare Absage an das »Wunschbild« einer sozialen Revolution im Nachkriegsdeutschland, da hierzu weder die im Hitlerreich desorganisierte Arbeiterschaft befähigt, noch die Unterstützung der Westmächte zu gewinnen sei. Vielmehr gelte es, die deutsche Arbeiterschaft als politische Bewegung demokratisch neu zu

organisieren und ihr Verständnis für »das Wollen und Denken der westlichen Demokratien« zu gewinnen. »Die deutsche Arbeiterbewegung wird wieder auferstehen, wenn es gelingt, die angelsächsischen Sieger dieses Krieges davon zu überzeugen, daß eine verjüngte deutsche Arbeiterbewegung die einzige Garantie einer friedlichen deutschen Entwicklung ist und, wenn es weiterhin gelingt, die deutsche Arbeiterschaft zu überzeugen, daß sie eine Zukunft nur haben kann im Vertrauen und in Zusammenarbeit mit den angelsächsischen Demokratien, die die Welt davor bewahrt haben, in die Nacht der Diktatur zu versinken.« Im stalinistischen Kommunismus sah er nur eine Fortsetzung des Totalitarismus unter anderen Vorzeichen. Unter dieser Erkenntnis und Zielsetzung stand hinfort auch sein wissenschaftliches Werk. »Deutschland und die westlichen Demokratien« wurden zum Forschungsobjekt, die Konzeption des Neopluralismus zum Kernbestand seiner Demokratietheorie. In kurzer Folge publizierte er hierzu ein umfangreiches wissenschaftliches Opus.

Parteilos hat sich Fraenkel in Deutschland nicht mehr engagiert. Er blieb amerikanischer Staatsbürger. Die deutsch-amerikanische Verständigung fand in ihm einen der überzeugendsten Interpreten und Verfechter. Fraenkel widmete sich für den Rest seines Lebens ganz der Wissenschaft und Lehre, wobei er der Lehrerausbildung ein besonderes Gewicht beimaß. Er nahm maßgeblich an der Eingliederung der Hochschule für Politik in die Freie Universität teil, die als Universitätsinstitut nun den Namen seines 1957 verstorbenen Freundes Otto Suhr erhielt. 1964 wurde er der erste Direktor des John-F.-Kennedy-Instituts für Amerikastudien der Freien Universität Berlin, dessen Gründung wesentlich auf seine Initiative zurückging. Jahrelang war er Vorsitzender der von ihm mitbegründeten Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien.

Fraenkel hat in der relativ kurzen Zeit seines Wirkens als akademischer Lehrer ein vielseitiges, umfangreiches wissenschaftliches Werk vollbracht. Er hat der Politologie in Deutschland wesentliche Impulse verliehen. Zahlreiche Schüler sind diesem engagierten Lehrer und Gelehrten, diesem großen, keineswegs immer bequemen, kämpferischen Mann in tiefer Dankbarkeit verbunden. Er ist stets seiner Maxime beispielhaft treu geblieben, daß Politologie »kein Geschäft für Leisetreter und Opportunisten« sei. Unter diesem Leitsatz sollte und wird auch Fraenkels wissenschaftliches Werk weiterhin diskutiert, kritisiert und fortentwickelt werden. In ihm wie in seinen Schülern und Freunden lebt er fort.

Winfried Steffani



# DER ZEITGEIST

Halbmonats-Beilage des "Aufbau" für Unterhaltung und Wissen

No. 410

## Abschied von Marie Luise Kaschnitz

Wie wir bereits an dieser Stelle berichteten, ist eine der bedeutendsten deutschen Schriftstellerinnen im Alter von 73 Jahren gestorben. Marie Luise Kaschnitz wurde erst als Lyrikerin bekannt — hier erklang eine neue Stimme, keine laute, die nur Anklagen vorzubringen wusste, sondern eine leise, besonnene, die es verstand neue Metaphern für die Erscheinungen unseres der Technik verhöberten Jahrhunderts zu finden. Ihre Kurzgeschichten offenbarten nicht nur dieses lyrische Talent, sie brachten eine Nuance, die es kaum im modernen deutschen Sprachgebiet gab: die des Unheimlichen, uns ewig Verschlissenen, Unerklärlichen. In ihrem bekanntesten Erzählband, "Lange Schatten", finden wir Erzählungen, vorgetragen in einer behutsamen, klassisch-ruhigen Sprachmelodie, die inzwischen selbst von den radikaleren Kritikern als einzigartig anerkannt wurde — darunter die heute berühmte Geschichte "Das dicke Kind", die sich liest

als hätten Maupassant und Henry James da Pate gestanden, und die dennoch Zeugnis eines unverkennbar individuellen Talent es ist.

Bei einem weiteren Publikum wurde sie bekannt durch ihre Sachbücher, z.B. "Die Engelsbrücke", "Beschreibung eines Dorfes". Kurz nachdem man ihr den bedeutsamen Büchner-Preis verlieh, veröffentlichte sie ein Buch, das man nicht recht klassifizieren kann, das vielschichtige "Haus der Kindheit", eine Wallfahrt ins Unbewusste oder Vorbewusste der Kindheit, eine lange "Novella", die uns langsam ebenso in ihren Bann zieht wie das geheimnisvolle "Hadeka" seine Heldin. Obwohl sie gleich danach mit dem Immermann-Preis bedacht wurde, ist ihr nie der Welt ruhm etwa eines Heinrich Böll oder Günter Grass zuteil geworden. Das mag auch einfach daran liegen, dass sich kein angelsächsischer Verleger jemals ihrer angenommen hat. **Richard Plant**

## Ein Stein bringt die alten Lykier zum Reden

Erstaunliche Parallele zum Fund von Rosette

Von THEODORE STANGER

Ein über 4 Fuss hoher Stein ruhte rund zwei Jahrtausende lang in der Erde. Jetzt könnte er nach Ansicht französischer Fachleute endlich den Schlüssel zur Entzifferung des Lykischen, einer antiken Sprache Kleinasiens, bieten. An diesem Problem waren die Historiker bisher gescheitert. Der bearbeitete Kalkstein mit seinen vier Oberflächen wird bereits mit dem berühmten "Stein von Rosette" verglichen, dessen Inschriften zur Entzifferung der ägyptischen Bilderschrift, der Hieroglyphen, geführt hatte.

Der Stein aus Lykien, der südwestlichsten Landschaft Kleinasiens, ist auf drei Seiten mit über-

einstimmenden eingemeisselten Texten sowohl in lykischer Sprache als auch in den schon bekannten Sprachen Aramäisch und Griechisch bedeckt. Ein archäologisches Arbeits-Team unter Führung von Professor Henri Metzger von der Universität Lyon in Frankreich hat diese Steintafel in der südlichen Türkei ausgegraben. Metzger, der von seinem Fund kürzlich in Paris berichtete, vertrat — mit wissenschaftlicher Zurückhaltung — die Ansicht, der Stein aus Lykien "dürfte uns ermöglichen, wesentliche Fortschritte im Verständnis der lykischen Sprache" zu machen.

Die Inschrift auf dem Stein kündigt von der Einführung zweier neuer Götter durch Pixodaros, ei-

## Goethes West-Oestlicher Divan auf englisch

Der englische Verlag Oswald Wolff Ltd. in London legt eine zweisprachige Ausgabe, deutsch und englisch, von Goethes West-Oestlichen Divan vor: wohl dasjenige Werk Goethes, das sich der Übertragung und Einfügung in eine fremde Sprache am störrischsten widersetzt; aber der Übersetzer, J. Whaley, hat seine Aufgabe hervorragend gelöst und die romantische Lyrik dieses Werkes in Versmass, Rhythmus, Bildreichtum und Stimmung erstaunlich gut wiedergegeben. Übersetzer und Verleger haben mit diesem Werk, bei dem sie sich der Unterstützung des Kultusministers

des deutschen Landes Rheinland-Westfalen erfreuten, eine bemerkenswerte kulturelle Tat vollbracht.

Goethe hat den "Divan" (das Wort bedeutet ursprünglich nur eine Ansammlung von Menschen und hat keineswegs den erotischen Akzent, den man ihm vielfach gegeben hat) an der Schwelle des Greisenalters geschrieben und dabei einer deutschen literarischen Modeströmung, einem spontanen Orient-Enthusiasmus nach den napoleonischen Kriegen, Ausdruck verliehen; ähnlich wie bei den noch später geschriebenen "Karlsruher Elegien" stand dabei ein

junges Mädchen, das vorübergehend in Goethes Leben trat, Pate. Einige Gedichte im "Divan" stammen von ihr und andere sind Nachdichtungen persischer Lyrik: vielleicht der Grund, warum manche späteren Herausgeber von Goethes Werken den "Divan" nicht in ihre Sammlung aufgenommen. Umso grösseres Interesse gebührt daher dem gelungenen Versuch Whaleys, ihn nunmehr einem modernen englisch lesenden Publikum zugänglich zu machen. Nachstehend eine Probe seiner Kunst, Originaltext neben Whaleys Übertragung.

Redaktion "Aufbau"

### Lesebuch

Wunderlichstes Buch der Bücher  
Ist das Buch der Liebe;  
Aufmerksam hab ichs gelesen:  
Wenig Blätter Freuden,  
Ganze Hefte Leiden;  
Einen Abschnitt macht die Trennung.  
Wiederseh! ein klein Kapitel,  
Fragmentarisch Bände Kummers,  
Mit Erklärungen verlängert,  
Endlos, ohne Mass.  
O Nisami! — doch am Ende  
Hast den rechten Weg gefunden:  
Unauflösliches, wer löst es?  
Liebende sich wieder findend.

Ja, die Augen waren, die mich küsstest,  
Hüfte schmal, der Leib so rund  
Wie zu Paradieses Lüsten.  
War sie da? Wo ist sie hin?  
Ja! sie wars, sie hats gegeben,  
Hat gegeben sich im Fliehn  
Und gefesselt all mein Leben.

### Primer

Book of books, this is the strangest,  
This is the book of love.  
I have read it attentively:  
Pages few of gladness,  
Volumes full of sorrow;  
One whole section separation.  
Meet again — a tiny chapter,  
Only fragments! Grief in volumes,  
Explanations make them longer,  
Measureless, no end!  
Oh Nisami! — yet to end it  
You the proper way discovered:  
Indissoluble, who solves it!  
Lovers once again united.

Yes, it was the kissing, from those lips,  
Yes, the looking, from those eyes,  
Rounded form, the slender hips,  
Like delights of Paradise.  
Was she there? Where not to find?  
Yes! it was her, that she gave:  
Fleeting gave herself to bind  
All my life and me enslave.

nen Provinzgouverneur, Professor Metzger datiert die Entstehung der Stein-Beschriftung zurück in das Jahr 358 vor Christi Geburt, das erste Regierungsjahr des persischen Herrschers Artaxerxes III. Durch den Vergleich des lykischen Textes mit der griechischen und aramäischen Version hoffen die Wissenschaftler, die Bedeutung immer noch unbekannter Buchstaben der lykischen Sprache zu ermitteln.

Aramäisch war die offizielle

Sprache im persischen Reich. Frühere Funde von zweisprachigen lykischen Steintafeln verhalten schon der Wissenschaft dazu, Lykisch ungefähr lesen zu können; aber von einer richtigen Kenntnis dieser Sprache war man noch sehr weit entfernt. Die Buchstaben des lykischen Alphabets, zu denen es keine Parallele in den indoeuropäischen Sprachen zu geben schien, trotzten allen Bemühungen der Sprach-Wissenschaftler. Professor Metzger und seine Kollegen hoff-

fen nun, das Rätsel zu lösen und den Code zu entdecken, der die entscheidenden Schlüsselbuchstaben entziffert.

Die Lykier waren ein seefahrendes Volk und besiedelten die südliche Mittelmeerküste der heutigen Türkei und das rauhe, bergige Hinterland. Es wird angenommen, dass sie im Trojanischen Krieg mitgekämpft haben. Die Steintafel verbleibt in der Türkei als Eigentum der Regierung. (dpa)

## LITERATUR

### Das grosse Lebenswerk Ernst Fraenkels

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main — Köln.

Warum sollte ein Buch angezeigt werden, das vor 25 Jahren unter dem Titel "The Dual State" in englischer Sprache erschienen ist? Das von Ernst Fraenkel im nationalsozialistischen Deutschland illegal verfasste, herausgeschmuggelte deutsche Manuskript wurde nicht aufbewahrt; der englische Text ist erst jetzt ins Deutsche zurückübersetzt und publiziert worden. Habent sua fata libelli.

Fraenkel hat bis zu seiner Emeritierung als Professor an der Freien Universität Berlin den Lehrstuhl für vergleichende Lehre der Herrschaftssysteme innegehabt. Der Name des hervorragenden Kenners des Staatsrechts und des Arbeitsrechts und temperamentvoller Hochschullehrers ist weithin bekannt geworden. Zu seinem 75. Geburtstag sind 1973 "Materialien

zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie" unter dem Titel "Reformismus und Pluralismus" erschienen. Ausschnitte aus den in fünfzigjähriger Lebensarbeit veröffentlichten Büchern und Aufsätzen; auch eine Festschrift ist ihm damals gewidmet worden.

Sein Lebensweg hat Fraenkel von der Ausbildung von Gewerkschaftsfunktionären im Arbeitsrecht und in der Sozialpolitik und vom Anwaltsberuf nach den Vereinigten Staaten, dann nach Korea geführt. Dort hat er als Beamter der amerikanischen Besatzungsbehörde, dann für die Marshallplan-Behörde gewirkt. Wie der nationalsozialistische Staat funktionierte, hat er als einer der ganz wenigen bis 1938 zugelassenen jüdischen Anwälte studieren können, als er den Opfern des Unrechtsstaates ju-

ristischen Beistand lieh. Er beobachtete die Rechtsordnung des von ihm so genannten Doppelstaates, in dem die Geltung des Rechts in frivolem Zynismus für weite Lebensbereiche aufgehoben und in anderen Situationen beachtet wurde.

So stellt Fraenkel den Massnahmestaat des Nationalsozialismus dem Normenstaat gegenüber: die Beseitigung gesetzlicher und polizeirechtlicher Schranken und der gerichtlichen Nachprüfung sowie die Verfolgung der Ketzer auf der einen Seite, die Bewahrung von Gewerbefreiheit, Privateigentum usw. auf der anderen Seite und die Demarkationslinien, die sich mehr und mehr zu Gunsten des Massnahmestaates verschieben. Da die Juden nicht zu den "aufbauenden Kräften" gehörten und Feinde waren, fiel die Regelung aller sie betreffenden Fragen aus dem Bereich des Normenstaates heraus. Wie die Gerichte sich dazu stellten und wie zunehmend in Wirtschaft, Arbeit, Wohnungswesen usw. der Spielraum der jüdischen Existenz eingeschränkt wurde, ist Gegenstand eines besonderen Kapitels. Die Darstellung schliesst mit dem Ausbruch des Krieges ab.

Ernest Hamburger

### Fünfzigster Geburtstag des YIVO

"Yivo", das "Institute for Jewish Research", das heute der Brennpunkt und die wichtigste Sammelstätte jüdischer Kultur und Sprache ist, feiert dieses Jahr sein fünfzigjähriges Bestehen. Das Institut wurde 1925 in Wilna (Polen) begründet und war dort fast 15 Jahre lang tätig, mit Zweigstellen und Korrespondenten überall in Europa. Die polnische Niederlage gegen Hitlers Armee im Herbst 1939 bedeutete die Existenz des Instituts; einer der wenigen Institutsleiter, die sich ins Ausland retten konnten, Dr. Max Weinreich, eröffnete kurz darauf, 1940, das Institut erneut an anderer Stelle, in New York, wo es sich seither befindet. Einige der Archive und Teile der Bibliothek des Wilnaer Instituts konnten nach dem Krieg wiedergefunden und nach Amerika gebracht werden. Heute hat Yivo-New York eine Bibliothek von mehr als 300.000 Bänden. Die Fünfzigjahrfeiern werden ihren Höhepunkt mit einem Bankett am 9. November haben, zu Ehren des nach dem Neugründer benannten "Max Weinreich Center for Advanced Jewish Studies".

### Menschenmaterial

Wer dieses Unwort gebraucht, hat sich selbst zum Material degradiert. \* \* \* Kanonen sind Kannibalen und wollen gefüttert werden, daher braucht "man" Kanonenfutter. \* \* \*

Das Futter für die Kanonen ist das "Menschenmaterial"; damit mästen sich also die Kanonen. Freilich, für die heutige Kriegstechnik sind Kanonen vorsintflutliche Gebilde, die in Anbetracht der Atomraketenrampen belächelt werden; diese sind die Super-Kannibalen. \* \* \*

Menschenherz, wie wenig gleichst du dem Material, wie hat man dich malträtiert, materialisiert, deplaziert!

Fritz Weiniger

### Löcker & Wögenstein

A-1010 WIEN, ANNAGASSE 5, AUSTRIA  
SPEZIALANTIQUARIAT  
für Judaica, Architektur, Kunst  
u. deutschsprachige Literatur.

Internationaler Ankauf  
von namhaften Sammlungen  
& bedeutenden Einzelwerken

10

GRABOWSKY +  
Gr-ME

Adolf Grabowsky +

deutscher Politikwissenschaftler und Schriftsteller;  
Dr. jur. et. rer. pol.

Adolf Grabowsky, kath. wurde am 31. Aug. 1880 in Berlin als Kaufmannssohn geboren. Er besuchte hier das Askanische Gymnasium und studierte im Anschluß daran Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Berlin, Freiburg i.Br., Genf und Würzburg. Im Jahre 1903 schloß er mit dem Referendarexamen ab und promovierte zum Dr. jur. et. rer. pol. Er trat sodann in den Justizdienst ein, wandte sich aber bald selbständiger Arbeit zu und unternahm später größere Reisen. An der Gründung der von ihm herausgegebenen "Zeitschrift für Politik" (1907-33 und wieder von 1954 bis 1969) und dem "Zentralblatt für Vormundchaftswesen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung" (1908-25) war G. maßgeblich beteiligt. Von 1913-23 gab er die politisch-kulturelle Halbmonatsschrift "Das Neue Deutschland" heraus, das Organ der "jungkonservativen" Bewegung (Kulturkonservatismus).

Nach Beendigung des 1. Weltkrieges, an dem G. als Unteroffizier teilgenommen hatte, lehrte er von 1921 bis 1933 als Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik und war auch seit 1930 an die TH Berlin als Dozent für Politische Forschung berufen worden. Neben seiner Lehrtätigkeit war G. v. 1926-33 wissenschaftl. Mitarbeiter des Ausw. Amtes u. seit 1929 Herausgeber der "Weltpolitischen Bücherei" u. politisch einem freiheitlichem Sozialismus nahestehend.

Nach dem Umsturz im Jahre 1933 verließ G. Deutschland im Jahre 1934 und ließ sich in Basel nieder, wo er 1934 die Möglichkeit einer Wiederaufnahme seiner Lehrtätigkeit erhielt. Hier gründete er mit Rockefeller-Unterstützung 1934 das "Weltpolitische Archiv", ein Lehr- und Forschungsinstitut, das er bis in die jüngste Zeit hinein leitete. 1940 wurde er von den Nationalsozialisten ausgebürgert.

Nach 1945 unternahm G. zahlreiche Vortragsreisen in West-Deutschland. Seit dem Sommersemester 1950 lehrte er an der Universität Marburg (Lahn) wissenschaftliche Politik, desgleichen seit 1952 in Gießen (bis 1966).

Seine politische Einstellung entwickelte sich aus ursprünglich links-konservativer Richtung auf eine demokratische und katholische Linie, doch stand er auch sozialistischen Gedankengängen aufgeschlossen gegenüber.

Unter seinen zahlreichen Veröffentlichungen seien zu nennen: "Politik" (32), "Raum als Schicksal", Das Problem der Geopolitik (33), "Der Sozialimperialismus als letzte Etappe des Imperialismus" (39), "Dialoge um Alexander" Gestalt und Welt Alexanders des Großen (42), "Der Geist des englischen Rechts" (45), "Die Freiheit" b.w.

GRABOWSKY +  
Gr-ME

(45), "Die Politik, ihre Elemente und ihre Probleme" (48), "Demokratie und Diktatur, Grundfragen politischer Erziehung" (49), "Politik im Grundriß" (52), "Einführung in die Politik" (53), "Aufgaben der Wissenschaft v.d. Politik" (56) und "Grundfragen der Geopolitik" (57). Seit 1954 gab er, wie schon erwähnt, wieder das Internationale Jahrbuch der Politik heraus. Eine Festgabe für G. mit ausführlicher Bibliographie ist in Vorbereitung.

Von seinen erzählenden, lyrischen und dramatischen Werken seien erwähnt: "Das Zeugende", "Der Kampf um Böcklin", "Gott und der Zauberer", "Die Augen", die Dramen "Der Herzog von Westminster" und "Die Neger", sowie die Bücher "Gespräche zwischen den Zeiten" (48) und "Ritt durch die Zeiten" (51). Auch Hörspiele hat G. verfaßt, so "Tropenspiel", "Afrika" und "Die Schreckenskammer". 1960 wurde er mit der Goethe-Plakette durch den hessischen Kultusminister ausgezeichnet, im Jan. 1961 mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

G. war verheiratet mit Liane, geb. Haarbrücker und hatte zwei Söhne, Vincenz und Eynar und eine Tochter Bernadette.

Am 23. Aug. 1969 ist G. im Alter von 88 Jahren in seinem Wohnort Arlesheim (Kanton Baselland), Schweiz gestorben.

Entfernung des w e i ß e n Blattes Grabowsky bitte nicht über ehen!

Emil J. Guenther

# Prof. Emil J. Gumbel gestorben

Im Alter von 75 Jahren starb nach langem schwerem Leiden in New York Professor Emil J. Gumbel, auf seinem Fachgebiet der Statistik und Versicherungsmathematik ein Gelehrter von Weltruf, zugleich auch ein nimmermüder Kämpfer, der der deutschen Liga für Menschenrechte, allen Friedensbewegungen, dem Abwehrkampf gegen den Hitlerismus und Militarismus und vielen anderen humanitären und fortschrittlichen Bewegungen mit Leidenschaft und Opferbereitschaft gedient hat.

Der gebürtige Münchner machte zuerst unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg von sich reden durch die Veröffentlichung schonungsloser Antikriegspamphlete ("Vier Jahre Lüge") und dann, vor allem, durch seine nicht minder schonungslose Aufdeckung der Fehmemorde und der Tätigkeit der "Schwarzen Reichswehr" ("Vier Jahre politischer Mord"), ("Verräter verfallen der Fehme"). Damit wurde er selber zum Gegenstand unveröhnlicher Feindschaft der völkischen und später nationalsozialistischen äussersten Rechten, und es häuften sich die Prozesse gegen ihn und, seit er sich als Privatdozent an der Universität

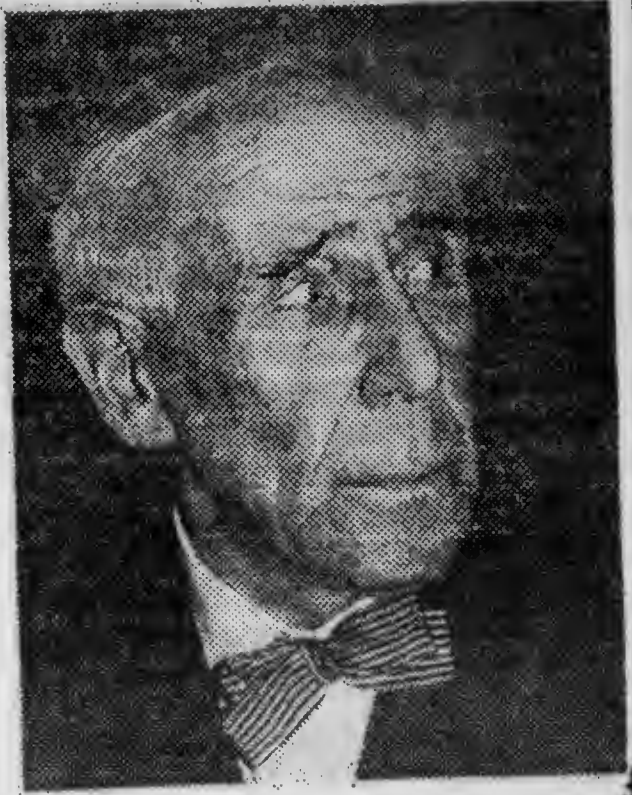
Heidelberg niedergelassen hatte, die massiven Rowdy-Demonstrationen rechtsradikaler Studenten gegen seine Lehrtätigkeit. Sein bekanntes Wort von den Toten des Weltkrieges, die "auf dem Felde der Unehre" gefallen seien, trug nicht dazu bei, ihn in diesen Kreisen populär zu machen.

Gleichzeitig aber vernachlässigte er nicht sein wissenschaftliches Arbeitsgebiet: Statistik, Bevölkerungstabellen, Wahrscheinlichkeitstabellen, Versicherungsmathematik. Als er in den Vereinigten Staaten ankam — er floh nach dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland zuerst nach Frankreich, mit mehrjähriger Lehrtätigkeit an der Universität Lyon, und dann nach USA — wurde er zu seinem eigenen Erstaunen festlich begrüsst und gefeiert: die damals neuen Staudämme der Tennessee Valley Administration waren allesamt nach seinen Berechnungen von maximalem Wasserdruck gebaut worden.

Studien über "La Durée extrême de la Vie Humaine", "Review of flood frequency methods", "Statistics of Extremes" u.a., die in diesen Jahren erschienen, dokumentierten seine Forschertätigkeit. Fast alle seine Schriften wurden wegen ihrer kühnen neuartigen Theorien und Ergebnisse in zahlreiche fremden Sprachen übersetzt; noch in diesem Jahre seine "Statistics of Extremes" ins Russische und Japanische.

In den Vereinigten Staaten hatte Gumbel bis fast zuletzt eine vielseitige und umfassende Lehrtätigkeit ausgeübt, vor allem an der "New School for Social Research", am Brooklyn College und an der Columbia-Universität; zwischendurch auch mehrfach als Gastdozent an der Freien Universität Berlin. Er nahm auch immer noch aktiv an allen Zeitereignissen Anteil und war ständiger Besucher politischer, literarischer und wissenschaftlicher Tagungen und Aussprachen.

Seit seine tapfere Frau, die in den Jahren nationalsozialistischer Hassausbrüche mit musterhaftem Mut zu ihm gehalten hatte, ihm vor einigen Jahren in den Tod vorausgegangen war, lebte er etwas zurückgezogener, aber die Wochenenden fanden ihn immer noch auf seinen geliebten Hängen von Vermont und New Hampshire. H. St.



Emil J. Gumbel

Die  
Kilow  
gren  
die  
Sab  
de  
zu  
n  
b

D  
L

Es i  
dass e  
Prozes  
Spanien  
gen vie  
nen ve  
schaft  
det, in  
haupt  
die po  
kerun  
birge  
such  
ze  
s

sc  
nen  
lassen  
gen vier  
angestrenge

Denn wer  
en die Erric  
schaften  
automatische  
gimes. Tr  
scheinen,  
das mit d  
les beauf  
lein im  
entsche  
sonen  
der S  
sie  
ren  
der  
wie p  
den, da  
schen  
galt.

Es ist

## 8%

- KEIN DÄNISCHER STEUERABZUG
- KEINE SPESEN
- VOLLE SICHERHEIT UND DISKRETIION

SPARKONTEN ZU 8% p.a.:  
9-MONATIGE KÜNDIGUNG  
ODER ZINSFEST BIS 5 JAHRE

Bitte ausschneiden  
und mit erster Einlage einsenden

Beigefügter Betrag \_\_\_\_\_  
(Scheck genügt)

9-monatige Kündigung  
oder

Zinsfest bis: \_\_\_\_\_  
max. 5 Jahre

Weitere Einzelheiten erbeten

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

---

**FINANSBANKEN**  
BANKAKTIENGESELLSCHAFT  
VESTER VOLDGADE 94  
KOPENHAGEN V - DÄNEMARK

Fish Harbor



Auswärtiges Amt

*Rastauer*

ZB 8-80.03.1/71

Bonn, den 22. Oktober 1971

Herrn  
Dr. Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10024 / USA

*Lautberg*

*10/12*

*10 10 Fritz Haber*

Anlg.: - 1 -

Sehr geehrter Herr Dr. Hamburger,

mit bestem Dank bestätige ich den Empfang Ihres an Herrn Vortragenden Legationsrat I.Kl. Dr. Sasse gerichteten Schreibens vom 13. Oktober 1971. Herr Dr. Sasse ist mit Ablauf vorigen Monats in den Ruhestand getreten. Ihre Grüße haben ihn inzwischen erreicht.

Wie Sie sicher wissen, hat Frau Elisabeth Freundt ihr Material über Ludwig Haber auch dem Auswärtigen Amt mitgeteilt und damit im Politischen Archiv eine Nachforschung nach weiteren Einzelheiten ausgelöst. Da wesentliche Teile der alten Aktenbestände heute nicht mehr zur Verfügung stehen, ist dabei leider nur wenig zutage gekommen. In seinem Erinnerungsbuch "Dreißig Jahre in Ostasien" widmet der damalige kaiserliche Ministerresident in Yedo, Max von Brandt, der Ermordung des Konsuls Haber einen Absatz, den ich Ihnen in Ablichtung beifüge. Anlässlich des bevorstehenden Besuches von Professor Fritz Haber in Japan erinnerte die japanische Zeitung "Kokumin" an das fast 50 Jahre zurückliegende Ereignis: "Ein Onkel des Professors Haber hat in den Anfangsjahren der Meijiära in Hakodate einen Handel eröffnet und die japanischen Erzeugnisse nach Deutschland ausgeführt. Er wurde von der Hand eines Rowdy getötet. Seine Überreste ruhen in F... bericht der Botschaft Tokyo vom 21.2. ... E."

*Klein  
Sasse  
/  
Freundt  
...  
...*



des Auswärtigen Amts vom 16.8.1924, die gleichfalls die bevorstehende Reise des Professors Fritz Haber zum Gegenstand hat, enthält einen Hinweis auf die Gedenkfeier für Ludwig Haber am 11.8.1924: "Um die über die Ehrung eines Privatmannes hinausgehende Bedeutung der Einladung von Geheimrat Haber zu charakterisieren, mag darauf hingewiesen werden, daß japanische offizielle Kreise das Grab des Onkels von Geh.Rat Haber, der als deutscher Wahlkonsul vor 50 Jahren von einem Japaner in Hakodate ermordet wurde, neu errichten ließen und daß am 11. August, dem 50jährigen Todestage des Ermordeten, unter Mitwirkung des Bürgermeisters von Hakodate eine 3tägige Erinnerungsfeier am Grabe stattfand."

*exemplar*

ist, wurde er bei seiner ~~Versetzung~~ in den einstweiligen  
Ruhestand als Beamter ~~behandelt~~ und ihm das gesetzliche  
Wartegeld gewährt.

Mit großem Interesse habe ich Ihre Mitteilung zur Kenntnis  
genommen, daß Herr Oberregierungsrat Dr. Curt Radlauer auch  
zu dem Kreise der jüdischen Beamten des alten Auswärtigen  
Amtes gehörte und daß er noch am Leben sei. Da das Auswärtige  
Amt an Nachrichten über den Verbleib seiner früheren Ange-  
hörigen stets interessiert ist, wäre es sehr freundlich von  
Ihnen, wenn Sie bei Gelegenheit die gegenwärtige Anschrift  
von Herrn Dr. Radlauer hierher mitteilen wollten.

*sch. je. /  
Weinandy*

Mit den besten Empfehlungen  
Im Auftrag

*Weinandy*

(Dr. Weinandy)

Edward Heilmann

Im Ryel

10

Social Research, October 1967

A love story Edward Harcourt

Armasius Heller



10

Klause 5.533 Heller. Am nichtbesten Erwartung 2 Lehrstühle in  
Jur. Fak (am 7 1924 zu 12 1932 .. vollk. auch, weil man e. bestimmt  
Ainberg stärken können wollte, in eher doch 2. Schaffung e. Lehrstuhls  
f. öff. Rech f. Heller oder e. Lehrstuhl f. Völkrecht f. H. Brupp.

10

SPD

Gelehrte

Juden als Wähler

# Vermächtnis für die Deutschen

Zum Todestag von Hermann Heller / Von Martin Draht

Vor drei Jahrzehnten verstarb — erst 42 Jahre alt — im Exil in Madrid *Hermann Heller*. Mit ihm erlosch eine der großen Hoffnungen auf die baldige Erneuerung der deutschen Staatslehre und politischen Wissenschaft. Heller starb im Ausland, da er sein eigenes Land nicht mehr betreten konnte, und er starb dort in dem Augenblick, in dem sein eigenes Land seiner und seiner Arbeit nicht mehr zu bedürfen schien.

Der kurze Lebensweg des Mannes, der schon bei der ersten Begegnung nicht nur durch sein geprägtes Gesicht, sondern vor allem durch die Klarheit und Lebhaftigkeit seines Geistes auffiel, ließe sich nur in Zusammenarbeit aller, die von ihm wissen, seiner zahlreichen, aber verstreuten geistigen Schüler und Gegner und vor allem seiner heute in London lebenden Witwe, der Tochter Gustav Falkes, rekonstruieren.

Eine auch nur annähernd vollständige Bibliographie der Werke Hellers hat bisher noch nicht aufgestellt werden können. Unter seinen ersten Schriften befinden sich mehrere, die der zu Beginn der Weimarer Zeit aufblühenden Volkshochschularbeit gewidmet waren; daneben standen mehrere Arbeiten über Hegel, vor allem die Schrift „*Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland*“. Schon bei diesen beiden grundsätzlichen Themen zeichnete sich ab, daß Heller eine neue Sicht des nationalen Gedankens und seine Verwirklichung erstrebte; er hat diese Richtung später weiterverfolgt und war bis zu

seinem Tode darum bemüht, dem früheren, mehr nach außen gewendeten deutschen Denken vom Nationalstaat ein anderes, die innere Einheit und Gesundheit forderndes und förderndes Denken und Tun an die Seite zu stellen.

Viele sahen in ihm, dem deutschen Juden, einen künftigen Erneuerer und Reformen des deutschen „Nationalismus“, schätzten ihn deshalb oder bekämpften und fürchteten ihn. Was sich schon in der erwähnten Schrift über Hegel ankündigte, hat er vor allem fortgesetzt in „*Sozialismus und Nation*“, in „*Nation, Staat und Sozialdemokratie*“ und in „*Politische Demokratie und soziale Homogenität*“, hat er vor allem abgehoben gegen Faschismus und Nationalismus in Schriften wie „*Rechtsstaat oder Diktatur?*“ und „*Europa und der Faschismus*“.

Sein größtes Werk war auch sein letztes: die „*Staatslehre*“. Sie blieb ein Torso, weil ihm der Tod die Feder aus der Hand nahm. Mit ihr wollte



Hermann Heller

destages, der die Vorklage der Strafkassen in Fällen verlangt hat... wird vom zweiten Bundestag überprüft werden müssen. Gerade die Strafakten bringen die Parlamente erfahrungs-

er nicht nur eine — der strengsten Kritik standhaltende — Theorie für den Fachmann, sondern weit darüber hinaus eine überzeugende Darstellung des modernen deutschen Staates geben.

So ging von Heller einer der wichtigsten Versuche aus, die in neuerer Zeit gemacht worden sind, den Staat und das Recht für das Bewußtsein der Deutschen neu zu fundieren und dem deutschen Volke zugleich den Weg zu einer inneren Gesundung zu weisen.

Die Staats- und Rechtstheorie Hermann Hellers ist so modern wie sie vor 30 Jahren war; sie harret noch immer ihres Abschlusses, der — auf der Grundlage, die Heller geschaffen hat — verwirklichen könnte, was Heller selbst sich vorgezeichnet hatte: die überzeugende, manche Gegensätzlichkeiten der Standpunkte im Hegelschen Sinne „aufhebende“ Darstellung des deutschen Staates und seines Rechts in unserer Gegenwart und mit unseren gegenwärtigen Aufgaben; eine Darstellung, die durch ihre sachliche Überzeugungskraft zugleich eine die Geister scheidende und ordnende Kraft entfalten müßte, weil Klarheit des Denkens zur Klarheit des Bewußtseins und damit zur Klarheit des Handelns führt. „Unser gesamtes Wissen von Staat und Gesellschaft“ — so Hermann Heller — „ist produktiv und normativ, also gesellschaftsgestaltend und niemals objektiv oder neutral im Sinne von unbeteiligt.“

sehr viel mehr... die un... der Gutachten. Dürr sa... deutlicher als Ritzel. Er hat — wie Absicht — die Katze aus dem Sack g... komme auf die Prüfung der Frage a... Jahr die Erfüllung der politischen Au... nister Strauß auf den Wahrheitsge... Äußerungen zu überprüfen, nicht die... widrigkeit der Weitergabe des Protok... trifft. Will Dürr damit sagen, daß es... sem Fall um ein politisches Delikt h... die Aufrechterhaltung der Immu... fertigt?

Die Immunitätsgrundsätze des... kennen nur die generelle Ablehnung... nitätsaufhebungen bei Beleidigung... Charakters, nicht aber bei anderen... Delikten. Für diese gilt vielmehr, da... Schuldfrage, die Beweiswürdigung u... rechtliche Interessenabwägung nicht... Bundestags, sondern der ordentlich... sind. Das Parlament hat es bei sein... dungen über die Immunitätsaufhebu... deren Schuldgehalt zu tun — es sei... die Parlamentsjustiz, das heißt die... bestimmte mehrheitliche Entscheidung... oder Unrecht, über Schuld oder Nie... Parlament kann sich in dieser Frag... selber schützen, indem es die selbs... Grundsätze strikt einhält. Das hat... Ritzel und Dürr haben mich nicht

Gewiß, sie können mildernde... den Immunitätsausschuß geltend... sich bisher vorwiegend um einfac... minelle Vergehen handelt. Da... Einhaltung oder Nichteinhaltun... sätze nicht so sehr an. Aber die... gehöhlten Grundsätze vermögen... Leidenschaften, die durch den h... entzündet worden sind, nicht me... Daran, daß die Grundsätze au... sind, sind die Vertreter aller Pa...

Theo



# DAS POLITISCHE BUCH

Hermann Heller:

## Staatslehre

Herausgegeben von Gerhart Niemeyer. Vierte, unveränderte Auflage. Verlag A. W. Sijthoff, Leiden/Niederlande; XVI und 298 Seiten, Leinen hfl. 21,—.

Hermann Heller hat in der Weimarer Aera in Kiel, Leipzig, Berlin und Frankfurt a. M. gelehrt und ist 1933 im Alter von nur 42 Jahren als Emigrant in Madrid verstorben. In Zeitungsspalten ging sein Name ein, als er 1932, nach Papens sogenanntem Preußenschlag, im Prozeß vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig die Sache der preußischen Sozialdemokratischen Partei vertrat. Jetzt, Jahrzehnte nach seinem Tode, ist diesem Staats- und Rechtsdenker ein noch wachsender Nachruhm beschieden. Eine aufschlußreiche biographische Skizze hat Klaus Meyer 1967 für die „Politische Vierteljahresschrift“ geschrieben (8. Jahrgang, Heft 2; im gleichen Heft eine Heller-Bibliographie). Eine mehrbändige Ausgabe des Gesamtwerkes ist in Vorbereitung (beim oben genannten Verlage).

Das Hauptwerk, dessen Erstdruck der Verfasser nicht mehr erlebt hat, liegt nun in dieser 1970 erschienenen Neuaufgabe vor. Es ging Heller um eine Rückwendung zu der nicht auf das Formaljuristische beschränkten „Politik“ der Dahlmann, Waitz, Droysen und Mohl, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch den vordringenden Rechtspositivismus überrollt wurde. Tatsächlich hat er gerade mit diesem Buche für eine neue, zu seiner Zeit in Deutschland allenfalls in Anfängen vorhandene Politische Wissenschaft den Rahmen abgesteckt.

Dabei ist sein Gegenstand „nur der Staat, wie er sich seit der Renaissance im abendländischen Kulturkreis ausgebildet hat“. Diesem neuzeitlichen Staat vermöge nur eine Staatslehre gerecht zu werden, die „Kulturwissenschaft“, „Soziologie und als solche Wirklichkeitswissenschaft“ und „Strukturwissenschaft“ ist. Eine solche Staatslehre werde „den Staat als wirkliches historisches Gebilde aus dem gesellschaftlich-geschichtlichen Wirkungszusammenhang deutlich verstehen und ursächlich erklären“.

Alle gesellschaftlichen Phänomene, so sagt Heller, sind „prozeßartig“; sie stehen im Flusse der Geschichte. Und was auch immer als Sozialgebilde oder sogar als ausgebildete Organisation sich ausnimmt, geht aus menschlichem Zusammenwirken hervor. Genauer gesagt: es ist auf ein Zusammenwirken reduzierbar, hat darüber hinaus keine Existenz, kein „Ansichsein“. So ist denn auch der Staat nicht von „starrer objektiver Dinghaftigkeit“. Es gibt „kein selbständiges, von der Vielheit der bewirkenden Menschen losgelöstes Wesen des Staates“. Als „geniales Wort des jungen Marx“ wird dessen Feststellung zitiert, daß der Staat „die Gesellschaft in Aktion“ sei. Das bedeutet die Ablehnung des spezifisch deutschen Verfahrens, im Anschluß an Hegel und Lorenz v. Stein Gesellschaft und Staat, als seien sie zwei getrennte Wesenheiten, einander zu konfrontieren, womit man die Verhüllungs-ideologie des Obrigkeitsstaates gefunden hatte. Bei Heller tritt klar hervor, daß der Staat aus der Gesellschaft herauswächst, durchaus ohne sich von ihr abzulösen, ihr also kei-

neswegs als ein Gebilde sui generis gegenübersteht.

Der Staat vollzieht die „Organisierung und Aktivierung des gebietsgesellschaftlichen Zusammenwirkens“, ist also „aktueller Wirkungszusammenhang“, nicht mehr und nicht weniger. Damit aber eignet ihm — wie den anderen Erscheinungen des Soziallebens — „Prozeßcharakter“ und nicht Gebildecharakter. Die Staatsgewalt „ist nur, indem sie wird“. Das ist — im allergrößten Umriß — die „funktionale“ Staatsauffassung, die in jüngster Zeit hierzulande merklich an Boden gewonnen hat, wobei nicht immer dieser Autor als der Urheber genannt wird, ja der Ursprung möglicherweise nicht in jedem Falle bekannt ist.

Daß der nur in seinen Wirkungen — normalerweise einem Bündel recht unterschiedlicher Wirkungen — existierende Staat dennoch eine Einheit darstellt, wird nachdrücklich hervorgehoben. Er ist „organisierte Entscheidungs- und Wirkungseinheit“. Es handelt sich um zwar „vielhellig bewirkte“, danach aber „einheitlich wirkende“ Macht. Sie liegt im wesentlichen bei einem „Machtkern“. Was die Ausbildung des „Machtkerns“ herbeiführt, ist das „Gesetz der kleinen Zahl“. Er müsse, und werde faktisch, „über ein gewisses Maß von Entscheidungsfreiheit und damit von demokratisch nicht gebundener Macht verfügen“.

Nimmt man hier hinzu, daß Heller unterhalb des „Machtkerns“ die „Mittläufer“ erblickt und nicht nach einem mittragenden Staatsbürgertum ruft, so wirkt die Feststellung, daß die „juristische Lokalisierung der Souveränität im Volke“ immerhin eine „politische Wirklichkeit“ bedeute, etwas blaß. Wenigstens in diesem Buche hat sich der Autor von jeder radikaldemokratischen Auffassung deutlich distanzieren wollen und tatsächlich distanziert. Man bemerkt einen latenten Elitis-

Peter Schneider:

## Recht und Macht

Gedanken zum modernen Verfassungsstaat. Verlag v. Hase & Koehler, Mainz; 282 Seiten, Leinen DM 25,—.

„Recht und Macht“ — unter diesem Leitgedanken stellt Peter Schneider — Ordinarius in Mainz — verschiedene seiner früheren Beiträge zu einem Sonderband zusammen. Es ist ein anspruchsvolles Werk daraus geworden, reich an eingebrachtem Diskussionsmaterial, voller fesselnder Reflexionen. Immer wieder ist man versucht, stilistisch besonders gelungene Formulierungen einfach herauszuschreiben.

Eine Edition früherer Aufsätze wird zuweilen mit Skepsis betrachtet; hier aber ist die Gesamtausgabe tatsächlich mehr als die Addition der einzelnen Beiträge. Das innere Spannungsverhältnis zwischen den ausgewählten Themen wird deutlich: Verfassungslegung, Versammlungsfreiheit, Rechtsprechung, Gewaltenteilung, Widerstandsrecht — stehen sie nicht

mus, der sich nicht einmal die bescheidene Forderung nach größtmöglicher Transparenz der Entscheidungsvorgänge bringt. Vielleicht ist Heller durch Leonard Nelson („Demokratie und Führerschaft“) und Kurt Hiller („Logokratie“) beeinflusst gewesen.

An zahlreichen Stellen des Buches findet man Auseinandersetzungen mit anderen Autoren. Wenigstens in der Hauptsache abgelehnt sieht man die Integrationslehre von Rudolf Smend. Was Hans Kelsen und Carl Schmitt betrifft, so ist Heller von Schmitts Devisenismus ebenso weit entfernt wie von Kelsens Gleichsetzung von Staat und Rechtsordnung. Darauf ist hier nicht näher einzugehen; wohl aber sei erwähnt, wie dieser Verfasser das Verhältnis von Sein und Sollen sieht. Sie stehen für ihn nicht in „undialektischer Beziehungslosigkeit“ aneinander gegenüber; es bestehe zwischen ihnen vielmehr eine „korrelative Zuordnung“. Das läßt an Paul Tillich denken, der im ethischen Gebot „das Sein selbst in seiner Mächtigkeit“ erkannte. Dabei hat Heller so wenig wie Tillich daran gedacht, das Sollen im Sein gewissermaßen verschwinden zu lassen; beispielsweise will er keineswegs darauf verzichten, „die jeweilige Macht an einer Rechtsidee zu messen“.

Es bleibt vielleicht noch anzudeuten, daß er Carl Schmitts berühmt-berüchtigten „Begriff des Politischen“ verwirft; daß er das Widerstandsrecht bejaht; daß er den Wirtschaftsführern die generelle Neigung zuschreibt, die ökonomische Machtposition durch das „direktere politische Kommando“ zu komplettieren. Und gewiß ist, hat man es schon in dieser höchst gewichtigen, bis ins letzte Detail anregenden „Staatslehre“ mit Hermann Hellers Hauptwerk zu tun, nur durch die Hinzunahme der anderen Schriften ein Bild zu gewinnen, das dieser engagierten Denkerpersönlichkeit gerecht wird. Ernst Maste

## Zeitschriftenschau

Europäische Gemeinschaft, Heft 2/1971:

Ralf Dahrendorf: Offensive der Öffnung und Liberalisierung;  
Klaus Terfloth: Vom „Sachzwang“ zur Außenpolitik;  
Christian Lutz: Mare Nostrum? Die Präsenz am Mittelmeer;  
Theodor Hützen: Das Verhältnis zu den USA;  
Altiero Spinelli: Integration und Industriegesellschaft;  
Rudolf Morawitz: Der innerdeutsche Handel und die EWG;  
Helmut Wagner: Das deutsche Dilemma und der europäische Ausweg.

Die neue Gesellschaft, Heft 2/1971:

Peter-Christian Witt: Zum 100. Geburtstag Friedrich Eberts;  
Eberhard Jäckel: Deutsche Einheit 1871—1971;  
Dettmar Cramer: Dogmatiker im Vormarsch;  
Werner Kuhlmann: Polizeidienst — sozialer Dienst am Bürger;  
Heinrich G. Ritzel: Die SPD als Heimat;  
Peter Lengsfeld: Eigentum verpflichtet;  
Theodor Schweisfurth: Friedliche Koexistenz, ideologischer Kampf und Ostpolitik;  
Dokumentation: „Time“ — Willy Brandt „Mann des Jahres“.

in enger Beziehung zu den uralten Problemen von Recht und Macht?

Schneider gelingt es, den Leser in die schwierige Materie schrittweise einzuführen, ihm durch Zwischenergebnisse das Nachkommen zu erleichtern. Dennoch: Dieses Buch will in der Stille gelesen werden, und nicht nur einmal. Erst so kommt man von der bloßen Aufnahme ins Gespräch mit dem Autor, in dem es nicht nur Zustimmung geben muß; denn Schneider geht durchaus eigene Wege. So empfiehlt er in seinem Eingangskapitel, — das dem Buch den Namen gegeben hat —, dem reinen Machtanspruch vielleicht eher mit dem Postulat des Maßes als dem der Gerechtigkeit zu begegnen. Besteht nicht die Gefahr, so fragt Schneider, daß sich gerade der Mächtige allzu leicht auch im Besitz der Gerechtigkeit wähnt?

In allen Beiträgen geht Schneider von konkreten Erscheinungsformen aus, spart nicht

26. Februar 1970  
U/172-EH/IS

Herrn Professor Helmut Hirsch  
Herzogstrasse 10a  
4 Duesseldorf -

Sehr geehrter Herr Dr. Hirsch,

verbindlichen Dank fuer Ihren Brief und Ihre  
Mitteilungen vom 17.d.M.

Ich habe an Frau Rosi Froelich geschrieben.  
Um ihr die Sache so leicht wie moeglich zu machen,  
habe ich die Abschrift des Briefes an eine andere  
ehemalige Landtagskollegin, die in Frankfurt a.M.  
lebt, geschickt und sie <sup>zu</sup> bitten, Frau Froelich an-  
zurufen. Dieser wird es vielleicht leichter fallen,  
die genaupraezisierten Fragen telefonisch zu beant-  
worten, sodass sie der Sache des Schreibens ueber-  
heben ist.

Ich will erst sehen, welches Ergebnis mein Schrei-  
ben hat und mich dann an Herrn Werner Habel wenden,  
dessen Namen Sie mir freundlicherweise mitgeteilt  
haben.

Ich habe im Reichstagshandbuch die Photographien  
von Clara Zetkin und Mathilde Wurm angesehen und  
auch daraus festgestellt, dass die Korrektur not-  
wendig ist. Ihr Buch in hollaendischer Sprache werden  
wir bestellen.

Fuer die angekuendigte Uebersendung eines Exemplars  
der Bernstein-Engels Korrespondenz im Mai oder spaeter  
sind wir alle Ihnen sehr dankbar, auch fuer die Briefe  
aus Ihrer eigenen Sammlung einschliesslich Ihrer Reime,  
die Sie uns abermals von einer neuen Seite zeigen werden.

In uebrigen habe ich Ihren Brief auch Herrn Dr. Grubel  
zur Kenntnis gegeben, auch wegen der Angelegenheit von  
Frau Ralle.

Mit freundlichen Gruessen

Ihr

Dr. Ernest Hamburger

New York, N.Y.

# Mimesis und Aufklärung

Zu Max Horkheimers 75. Geburtstag am 14. Februar

Der philosophische Gedanke, wenn er etwas taugt, hat ein Eigenleben. Einmal ausgesprochen oder niedergeschrieben, verselbständigt er sich, wird für andere verfügbar, die ihn aufgreifen, weiterdenken, abwandeln. So vollzieht sich seine Teilhabe am historischen Prozeß. Max Horkheimers „Kritischer Theorie“ ist solches Schicksal in hohem Maße widerfahren: zwei Generationen schon hat sie Philosophen und Soziologen beeinflusst, deren Werke heute unter der Kennmarke „Frankfurter Schule“ in aller Welt diskutiert werden. Eine Schule, durch die sich bürgerliche Philosophen wie doktrinaire Marxisten gleichermaßen beunruhigt fühlen.

Dabei hat Max Horkheimer weder in seinem Auftreten noch durch eine einzige seiner Veröffentlichungen jemals in dem Sinne gewirkt, den man heute gern als spektakulär bezeichnet. Das Gewicht des Arguments, die Klarheit, mit der ein Sachverhalt dargestellt werden muß, die Differenziertheit einer der Sache angemessenen Sprache haben ihm von jeher und wie selbstverständlich Respekt und Autorität bei Freunden, Kritikern und Schülern eingetragen. Inmitten einer akademischen Betriebsamkeit, die sich immer mehr im Dunstkreis von Massenmedien und Kongressen entfaltet, übte Horkheimer eher persönliche Zurückhaltung. Nicht, daß er sich dem Gebot der Stunde jemals entzogen hätte (er ist nicht der Typ des Denkers in einsamer Berghütte), aber mehr als mancher andere hat er ein Gefühl für das rechte Maß, pflegt er den jeweiligen Anlaß besonders zu prüfen.

Max Horkheimer ist Frankfurter. Obwohl in Stuttgart geboren und heute vorwiegend in der Schweiz lebend, bleibt Frankfurt die unlösbar mit seinem Wirken verknüpfte Stadt. Hier hat Horkheimer, der als Sohn eines schwäbischen Fabrikanten zunächst für den Kaufmannsberuf bestimmt und ausgebildet war, gleich nach dem Ersten Weltkrieg Philosophie bei Hans Cornelius studiert, dort habilitierte er sich 1925 mit einer Arbeit über Kants Kritik der Urteilskraft, dort wurde er 1930 Direktor des Instituts für Sozialforschung, dorthin kehrte er 1950 nach den Jah-

ren des Exils in Genf, Paris und New York zurück.

Die Schrecken der Mimesis hat Horkheimer wohl schon im Elternhaus erfahren: früh wurde er gewahr, daß Reaktionsweisen und Verhaltensweisen eines jungen Menschen auf Nachahmung beruhen, daß Charakteristika, die man gern der Vererbung oder gar der Rasse zuschreibt, soziale Rollen sind, die durch Überlieferung erlernt werden und auf Atavismen beruhen. Die Schrecken einer unkritischen Aufklärung erkannte er, noch bevor die Nazis ihn 1933 verjagten. Der deutsche Gelehrte Max Horkheimer, der durch Kant, Hegel und Marx beeinflusst wurde und sich sehr rasch von den positivistischen Anschauungen seines Lehrers Cornelius trennte, sollte sehr nachdrücklich begreifen, was es heißt, ein Jude in Deutschland zu sein.

Untrennbar von diesem Schicksal bleibt der vor zwanzig Jahren gefaßte persönliche Entschluß, unter welchen Vorbehalten auch immer, mit seinem Institut nach Frankfurt zurückzukehren. Objektiv wurde damit die Wende deutscher Philosophie und Sozialforschung in der Mitte des Jahrhunderts überhaupt erst ermöglicht. Horkheimer kehrte zurück, und das philosophische Klima änderte sich. Eine ganze Generation, die von existential-ontologischen Fragestellungen eingeschlafert oder durch positivistische Theorien steril geworden zu sein schien, wurde zum kritischen Denken erweckt. Frankfurt wurde zum Zentrum: Horkheimers, meist mit Theodor W. Adorno gemeinsam geleitete Seminare, Herbert Marcuses Gastvorlesungen gaben einen neuen Begriff von der möglichen Rolle der Philosophie in dieser Zeit. Nie wurde das Verhältnis von Theorie und empirischer Forschung so reflektiert wie in den Arbeiten der Frankfurter Schule. Deren Begründer übt seit jeher eine Tugend, zu der viele deutsche Ordinarien sich nur mühsam durchringen können: Horkheimer ist Meister des Teamwork. Alle, die ihm heute Glück wünschen, haben Anlaß, ihm zu danken. Die heilsame Unruhe, die sein Lebenswerk unter uns gestiftet hat, bleibt eine der letzten Hoffnungen für die Erneuerung der deutschen Universitäten.

IVO FRENZEL

MAX

Das  
schei  
Elisa  
Die I  
Anti  
Dekor  
schen  
schwe  
vokati  
Aroma  
pen“ i  
etwa

Im P... der Trauf



Ignace Jastrzebski

Jakow Julewitsch 1856 ~~Selbst~~

bei 1. world congress. Schrift: Der Kalkstein  
in Platten f. sociale Praxis 7. Aug. 1890  
im 1896 Abdruck Juni 1890 - 1900 erwacht & in...

10

Jahres Almanach 1920<sup>(2)</sup> und Verlag

gute Gehalt Idemk weiss in dem.

Hochst instages als Person u in der  
Stadt

Häufiger Patente.

Leute flucht in freie, Seemanns  
publ. speaking & editing. — in Klammern  
in v. Haus jähelken Zukunft.

Vertrieb mit freier leben, sog. Praxis  
weite seiner Lernen: Lehrer, Assistent  
Rauke, Holzkner



CV Jedy 19/9/1926 <sup>Prof. Dr. Hermann</sup> S. 503 <sup>Werkstätten</sup>  
Jung Jahrgang 1856 geb. unger. <sup>mit Hermann</sup> Schüler Rauhes  
redigiert Jahresberichte d. Gesellschaft für wissenschaftl. u. 1885-94,  
Schrift, Arbeiten geführt unter 1885 "Jahrbuch d. Verh. Gesell-  
schaft. Verhaftet sich bei Kester in würt. Frey,  
nach Kerpeler d. Natur. Hauptberuf Lehrer 1885 Jährl.  
Kaiserschul, seit 1896 Halbmonatsheft "d. Arbeitsmarkt", der  
auch, der sich mit Wpzig auf Arbeitsmarkt bezieht.  
wollte auch d. Blatt d. Arbeitsnachweise fördern, ab 1903  
d. Monat Reichsrat begann, Arbeitsmarktstabille herauszugeben,  
ausgeführt d. Veröff. darüber herausgegeben, Jahrbuch,  
abwohl i. d. Literatur überging, sein Blatt d. Zeit. ent-  
f. d. d. Handelslehre bezieht, d. 1. Reihe seit  
seiner Kündigung am 1. März 1905 a. d., seit 1920 erhielt

36 Jahre verheiratet Professor. Hauptberuf auf Sozial-  
polit. Gebiet. Vorkämpfer d. sog Reform. Bewegung,  
liberaler, geistvoller Mann

Krafft (Kurschum) 1842  
1816, 1842 - 1847  
u.a. 1848 in Pestalozzi d. Hohenstauf. 1849 (mit  
J. Winter), Sozialhistor. 2. Aufl 1894, Verfassungsgesch.  
1894; 1896 d. Verfassung 1896; Einigkeit d. Arbeitsrecht.  
1898 - 1898. Sozialpol. - Konv. 1902. Kon-  
munität Arbeitslosenversicherung 1910; Probe d. Arbeitsvertrag  
u. d. freiwirtschaftl. d. wirtschaftl. Liberalismus 1910. Carl Bruns  
1911. Handelspolitik 1912, 5. Aufl 1923; Arbeitsrecht 1912, 3. Aufl  
1928; d. Recht 1913, 4. Aufl 1924. u.a. - Soziale Praxis  
1894-97; Gewerbe- u. Kaufmannsrechte 1845-1912; Abw. F

F 1897-1913

Theodor Heuss, Ausstellung

*voller Text, Heuss 10*

Jastrow p. 191 ff

Beglueckwuenscht Heuss fuer unentgeltliche Redaktionstaetigkeit; zu bewundern, Jastrow ist eine Schulmeisternatur und fuer Gelesenes nicht leicht zu enthusiasmierem. War Mitarbeiter an der Weltgeschichte Rankes, 1905 Professor fuer Staatswissenschaften in Berlin, Elly Heuss-Knapp hoerte als Gasthoererin waehrend ihrer Berliner Studienzeit mit Begeisterung Vorlesungen und Semibare Jastrows: Jastrows Seminar ist das beste an Berlin.

Walter Liddel

Sellinck, Walter, Dr jur Staatsrechtslehrer

geb. 1885

gest. 1955.

Seit 1913 Prof. in Kiel, 1929-1935 u. zeit 1945 in

Heidelberg. VII 250.

WV 1 Fol.

Hermann Kautsky

14. August 1961

Liebe Toni:

Ich nehme an, dass Sie zur Zeit in Ferien sind, aber bald zurueckkommen oder dass der Brief Sie jedenfalls nach Ihrer Rueckkehr erreicht. Da wir dieses Jahr nicht nach Europa kommen - vielleicht aber 1962 - so wende ich mich schriftlich an Sie mit meinem Anliegen.

Meine hiesige juedische Institution hat mich aufgefordert, eine Schrift ueber die juedischen Parlamentarier, Minister und Beamten in der Weimarer Zeit zu verfassen. Im Mittelpunkt wird natuerlich ihre Taetigkeit in der SPD stehen, da die demokratische Partei ja bald bedeutungslos geworden ist und Juden in der kommunistischen Partei im Laufe der Zeit aus politisch fuehrenden Stellen ausgeschaltet worden sind.

Es wird sich darum handeln, zu bestimmten soziologischen Ergebnissen zu kommen, z.B. ueber die politische Betaetigung der Juden in der Revolutionszeit, vor allem in Berlin und Muenchen, ihre Rolle in den Parlamentsfraktionen, ihre Eignung fuer bestimmte Aufgaben, durch die sich juedische Beamte von der alten Bureaukratie, vor allem in Preussen, unterscheiden, sowie die antisemitische, gegen sie gerichtete Stroemung und deren Wandlung und Staerkung am Ende der Weimarer Zeit.

Ich bin zur Zeit mit der Materialsammlung beschaeftigt und moechte dabei auch die einzelnen Landesteile, soweit es sich lohnt, erwaechnen. Vielleicht koennen Sie mir auf einigen Gebieten dabei behilflich sein. Es handelt sich um folgende Fragen:

1. Schleswig-Holstein. Soweit ich mich erinnere, ist in Schleswig-Holstein irgend ein staerkeres Hervortreten der Juden als Parlamentarier und Beamten nicht zu verzeichnen gewesen. Ich weiss zwar von einigen juedischen Richtern in Altona, die aber eine bezeichnende Rolle nicht gespielt haben, und ich wuerde natuerlich unseren leider so frueh verstorbenen Freund Katz erwaechnen, wenn ich nicht die kommunalpolitik voellig ausschalten wuerde, da dies den Rahmen der Arbeit sprengen muesste. Vielleicht koennen Sie mir aus Ihrer Kenntniss der Dinge sagen, ob meine Annahme, dass aus Ihrem Landesteil nichts wesentliches zu berichten ist, zutrifft oder ob Sie meine Informationen ergaenzen koennen.

Brandt  
von

Wesmar  
10

2. Fall Kantorowicz: Kantorowicz wurde 1927 zum Professor an der juristischen Fakultät in Kiel ernannt. Ich möchte ich unter denjenigen Juden aufführen, gegen die wegen ihrer pazifistischen und sozialistischen Haltung eine lebhaftige Agitation seitens der Rechten entfaltet worden ist. In diesem Fall hat sich selbst Stresemann bemüht, auf Becker einzuwirken, dass er die Ernennung unterliesse, da K. in der Kriegsschuldfrage ein Gutachten erstattet habe, das von der Auffassung des Auswärtigen Amtes abweiche. Die juristische Fakultät von Kiel, die K. vorgeschlagen hatte, hat sich in diesem Fall sehr mutig gezeigt, und auch nachdem Becker von Stresemann's Bedenken ihr Kenntnis gegeben hat, von dem Vorschlag festgehalten. Ich möchte diese Haltung der Fakultät rühmend hervorheben und mein Material darüber etwas ergänzen. Ist Ihnen aus Ihrer Erinnerung über die Sache etwas bekannt? Sowie über die Mitglieder der Fakultät, die etwa sich für diesen Beschluss besonders eingesetzt haben? Vielleicht liegen darüber noch Akten vor. Ich kann zwar den Fall auch ohne weiteres Material darstellen, aber es wäre interessant dazu noch Einzelheiten zu ermitteln. Vielleicht können Sie direkt oder mit Hilfe von Beade oder auf anderem Wege mit weiteren Informationen verschaffen.

3. Unterrichtsministerium. Auf diesem Gebiet waren Sie mehr zu Hause als ich. Ich weiss von 3 juedischen Beamten im Ministerium, naemlich Landé, Kestenberg und Selig. Gaede, den ich gefragt habe, hat mir nur sehr duerftige Auskuenfte geben koennen. Ueber Kestenberg weiss ich genug, es liegt viel Literatur ueber ihn vor, er lebt in Israel. Selig hatte meiner Erinnerung nach das Volksbuehnen und sonstige Theaterreferat, vielleicht wissen Sie mehr ueber ihn. Beide Selig und Kestenberg sind ausserhalb der Ochsentour ins Ministerium gekommen und von der Rechten bei fast jeder Staatsberatung scharf angegriffen worden. Landé war wohl der erste Beamte juedischer Abstammung im Unterrichtsministerium und er galt als der Vertrauensmann Beckers, der die Verbindung mit dem Parlament und anderen Ministerien wahrnahm. Gaede loeste ihn dann darin ab als Grimme kam. Was Sie mir auch an Informationen ueber diese 3 zusaetzlich geben koennen, sowie ueber etwaige andere juedische Beamte in dem Ministerium waere mir sehr willkommen. Die Landtagsprotokolle sind hier, die antisemitischen Angriffe vor allen des Pfarrers Koch gegen Selig und Kestenberg sowie die preussischen Staatsbuehnen, sind mir bekannt.

Wenn Sie also einmal Zeit finden, mir ueber diese Dinge zu schreiben, waere ich Ihnen wirklich dankbar. Ich hoffe dabei, auch ueber Sie persoendlich Gutes betreffs Ihrer Gesundheit, Ihrer Arbeit u.s.w. zu hoeren.

Viele herzliche Gruesse

Ihr



Stadträtin Jensen

Kiel, den 9. Oktober 1961

Herrn  
Dr. Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive

NEW YORK 24, N.Y.

Lieber Ernest Hamburger!

In Ergänzung meines letzten Briefes darf ich Ihnen nun heute das Wesentlichste aus den Akten des Preußischen Kultusministeriums mitteilen. Zunächst befindet sich dort ein Brief der Professoren Jelinek und Radbruch an den Kultusminister Becker. In diesem Schreiben bitten die beiden Professoren, daß der Kultusminister Herrn Kantorowicz in erster Linie bei der Berufung berücksichtigen möchte. Danach scheint also auf der Vorschlagsliste der Fakultät Kantorowicz nicht als Erster benannt worden zu sein und Jelinek und Radbruch haben sich deshalb verpflichtet gefühlt, einen besonderen Brief an den Kultusminister zu richten. In dem Schreiben wird an erster Stelle auf die besonderen wissenschaftlichen Qualitäten von K. hingewiesen. Zweitens wird betont, daß K. ungebührlich lange habe warten müssen auf eine Berufung, wahrscheinlich wegen seiner politischen Haltung. Und drittens heißt es dann, daß nach Meinung der Fakultät die politischen Äußerungen von K. nicht gravierend sein könnten.

Dann befindet sich in den Akten das Konzept eines Briefes des Kultusministers Becker an Stresemann. Dieses Konzept ist vielfach geändert worden. Zunächst sollte es scheinbar ein persönlicher Brief sein, dann ist er aber wohl doch als amtlicher Brief an Stresemann abgegangen. Dem Konzept dieses Briefes beigelegt ist ein Zeitungsausschnitt, nach dem ein New Yorker Berichterstatter über Vorträge berichtet, die K. in Amerika gehalten hat. Nach dem Bericht des Journalisten soll K. auf die immer noch schwierige Lage in Deutschland hingewiesen haben. Besonders darauf, daß ja immer noch Besatzungstruppen in Deutschland stünden, aber schließlich sei eine demokratische Besatzung immer noch besser als deutsche Tyrannenherrschaft.

In den Akten findet sich dann die Antwort von Stresemann. Es ist ein kurzer dienstlicher Brief, in dem nur festgestellt wird, daß das Außenministerium keine Veranlassung sehe, zum Fall Kantorowicz Stellung zu nehmen. Unterschrieben: Stresemann.

Danach scheinen also die Bedenken gegen die Berufung von K. nicht von Stresemann, sondern vom Preußischen Kultusministerium ausgegangen zu sein, was mich bei der Haltung der Universitäten damals auch gar nicht wundert.

Soweit die Akten und ich hoffe, Ihnen ein wenig damit geholfen zu haben.

Mit besten Grüßen

Ihre  
Truus Jensen

10 Kiel, d. 2. X. 61.

Lieber Herr Hamburger,

zunächst Ihnen und Ihrer Frau herzlichsten  
Dank für die Glückwünsche zum 70. Ja. Wir kommen  
in die Jahre, aber ich bin froh, dass wir drei, Sie,  
Hedwig und ich, die wir ungefähr gleichaltrig  
sind, doch noch schätzig sind. Es war ein  
stimmungsvoller Tag, dieser 70., obwohl ich mit dem  
Pressehof vereinbart hatte, nichts in die Presse  
zu bringen.

Dank für Ihre liebenswürdigen Zeilen und  
die Ermunterung, weiter tätig zu bleiben. Ich gehe  
allerdings ernsthaft mit dem Gedanken um,  
mich nicht wieder aufstellen zu lassen. Es  
gibt so viel zu lesen, so viel Musik, zu der  
ich nicht komme, weil die Tage immer mit  
Tagesarbeit ausgefüllt sind. Aber die Partei  
nimmt meinen Vorschlag nicht zur Kenntnis,  
und im CDU-Mann habe gemeint neulich,  
das kann sich die SPD doch gar nicht leisten.  
Aber meine Familie meint, ich sollte auch  
einmal an mich denken.

Nach nun zu Ihrem Augustbrief. Zuerst  
dachte ich, ich könnte Ihnen gar nicht be-  
hilflich sein. Der Fall Kantrowicz ist ja

zwischen Fakultät und Preussischem Kultusministerium erütert worden. Das Gebäude der juristischen Fakultät ist völlig zerstört worden, es ist zweifelhaft, ob Akten gerettet sind. Die Akten des Preussischen Kultusministeriums befinden sich in der Ostzone. Wende, der Herrmann eine Biographie über Kultusminister besorgen veröffentlicht hat, standen sie nicht zur Verfügung. Ich habe dann zunächst die Bibliothek des gegenwärtigen Rektors unserer Universität, mit dem ich seit Jahren befreundet bin, abgewartet, um zunächst etwas über Kieles Akten festzustellen. In dieser Besprechung stellte sich mir folgendes heraus: Die Kiele Universität feiert 1965 ihre 300 Jahrefeier und bereitet dafür eine Festschrift vor. Ihnen ist es gestattet worden, in Messung Akten des Pr. Kultusministeriums zu photokopieren. Sobald der Dekan der juristischen Fakultät vom Verlaß zurück sein wird, werde ich mir die Unterlagen anschauen können. Ich hoffe, daß der Briefwechsel zum Fall Kautzsch-Witz dabei ist und gebe Ihnen dann sofort das Material. Daß die juristische Fakultät damals fest blieb,

ist nicht verwunderlich, wenn man sich ver-  
gegenwärtigt, wer damals dazu gehörte:  
Kadbruch, Jellinek, Schänking, Hussel.  
Es war damals eine glanzvolle Fakultät.

1. Übrigens hat Kautzowicz 1933 fest geglaubt, daß  
man ihm nichts tun würde. Er war mit den  
höchsten Kriegsorden ausgezeichnet, und es hat  
ihn tief getroffen, als die Studentenmenge  
sich dann auch gegen ihn wandte.

Landé, Kestenberg, Selig. Ich bin aufrichtig  
bekümmert, wie viel ich vergessen habe. Von  
Selig habe ich nur noch die Vorstellung,  
daß er im Kulturausschuß bei der Beratung  
des Theateretats als Regierungsvertreter da-  
bei war. Meiner Wissens kann er aus der  
Volksbühnenbewegung, und Nestriepke  
müßte über ihn aussagen können. - Daß ich  
häufig mit Landé verhandelt habe, weiß ich.  
Aber die Erinnerung ist nebelhaft. Über  
Kestenberg wüßte ich nichts, aber da haben  
Sie Material. Nachhause hat er seine Erinne-  
rungen herausgegeben: bewegte Zeiten.

Wenn Sie Sie nicht haben, schicke ich Sie Ihnen  
gerne. Die Landtagsprotokolle, die ja  
eine Fundgrube sind, stehen Ihnen, wie  
Sie wünschen, zur Verfügung. Im Augenblick

kann ich leider keine weiteren Hinweise  
geben.

Und damit wünsche ich Ihnen Erfolg für  
diese interessante Arbeit, bei der aber auch  
viel Trauer und Bitterkeit aufkommen wird.

Ihnen und Ihrer Frau herzlichste Grüße  
Ihre  
Touffensen

Hermann Kantorowicz 9 U. Geschichte

Recht. Karte die seit Vorkriegszeit bekannt  
Kraft. Deutscher exakt arbeitende Provisorien von,  
speziellsten Weg, Fortschritt, beide Meinung besserer  
Erfahrungen inoffiziell, andere Kritiker des 3. Weg  
überd. beh. oft falsch d. Schwarz u. d. falsch beide  
verantwortlich unterschätzt, Subjektive sowohl  
Nachraf in Schwarz. Jhdo. f. Strafrecht,  
60, Jgg 1946, p 262 ff  
Rechtlicher Zurechnung Weg p 95-98

Kantowierung (Frieden) IX 2  
bedeutet, dass <sup>Geleitet</sup> Kräfte auf  
nicht d. 'Anforderung' & Angriff-  
Krieg, Kriegshetze (Angriff) d. Angriff-  
Krieg d. Reiches (off d. Reich) unter  
Hilfe stellt, schließt neue Forderungen  
darüber vor, entspricht Deutschland. 8. 1914-  
ver. 24/12/26 : Angriff Krieg unter  
Vertrag). "E. v. ... Tabber S:

Die Kriegshetze ein Auszug III, 2  
Jg 1927 p 149-156



Herrmann v. Kautzowitz  
Vorsitz <sup>Rechtshab.</sup> v. Min. Kiel für Ordinarier  
Herrmann an Becker 1927: Krieg, früher Leiter  
Rechtsabtg. d. L. hatte demnach, dass Jubelstunde  
K's j. Kriegsschuldfrage, das in Parl. unter  
Ausschluss über Kriegsschuldfrage erörtert, von Hoch  
offiz. druffast abweich. Jubelst. Hoch, von dem wir  
uns nicht erholen werden. Wenn er in Kautzowitz  
in hervor. Stellung berufen wird, erhält er  
Gehalt e hervor. Wissenschaftler, v. Kautzowitz  
Journist an Datz. Becker wie Vorstoss d. Parl. -

2) Humanitas von jurich. K. e. d. untern  
von Jahr 14, ferial. Person, wie sie in  
„Eigle“, aber wohl nur hier, vorzukommen; Starker  
wissensch. Idealismus kann Person jeder  
reith untergen werde. K. letzte Emanation auf  
Jahre d. mittelalter. <sup>Rechts</sup> Geschichte. Fakultät  
hielt an Koscheg fest, nach d. Aufwerts. auf  
Jahre geleitet. B. glaubt, dass Unterbleiben  
d. Jurely d. Hoch Menschen im Ausland e. fröseren  
Hoss leben würd. Radbruch habe dies gesetzt,

3) Kardorff

Der Gutachten enthält nun 2. Überzeugung 2. 3. -  
sog. Partei. "Ich habe mich ausw. Pol. ja me,  
chen, .. aber ich bin resistent, dass 2. Füh-  
2. Überzeugung nun. aktuel. Lehrer nicht st. pol.  
Richtlinien eingeleitet wird." K. wurde berufen.  
Es 1. Gutachten ist mit 2. Akten 2. Ausschuss,  
beim Romparlament 2. Oktober 1945

vertreten. Becker: "Und da voll 2. pro Kullow-  
mit. 2. Frau nicht berufen, weil ein paar Dutzend u. sp.

Verfälschte Gutachten  
Anhang 2000

Egfr

p 139-141

Heeren an  
a. unter Erd  
geübt wissen!

273 Kōnyū. Prof. Dr. Hauptwerk "Tah und Schuld"  
K's Versuch erhebt wunderbare Präzision - I auch sehr  
auch aus Finken, Lehren, ja fast. Wahrheit. Erwachte  
Anpassung, was er beschreibt, dass auch andere Worte  
nicht, dass nicht. Nicht, auch polstert e. Kausale  
Papierausdruck: Dilemma zwischen eh od' in. Qualitäten - präzise  
276 unter in entio.

Unter pol. Stoff: England. Dialekt über fest. I engl.  
Politik. bei Offizieren im 1. Weltkrieg. Verteidigung  
d. Vaterlands, 1922. In was fern. Konstruktion. Eco-  
nomie März 1927.

früher: Rückblick. Herausg. von Kaufmann  
in Schweizerische Zeitschrift für Rechtsw. 60, 1946  
Dern, p 262 - 276

Kantorenweg Hermann

<sup>p. 263</sup>  
Tat und Schuld 1933, 30) Stefan Janyu Schicks 1. book  
1904 posthum. Kerns + auch; unter (alters) Rechts jurist. Streit-  
<sup>p. 263</sup> siph. "Kampf um die Rechtsprechung" 1906, Schöpfen J. Freirecht  
Hew Berg, unter Namen Guacaeo Flavius, leben recht -  
güterweise wird von rechts pendend jedoch J. Rappach, Rapp-  
schuld. Polanski J. Dymenda J. Freirecht. Janyu, der  
Überwindung in Höhe J. Janyu (v. o. 1933) jurist. Kern in Co,  
Lambis dies 1927 (Col San Rom Vol 28, 1928, 679 ff Legal  
Science, a survey of methodology.) wird Janyu - v. Janyu -  
rechtsrecht unbedingte Vorge, aber frei Rappach J. Janyu Janyu  
v. Janyu, Janyu - u. Janyu als punkt f. frei Rappach in  
Praxis, Janyu, Janyu, Janyu, Janyu v. u. Janyu Janyu  
auf Rechtsprechung J. Rappach. Als Mediziner in Janyu  
Kreis der Janyu. J. Janyu Janyu - auch, als Janyu  
wird J. Janyu Janyu Janyu, Janyu u. Janyu 'beantwortet'

## Ein Gutachten wider die Kriegsschuld-Propaganda

HERMANN KANTOROWICZ: *Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914. Aus dem Nachlaß herausgegeben und eingeleitet von Imanuel Geiß. Mit einem Geleitwort von Gustav W. Heinemann. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 450 Seiten, Leinen, 28 DM.*

Der Kampf gegen die „Kriegsschuldfrage“ in der Zeit der Weimarer Republik ist und bleibt ein hervorstechendes Beispiel für die Verdrängung rationaler Überlegungen durch emotionale Momente im deutschen politischen Denken, in gewisser Hinsicht auch dafür, was wir heute Manipulation der öffentlichen Meinung nennen. Bezeichnend ist das Schicksal des umfangreichen Gutachtens zur Kriegsschuldfrage, das Hermann Kantorowicz verfaßt hat und dessen für das politische Klima der Zeit aufschlußreiche Entstehungsgeschichte Imanuel Geiß im Vorwort behandelt.

Bereits 1927 lag es dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Reichstags vor, konnte aber erst jetzt wieder aufgefunden und veröffentlicht werden. Es ist in seinen Grundzügen, mit der Fülle des verwerteten Materials und seinen scharfsinnigen Analysen unverändert aktuell. Seine Ergebnisse sind durch die seitherige Forschung nur bestätigt worden.

Kantorowicz war Jurist und sollte ein juristisches Gutachten abgeben. Dementsprechend sind Methode und Aufbau gehalten: an textkritische und rechtspolitische Untersuchungen schließen sich die beiden Hauptabschnitte „Fragestellung“ und „Antwort“ an. Damit ist eine

klare Gliederung der weitschichtigen Materie erreicht. Kurz umrissen ist der Standpunkt von Kantorowicz der, daß — sofern man überhaupt von „Schuld“ spreche und nicht einfach alles „Schicksal“ nenne — nur eine normative Betrachtungsweise angemessen sei, keine historische, wie sie damals fast ausschließlich geübt wurde.

Wie fruchtbar dieser Gesichtspunkt ist, können wir heute ermessen, wenn wir die Begriffsverwirrung, die in den zwanziger Jahren in der „Kriegsschuldfrage“ herrschte, gegen die Ausführungen von Kantorowicz mit ihrer sorgfältigen Klärung der Begriffe halten. Auf Einzelheiten einzugehen, würde hier zu weit führen. Eines nur muß noch erwähnt werden. Kantorowicz weist offen nicht nur auf die Widersprüche in der deutschen Unschuldpropaganda hin — er nennt sie ein Stück Nachkriegspsychose —, sondern auch auf die innenpolitischen Folgen dieser organisierten Agitation, durch die „die Gedanken, die Schichten, die Führer des vorrevolutionären Deutschland wieder zur Macht gelangt“ seien. Noch schärfer spricht er 1930 seine Überzeugung aus, „daß es sich bei der ganzen Schuldpropaganda um nichts als einen ungeheuren Volksbetrug handelt, der die moralische Mobilmachung zum nächsten Weltkrieg darstellt“.

Erkenntnisse wie diese standen freilich in schärfstem Gegensatz zur offiziellen deutschen Unschuldthese. Das Kriegsschuldreferat des

Auswärtigen Amtes war daher bemüht, eine Veröffentlichung des Gutachtens zu verzögern und schließlich ganz zu unterdrücken. Schwer zu begreifen ist, daß auch der Untersuchungsausschuß des Reichstages, dessen Tätigkeit einmal kritisch durchleuchtet werden müßte, dieselbe Linie einschlug. Im Fall Kantorowicz trägt er jedenfalls einen guten Teil der Verantwortung dafür, daß das Gutachten, das vielleicht doch eine politisch aufklärende Wirkung hätte haben können, nicht veröffentlicht wurde.

Und diese Seite ist es, die uns gar nicht „historisch“ berührt: die Unterdrückung einer mißliebigen Meinung. Bundesjustizminister Heinemann schreibt in seinem Geleitwort, daß das Schicksal des Gutachtens „einige beherzigenswerte Lehren“ enthalte: die Demokratie werde nicht geschwächt, sondern gestärkt, wenn sie ein Höchstmaß an freier und rationaler Diskussion nicht nur gestattet, sondern ermögliche und ermutige. So gesehen seien Leben und Werk von Hermann Kantorowicz „auch heute noch ein Anruf, uns dem Risiko kritischer Selbstprüfung und der freien Diskussion in einer freien Gesellschaft offen zu stellen“.

Bernhard Knauss

### Lexikon über das Recht

CARL CREIFELDS: *Rechtswörterbuch. Unter Mitarbeit von Hans Kauffmann, Hans Putzo, Heinz Ströer, Alfred Wagner, Dieter Guntz, Paul Henssler. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München. 1326 Seiten, Leinen, 48 DM.*

Die in gefaßte jurische Enzyklopädie  
th... Wörter... Rechtsgebiete  
... d. Gesell-  
... blicher  
... recht,  
... gs-,  
... i-  
LADI

Sympathien für Hall

EIN  
Nord  
verdi  
Span  
wuch  
gang:  
mode  
Alsfe

LADI

Erich Kaufmann (Brecht, Aus naechster Naeh) *Lebenserinnerung I Halbt 1955*  
S. 105

S. 105

Vorm 1. Weltkrieg Privatdozent, spaeter Professor des oeffentl.  
Rechts, schrieb im Buch ueber das Wesen des Voelkerrechts, 1911,  
Wesen des Staates sei Machtentfaltung und der Wille, sich in der  
Geschichte zu behaupten und durchzusetzen, wahres soziales Ideal sei  
der siegreiche Krieg, die letzte Norm, die darueber entscheidet,  
welcher der Staaten Recht hat.

*Gelichte*

10

# Deutschland diskutiert die Freigabe der arabischen Mörder

Von HORST FLÜGGE

BONN. — Die deutsche Bundesregierung, die im Augenblick der Flugzeugentführung und des terroristischen Erpressungsmanövers in Bonn unter Vorsitz von Bundeskanzler Brandt einen Krisenstab gebildet hatte, blieb von Beginn an bei ihrer Überzeugung, dass die Erhaltung des Lebens der Geiseln jede der wenigen möglichen Entscheidungen bestimmen müsse. Daran hielt sie fest, auch nachdem Israels Botschafter Ben Horin gegen die sich ankündigende Erfüllung der Forderung der beiden Araber interveniert hatte. Die israelische Regierung protestierte formell gegen die "deutsche Kapitulation", die dem Bemühen um internationale Solidarität bei der Abwehr des palästinensischen Terrors schweren Schaden zugefügt habe. Der "Zentralrat der Juden in Deutschland" war nicht zurückhaltender in seiner Kritik. Der Umgang mit Erpressern in einem Zustand der Panik lasse Schlimmes für die Zukunft befürchten, erklärte er.

Brandt blieb bei seiner Überzeugung, dass es ohne Gefährdung der Geiseln nicht möglich gewesen wäre, der Erpressung nicht nachzugeben. Der Bundeskanzler liess die arabischen Staaten wissen, dass eine ernsthafte Gefährdung des Verhältnisses zur Bundesrepublik unvermeidbar werde, wenn sie gegen die Bundesrepublik gerichtete Terrorakte der Palästinenser nicht unterbinden würden.

CDU und CSU griffen die Haltung der Regierung im Wahlkampf an und kritisierten mit Recht, dass nach dem Blutbad von Fürstfeldbruck die Regierung den Fehler beging, nicht voll die Kritik von Bundespräsident Heinemann an den arabischen Regierungen zu übernehmen und sich jetzt nicht entschieden genug gegen die an der bisher letzten Erpressung beteiligt gewesenen arabischen Regierungen gewandt habe. Die Bundesregierung solle von Libyen die

Auslieferung der drei Attentäter von München und eine Strafverfolgung der beiden Entführer verlangen. Das war, nachdem die Attentäter aus den bayerischen Gefängnissen geholt und übergeben worden waren, nicht mehr möglich. Aber gegenüber Libyen, dessen Regierung auch noch eine Pressekonferenz der drei Attentäter von München in Tripolis zulässig, war Bonns Sprache schwächlich.

Es ist sicher, dass die rasche Erfüllung der Forderung auf Freilassung der drei Mörder von München die Gefahr neuer Terrorakte eher vergrössert als verringert hat. Bonn und München mussten seit dem September mit einem Anschlag, wie dem am 29. Oktober verübten, rechnen. Israels Kritik und Enttäuschung sind natürlich verständlich, aber da die Geiselnahme nicht in der Bundesrepublik erfolgte, war der Handlungsspielraum der Bundesregierung und der bayerischen Landesregierung gering.

Mit der Ausweisung der als Gefährdung der Sicherheit angesehenen Araber und mit dem Verbot der palästinensischen Organisationen hat die Bundesrepublik versucht, die Gefahr einer neuen Erpressung zu verringern. Dass es keine hundertprozentige Sicherung gegen Erpressungen, wie die vom 29. Oktober, gibt, ha-

## Heine-Ehregabe an Hilde Domin

Die seit ihrer Rückkehr aus der Emigration in Heidelberg lebende Lyrikerin und Essayistin Hilde Domin erhält in diesem Jahr die 1965 von der Heinrich-Heine-Gesellschaft Düsseldorf gestiftete Ehrengabe zum 175. Geburtstag Heinrich Heines. Der nicht dotierte Literaturpreis soll laut Stiftungsurkunde eine Persönlichkeit auszeichnen, die im Geiste Heines tätig gewesen ist. Die Ehrengabe in Form einer Plakette war bisher nur einmal, und zwar an den Schriftsteller Max Brod, verliehen worden.

ben auch schon Israel selbst, die Schweiz und England erleben müssen.

Aber eine grössere als die bisherige Sicherung, ein entschiedeneres Auftreten gegenüber den arabischen Staaten, die den Umtrieben der palästinensischen Terroristen kein Ende machen wollen und ein Boykott der Flughäfen dieser Staaten wären möglich. Gewinnen Brandt, SPD und FDP die Wahlen vom 19. November, dann werden sie gegenüber den die Terroristen direkt oder mittelbar unterstützenden arabischen Staaten härter und konkreter reagieren müssen, wenn die Regierung Brandt nicht in den Ruf kommen will, es gegenüber diesen Staaten an dem Selbstbewusstsein fehlen zu lassen, das gegenüber allen anderen Staaten der Welt die Regierung Brandt auszeichnete.

Bonn muss bereit sein, auch diplomatische Rückschläge im Verhältnis zu den arabischen Regierungen in Kauf zu nehmen. Der sehr zweifelhafte Bericht über die Vorgänge bei dem Olympiade-Massaker in München und in Fürstfeldbruck, der in Bonn nicht ausreichend diskutiert und nach seinen Konsequenzen untersucht worden ist, ging leider ebenso im Wahlkampfgetümmel unter, wie es in der Schlussphase des Wahlkampfes effektiven Massnahmen nicht dienlich sein kann, wenn diese Fragen, wie geschehen, nun in den Wahlkampf gezerzt wurden. Nach den Wahlen wird jetzt die kommende Regierung mehr und konkreteres tun müssen, als bisher.

## Professor Erich Kaufmann gestorben

Der Senior der Professoren des Öffentlichen Rechts und des Völkerrechts und ehemaliger Rechtsberater des deutschen Auswärtigen Amtes, Professor Dr. Erich Kaufmann, starb im 93. Lebensjahre in Karlsruhe; seine Beerdigung fand in aller Stille auf dem Friedhof in Saarn statt. Erich Kaufmann, scharfsinniger Jurist und glänzender Universitätslehrer, war infolge seiner völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Veröffentlichungen in der Fach- und politischen Welt eine umstrittene Persönlichkeit.

Aus einer jüdischen Familie im pommerschen Demmin stammend, begann seine Universitätslaufbahn noch im königlichen Preussen von Halle aus über Kiel, Königsberg, Bonn nach Berlin. Nach dem Ersten Weltkrieg schockierte er seine Studenten durch bellizistische Auffassungen im Völkerrecht, die in krassem Gegensatz zu den friedensfördernden Völkerrechtlern wie z.B. Quide Schücking und Wehberg standen. Dennoch wurde er "aus rassischen Gründen" aus seiner Berliner Lehrtätigkeit und Schiedsrichtertätigkeit für das Auswärtige Amt in internationalen Verfahren nach Hitlers "Machtergreifung" herausgetrieben. Das Auswärtige Amt zog ihn noch eine Weile zu, dann musste er in das Exil. Er überlebte die Besatzung in Holland teils wegen "privilegiertes Mischehe", teils im Untergrund. Nach dem Kriege wurde er in München wieder ordentlicher Professor. Als Rechtsberater des Bonner Auswärtigen Amtes nahm er an zahlreichen wichtigen Verhandlungen teil und gelangte zu hohen Ehren während der Ära von Konrad Adenauer: Träger des Grossen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband, Altkanzler des Ordens Pour le Mérite für Wissenschaft und Künste und akademische Ehren.

Die Weltpresse schrieb über ein "Cannae seiner staatsrechtlichen Auffassung", als Kaufmann in Nürnberg im Wilhelmstrasseprozess gegen Hitlers frühere Kabinettsmitglieder, von der Verteidigung als Sachverständiger geladen, eigenartige Verteidigungsauffassungen vertrat. Er musste im Kreuzverhör blossgestellt werden, als er die Machtstellung von

# THEATER IN EUROPA

## Udo Jürgens Theatererstling in Wien

Weltpremiere des Musicals "Helden, Helden" im Theater an der Wien

Wien rückte mit der Uraufführung von Udo Jürgens Musical "Helden, Helden" in das internationale Blickfeld des Show-Theaters. Dem Staraufgebot auf der Bühne des "Theaters an der Wien" entsprach die Prominenz, die zur UNICEF-Gala — die Karten kosteten das Dreifache der Normalpreise — im Zuschauer-raum Platz nahm. 200 Journalisten aus der ganzen Welt waren angereist. Jürgens meinte schon im Vorhinein: "Ich fühle mich gut, wir haben die Vorstellung bestens angeleitet. Jürgens meinte schon im Vorhinein: "Ich fühle mich gut, wir haben die Vorstellung bestens angeleitet. Jürgens meinte schon im Vorhinein: "Ich fühle mich gut, wir haben die Vorstellung bestens angeleitet."

Die Vorstellung lag griffig in der Hand des Regisseurs Rolf Kutschera und des Dirigenten Johannes Fehring. Belfallsstürme lohnten die harte Arbeit. Doch den grössten Anteil am Erfolg hatte die Handlungs- und Dialoggrundlage des Stückes "Arms and the Man" von Bernard Shaw, im deutschen Sprachbereich unter "Helden" bekannt. Das Buch für das Musical schrieb der Schweizer Hans Gmür, die Liedertexte verfassten Eckart Hachfeld, Walter Brandin und

Hans Gmür. 18 Chansons, Ensembles und Chöre zeigen deutliche Operettenspurten. Showstar Udo Jürgens hat nicht viele originelle Melodien zu bieten, doch sind sie alle reizvoll instrumentiert. Die nichtssagende Folklorechoreographie von Todd Bolender langweilte trotz bunter Kostüme (Maxi Tschunko).

Die Autoren haben den Stars zu danken, allen voran Michael Heltau, der unter lauter Pseudohelden ganz offen den Antihelden, den Schweizer Hauptmann Bluntschli spielt. Er hat sich in die serbische Armee verirrt, die gegen Bulgarien Krieg führt. Gabriele Jacoby ist eine sensible, selbstsichere Raina; sie wechselt spielend vom Humor des Dialogs zur romantisierenden Lyrik ihrer Soli und Duette. Irmgard Seefried als Mutter Katharina kann ihre Opernlaufbahn nicht verleugnen und singt statt Oper Operette, aber mit Witz. Superbesetzung bot Peter Branoff als Major Paul Petkoff. Den Widerling Sergius Saranoff gab Louis Ries mit beachtlicher Charakterisierung.

Die Aufführung hatte Schwung, gute Szeneneinfälle und straffe Struktur. Die Wiener Produktion ist ein grosser Erfolg; ob er auch anderswo zu erreichen ist, lässt sich nicht prophezeien.

Candida Kraus

Hitlers Ministern und ihre Ausplünderungsakte zu bagatellisieren versuchte und die absurde Meinung vertrat ein bestimmter Minister könne doch nur geringe Verantwortung gehabt haben, da seine Unterschrift unter einem anti-jüdischen Gesetz nur ver-

hältnismässig klein im Gesetzblatt gedruckt sei. Trotzdem bleibt Kaufmann, der sich um die Bundesrepublik grosse Verdienste erworben hat, ein Grosser der deutschen Rechtslehre, wenn auch einer vergangenen Periode.

Robert M. W. Kempner

# \$5400

## EXTRA CASH DURING HOSPITALIZATION

(Up to \$60. — per day for 90 days per calendar year) will be paid to you by the WBF during hospital confinement.

At a small extra cost, you may receive the additional Surgical Expense and In-Hospital Physician Expense.

Inquire today, at no obligation, for more information on our low-rate Insurance Premiums, available to those under 59½ years of age.

All policies are guaranteed renewable till age 65.

## WORKMEN'S BENEFIT FUND

714 Seneca Avenue, Brooklyn, N. Y. 11227  
Telephone: (212) 497-7500

I would like further information on your daily benefits during Hospitalization.

Name .....  
Address .....  
Age ..... Telephone .....

## PALISADES GARDENS FOUNDATION, INC.

OAK TREE ROAD, PALISADES, NEW YORK 10964  
— For Real Country Non-Polluted Living —  
• A RESIDENCE AND HOME FOR SENIOR CITIZENS •  
Only double rooms available at this time. Apply now. Dietitian Consultant planned strictly kosher meals in beautifully furnished dining hall.  
Plenty of free parking on premises. Many extras.  
FOR INFORMATION PLEASE CALL (212) 923-8700 or (914) 359-7870

### Happy Chanukah with

# DANSKIN®

Simple arithmetic for mothers of growing girls when the subject is fashion and the lesson is carefree comfort. All full-fashioned of 100% stretch nylon with stripes of Dacron® polyester.

Tri-color striped full turtleneck sweater.

Sizes 2-6X, \$7.00

Sizes 7-14, \$8.00

Wide leg pants.

Sizes 2-6X, \$7.00

Sizes 7-14 with flare leg, \$8.00

IN A VARIETY OF COLORS

WE ALSO CARRY  
FOR GIRLS AND LADIES  
DANSKIN PANTYHOSE,  
STOCKINGS, TIGHTS etc.

Mail Orders filled plus \$1.00 postage

# EDINGER



4225 BROADWAY  
(179th Street)  
NEW YORK, N. Y. 10033  
Tel. (212) WA 7-3731

## WIR KAUFEN

und zahlen die HÖCHSTEN PREISE für  
**BRILLANTEN, ANTIKE UHREN  
UND GOLDSCHMUCK**

Ebenso VERKAUFEN wir obengenannte Artikel

JAN SKALA, JETZT 1 WEST 47. ST., N. Y. 10036  
Tel. CI 6-2814 - CI 6-2942 Wir sprechen deutsch

## WALTER CASPARI INC.

ORTHOPEDIC & SURGICAL APPLIANCES

666 B AMSTERDAM AVENUE (at 93rd Street)

New York, N. Y. 10025

Tel. 362-4760

Einlagen - Bruchbänder - Rückenstützen - Medicare - Medicaid - Workmen's Benefit Fund



10

Bücher von  
**HANS KELSEN**

in unserem Neudruckprogramm

GH  
*Stolle*

Hauptprobleme der Staatsrechtslehre  
Der soziologische und der juristische Staatsbegriff  
The Communist Theory of Law  
Das Problem der Souveränität u. d. Theorie des Völkerrechts  
und andere

*Dr. Hamburger*



**Scientia**

## HANS KELSEN

(geb. 1881 in Prag, gest. 1973 in Berkeley, Calif.) Staatsrechtslehrer. 1920–30 Richter am Österreichischen Verfassungsgericht schuf er 1920 die Verfassung der Republik Österreich. Außerdem lehrte er 30 Jahre lang in Wien, Köln, Genf, Prag, sowie nach der Emigration 1940 u. a. an der Harvard University und der University of California.

Er ist der Begründer der „reinen Rechtslehre“, die sich zum Ziel setzt, die Rechtswissenschaft von allen ideologischen, d. h. politischen, psychologischen und soziologischen Elementen zu befreien. Er ist einer der führenden Vertreter des Rechtspositivismus.

Kelsen's "pure theory of law" was first presented in his fundamental work, *Hauptprobleme der Staatsrechtslehre* (1911). Historically it has a certain relation to John Austin's "analytical jurisprudence", although Kelsen became acquainted with Austin's work for the first time in 1940. The pure theory of law is a formal-logical analysis of the law, considered as a system of norms, based philosophically on the strict distinction between "is" and "ought". It is a normative and positive doctrine, opposed both to positivism, showing the limitations of the positivistic approach, the whole legal order. His positivism, is a formal analysis of the legal norm, of its elements and of the architecture of the legal order. It reaches a climax in a grandiose vision of unity achieved in a pluralism of legal orders through a supraordinated international law.

Kelsen's concentration on the form of law recognizes the legitimacy of sociological investigations and the study of values in reference both to the contents and the making of law. Equally, his philosophical relativism of values is entirely compatible with his strong stand for democracy and the ideals of western culture. (Encyclopedia Britannica)

*Wir stellen neu zur Subskription  
New subscription announcement*

## HANS KELSEN

### THE COMMUNIST THEORY OF LAW

Published under the auspices of the London Institute of World Affairs.

Reprint of the edition London 1955. Aalen 1976. VIII, 203 S. Lwd.  
(The Library of world affairs, no. 26) ISBN 3.511.09025.3.

Subskriptionspreis bis 30. 6. 1976

DM 40.–

späterer Ladenpreis DM 48.–

Erscheint Sommer 1976 / Publication in summer, 1976

#### Inhalt:

The Marx-Engels theory of state and law  
Lenin's theory of state and law  
Stuchka's theory of law  
Reisner's theory of law  
Pashukanis' theory of law  
The rejection of Pashukanis' theory  
Vyshinsky's theory of law  
Golunskii and Strogovich's theory of state and law  
Soviet theory of international law  
Conclusion. – Index



Prof. Hans Kelsen im 87. Lebensjahr

## HAUPTPROBLEME DER STAATSRECHTSLEHRE,

ENTWICKELT AUS DER LEHRE VOM RECHTSSATZE

Neudruck der 2. Auflage 1923. Aalen 1960. XXXVI, 709 S. Lwd.  
ISBN 3.511.00055.6.

DM 90.-

Das Werk enthält die erste Konzeption des Systems der reinen Rechtslehre. Es wendet sich sowohl gegen die soziologische Betrachtungsweise, die – nach Kelsen – „sich des Rechtes wie eines Stückes naturgegebener Wirklichkeit nach kausalwissenschaftlicher Methode bemächtigen will“, als auch gegen die Naturrechtslehre, die „die Rechtstheorie aus dem Bereich positiver Rechtsätze in den ethisch-politischen Postulate zieht“. Das Werk geht von dem Gegensatz zwischen Sollen und Sein aus; es bemüht sich um die Aufhebung der Dualismen zwischen objektivem und subjektivem Recht und zwischen öffentlichem und privatem Recht. Auch die Voraussetzungen für die spätere Lehre Kelsens von der Identität von Staat und Rechtsordnung, als eines ideellen Systems gültiger Normen, sind in diesem Werk bereits ausführlich entwickelt. (Öffentliche Verwaltung, 1967)

È superfluo ricordare che quest' opera segnò nel 1911 la fondazione della „teoria pura del diritto“ come teoria del diritto positivo, che prese anche il nome di „scuola viennese“ dal Kelsen, che insegnava a Vienna e fu poi ideatore della costituzione austriaca del 1920. (Nuova Rassegna, 1961)

### Inhalt:

#### I. Voruntersuchungen

1. Naturgesetz und Norm. – 2. Sittengesetz und Rechtsnorm. – 3. Das Verhältnis von kausaler teleologischer und normativer Betrachtung. Der Zweck im Recht.

#### II. Die objektive Erscheinungsform des Rechtssatzes

Abt. I: Der Wille im Recht. 4. Der psychologische Wille. – 5. Der Wille im Privat- und Strafrecht. – 6. Der Wille des Staates.

Abt. II: Die logische Form des Rechtssatzes. 7. Der Rechtssatz im engeren Sinne. (Der die Untertanen verpflichtende Rechtssatz). – 8. Der Rechtssatz im engeren Sinne (Fortsetzung). – 9. Der Rechtssatz im weiteren Sinne. (Der den Staat verpflichtende Rechtssatz). – 10. Die Normentheorie Bindings und Thons.

#### III. Die subjektiven Erscheinungsformen des Rechtssatzes

Abt. I: Die Rechtspflicht. 11. Moralpflicht und Rechtspflicht. – 12. Die Anerkennungstheorie. – 13. Die Adresse der Rechtsnormen. – 14. Die Lehre von der Selbstverpflichtung des Staates. – 15. Der Gesetzgebungsprozeß. – 16. Staatspflicht und Untertanenpflicht. – 17. Der Begriff des Staatsorganes. – 18. Die Legislative. –



19. Die Exekutive: Der Rechtsbegriff der Verwaltung. — 20. Die Persönlichkeit der Staatsorgane. — 21. Das Gesetz im materiellen und formellen Sinne; die Natur der organisatorischen Bestimmungen.

Abt. II: Das subjektive Recht. 22. Die Interessentheorie. — 23. Die Willentheorie. — 24. Die Kombinationstheorie. — 25. Die Ableitung des subjektiven Rechtes aus dem Rechtssatze im engeren Sinne. — 26. Das subjektive öffentliche Recht. — 27. Ableitung des subjektiven Rechtes aus dem Rechtssatze im weiteren Sinne. — 28. Die verpflichtenden Rechte und berechtigenden Pflichten. — 29. Die Rechtsstellung des Wählers und des Monarchen. — 30. Organschaft und Stellvertretung.

## DER SOZIOLOGISCHE UND DER JURISTISCHE STAATSBEGRIFF

### KRITISCHE UNTERSUCHUNG DES VERHÄLTNISSSES VON STAAT UND RECHT

Neudruck der 2. Auflage von 1928. Aalen 1962. VIII, 253 S. Lwd.  
ISBN 3.511.00057.2.

DM 30.—

Der Grundgedanke des Werkes ist: „daß der Staat eine spezifisch normative Einheit und kein irgendwie kausalgesetzlich zu erfassendes Gebilde, daß er als Ordnung die Rechtsordnung, als überindividueller Wille die Personifikation dieser Rechtsordnung ist, und daß der übliche Dualismus von Staat und Recht eine unzulässige Verdoppelung des Gegenstandes juristisch-normativer Erkenntnis darstellt“. So die Vorrede des Verfassers, geschrieben 1927. Die Erfahrungen danach haben aufgeschreckt: daß zwischen Staat und Recht zu unterscheiden ist, sollte heute eigentlich kaum mehr strittig sein. Wie man aber auch zu dem „Positivisten“ Kelsen stehen mag, — unzweifelhaft gehört er zu den bedeutendsten Rechtslehrern — seine konsequente Argumentation, seine scharfe Logik sind eine Herausforderung für jeden, der sich mit den grundlegenden Problemen von Staat und Recht beschäftigen will. So sehr wir heute gezwungen sind, für die handfesten Probleme der modernen Industriegesellschaft ebenso konkrete Lösungen zu finden: die Lösungen sind — bewußt oder unbewußt — von Positionen beeinflußt, die Kelsen freilegt. Er zwingt zur kritischen Selbstprüfung. Und nicht zuletzt darum ist dieses Werk aktuell. (Der Arbeitgeber, Düsseldorf, 1963)

## ÖSTERREICHISCHES STAATSRECHT

### EIN GRUNDRISS, ENTWICKLUNGSGESCHICHTLICH DARGESTELLT

Unveränderter Neudruck der Ausgabe 1923. Aalen 1970. VIII, 256 S. Plastik.  
ISBN 3.511.00707.0.

DM 53.—

„Da nicht eine politische Geschichte Österreichs, sondern nur der Wandel der das sogenannte Staatsrecht, das heißt: die Verfassung bildenden Normen geboten werden sollte, mußte — trotz der Innigkeit des Zusammenhanges des einen mit dem andern — dennoch alles, was nicht zum Inhalt der die Verfassung bestimmenden Rechtssätze geworden, wenigstens grundsätzlich fortbleiben. Dabei ist die Darstellung eine streng quellenmäßige; auch der Wortlaut der Quellen womöglich beibehalten.“

„Diese Schrift ist vornehmlich als Lehr- und Lernbehelf gedacht. Möglichste Kürze war daher . . . geboten. Nichtsdestoweniger konnten gewisse Wiederholungen nicht vermieden werden; vor allem, um die Entwicklung einer und derselben in verschiedenen historischen Schichten auftretenden Verfassungsinstitution deutlich zu machen. Diesem Zwecke dienen auch die zahlreichen Verweisungen und das ausführliche Sachregister.“  
(Aus dem Vorwort)

#### Inhalt:

#### Teil 1: Das Staatsrecht der österreichischen Monarchie

- I. Von der März-Revolution 1848 bis zum Oktober-Diplom 1860
- II. Vom Oktober-Diplom 1860 bis zur Dezember-Verfassung 1867
- III. Von der Dezember-Verfassung 1867 bis zur November-Revolution 1918  
Die Gesetzgebung. — Die Vollziehung. — Die Grund- und Freiheitsrechte. — Die Rechtskontrolle der Verwaltung. — Das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn

#### Teil 2: Das Staatsrecht der österreichischen Republik

- Die provisorische Verfassung
- I. Die Revolution im November 1918
  - II. Die Verfassung vom 30. Oktober 1918
  - III. Die Verfassungsnovelle vom 19. Dezember 1918
  - IV. Die konstituierende Nationalversammlung
  - V. Die Verfassung vom 14. März 1919
  - VI. Der Staatsvertrag von St. Germain vom 10. September 1919
- Die Bundesverfassung
- I. Das Ende der konstituierenden Nationalversammlung
  - II. Die Entstehung der Bundesverfassung
  - III. Das Bundes-Verfassungsgesetz  
A. Systematik und allgemeine Bestimmungen. — B. Die Gesetzgebung des Bundes. — C. Die Vollziehung des Bundes. — D. Die Gesetzgebung und Vollziehung der Länder. — E. Die Rechnungskontrolle des Bundes. — F. Die Rechtskontrolle des Bundes über Gesetzgebung und Vollziehung. — G. Als Verfassungsgesetze qualifizierte ältere Normen. — H. Übergangsbestimmungen
  - IV. Der Staatsvertrag von Genf vom 4. Oktober 1922
  - V. Die Landesverfassungen
  - VI. Die Zukunft der österreichischen Verfassung

DER STAAT ALS INTEGRATION  
UNRECHT UND UNRECHTSFOLGE  
IM VÖLKERRECHT  
RECHTSGESCHICHTE GEGEN  
RECHTSPHILOSOPHIE?

Neudruckausgabe dieser 3 Schriften in einem Band. Aalen 1971. Zus. 253 S.  
Plastik. ISBN 3.511.00708.9.

DM 50.—

Mit Lizenz des Springer-Verlags, Wien

Die erste und dritte dieser zu einem Band zusammengefaßten Schriften (was mehr aus praktisch-wirtschaftlichen als aus thematischen Gründen erfolgte) sind Streitschriften. Die zweite soll der Rechtsfortbildung im Völkerrecht dienen.

Der Staat als Integration. Wien 1930. 91 S.

Hier setzt sich Kelsen mit Rudolf Smend's Integrationslehre auseinander. In der Vorbemerkung schreibt er:

„Ein Schlagwort ist in der deutschen Staatslehre aufgetaucht, um das sich eine Gruppe von Schriftstellern gesammelt hat, die mit großem Eifer das Ende einer alten und den Anfang einer neuen Wissenschaft vom Staate verkünden. Es lautet: *Integration*. Ein Gelehrter von Namen, Professor Rudolf Smend, ist der Fahnenträger der neuen Schule. In seiner Schrift: „Verfassung und Verfassungsrecht“ (München 1928) hat er zwar noch nicht die neue Lehre als System, aber doch das Programm einer künftig zu entwickelnden Integrationstheorie dargestellt. Diese will das Problem des Staates und alle seine Probleme dadurch lösen, daß sie den Staat als einen spezifisch sozialen Prozeß erkennt, den sie als „Integration“ bezeichnet.“

„Wenn meine Analyse der Smend'schen Staatslehre oder, besser, dieses Programms einer Staatslehre einen — im Verhältnis zu der kritisierten Schrift — so großen Umfang angenommen hat, so mag das seine Rechtfertigung nicht nur in der starken Wirkung haben, den die Integrationstheorie im Kreise der Fachgenossen ausgelöst hat.“

„Und schließlich: da Smend seine Lehre oder doch ihre Grundlage in polemischem Gegensatz zu der meinen entwickelt, bin ich genötigt, diese gegen ihn



zu verteidigen. Ich benütze die Gelegenheit, den einen oder anderen Punkt meines Systems zu klären, um ihn gegen künftige Mißverständnisse zu schützen.“

Rechtsgeschichte gegen Rechtsphilosophie? Eine Erwiderung.  
Wien 1928. 31 S.

Richtet sich in scharfer Form gegen das Werk von Ernst Schwind: Grundlagen und Grundfragen des Rechtes, 1928<sup>+</sup>. Schwind polemisiert gegen die Reine Rechtslehre als „wirklichkeitsfremde Phantasterei“ und bestreitet ihren Anspruch, als wissenschaftlich genommen zu werden.

Unrecht und Unrechtsfolge im Völkerrecht.  
Sonderabdruck aus der Zeitschrift für öffentliches Recht, Band 12,  
1932. 128 S.

„Die Lehre vom sogenannten völkerrechtlichen Delikt, d. i. die Lehre von der Rechtswidrigkeit oder dem Unrechtstatbestand im Völkerrecht, kann befriedigend nur dargestellt werden im engsten Zusammenhang mit dem Problem der Rechtswidrigkeit oder des Unrechts überhaupt, so wie es sich einer allgemeinen Rechtslehre darbietet. Denn dasjenige, was man als Völkerrechtsdelikt zu bezeichnen pflegt, ist nur ein besonderer Fall der Rechtswidrigkeit. Mehrere hier auftauchende Fragen sind gar nicht solche des Völkerrechts, sondern einer allgemeinen Rechtslehre; und die Besonderheiten, die sich im Völkerrecht ergeben, sind nur richtig zu verstehen, wenn man sie ständig mit der Problematik einer allgemeinen Rechtslehre in Verbindung hält.“

Inhalt:

I. Der Unrechtstatbestand

1. Unrecht und Unrechtsfolge nach allgemeiner Rechtslehre. — 2. Das Unrecht juristischer Personen. — 3. Das Subjekt des völkerrechtlichen Unrechtstatbestandes. — 4. Das Objekt des Unrechts; Subjekt und Objekt der Unrechtsfolge. — 5. Pflicht und Haftung des Staates. — 6. Die Typisierung der Unrechtstatbestände. — 7. Schuld- oder Erfolgshaftung. — 8. Die Wiedergutmachungspflicht.

II. Die Unrechtsfolgen

1. Allgemeine Charakterisierung. — 2. Die Repressalie. — 3. Der Krieg.

+ Auch dieses Werk wird in unserem Verlag als Neudruck erscheinen:  
Subskriptionspreis bis zum Erscheinen DM 30.—, Ladenpreis danach DM 35.—.

**ÜBER GRENZEN  
ZWISCHEN JURISTISCHER UND  
SOZIOLOGISCHER METHODE**

**VORTRAG**

Neudruck der Ausgabe 1911. Aalen 1970. III, 64 S. Kart.  
ISBN 3.511.00709.7.

DM 13.—

Diese Abhandlung ist die etwas erweiterte Wiedergabe eines Vortrags, den der Verfasser 1911 in der Soziologischen Gesellschaft zu Wien gehalten hat. Sie ist zum großen Teil aus verschiedenen Partien der „Hauptprobleme der Staatsrechtslehre“ entnommen.

**DAS PROBLEM DER SOUVERÄNITÄT  
UND DIE THEORIE  
DES VÖLKERRECHTS**

**BEITRAG ZU EINER REINEN RECHTSLEHRE**

Neudruck der 2. Auflage 1928. Aalen 1960. XII, 320 S. Lwd.  
ISBN 3.511.00056.4.

DM 32.—

Dieses kurz nach dem 1. Weltkrieg geschriebene Werk zerfällt – wie sich schon aus dem Titel ergibt – in zwei Teile. Gegenstand des ersten ist die staatsrechtliche Souveränitätstheorie. Hier befaßt sich der Autor mit dem Begriff und Wesen der Souveränität als wesentlichem Merkmal jedes Staates und mit dem Verhältnis staatlicher Souveränität zur Positivität des Rechtes. Der zweite umfangreiche Teil behandelt das eigentliche Thema des Buches, nämlich das der Stellung der Völkerrechtstheorie zum Souveränitätsdogma. Hier wird das Verhältnis der beiden Normensysteme zueinander untersucht sowie die vielfachen sich daraus ergebenden Probleme erörtert. Die Schlußkapitel sind vornehmlich der Frage nach dem Primat eines der beiden Rechtssysteme gewidmet.

**VOM WESEN UND WERT  
DER DEMOKRATIE**

Neudruck der 2. Auflage 1929. Aalen 1963. VII, 119 S. Kart.  
ISBN 3.511.00058.0.

DM 15.—

Diese kleine Schrift gehört schon seit langem zu den klassischen Abhandlungen über Demokratie. Obwohl während der Weimarer Republik verfaßt, hat sie nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt.

Die Demokratie wird im Spannungsfeld der Kräfte von links (Bolschewismus) und rechts (Faschismus) gesehen und gewürdigt. Freiheit und Gleichheit, die Volkssouveränität, das Parlament und die Reform des Parlamentarismus, das Majoritätsprinzip, die Verwaltung, die bürgerliche (formale) und die proletarische (soziale) Demokratie – all diese Institutionen werden als Grundbegriffe und Probleme einer demokratischen Staatslehre behandelt. Unvermindert gültig sind auch die Ausführungen über das unzeitgemäße Privileg der Immunität.

Kelsen bekennt sich hier zur Demokratie als dem auf Relativismus und Positivismus gegründeten politischen System. (Bücherei und Bildung)

---

**WILHELM JÖCKEL**

**HANS KELSENS  
RECHTSTHEORETISCHE METHODE**

**DARSTELLUNG UND KRITIK IHRER GRUNDLAGEN  
UND HAUPTSÄCHLICHSTEN ERGEBNISSE**

Neudruck der Ausgabe 1930. VIII, 214 S. Geb.

Subskriptionspreis bis zum Erscheinen

DM 49.—

Ladenpreis danach DM 58.—



**SCIENTIA**

**Verlag und Antiquariat Kurt Schilling**

**Postfach 1660 · Haldenweg 10 · Telefon (0 73 61) 4 17 00**

**708 AALEN**

Germany

E 58 / febr. 1976

Rudolf Aladár Métall

HANS KELSEN

Leben und Werk

1969

VERLAG FRANZ DEUTICKE WIEN



Von parteipolitischen Bindungen jeglicher Art hielt sich Kelsen jedoch fern und hat sich daher auch niemals der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen, nicht nur weil er die politische Theorie des Marxismus ablehnte, sondern auch weil seiner Ansicht nach ein akademischer Lehrer und Forscher auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften sich keiner politischen Partei anschließen soll, da Parteizugehörigkeit die wissenschaftliche Unabhängigkeit gefährdet oder beschränkt.

Mit dem demokratischen Programm der österreichischen Sozialdemokratie, das zwar grundsätzlich auf dem Boden des Marxismus stand, praktisch aber nichts mit der im Anarchismus gipfelnden Staatstheorie von Marx und Engels zu tun hatte, war Kelsen in Übereinstimmung. Mit dem ökonomischen Programm der Nationalisierung der Wirtschaft hingegen konnte Kelsen als Individualist sich ursprünglich nicht abfinden. Später, besonders unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Erschütterungen, die der Erste Weltkrieg und die Nachkriegszeit mit sich gebracht und auch seine in Kriegsanleihen angelegten Ersparnisse zu nichte gemacht hatten, wurde er allerdings mehr und mehr geneigt anzuerkennen, daß das System des ökonomischen Liberalismus keine Garantie für die wirtschaftliche Sicherheit der Masse der Besitzlosen bildet und daß wirtschaftliche Sicherheit unter den gegebenen Umständen nur durch Planwirtschaft, also letzten Endes nur durch eine Nationalisierung der Produktion erzielt werden kann. Dabei blieb sich Kelsen der Schwierigkeit, die Nationalisierung der Produktion mit der politischen Freiheit des Individuums zu verbinden, wohl bewußt, war aber objektiv genug anzuerkennen, daß wirtschaftliche Sicherheit für die große Masse wichtiger ist als intellektuelle Freiheit. Kelsen fühlte sich nicht berechtigt, politisch aktiv für die Aufrechterhaltung eines Wirtschaftssystems einzutreten, in welchem er selbst und seinesgleichen sich wohl befinden, und gegen ein anderes Wirtschaftssystem aufzutreten, von dem er annehmen durfte, daß es im Interesse der großen Masse liegt. Ob er, als Nutznießer des Systems der freien Wirtschaft, es nun wünschen mag oder nicht – der Planwirtschaft schien ihm die Zukunft zu gehören. Er stand und steht daher einer sozialistischen und zugleich demokratischen Partei persönlich mit Sympathie gegenüber und hat daraus nie ein Hehl gemacht. Dazu bekennt er in seiner Autobiographie:

„Stärker als diese Sympathie war und ist mein Bedürfnis nach parteipolitischer Unabhängigkeit in meinem Beruf. Was ich dem Staat nicht zubillige: das Recht, die Freiheit der Forschung und Meinungsäußerung zu beschränken, kann ich auch einer politischen Partei, durch freiwillige Unterwerfung unter ihre Disziplin, nicht einräumen.“

Die persönlichen Beziehungen zu sozialdemokratischen intellektuellen Kreisen dürften es mit sich gebracht haben, daß Kelsen, nachdem er Ende Oktober 1918 den Militärdienst verlassen und seine akademische Tätigkeit wieder aufgenommen hatte, von Dr. Karl Renner, dem Staatskanzler der provisorischen deutsch-österreichischen Regierung, in sein Amt, die Staatskanzlei, berufen und beauftragt wurde, an der Vorbereitung der definitiven Verfassung der Republik mitzuarbeiten. Kelsen hatte schon im November und Dezember 1918, wohl in Erinnerung an seine Arbeiten aus den Jahren 1906 und 1907 über Wahlrechtsprobleme, einige kleine, in den damaligen politischen Kreisen Wiens viel beachtete Artikel über Fragen der Proporzwahl in der sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“ und in der bürgerlichen „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht und in dieser Zeitung auch zur Verfassungsnovelle vom Dezember 1918 Stellung genommen. Mit einem Vorwort von Karl Renner erschien 1919 eine von Kelsen kommentierte Textausgabe der Verfassungsgesetze der Republik Deutschösterreich, wobei sich Kelsen kritische Bemerkungen über die Gesetzestechnik der provisorischen Verfassung nicht versagte, was für die spätere rechtstechnische Gestaltung der definitiven Bundesverfassung von Bedeutung wurde. Größere Abhandlungen widmete Kelsen in seiner neubenannten „Zeitschrift für öffentliches Recht“ der Organisation der vollziehenden „Gewalt“ und der Stellung der Länder in der provisorischen Verfassung, welche von Karl Renner selbst entworfen worden war und die sich bald als ergänzungsbedürftig erwiesen hatte. An dieser „provisorischen“ Verfassung hatte Kelsen nur gelegentlich mitgewirkt, und es beruht demnach auf einem Irrtum, wenn später behauptet wurde, Kelsen hätte das sogenannte „Habsburger-Gesetz“ und das Gesetz über die Aufhebung des Adels vom 3. April 1919 verfaßt oder auch nur beeinflußt. Seine Hauptaufgabe in der Staatskanzlei bestand vielmehr in der rechtstechnischen Ausarbeitung der definitiven Verfassung.

Da Staatskanzler Dr. Karl Renner mit den Friedensverhandlungen in St. Germain und mit den schwierigen Wirtschaftsproblemen, auf den „Trümmern des Reiches . . . ein Volk von zehn Millionen Menschen zu regieren“, wie Renner im Geleitwort zu der erwähnten Textausgabe selbst sagte, vollauf beschäftigt war, konnte er sich nur wenig um die Verfassungsfragen kümmern und beschränkte sich darauf, Kelsen die wesentlichen politischen Direktiven zu geben. So schrieb er ihm nur zwei politische Grundprinzipien als Richtlinien vor, nämlich parlamentarische Demokratie und eine der Gliederung Österreichs in autonome Länder entsprechende, aber die Kompetenzen der Zentralregierung nicht zusehr einschränkende Dezentralisation. Dabei sollte auch die in Vor-

bereitung befindliche Weimarer Reichsverfassung, soweit dies tunlich war, als Vorbild benützt werden, was jedoch nur in einem sehr geringen Maß möglich war. Renner hatte nämlich in der Lösung der Präsidentschaftsfrage einen weitaus demokratischeren Standpunkt eingenommen als die Weimarer Verfassung, und überdies kam deren charakteristischster Teil – die Regelung der Grundrechte – aus den noch zu erwähnenden Gründen für Österreich damals nicht in Frage.

Kelsens eigene Tendenz war, die ihm gegebenen politischen Prinzipien in einer rechtstechnisch möglichst einwandfreien Weise zu kodifizieren und dabei wirksame Garantien für die Verfassungsmäßigkeit der Staatsfunktionen einzubauen. Als den juristischen Kern der Verfassung betrachtete Kelsen den Abschnitt über die Garantien der Verfassung und Verwaltung, wobei er an Institutionen der alten Monarchie, an das Reichsgericht und an den Verwaltungsgerichtshof, anknüpfen konnte. Dieser konnte mit unwesentlichen Änderungen in die neue Bundesverfassung übernommen werden; das Reichsgericht aber wurde durch Kelsen zu einem echten Verfassungsgerichtshof, dem ersten dieser Art in der Geschichte des Verfassungsrechts, umgestaltet.

Kelsen arbeitete mehrere Entwürfe aus, um verschiedenen politischen Möglichkeiten Rechnung tragen zu können. In der Staatskanzlei gab es eine Verfassungsabteilung unter der Leitung des damaligen Sektionsrates, dann Ministerialrates der Staatskanzlei und späteren Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtshofes Dr. Georg Fröhlich, und eine Abteilung für Verwaltungsreform unter der Leitung des späteren Senatspräsidenten am Verwaltungsgerichtshof Dr. Egbert Mannlicher. Beide Abteilungen standen zu Kelsens Verfügung und haben ihm bei seiner Arbeit sehr geholfen. In bezug auf die rechtstechnische Seite seiner Entwürfe aber war Kelsen völlig freie Hand gelassen.

In der damaligen Koalitionsregierung unter dem Vorsitz Dr. Karl Renners war als Staatssekretär der christlichsoziale Abgeordnete Dr. Michael Mayr mit der politischen Vorbereitung der Verfassung betraut. Dieser war Professor der Geschichte an der Universität Innsbruck gewesen und hatte als solcher kein Interesse an spezifisch juristischen Problemen, so daß auch von dieser Seite Kelsen frei walten konnte. Als Mitglied der Christlichsozialen Partei betrachtete Mayr es als seine Hauptaufgabe, seiner Partei unerwünschte Bestimmungen aus dem Text der Verfassung fernzuhalten; ihn interessierten daher hauptsächlich die Fragen des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und zwischen Kirche und Schule. Auf Mayrs Einfluß führte Kelsen es zurück, daß das alte Staatsgrundgesetz von 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, das schon in der Monarchie diese Fragen geregelt hatte, von der

Republik unverändert rezipiert wurde, so daß der von Kelsen als Bestandteil der neuen Verfassung ausgearbeitete Entwurf von Grund- und Freiheitsrechten nicht mehr in Frage kam. Kelsen bedauerte dies aber keineswegs, da das alte Staatsgrundgesetz durchaus nicht das schlechteste Produkt des politischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts war, dessen Einfluß auf ihn noch nachwirkte.

Als aber die „verfassunggebende“ Nationalversammlung fast am Parteienstreit und an den zentrifugalen Tendenzen der Länder in ihrer Hauptaufgabe zu scheitern drohte, wurde am 11. Juli 1920 ein Sachverständigenausschuß, bestehend aus Staatssekretär Dr. Mayr, Kelsen, Ministerialrat Dr. Fröhlich und Sektionsrat Dr. Mannlicher, eingesetzt, der einen der von Kelsen ausgearbeiteten Entwürfe mit verhältnismäßig unwesentlichen Änderungen annahm. Im Verfassungsausschuß, dessen Vorsitzender Dr. Ignaz Seipel war, wurde der Bericht des Sachverständigenausschusses am 24. September, in der Nationalversammlung am 26. September 1920 verabschiedet, da sich die Parteien schließlich auf eine politische Kompromißformel geeinigt hatten. So konnte denn am 1. Oktober 1920 das Bundes-Verfassungsgesetz, die definitive Verfassung der Republik Österreich, verlautbart werden, über deren Vorgeschichte Kelsen selbst in seinem 1922 erschienenen Kommentar ausführlich berichten konnte.

Staatskanzler Dr. Renner hatte den Wunsch geäußert, dem Text der Verfassungsurkunde eine Art resümierende Auszüge ihrer wesentlichen Charakteristika voranzustellen, weil seiner Meinung nach außer einigen Fachgelehrten niemand im Volk die ganze Verfassung lesen und kennen würde. Aber Kelsen verwies mit Recht darauf, daß eine derartige Präambel in ein Lehrbuch, nicht aber in die Verfassung selbst gehört, und hat an Stelle eines Vorspruches in den ersten Artikel der Verfassungsurkunde, die Österreich als demokratische Republik proklamiert, die Worte aufgenommen „Ihr Recht geht vom Volk aus“, womit auch mit der üblichen Gewaltenterminologie radikal gebrochen wurde.

Der Abschnitt aber, an dem Kelsen am meisten gelegen war und den er mit Stolz als sein persönliches Werk betrachtete, nämlich die Verfassungsgerichtsbarkeit, hatte in den parlamentarischen Verhandlungen überhaupt keine Änderung erfahren. In der Verwirklichung des Prinzips des Rechtsstaates, also des Prinzips der Verfassungsmäßigkeit der Gesetzgebung und der Gesetzmäßigkeit der Vollziehung (Justiz und Verwaltung) sah Kelsen die wirksamste Garantie der Verfassung und das charakteristischste Merkmal der österreichischen Bundesverfassung.

Daß diese Verfassung sich bewährt hat, dafür spricht eindeutig die Tatsache, daß sie nach Überwindung des ständestaatlichen Intermezzos

von 1934 und nach der Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen deutschen Herrschaft als Rechtsgrundlage des freien und demokratischen Österreich 1945 wieder in Geltung gesetzt wurde. Daß aber Kelsen selbst zehn Jahre nach Annahme seines Werkes, als welches die Bundesverfassung gelten darf, infolge seiner Tätigkeit an dem von ihm konzipierten Verfassungsgerichtshof Wien verleidet werden und er verbittert seine Heimat würde verlassen müssen, konnte er freilich nicht ahnen.

1919 war Eduard Bernatzik plötzlich an einem Herzschlag gestorben. Auf Antrag Adolf Menzels, des zweiten Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht an der Wiener Universität, schlug die Fakultät Kelsen *primo loco* zum Nachfolger vor. Über seine Aussicht, auch tatsächlich ernannt zu werden, war der immer schon pessimistisch veranlagte Kelsen allerdings skeptisch. *Secundo loco* war ein anderer außerordentlicher Professor vorgeschlagen, der sich ungeachtet seines Adelsprädikates vor nicht allzu langer Zeit der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen hatte, was Kelsen, wie bereits erwähnt, zu tun stets abgelehnt hatte. Die Leitung des Unterrichtsministeriums lag aber damals in den Händen des sozialdemokratischen Vertreters in der Regierung, bei Staatssekretär Otto Glöckel. Nach Kelsens Meinung war somit kaum zu erwarten, daß Glöckel, der die Ernennung vorzunehmen hatte, die Objektivität aufbringen würde, einem parteifremden Kandidaten den Vorzug zu geben. Dazu kam aber noch ein anderer Umstand: Bald nach Erstattung des Fakultätsvorschlages wurde eine Versammlung der Professoren der Wiener Universität einberufen, um die Frage zu entscheiden, ob die Universität als ein „Betrieb“ zu betrachten sei und bejahendenfalls an den Wahlen zum lokalen Arbeiterrat teilnehmen solle, wobei in dem Wahlstatut ein Bekenntnis zum Marxismus oder eine ähnliche Formel als Bedingung vorgesehen war. Kelsen war entschieden gegen eine Beteiligung an der Wahl, wollte aber, um seine Ernennungsaussichten nicht noch weiter zu verschlechtern, an der Diskussion nicht teilnehmen. Als nun in der Versammlung sein Kollege, der ernstlich als Bernatziks Nachfolger in Betracht kommen konnte, sich für die Beteiligung der Universität an den Arbeiterratswahlen aussprach, obgleich er bis vor kurzem sich alles eher denn als marxistisch gegeben hatte, geriet Kelsen, der bisweilen temperamentvolle Aufwallungen hatte, in Harnisch, verlangte das Wort und wies darauf hin, daß die Verfassung der Arbeiterräte mit dem Grundsatz der Freiheit der Wissenschaft unvereinbar sei; er erinnerte auch daran, daß die Wiener Universität vor nicht allzu langer Zeit dem Erzherzog Friedrich in sehr unterwürfiger Weise ein Ehrendoktorat verliehen hatte und daß dieser Akt dynastischer Ergebnis-

Bd 431/1000 Rhay 1 Bd 2

~~10~~ 10 10

S. 329 Engels v Prof Sawicki an Rommeler 10/28 v 28.10.1930  
macht darauf aufmerksam, das Richtig d. Fundamente der bürgerl. Parteien  
enthalten, und dass eine Verdringung nicht recht. NSDAP darf nicht als bürgerl.  
Partei ~~zut~~ aufgefasst werden obwohl sie sich elementar für  
sammeln. Es ist aber die ja bürgerl. Parteien gehörig angewickelt wird  
u. h. fundamental d. Partei, die entschieden mehr der d. Führerschaft bestreuen  
wird. Still neulich um idest hoch zu d. Arbeit d. Heueren, d. d. Weg  
des Wahrheit - und Ehrbegriffs, d. Wohlstandsged, welche stet, d. Tageswörter  
Anstandsformen bürgerl. Einrichtungen in Wohlstand sind.  
Denn hat früher Interesse an Wahrheit, die d. sorgfältig sachgemäß und redlich  
Anwort aller abgeben können verbietet. Unmöglich d. Rechte hat sie je-  
planken Wirkung daher Katastrophe.

Man denkt an Konsolidierung d. bürgerl. Parteien, dies ist klar. "Der Welt Frieden  
ist nicht in pol. Forderungen so unbedeutend. I. Offen eingestell, dass an e. Zu-  
sammenschluss in jenen Teil nicht zu denken ist. Wenn Reststreben  
man will wahrhaftig wird, werden sie immer v. Welken zu e. d. jenen Parteien über-  
geben - Ansehen a. NSDAP wird zunächst überwiegen

## Hans Kelsen und die «Reine Rechtslehre»

Von Walter Ott

An keiner modernen Rechtstheorie scheiden sich die Geister so deutlich wie an der «Reinen Rechtslehre» Hans Kelsens. Während die einen ihre Bedeutung für die Jurisprudenz mit derjenigen von Einsteins Relativitätstheorie für die Physik vergleichen, verdammen sie die andere als eine destruktive Lehre, die infolge der Formalisierung ihrer Begriffe dem politischen Mißbrauch Tür und Tor öffne. Kein Jurist des 20. Jahrhunderts hat einen so weltweiten Einfluß ausgeübt wie Kelsen (seine Werke erschienen in 24 Sprachen), und keiner hat so viel Kritik einstecken müssen wie er. — Worum geht es also in der «Reinen Rechtslehre», und was ist von ihr zu halten?

## DAS POSTULAT DER REINHEIT

Die «Reine Rechtslehre» will eine Theorie des positiven Rechts sein, und zwar des positiven Rechts schlechthin, nicht einer speziellen Rechtsordnung. Die «Positivität» des Rechts besteht für Kelsen darin, daß es einerseits durch in bestimmter Weise qualifizierte menschliche Akte gesetzt und andererseits in einem gewissen Grade wirksam sein muß. Als Theorie will die «Reine Rechtslehre» ihren Gegenstand *erkennen*, das heißt die Frage beantworten, was Recht *ist*, nicht aber, was es *sein soll*. Das Postulat der Reinheit bedeutet die Eliminierung aller «unjuristischen» Betrachtungsweisen und Methoden (insbesondere Psychologie, Soziologie, Ethik und politische Theorie) aus der Rechtswissenschaft.

## SEIN UND SOLLEN

Die spezifisch juristische Erkenntnis ist nach Kelsen auf die Erkenntnis von Rechtsnormen gerichtet. Eine Norm besteht nun nicht in Raum und Zeit, sondern sie ist der *Sinn* eines in Raum und Zeit gegebenen Willensaktes. Die Norm sagt aus, daß etwas sein oder geschehen, insbesondere, daß sich ein Mensch in bestimmter Weise verhalten soll. Die Norm ist also ein «Sollen», der Willensakt, durch den sie gesetzt wird und dessen Sinn sie darstellt, ein «Sein».

Kelsen betont mit dem Neukantianismus in aller Schärfe den Gegensatz von Sein und Sollen: Die Aussage, daß etwas ist, sei wesentlich verschieden von der Aussage, daß etwas sein soll. Daraus, daß etwas ist, kann nicht folgen, daß etwas sein soll; und daraus, daß etwas sein soll, kann nicht folgen, daß etwas ist. Die Unwiderlegbarkeit dieser Basisthese der «Reinen Rechtslehre» hat in neuerer Zeit Klug mit den Mitteln der Klassenlogik nachgewiesen.

## GELTUNG UND WIRKSAMKEIT

Die spezifische Existenz einer Norm ist nun ihre «Geltung». Diese Geltung ist nach Kelsen

weist, indem gegen die Mitglieder der Bande Sanktionen durchgesetzt werden können. Sobald aber die Zwangsordnung der Räuberbande innerhalb eines bestimmten Gebietes so wirksam ist, daß sie die Geltung jeder anderen Zwangsordnung ausschließt, kann sie als Rechtsordnung angesehen werden. Kelsen betrachtet den Staat als «Staat» betrachtet werden. Kelsen beruft sich auf die Existenz der sogenannten Seeräuberstaaten an der Nordwestküste Afrikas (Algier, Tunis, Tripolis) vom 16. bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts.

## DIE BELIEBIGKEIT DES RECHTSINHALTS

Aus dem Gesagten erhellt, daß nach der «Reinen Rechtslehre» jeder beliebige Inhalt zum Rechtsinhalt werden kann. Darin zeigt sich die für jede rechtspositivistische Theorie charakteristische Trennung von Recht und Moral. In dieser Trennungstheorie hat die Kritik, die natürlich hier am vehementesten einsetzte, den eigentlichen Sündenfall des Rechtspositivismus erblickt, vor allem deshalb, weil damit auch eine Gewalt Herrschaft wie diejenige der Nationalsozialisten als Rechtsordnung anerkannt wird. Doch verliert diese Charakterisierung viel von ihrem anstößigen Charakter, wenn man für «Rechtsordnung» eben den Kelsenschen Begriff des Rechts einsetzt, womit man zur Aussage gelangt: Auch die Ordnung des nationalsozialistischen Staates war eine «im großen und ganzen wirksame Zwangsordnung», was wohl kein Kenner der historischen Verhältnisse bestreiten wird. Daß etwas «Recht» ist, bedeutet für einen Positivist wie Kelsen eben keineswegs, daß es auch ohne weiteres «ge-recht» und damit zu billigen ist.

## DIE IDENTITÄT VON STAAT UND RECHT

Das politische Element der staatlichen Organisation besteht nach Kelsen in dem durch diese regelten, von Mensch zu Mensch geübten Zwang, das heißt in den Zwangsakten, die diese Ordnung statuiert. Damit ist aber der Staat im *juristischen* Sinne nichts anderes als die Rechtsordnung selbst. In der normlogischen Betrachtungsweise der «Reinen Rechtslehre» ist der Staat als Subjekt der Staatsakte die «Personifikation» der Rechtsordnung, er ist ein «Zurechnungspunkt», in dem sich die Einheit der Rechtsordnung ausdrückt. Jeder Staat ist somit eine Rechtsordnung, aber nicht jede Rechtsordnung ist ein Staat. Weder die Rechtsordnung einer primitiven Gesellschaft noch diejenige des heutigen Völkerrechts sind für Kelsen Staaten, weil sie einen zu geringen Grad an Zentralisation aufweisen.

## DIE JURISTISCHE INTERPRETATION

voller Weise hervorgehoben hat, beruht das Gebäude der «Reinen Rechtslehre» auf «Festsetzungen» im Popperschen Sinne. Da Festsetzungen nicht wahr oder falsch sein können, sondern nur zweckmäßig oder unzweckmäßig, kann man natürlich über ihren Wert verschiedener Meinung sein. So ist etwa die hypothetische Grundnorm von der Erfahrung her weder zu beweisen noch zu widerlegen. Kelsen selbst betont, daß die durch die hypothetische Grundnorm ermöglichte Deutung des Rechts eine *mögliche*, keinesfalls aber eine *notwendige* Deutung ist. Aus diesem Grunde behauptet die «Reine Rechtslehre» nicht, wie ihr immer wieder vorgeworfen wird, daß die positiven Zwangsordnungen objektiv gesollt sind und man ihnen daher gehorchen müsse; sondern sie beschreibt diese positiven Ordnungen, *als ob sie gesollt wären*. Kelsens Positivismus ist ein kritischer, nicht ein dogmatischer Positivismus, ein Unterschied, der leider oft verkannt wird.

Die «Reine Rechtslehre» schöpft sicher nicht alle Dimensionen des Rechts aus. Die heutige internationale Rechtstheorie (z. B. Llewellyn, Rehbinder) unterscheidet zwischen drei verschiedenen Dimensionen des Rechts, denen verschiedene juristische Disziplinen zugeordnet sind. Das Recht kann hinsichtlich seiner Faktizität, Normativität oder Idealität untersucht werden. Für das Tatsächliche am Recht interessieren sich zum Beispiel der Rechtssoziologe und der beratende

Anwalt, da sie erkennen möchten, wie die Gerichte — möglicherweise unter Verletzung von Normen — effektiv entscheiden beziehungsweise in Zukunft entscheiden werden. Das Recht im Sinn eines Normensystems ist dagegen Gegenstand der Rechtsdogmatik. Für das Recht in *diesem* Sinne interessiert sich zum Beispiel der Richter, der nach Begründungen seiner Entscheidungen sucht. Das Recht im Sinn eines Ideals dagegen ist Gegenstand einer materialen Rechtsphilosophie. Der Rechtsphilosoph fragt nach dem gerechten Inhalt des Rechts.

Alle drei Fragestellungen sind legitim, und allen entsprechen natürlich ganz verschiedene Ansätze der Begriffsbildung. Die «Reine Rechtslehre» ist nur eine mögliche, keineswegs aber die einzig mögliche Betrachtungsweise des Rechts. Sie enthält eine Strukturtheorie des Rechts, die in vielerlei Richtung befruchtend gewirkt hat, zum Beispiel auf moderne normlogische Untersuchungen (Alchourrón/Bulygin), und die — wie Verdross gezeigt hat — auch von der Naturrechtslehre übernommen werden kann. Keine Antwort dagegen kann und will die «Reine Rechtslehre» auf die Frage nach dem Inhalt des Rechts geben. Unabhängig davon, ob man diese Frage noch als eine «wissenschaftliche» oder bloß «politische» qualifizieren will, muß sie aber mit unabdingbarer Notwendigkeit vom Menschen immer wieder gelöst werden, weil sie in rechtlichen Belangen die letztlich entscheidende Frage ist.

## Der Pluralismus Karl Poppers

Von Hans Reiss

Durch die Aufsatzsammlung *Objective Knowledge* (Oxford, Clarendon Press, 1972) sind Karl Poppers Ideen, die bisher wohl nur Fachphilosophen bekannt waren, einem weiteren Lesepublikum zugänglich geworden. In diesem Buch wie in anderen Schriften der letzten Jahre fällt ein Ideenkreis ganz besonders auf: Popper bezeichnet ihn mit «Pluralismus». Es handelt sich um die Vorstellung, daß eine dualistische «Leib-Seele»-Konzeption nicht ausreicht, um den Produkten des menschlichen Geistes, etwa der Wissenschaft und der Kunst, gerecht zu werden. Popper spricht deshalb von zumindest drei Welten. Zu Welt «eins», der Welt der «Dinge», und Welt «zwei», der Welt des menschlichen «Bewußtseins», käme zumindest noch Welt «drei», die Welt des «objektiven Geistes».

Ist Popper, der in seinem bekannten Werk «Die offene Gesellschaft und ihre Feinde» Platon und Hegel ihrer Staatsphilosophie wegen so scharf kritisiert hat, nun plötzlich auf seine alten Tage Platoniker oder Hegelianer geworden? Keineswegs. Zwar sieht er wie beide eine Welt des objektiven Geistes als gegeben an, aber anders als Platon ist für ihn diese Welt nicht göttlich

objektiver Art. Sie können von andern Forschern jederzeit überprüft werden. Die Annahme, das Entscheidende sei nicht die Nachprüfung von Theorien oder Hypothesen, sondern stattdessen die Erforschung der psychologischen, soziologischen und historischen Bedingungen, aus denen Forschungen entstanden sind, ist verfehlt. Poppers Ansicht nach geht es darum, die Probleme und die Problemsituationen, die den wissenschaftlichen Hypothesen und Theorien zugrunde liegen, zu erforschen. Diese sind aber nicht subjektiver Art, sondern objektiv gegeben. Deswegen können andere Forscher, die unter ganz andern Lebensbedingungen arbeiten, wissenschaftliche Theorien überprüfen und zu ihrer objektiven Betrachtung derselben gelangen.

Popper meint also, es sei nicht die Aufgabe der Wissenschaft, Wissen im subjektiven Sinne des Wortes zu studieren, in dem Sinne, in dem man gewöhnlich das Wort «ich weiß» oder «ich denke» gebraucht. Dies führe zu epistemologischen Irrtümern; denn bei objektivem Wissen handelt es sich um Probleme, Theorien und Argumente, die völlig unabhängig davon sind, ob irgend jemand sie kennt oder davon weiß. Es ist

schaft von der sogenannten «Wirksamkeit» zu trennen. Die Wirksamkeit einer Norm ist die Seins-Tatsache, daß sie faktisch angewendet und befolgt wird, und darf nicht mit der Geltung identifiziert werden. Zwar ist ein Minimum an Wirksamkeit eine *Bedingung* der Geltung der Norm, denn eine Norm, die niemals angewendet und befolgt wird, pflegt man nicht als gültig zu betrachten. Die Wirksamkeit ist aber niemals der *Grund* der Geltung einer Norm: dieser kann immer nur in einer höheren Norm liegen, die die Erzeugung der niedrigeren Norm regelt und möglicherweise auch deren Inhalt vorausbestimmt. Diese Einsicht führt zur Lehre vom sogenannten «Stufenbau» der Rechtsordnung, der an einem Beispiel vorgeführt sei.

#### DER STUFENBAU DER RECHTSORDNUNG

Der Befehl eines Steuerbeamten, eine bestimmte Geldsumme zu zahlen, läßt sich nur darum als gültige (individuelle) Norm deuten — im Gegensatz zu einem entsprechenden Befehl eines Gangsters —, weil diese in Anwendung einer (generellen) Norm des Steuergesetzes gesetzt wurde. Die Norm des Steuergesetzes gilt ihrerseits nur darum, weil sie von der gesetzgebenden Körperschaft beschlossen wurde und diese durch eine Norm der Staatsverfassung ermächtigt ist, generelle Normen zu setzen. Fragt man weiter nach dem Geltungsgrund der Staatsverfassung, gelangt man schließlich auf die historisch erste Verfassung. Hier fragt es sich, wie die Geltung der historisch ersten Staatsverfassung begründet werden kann.

#### DIE HYPOTHETISCHE GRUNDNORM

Will man auch die Normen der historisch ersten Staatsverfassung als objektiv gültige Normen *deuten*, muß man nach Kelsen eine Norm *voraussetzen*, der keine reale Existenz mehr zukommt, die vielmehr eine bloß gedachte Norm ist. Diese hypothetisch vorausgesetzte Grundnorm, die natürlich nicht dem positiven Recht angehört, setzt die historisch erste Verfassung als normerzeugenden Tatbestand ein und lautet wie folgt: Man soll sich so verhalten, wie die Verfassung vorschreibt.

#### RECHTSORDNUNG UND RÄUBERBANDE

Die Kelsensche Grundnorm begründet also hypothetisch die Geltung der positiven Rechtsordnung, und zwar jeder positiven Rechtsordnung. Denn der Inhalt der positiven Rechtsordnung ist von der Grundnorm völlig unabhängig; er läßt sich nicht aus ihr ableiten. Infolgedessen kann keine positive Rechtsordnung als ihrer Grundnorm nicht entsprechend und daher als nicht gültig angesehen werden. Die Grundnorm bezieht sich aber nach Kelsen immer nur auf eine Zwangsordnung mit dauernder Wirksamkeit. Dies zeigt er an dem seinerzeit von Augustinus aufgeworfenen Problem der Unterscheidung zwischen dem Staat als einer Rechtsgemeinschaft und einer Räuberbande. Die Akte einer Räuberbande sind nach der «Reinen Rechtslehre» nur dann keine Rechtsakte, wenn sich die staatliche Rechtsordnung als die wirksamere er-

Aus dem oben erwähnten Stufenbau der Rechtsordnung ergeben sich für die «Reine Rechtslehre» bedeutsame Einsichten zum Problem der juristischen Interpretation. Da die Bestimmung des Inhaltes einer niedrigeren Norm durch die höhere Norm niemals eine vollständige sein kann, die höhere Norm somit immer nur einen gewissen Rahmen gibt, kommt der Interpretation auf jeder Stufe konstitutive Bedeutung zu. Kelsen wendet sich also deutlich gegen die gesetzpositivistische These, der Richter habe bloß ein fix und fertig vorliegendes, in seiner Erzeugung abgeschlossenes Recht anzuwenden. Die Tatsache, daß wer auslegt, in der Regel auch schöpferisch tätig wird, gehört heute zu den gesicherten Einsichten der juristischen Methodenlehre.

#### IDEOLOGISCHE VOREINGENOMMENHEIT?

Die Erkenntnis, daß verschiedene rechtspositivistische Lehren verdeckt im Dienste gewisser politischer Zielsetzungen stehen (das gilt z. B. für den Positivismus Labands, des führenden Staatsrechtslehrers der Wilhelminischen Ära), hat verschiedene Autoren dazu verführt, auch in der «Reinen Rechtslehre» ideologische Züge zu suchen. So wird etwas argumentiert, der Grund dafür, daß die Kelsensche Grundnorm gerade die wirksame, effektive Ordnung (und nicht eine andere) als Rechtsautorität einsetze, könne nur darin liegen, daß allein eine solche Ruhe und Ordnung im Zusammenleben der Menschen zu gewährleisten vermöge. Der Kelsensche Positivismus sei daher auf die Werte von Ruhe und Ordnung ausgerichtet. Diese Argumentation übersieht, daß die Wahl des Erkenntnisgegenstandes (nämlich der wirksamen, zwangsandrohenden Ordnungen) bei Kelsen aus erkenntnistheoretischen, nicht aber aus politischen Gründen erfolgt. Da Kelsen als Wertrelativist die Möglichkeit der Erkenntnis absoluter Werte verneint, erscheint es natürlich von seinem Standpunkt aus nicht als sinnvoll, zum Gegenstand wissenschaftlicher Erkenntnis ein Recht im absoluten Sinne zu machen; Recht muß vielmehr etwas sein, dessen tatsächliche Existenz durch beobachtbare Vorgänge in Raum und Zeit offenbart wird. Und diese sieht Kelsen eben in der Positivität des Rechts, das heißt in der Tatsache, daß es von Menschen gesetzt und im großen und ganzen wirksam ist. — Ebenso wenig kann man auf eine ideologische Tendenz der «Reinen Rechtslehre» (im Sinne des Liberalismus) etwa aus der «negativen Norm» Kelsens schließen, wenn die Rechtsordnung keine Pflicht eines Individuums zu einem bestimmten Verhalten statuieren, so erlaube sie dieses Verhalten. Denn selbst unter Zugrundlegung dieser Norm könnte man den perfektsten totalitären Polizeistaat aufbauen, sofern nur hinreichend viele Verhaltensweisen ausdrücklich verboten würden.

#### WÜRDIGUNG

Eine gerechte Würdigung der «Reinen Rechtslehre» hat einzusetzen mit dem Hinweis auf die Relativität des von Kelsen vorausgesetzten Begriffs des Rechts. Wie insbesondere Walter, ein Anhänger der «Reinen Rechtslehre», in verdienst-

voll für Platon ist für mich diese Welt nicht gut und unveränderlich, sondern vom Menschen geschaffen und dem Wandel unterworfen. Er folgt Bolzano und besonders Gottlob Frege, für den das Denken nicht die subjektive Tat des Menschen, sondern der objektive Gehalt war. Worum es Popper geht, ist letztlich die Frage, ob eine objektive Wissenschaft möglich ist. In seinem ersten großen Buch «Logik der Forschung» (Wien 1934) suchte er in einem modernen Kontext die Frage zu beantworten, die einst Kant stellte: «Wie ist Naturwissenschaft möglich?» Für Popper wird diese Frage zum Abgrenzungsproblem, das er auch das Kantsche Problem nennt, also zur Frage: Wie kann man Wissenschaft gegen Pseudowissenschaft abgrenzen? Er löst das Problem, indem er darlegt, daß es in der Wissenschaft darum gehe, Hypothesen oder Theorien zu überprüfen und zu kritisieren. Alle wissenschaftlichen Aussagen sind vorläufig, denn alle können falsifiziert werden, mögen sie sich auch noch so lange bewährt haben. Theorien, die aber nicht überprüft und falsifiziert werden können, sind nicht wissenschaftlich. Es gilt also nicht, Theorien zu verifizieren, wie es die logischen Positivisten annahmen. Das Falsifizierbarkeitsprinzip ist aber kein Sinnkriterium. Noch nicht falsifizierte Theorien können wahr sein oder nicht; nichtfalsifizierbare Theorien können auch wahr sein oder nicht; sie sind aber unwissenschaftlich.

Poppers Wissenschaftstheorie legt unmißverständlich dar, daß es kein absolut gesichertes Wissen gibt. In «Logik der Forschung» formuliert er diese Auffassung prägnant: «Das alte Wissenschaftsideal, das absolut gesicherte Wissen, hat sich als ein Idol erwiesen. Die Forderung der wissenschaftlichen Objektivität führt dazu, daß jeder wissenschaftliche Satz *vorläufig* ist. Er kann sich wohl bewähren — aber jede Bewährung ist relativ, eine Beziehung, eine Relation zu anderen, gleichfalls vorläufig festgesetzten Sätzen. Nur in unseren subjektiven Ueberzeugungserlebnissen, in unserem Glauben können wir „absolut sicher“ sein.»

Diese Auffassung ist für Popper keine Resignation. Im Gegenteil, er glaubt mit dem Phantom aufgeräumt zu haben, es könnte endgültige Antworten geben. Er findet, der Weg der Wissenschaft werde «durch ihre unendliche, aber keineswegs unlösbare Aufgabe bestimmt, immer wieder neue, vertiefte und verallgemeinerte Fragen aufzufinden und die immer nur vorläufigen Antworten immer von neuem und immer strenger zu überprüfen».

Die Aufgabe der Wissenschaft ist also nach Popper durch die Methode des «trial and error», des Versuchs und des Irrtums, der Mutmaßung und der Widerlegung gekennzeichnet «Conjectures and Refutations» heißt auch bezeichnenderweise eines seiner bedeutenden Bücher (3. Aufl. London, 1969). Wissenschaftliche Theorien sind Meinungen, Ansichten, Hypothesen, also nicht Wahrheiten, obwohl sie dies sein können, worüber aber nie Gewißheit herrschen kann. Aber diese Meinungen sind nicht rein sub-

«Wissen ohne einen Wissenden».

Popper vertritt die Ansicht, daß das Studium der wissenschaftlichen Probleme, ihrer Problemsituationen, der wissenschaftlichen Mutmaßungen (oder Hypothesen oder Theorien), der Diskussionen, der kritischen Argumente und der Rolle des Beweismaterials in der Argumentation, das heißt also das Studium der Welt des objektiven Geistes, von entscheidender Bedeutung für die Erkenntnislehre ist. Zur Bestätigung dieser Anschauung führt Popper die Tatsache an, daß Naturwissenschaftler meist nicht behaupten, ihre Mutmaßungen seien wahr oder sie «wüßten» ihre Theorien im subjektiven Sinne des Wortes. Auch «glauben» sie keineswegs an diese Theorien. Im Gegenteil, sie betrachten ihre Theorien als Mutmaßungen über das, was fruchtbar ist oder fruchtbar sein könnte, und über das, was nicht fruchtbar ist, das heißt sie überlegen, welche Forschungen weitere Ergebnisse in der Welt des objektiven Geistes zu zeitigen versprechen.

Außerdem können die objektiven Erkenntnisse, welche sich aus Welt drei ergeben, Phänomene in Welt zwei erhellen und besonders ein Licht auf die subjektiven Gedankenprozesse der Wissenschaftler werfen. Der Kehrsatz dieser Behauptung aber trifft nicht zu: wir lernen also nicht über Welt drei durch Betrachtung von Welt zwei. Aber Welt drei wirkt auch auf Welt eins, auf die Welt der physischen Dinge, mittels Welt zwei, die sozusagen als Verbindungsglied fungiert. Denn Entdeckungen in Welt drei können Welt eins einschneidend verändern.

Betrachten wir Welt drei, so ist sie zwar (genetisch) ein Produkt der Menschen, aber trotzdem (ontologisch) weitgehend autonom, obwohl die Menschen beträchtlich auf sie einwirken, indem sie Theorien entwerfen und diese kritisieren. Ebenso wirkt Welt drei wiederum beträchtlich auf Welt zwei. Durch dieses Ineinanderwirken wächst Welt drei weiter. Daß Welt drei autonom ist, bedeutet also: wenn einmal Probleme dieser Welt geschaffen sind, so bestehen diese Probleme nicht nur unabhängig von ihren Schöpfern weiter, sondern sie schaffen auch Probleme, die ihre Schöpfer weder voraussahen noch voraussehen konnten. Diese Probleme, die sich zwangsläufig aus der Existenz von Welt drei ergeben, können von uns entdeckt werden. Sie bestehen aber, ob man sie entdeckt oder nicht. Mathematische Probleme, zum Beispiel etwa die Theorie der natürlichen Zahlen, sind dieser Art. Es gibt Probleme auf diesem Gebiet, die, nachdem einmal die natürlichen Zahlen geschaffen wurden, sich aus ihrer Existenz ergeben und von uns nur entdeckt, aber nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Und dies ist nur ein Beispiel.

Popper verteidigt seine Auffassung von Welt drei, indem er darauf hinweist, daß es in der Biologie analoge Verhältnisse gibt. So schaffen etwa Spinnen ihre Netze oder Biber Dämme oder Tiere Pfade im Wald. Diese Strukturen bestehen weiter, unabhängig von den Taten oder dem Verhalten der Tiere. Ob ein Nest von einem Vogel bewohnt wird oder nicht, ist in diesem Kontext gleich-



Geleitet

# UNSERE LESER SCHREIBEN

## Kelsens Berufung nach Prag

Zu dem herzlichen Geburts- tagsartikel von Peter Fabrizious "Hans Kelsen — 90 Jahre" ("Auf- bau". 15. Oktober) füge ich eine für den Gelehrten schicksalshaf- te Episode hinzu:

Nach der Machtergreifung Hit- lers wurde Professor Kelsen sei- nes Kölner Universitätslehrstuhls verlustig erklärt. Er stand, lebens- bedroht wie unzählige seiner Lei- densgenossen, buchstäblich vor dem Nichts. Eine gesicherte Rückkehr nach Wien nach den Anfeindungen, die er dort erdul- det hatte, war ihm versperrt. In dieser Situation wies der von mir redigierte Prager "Aufruf, Streit- schrift für Menschenrechte" auf die Gelegenheit hin, Kelsen und andere akademische Kapazitäten für die an wissenschaftlicher Verarmung leidenden deutschen Hochschulen in Prag und Brünn zu berufen.

Dr. Ludwig Czech, Minister für soziale Fürsorge in Masaryks Koalitionskabinett und Vorsit- zender der deutschen sozialdemo- kratischen Arbeiterpartei in der CDR, und der slowakische Sozial- demokrat Dr. Dérer, Unterrichts- minister, griffen die Anregung. Kelsen an die deutsche Universi- tät in Prag zu berufen, mit Eifer auf, und Dr. Czech liess die zu- ständige Universitätsbehörde wissen, dass eine Berufung des weltbekannten Juristen der Re- gierung Masaryks erwünscht wäre.

Kaum wurde dieser Gedanken- austausch, sicherlich durch In- diskretion, bekannt, veranstalte- ten in der "Deutschen Studenten- schaft" gleichgeschaltete Hoch- schüler in den Räumen der Universität eine lärmende anti- semitische Demonstration gegen

Kelsens Berufung. Offensichtlich eingeschüchtert, schob das juri- stische Professorenkollegium sei- ne Vorschlagsentscheidung gef- lissentlich hinaus, bis es sich durch Dr. Czech bewogen fühlte, Professor Kelsen, wenn auch nur mit knapper Stimmenmehrheit, in Vorschlag zu bringen.

Kelsens mehrmonatiger Auf- enthalt in Prag gewährte dem Gelehrten die Möglichkeit, sich

nach den mörderischen Ereignis- sen in Köln zu erholen und Ver- bindung mit dem freundlicheren und sichereren Ausland aufzu- nehmen. Sein Lebensweg führte ihn in die Vereinigten Staaten.

Die von Kaiser Karl IV 1348 gegründete altehrwürdige Alma Mater blieb als wissenschaftliche Rumpelkammer zurück. Als sie Benesch 1945 durch ein blosses Dekret auflöste, schaffte er nur noch einen von den Nazis ge- schändeten Kadaver beiseite.

Friedrich Bill

## Gegen Gründgens-"Legenden"

Das "Mephisto"-Verbot für Deutschland sollte Exilforscher anregen, diesen Schlüsselroman von Klaus Mann endlich zu ent- schlüsseln. Wer die Theaterge- schichte des Dritten Reiches kennt, kann feststellen, dass sich Klaus Mann bei der Schilderung präzise auf Quellen gestützt hat. Einzelheiten des Werkes stim- men genau mit den Dokumenta- tionen in Joseph Wulfs "Theater und Film im Dritten Reich" (Gü- tersloh 1964) sowie mit anderen noch unveröffentlichten, aber bekannten Studien überein. Wie bisher kein anderer hat Mann den Prunk und die Verlogenheit des NS-Theaters in einem krimi- nellen Staat blossgelegt und die Karrieremacher als Typen (nicht Porträts!) erfasst. Man lese Lion Feuchtwangers Brief an sieben Berliner Schauspieler in "Centum Opusculum" und ver- gleiche diese Typen mit dem Typ des Hendrik Hoefgen. Klaus Manns Buch, das einen Platz in der Geschichte des Exils hat, ist — auch wenn der Autor im Hin- blick auf Gründgens über die Stränge geschlagen haben sollte — ein durchaus ehrliches Buch, denn Mann verschweigt u.a. nicht, dass Hoefgen verfolgten

Kollegen half. Nur deutet er die Motive anders als Curt Riess in seiner anfechtbaren Gründgens- Biographie.

Man kann das NS-Theater und Gründgens so oder so deuten. Eine vergleichende Analyse der Werke von Klaus Mann und Curt Riess lohnt sich, zum Beispiel um festzustellen, wie beide jeweils den Mord an dem Schauspieler Hans Otto und Gründgens' Be- zahlung der Beerdigung inter- pretieren. In seiner Verehrung für den Schauspieler Gründgens hat Curt Riess ein schiefes Bild des Theaters im Dritten Reich gezeichnet — und das als nach Deutschland entsandter US-The- ateroffizier. Ihm durfte zum Bei- spiel nicht die Behauptung un- terlaufen, unter Gründgens sei- en keine nationalsozialistischen Dichter gespielt worden, wäh- rend diese Inszenierungen im Anhang dokumentiert sind. — Beide Bücher bedürfen so bald wie möglich einer wissenschaft- lichen Analyse, um der bereits eingetretenen Legendenbildun- um Gründgens entgegenzuwir- ken.

Marta Mierendorff.  
Hollywood, Calif.

Problem  
"Vietna

Vietna  
längere  
nam,  
diess  
den.  
ne V  
Krie  
rik  
tet  
Fe  
rei.  
Dan  
rikan  
längs  
Dollar  
für d  
vert  
le u  
fuh  
Wel  
Zer  
be  
Wo  
w  
be,  
Chin  
abhäng  
re ökon  
Hilfe fei  
Die Hoff  
rung, das

24  
1871

Verfassung 9

Warum Verfassung in O, A, S, Thüring  
Brixley Ind. ? die anderen Verfassungs-

Heller  
war da  
u als erst  
25 Jahre

schon, Hauptrollen folgely in Anwand-  
Verfassung, y. demer's Haupt d westen.

Sapobrecht  
Koch po  
deigert  
proca  
suwilt

Alle außer Ruben (Frankung) liberal  
Sagittetisch Nur Max Weber proter Sozialen

(dein, dand.  
bay) Kämpfer  
y d Staat  
des Murechts.  
Haar. Ind  
gute Arbeit  
Kämpfer  
Kette verfahren  
Verfassung  
Kein Politik  
- dand.  
Stet.

Jahre dand, formuliert ist, aber Haupt  
proca als selbst si bei Verfassung unrer.

meridol, kein Kokkris - selbst Preuss  
später eingesehen, dass Einheitsstaat in jechi-

Angel Teudig wird in e drittl verhandelt  
wird. Koarte. dand. Preussen Preussen

verändert in dule, Vorreform, Jossstärkte  
stärker arbeiten, daher Mehrheit beim Haupt

Im Konkordat. Im Parlament zunge-  
halten & e Ind - d e Kapitalde. Verhauuen

Rolle. Verfassungly dand. Best. Grenzpaßen  
Kinderrecht, gegen Fort, Rakowen

Juden in : 1. Pressestellen & Verhauuen d  
3. Neue fisch : Arbeitrecht (will in dand.)  
Sich verweigert & Verhauuen dand.

Informant  
Verfent mit  
Cassia nur dand.  
Jerman's  
H. H. H. H.  
Labad,  
Jahrbuch

## Sonntag, 6. Mai: "Solidarity Sunday"

Der grosse "Freiheitsmarsch" für die Solidarität der New Yorker Judenheit mit den jüdischen Bürgern der Sowjetunion findet im Herzen von Manhattan am 6. Mai statt, beginnend um 12 Uhr mittags in der Fifth Avenue, Ecke 72. Strasse, und endend auf der Dag Hammarskjöld Plaza, vor dem Palais der Vereinten Nationen. Es wird mit einer Gesamtbeteiligung von 100.000 Personen gerechnet, gaben die Veranstalter bekannt, die "Greater New York Conference on Soviet Jewry". Auf der Hammarskjöld Plaza werden dann die beiden New Yorker Senatoren Javits und Buckley zu den Marschteilnehmern sprechen.

Am Abend des gleichen Tages findet dann in der New Yorker Philharmonic Hall die "Galabeobachtung" des 25. Geburtstages des Staates Israel statt, mit dem neuen israelischen Botschafter in Washington, Simcha Dinitz, als Hauptsprecher.

## Neues von der "Aktion Sühnezeichen"

In diesem Jahr werden 21 deutsche Jugendgruppen im Rahmen der "Aktion Sühnezeichen" nach Polen fahren, um in den ehemaligen Konzentrationslagern und jetzigen Gedenkstätten Auschwitz, Maidanek und Stutthof tätig zu sein. Seit 1957 haben insgesamt 58 Sühnezeichen-Gruppen in Polen Aufbauarbeit geleistet. Die Jahresbilanz für 1972 dieser verdienstvollen deutschen Institution weist aus, dass sich im vergangenen Jahr insgesamt 126 Freiwillige gemeldet haben, darunter 60 deutsche Kriegsdienstverweigerer. Die meisten Jugendlichen meldeten sich zum Einsatz in Israel.

## Erinnerungen an Hans Kelsen

Wie im "Aufbau" bereits kurz gemeldet, ist Professor Hans Kelsen am 19. April in Orinda bei Berkeley (Kalifornien) gestorben. Max Knight, ein ständiger hochgeschätzter Mitarbeiter des "Aufbau", der Übersetzer von Kelsens Hauptwerk "Die reine Rechtslehre", stellte uns die nachfolgenden Vignetten zur Verfügung, die er im Laufe vieler Jahre enger Zusammenarbeit mit dem grossen Rechtsgelehrten von diesem selber gehört hat.

Professor Hans Kelsen erreichte ein Alter von 91 Jahren. Aber schon seit seinem 70. Geburtstag sprach er häufig über seinen Tod und dass er nicht mehr lange leben würde. Er sprach oft einen Vierzeller, entweder ein Zitat oder von ihm selbst:

Ich weiss wohl, was das Leben ist:

Ich weiss, dass hier in dieser Welt,

nach einer kurzen Galgenfrist das Kartenhaus zusammenfällt.

In seinen vorgerückten Jahren war Kelsen etwas vergesslich. Die Schwäche hielt sich durchaus in bescheidenen Grenzen, war aber für den exakten Mann der Wissenschaft unerträglich. Als die englische Übersetzung seines Werkes "Die reine Rechtslehre" im Stadium der zweiten Druckereifahren war, kam er eines Tages mit einem dicken Umschlag von Fahnen und sagte: "Hier sind 50 Seiten Ihrer Übersetzung. Die Korrekturen kosten mich viel Zeit — in dieser Zeit hätte ich alles selbst übersetzen können." Ich fragte, warum es so lange dauerte; die zweite Überprüfung habe doch nur den Zweck, zu sehen, ob die Korrekturen der ersten Fahnen richtig seien. "So?" wunderte sich Kelsen. "Ich hab' das alles schon korrigiert? Wusste ich gar nicht."

In Genf entschuldigte sich Kelsen einmal bei einem französischen Studenten, den er erkannte, aber dessen Namen er vergessen hatte. "Ich werde alt", meinte Kelsen. "Eines schönen Tages werde ich in der Früh aufwachen und meine Frau fragen, wie ich heisse, weil ich meinen eigenen Namen vergessen werde." "Das macht nichts, Herr Professor", sagte der Student. "Sie werden vielleicht Ihren Namen vergessen. Die Welt wird ihn nie vergessen."

Kelsen schien einmal schlechter Laune, als er die Druckfahnen seines Biographen Aladar Metall durchlas. "Biographien sind traurige Dokumente", sagte er. "Da wird man daran erinnert, was man alles im Leben falsch gemacht hat."

Kelsen machte kein Hehl daraus, dass er sich in frühen Jahren im antisemitischen Wien hatte taufen lassen, um in seiner Laufbahn nicht behindert zu sein, bekannte sich aber seit Jahrzehnten zum Judentum. Die "Rückbekehrung" fand um 1940 in Genf statt, als ein Rabbiner ihn fragte, ob er sich als Katholik betrachte. Kelsen erklärte, er sei Jude und betrachtete seither diese Erklärung als seine offizielle Rückkehr zum Judentum.

Eine seiner beiden Töchter lebte viele Jahre in Israel.

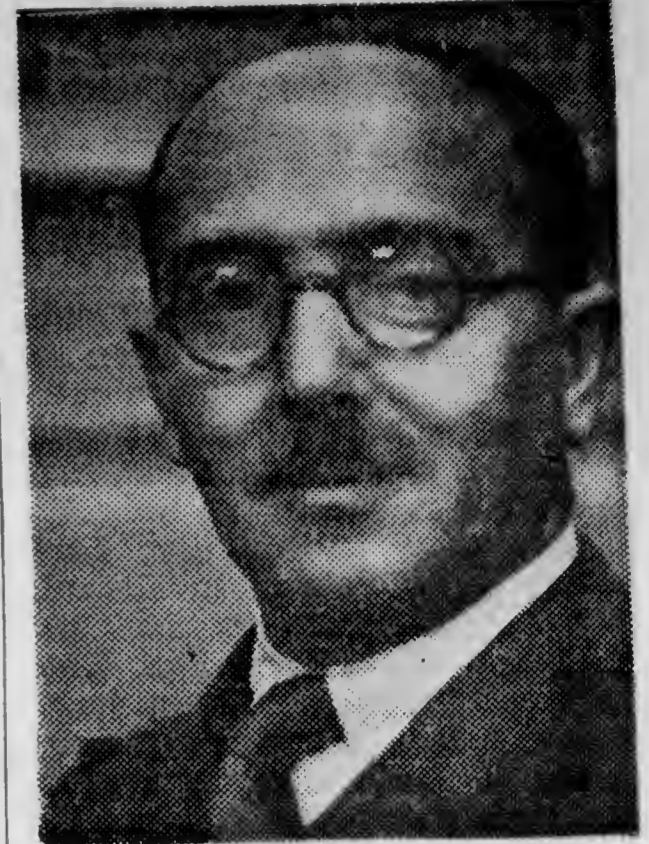
Einmal fragte ich Kelsen, ob er früher anders geheissen hätte und den Namen ändern liess. "Ich weiss, warum Sie fragen", erwiderte er. "Die Nazis haben das einmal irgendwo geschrieben, zur Zeit als sie aus Roosevelt Rosenfeld machten. Ich habe nie anders geheissen, auch mein Vater Adolf Kelsen nicht, und niemand vor ihm. Den Ursprung des Namens kenne ich nicht. Es gibt einen kleinen Ort in Deutschland, der so heisst, aber meines Wissens hat meine Familie damit nichts zu tun."

"Der Fortschritt der Naturwissenschaften in der neueren Zeit", sagte Kelsen einmal, "ist das Resultat der Emanzipation von den Fesseln, in denen sie die Theologie im Mittelalter gehalten hat."

Anlässlich seines 75. Geburtstages war Kelsen Gegenstand grosser Ehrungen. In einem für Veröffentlichung in Wiener Zeitungen bestimmten Artikel erwähnte ich die Staatsoberhäupter und andere bekannte Namen, die ihm Telegramme geschickt hatten, darunter auch einige führende österreichische Politiker. Ich zeigte ihm einen Entwurf des Artikels und er ersuchte, die Politiker auszulassen. "Die haben ja nur Scherereien, wenn man in Wien erfährt, dass sie sich für einen jüdischen Wissenschaftler exponiert haben. Es sind nette Leute, ich will ihnen in ihrer Karriere nicht schaden. Lassen wir sie aus." Und so geschah es.

Als die University of California Press Kelsens Buch "What Is Justice?" veröffentlichte, wollte ich ihm eine Buchbesprechung übergeben, die das Werk mit Respekt und Bewunderung beschrieb. "Ach nein," erwiderte er. "Buchbesprechungen lese ich nicht — sie sind entweder Akte der Missgunst oder der Schmeichelei." "Aber sie sind doch auch ein Zeichen, dass Sie beachtet werden, nicht?" "Nein", lehnte Kelsen ab. "Zeichen der Beachtung ist, wenn andere Verfasser einen in ihren Fussnoten erwähnen."

Kelsen hatte grosse Hochachtung für Sigmund Freud, dessen Seminare an der Wiener Universität er besuchte. Einmal, als Kelsen wieder korrigierte Druckfahnen zum Verleger brachte, sprach er über Psychoanalyse. Er meinte ihre eminente Wichtigkeit läge in der Erklärung psychischer Phänomene, war aber zurückhaltend über ihre therapeutische Anwendung. Er erzählte, er habe einmal eine junge Frau gekannt, die Selbstmord beging, als sie in Psycho-



Hans Kelsen

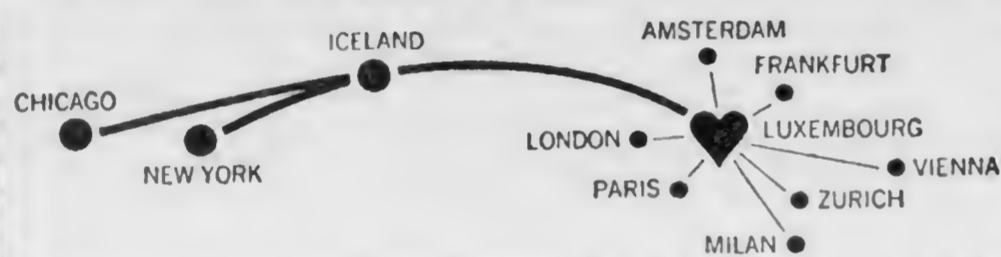
Photo: Fred Stein

analyse erfuhr, sie hätte sexuelle Wünsche ihrem Vater gegenüber. Kelsen ging dies so nahe, dass er Freud über den Fall unterrichtete. Freud schien Kelsen zuzustimmen, dass Psychoanalyse hauptsächlich ein Werkzeug für den Wissenschaftler, weniger für den Arzt sei. Kelsen zitierte Freud mit diesen Worten: "Um zu erfahren, was in den Menschen vorgeht, müssen wir uns ihnen als Ärzte nähern." Der Arzt in der Psychoanalyse ist somit nur ein Mittel zum Zweck. Kelsen erzählte, er hätte die Episode Freuds Biograph Ernest Jones mitgeteilt, der sie jedoch nicht in sein Buch aufnahm. "Aber er hat mich in dem Buch Professor der Volkswirtschaft genannt" lächelte der Rechtsphilosoph. "Es wäre besser gewesen, das wegzulassen."

Max Knight

## Die niedrigsten Jet-Flugpreise nach Europa

aller planmässig fliegenden Linien



Beachten Sie unsere Flugpreise für April und Mai von New York nach Luxemburg im Herzen Europas!

**\$220** FÜR ÜBERSEE-AUFENTHALT VON 22 BIS 45 TAGEN. Zuzüglich \$15 für Abflug am Wochenende. Keine Gruppen, Touren oder Vorauszahlungen nötig.

**\$285** FÜR ÜBERSEE-AUFENTHALT VON 1 BIS 21 TAGEN. Keine Wochenend-Aufschläge. Keine Gruppen, Touren oder Vorauszahlungen nötig.

**\$320** FÜR ÜBERSEE-AUFENTHALT VON 46 BIS 365 TAGEN. Keine Wochenend-Aufschläge. Keine Gruppen, Touren oder Vorauszahlungen nötig.

**\$220** FÜR TOUREN VON 14 BIS 21 TAGEN. Zuzüglich \$70 für Tour-Arrangements Ihrer Wahl in Europa, wie Automietung, Bahnreisen usw., und Bezahlung mindestens 21 Tage vor Ihrer Reise. Zuzüglich \$15 für Abflug am Wochenende.

**\$200** FÜR JUNGE LEUTE VON 12 BIS 23 JAHREN. Gültig für Aufenthalt in Europa bis zu einem Jahr. Reservierungen innerhalb von 30 Tagen vor der Abreise und Altersnachweis erforderlich.

Icelandic Airlines bietet niedrigere Flugpreise als jeder andere planmässige Jet-Flugdienst zwischen den USA und Europa. Wählen Sie den für Sie passenden Flugpreis und geniessen Sie unseren hervorragenden Borddienst, vollständige Mahlzeiten, kostenlosen Wein und Cognac. Sie haben die Wahl unter mehreren täglichen Jet-Flügen zwischen New York und Luxemburg für die besten Verbindungen nach allen Teilen Europas per Luft, Auto, Bahn, Bus, mit Mietwagen oder Camper. Bei Aufenthalt in Island oder Luxemburg stehen unsere günstigen Touren zu Ihrer Verfügung. Fragen Sie Ihr Reisebüro nach Icelandic's Europa-Touren zu niedrigsten Kosten.

An ICELANDIC AIRLINES • 630 Fifth Ave., N.Y., N.Y. 10020  
Tel. (212) 757-8585 • Ausserhalb von N.Y. State "toll free" (800) 221-9760

Bitte, senden Sie mir die Broschüre XG über niedrigste Jet-Flugpreise nach Europa ab N.Y.

Name \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
Ort \_\_\_\_\_ Staat \_\_\_\_\_ Zip \_\_\_\_\_  
Mein Reiseagent ist \_\_\_\_\_

## ICELANDIC AIRLINES

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen

## Sehen Sie die neuesten Modelle in Europa!

We've got them all. A complete selection of cars—from economical minis to fully-equipped campers. And your choice of any Rental, Lease or Purchase plan.

Free to every client—six lesson language course, motel guides, currency converters, menu translators, etc. An exclusive bonus—bring your Purchase car back to the U.S., and we pay import duty and Customs clearance.

Special Teacher/Student and Extended Stay Programs. Kinney Europe, 535 Fifth Ave., N. Y. 10017. (212) 697-6780. Please send me free descriptive catalog.

Name \_\_\_\_\_ Occupation \_\_\_\_\_  
Address \_\_\_\_\_ City \_\_\_\_\_  
State \_\_\_\_\_ Zip \_\_\_\_\_ Depart Date \_\_\_\_\_

## GB RENT-A-CAR

Hire a car or camper to drive through BRITAIN from \$54.00 per week including insurance and unlimited mileage OR take advantage of our chauffeur service. Brochure:

GB RENT-A-CAR  
P.O. Box 4397, Grand Central Station  
New York, N. Y. 10017  
212-668-3330

## "VACATION SUGGESTIONS"

Resort hotels offer many excellent vacation suggestions in "Aufbau."

Pages 4, 5, 15-26, 27-29, 30-33

Madrigale, Admirale, Kardinale, Riesenwale, Kasematten, Käseplatten, Moritaten, Potentaten, Steuern, Renten und Tantiemen: alles das sind "Aufbau"-Themen



Hans Kelsen

Am 11. Oktober feiert Hans Kelsen, fern von dem von ihm so geliebten europäischen Kontinent, in Berkeley (Kalifornien) seinen 85. Geburtstag. Der gefeierte Gelehrte hat einen bewegten Lebensgang hinter sich. Im Prag der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie geboren, erhielt er seine wissenschaftliche Ausbildung an den Universitäten Wien und Heidelberg, wo er im Seminar seines Landsmannes und geistigen Vorläufers Georg Jellinek wichtige Anregungen empfing. 1911 in Wien habilitiert, promovierte er während des Ersten Weltkrieges (1915) zum außerordentlichen Professor. Von 1919 bis 1929 lehrte er als Ordinarius öffentliches Recht und Rechtsphilosophie und war auch als referierender Richter am neugeschaffenen Verfassungsgerichtshof tätig, wo er die von ihm vorbereitete österreichische Bundesverfassung anzuwenden oder anzulegen hatte.

Politische Schwierigkeiten führten dazu, daß Kelsen 1929 einen Ruf an die Universität Köln annahm. Aber schon 1933 siedelte er, der nationalsozialistischen Verfolgung entweichend, an das Genfer Institut Universitaire de Hautes Etudes internationales und an die Deutsche Universität Prag über. Die Erinnerung an seine 1940 in Genf jäh abgebrochene erfolgreiche Tätigkeit ist den älteren Kollegen noch gegenwärtig. Die weltpolitischen Ereignisse führten Kelsen nach den Vereinigten Staaten, wo er viele Jahre dem Lehrkörper der Berkeley-Universität bei San Francisco angehörte. Zahlreiche Ehrungen, worunter eine besonders große Zahl von Ehrendoktoraten, sind ihm zuteil geworden, u. a. Utrecht, Harvard, Chicago, Salamanca, Paris, Wien, Mexiko. Zu erwähnen sind auch die Ehrenmitgliedschaft des Institut de droit international, die Zugehörigkeit zu nationalen Akademien, aber auch der äußere Erfolg seines großen, oft neu verlegten Schrifttums. Die größte Freude bereiteten aber Kelsen nicht die äußeren Auszeichnungen und die ihm gewidmeten Festschriften, sondern die Gabe der University of California, welche eine Hans Kelsen Library für Political Science errichtete.

Kelsen ist seit seinen epochalen «Hauptproblemen der Staatsrechtslehre», die noch vor dem Ersten Weltkrieg erschienen sind (1911), stets an dem Gedanken methodischer Reinheit orientiert geblieben. Seine Betrachtungsweise besteht, im Gegensatz und in Abkehr von auf metaphysischen Grundlagen beruhenden naturrechtlichen Auffassungen, auf einer streng juristischen Staatsrechtslehre, auf einer Theorie des *positiven* Rechts, somit auf einer Ersetzung metaphysischer Postulate durch transzendente Kategorien als den Bedingungen der Erfahrung, bestimmt durch Kants Verstandeskritik. Man hat ihm oft die von ihm in diesem Zusammenhang angestrebte strenge Abgrenzung des Sollens vom Sein zum Vorwurf gemacht: Kelsen erblickt in der Tat in der Rechtslehre ein System von Normen und widersetzt sich der kausalwissenschaftlichen Orientierung, die in den verschiedenen Formen der soziologischen und juristischen Staatslehre immer wieder vertritt, sich dem Monopol der ausschließlich normativen Betrachtungsweise als «formalistisch» zu ersetzen. Kelsens Gegner behaupten, seine Rechtslehre könne weder einen wahren Rechtsbegriff noch die Idee der Gerechtigkeit noch überhaupt das nicht auf formale Elemente eines Inhalts (im Gegensatz zum Rechtswesen) zehnten Rechtsphänomen in Betracht ziehen.

Kelsen wäre wohl der letzte, der eine gewisse — durch ihr Wesen notwendige — Einseitigkeit der Reinen Rechtslehre leugnen würde; denn mit der Scheidung von Form und Inhalt und der dadurch möglichen Gegenüberstellung von Rechtswesen- und Rechtsinhaltsbegriffen ist es erst möglich geworden, zwischen Rechtsbegriffen zu unterscheiden, die sich schlechthin an jeder Rechtsordnung bewähren und daher apriorischen Charakter haben, und solchen, die nur eine Typologie des Rechtsinhalts darstellen und deshalb in einer vergleichenden Betrachtung der historisch gegebenen Rechtsordnungen gewonnen werden müssen.

Aber was auch durch die Methodenstrenge in wohl unvergänglicher Weise erzielt wurde, ist nicht wenig und wohl der gelungenste Versuch einer ausschließlich auf normativem Standpunkte fußenden Rechts- und Staatslehre: Dies gilt vor allem durch die scharfe Hervorhebung der strengen Trennung von Staats- und Völkerrecht einerseits und Politik andererseits, in der Überwindung des absoluten Gegensatzes des öffentlichen Rechts und des Privatrechts, in der Relativierung von Begriffen, wie jenen des objektiven und des subjektiven Rechts, von Rechtsnorm und Rechtssubjekt und überhaupt von Rechtserzeugung und Rechtsanwendung.

Gewiß ist Kelsen nicht der Einzige, der in der großen sozialwissenschaftlichen Bewegung der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zu diesen Ergebnissen gelangt ist. Zu dem — wie ich annehmen möchte — erfolgten Aufstieg von der subjektivistischen Sphäre des Psychologismus in den Bereich logisch-objektiver Geltung haben alle jene großen Vorgänger und Zeitgenossen Kelsens — vor allem die Staats- und Rechtstheorie des Positivismus im allgemeinen — wichtige Beiträge geleistet. Die zum Teil leidenschaftlichen Angriffe gegen diese Methode rechtstheoretischen Denkens können aber den Erfolg der Reinen Rechtslehre in allen Kontinenten und selbst das Echo bei einer an der Metaphysik orientierten Betrachtungsweise (zum Beispiel Alfred Verdross) nicht wegleugnen. Andererseits ist sich aber auch der Begründer der Reinen Rechtslehre darüber im klaren, daß eine auf die Erforschung des formalen Wesens des Rechts gerichtete Tätigkeit einer Ergänzung bedarf, nämlich einer auf Inhaltliche gerichteten Gesellschaftslehre (Soziologie), die dann ihrerseits für die Infrastruktur der Rechtsordnung, aber auch für die Anwendung und Auslegung der Rechtssätze Wesentliches auszusagen hat.

Hans Kelsen selbst ist aber weiter unablässig in seinem selbstgewählten und begrenzten Rahmen tätig. Noch heute bemüht er sich um die Erforschung des formalen Charakters des rechtlichen Sollens im Rahmen weitgespannter rechtslogischer Untersuchungen, eine Aufgabe, die heute im Mittelpunkt des rechtsphilosophischen Interesses steht. Eindrücklich ist der Lebensgang des vielgeprüften Gelehrten, der seinem ursprünglichen Aufgabenkreis in Zeiten äußeren Glanzes wie in Zeiten der Not stets treu geblieben ist, nämlich der Rechtswissenschaft als Wissenschaft von Normen des rechtlichen Sollens selbstlos zu dienen. Heute denkt ein weltweiter Schülerkreis eines Gelehrten, dessen großer wissenschaftlicher Beitrag zur Lehre von Staat und Recht Fernwirkung in Zeit und Raum beansprucht und aus der modernen Geistesgeschichte der Sozialwissenschaften nicht mehr wegzudenken ist.

Paul Guggenheim

... an Blumen und Tieren wurde vom Vater ...  
... Berlin der achtziger Jahre, die

vollendetes kleines Kunstwerk, das di ...  
hier den ...

Emile Kaden

1880

Emile Kaden

p 152 Emil Lederer, Emil Jacobel die einzigen des Univ. die ausschließlich an  
10) Heilung fand. Jacobel "false pel head" wieder - "fragens auch sehr reich-  
follig"

10  
Eugène Lederer Prof in Herdby (Szigetvár) „Wegen des 2. Krieges“, letzter Teil 1931.  
Wirkung des Lohkaliums (Kohle). Techn. Fortschritt u. Abhängigkeit (Kohle, S. 14)  
Photographie 29. Heft 19. 7. 1931, S. 13-14 F W



Hederer, Emil (S. 398, Anm. 46)

(1882-1939) Nationalökonom, Prof. i Heidelberg; rikan vor 1914

Lehramt es s. affen 2. Sozialökonom. bez. 1918 Mitgl. d.

Sozialistischer Konvent. (Asterisk S. 184 f.)

(Sozialistischer Konvent. S. 521)

10

Lehrstuhl d. Stat.  
v. Rep

(auch Sozialistischer  
Konvent)

Ernst  
Lohner: Charakteristische Veränderung Europas, im BT. 1.5.32  
wie andere Weltwirtschaftl. Syst., Preis u. pol. Dingen, Preis u. Preis  
interat. Warenaustausch, ungleiches doch wirtschaftl. Nebeneinander  
Vorübergeh. Krisenmärkte allgemein. Form wird Leben vollend. u. abg.,  
Kamen nicht lange währen, ist geringer Gelohnt

Kederer, Emil, Dr. phil., Dr. med. nat. Nationalökonom  
geb. 1882 + 1939. Seit 1920 Prof. in Heidelberg,  
bis 1925 in Tokio, dann in Berlin. Emigrierte  
1933 in die USA

~~VIII~~

Gelehrte

# F E U I L L E T O N

## Neue Bücher über die Wirtschaftskrise

Ernst Böse, Hamburg

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise mit ihren gefährlichen politischen Auswirkungen zwingt uns, auf das Problem der Krisenbekämpfung die größte Aufmerksamkeit zu richten. Die folgenden Zeilen verfolgen darum den Zweck, aus einigen Broschüren und Büchern sozialistischer Theoretiker die grundlegenden Gedanken herauszustellen, die nicht nur die Agitation befruchten können, sondern zugleich auch die Ansatzpunkte für die sozialistische Tat aufzeigen. Die lebendige Theorie, die sich um die sinnvolle Erklärung der heutigen Krisenerscheinungen bemüht, ist der Wegweiser zu den praktischen Aufgaben, die unserer Partei als dem Anwalt der notleidenden Volksmassen gestellt sind.

In allgemeinverständlicher, flüssiger Darstellung behandelt Professor Dr. P. Hermsberg die Ursachen und die verschärfenden Momente der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise in seiner Broschüre „Krisenablauf einst und jetzt“ (Carl Heymanns Verlag, Berlin, Preis 1 Mk.). Die widerspruchsvolle Erscheinung, daß auf der einen Seite ein Ueberangebot an Rohstoffen, ein Leerstehen der Fabriken und auf der andern Seite zahllose arbeitssuchende Menschenhände und bittere Not einander gegenüberstehen, bedarf nach Hermsberg einer Erklärung, die nicht in Nebenumständen, sondern in der grundlegenden Konstruktion des gesamten kapitalistischen Systems gesucht werden muß. Würde eine bessere Kenntnis der Marktlage Fehlleitungen unmöglich machen, so würden damit Krisen noch keineswegs verschwinden, in denen vielmehr ein Stück des gesamten wirtschaftlichen Kreislaufes im Kapitalismus gefehen werden muß. Die Tatsache, daß die Produktion in falscher Richtung gegangen ist, ist demnach eine Fehlleitung besonderer Art, „die nicht aus Mangel an Einsicht erfolgt, sondern sich aus dem ganzen Aufbau des kapitalistischen Industriesystems und seiner wirtschaftlichen Kräfteverteilung notwendig ergibt. Die Produktion muß augenscheinlich gerade durch die günstige Konjunktur zwangsläufig in Bahnen gelenkt werden, in die ihr der Verbrauch nicht folgen kann. Es müssen Kräfte am Werke sein, die gerade im wirtschaftlichen Aufschwung das Mißverhältnis zwischen Produktions- und Verbrauchsmöglichkeit dauernd verstärken“. Der Schlüssel zur Erklärung des kapitalistischen Krisenzyklus liegt in der Erscheinung, daß der auf Produktionsmittel gerichtete Einkommensteil in seinem Wachstum den dem direkten menschlichen Verbrauch dienenden Einkommen vorseilt, also in der *Disproportionalität* zwischen der Produktionsmittel- und der Konsumtionsmittelindustrie. Die Wiederherstellung des Gleichgewichts erfordert eine Steigerung der Verbrauchsmöglichkeiten und als Mittel dazu die Preisenkung, die aber zur Krisenüberwindung nur soweit wirksam wird, als sie den Preis der Ware Arbeitskraft nicht mit senkt, sondern stabil erhält. „Eine krisenlindernde Wirkung haben aber die Preisherabsetzungen nur, soweit sie nicht durch Lohnkürzungen erkaufte sind.“ Erheblich kompliziert wird, wie Hermsberg meint, die gegenwärtige Weltkrise durch das Zusammenfallen der Industriekrise mit einer Agrarkrise ganz ungewöhnlichen Ausmaßes und durch die Preisdiktatur des Monopolkapitalismus. Die außergewöhnlich hohen Arbeitslosenziffern werden zurückgeführt nicht auf das Tempo, sondern auf

die plötzliche Unterbrechung des schnellen Tempos der Rationalisierung, den jähen Abbruch einer mächtigen Rationalisierungswelle. In Deutschland hat während der Rationalisierung das Tempo der Nachfrage nach Arbeitskraft mit dem des Angebots an neu zuwachsenden Arbeitnehmern nicht Schritt gehalten. Die überreichlich besetzten Jahrgänge der letzten Vorkriegszeit, die Abnahme der Sterblichkeit und der Zustrom der ins Erwerbsleben drängenden Frauen verschärfen die Situation auf dem Arbeitsmarkt. In der voraussichtlichen zukünftigen Bevölkerungsentwicklung (Geburtenausfall während des Krieges) sieht Hermsberg für die Ueberwindung der Krise eine ungewöhnlich günstige Chance: „Das bedeutet vielleicht für das kapitalistische Industriesystem die Rettung.“ Hermsberg schließt sein Büchlein mit einem Appell an die menschliche Vernunft und mit der Aufforderung, den Block derer, die die planmäßige sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft fordern, größer und fester zu gestalten. Auch wenn diese Krise überwunden wird, ihr werden immer wieder neue folgen — bis das Proletariat die Produktivkräfte bändigt und eine sinnvollere Gesellschaftsordnung aufbaut.

„Wege aus der Krise“ nennt sich eine kleinere, in zweiter Auflage erschienene Schrift des Heidelberger Professors und Sozialisten Emil Lederer (Mohr, Tübingen, Preis 1 Mk.). Die Grundursache der Krise im Ablauf der kapitalistischen Produktion sieht auch Lederer, wie Hermsberg, in der Disproportionalität, d. h. in dem verschieden raschen Wachstum der Wirtschaftszweige. Die periodische Wiederkehr der Krisen ist das Lebensgesetz der kapitalistischen Produktion. Aber zu dieser Grundursache treten noch andere Gründe hinzu, die in ihrem Zusammenwirken erst die Schwere dieser Krise verständlich machen. Lederer nennt als solche Gründe, die die Eigenart der gegenwärtigen Krise bestimmen: die grundlegenden Veränderungen in den Erzeugungsbedingungen der industriellen Rohstoffe und Nahrungsmittel, die Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung (*die Bevölkerung im Alter von 15 bis 60 Jahren erhöhte sich in Deutschland von 1900 bis 1925 von 32½ auf 40½ Millionen*), die Wirkungen des technischen Fortschrittes, die Zölle und internationalen Kartelle, die Reparationszahlungen und die Auswirkungen der politischen Lage Europas, insbesondere Deutschlands. Die Liquidation der Wirtschaftskrise kann nur von der Preisseite her erfolgen. „Die Balance kann nur durch Preisenkungen, sei es auch mit Verlusten, herbeigeführt werden. Diese erhöhen das Realeinkommen, ermöglichen also das relative Ansteigen des Konsums, die erste Vorbedingung für den Aufstieg.“ *Lohnabbau ist kein Ausweg aus der Krise.* Lederer ist der Auffassung, daß die Krise der kapitalistischen Wirtschaft durch kapitalistische Mittel (Entwertung der zu großen Kapitalien, Vernichtung des Zinsgenusses und der Gewinnansprüche aus Fehlinvestitionen) behoben werden könnte — „aber doch nur eben könnte, wenn die kapitalistischen Mittel angewendet werden würden“. Doch der kapitalistische Automatismus verlagert infolge der starken Stellung der marktbeherrschenden Wirtschaftszweige. Die dem Kapitalismus selbst immanenten Tendenzen, die „eine fixierte Wirtschaft ohne Plan“ schufen, haben seine Elastizität und seine Fähigkeit zur Anpassung gehemmt. So bleibt als Ausweg nur die planmäßige Ordnung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, die heute als Aufgabe durchaus lösbar ist, denn wir haben einen genügenden Ueberblick über die Produktivkräfte; wir kennen die Bedürfnisse der Bevölkerung, wir verfügen über die Mittel, den Produktionsaufbau zu fördern, wir kennen den Mechanismus der Produktion und der Reproduktion, die Rolle, die die Ver-

teilung des Kapitals in Betriebs- und Anlagekapital spielt, wir kennen die Bedeutung des Wachstumstempos einer Volkswirtschaft und die neuen Aufgaben, die sich unser Produktionskörper stellen könnte.

Seine Behauptung, daß Lohnabbau kein Ausweg aus der Krise ist, hat Professor Lederer in einer besonderen Arbeit „*Wirkungen des Lohnabbaues*“ unter Beweis gestellt (im gleichen Verlage). Weder die Verminderung des Reallohnes, noch die gleichzeitige Senkung von Löhnen und Preisen führen uns aus der Depression heraus. „Man kann vielleicht so sagen: daß die Arbeitslosigkeit in der Krise nicht die Folge des Lohnniveaus ist, daß sie allerdings bei freier Konkurrenz auf das Lohnniveau unvermeidlich drückt (*übrigens auch bei starken Organisationen*), daß aber dieser Druck auf das Lohnniveau in der Krise überwiegend kein Heilungsfaktor ist.“ Die primitive Vorstellung, man könne immer, wenn Arbeitslosigkeit herrscht, durch Herabsetzung der Löhne das Gleichgewicht wieder herstellen, gehöre in die Rumpelkammer der Theorie. Zu beachten ist besonders die Kritik der Theorien Cassels, der in der Arbeitslosigkeit nur eine Funktion der Lohnhöhe sieht, den Organisationen der Arbeiterschaft die Schuld in die Schuhe schiebt und für die Beseitigung aller Monopolstellungen auf dem Markte, auch der Gewerkschaften, eintritt.

Von besonderer Bedeutung nicht nur für die Aufhellung noch dunkler Probleme der Theorie, sondern auch für die Richtung der sozialistischen Politik in den nächsten Jahren ist eine dritte Arbeit des Genossen Lederer über „*Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit*“ (derselbe Verlag, Preis 5 Mk.). Es ist sehr oft behauptet worden, daß der technische Fortschritt und die Rationalisierung zwar anfänglich Arbeiter freisetzen, daß aber gleichzeitig nach Ueberwindung augenblicklicher Schwierigkeiten die vorübergehend ausgeschalteten Arbeiter wieder in den Produktionsprozeß aufgelogen würden (Kompensationstheorie). Lederer bekennt, daß auch er bisher diese Auffassung für richtig gehalten habe, bei gründlicher Ueberprüfung jedoch zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß der Gedankengang der Kompensationstheoretiker nicht den Gesamtprozeß erfasse und nicht alle Glieder des Zirkulationsprozesses berücksichtige. Aus den Untersuchungen Lederers über die inneren Zusammenhänge einer technisch sich rasch wandelnden Produktion folgt:

1. Ob der technische Fortschritt eine strukturelle Arbeitslosigkeit, d. h. die Depressionsperiode überdauernde Arbeitslosigkeit nach sich zieht, hängt von seinem Tempo ab.
2. Die Organisation großer Industrien in Kartelle und Truste hat die Tendenz, den technischen Fortschritt zu beschleunigen und ihn zu schnell werden zu lassen.
3. Das Tempo des technischen Fortschritts in der Konjunktur ist für die Schwere der Depression und für die in ihr herrschende Arbeitslosigkeit verantwortlich.
4. Die Verheerungen, die der technische Fortschritt und die Rationalisierung nach sich ziehen, stellen das Problem der sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft, die Fragen der gesellschaftlichen Organisation der Produktivkräfte erneut und mit besonderer Dringlichkeit auf die Tagesordnung.

Für die Orientierung der sozialistischen Politik in der nach Ausdehnung und Struktur völlig geänderten Welt des Nachkriegskapitalismus bedeutungsvoll zu werden verspricht das vierbändige Werk Otto Bauers „*Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg*“, von dem erst der erste Band unter

dem Titel „*Rationalisierung — Fehlrationalisierung*“ vorliegt, der mit einer Darstellung der neuen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse beginnt (Wiener Volksbuchhandlung, Preis 4,30 Mk.). Mit den Arbeits- und Forschungsmitteln des marxistischen Nationalökonom und Soziologen geht Otto Bauer an die neuen Tatsachen und an die neuen Entwicklungstendenzen des Nachkriegskapitalismus heran. Um die Tatsachen der Rationalisierung, um die Bewußtwerdung ihres Wesens und ihres Sinnes, um ihre Beziehungen zur Gesellschaftsordnung und zum Sozialismus handelt es sich.

Wer die vielfältige Arbeit des Politikers und Parteiführers zu beurteilen vermag, wird erstaunt sein über die Fülle des Wissens, mit der Otto Bauer uns mit den mannigfaltigen Formen der Rationalisierung bekanntmacht. Das Wesen der Rationalisierung besteht darin, möglichst viel Arbeit, die für den angestrebten Nutzeffekt nicht notwendig ist, zu vermeiden und die dadurch ersparte Arbeitskraft zur Vergrößerung des Nutzeffektes nutzbar zu machen. Die Entwicklung ist jedoch weit über die technologische Rationalisierung, d. h. die Einführung arbeitssparender Maschinen hinausgegangen. Die Wissenschaft macht sich das gesamte wirtschaftliche Handeln untertan. „Versteht man unter der Rationalisierung jenen Prozeß ruckhafter technischer und wirtschaftlicher Umstellung und Anpassung, der dem Krieg und der Inflation folgte, so war sie ein einmaliger, jetzt schon abgeschlossener Vorgang. Versteht man dagegen unter Rationalisierung die Verwissenschaftlichung der Arbeitsanordnung, der Verwertung der Arbeitskraft, der wirtschaftlichen Führung der Unternehmungen, so ist sie keineswegs abgeschlossen. Sie ist eine Entwicklungstendenz, die, durch die Umstellungsprozesse der Nachinflationszeit mächtig angeregt, weit über sie hinaus wirkt und wirken wird. *Eine Entwicklung, in deren Anfängen wir erst stehen.*“

Jede Rationalisierung wird in der kapitalistischen Gesellschaft schließlich in den Bereich der Fehlrationalisierung hineingetrieben. Es müssen in der kapitalistischen Gesellschaft immer wieder Rationalisierungsmaßnahmen erfolgen, die vom Standpunkt gesellschaftlicher Produktionskostenrechnung Fehlrationalisierungen sind, d. h. der Mehraufwand an fixen Kosten ist zwar kleiner als die Ersparnis an Arbeitslohn, aber größer als die Differenz zwischen dieser Ersparnis und dem gesellschaftlichen Mehraufwand für die Erhaltung der durch die Rationalisierung arbeitslos gewordenen Arbeiter. Die Produktionskosten des Unternehmers werden gesenkt, die gesellschaftlichen Produktionskosten dagegen erhöhen sich. Die Quelle dieser Fehlrationalisierungen kann erst in der sozialistischen Planwirtschaft verstopft werden. Auch der sozialistische Staat wird rationalisieren müssen, „aber er würde nur in dem Tempo rationalisieren, in dem er die durch die Rationalisierung entbehrlich gewordenen Arbeiter in andere Betriebe, Berufe, Produktionszweige überführen kann“.

Die sozialistischen Theoretiker und Praktiker müssen in gegenseitigem Zusammenwirken den arbeitenden Massen, die den Glauben an den Kapitalismus verloren haben, den Weg zur sozialistischen Gesellschaftsordnung aufzeigen. Kommunisten und Nationalsozialisten üben sich in fast nicht mehr zu überbietender geifernder Demagogie, ohne auch nur im geringsten sich den Kopf darüber zu zerbrechen, welche Möglichkeiten gegeben sind, um das Elend der Massen zu lindern. Von uns aber erwarten unsere Anhänger mehr als Deklamationen und demagogische Versprechungen: nämlich die praktische Tat. Kein ernsthafter Sozialdemokrat verkennt die unermesslichen Schwierigkeiten,

Theodor Lesquereux

Herrn Theodor Lessing, Berlin, 1. August 1933

Kopie TK

Erinnere 30/8/33 in Paris, 1933

ps Ich bin 24 Jahre alt, ich bin aus christlichen u. nicht mehr  
reiner blühender Fülle bewacht, was nicht zuwider, aber auf hebräer  
hört, was Araber, Judentum des Trostes, seiner Quelle, d.  
Jannes zu v. Wurzeln, zu d. Sprache, die aus mir bricht, der Seele -  
Gottes, davon ich lebe. Nicht ungelassener Intellektualismus, der es  
leicht hat, scharfe u. freche Wort für brauchen. Denn für ihn ist  
Jest ein Spiel. Alles form u. Materie aus 2 feinsten Materie  
"Relig", aber auch alle physisch - Formhaft. Jest ist immer  
der Eise, fest ist der Eisen

10

a

*Zehle* *Simon*  
 Theodor Lessing, Einmal und nie wieder, Prag 1935,  
 Neudruck Guetersloh 1969

Geb. Hannover 1872, Sohn eines Arztes, unbrauchbarer Schueler Gartenbauschule Aklem, dann Lehrling im Bankhaus Alexander Simon, wieder zurueck zur Schule, Abiturium, 1893 Universitaet Freiburg, Studium der Medizin, evangelisch, als er muendig wurde, spaeter Zionist, verheiratet mit Adliger, alle Kinder juedische Namen, durch Tod des Vaters, Arztberuf aufgegeben, Schriftstellerberuf, seit 1895 Wanderlehrer, Vortragsredner, Kritiker, Publizist, Rezitator. In Muenchen Bekanntschaft Theodor Lipp, Psychologie studiert, Dr. phil. Lehrer im Landerziehungsheim in Haubinda, Gustav Wyneken, Antisemitische Massnahme, Nichtaufnahme von Juden, erklarte, dass er dann nicht Lehrberuf weiterfuehren koennte, 1904 Lehrerstelle in Dresden, soziale Arbeit, Sozialdemokratie und Gewerkschafter, wollte sich habilitieren, Empfehlung von Lipp an Husserl in Goettingen, dieser empfahl ihn fuer Technische Hochschule Hannover, wo er 18 Jahre Philosophie lehrte. Veroeffentlichte seit 1908 philosophische Schriften, vorher Gedichte, Dramen, Novellen. Als philosophische Schriften Schopenhauer-Wagner-Nietzsche und Philosophie als Tat vorbereitet. Spaeter Charakterologie. Gegner des Krieges, schrieb Geschichte als Sinnggebung des Sinnlosen. Unterrichtete waehrend des Krieges an Gymnasien von Hannover. vermochte sich nicht auf buergerlichen Beruf oder eine Partei festzulegen. Ermordet von Nazis in Haus ~~xxx~~ in der Tschechoslowakei 1933.



Im MB vom 18.12.1964 war eine Zuschrift von Wolfgang A. Schokken „Thomas Manns politischer Weg“ enthalten, in welcher zu den am 13. und 20. November erschienenen Aufsätzen aus der Feder von Prof. Walter A. Berendsohn „Thomas Mann erfüllt die Forderungen des Tages“ Stellung genommen wurde. In dem erwähnten Brief wird auf einen Aufsatz von Theodor Lessing hingewiesen, der sich im Jahre 1925 mit der Haltung Thomas Manns zu ihm beschäftigte

## KURT LOEWENSTEIN

## Rand - Juden, Rand - Samuel Lublinski - Theodor Lessing - Thomas Mann /

und dem Dichter schwere Vorwürfe machte, ja behauptete, er — Mann — habe ihn — Lessing — entscheidend dahin beeinflusst, zu einem „Skeptiker an der Kultur“ zu werden.

te, dass mir meine deutsche Erziehung tiefer, als ich ahnte, im Blute lag, sodass ich unabhängig von meinem Willen, tatsächlich assimiliert bin. Das bedaure ich in mancher Hinsicht. Denn Staatsbürger zweiter Klasse zu sein, gehört nicht zu den Annehmlichkeiten des Daseins. Schon darum, weil er unsere Nachkommen über solchen Konflikt wegheben wird, ist der Zionismus zu begrüßen.“ (Hierzu schrieb Rabb. Dr. Osias Thon [Polen] unter dem Titel „Ein Abgefallener“ eine Polemik in der „Welt“, 1901, Nr. 46.)

Später vertrat Lublinski seine extrem individualistische Einstellung in dem 1905 publizierten Sammelbuch „Die Stimme der Wahrheit, Jahrbuch für wissenschaftlichen Zionismus“ (herausgegeben von Lazar Schön — Verlag N. Philippi, Würzburg), und in gewissem Sinne in einer prophetischen Form. Denn er meinte dort u.a., jeder Jude müsse Individualist sein, habe doch der Sieg des Individualismus zum Fall der Ghettoschranken geführt. Die kulturelle Rechts-

grundlage der Judenemanzipation müsse durch jede neue Bindung der Gesellschaftskräfte erschüttert werden. (Setzt man an die Stelle des Begriffes „Individualismus“ denjenigen des ihm eng verwandten „Liberalismus“, so erhält dieser Satz eine höchst aktuelle Färbung.) Lublinski hat, neben seinen literatur- und kulturkritischen Forschungen sich auch auf dem Gebiete des Dramas betätigt; eines seiner Werke trägt den — überraschenden — Titel „Gunther und Brunhild“. Sein bedeutendstes, 1910 erschienenes Werk ist der Entstehung des Christentums gewidmet; er leugnet die Existenz Jesu, wie es kurz (1908) zuvor Karl Kautsky in „Der Ursprung des Christentums“ getan hatte. Auch eine Broschüre „Die Entstehung des Judentums“ entstammt Lublinskis Feder und gab zu Kontroversen Anlass. Schon diese Hinweise zeigen, dass es sich bei ihm, dem zweiten Protagonisten in dem „Drama“, das hier zu schildern ist, um eine eigenartige, schillernde und sozusagen am Rande vieler Entwicklungen stehende Erscheinung handelte.

## THEODOR LESSINGS TRAGISCHES ENDE

Diese Bemerkung Theodor Lessings bringt uns auf Zusammenhänge, die nicht nur für seine eigene Stellung von grossem Interesse sind, sondern auch für die Haltung Thomas Manns zur Judenfrage und darüber hinaus für die Geistesgeschichte des deutschen Judentums, abgesehen von der Geschichte des deutschen Zionismus. Die in der Zuschrift erwähnte Stelle ist einem Aufsatz Theodor Lessings in der Zeitschrift „Junge Menschen“ entnommen, die ein Lessing-Sonderheft (Jahrgang 1925, Nr. 19) herausgab. Der Anlass für die Veröffentlichung dieses Heftes war der Skandal, der um Theodor Lessing, damals Privatdozent für Philosophie an der Technischen Hochschule in Hannover, ausgebrochen war. Der Sozialist Lessing hatte kurz vor der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im „Prager Tagblatt“ einen Artikel veröffentlicht, der die Kandidatur des

Feldmarschalls kritisch betrachtete. Die Folge war unter den Studenten in Hannover eine gegen Lessing gerichtete antisemitische Aktion mit dem Ziele seiner Verdrängung vom Lehramt. Es drohte der Ausbruch eines Generalstreiks der Studenten aller deutschen Hochschulen. Lessing wurde weder von den Professoren in Hannover noch von den dortigen Behörden unterstützt, die Rechtsparteien hetzten gegen ihn aufs heftigste, und es kam schliesslich zu einem Kompromiss: Lessing stellte seine Vorlesungen ein, erhielt vom Preussischen Kultusministerium einen Forschungsauftrag, betätigte sich fortan publizistisch, auch als Vortragsredner und arbeitete wissenschaftlich. Sein Ende war tragisch: Er wurde im Jahre 1933 von Nazis in Marienbad in der Tschechoslowakei ermordet. So wurde dieser Mann im Gedächtnis der deutschen Judenheit zu einem ihrer ersten Märtyrer der Nazizeit.

## JUDISCHER SELBSTHASS

Wer war nun Theodor Lessing, wenn wir seine Position als Jude werten wollen? — Es handelte sich bei ihm um eine allerdings recht interessante Randerscheinung des deutsch-jüdischen Lebens. Sein Weg führte zunächst vom Judentum fort, er liess sich taufen, wurde dann vom Zionismus beeinflusst und kehrte 1900 (im Alter von 28 Jahren) wieder zum Judentum zurück. Zeitweise war er auch aktiv zionistisch tätig, machte dann jedoch eine Periode durch, in der er aufs heftigste dem Ausdruck gab, wofür er später selbst die prägnanteste Formulierung gefunden hat, eine Zeit des jüdischen Selbsthasses. Im Jahre 1930 hat er dann, ausgehend von dieser Anwendung und unter dem Eindruck der inzwischen erfolg-

ten Entwicklungen, und der eigenen Erlebnisse, sein sehr bekannt gewordenes Buch „Der jüdische Selbsthass“ veröffentlicht, worin er an einer Reihe von Beispielen (u.a. Arthur Trebitsch, Otto Weininger, Maximilian Harden, Walter Calé) diese Erscheinung darstellte. Es ist nun von grösstem Interesse zu sehen, wie radikal Lessing in den im Jahre 1925 geschriebenen Sätzen über Thomas Manns Beziehung zu ihm den eigenen Selbsthass „verdrängt“ hat, und, dies obwohl er selbst eine nicht unbedeutende Leistung als Psychologe aufweisen konnte. In Wirklichkeit handelt es sich im Zusammenhang mit Thomas Manns Beziehung zu Lessing um einen Vorgang, der für diesen höchst peinlicher Natur war.

## WER WAR SAMUEL LUBLINSKI?

Im Jahre 1910 veröffentlichte Theodor Lessing in der „Schaubühne“ (der späteren „Weltbühne“) Siegfried Jacobsohns einen grossen Aufsatz über die Bücher von Samuel Lublinski „Die Bilanz der Moderne“ (1904) und „Ausgang der Moderne“ (1908). Auch Lublinski bildete eine Art von „Randerscheinung“ des jüdischen — und des zionistischen — Lebens. Er war schon vor dem Ersten Kongress zionistischen Ideen nahegekommen, nahm am Kongress teil, schrieb seit 1897 häufig in der „Welt“ und trat in der zionistischen Agitation in Berlin auf. Im Jahre 1896 wurde er in eine Diskussion mit Achad Haam verwickelt, nachdem er in der „Neuen Deutschen Rundschau“ im Dezember jenes Jahres einen Aufsatz „Antisemitismus“ veröffentlicht hatte, in dem er sich mit dem Problem der Assimilierbarkeit der Juden beschäftigte. Lublinski vertrat darin die These, die Juden müssten durch Nationalisierung erst einen eigenen geistigen Charakter gewinnen, wenn sie sich

nichtjüdische Kultur in der ihr eigenen Tiefe wirklich aneignen wollten. Darauf antwortete Achad Haam im Odessaer „Haschiloach“ in seinem Aufsatz „Neuer Nationalismus“ (enthalten im 3. Bande von „Al Paraschath Derachim“), in dem er sagte, es handele sich dabei um „Nationalismus zum Zwecke der Assimilation“.

Lublinski, aus Johannisburg (Ostpreussen) stammend, war schon in jenen Jahren ein angesehenere Literatur-Kritiker, der das Gesamtproblem der Kultur in seinen Schriften im Auge hatte. Im Jahre 1899 trennte er sich vom Zionismus; er veröffentlichte in der „Welt“ (Nr. 45) folgende Abschieds-Erklärung:

„Der Zionismus hat sich zur Aufgabe gestellt, solchen Juden, die sich in ihren Geburtsländern nicht assimilieren können oder wollen, eine öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte zu schaffen. — Ich glaubte lange Zeit, zu diesen Juden zu gehören. Bis ich dann erkann-

Der Aufsatz Theodor Lessings über Lublinskis Bücher, in denen sich dieser mit Naturalismus und Neuromantik auseinandersetzte, trug den Titel „Samuel zieht die Bilanz“. Die „Jüdische Rundschau“ vom 11.2.1910 befasste sich in einem Leitartikel mit dem „Fall Lessing“. Dieser Fall umfasste zwei Teile, deren einer uns in diesem Zusammenhange weniger interessiert, obgleich es sich dabei ebenfalls um einen Ausbruch des jüdischen Selbsthasses Lessings handelte. Es ging um eine von Lessing in der von dem rabiaten Antizionisten Geheimrat Prof. Ludwig Geiger, dem Sohne Abraham Geigers, herausgegebenen „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ publizierte Reportage über eine Reise nach Galizien. Darin hatte er ganz infame Behauptungen über seine dortigen Erlebnisse aufgestellt, und der Bericht hatte eine sehr scharfe Entgegnung aus der Feder von Dr. Osias Thon — der uns oben bereits einmal begegnete — zur Folge. Einige Monate danach veröffentlichte Benjamin Segel in Lemberg (später, auch unter dem Pseudonym „Verax“, ein bekannter antizionistischer Journalist in

## DER ANGRIFF

Deutschland) eine Broschüre dazu, der er einen Satz Thomas Manns aus der hier zu erörternden Polemik des Dichters gegen Theodor Lessing als Motto voranstellte.

Zugleich aber betraf der „Fall Lessing“ auch seine Behandlung des Buches und der Person von Samuel Lublinski. In seinem Aufsatz fanden sich u.a. folgende Sätze, die von der „Jüdischen Rundschau“ zitiert wurden:

„Auf ein paar ganz kurzen fahrigem Beinchen ein fettiges Synagöglein, sein Bächlein wie die Apsis weit in die Aussenwelt vorgestreckt. Gleich wie der Frosch sein Bächlein vorplustert, wenn er stolz tut und durch einen Tümpel schwimmt. Aber auf dem schwammigen Bächlein kurz aufgepropft sass ein schwarz-rundes Köpchen...

Aber das Männlein mauschelte sich gar naiv ins Zimmer und liess Wortwürmlein fallen. Und das Gebärtchen knickte sich wieder rückwärts und machte neue Abschieds-sermönchen und mauschelte mit den Beinchen und streckte gar weit sein Bächlein heraus... Er heisst Samuel Lublinski und kommt aus Pinne in Posen.“

## THOMAS MANN GREIFT EIN

Dieser Aufsatz Lessings machte in literarisch interessierten Kreisen einen niederschmetternden Eindruck. Eine Gruppe von Freunden Lublinskis wandte sich mit einer Erklärung an eine Anzahl von Schriftstellern, darunter auch an Thomas Mann, die angesichts dieses Vorkommnisses ihr Bedauern darüber aussprechen sollten, dass es kein Ehrengericht für Journalisten gäbe. Mann lehnte die Unterzeichnung ab, schrieb jedoch zu der Angelegenheit einen Aufsatz für das in Berlin seit 1898 erscheinende, von I. Ettliger gegründete „Literarische Echo“ (ab 1924, bis 1941, unter dem Namen „Die Literatur“ publiziert). Der Beitrag erschien in Heft 11 des Jahrganges 1910. Auf diesen Aufsatz nimmt Theodor Les-

sing in seiner eingangs angeführten Äusserung vom Jahre 1925 Bezug. Thomas Mann bekennt sich zu Lublinski und nennt den Aufsatz Lessings „den stümpernden Versuch einer Heine-Imitation“ (dachte er dabei wohl an Heine und Börne oder an Heines Angriff auf den Grafen Platen?). Er zitiert die auch von der „Jüdischen Rundschau“ gebrachten „antisemitischen“ Einwurfe, sogar ausführlicher, indem er z.B. noch die Ausdrücke erwähnt: „Talmudgebürtchen mit hypertrophisch entarteten Schreib- und Redezentren“, das „sein liebes Väterchen an einem schönen Schabbes aus Versehen statt eines rabbinischen Traktätchens erzeugt“ habe usw. Mann berichtet dann weiter: „Am Ende erscheint die missratene

# Zionisten und Deutsche

## Zu einem Vorläufer der „Kunstwart“-Debatte

maurische Synagoge Herrn Lessing im Traum, teilt sich in viele kleine mauschelnde Missgeburten, die nicht sehen, nicht hören und nicht riechen können.“ „Das Ganze aber, gibt Herr Lessing uns zu verstehen, sei erstens das Porträt des Herrn Samuel Lublinski und bedeute darüber hinaus den ‚schreibenden Typus‘, den Herr Lessing den ‚esprit-jüdischen‘ nenne.“

Dazu nun nimmt Thomas Mann u.a. in folgender Form Stellung:

„Herr Lublinski ist kein schöner Mann, und er ist Jude. Aber ich kenne auch Herrn Lessing... und ich sage nur soviel, dass, wer einen Lichtalben oder das Urbild arischer Männlichkeit in ihm zu sehen anginge, der Schwärmerei geziehen werden müsste. Im Ernst: Nur der vermag die herausfordernde Unmöglichkeit des ‚Schaubühnen‘-Artikels völlig zu würdigen, der zufällig weiss, welch ein ‚Gebürtchen‘ als Autor dahinter steht. ...Wer im Glashause sitzt, lehrt das Sprichwort, sollte nicht mit Steinen werfen; und wer sich als Schreckbeispiel schlechter jüdischer Rasse durchs Leben duckt, verrät mehr als Unwissenheit, verrät schmutzige Selbstverachtung, wenn er sich für Pasquille bezahlen lässt, deren drittes Wort ‚mauscheln‘ lautet. Im Stile des wildgewordenen Provinz-Feuilletons über den ‚esprit-jüdischen Typus‘ zu satirisieren, steht prächtig dem zu Gesicht, der selber in aller Welt nichts weiter als das schwächste und schäbigste Exemplar dieses in einigen Fällen doch wohl bewunderungswürdigen Typus vorzustellen vermag!...“ Im folgenden Heft des „Literarischen Echo“

hat Mann nochmals in einigen „Berichtigungen“ zum gleichen Thema Stellung genommen, nachdem ihm Theodor Lessing dort und in der „Schaubühne“ geantwortet hatte. Er erzählt u.a. von einem „Anerbieten“ Lessings, sich mit ihm zu duellieren, das in Form eines Telegrammes und in unverständlicher Form an ihn gerichtet worden war (siehe hierzu auch: **Erich Gottgetreu** im MB vom 18.IX.1963).

Soweit die Vorgänge des Jahres 1910, die Thomas Mann zu seiner Äusserung veranlasst hatten. Auch in der von **Friedrich Naumann** herausgegebenen „Hilfe“ erfuhr Lessing in einem Beitrag von **Paul Zschorlich** eine scharfe Abfuhr; sein Aufsatz wurde als „literarische Flegelei“ bezeichnet, und Siegfried Jacobsohn wurde aufs schärfste angegriffen, weil er „als Jude zur ordinärsten Juden-Verhöhnung die Hand bietet“. „Das ekelregende Schauspiel, dass zwei mehr oder weniger getaufte Juden den dritten Juden lediglich deshalb anpöbeln, weil er ein Jude ist, diese literarische Affenkomödie fordert im Namen des Menschentums zum Protest heraus“, hiess es dort.

Lublinski selbst reagierte auf Lessings Angriff nicht. In einem ihm in der „Welt“ (1911, Nr. 3) ungeachtet seiner Trennung vom Zionismus gewidmeten, warm gehaltenen Nachruf aus der Feder von **Georg Hecht** (Leipzig) hiess es dazu: „Vor etwa einem Jahr hat er noch eine gewisse Sorte von Literatoren, die ihn anspie, gebändigt — durch sein Schweigen. Damals erhoben sich die Besten der deutschen Literatur der Gegenwart und traten für ihn ein.“

### WENN DIE „BUDDENBROOKS“ VON EINEM JUDEN STAMMTEN...

Es ist nur zu verständlich, dass die antisemitische „Staatsbürgerzeitung“ in Berlin die Sache aufgriff und Theodor Lessings Ausführungen teilweise abdruckte. Auch dies hatte ein Thomas Mann betreffendes Nachspiel, in dem vielleicht der interessanteste Zug der ganzen Angelegenheit zum Ausdruck kommt. Der Dichter schrieb am 15.12.1912 einen Brief an die Redaktion der „Staatsbürgerzeitung“, der unter dem Titel „Das Rassenbekenntnis Thomas Manns“ erschien. Er nimmt darin Bezug auf die Kontroverse zwischen ihm und Theodor Lessing, die der bekannte antisemitische Literaturhistoriker **Adolf Bartels** in dem Blatte behandelt hatte, und weist die von Lessing herbeigeführte Identifizierung von Thomas Mann mit der Familie seiner Frau zurück. Mann fügt hinzu, es sei nicht ganz richtig, wenn Prof. Bartels erklärt, er hätte seine von Lessing fingierte jüdische Abstammung mit keinem Worte bestritten. „Mich mit leidenschaftlicher Ausführlichkeit“ — sagt Thomas Mann — „gegen diese Fiktion zu wehren, schien mir nicht geschmackvoll... Meine Frau ist die Tochter des Ordinarius für Mathematik an der Münchener Universität, Prof. Alfred Pringsheim, und mütterlicherseits die Enkelin der bekannten Schriftstellerin Hedwig Dohm. [Hedwig Dohm war eine Frauenrechtlerin und verfasste mehrere Romane; sie war verheiratet mit Ernst Dohm, dem Redakteur

des „Kladderatsch“ und Verfasser des Librettos zu Offenbachs „Schöner Helena“.] Dass ich also eine Missheirat eingegangen sein sollte, will meiner Bescheidenheit nicht so gleich einleuchten. Ebenso wenig aber habe ich mir träumen lassen, dass ich durch diese Heirat zum Juden geworden und dass meine Person und namentlich meine Arbeit nun ‚biologisch nach der jüdischen Seite hin zu verrechnen‘ sei. Wenn ich, dem hie und da auftauchenden Irrtum von meiner jüdischen Abstammung ruhig und bestimmt widerspreche, so geschieht es, weil ich eine wirkliche Fälschung meines Wesens darin erblicke und weil, wenn ich als Jude gälte, meine ganze Produktion ein anderes, falsches Gesicht bekommen würde. Was wäre das Buch, das meinen Namen bekannt gemacht hat, was wäre der Roman ‚Buddenbrooks‘, wenn er von einem Juden herrührte? Ein Snob-Buch“. [von uns hervorgehoben — K. L.] Mann fügt hinzu, dass die Fremdartigkeit, die Prof. Bartels an seiner und seines Bruders Produktion empfunden habe, wenigstens teilweise wohl auf „jene lateinische (portugiesische) Blutmischung zurückzuführen sei, die wir tatsächlich darstellen“. Er ist bereit, die Bezeichnung eines „romanischen Artisten“ zu akzeptieren, nachdem Bartels für Richard Dehmel den Ausdruck „slawischer Virtuose“ geprägt hat.

Diese Bemerkung, an der vor allem der Satz über den Schöpfer

der „Buddenbrooks“ wesentlich ist, erschien im Dezember 1912. Es war das Jahr der berühmten „Kunstwart“-Debatte, die einige Monate vorher durch den historisch gewordenen Aufsatz von **Moritz Goldstein** „Deutsch-Jüdischer Parnass“ eingeleitet worden war (siehe hierüber: **Moritz Goldstein**: „German Jewry's Dilemma before 1914“ in Year Book II, 1957, des Leo Baeck Institute). Die Formulierung Thomas Manns, dass eine jüdische Autorschaft der „Buddenbrooks“ das Werk zu einem

„Snob-Buch“ machen würde, mutet wie ein, unbewusstes, Echo dieser Debatte oder wie ihr Widerschein von der anderen Seite her an. Auch Mann gibt damit dem Gedanken der notwendigen „Grenzziehung“ im Bezirke des Kulturschaffens Ausdruck — wie es in anderen Zusammenhängen in der gleichen Periode in der Diskussion mit und über **Werner Sombart** der Fall war. All dies zeigt, wie sehr die Probleme in der Luft lagen. Es ist auch nicht ohne eine gewisse Pikanterie, dass der Literatur-Kritiker des von **Ferdinand Avenarius** herausgegebenen „Kunstwart“ niemand anders als der gleiche **Prof. Bartels** war, mit dem sich Thomas Mann in seiner Zuschrift an die „Staatsbürgerzeitung“ auseinandersetzte.

### THEODOR LESSINGS GEISTIGE PARADOXIE

Noch eine merkwürdige Paradoxie sei in diesem Zusammenhange berührt. Sie liegt in dem in jeder Hinsicht, äusserlich und innerlich, tragischen Schicksal **Theodor Lessings**. Es war nicht nur tragisch durch sein Schwanken zwischen Judentum und Christentum, zwischen Zionismus und jüdischem Selbsthass (Thomas Mann erwähnt in seiner ersten Äusserung über ihn u.a., Lessing habe sich „in München als Zionist und Conférencier für Damen versucht“). Die Tragik liegt auch in seinem wissenschaftlichen Wege. Der Philosoph und Kulturkritiker Lessing hat in seiner Lehre Gedanken vertreten, die in mancher Hinsicht in der Nähe von Ideen lagen, die zumindest als Vorbereitung der Nazizeit zur Wirkung gelangten. **Noch von Spengler** schrieb er sein Werk: „Untergang der Erde am Geist (Europa und Asien)“ (1921, 1924). Seine kulturkritische und kulturskeptische, geistfeindliche Haltung, von der er behauptete, gerade das Verhalten Thomas Manns zu ihm habe ihn in entscheidender Weise in dieser Richtung beeinflusst, führte ihn in die Nähe der Anschauungen von **Ludwig Klages** (ebenso wie Lessing im Jahre 1872 in Hannover geboren, ein merkwürdiges Zusammenreffen!), wie diese etwa in dem Werk „Der Geist als Widersacher der Seele“ (1929, 1954) vertreten wurden. Das Ende Lessings jedoch war dasjenige eines Märtyrers, der als Jude von der Hand der geistfeindlichen Barbaren getötet wurde!

So bildet diese Episode aus der Literaturgeschichte der deutschen Judenheit vor dem Ersten Weltkriege einen in vieler Hinsicht aufschlussreichen Verknüpfungspunkt von Menschen, Ideen, Tatbeständen, vor allem von Randerscheinungen der jüdischen und z.T. auch der zionistischen Sphäre. Ihre Betrachtung zeigt die Notwendigkeit, in der Beurteilung der Stellungnahme von in der Öffentlichkeit wirkenden Persönlichkeiten ein hohes Mass an Zurückhaltung walten zu lassen. Das Verständnis ihrer Position erschliesst sich nur aus einer genauen Kenntnis der Umstände der Zeit und der miteinander in Beziehung stehenden Personen. Dies gilt nicht zuletzt in diesem Zusammenhange für **Thomas Mann** und seine Kritik an dem „Fall Lessing“, die in ihrer ungewöhnlichen Schärfe darauf hindeutet, welch tiefe Erregung den Schriftsteller ergriffen hatte — ein Gefühl, das damals von zionistischer Seite nicht weniger stark zum Ausdruck gekommen ist. Die Aufwühlung der Leidenschaften zeigt, wie bei feiner reagierenden Persönlichkeiten jener Tage das Empfinden dafür wach war, auf welch schwankendem Boden das äusserlich so wohlgeordnete Dasein der deutschen Juden, auch in geistiger Beziehung, stand. Den damaligen Teilnehmern am Streit war dies vielleicht nicht immer bewusst, der rückblickende Betrachter jedoch vermag die Motive zu durchschauen, die hinter den Äusserungen der Vergangenheit wirksam gewesen sind.

Einer der Gründer unseres Werkes und Mitglied  
des Präsidiums

# KARL BICK

ist von uns gegangen. Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen tatkräftigen Freund, immer bereiten Ratgeber und Förderer unserer Ziele.

Sein Andenken wird in uns nie verlöschen.

Das Solidaritaets-Werk

Tel-Aviv, 25.XII.1964

## ZUR AUFNAHME VON EINWANDERERN

Warum überlässt die israelische Bevölkerung die Frage der Einwandereraufnahme im wesentlichen Beamten, obwohl sie das ganze Volk angeht? Diese Beamtenschaft mag ausgezeichnet sein. Das aber, was von jedem einzelnen an Denken, Einfühlung und Wissen verlangt wird, geht aber über die Fähigkeit einer an Zahl und an physischer, wie psychischer Kraft notwendig begrenzten Gruppe hinaus — auch dann noch, wenn in kurzem eine intellektuelle Nachschulung der Beauftragten beginnt.

Die Hilfe, welche die Frauenorganisationen leisten, ist in manchen Entwicklungsarten und auf gewissen Arbeitsgebieten von grossem Belang. Doch ist sie durch den verhältnismässig kleinen Kreis aktiver Frauen gehemmt; vor allem aber durch räumliche Entfernung und durch den Kompetenzstreit zwischen Organisationen verschiedener Richtung. Eine vor einigen Jahren begründete Vereinigung „Havatik Laoleh“ blieb ziemlich bedeutungslos, oder verursachte neben Gutem auch Schaden, weil ihre Tätigkeit sich fast ausschliesslich auf die Einladung von Einwandererfamilien in gepflegten Häusern lange im Lande verwurzelter beschränkte, und die empfangenen Olim den Unterschied in der Lebensweise überscharf empfanden. Es ist notwendig, sehr genau zu durchdenken, in welcher Form die eingewanderte Bevölkerung Einwanderern behilflich sein kann, um Taktfehler zu vermeiden und den Eingewanderten das Empfinden zu vermitteln, dass eine sie brüderlich aufnehmende Gemeinschaft ihr gegenübersteht. Dass diese Aufgabe uns gestellt ist, dass für Israel (wie es oft scheinen mag) noch nicht die Zeit gekommen ist, in der jeder Einzelne ohne das ständige Bewusstsein seiner Mitverantwortung für den Anders für sich leben darf, ist keine Frage.

### BEREITSCHAFT ZUR ALIJA

Der Vortrag von A. Ziegel vor den in der Einwanderungsabteilung der Sochnuth beschäftigten Beamten (abgedruckt in der internen Zeitschrift „Ba'ayot Haklita“ (תשובות) gibt ein Bild der mit der Einwanderung zusammenhängenden Fragen. Es geht hier nicht nur um die „Einwandereraufnahme“, sondern auch um die Anregung und Organisation der Alijah im Ausland. Dass Mass und Charakter der Einwanderung unübersehbar sind, dass jede Vorbereitung der Aufnahme auf „Annahmen und Schätzungen“ beruhen muss, macht sie so schwierig. Es ist kaum zu begreifen, dass diese Arbeit im grossen ganzen bisher gelang.

Abhängig ist die Alijah von wechselnden Beschlüssen fremder Regierungen und da, wo Auswanderung im Belieben der Juden liegt, von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation des Galuth-Landes. Die Vernachlässigung intensiver zionistischer Arbeit in weiten Teilen der Welt bewirkt, dass die durch Ideen bestimmte Einwanderung geringfügig ist.

Der Referent sprach vergleichend von vielen Staaten, z.B. von Nordafrika. Die Hoffnung auf eine grosse Alijah aus Algier, das die Juden zusammen mit den meisten Europäern nach der Unabhängigkeitserklärung Algers verliessen, wurde enttäuscht. Als französische Staatsbürger haben die algerischen Juden in Frankreich volle Arbeits-erlaubnis und in dieser Zeit der Prosperität vielfache Arbeitsmög-

lichkeiten. Die Wohnungsverhältnisse sind schlecht. Aber wie kann Israel (nach den Worten des Referenten) mit Frankreich konkurrieren, in dem für jedes Kind pro Monat 40 Dollar bezahlt werden, und wo Mittel- und Hochschulen gebührenfrei sind? Anders liegen die Dinge in Tunis und Marokko. Doch auch Tunis lebt in einer Periode wirtschaftlichen Aufstiegs, und daran hat, nachdem ihre armen Familien und ihre Hilfsbedürftigen früher nach Israel auswanderten, die tunesische Judenheit teil. Sehr viele von den Heranwachsenden besuchen Hochschulen. Was sollte sie nach Israel locken, wenn es nicht der zionistische Gedanke ist? Das einzige Land, in dem eine echte Verbundenheit mit dem Judentum und mit Israel besteht, und aus dem eine grosse und leistungsfähige nordafrikanische Einwanderung kommt, ist Marokko.

Es ist hier nicht der Raum, weiter von den vielen Staaten und dem Alijah-Entschluss ihrer Juden zu sprechen. Immer sehen wir das Gleiche: wo sich eine wirtschaftliche Blüte entwickelt, haben auch die Juden Aufstiegsmöglichkeit, wie etwa in Südafrika. Es entschlossen sich aber, trotz all der dort bestehenden innerpolitischen Widersprüche, nur wenige Familien zur Alijah. Wo aber der Boden wirtschaftlich und gesellschaftlich zu schwanken begann, wie in Südamerika, warten die meisten Juden erst einmal die Entwicklung ab — nicht anders wie es vor 30 Jahren die Juden Mitteleuropas taten. Dass damals Palästina unter der Mandatsregierung mit ihren engbegrenzenden Zertifikatsgesetzen stand, heute aber der Staat Israel mit freier Einwanderung für jeden Juden die Tore öffnet, scheint in unserer Zeit realistischen Denkens keinen entscheidenden Unterschied zu machen. Nur da, wo Juden den erhöhenden Wert des Schaffens für die eigene Gemeinschaft fühlen, wagen sie frei — nicht getrieben von antisemitischer Bedrohung oder wirtschaftlichem Ruin — die Alijah.

Wenn das aber so ist, sollten all die Tausende von Israelis, die Jahr für Jahr ins Ausland reisen, sich ihrer Verantwortung für unser Land bewusst sein. All die jungen Menschen, die, oft für Jahre, als Lernende oder Arbeitende Israel verlassen, müssten die Pflicht empfinden, einen Teil ihrer Freizeit für zionistische Arbeit herzugeben.

### VORBEREITUNG DER EINWANDERERAUFNAHME

Bei dieser mangelnden Uebersicht über den Umfang der zu erwartenden Alijah — nicht nur ihrer Zahl, auch ihrer Zusammensetzung: dem Familienstand, dem Alter, der Bildungsstufe, der Berufsbeherrschung, usw. — ist es erstaunlich, dass die Aufnahmepläne, die gemeinsam von allen beteiligten Ministerien, der Sochnuth und anderen Stellen aufgestellt werden, im wesentlichen dazu ausreichen, die Einwanderer aufzunehmen, und dass (trotz der vielfachen Enttäuschung über das Zaudern potentieller Olim) im Jahre 1963/64 von den vorbereiteten Einwandererwohnungen 17.560 vergeben wurden — neben 2.500 Neuwohnungen gleicher Art, die der Auflösung von Restbeständen der Maabarothe, der Unterbringung von Institutionen oder Volksschulen und der Mitansiedlung junger Paare dienen. Für das laufende Jahr wird die Zahl der Einwandererwohnungen um weitere 1000 erhöht werden, die sich auf 70 Orte

verteilen. Und doch klagt der Referent über den Mangel an einer für richtige Einwandererverteilung unentbehrlichen Wohnungsreserve und einer solchen von Mietsräumen, die eine grössere Beweglichkeit gewährleisten. 80% von den in diesem Jahr vorbereiteten 18.500 Wohnungen werden im Entwicklungsgebiet liegen, nur 20% in der Küstenebene, und hiervon ein grosser Teil in wenig entwickelten Orten, wie Tel-Mond, Kfar-Jona oder Kadima.

Welche von den vielfältigen Aufgaben der Alijah-Aufnahme vorrangig gelöst werden muss, ist eine Frage der Diskussion. Vor allem muss klar sein, ob die Planung des Wohnungsbaus an erste Stelle zu rücken ist — die Alijah-Aufnahme wird mit Landesentwicklungs- und Sicherheitsplänen verknüpft — oder die der Arbeitsvermittlung.

Noch entschiedener als der Referent betonte, sollten alle Bemühungen um Arbeit den Vorzug haben. Als Beispiel diene ein neugegründeter Ort, in den 400 Einwandererfamilien geschickt wurden, von denen alle, bis auf vier, die zugewiesenen Wohnungen verliessen, weil dort keine industrielle Arbeit für die Ankommenden vorbereitet war. Und der Referent bringt als Gegenbeispiel Dimona, wo eine starke Industrie entstand, das keine einzige Familie verliess, das noch Tausende von Arbeitern aufnehmen könnte — aber ohne zusätzliche Alijah bleiben musste, weil das Bauprogramm an diesem weiteren Errichtungspläne enthält. Mir selbst scheint nicht ganz sicher, dass der erste Ort verlassen wurde, weil nicht gleichzeitig mit dem Schikunbau für „Industrialisierung“ gesorgt wurde. Es gibt viele andere Motive, die den Olim einen Ort verleiden, und es gibt Massensuggestion, der sich nur die Selbständigsten und die Unaktivsten entziehen (Es würde sich lohnen, hier eine exakte Studie durchzuführen.)

Aber wichtig ist an die Beobachtungen in den Einwanderungslagern und Maabarothe zurückzudenken sowie an die frühen Jahre in den Kibbuzim und jetzt an die Algerier in Frankreich zu erinnern. Gesunde Menschen sind bereit, sehr primitiv zu wohnen, wenn sie ihre Kraft richtig einzusetzen in der Lage sind, und so auf Aufstieg durch eigene Leistung hoffen können. Das Bemühen, die Einwandererwohnungen ständig zu vergrössern und zu verbessern, also für die Dauer einzurichten, macht sie für die Aufnahme von Einwanderern unelastisch.

Jeder von uns kennt aus seinem eigensten Kreis die Fälle, in denen dringend die in der gross-städtischen Industrie verlangten Facharbeiter vom Schiff aus in eine Entwicklungszone geschickt und dort als ungelernete Arbeiter beschäftigt werden sollten. Ziegel schreibt, dass solche Einwanderer — wenn sie genügend Energie haben — von Amt zu Amt laufen, ihre Zeit mit Wegen und Briefen an die ihnen von irgendwem genannten höchsten Persönlichkeiten verlieren und schlägt die Einsetzung eines endgültig entscheidenden Ausschusses vor, der unvermeidliche Fehler bei der ersten Wohnungs-Zuweisung korrigiert.

Ein minimaler Prozentsatz der für die Einwandereraufnahme vorbereiteten Wohnungen wird jungen hier Geborenen zur Verfügung gestellt, überwiegend Funktionären. Die Einwandererorte würden aber

ein völlig anderes Gesicht bekommen, wenn eine grössere Zahl von solch jungen Ehepaaren nicht nur als „Beauftragte“, sondern als Mitlebende dorthin gingen. Sie könnten den Olim etwas von dem Pioniergeist übermitteln, der in gewissen Kreisen unserer Jugend noch wach ist und dadurch wach erhalten würde, und sie könnten diese werdenden Gemeinden dazu bringen, „community-work“ zu unternehmen. Community-work heisst eine von zentralen Stellen unterstützte Arbeit, die aber zugleich die in einer Gemeinschaft lebendigen Kräfte zusammenfasst und ausnutzt.

Von den in dem weitgreifenden Referat berührten Berufsfragen soll hier nur noch eine, unsern Kreis besonders angehende, besprochen werden: die der „mittelständigen Einwanderung“. Diese könnte heute vorwiegend aus Südamerika kommen. Sie scheint ein besonders wünschenswertes Einwandererelement nach Israel zu bringen; und doch warnt Ziegel vor der Ermutigung dieser Alijah. Er errechnet, die in Südamerika bedeutenden Kapitalien würden durch den Währungsunterschied hier so gering, dass sie für einen Wohnkauf fast völlig aufgehen. — Aber ist denn ein Wohnkauf notwendig? Kann das öffentliche Bauprogramm nicht einfachen Wohn- und Werkraum für diese, meist mit guten Maschinen ausgestatteten, Kleinbetriebe einschliessen? — Der Referent sprach auch von den besonderen Schwierigkeiten für diese „Mittelständler“, in Israel Bankkredite zu bekommen, da fünf Bürgen verlangt werden. Er regte darum die Gründung eines speziellen Darlehensfonds an, der von der Sochnuth gestützt werden müsste.

Sein besonderes Interesse wandte der Referent der Jugend zu, weil er seine Hoffnung auf die Entwicklung unseres Landes und Vereinheitlichung unseres Volkes nur von den Kindern und den noch bildungsfähigen Jungen für erfüllbar hält, nicht von den Aeltern, der „Generation der Wüste“. Anregungen, die er hier gibt, sind durchaus zu bejahen: die Neugründung der von 22 auf 12 verringerten „Merkasej-Hanoar“ zur Elementar- (resp. Mittelschul-) Bildung und vorberuflichen Schulung der vielen Halbwüchsigen, die in den letzten Jahren mit ihren Familien ins Land kamen. Daneben — dies scheint besonders wertvoll — Aufnahme eines besonderen Lehrplans in den allgemeinen Lehrplan: „Aufnahme der Einwanderer“. Denn die bisherigen Erfahrungen bestätigen für grosse Teile der Einwandererkinder nicht die Erwartung des Referenten. Auch da, wo nicht die räumliche Entfernung eine enge Verbindung zwischen den, unter sich so ungleichen, neu in das Land kommenden und den hier aufgewachsenen Kindern verhindert, bleiben sie sich meistens fremd — wenn nicht das Elternhaus eine Freundschaft fördert.

Gewiss sind Kinder und sehr junge Menschen leichter zu bilden, und jede pädagogische Bemühung um sie ist für unsere Zukunft von grösster Bedeutung. Aber es scheint falsch und gefährlich von den älteren Olim als dem „Geschlecht der Wüste“ zu sprechen. Jeder Einwanderer, herausgerissen aus dem ihm Altgewohnten, hat etwas von der bildungsfähigen Natur des Kindes. Jeder steht erwartend vor dem neuen Leben. Erinnern wir uns: wir alle waren ja einmal neu hier im Lande.

M. T-F

North Liverpool

Gelehrte 10

Moritz Liepmann, Professor in Hamburg, Kampf gegen Todesstrafe, erzwang auf Danziger Juristentag 1900/1910, dass Todesstrafe auf Tagesordnung des Wiener Juristentages 1912 kam. Fuer ein menschlicheres und vernuenftigeres Strafrecht. Nachfahre von Strafrechtslehrer Adolf Merkel, spaeter zu Liszt und ueber ihn hinaus, sieht entscheidenden Fortschritt nicht im Strafrecht, sondern im Strafvollzug aufgeschlossenen neuen Gedanken in Deutschland und im Ausland die in der Vollzugspraxis zur Tat draengen, das Ganze des Strafvollzuges zu einem System zusammenfuehren. Liberale Ueberlieferung, fuer das alte Schwurgericht. Fuer Rechtsstaat auch gegenueber Gegnern der Staatsgewalt, hat die Rechtsprechung in den Kommunistenprozessen mit einer unter Gelehrten seltenen Leidenschaftlichkeit des Rechtsgefuehls bekaempft (Radbruch in Justiz, IV, Heft 1, S. 1-2)

Morsch dieptman <sup>u</sup> starb 1928 fortw. d.  
Strafrechtspolitik, wollte Strafvollzug  
s. e. Syst. anpassen. Alte liberale  
Ideen, Rechtsstaat muss sich auch gegen  
Feinden d. Staatsgewalt bewähren, hat  
d. Rechtsprecht - Konsumistenprojekte  
mit e. echter feilerer, seltener, leiden-  
schafflichkeit d. Rechtsgeföhls bekämpfte  
Kampf H. Todesstrafe. Er erzwingt

auf Langsches Juristentag 1910,  
des Todest. Tagesordn. wiewer die  
udentag 1912, letzte Klass. fittsch  
wur.

Rachbruch in Jurist IV, <sup>10</sup> 1

OKL 1928, p 1-2

Im Einvernehmen mit Siepmann  
(Prof in Haerby) Petition über Jurist  
am Pflanz / Anschlag? Todest. Prof.  
Jurist II 6. p 624 J. v. Weiler

Aug. 1917

Fr. 7a.

9. Dezember 1970  
U/817-EH/IS

Herrn Dr. E. G. Lowenthal  
Kaunstrasse 33 I  
1 Berlin 37 -

10

Lieber Dr. Lowenthal,

ich stehe seit laengerer Zeit im Briefwechsel mit Dr. Brillling. Dieser behauptet, dass Guido Weiss, der in meinem Buch "Juden im Oeffentlichen Leben Deutschlands" erscheint, ~~Nicht~~Jude gewesen sein kann. Brillling stuetzt sich darauf, dass er seinerzeit die Liste der Juden in Neumark in Schlesien, wo Weiss geboren war, durchgesehen habe, und dass keine juedische Familie Weiss dort existiert habe. Auch seine anderen Nachforschungen haetten nicht ergeben, dass Weiss Jude war; er haette nur einen juedischen Schwieger-~~sohn~~ gehabt, namens Stern (der gleichfalls in meinem Buch erscheint).

Ich wende mich daher unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 7. Dezember 1964 an Frl. Foerg um Hilfe. In diesem Schreiben sagen Sie, dass Sie eine Mitteilung vom Frankfurter Stadtarchiv erhalten haetten, dass ~~gemaess~~ Sterbeeintragung Weiss israelischen Glaubens war. Ich selber habe bei meiner jetzigen Nachfrage eine Bestaetigung dafuer nicht erhalten koennen.

Ich habe zwar wenig Hoffnung, dass Sie sich der Sache nach so langer Zeit noch erinnern, wollte es aber jedenfalls versuchen. Koennen Sie mir aufgrund einer ~~frueheren~~ schriftlichen Mitteilung des Frankfurter Stadtarchivs ihre damalige Information bestaetigen?

Mit herzlichen Gruessen wie immer

Ihr

Ernest Hamburger



Adolf Lowe

10

Wolff Löwe Referat - Rev. H. L. Müller wachen in  
Genau - Konferenz 1922 Teil

2/11

2

Singhema und seine beiden Schwestern  
Solchen - Neutron auf Job-Suche, stilles  
den in Trondheim

Singhema: wer er hat, hatte Hand und  
Fuss 100% idealistisch. Temperamentvoll.  
Einflussreich. Formaler Ratgeber  
J.P.S

Lore war Referent für Sozialversicherung  
Kernan war Leiter des

1930 jüngere (siehe Cole/geburt) Lore, Kernan,  
Kernan in Harver Institut, G. Freising

Pöhl, auch Pöhl, degen. Freising, geb. in H. G. G.

a. Frau, Kurtis, steht an Pöhl, Kernan, geb. in H. G. G.  
Plan, Freising  
Wer war Pöhl (von Lore genannt)?

Levine

9

der der U. Frankfurt lebten sind. gelehrte ein Oppen  
kammer u. Löwe. Löwe war Nachf. u. Fröhberg  
(Fröhberg vorher). Andere Organisationen Kelsen (Köln)  
Jellinek (Göttingen) Kiel; Tolson?; Pribner;  
Keller war Organisation in Köln, der 1. jüd. Staats-  
rechtler, der erkrankte wurde (im Exil); Hermann  
(Hag) Lederer (Kiel) Kard (Potsdam); Frankel (Kiel) Behr  
(Frankfurt)

Löwe war 1918 Beobachtungsamt - Reg 1919

1919 - July Arbeitsamt. nach Paris

July 1919 - 1924 in Berlin, <sup>1921, 1922, 1923, 1924</sup> Berlin

und 1921 1924

wach bis 1916 als er als a. o. Prof in Kiel

begann. 1930. Pen.

Löwe veröff. <sup>1916</sup> 1916 Prochire über Beobachtungs-

gesetz, 1918 veröff. Ludendorff bejüngte

sein Pläne.

Löwe wurde als jüd. Staats-

kein bei Oscar Weizsäcker - Ab Min.  
war nicht in Halle, Jochen

im Arbeits Min war bis 1923 Julius Krich

verantwortl, willkürlich / unvorstelllich, wie

besser als Henry Council Kopf gewesen

Schäffer Handlung Löwe an Ab Min. tot

Löwe erkrankte bei <sup>nach</sup> 1. Nationalkongress in Kiel

1924 im jüd. Reichsaussch. berichtigt

Schäffer hatte als Ab- und Arbeits Min

Arbeitsamt, Schick war als Arbeits

Arbeitsamt hilflos

Schäffer verstand nach Löwe nicht von

Nationalkongress. Krich hatte Kraft nach

jeden, einmal mit Schäffer persönlich dur-

einandersehen

Erkrankte  
Juden delin-  
quenz, in  
Frankfurt,  
zur Haus-  
verwaltung!

~~Carberg, Otto~~  
Lörz, Dr. Adolf wurde vom Vollsensrat am 14. 11. 1918 mit d. Wahrnehmung  
562 des Kontrollalle beim Reichsamt f. Wirtschaft. Demobilisierung be-  
Ann. auftrag. er nannte sich "Hauptreferent d. Vollsensrats d. A. u. S. Räte  
36 beim Demobilisierungsamt". Nach d. Geschäftsverteilungsplan d. De-  
mobilisierungsamtes v. 15. 1. 1919 war sein Arbeitsgebiet "Fragen d.  
Tätigkeit d. A. u. S. Räte (Bundesarch. Koblenz, R 43 I/610) T.O

Stephan March

Der Preussische Minister  
für Wissenschaft, Kunst und  
Volkshildung

Berlin W 8 den 23. April 1930.  
Unter den Linden 4  
Fernsprecher: Zentrum 11340-11343

U I Nr. 10464.1

Bei Beantwortung wird um Angabe  
der Geschäftsnummer gebeten.

Namens des Preussischen Staatsministeriums habe ich Sie zum  
ordentlichen Professor in der Philosophischen Fakultät der Univer-  
sität zu Breslau ernannt.

Indem ich Ihnen die darüber ausgefertigte Bestallung übersende,  
verleihe ich Ihnen in dieser Fakultät die durch das Ausscheiden  
des Professors Hönigswald freigewordene planmäßige Professur mit  
der Verpflichtung die Philosophie in Vorlesungen und Übungen zu  
vertreten. Zugleich ernenne ich Sie zum Direktor des Philosophi-  
schen Seminars.

Wie Ihnen bekennt, handelt es sich bei Ihrer Bestallung um  
die Ernennung zum persönlichen Ordinarius. Es finden deshalb in  
Bezug auf Ihr Dienstehkommen die für planmäßige Extraordinariate  
geltenden Bestimmungen auf Sie Anwendung.

Sie wollen Ihr neues Amt zum Beginn des Sommersemesters 1930  
übernehmen und das Verzeichnis der von Ihnen hierfür anzukündi-  
genden Vorlesungen an den Dekan der Fakultät einsenden.

Unter Festsetzung Ihres Besoldungsdienstalters auf den 1. April

1930

An  
den ordentlichen Professor  
Herrn Dr. Siegfried M a r c k  
in  
Breslau.18.

1930 bewillige ich Ihnen von diesem Zeitpunkte ab an Stelle Ihrer bisherigen Bezüge, zugleich unter Vorwegnahme der drei letzten Alterszulagen, ein Grundgehalt von jährlich 7 000 RM, in Worten: "Siebentausend Reichsmark", neben dem gesetzlichen Wohnungsgeldzuschuß und den etwaigen Kinderbeihilfen.

Die Bezüge wird Ihnen die Universitätskasse in Breslau in monatlichen Teilbeträgen im voraus zahlen.

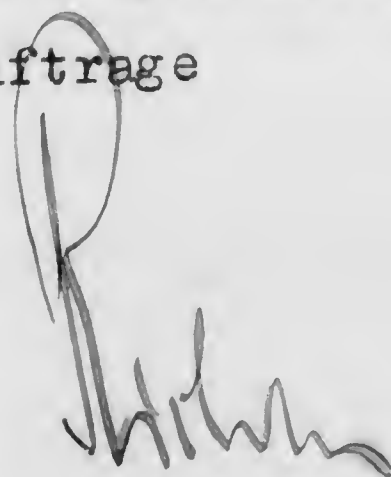
Für das Ihnen zufließende Unterrichtsgeld haben die Ihnen bekannten allgemeinen Bestimmungen Gültigkeit.

Es wird Ihnen aber Gewähr dafür geleistet, daß Ihnen eine Einnahme an Vorlesungshonoraren von jährlich 2 000 RM, in Worten: "Zweitausend Reichsmark", verbleibt. Diese Zusicherung fällt fort mit dem Ablauf desjenigen Studienseesters, in dem Sie von den amtlichen Verpflichtungen entbunden werden.

Wegen Ihrer Ernennung zum Mitglied des wissenschaftlichen Prüfungsamtes ergeht besondere Verfügung.

Den Herrn Universitätskurator zu Breslau habe ich, zugleich zur Benachrichtigung der beteiligten akademischen Behörden, von Ihrer Ernennung in Kenntnis gesetzt.

Im Auftrage

A handwritten signature in dark ink, appearing to be a stylized name, possibly 'H. H. H.', written over the typed text 'Im Auftrage'.



(14)

Zu der  
Antritts-Vorlesung

über das Thema

**Fichtes Idee des geschlossenen Handelsstaates**

welche

**Herr Dr. phil. Siegfried Marek**

behufs

seiner Habilitation als Privatdozent für Philosophie

am Donnerstag, den 21. Juni 1917

mittags 12<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr

in der Aula der Universität

halten wird,

ladet ergebenst ein

die philosophische Fakultät der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau

Gustav Mayer

Nrs 5 foly

Mayer, Gustav, Dr. phil., Histori. ber

Lehrer

Juli 1891 + 1948. Korrespondent d. "Frühb. Bl."

1920 Prof. a. d. Berliner Univ. Herausgeber d. nachgelassenen

Arbeiten v. Schiller v. Lassalle, Biographien v.

Fräulein. Regels. Zwei Bände 1933 nach Regels d.

VII 194 196.

Albertus Aardhulstoude - G. M. M. M.

Wro ✓ Polg

Gelderte

Mendelssohn-Bartoldy, Albrecht, Dr. jur. Völkerrechtslehrer

geb. 1874 + 1936

Prof; Würzburg, seit 1920; Hannover. Leiter d.

Instituts f. auswärt. Politik. Berufung 1933

nach England u. lehrte dort als Prof. in Oxford VI 248

Namiasky, Hans, Dr. jur. österreichs Staatsrechtliche Lires.

geb 1880 + 1961

1914 in Wien. 1919-1933 Prof. f. Staatsrecht in Wien

Seit 1933 Prof. in St Gallen. 1946 Direktor d. Vorlesung-

gebundenen Landesverfassung: Veränderung d. Verfassung

Arbeit d. kaiserlichen Verfg. bearbeitet.

VIII 582

Zeichent

Krs 1 Folz

10 10 Nawrasky  
B-A 43I/1000 Reichstag I Bd 2

Prof. Nawrasky schreibt an R. in einem  
Wort, hält Abschaffung d. Berechnung d. Rest-  
stimmen f. katastrophal f. d. Bürger, NSDAP ist keine  
bürgerl. Partei.

Aus Individuum und Gemeinschaft, Festschrift zur  
Fünfzigjahrfeier der Handels-Hochschule St.Gallen,  
St. Gallen, 1949 S. 433

Der Kreislauf der Entwicklung der Grundrechte

von Hans Nawiasky

Die Idee der Grundrechte ist in der Zeit des Absolutismus entstanden als Reaktion gegen die ungehemmte Macht der staatlichen Gewalt, der die Einzelperson schutz- und wehrlos gegenüberstand. Es wurde die Forderung nach Anerkennung eines vor staatlichen Eingriffen unbedingt gesicherten persönlichen Bereiches erhoben. Die Grundrechte waren sonach ursprünglich gegen die Staatsgewalt in allen ihren Erscheinungsformen, d.h. gegen den Staat als solchen, gerichtet, sie zogen seiner Betätigung in welcher Art immer eine unüberschreitbare Schranke. So standen sie ihrem Wesen nach aussorhalb des Staates, waren von ihm unabhängig und von seiner Seite her unabänderlich. Diesem Sachverhalt entsprach es durchaus, dass die ersten Formulierungen der Grundrechte in gesonderten Erklärungen erfolgten, die selbständig neben den Staatsverfassungen standen und daher auch durch Aenderungen auf seite der Staatsverfassungen gar nicht berührt werden konnten.

Die weitere Entwicklung ging dahin, die Grundrechtstakaloge in die Verfassungen einzubauen und so zu Bestandteilen der Verfassung zu machen. Man hat dabei wohl nur an einen technischen Fortschritt gedacht, durch den die einheitliche Zusammenfassung aller konstitutionellen Bestimmungen erreicht werden sollte. Dagegen ist es offensichtlich gar nicht beachtet worden, dass mit der Aufgabe der äusseren Selbständigkeit unvermeidlich auch die Aufhebung der inneren Selbständigkeit verbunden sein musste. Denn nunmehr waren die Grundrechte Verfassungsbestimmungen wie andere geworden, sie wurden zur Disposition der verfassunggebenden Faktoren gestellt und konnten nach deren Willen unter den für Verfassungsänderungen vorgesehenen Formen und Bedingungen Aenderungen verschiedenster Art unterzogen werden. Das bedeutete aber zugleich auch eine grundlegende Wandlung in ihrem Inhalt und in ihrer Tragweite. Denn jetzt handelte es sich nicht mehr um Gegenrechte gegen den Staat, die für diesen unantastbar waren, sondern um eine vom Staate



her gewährte oder, abgeschwächt gesagt, von ihm anerkannte Freiheitssphäre, die nach den einzelnen in Betracht kommenden Richtungen von ihm näher bestimmt werden konnte. An Stelle einer Abgrenzung und damit Einschränkung des Staates zugunsten der Rechte der Einzelpersonen war eine Abgrenzung und damit Einschränkung der Rechte der Einzelpersonen zugunsten des Staates getreten.

Wie wenig diese qualitative Denaturierung zunächst bemerkt worden ist, geht daraus hervor, dass man unbedenklich einen Schritt weiter tat und die Präzisierung der Grundrechte nicht mehr der Verfassung vorbehielt, sondern auch der einfachen Gesetzgebung überantwortete. Das geschah in der Weise, dass man es fürderhin als zulässig empfand, den das Wesen eines bestimmten Grundrechts charakterisierenden konkreten Freiheitsbereich durch die gewöhnlichen Gesetze abstecken zu lassen. Man sah darin nicht den geringsten Anlass einer Gefahr, weil die Gesetze unter massgeblicher Mitwirkung der Volksvertretung beschlossen werden mussten und es keine grössere Gewähr der Freiheit zu geben schien als die, dass die Vertreter des Volkes und damit der Einzelpersonen selbst eifersüchtig über die individuelle Freiheit zu wachen hatten.

Gewiss hatte man dabei zunächst an einen gewissen Rahmen gedacht, in den die Ausübung der Grundrechte eingespannt werden konnte und sollte, um gar nicht gewollte und darum nicht schutzwürdige Missbräuche auszuschliessen. Aber man unterliess es im allgemeinen, von einzelnen Grundrechtsarten abgesehen, die die Grundrechte regulierenden einfachen Gesetze in bestimmter Weise ausdrücklich an einen Rahmen zu binden, weil man das angesichts der auf Seite der Volksvertretung vorausgesetzten Freiheitsbürgschaft für überdrüssig erachtete. Der Verzicht auf eine solche Bindung eröffnete aber der Gesetzgebung die Möglichkeit, jede Beschränkung eines Grundrechts vorzunehmen, und diese Auffassung führte dann schliesslich zum Ergebnis, dass die Grundrechte überhaupt jeden Schutz gegen die Gesetzgebung einbüssten. Was übrig blieb war nur eine Sicherung gegen die Verwaltung, die ja ihrerseits der Gesetzgebung unterworfen war.

Damit aber hatten die Grundrechte ihren eigentlichen Sinn und Zweck eingebüsst. Sie hatten die Fähigkeit verloren, der Einzelpersonen einen vor Eingriffen des Staates geschützten Bereich zu gewährleisten, und beschränkten sich darauf, ihr gegenüber der Verwaltung den Anspruch auf den Nachweis zuzubilligen, dass der administrative Akt sich auf die Grundlage einer gesetzlichen Ermächtigung berufen könne. Damit aber wird nur der allgemeine Grundsatz der Gesetzmässigkeit der Verwaltung, der sich als selbstverständliches Prinzip des Rechtsstaates herausgebildet hatte, im Bereich jedes einzelnen Grundrechts noch einmal wiederholt, womit natür-

lich sachlich nichts gewonnen ist, da es sich um einen wirkungslosen Pleonasmus handelt. Aus diesem Grund hat die deutsche Staatsrechtswissenschaft seit der Zeit der Weimarer Verfassung solche Grundrechte mit einem treffenden Ausdruck als "leerlaufend" bezeichnet.

Die auf diese Art eingetretene Abwertung der Grundrechte hatte aber, wie sich leicht vermuten lässt, nicht nur einen in der schärferen Erfassung des rechtlichen Gehalts liegenden theoretischen Grund, sondern in ihr kam auch eine gewisse politische Tendenz zum Ausdruck. Die ursprüngliche Konzeption der Grundrechte stellte die Einzelperson als selbständige Potenz der staatlichen Gemeinschaft gegenüber, was besonders in der Bindung der sozusagen obersten Staatsfunktion, der Gesetzgebung einschliesslich der Verfassungsgebung, Gestalt gewann. Sie war also Ausdruck eines ausgesprochenen Individualismus. Die nunmehrige Unterordnung der Grundrechte unter die Disposition der Gesetzgebung verneinte den eigenständigen Charakter der Einzelperson und liess ihr nur mehr eine von der Gesamtheit abgeleitete und abhängige Position. Der Individualismus wurde durch eine Art von Estatismus abgelöst.

Dieser Systemwechsel hatte eine doppelte, sehr verschiedene ideelle Wurzel. Einmal entsprach er dem Vordringen einer universalistischen Staats- und Gesellschaftsauffassung. Und dann beruhte er auf der Entstehung eines demokratischen Ideals, also auf dem Gedanken der Herrschaft des Volkes, der sich auch der einzelne Volksgenosse zu fügen hat, mag er auch aktiv an der Willensbildung des Volkes beteiligt sein. Mit der Demokratie verbindet sich aber weiter das Ziel einer materiellen Gleichstellung der einzelnen Volksglieder, die nur durch positive Leistungen der Staatgemeinschaft und damit durch eine Staatsexpansion verwirklicht werden kann. Staatsausdehnung bedeutet jedoch notwendigerweise Einengung des Bereichs und damit der Freiheit der Einzelperson. Auf diese Weise erklärt sich eine scheinbar überraschende Parallelität autoritärer und demokratischer Staatsideale, die unter Umständen zu einem engen Bündnis führen kann, wie ja die Geschichte der Gegenwart auch bewiesen hat.

Freilich ist der geschilderte Prozess der Abwertung der Substanz der Grundrechte nicht überall und in jeder Beziehung in der angegebenen radikalsten Form erfolgt. Es sind vielmehr auch abgemilderte Erscheinungsweisen festzustellen, die auf ganz verschiedene Motive zurückzuführen sind. So findet sich beispielsweise in zusammengesetzten Staaten aus dem Bestreben heraus, eine gewisse Einheitlichkeit der Gesetzgebung in den Gliedstaaten herbeizuführen und zu sichern, die Einrichtung, dass das Bundesverfassungsrecht gewisse Rechtsgrundsätze in die Gestalt von individuellen Grundrechten kleidet, in die einzugreifen der gliedstaatlichen Rechtssetzung

verwehrt ist. Auf diesem Umweg wird den Grundrechten, allerdings in erster Linie nicht um ihrer selbst willen, sondern aus einer Vereinheitlichungstendenz heraus eine substanzielle Bedeutung gesichert. Das ist beispielsweise der Tatbestand der Individualrechte der schweizerischen Bundesverfassung (Handels- und Gewerbe-freiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Ehefreiheit usw.), während im Gegen-satz dazu die kantonalen Verfassungen vielfach "leerlaufende" Grundrechte ent-halten (persönliche Freiheit, Freiheit der Wohnung u. dgl. m.).

Auf ganz anderen Erwägungen beruht es, wenn Verfassungen, wie bei-spielsweise die von Weimar, gewisse Grundrechte nur im Rahmen der allgemeinen Gesetze oder eines synonymen Ausdrucks schützen (Art. 118 Meinungsfreiheit, Art. 137 Selbstorganisation der Religionsgesellschaften). Hier bleibt das Grund-recht gesichert in seiner Substanz bestehen, und nur am Rande seines Bereichs werden Ab- und Umgrenzungen vorgenommen. Man hat diesen Rahmen als den der allge-meinen Rechtsordnung bezeichnet, worunter man die grundsätzlichen Normen des bürgerlichen, des Straf- und Polizeirechts, eventuell noch des allgemeinen Steuer-rechts, verstand.

Es drängt sich übrigens die Frage auf, ob diese Eingliederung in den Zaun der allgemeinen Rechtsordnung nicht das eigentlich zutreffende Modell für den Normaltatbestand eines Grundrechts hätte abgeben sollen. Hätte man sich dazu entschliessen können, so wäre man zu dem ansprechenden Ergebnis ge-langt, dass jedes Grundrecht eine Kernzone aufweise, welche durch die der Ge-setzgebung überlassenen "Einschränkungen", "Beschränkungen", "Ausnahmen", "Mass-gaben" und, wie die Modalitäten sonst ausgedrückt sein mögen, nicht berührt werden kann. Wenn die Staatsrechtstheorie in der Weimarer Zeit diese Konsequenz im allgemeinen nicht gezogen hat, wie der von ihr aufgestellte Begriff des "leer-laufenden Grundrechts" beweist, so erklärt sich das letzten Endes daraus, dass ihr der Sinn für die Bedeutung der vorrechtlichen Idee bei der Auslegung der Gesetze - vgl. meine "Allgemeine Rechtslehre", 1. Aufl. 109 ff., 2. Aufl. 137 ff. - noch nicht aufgegangen oder wieder abhanden gekommen war. Sie empfand aber gerade in bezug auf das Kapitel der Grundrechte auch gar keinen Anreiz zu solchen Ueber-legungen, weil ihr aus den oben dargelegten Gründen die Aushöhlung des Schutz-bereichs der Individualperson überhaupt keine Skrupel bereitete, sondern ganz der Tendenz der Rechtsentwicklung konform erschien.

Auf diese Weise aber wurde zum Teil aus Naivität, zum Teil mit zunächst getarnter Absicht der allmählichen Ausserkraftsetzung der Freiheits-garantien der Weg gebahnt, bis sie gänzlich in die Abgründe des Diktaturstaates versanken.

Es bedurfte der abscheulichen Orgien der Rechtlosigkeit, die diesem Vernichtungsprozess folgten, um in weiten Teilen des europäischen Kontinents für die Rechtsgestaltung Verantwortlichen die Augen für die Bedeutung und den Wert der die Freiheitsposition der Menschen verbürgenden Grundrechte wieder zu öffnen. Daraus ergab sich gewissermassen schlagartig die Tendenz, die volle Bedeutung der Grund- und Freiheitsrechte sukzessive wieder herzustellen.

Zunächst setzte sich der Gedanke durch, dass die Grundrechte als Institution nicht angetastet werden dürfen. Der nächste Schritt bestand darin, ihre Einschränkung auf einen bestimmten Rahmen zu reduzieren, in den sie von vornherein hineingestellt sind, jenen Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung, der in der Vordiktaturperiode bei einzelnen Grundrechten als allein zulässige Begrenzung zugestanden worden war. Danach sind zugleich Sondergesetze, die sich gegen die Kernsubstanz einzelner Grundrechte richten wollen, ausgeschlossen. Als nächstfolgende Stufe kommt die Auffassung in Frage, dass die Grundrechte prinzipiell überhaupt nicht durch einfaches Gesetz sollen eingeschränkt werden dürfen, sondern nur durch verfassungsändernde Gesetze. Und schliesslich wird das Postulat vertreten, die Grundrechte bzw. einzelne von ihnen seien auch nicht durch Verfassungsgesetz abänderbar, sondern jedem Eingriff von Rechts wegen entzogen. Damit wäre dann wieder zu dem Ausgangspunkt des Grundrechtsgedankens zurückgekehrt: der Anerkennung eines der staatlichen Einwirkung entzogenen persönlichen Freiheitsbereichs. Der Kreislauf der Entwicklung hätte sich vollendet.

Als Beispiele für diesen allmählichen Aufwertungsprozess seien aus eigener Erfahrung folgende angeführt:

In dem Entwurf der neuen bayerischen Verfassung von 1946 waren die Grundrechte zunächst ganz nach dem Muster des Weimarer Vorbildes in der dort üblichen Abstufung der verfassungskräftigen, der in den Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung gestellten, der gänzlich leerlaufenden subjektiven Rechte gestaltet. Auf amerikanische Veranlassung wurde dann mitten in den Grundrechtskatalog ein Absatz eingefügt (Art. 127 I in der Fassung des Ausschusses für Verfassungsfragen), der lautet:

"Die Grundrechte können nur aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Sittlichkeit und Gesundheit sowie zum Besten des Gemeinwohles durch die allgemeine Gesetzgebung eingeschränkt werden."

In der Plenarsitzung wurde auf Grund einer neuerlichen amerikanischen Anregung die heute geltende Fassung und zwar als ein eigener an die Spitze des zweiten Hauptteils "Grundrechte und Grundpflichten" gestellter Artikel (98) beschlossen:

"Die durch die Verfassung gewährleisteten Grundrechte dürfen grundsätzlich nicht eingeschränkt werden. Einschränkungen durch Gesetz sind nur zulässig, wenn die öffentliche Sicherheit, Sittlichkeit, Gesundheit und Wohlfahrt es zwingend erfordern . . . Der Verfassungsgerichtshof hat Gesetze . . . für nichtig zu erklären, die ein Grundrecht verfassungswidrig einschränken."

Die prinzipielle Tragweite dieses Rechtssatzes ist in meinem Kommentar zur bayerischen Verfassung S. 59 f., 145 f., 176 ff., eingehend beleuchtet worden. Dabei wurde aber auch in kritischer Hinsicht dargelegt, dass ihrem Wortlaut nach die gewählte Fassung insofern zu eng ist, als nicht schon jede Rücksicht der allgemeinen Wohlfahrt die Einschränkung eines Grundrechts legitimieren kann, insofern aber zu weit ist, als die Schranken der allgemeinen Rechtsordnung, insbesondere der grundsätzlichen Bestimmungen des bürgerlichen, Straf- und Steuerrechts, keine Beachtung finden. Wie man diese Unstimmigkeiten im Wege der Auslegung der einzelnen Grundrechtsartikel bereinigen kann, ist a.a.O. 181 f. dargelegt.

Unter Auswertung dieser Ergebnisse wurde für den Herrenhiemseer Entwurf eines Grundgesetzes (August 1948) folgender Wortlaut vorgeschlagen:

"Die Grundrechte dürfen nicht beseitigt werden. Darauf gerichtete Anträge sind unzulässig. Soweit sich aus ihrem Inhalt nichts anderes ergibt, sind die Grundrechte im Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung zu verstehen. Eine Einschränkung der Grundrechte ist nur durch Gesetz und unter der Voraussetzung zulässig, dass es die öffentliche Sicherheit, Sittlichkeit oder Gesundheit zwingend erfordert."

Es ist leicht zu erkennen, inwieweit diese Formulierung über die der bayerischen Verfassung hinausgeht oder sie einschränkt. Hervorgehoben sei der gänzliche Ausschluss der Kassation eines Grundrechts, die prinzipielle Bindung aller Grundrechte an die allgemeine Rechtsordnung, die Beseitigung ihrer gesetzlichen Einschränkung unter Berufung auf das allgemeine Wohl schlechthin.

Der Konvent von Herrenhiemsee hat diesen Vorschlag akzeptiert und ihn, abgesehen von einer unwesentlichen textlichen Aenderung, nur noch aus Gründen einer besonderen Vorsicht durch zwei Ergänzungen modifiziert, die an sich nichts Neues enthalten, nämlich die unmittelbar bindende Kraft der Grundrechte und die Unantastbarkeit ihrer Substanz.

S. 439

Der Artikel 21 erhielt danach die Fassung:

"1. Die Grundrechte dürfen nicht beseitigt werden. Auf ein solches Ziel gerichtete Anträge sind unzulässig."

"2. Die Grundrechte binden den Gesetzgeber, den Richter und die Verwaltung unmittelbar.

"3. Die Grundrechte sind, soweit sich aus ihrem Inhalt nichts anderes ergibt, im Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung zu verstehen.

"4. Eine Einschränkung der Grundrechte ist nur durch Gesetz und unter der Voraussetzung zulässig, dass es die öffentliche Sicherheit, Sittlichkeit oder Gesundheit zwingend erfordert. Die Einschränkung eines Grundrechts oder die nähere Ausgestaltung durch Gesetz muss das Grundrecht als solches unangetastet lassen."

Angemerkt sei noch, dass die vorübergehende Suspension einiger weniger Grundrechte im Fall eines Staatsnotstandes sowohl in der bayerischen Verfassung wie in dem Entwurf von Herrenchiemsee unter besonders scharfen Kautelen vorgesehen ist.

---

Ein Rückblick auf den dargelegten Entwicklungsgang zeigt, dass der Fortschritt der Gesetzestechnik auf Grundlage geläuterter sachlicher Einsichten der Staatsrechtslehre es ermöglicht, gewisse oberste materiale Verfassungsgrundlagen mit der gleichen Unantastbarkeit auszustatten, deren sie sich als Bestandteile des Naturrechtes erfreuen können. Der oft erhobene Vorwurf der Relativität und Brüchigkeit des Rechtspositivismus und seiner darin gründenden Unzulänglichkeit lässt sich also, wenn man sich über die Möglichkeiten der Rechtssetzung zu tiefst und restlos klar wird und sie entsprechend auszuschöpfen versteht, seiner Durchschlagskraft entkleiden.

Diese Einsicht ist besonders wichtig, wenn man auf dem Standpunkt steht, dass es zum Wesen des Rechtes gehört, positiv, d.h. gegeben zu sein. Durch das Fehlen dieser Eigenschaft unterscheidet sich ja beispielsweise ein Gesetzesentwurf von einem geltenden Gesetz; vgl. darüber das Vorwort zur zweiten Auflage meiner "Allgemeinen Rechtslehre" (1948). In einen anderen Gedankenbereich gehört die Rechtsphilosophie und die ihr zuzurechnende Rechtsethik. Sie untersucht nämlich, wie das Recht sein soll, nicht wie es ist, und stützt sich bei diesem Anliegen auf eine höhere Autorität, von der die obersten Gebote für die Menschheit ausgehen. In diesen Rahmen gehört auch das Naturrecht (vgl. Allgemeine Rechtslehre S. 29).

A n h a n g

Es ist nicht Aufgabe des folgenden, eine Uebersicht über die ausserordentlich umfangreiche Grundrechtsliteratur zu geben. Es handelt sich vielmehr nur darum, in äusserster Beschränkung einige wenige Fingerzeige dafür zu bieten, wie man sich auf einfache Weise über die im Text dargestellten Auffassungen orientieren kann.

Ueber die Entstehungs- und Ideengeschichte der Grundrechte unterrichtet man sich vielleicht am besten durch G. Jellinek, Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, 1. Auflage 1895, oder derselbe, Allgemeine Staatslehre, 1. Auflage 1900, 13. Kapitel, Die rechtliche Stellung der Elemente des Staates 2. Das Staatsvolk. Die Auffassungen in der deutschen Staatsrechtslehre der Weimarer Zeit sind beispielsweise zu entnehmen aus: Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reichs (Kommentar), zuletzt 14. Auflage 2. Teil, 1932, S. 505 ff., insbesondere S. 517 ff., oder aus Thoma in Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung, I. Bd., 1929, S. 1 ff., insbesondere S. 33 ff. Über die Auffassungen in der Schweiz finden sich beispielsweise einige kurze zusammenfassende Ausführungen bei Fleiner, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 1923, S. 318 ff., während sie in Burckhardt, Kommentar der schweizerischen Bundesverfassung, 3. Auflage, 1931, auf die Erläuterungen der einzelnen Artikel zerstreut sind. In dem umfassenden Referat von Hans Huber "Die Garantie der individuellen Verfassungsrechte" für den schweizerischen Juristenverein 1936 spiegelt sich der Einfluss der Abwertungstendenz der Grundrechte im deutschen Staatsrecht der damaligen Zeit wider (vgl. hiezu meine kritischen Bemerkungen in der Diskussion, Verhandlungen d. schw. J. V. 1946, 4. H., S. 671 a ff.). Bezüglich der neuesten Entwicklung darf auf meinen oben im Text erwähnten Kommentar zur bayerischen Verfassung, 1948, vgl. die angeführten Stellen, verwiesen werden.

Zum Schluss sei noch angemerkt, dass im Augenblick (22. April 1949) noch nicht feststeht, ob der in Bonn seitens des sog. Parlamentarischen Rates vorbereitete Entwurf eines Grundgesetzes für den Westen Deutschlands überhaupt und wenn, in welcher Form verabschiedet werden wird. Leider hat seine jetzt vorliegende letzte Fassung jene von Herrenchiemsee in Art. 104 in Verbindung mit Art. 1 und in Art. 25 nur unvollständig übernommen.

183 ff 2. Aufl. 1923 nach dem K. A. von Müller, <sup>Erinnerung</sup> Bis 3  
Gutenberg suchen bez. (1923) Rektor auf, Student, würde Feder stehen, wenn Kallu-  
minder hat zur Rettung ausricht - Fein Kuen. <sup>Haus</sup> Neuzeit der eigentl. Substanz - Verfall.  
reuzt se., jed. Österreich, vom Arbeitstag zuerst überfordern. War als Kongress  
der Bayer Sp. für neue Bayer Kf bestellt. N. war ? jähren. Had er will, er verbot  
I II d. Auflage vor d. gemachten Kund. 1923 6 Stunden f. Freigang, da schreieff u. die  
Wenigenen Anteil vertikal hatten.

211 " Entstehung unseres modernen, und februarstand am überkriten Netzegefühls  
u. er Augen Reflexion mit d. idealist. Idee Phantasie



# Gelichte

Prof Hans Kaminer scheidet am 26. 7. 32 in Bayern  
Kaiser 208 v 26. 7. 32 aus Bayern als Ehrenbürger & Reichs-  
Kommunikations- u. Post- u. Reichsverwalt. Beh. Vorstands-  
f. Bayern, Art 48, 1 f. d. H. Umfang d. Reichsvereins-  
überblick der u. f. d. Reichs-Kommunikations Beh. Fernrechtl. Ver-  
ständnis. f. d. Reichs-Kommunikations Beh. f. d. Reichs-Kommunikations Beh.  
die außer Landes am 26. 7. 32 in Bayern u. Reichsverwalt. Beh.  
entlassen (Verf. - L. Fol. VIII 182)

## Trauerfeier für Prof. H. Nawiasky

☼ St. Gallen, 16. August

Wie bereits berichtet, ist am letzten Freitag in St. Gallen Professor Dr. Hans Nawiasky im Alter von nahezu 81 Jahren den Folgen eines Schlaganfalls erlegen. Welches Ansehen dieser Rechtslehrer nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Oesterreich und Deutschland besessen hat, zeigte sich anlässlich der *Abdankung*, die am Mittwochvormittag in schlichter Form in St. Gallen stattfand. Neben *Rektor Dr. W. A. Ferid*, Dekan der Juristischen Fakultät der Universität München, *Ministerialdirektor Leusser* (München) als Vertreter der bayrischen Regierung, *Prof. U. Scheutner* (Bonn) im Namen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer und Landesamtsdirektor *Dr. E. Grabherr* als Vertreter der Vorarlberger Landesregierung sprach auch *Prof. G. Thürer* von der Handels-Hochschule als persönlicher Freund des Verstorbenen.

Das *Lebensbild* Nawiaskys, wie es sich aus diesen Ausführungen ergab, zeigt eine sehr bewegte Laufbahn, die von den weltpolitischen Ereignissen des letzten halben Jahrhunderts in tiefgreifender Art beeinflusst wurde. Nawiasky kam 1880 in Graz



als Sohn eines prominenten Opernsängers zur Welt und verbrachte seine Jugendjahre in Wien. Nach Frankfurt übersiedelt, besuchte er das dortige Humanistische Gymnasium, doch zog es ihn, den Oesterreicher, für seine Studien nach Wien zurück, wo er 1903 mit einer Dissertation «Die Frauen im österreichischen Staatsdienst» sich nicht nur den Doktorhut der Rechte erwarb, sondern auch die Aufmerksamkeit der damaligen k. k. Postverwaltung erregte, in deren Dienst er trat, bis ihm 1910 an der Juristischen Fakultät der Universität Wien eine Privatdozentenstelle angeboten wurde. Schon nach wenigen Jahren wurde

Landes Vorarlberg, seinen juristischen und staatsrechtlichen Rat in Anspruch genommen.

Durch seine *Publikationen* beeinflusste er das staatsrechtliche Denken im ganzen deutschsprachigen Gebiet des freien Westens. Professor Nawiasky hat sich seine Schaffenskraft bis ins hohe Alter erhalten: 20 Bücher und rund 250 weitere Publikationen nebst zahlreichen kleineren Aufsätzen stellen sein Lebenswerk dar, wobei seine fünfbandige «*Allgemeine Staatslehre*», deren letzter Band vor drei Jahren abgeschlossen wurde, im Vordergrund steht. Für Nawiasky war der Staat ein Dreifaches: ein Rechtsbegriff, eine soziologische Erscheinung und eine Idee. Ihm war der Föderalis-

mus Hauptgarant der Freiheit, wobei er in der Demokratie als wichtigsten Wesenszug nicht so sehr die Tatsache betrachtete, daß sehr viele Bürger bei der Willensbildung beteiligt sind, als vielmehr, daß sich die Höchstzahl von Staatsbürgern für die Geschicke ihres Gemeinwesens verantwortlich fühlen. Darum fühlte er sich auch zeitweilig der Institution der Landsgemeinde eng verbunden.

In Hans Nawiasky, den man zu den eigentlichen Begründern der politischen Wissenschaft zählen darf, hat die *St. Galler Handels-Hochschule* einen markanten Dozentenpersönlichkeit verloren. Ihren Einfluß im Rechtsleben sich noch lange geltend machen dürfte.

## Der Landwirtschaftstraktor im Straßenverkehr

### Die neuen Vorschriften des Straßenverkehrsgesetzes für landwirtschaftliche Motorfahrzeuge und Anhänger

Das Polizeikommando Zürich teilt mit:

Wegen der umfangreichen und komplizierten Materie kann das Straßenverkehrsgesetz (SVG) vom 19. Dezember 1958 nur etappenweise in Kraft gesetzt werden. Für verschiedene Belange gilt heute immer noch das Bundesgesetz über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr (MFG) vom 15. März 1932.

Auf den 1. August 1961 wurde der Bundesratsbeschuß (BRB) über landwirtschaftliche Motorfahrzeuge und Anhänger sowie gewerbliche Arbeitsmaschinen und Ausnahmefahrzeuge in Kraft gesetzt. Nachstehend möchten wir Sie über einige wesentliche Neuerungen orientieren:

Jugendliche unter 14 Jahren dürfen auf öffentlichen Straßen nicht mehr an das Steuer eines Traktors. Das Mindestalter für Traktorfahrer ist nunmehr auf 14 Jahre angesetzt worden. Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren benötigen ab 1. Januar 1962 zum Führen von landwirtschaftlichen Motorfahrzeugen auf öffentlichen Straßen einen Führerausweis und müssen sich einer theoretischen Prüfung über die Kenntnis der Verkehrsregeln unterziehen. Es ist beabsichtigt, den Oberstufenschülern die Möglichkeit zu geben, diese Prüfung im Anschluß an den polizeilichen Verkehrsunterricht in der Schule zu absolvieren.

Zu beachten ist, daß nicht nur der Lenker, der das vorgeschriebene Mindestalter noch nicht besitzt, bestraft wird, wenn er einen Traktor führt, sondern auch der Fahrzeughalter, der diese Fahrt zuläßt oder nicht verhindert.

An landwirtschaftlichen Motorfahrzeugen und Anhängern ist das Anbringen von *Rückstrahlern* oder *Rückstrahlbelägen* (rot) bis 1. Januar 1962 vorgeschrieben. Anhänger müssen zudem vorn zwei weiße Rückstrahler aufweisen. Am Zugfahrzeug sind zwei rote Schlußlichter und links am hintersten Anhänger ein rotes Schlußlicht (Laterne) erforderlich. Ab 1. August 1961 muß vom Beginn der Dämmerung an bis zur Tageshelle oder wenn die Witterung dies erfordert hinten links nunmehr rotes Licht vorhanden sein. Der Fahrzeughalter ist für die gute Sichtbarkeit der Schlußlichter

anzunehmen. *Bezüglich der Strafbestimmungen ist zu bemerken:* Wer an einem landwirtschaftlichen Motorfahrzeug Änderungen vornimmt, um die Geschwindigkeit über 20 km/Std. zu erhöhen, wird mit Haft oder mit Buße bestraft. Strafbar sind der Fahrzeugführer und der Halter, der den Gebrauch des geänderten Fahrzeuges wissentlich duldet. Der Halter, der ein landwirtschaftliches Motorfahrzeug wissentlich verwendet oder verwenden läßt, obwohl eine im Fahrzeugausweis vermerkte Plombe fehlt, wird, wenn keine Aenderung zur Geschwindigkeitserhöhung vorgenommen wurde, mit Buße bestraft. Er ist nicht strafbar, wenn das Fahrzeug der Behörde zum Ersetzen der Plombe angemeldet war.

Seit dem 1. Januar 1961 ist die Haftpflichtversicherung für landwirtschaftliche Motorfahrzeuge obligatorisch. Wer ein unversichertes Motorfahrzeug führt, wird mit *Gefängnis und Buße* bestraft, wobei die Buße mindestens der Jahresprämie der entsprechenden Haftpflichtversicherung gleichkommen muß. \*

ms. Die neuen Bestimmungen für den Gebrauch von landwirtschaftlichen Motorfahrzeugen mit Anhängern im allgemeinen Straßenverkehr, welche das Eidgenössische Straßenverkehrsgesetz enthält und die auf den vergangenen 1. August hin in Kraft gesetzt worden sind, wurden im Gebiet des Kantons Zürich vom kantonalen Polizeikommando dieser Tage den Besitzern von solchen Fahrzeugen, also der *bäuerlichen Bevölkerung*, in einem *Rundschreiben* mitgeteilt. Gleichzeitig gelangt das Polizeikommando an eine weitere Öffentlichkeit, die mit Grund darüber orientiert sein will, daß für die Benützung von Landwirtschaftstraktoren und Anhängerfahrzeugen nunmehr neue, gegenüber dem bisherigen Zustand strengere und die Strafsanktionen verschärfende Bestimmungen in Kraft sind. Von dieser Inkraftsetzung ist zu erwarten, daß sie bald ihre guten Früchte trägt, den Verkehr auf den Landstraßen und in den Dörfern sicherer gestaltet und nahe Unfälle verhüten hilft.

Es ist langem ein *Uebelstand*, daß landwirtschaftliche Traktoren innerorts und außerorts,

erst die Bänke der ersten Primarschulklassen drücken mochten, auf den hohen Sitzen der Traktoren thronen und das schwere, gefährliche Fahrzeug durch das Dorf, hinaus auf die Felder steuern. Wenn dieses benennbare, sehr mißliche Bild, das von einer *unverständlichen Sorglosigkeit*, ja Verantwortungslosigkeit der Eltern dieser Kinder zeugt, nunmehr von den Straßen unserer Landschaft verschwinden wird, so wird damit wenigstens eine der zahlreichen *Unfallursachen* aus der Welt geschafft, denen sich ein Verkehrsteilnehmer Tag für Tag ausgesetzt sieht.

Entscheidender aber noch ist es, daß die Jugendlichen, denen die Führung eines Traktors gestattet ist, jene *Burschen und Mädchen zwischen vierzehn und achtzehn Jahren*, denen in zahlreichen Fällen die Lenkung dieser Fahrzeuge anvertraut wird, künftig eine *Fahrprüfung* abzulegen haben. Daß bei Jugendlichen die Fahrprüfung für die Lenkung von landwirtschaftlichen Motorfahrzeugen erst jetzt zum Obligatorium erklärt wird, ist im Grunde genommen das Eingeständnis einer *Leichtfertigkeit*, die sich die Behörden bisher haben zuschulden kommen lassen. Die Unglücksfälle sind zahlreich genug, die ihre eigentliche Ursache in dieser Leichtfertigkeit haben. Es ist angesichts solcher Unfälle übrigens unverständlich, weshalb nicht schon früher, bevor die neuen Bestimmungen des Straßenverkehrsgesetzes in Kraft gesetzt werden konnten, gegen die unverantwortliche Benützung von Traktoren durch des Lenkens nicht genügend kundige Jugendliche und auch Erwachsene vorgegangen worden ist — eine Maßnahme, die sich angesichts des rasch zunehmenden Straßenverkehrs schon vor Jahren hätte verantworten lassen. Es wäre lediglich nötig gewesen, die bisher geltende Bestimmung, daß eine Fahrprüfung zu erlegen habe, wer mit seinem Traktor am *eigentlichen Ueberlandverkehr* teilnehmen oder gar in eine Stadt fahren wollte, auf alle jene auszudehnen, die eine Strecke weit auf der öffentlichen Straße fahren müssen, um ihre Aecker und Felder zu erreichen. Denn gerade mit solchen Fahrern an Dorfeingängen und -ausgängen trugen und tragen sich, wie die täglichen Unfallberichte zeigen, die Unglücksfälle zu.

Richtig und in den Folgen hoffentlich heilsam ist es auch, daß das neue Gesetz den Bauern nun verbietet, auf dem Traktor mehr Personen mitzuführen, als Sitz- und Stehplätze vorhanden sind, oder die Mitfahrer auf Anhängern und deren Ladung zu verfrachten, die nicht dazu geeignet sind. Wer durch die Dörfer fährt, kann immer wieder feststellen, daß die Mitfahrer, meist Kinder und Halbwüchsige, wie *Trauben an den Traktoren* hängen, die von den Vätern oder Müttern gesteuert werden. Dabei geschieht es nicht selten, daß der Lenker, etwa der Vater, ein *Kleinkind* in seinem linken Arm hält, während er mit der rechten Hand das Fahrzeug lenkt. Daß ihm bei solchem Hüterdienst, der ihn sichtlich behindert, die Sicherheit beim Lenken abgeht, ist offenbar, und so braucht man nur in den *Unfallchroniken der Tagespresse* nachzuschlagen: es vergeht kaum eine Woche, daß nicht ein Unglück sich ereignet, sei es, daß der Vater das Kind angesichts einer unerwarteten Verkehrssituation aus dem Arm fallen

Nawiasky zum Ordinarius befördert, doch unterbrach der Erste Weltkrieg seine vielversprechende Dozentenlaufbahn.

Im Dienste der k. k. Feldpost leistete er Militärdienst, wobei er als *Feldpostdirektor einer österreichischen Armee in Rumänien* den Zusammenbruch der Doppelmonarchie erlebte. Es gelang ihm als Oberstleutnant, das Gros der österreichischen Truppen geschlossen aus Rumänien nach Oesterreich zurückzubringen.

Bereits 1914 hatte ihn ein Ruf an die *Ludwig-Maximilians-Universität in München* erreicht, dem er nun im Jahre 1920 Folge leistete; er las dort öffentliches Recht. 1928 wurde sein Extraordinariat in einen ordentlichen Lehrstuhl umgewandelt.

In München mußte Hans Nawiasky, dessen Interesse sich schon frühzeitig föderalistisch-demokratischen Ideen zuwandte, mit ansehen, wie Hitler und seine Gefolgsleute im deutschen Volke mehr und mehr Einfluß gewannen. Als *unermüdlicher Warner* wies er auf die Gefahren hin, die ein braunes Regime mit sich bringen würde. Daß ihm das den Haß der Nazi eintrug, liegt auf der Hand, und es kam vor, wie ein Biograph Nawiaskys zu berichten weiß, daß dieser einen geladenen Revolver auf dem Katheder liegen hatte, während er Vorlesung hielt. Mit der Machtübernahme durch Hitler verlor der unerschrockene Rechtslehrer seinen Lehrstuhl in München und kam im Frühjahr 1933 als *politisch Verfolgter in die Schweiz*, wo er zuerst in Krenzligen, dann in St. Gallen Wohnsitz nahm. Durch Vermittlung von Rektor Dr. W. Hug wurde ihm ein Lehrauftrag an der damals noch recht kleinen *Handels-Hochschule* für öffentliches Recht erteilt. Später entstand daraus ein Extraordinariat, und 1945 wurde Nawiasky Ordinarius, eine Stelle, die er bis zum Jahre 1955 innehatte. Daneben rief er 1938 das der Handels-Hochschule angegliederte *Schweizerische Institut für Verwaltungskurse* ins Leben, dessen Leitung er bis zu seinem Heimgang innehatte. Ueber hundert Verwaltungskurse wurden unter seiner Aegide durchgeführt, wobei Hans Nawiasky sich nicht nur als gewandter Organisator erwies, sondern durch seine Themen- und Referentenwahl auch bewies, in welchem hohen Maße er sich ein Verständnis für die praktischen Fragen unseres schweizerischen Staatswesens erarbeitet hatte.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde ihm erneut ein Lehrstuhl an der Universität München angeboten. Allein Nawiasky blieb seiner Wahlheimat und der Handels-Hochschule St. Gallen treu. Doch verstand er es, durch Übernahme einer *Professur in München* auch die dortigen Beziehungen wieder frisch anzuknüpfen. Nahezu bis an sein Lebensende fuhr darauf der unermüdlige Gelehrte und Dozent alle vierzehn Tage nach München, um seinen dortigen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Es spricht für das Ansehen, das der Staatsrechtler schon bei Kriegsende genoß, daß er auf Wunsch der amerikanischen Besetzungsbehörden von der bayrischen Regierung zur *Mitarbeit* an der Schaffung einer *bayrischen Verfassung* gezogen wurde und auch später der bayrischen Regierung und dem Landtag als *Rechtsberater* zur Verfügung stand. Daneben haben aber auch österreichische Instanzen, vor allem die *Regierung* des

antwortlich. Landwirtschaftliche Fahrzeuge außerhalb des Bereiches einer genügenden Straßenbeleuchtung auf der Straße abgestellt werden, müssen auf der dem Verkehr zugewandten Seite mit einem nach hinten rot, nach vorn weiß leuchtenden Licht versehen sein.

Richtungsänderungen sind durch Handzeichen oder mit einer Kelle oder mit Richtungsanzeigern anzukündigen. Werden sichthemmende Ladungen, oder Anhänger befördert, muß ab 1. Januar 1962 eine geeignete Kelle mitgeführt werden, um damit das Abbiegen nach links anzuzeigen, sofern das Fahrzeug nicht mit einem Rückspiegel und Richtungsanzeiger ausgerüstet ist.

Es dürfen an einem *Zweiachstraktor nur noch zwei landwirtschaftliche Anhänger mitgeführt werden*. Die Breite der Anhänger darf mit der Ladung 2,5 Meter erreichen; lose beförderte Ladungen, wie Heu und Stroh, dürfen bis 3,5 Meter breit sein.

Auf landwirtschaftlichen Motorfahrzeugen und Anhängern dürfen nur noch das *Arbeitspersonal und Familienangehörige* des Betriebsinhabers oder seiner Arbeitnehmer mitgeführt werden. Mitfahrende dürfen nur auf eingerichteten Sitz- und Stehplätzen und, soweit dies gefahrlos möglich ist, auf der Ladebrücke oder der Ladung Platz nehmen. *Vorschulpflichtige Kinder* dürfen auf landwirtschaftlichen Motorfahrzeugen und Anhängern *nur mitgeführt werden, wenn sie von einem mehr als 14 Jahre alten Mitfahrenden beaufsichtigt sind; die Aufsicht durch den Führer genügt nicht*.

Der Verwendungsbereich der landwirtschaftlichen Motorfahrzeuge entspricht im großen und

regem, oft sehr dichten Verkehrs, auf diesen Fahrzeugen zirkulieren konnten, ohne daß die Fahrer dieser Fahrzeuge sich über deren *genügende Beherrschung* und über die *ausreichende Kenntnis der Verkehrsregeln* vorher hatten ausweisen müssen. Jeder Automobilist hat selbst schon die kitzlige, oft nur dank Glück und äußerster Mühe nicht mit einem schweren Unfall endende Erfahrung gemacht, daß Traktoren, mit oder ohne Anhänger, oft unvermittelt aus *Feldwegen*, meist an unübersichtlichen Stellen, *in die Landstraße einbiegen*, ohne daß die Lenker einen Sicherheitshalt eingeschaltet oder eine entsprechende Warnung abgegeben hätten. Ebenso oft kommt es vor, daß die Bauern von den Vorplätzen ihrer Höfe auf die Straße ausfahren oder aus der Straße auf diese Vorplätze abbiegen, ohne die erforderlichen Zeichen zu geben, ja ohne überhaupt dem übrigen, weit rascheren Verkehr die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Alle diese *Unterlassungen* lassen darauf schließen, daß den Fahrern von solchen Gefährten die Verkehrsregeln, die jeder andere Fahrzeuglenker beherrschen muß, nicht oder nur ungenügend vertraut sind. Wenn hier nun als Folge der neuen Gesetzesbestimmungen eine Besserung eintritt, so wird das von allen Straßenbenutzern nur lebhaft begrüßt.

Eine *Verbesserung der Verhältnisse* wird sich zweifellos auch dadurch nun erreichen lassen, daß es *Kindern unter vierzehn Jahren* künftig verboten ist, einen Traktor zu lenken. Viele Auto- und Motorradfahrer mußten bisher immer wieder mit Erstaunen und oft zu ihrem Entsetzen wahrnehmen, daß selbst kleine Kinder, die vielleicht eben



Ein typischer Unfall, wie er sich zwischen Auto und landwirtschaftlichem Motorfahrzeug oft ereignet

*läßt*, wobei die Räder des Traktors den kleinen Körper zerquetschen, oder daß das Fahrzeug, das über Hänge und Gräben ins Feld hinaus gelenkt wird, *umkippt und Vater mit Kind unter sich begräbt*. Auch gegen solche Verantwortungslosigkeiten der Eltern wird das neue Gesetz nun den Riegel schieben. Alle Bestimmungen aber sind zwecklos, wenn die *Polizei* sich nicht dazu entschließt, ein scharfes, wachsames Auge auf ihre strikte Durchführung zu halten und *gegen den geringsten Verstoß unnachsichtlich vorzugehen*. Ein Gesetz ist genau so viel wert wie die Polizei, die ihm Nachachtung verschafft.

## Verkehr

### Autoflüge von England nach der Schweiz

(*eg-Tel.*) Die *«Channel Air Bridge Co.»*, ein privates englisches Luftfahrtunternehmen, das der *«British United Airways»*-Gruppe angehört und seit einigen Jahren von Southend an der Themsemündung aus im Verkehr mit dem Kontinent tätig ist, hat soeben von der zuständigen britischen Behörde neue Lizenzen für den *Flugverkehr mit Basel und Genf* zum gemischten Automobil- und Personentransport zugesprochen erhalten. Vorbehältlich der Genehmigung der schweizerischen Regierung hofft die Gesellschaft, in der nächsten Sommersaison speziell umgebaute Douglas DC-4 für den Transport von fünf bis sechs Automobilen und bis zu 23 Passagieren im neuen Flugdienst einsetzen zu können, der wöchentlich auf beiden Routen maximal fünf Flüge in beiden Richtungen umfassen soll. Kleinautos bis zu 3 Meter 36 Länge sollen zum billigen Preis von 7 Pfund oder 85 Fr. 40 nach Basel und 8½ Pfund nach Genf befördert werden, mittelgroße bis zu 4 Meter 12 zu 12½ und 14 Pfund und größere Automobile zu 17 und 18½ Pfund. Für die Passagiere sind die Tarife der großen Fluggesellschaften gültig.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß direkte Autoflüge nach Basel und Genf einem Bedürfnis vieler Automobilisten entsprechen, weil ihnen damit eine ganze Tagesreise auf dem Weg in die Ferien in der Schweiz, Südfrankreich und auch Italien erspart werden kann. Die französische Regierung hat sich bisher geweigert, ihre Zustimmung zur Automobiltransporten tiefer nach Frankreich hinein zu geben, in der Meinung wahrscheinlich, die Automobilisten blieben längere Zeit in Frankreich, wenn sie auf den Flugplätzen in der Nähe des Aermelkanals abgesetzt werden. Die Meinung, daß Frankreich damit größere Touristeneinnahmen gesichert werden können, erscheint fragwürdig, da die Reise nach der Schweiz schließlich nur einen Tag erfordert. Der Leiter der *«Channel Air Bridge Co.»* hat zu verstehen gegeben, daß eine *prinzipielle Zustimmung* zur Aufnahme direkter Flüge nach Basel und Genf *seitens der schweizerischen Regierung* schon vorliege.

### Der Zustand der Alpenpässe

ag Der Automobilclub der Schweiz und der Touring-Club der Schweiz teilen mit, daß der Grimselpaß und der Sustenpaß zurzeit nur mit Ketten befahrbar sind.

en dabei

## n eine Lösung

m konkrete Ergebnisse bringen

o Bode

allem Kraft, rische nmen- Van- ssocia- mwehr Diese politi- ressen- schaft. prote- ß eine te pro- (zwei oliken)

ntwortung behalten, noch sie allein der protestantischen Mehrheit zurückgeben, die sie früher parteiisch mißbraucht hat.

Die Wiedervereinigung ist ein Zukunftsproblem; nur die IRA sagt „sofort“, und nur die extreme protestantische Rechte sagt „niemals“. Die SDLP hat sich als ihren Konferenzbeitrag, obwohl sie selber nicht teilnimmt, gerade für ein britisch-irisches Kondominium über Nordirland als ersten Schritt zur Wiedervereinigung erklärt.

Von der Konferenz werden nicht eigentliche Ergebnisse erwartet. Dazu ist der Teilnehmerkreis zu begrenzt und die Kluft zwischen protestantischen und katholischen politischen Vorstellungen zu tief. Eher wird für wahrscheinlich gehalten, daß London, nachdem es alle nordirischen Meinungen innerhalb und außerhalb der Konferenz abgewogen hat, eine Lösung von oben verordnet, die sich im großen und ganzen an die dargelegten Grundsätze halten würde.

z teil- ei, seit i-Drit- ionelle tischen is die n und rsucht n kann, tei, die Arbei- en be-

ien in (haften) rischen ertikal n.

ien an ehmen nanz hat ungen rlands g der direk- März

Kom-

e zah- so in ischen rkung

die in- oliken leich- kraß

er iri- ftigen hdem zwit- „be- Lon- n die wenn g das

tigen e den uben nord- g der ystem reich- n der eben tska- ihei-

n Be- soll- schen vend- Ver-



WILHELM HOEGNER mit politischem „Nachwuchs“: Der alte Staatsmann holte jüngere Kräfte für Reformpolitik heran, so zum Beispiel Hans-Jochen Vogel. Photo: SZ-Archiv

## Unbequemer Außenseiter als Eckstein Bayerns

Der 85jährige Wilhelm Hoegner wahrt eine große Tradition und mahnt zu weiser Politik für die Zukunft

Von unserem Redaktionsmitglied Immanuel Birnbaum

Erst vor zwei Jahren hat er sich aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen, nachdem er ein Vierteljahrhundert lang eine Vordergrundsfigur der bayerischen Politik gewesen war. Am 23. September vollendet Wilhelm Hoegner, der zweimal in entscheidenden Jahren bayerischer Ministerpräsident gewesen ist und zum Mitschöpfer der bayerischen Verfassung wurde, das 85. Lebensjahr.

Er kann an seinem Geburtstag auf ein inhaltvolles, ein erfolgreiches, aber ein manchmal auch hartes und gefährvolles Leben zurückblicken. In seinen eigenen Erinnerungen bezeichnet er sich im Rückblick auf harte Kämpfe mit politischen Gegnern, aber auch auf Auseinandersetzungen in der eigenen Partei als einen „unbequemen Außenseiter“. Historiker ordnen seine Leistung und sein Schicksal heute anders ein. „Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, er ist zum Eckstein geworden“, heißt es in einem Psalmwort, das auf ihn paßt. Hoegner gilt auch einer jüngeren Generation über die Parteigrenzen hinweg als einer der Väter des bayerischen Freistaates.

Noch in den Zeiten der Monarchie stieß der junge Rechtsstudent zur bayerischen Sozialdemokratie. Es ist bezeichnend, daß er sich mit seinem ersten Angebot zur Mitarbeit an den Parteiführer Georg von Vollmar wandte, der damals schon vom radikalen Ideologen zum praktischen Reformpolitiker geworden war. Der Sohn eines kleinen Eisenbahnbeamten, Hoegner, war aus demselben Holze geschnitzt wie Vollmar, der ehemalige Offizier und rechenhafte Volkstribun. Was der Jüngere für die politische Arbeit mitbrachte, war außer warmem sozialem Gefühl eine gründliche juristische Vorbildung. Als Werkstudent war er der Beste seines Jahrgangs in der Prüfung für den höheren bayerischen Justiz- und Verwaltungsdienst geworden. Etliche Jahre hindurch konnte er dann auch als Staatsanwalt und Richter in München praktische Erfahrungen sammeln. Er nutzte sie, als er 1924 zum erstenmal in den bayerischen Landtag gewählt worden war.

Von Wilhelm Hoegner stammt der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Hintergründe des Hitler-Putsches von 1923. In diesem Ausschuß trug er dann fleißig und mutig dazu bei, Verbindungen von Schwerindustrie, Reichswehr und Polizei zu den Nationalsozialisten aufzudecken. 1930 schickte ihn seine Partei in den Reichstag, und auch dort gehörte er zu den unerschrockensten Kämpfern gegen das braune Unheil — auch dann noch, als seine

Reden gegen die gewalttätigen Nazi schon lebensgefährlich waren.

So mußte er 1933 zu Fuß über das Karwendelgebirge nach Österreich fliehen und schon ein Jahr später, als die Demokratie auch dort zusammenbrach, weiter in die Schweiz. Dort erwarb er karges Brot für sich und die Seinen als Schriftsteller und Übersetzer. Zusammen mit dem gleichfalls auf Schweizer Boden verschlagenen früheren Münchner Staatsrechtler Professor Nawiasky arbeitete er damals auch bereits an der Vorbereitung einer neuen Verfassung für den bayerischen Freistaat. Er übernahm dafür manche Anregungen aus dem föderalistischen Staatsrecht der Eidgenossenschaft, suchte aber auch Grundsätze einzufügen, die aus sozialistischem Ideengut stammen, etwa Ansätze zum Schutz unserer Umwelt gegen Zerstörung durch industrielles Profitstreben.

### Ein zuverlässiger Demokrat

Sofort nach dem Kriege nach München zurückgekehrt, wurde Hoegner hier im April 1945 von der amerikanischen Militärregierung zum bayerischen Ministerpräsidenten ernannt. Die Besatzungsbehörden hielten ihn mit Recht für einen verlässlichen Demokraten, aber seinen sozialistischen Wirtschaftsansichten trauten sie nicht ganz. Hoegner hat kürzlich anlässlich des 75. Geburtstags von Ludwig Erhard erzählt, wie ihm dieser liberale Nationalökonom deswegen als Bremser an die Seite gesetzt wurde.

Bei der Umbildung der bayerischen Regierung Ende 1946 wurde Hoegner Justizminister im Koalitionskabinett Ehard. Als solcher lichtete er die Reihen alter Nationalsozialisten im bayerischen Justizapparat. Auch eine Reihe von Einzelgesetzen trug seine Handschrift, etwa das bayerische Pressegesetz, das in vielen Bestimmungen immer noch fortschrittlicher ist als das Presserecht anderer Länder.

Innerhalb der eigenen Partei stieß Hoegner damals auf Schwierigkeiten von zwei Seiten her. Im bayrischen Landesverband der SPD herrschte Unlust an der Fortsetzung der Koalition mit der CSU, die er selbst für das kleinere Übel gegenüber einer Alleinregierung der CSU hielt. In der Bundeszentrale der Partei mißfiel Politikern wie Kurt Schumacher sein entschiedener Föderalismus, der die Eigenständigkeit der bayrischen Rechte gegen übermäßige Zentralisierung verteidigte. Im Herbst 1947 mußte er mit den anderen sozialdemokratischen Ministern aus der bayrischen Regierung zurücktreten, aber 1950 kehrte er als Innenminister und stellvertreten-

der Ministerpräsident in die Regierung Ehard zurück.

Ende 1954 gelang es dem sozialdemokratischen Fraktionsführer im Landtag, Waldemar von Knoeringen, eine neue Regierungsmehrheit gegen die CSU zustandezubringen. Zum Ministerpräsidenten dieser „Viererkoalition“ aus SPD, Bayernpartei, FDP und der damals noch zahlenmäßig ansehnlichen Flüchtlingsgruppe BHE schlugen alle Beteiligten Hoegner vor. Diese Kombination hielt sich aber keine drei Jahre, und 1957 trat Hoegner zum zweiten Male als Regierungschef zurück. Sein Nachfolger wurde der frühere Wirtschaftsminister Hans Seidel von der CSU, und seither hat diese Partei das Regierungsruder nicht mehr abgegeben. Hoegner konnte nur noch von den Oppositionsbänken her ein wenig Einfluß auf die bayrische Politik nehmen. Fünf Jahre lang blieb er Fraktionsvorsitzender der SPD; 1962 trat er auch von dieser Funktion zurück und war dann einige Jahre lang noch Vizepräsident des Landtages.

Die Ergebnisse von Wilhelm Hoegners Wirksamkeit stehen nicht nur im bayrischen Staats- und Verwaltungsrecht, sie blieben auch in der politischen Linie seiner Partei in diesem Lande lebendig. Der charaktervolle aber undogmatische alte Staatsmann zog immer wieder jüngere Kräfte an, die seine sachliche Reformpraxis fortsetzten und ausbauten. Zu ihnen gehörten Männer wie der Justizminister seines letzten Kabinetts, Fritz Koch, und der Mitarbeiter der Staatskanzlei bei der Ordnung des bayrischen Verwaltungsrechts, Hans-Jochen Vogel, der dann in den Dienst der Stadt München trat. Im Kampf um die Stellung von Vogel hat Hoegner diesen Vertreter eines konstruktiven Reformsozialismus denn auch energisch unterstützt.

Seit dem letzten Jahr ist der Jubilar durch eine schwere Störung seines Augenlichts behindert. Der geistig und ansonsten auch körperlich rüstige Mann nahm trotzdem weiter an politischen Auseinandersetzungen teil. Er war es, der in kritischen Stunden die Erinnerung an seinen Meister Vollmar beschwor und die Lehren der harten Jahre vor dem Zusammenbruch der deutschen Demokratie und nach dem Beginn des Wiederaufbaus in Erinnerung rief.

Wie das Altertum sich seine Schilderer der Vorzeit und Propheten der Zukunft als körperlich blinde, aber geistig hellwache Gestalten vorstellte, so wirkt unter seinen Landsleuten heute Wilhelm Hoegner als Träger einer großen Tradition und Mahner zu entschiedener, aber zugleich maßvoll weiser Politik für die Zukunft.

## Der freiheitliche Rechtsstaat

Von Hans Nawiasky

Prof. Dr. Hans Nawiasky, Dozent an der Handelshochschule St. Gallen, veröffentlicht unter diesem Titel einen Beitrag im Juliheft 1960 der in München erscheinenden Zeitschrift «Politische Studien». Anlässlich des 80. Geburtstages, den der bekannte Rechtsgelehrte am 21. August feiern kann, geben wir nachfolgend den zweiten, am deutschen Grundgesetz exemplifizierenden Teil seiner Arbeit wieder.

Red. der «NZZ»

Es ist merkwürdig, daß die Bedeutung des Freiheitsprinzips für den Rechtsstaat nach ihrer fundamentalen Seite nicht eigentlich voll erkannt worden ist. Das kommt besonders darin zum Ausdruck, daß man regelmäßig vom Rechtsstaat schlechthin, nicht von einem freiheitlichen Rechtsstaat gesprochen hat. Das Epitheton «freiheitlich» ist als nähere Qualifikation des Rechtsstaates erst üblich geworden, seitdem man in der neueren Entwicklung die Periode des totalitären Staates erlebt und glücklicherweise da und dort überwunden hat. Wie ist diese Präzisierung des Rechtsstaatsbegriffs als ein spezifisch freiheitlicher zu erklären?

Offenbar hat man seinerzeit beim Übergang vom Polizeistaat zum Rechtsstaat den entscheidenden Fortschritt in der stärkeren Bindung der Behörden, nicht in der Verstärkung der individuellen Freiheit erblicken zu müssen geglaubt, vielleicht, weil man eine Entwicklung im Sinne der Gefährdung der letzteren überhaupt für ausgeschlossen hielt. Es bedurfte erst der bitteren Erfahrungen des totalitären Diktaturstaates, um die Augen für die Notwendigkeit besonderer Vorkehrungen für die unbedingte Sicherstellung des hohen Gutes der persönlichen Freiheit zu öffnen. Worin hatten sich nämlich die katastrophalen Auswirkungen dieses verdammungswürdigen Systems gezeigt, bzw. wie waren sie überhaupt möglich geworden? Es war nicht unbedingt die Aufhebung des formalen Grundsatzes der Mitwirkung der Rechtsunterworfenen an der Schaffung der Gesetze. Denn dieses Prinzip konnte man an sich ja ohne weiteres beibehalten, weil man genug Druckmittel besaß, um das Volk bzw. seine Vertreter dazu anzuhalten, so abzustimmen, wie es dem Regime genehm war. Selbst die Verfassungsbestimmungen einschließlich der individuellen Grundrechte waren dagegen nicht gefeit. Auf diesem Wege konnte man sich auch die Vollmachten verschaffen, mit deren Hilfe man dann äußerlich-formal legitimiert war, Regierungsverordnungen welchen Inhalts immer zu erlassen. Man denke nur an das ominöse Ermächtigungsgesetz des Jahres 1933.

Auch die zweiseitige Verbindlichkeit der Rechtsnormen brauchte nicht aufgehoben oder eingeschränkt zu werden, da man ihnen eine so weitmaschige Formulierung geben konnte, daß mit ihnen alles zu erreichen war, was immer man erreichen wollte. Kurzum alle Errungenschaften, mit denen man im Gegensatz zum Polizeistaat die rechtliche Position des Individuums sicherzustellen

ausgesprochen. Was im weiteren die in die Verfassung aufgenommenen einzelnen Grundrechte betrifft, wird in Art. 19 Absatz II die außerordentlich wichtige Generalklausel angebracht, daß in keinem Fall ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden darf. Dadurch erhalten alle Grundrechte ohne Unterschied, selbst wenn das Grundgesetz gewisse Einschränkungen zuläßt, eine Garantie ihres Minimalgehaltes, der jedem Zugriff der Staatsgewalt entzogen wird. In diesem Zusammenhang gehört auch das Verbot individueller Durchbrechung der Grundrechte gemäß Art. 19 Abs. I. Weiter ist sehr beachtlich, daß eine eminente Gefahr für die Aufrechterhaltung der Grundrechte dadurch beseitigt worden ist, daß das GG keine Notverordnung kennt, wie sie die Weimarer Verfassung durch ihren Art. 48 zuließ. Und schließlich ist noch zu erwähnen, daß ein grundgesetzlich vorgesehener Rechtsgut durch eine Aenderung des GG nur dann geschmälert werden kann, wenn dafür eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Bundestags und der Stimmen des Bundesrates erzielt worden ist, wobei insbesondere die qualifizierte Mehrheit in der Ländervertretung sehr beachtlich ist.

Abgesehen von diesen unerschütterlichen oder wenigstens schwer zu erschütternden Barrieren für den Schutz der individuellen Freiheit kennt das GG noch eine ganze Fülle von Sicherheitsvorkehrungen, sozusagen für den Normalfall, welche die Möglichkeit von Mißgriffen auf ein Mindestmaß zurückzuschrauben bestrebt sind.

In diesem Zusammenhang sind zu erwähnen der unbedingte Ausschluß rückwirkender oder mehrmaliger Strafbarkeit wegen derselben Straftat, die Erweiterung des Schutzes gegen Freiheitsentziehung oder Freiheitsbeschränkung, die Erschwerung von Eingriffen in die Freizügigkeit, die Sicherung der Unverletzlichkeit der Wohnung, die Erweiterung der Pressefreiheit, der Freiheit der Meinungsäußerung und der ungehinderten Selbstinformation, der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, die Garantie der ungehinderten Wahl von Beruf und Arbeitsplatz, die ausdrückliche Anerkennung des Rechtes auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die Ausdehnung der verbindlichen Kraft der Rechtssätze unmittelbar auf Verwaltung und Rechtspflege, die Verallgemeinerung des richterlichen Schutzes unter Beseitigung des Sich-begnügen-Müssens mit bloßem Verwaltungsschutz, der Ausbau des Rechts auf persönliche Gleichheit, insbesondere auch für beide

Parten Rechtsgrundsätze als solche eine absolute Garantie für die Verwirklichung des angestrebten Idealzustandes bieten, es muß dazu der rückhaltlose Wille aller Beteiligten, der Bürger und der Staatsorgane, kommen, sich tatkräftig und bedingungslos für diese Verwirklichung einzusetzen. Nur dann kann ein Zustand erreicht werden, um den die Zeitgenossen Neid und Bewunderung aller früheren Geschlechter verdienen; nur dann wird man sagen können, daß der angestrebte Höhenstand des freiheitlichen Rechtsstaates erreicht ist, um den die besten Staatsdenker gerungen haben.

Worin aber besteht nach dem Gesagten das Wesen des freiheitlichen Rechtsstaates? Nicht nur, wodurch der Rechtsstaat an sich charakterisiert war, in dem beherrschenden formellen Prinzip der Autonomie der Rechtsunterworfenen, sondern in der jedem Eingriff entzogenen materiellen Sicherstellung der individuellen persönlichen Freiheit. Damit berührt er sich aber mit einem anderen Prinzip von höchster moralischer Qualität, nämlich mit jenem der Gerechtigkeit. Wie steht es damit?

Der alte, schon aus sprachlichen Gründen nahegelegene Gedanke der Zusammengehörigkeit von Recht und Gerechtigkeit führt zu der Forderung, daß die Rechtsordnung ihrem Inhalt nach der Gerechtigkeit entsprechen sollte. Man gibt sich nicht damit zufrieden, daß in einem Staatswesen die strenge Bindung aller Staatsfunktionen an die objektiven Rechtsvorschriften verbürgt ist. Was kommt dabei heraus, wenn diese objektiven Vorschriften ihrem Inhalt nach der sittlichen Forderung ins Gesicht schlagen und nun mit unbarmherziger Konsequenz erfüllt sein sollen? Das wäre wahrhaftig ein höchst unerfreulicher Zustand, auf den man gerne verzichten wollte. Ganz anders ist es, wenn diese strenge Bindung an das Recht mit der Verbürgung der Gerechtigkeit verknüpft ist. Ein derartiger der Gerechtigkeit verpflichteter Staat kann erst Anspruch auf höchste Werthaltung erheben, und daraus leitet sich ein weiterer, zweiter Begriff des Rechtsstaates ab, zu dessen Wesen diese Verpflichtung auf die Gerechtigkeit gehört.

Nebenbei bemerkt ergibt sich daraus die Folgerung, daß nicht der Staat an sich dem Erfordernis der Gerechtigkeit entspricht, wie von manchen höchst oberflächlichen Idealisten behauptet wird, daß es vielmehr ungerechte Staaten gibt, denen gegenüber Kritik, je nach Umständen strengste Kritik am Platze ist. Man hüte sich also davor, den Staat schlechthin, also jeden Staat, als Verkörperung der Gerechtigkeit anzubeten; diese Qualifizierung muß erst durch strenge Prüfung als zutreffend erwiesen werden. Dazu gehört aber die materielle Sicherstellung der individuellen persönlichen Freiheit, mit anderen Worten die Ausstattung mit den Qualitäten des freiheitlichen Rechtsstaates, die im Vorausgegangenen entwickelt worden ist. Denn ein Staat, in dem die individuelle Freiheit nicht verbürgt ist, bietet keine Gewähr für die Gerechtigkeit, die einzelnen Menschen sich in ihrem

## Die Furka-Oberalp-Bahn unter eigener Direktion

He. Seit Jahren wurde die Furka-Oberalp-Bahn (FO) von der Direktion der Visp-Zermatt-Bahn mit Sitz in Erig geleitet. Diese Betriebsgemeinschaft empfahl sich sowohl aus technischen als auch aus finanziellen Gründen. Es handelt sich um einen großen Schmalspurstrang mit durchgehendem Verkehr und anstauschbaren Wagen. Bekannt ist der von St. Moritz bis Zermatt durchgehende Gletscherexpress. Auch der Einkauf und Unterhalt des Materials, die Propaganda, der Verkehr mit den Behörden und Kunden usw. läßt sich mit Vorteil gemeinsam besorgen. Die VZ weist einen allgemeinen Verwaltungsaufwand von jährlich rund 450 000 Fr. aus, wovon die FO rund ein Drittel beiträgt.

Die FO ist der größte Zuschußbetrieb unseres Landes. Ihre jährlichen Betriebsausgaben von 2½ Millionen Franken können nur zu drei Fünfteln aus den Betriebsinnahmen gedeckt werden. Die Kantone haben 120 000 Fr. an den Fehlbetrag beizusteuern, der Bund eine Summe, die sich zwischen ¼ und 1 Million Fr. bewegt. Darüber hinaus wächst der Fehlbetrag (Amortisation und Erneuerungsrückstellung) Jahr für Jahr um einige hunderttausend Franken an. Es liegt der Bericht einer Expertenkommission vor, der zum Schluß kommt, daß die Bahn, wenn nicht überhaupt stillgelegt, so mit einem Aufwand von über 7 Mill. Fr. erneuert werden muß. Ein Geschäft wird sie wohl nie werden; selbst zur Zeit des Baues des Grimselwerkes, als außerordentliche Baumaterialtransporte stattfanden, schlug die FO nicht einmal ihre Betriebskosten heraus. Es war immerhin ein Trost, daß sie so sparsam verwaltet wurde, was nur unter der Gemeinschaftsdirektion möglich war.

Was sind nun die Gründe für die Trennung? Es wird ins Feld geführt, eine Defizitbahn wie die FO lasse sich nicht zusammen mit einer Überschubbahn durch die VZ verwalten. Die größte Gemeinschaftsdirektion verschiedener Privatbahnen, diejenige der Bern-Lötschberg-Simplon-Bahn, hat Bahnen und Dampfschiffe, Überschub- und Verlustbetriebe unter ihren Fittichen. Es ist noch niemandem eingefallen, zum Beispiel für das Gürbetal eine eigene Direktion zu verlangen, weil gerade dieser Betrieb defizitär ist und irgendwie zu kurz käme. Auch die Direktionen der Berner-Oberland-Bahn und der Bodensee-Taggenburg-Bahn besorgen die Geschäfte verschiedenster Gesellschaften. Bei den Eisenbahnsanierungen der letzten Jahre war es gerade das Eidgenössische Amt für Verkehr, das mit vollem Recht darauf drängte, daß die zu unterstützenden Bahnverwaltungen ihre Direktionen, Werkstätten usw. zusammenlegten. Erinnert man sich dieser bisweilen sehr schweren und auch heute noch nicht vollständig durchgestandenen Kämpfe, so fällt einem der Beschluß des Verwaltungsrates der FO, eine eigene Direktion zu schaffen, ganz besonders auf. Dieser Verwaltungs-

geglaubt hatte, erwiesen sich als trügerisch, weil absolut unzureichend. Um einen hieb- und stichfesten Schutz gegen derartige unerwünschte und unerträgliche Eingriffe aufzurichten, konnte man sich mit noch so gut ausgedachten *formellen* Barrieren nicht begnügen, sondern mußte vielmehr unantastbare *materielle* Prinzipien festlegen, deren Widerstandskraft nicht zu erschüttern war. Mit anderen Worten, man mußte absolut sachliche Garantien für die persönliche Freiheit schaffen, ein Ziel, das durch das Prinzip des Rechtsstaates an sich nicht zu erreichen war, sondern die Sicherstellung des *freibürgerlichen* Rechtsstaates dringend erforderte. Jetzt erst tritt das hohe Gut in helles Licht, welches durch das in Erörterung stehende Beiwort zum Ausdruck gebracht wird.

Welches sind die erforderlichen Kautelen? Um über diese Klarheit zu gewinnen, können wir beispielsweise das *Grundgesetz* zur Hand nehmen und uns nach den neuen Bestimmungen umsehen, welche dem vormaligsozialistischen Staat unbekannt waren und erst nach dessen Zusammenbruch in bewußter Antithese gegen ihn, nämlich um seine Wiederkehr zu verhindern, neu in die Rechtsordnung eingefügt worden sind. Da finden wir gleich am Anfang den Art. 1, der die Würde des Menschen als unantastbar erklärt, dementsprechend unverletzliche und unveräußerliche Menschenrechte anerkennt und ihnen die Eigenschaft als unmittelbar geltendes Recht beilegt. Um jeden Zweifel auszuschließen, wird noch in Art. 79 Abs. III die Unzulässigkeit jeder Aenderung der in Art. 1 niedergelegten Grundsätze ausdrücklich

Geschlechter, die Verhinderung des Entzugs der Staatsangehörigkeit mit allen ihren höchst unangenehmen Folgen, die Verankerung des Asylrechtes, die Ausdehnung von früher nur den Bürgern vorbehaltenen Rechten auf alle Menschen, die Verstärkung reiner Programmsätze, die im Grunde nur unverbindliche Verheißungen bedeuteten, zu durchgebildeten persönlichen Rechten und die Umwandlung der Garantie von Institutionen in die Einräumung individuell verfolgbarer Rechtsansprüche, weiter die Ausgestaltung des Rechtes der Selbstverwaltung, die Verbesserung der Rechtsstellung der Volksvertreter und der politischen Parteien, der Ausbau der unabhängigen Stellung aller Kategorien von Richtern. Diese Fülle von Schutzvorkehrungen tritt zu den bereits in der ersten Periode des Rechtsstaates vorgesehenen individuellen Rechtspositionen der Einzelpersonen hinzu und ergänzt sie in einem sehr erheblichen Umfang und mit zum Teil wesentlich gesteigerter Durchschlagkraft.

Faßt man all die angeführten Vorkehrungen zum Schutz und zur Garantie der persönlichen Freiheit zusammen, so muß man feststellen, daß durch eine so gestaltete Ordnung der Rechtsstaat weit über seine vor dem Aufkommen des totalitären Diktaturstaates vorgesehene und mit lauten Tönen gepriesenen Errungenschaften hinausgewachsen ist und darum den Anspruch darauf erheben kann, als wahrhaft *freiheitlicher Rechtsstaat* anerkannt zu werden. Selbstverständlich darf man sich auch jetzt nicht darauf verlassen, daß die noch so sorgfältig ausgedachten und formu-

liert in allererster Linie durch die Stimme des Gewissens, durch das darin pulsierende Ethos, durch den Leitgedanken der Gerechtigkeit bestimmen lassen. Somit ist das Prinzip der Gerechtigkeit dem freiheitlichen Rechtsstaat unauflöslich zugeordnet.

## Verkehr

### Warnung an Automobilisten

ag Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements des Kantons Wallis, *Staatsrat Dr. Oskar Schnyder*, veröffentlichte angesichts der sehr zahlreichen *Unfälle*, die sich in jüngster Zeit im Kanton Wallis ereigneten, einen *Aufruf zur Vorsicht*. Er teilte mit, daß die Behörden mit größerer Strenge vorgehen werden. Der Fahrausweis werde allen Motorfahrzeugführern, die wegen unvorsichtigen Ueberholens und offensichtlicher Geschwindigkeitsüberschreitungen das Leben der Mitmenschen gefährden, entzogen werden, auch wenn es nicht zu Unfällen komme.

**Basler Fremdenverkehr.** ag Im Juli 1960 sind in den von der Statistik ertafelten Hotels Basels 12 Prozent mehr Gäste abgestiegen als im Juli 1959, nämlich 52 088 Personen, 45 405 oder 87 Prozent der Gäste kamen aus dem Ausland. Insgesamt waren 75 075 *Logiernächte* zu verzeichnen. An diesen waren die wichtigsten Herkunftsländer folgendermaßen beteiligt: Großbritannien 11 730, Deutschland 8594, Frankreich 8086.

gipfeln. Die nur den größten Orchesterführern erreichbare letzte Einfachheit und Reinheit wurde hier in vollem Maße gegeben und offenbarte zwingend die künstlerische Meisterschaft Sir John Barbirollis.

### «Schweizer Spiegel»

nr. Wenn Curt Wüst im Juli-Heft dieser Zeitschrift seinen Lebensbild Heinrich Leutholds die Uberschrift gibt: «Müde, enttäuscht, verkannt, verraten», so deutet er schon damit die Tragik im Dasein dieses bedeutenden Dichters an. Er fügt seiner eindringlichen Schilderung einige Gedichte Leutholds bei, die das Verlangen nach vertiefter Kenntnis der Lyrik dieses 1879 verstorbenen Zürcher Dichters wecken. Wer Antiquitäten liebt, wird gerne von E. Brunner in Dießenhofen erfahren, daß dessen reiche Sammlung das Werk mehrerer Generationen ist. Und wer verkehrstechnische Spezialitäten kennen lernen will, folgt gespannt dem autobiographischen Bericht eines erfinderischen Mechanikers, der zum erfolgreichen Erbauer von Luftseilbahnen wurde und auch die Schwebebahn über der Zürcher Seebucht konstruierte. Phantastisch wirkt einstweilen sein Vorschlag für ein Transportmittel an der Landesausstellung von 1964 in Lausanne. — Im August-Heft erschließt Ernst Reiss, der durch alpinistische Erfolge in drei Erdteilen bekannt wurde, den Lesern die Schönheiten

bergssteigerischer Wagnisse. Drastisch wirkt sodann die Schilderung eines amerikanischen Jugendlagers. Mancherlei beherzigenswerte Hinweise für hochsommerliche Ruderer und Badegäste sind in den Aufschlüssen enthalten, die Wachtmeister Heinrich Müller in lebhafter Form über die Arbeit der Seepolizei erteilt.

rat setzt sich zur *Mehrheit aus Vertretern des Bundes* zusammen, vor allem aus höhern Bundesbeamten, so daß man den Schluß ziehen muß, die Trennung sei vom Bunde befohlen. Daß, wie vom Verwaltungsratspräsidenten der FO einem Journalisten erklärt wurde, ein Direktor die Leitung der vier Bahnen (VZ, FO, Schöllenen, Gornergrat) nicht soll bewältigen können, weil der Schienenstrang allzu lang ist, läßt sich schon durch den Hinweis auf die RhB oder die BLS entkräften. Der Verkehr ist zudem kaum irgendwo so schwach wie gerade bei der FO. So gut wie der nun altershalber zurücktretende, verdienstvolle gemeinsame Direktor wird auch ein geeigneter Nachfolger alle vier Bahnen führen können. Die Propaganda läßt sich auch am besten für das ganze Schmalspurnetz zusammen machen. Jede Trennung bringt *zusätzliche Arbeit* und *zusätzliche Kosten* mit sich.

Den einzig möglichen schlüssigen Beweis für die Trennung haben bis jetzt weder der Verwaltungsrat der FO noch die zuständigen Bundesbehörden gebracht. Er läge darin, daß eine eigene Direktion mit den entsprechenden eigenen Verwaltungsdiensten unter 150 000 Fr. jährlich zu stehen käme oder daß sie Mehreinnahmen erzielen würde, welche die Mehrausgaben weit überschritten. Auf diesen *Beweis wartet eine breite Öffentlichkeit*. Wenn schon die FO jährlich derartige Summen verschlingt und besserer Einsicht zum Trotz aufrecht erhalten, ja sogar noch ausgebaut werden soll, so muß wenigstens die Verwaltung sparsam bleiben.

## Musikfestwochen in Luzern

### II. Symphoniekonzert

Rh. Das Konzert vom 17. August, in dem der berühmte, durch jahrzehntelanges Wirken in England dort völlig heimisch gewordene Dirigent italienischer Abkunft, *Sir John Barbirolli*, an der Spitze des *Schweizerischen Festspielorchesters* stand, wurde mit einer pittoresken orchestralen Novität eröffnet, die nicht nur in einem Festspielprogramm, sondern auch an jedem «gewöhnlichen» Konzertabend als deplaciert erscheinen würde. Der Komponist Malcolm Arnold hatte sich in seiner 1955 vollendeten Ouvertüre «Tam O'Shanter» die Aufgabe gestellt, die so betitelte Legende des großen schottischen Lyrikers Robert Burns instrumental anzudeuten. Ihr Held ist ein Trunkenbold, der in einer Gewitternacht vom Wirtshaus heimreitet und im Wald von einer Schar höllischer Geister angefallen wird, von der ihn nur die Tapferkeit und Schnelligkeit seines Pferdes errettet. Die musikalische Illustration dieser fabulösen Begebenheiten, bei denen das wackere Roß schließlich seinen Schweif einbüßt, läßt an Banalität und Effekthascherei nichts zu wünschen übrig. Wahhaft rührend erscheint aber die naive Aussage des Komponisten, er hoffe, durch sein Stück manche Hörer zur Lektüre der Werke von Burns anzuregen. Wir sind hingegen der Meinung, daß das

Anhören der glücklicherweise ziemlich kurzen Ouvertüre auch die glücklichsten Burns-Verehrer ziemlich abkühlen dürfte.

Unser Vertrauen zu dem künstlerischen Geschmack Sir John Barbirollis, das durch die indiskutable Ouvertüre etwas ins Wanken geraten war, wurde durch seine dann folgenden Leistungen wieder hergestellt. Schon in der Anlage der Begleitung des Violinkonzerts von Brahms, in dem der Solist *Isaac Stern* im ersten Allegro und im Adagio sein eminentes geigerisches Können und im Finale auch noch sein elementares musikalisches Temperament souverän entfaltete, war sein meisterliches Aufbauvermögen deutlich zu verspüren; die beiden nach der Pause dargebotenen französischen Werke brachten dann seinen außerordentlichen Sinn für feinste Abschattierung der Klangfarben und raffinierte Temporückungen voll zur Geltung. Dies zeigte sich insbesondere in den drei den Abend beschließenden symphonischen Skizzen, in denen Claude Debussy 1905 seine Meeresindrücke widerspiegelte und in denen Sir Barbirolli das Orchester auch zu besonders glanzvollen Taten emporriß. Das schönste Erlebnis waren für uns aber die vier Stücke aus der sehr selten gespielten Bühnenmusik, die Gabriel Fauré 1898 zu Maeterlincks Drama «Pelléas et Mélisande» komponierte, Stücke von unfaßbar zarter Ausdruckskraft und, bei aller Schlichtheit der klanglichen Erscheinung, kunstvollster kompositioneller Gestaltung, die in der erschütternden Trauermusik zum Tode Melisandens

## Kleine Chronik

**Paul Hans Obmert**, der deutsche Maler und Porträtist, starb am Freitag im Alter von 70 Jahren in *Oberstdorf* (Allgäu). Er war ein Schüler und Freund Max Liebermanns, und seine Gemäldegalerie — nach dem Namen seiner Lebensgefährtin «Galerie Moller» genannt — wurde seit Jahren von Kunstsachverständigen oft besucht. Zu den vielen prominenten Persönlichkeiten, die sich von ihm porträtieren ließen, gehörte auch Bundeskanzler Adenauer.

**Gottfried Wäehli**, der Kunsthistoriker und Schriftsteller, ist in *Olten* im Alter von 61 Jahren gestorben.

**Schweizer Künstler im Ausland.** *Peter Maag* hat in Lima zwei Konzerte des peruanischen Orquesta Sinfonica Nacional als Gastdirigent geleitet.

**Wissenschaftliche Notizen.** ag In *Kopenhagen* tagt zur Zeit der 17. *Internationale Poliomyelitis-Kongress*, an dem vor allem die Erfahrungen besprochen werden, welche die Verwendung «lebender Impfstoffe» gebracht hat.

form im Jahr 1963 geäußert. Und doch mag er das Resultat einer Tagung der Katholischen Akademie in Bayern zum Thema „Revolution statt Reform? Der Student in Hochschule und Gesellschaft“ kennzeichnen: Nicht erst seit wenigen Monaten kritisieren Studenten Miß-

### Der Vergangenheitsminister

Die vom Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands herausgegebene Zeitung „Der Heimkehrer apostrophiert (auch in einer Überschrift) Kai-Uwe von Hassel als „Vergangenheitsminister“. Begründung: „Diese Bezeichnung ist keine Titeländerung. Herr von Hassel ist Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Das aber sind sämtlich Personengruppen aus der Vergangenheit.“

stände in Hochschule und Gesellschaft, nicht nur Studenten weisen auf den Zusammenhang zwischen Hochschul- und Gesellschaftspolitik hin.

Schon seit über einem halben Jahrzehnt wird von studentischer Seite die Forderung nach Reformen besonders im Bildungswesen vertreten. Dr. Sauberzweig, Beigeordneter des Deutschen Städtetages, ging in seinem Vortrag „Student und Politik 1918–1967“ besonders auf diese Aktivität ein. 1960 trat in Bonn der Allgemeine Studentenausschuß zurück, weil er von den Professoren „nicht als mündig angesehen worden sei“. Im Wintersemester 1962/63 ver-

Mit den ersten Zeichen einer Wirtschaftskrise sei deutlich geworden, daß die Entwicklung nach 1945 die Frage nach dem geschichtlichen Selbstverständnis der Deutschen offengelassen hatte. Mit dem Vietnamkrieg, dem Scheitern der Deutschland- und Europapolitik sei die Atempause für das geistige und politische Leben in Deutschland vorbei gewesen. „Schweigen“, so habe der ASIA Berlin es ausgedrückt, „kann unsere Antwort nicht sein.“ Sauberzweig zog aus diesen Tatsachen den Schluß: „Wer von der studentischen Unruhe überrascht ist, hat die letzten Jahre verschlafen.“

Die Unruhe der Studenten zeigt darüber hinaus aber auch eine strukturelle Krise der Universität, die bis auf die Reform Humboldts zurückgeht. Humboldt — so legte der Saarbrücker Soziologe Professor Rassem dar — hat die Professoren als soziale Gruppe in die Hochschule integriert, während die Studenten nur als Besucher, als Konsumenten von Wissenschaft empfangen wurden. Wie soll nun dieser Raum heute ausgefüllt werden? Eine Antwort vermochte der Referent nicht zu geben, denn er habe nur einen „quellenmäßig fundierten Abriß“ darlegen können. Vor einer aktuellen Frage, die sich aus einer historischen Analyse ergab, ging der Vorhang der Wertfreiheit der Wissenschaft nieder. Verständlich, daß viele Studenten über Schwierigkeiten klagen, mit den Professoren in ein Gespräch zu kommen.

Doch Professor Rassem ging noch weiter. Er hätte „am liebsten gepfiffen“, als Sauberzweig seinen Vortrag mit der Bestandsaufnahme „der eingefrorenen Hierarchie der Hochschulen“ und der „mangelnden Entschlußkraft zu Reformen“ beendete. Professor Rassem zu Sauberzweig:

### Unruhen an der Universität

## Ein Rückblick auf Provokationen im Jahre 1931

Die Studentenkrawalle um die Vorlesung des Staatsrechtlers Hans Nawiasky

Am 25. November 1967 kam es bei der Rektoratsübergabe in der Universität München, wie zuvor schon in Hamburg, Heidelberg und Berlin zu Tumulten. In München sagte der scheidende Rektor, Professor Kotter, er wolle „keine verfehlten politischen Parallelen ziehen, aber die Taktik, die hier zutage tritt, ähnelt in besorgniserregender Weise den Methoden der Einmischung und Störung, unter denen die deutschen Hochschulen unmittelbar vor der nationalsozialistischen Machtergreifung zu leiden hatten“.

Im Jahre 1931 waren in vielen deutschen Städten Unruhen, Prügeleien, Protestkundgebungen und Demonstrationen an der Tagesordnung. Vielfach steckten die Kommunisten und die Nationalsozialisten dahinter. Unter den Studenten gährte es.

Ein Beispiel: An der Universität München kam es im Juni 1931 zu solch schweren Krawallen, daß die Polizei vom Rektor zu Hilfe geholt wurde. Nicht einmal im Revolutionsjahr 1848 hatte man es erlebt, daß Polizeistiefel den akademischen Boden betraten. Am 23. Juni hielt der Staatsrechtler Professor Hans Nawiasky eine Vorlesung, in deren Rahmen er einen Vergleich der Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest mit dem Versailler Diktat anstellte. Ein Zuhörer übermittelte dies dem nationalsozialistischen *Völkischen Beobachter*, der am 26. Juni Nawiasky heftig angriff und den Vergleich so wiedergab, als habe der Professor den Versailler Vertrag gebilligt.

Die Methode wirkte sofort. Am gleichen Tag versammelte sich eine große Anzahl nationalsozialistischer Studenten im Hörsaal und demonstrierte gegen den Dozenten. Als bekannt wurde, daß Nawiasky seine Vorlesung in einen Hörsaal verlegen würde, begann der Tumult. Der Vorsitzende der NS-Studenten forderte zum Bleiben auf und schimpfte auf Nawiasky. Die Anhänger des Professors baten um Ruhe, aber als Antwort begannen die Nationalsozialisten das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied zu singen. Einer rief „Deutschland wache“, „Heil Hitler“ tönte es von allen Seiten zurück. Als ein Student Nawiaskys vom Redner rief: „Wir lassen uns nicht terrorisieren!“ setzte eine Schlägerei ein.

Beim Erscheinen des Rektors endeten die Radauszenen. Geheimrat Rehm appellierte an die Versammlung, Ruhe zu bewahren, denn er könne nicht glauben, daß die Äußerungen des Professors so gemeint seien, wie sie der *Völkische Beobachter* wiedergegeben hatte. Es gebe akademische Mittel und Wege, den Vorfall zu untersuchen. Nach der Vorlesung wurde Nawiasky auf dem Gang erneut angepöbelt. In einer am 27. Juni geführten Aussprache zwischen ihm, Rektor Rehm und einem Vertreter der Studentenschaft wurde klargestellt, daß es ihm völlig fern gelegen habe, den Vertrag von Versailles zu billigen oder gar zu verteidigen.

Am 30. Juni wurde Nawiasky von seinem Auditorium mit Beifall empfangen. Er sagte zu den Hörern: „Ich danke Ihnen dafür, daß Sie mich nicht an der Zukunft des deutschen Studententums verzweifeln lassen. Das Grundgesetz unseres akademischen Seins ist die akademische Freiheit. Sie ist eine Lehrfreiheit und auch eine Lernfreiheit. Die Lehrfreiheit ist der Grund- und Eckstein der deutschen Universitäts-

Vor Beginn einer zweiten Vorlesung am selben Tag hatten sich viele Studenten vor dem Hörsaal angesammelt. Es würden nur Angehörige der Juristischen und Staatswirtschaftlichen Fakultät eingelassen. Der Rektor forderte die Studenten auf, sich zu entfernen, sonst würde er mit Hilfe der Polizei die Gänge räumen lassen. Pfuirufe und Gelächter erschollen aus den hinteren Reihen. Nawiasky begann um 12.15 Uhr seine Vorlesung, aber der Lärm nahm zu, man hörte „Nawiasky raus“ und „Juda verrecke“, die Aufforderung der Pedelle, Ruhe zu bewahren, ging in Schreien und Pfiffen unter. Gegen 12.30 Uhr erschien die Polizei in Stärke von zwei Aufgeboten und drängte die Studenten in den Lichthof ab. Gegen 13 Uhr jedoch leerten sich die Hörsäle und rund 1000 Studenten strömten zusammen. Während Nawiasky unter polizeilichem Schutz ins Professorenzimmer geleitet wurde, flatterten Flugblätter von der Galerie in den Hof. Sie enthielten die Aufforderung, an einer nationalsozialistischen Versammlung im Bürgerbräukeller teilzunehmen.

Als die Studenten gegen das Professorenzimmer anrannten und dabei zwei Polizisten verletzten, schlug die Polizei mit Gummiknüppeln zurück. Über die Mittelstufe wurde die Menge in die Ludwigstraße und von dort in die Adalbertstraße abgedrängt. Bei mehreren Verhafte-

und amerikanischer Bürgerrechtsbewegung, die mit zivilem Ungehorsam einer kleinen Gruppe von Negerstudenten in Nordkarolina ihren Ausgang genommen habe.

Reiner Jendis wies auf die neue Funktion der Wissenschaft hin, die zu Zeiten Humboldts zur Bildung einer sich der Muße hingebenden Oberschicht gehört habe, heute aber zur unmittelbaren Produktivkraft geworden sei. „Die gewaltig angestiegenen Studentenzahlen sind nicht Zeichen einer ‚Inflation des Geistes‘... sondern weisen hin auf den ungeheuren Bedarf der hochindustrialisierten Gesellschaft an Akademikern.“ Eine umfassende Demokratisierung der Hochschule durch Abbau der quasifeudalen Stellung des Ordinarius war seine Forderung. Doch die Reform darf nicht so aussehen, daß nur einseitig ausgebildete Fachleute die Universität verlassen. Wenn es wahr ist, daß auf Grund der technologischen Entwicklung viele Menschen alle zehn bis zwölf Jahre ihren Beruf wechseln müssen, dann ist eine umfassende Universitätsbildung, die dem einzelnen die erforderliche Vielseitigkeit und Wendigkeit im Berufsleben gibt, das Gebot der Stunde.

Die meisten Professoren sind von der plötzlichen studentischen Unruhe überrascht worden, viele aber sind heute — und das zeigte die Tagung — zu einem Gespräch und zu Reformen bereit. Die Universität wird vielleicht zu einer Keimzelle einer neuen demokratischen Gesinnung. Jener Satz eines australischen Humboldt-Stipendiaten aber, der vor wenigen Jahren prophezeite, die deutsche Hochschule werde zu einem Anachronismus im Staatskörper, wenn sie die demokratische Entwicklung der Gesellschaft nicht mitvollziehe, verdient nach wie vor beherzigt zu werden.

ten stellte sich heraus, daß sie keine Studenten wagen. Abends gab der Senat der Universität eine Erklärung heraus, in der es unter anderem hieß: „Das Universitätsgebäude bleibt geschlossen, bis eine Gewähr gegen die Wiederholung solcher Störungen des Unterrichtsbetriebes gegeben ist. Das Stiftungsfest der Universität muß angesichts dieser schweren Erschütterung des akademischen Lebens unterbleiben.“ Bayerns damaliger Kultusminister, Goldenberger (Bayerische Volkspartei), billigte die Schließung der Universität und den Einsatz der Polizei. Der Vorstand der Studentenschaft distanzierte sich von den Tumulten, und die Fachschaften erließen einen Aufruf, in dem es hieß: „Der Ernst der Zeit erfordert gerade von den jungen Akademikern, Auswüchse politischer Gegnerschaft auf akademischem Boden zu vermeiden und sich jener Pflichten bewußt zu sein, die den Akademikern erwachsen: nämlich allen übrigen Teilen des Volkes als Vorbild gegenseitiger Achtung und ernster Pflichterfüllung zu dienen.“

Am 6. Juli öffnete die Ludwig-Maximilians-Universität wieder ihre Tore, allerdings nur die zur Ludwigstraße; der Einlaß erfolgte nur gegen Ausweis. Professor Nawiasky wurde im August 1933 aus dem Staatsdienst entlassen.

Klaus Schumann

### SZ-Wochenchronik (49/1967)

#### Schröder umreißt Verteidigungskonzept

Bei der Wehrdebatte im Bundestag am 6. Dezember umriß Bundesverteidigungsminister Schröder die allgemeinen Prinzipien für die Neuplanung von Struktur und Personalstärke der Bundeswehr, die auf Grund der neuen NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion“ notwendig geworden ist.

Der Minister verkündete die Absicht, beim Heer den Grundsatz der „abgestuften Präsenz“ einzuführen, die Luftwaffe mehr als bisher auf den konventionellen Einsatz umzustellen und Beschaffungsprogramme der Marine zu kürzen und zeitlich zu strecken. Er lehnte es jedoch ab, den Grundwehrdienst auf zwölf Monate zu verkürzen und auf nukleare Trägerwaffen für die Bundeswehr zu verzichten. Schröder kündigte ein alljährlich erscheinendes Weißbuch der Verteidigungspolitik an.

#### Bundestag beschließt Zusatzsteuer

Eine dreiprozentige Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer müssen nach der Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundestag am 7. Dezember rund 600 000 Steuerpflichtige und 50 000 Körperschaften vom 1. Januar 1968 an zahlen. Das Gesetz sieht vor, daß alle Körperschaften sowie alle Steuerpflichtigen, deren zu versteuerndes Jahreseinkommen über 16 020 Mark bei Alleinstehenden und über 32 040 Mark bei Verheirateten hinausgeht, diese Zusatzsteuer entrichten. Außerdem verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Erhöhung der Sozialrenten um 8,1 Prozent und der Unfallrenten um 7,2 Prozent vom 1. Januar an. Gleichzeitig sollen die Rentner jedoch 2 Prozent ihrer Krankenversicherung selbst tragen.

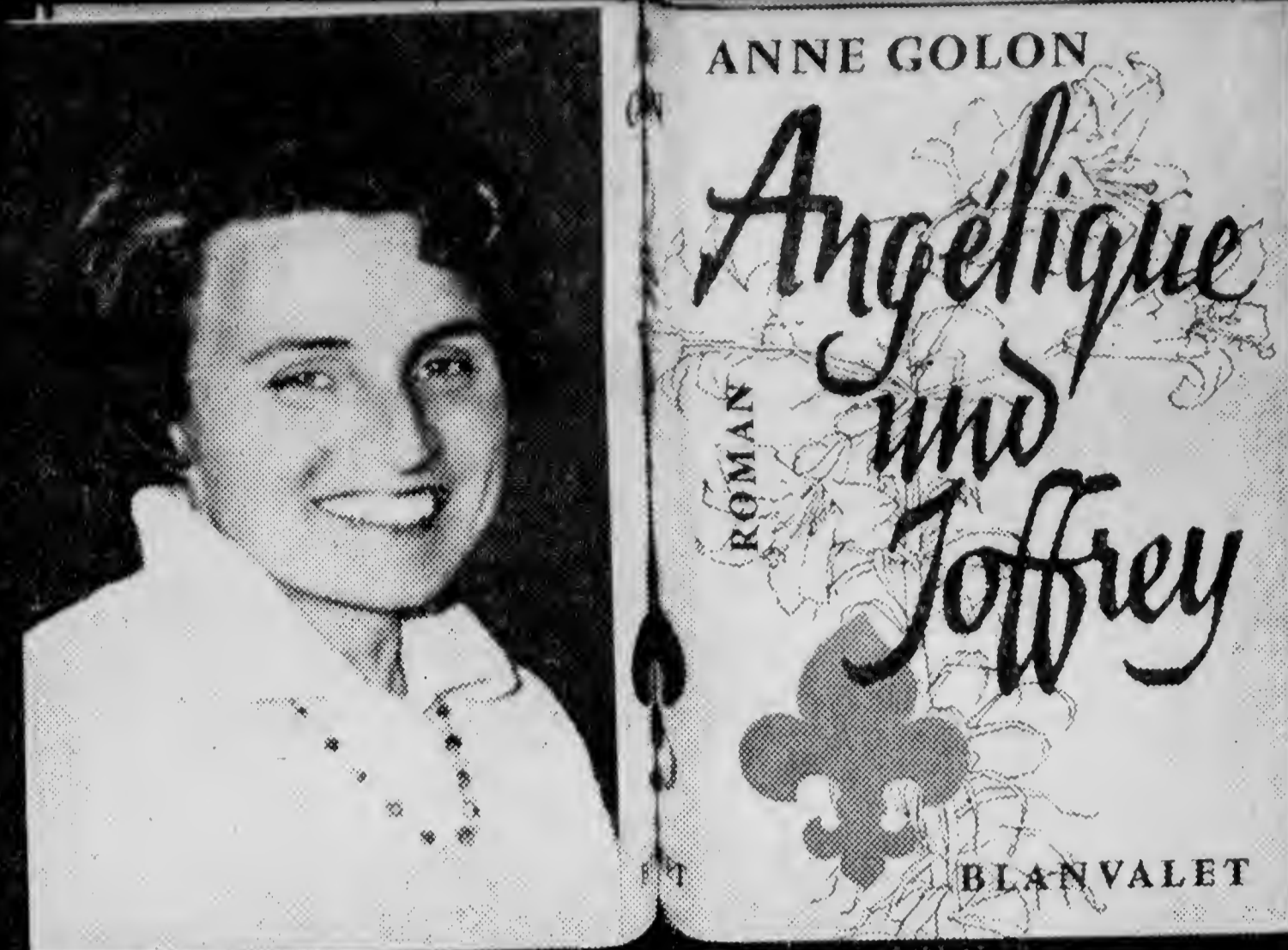
eine Verlängerung des Mieterschutzes und der Mietpreisbindung bis Ende 1968 für München, den Landkreis München, die Städte Hamburg, Bonn und Freiburg sowie die Landkreise Bonn und Göttingen. Altbauwohnungen in diesen „schwarzen Kreisen“ können jedoch vom 1. Januar an um 10 Prozent erhöht werden. Am 6. Dezember verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, das den Mietern in den übrigen „weißen Kreisen“ eine verbesserte Stellung bei Kündigungen einräumt.

#### Kein Streik im öffentlichen Dienst

Gewerkschaftsvertreter der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, bei der Bundesbahn, und bei der Bundespost sowie Vertreter des Bundes, der Länder und der Gemeinden haben am 3. Dezember bei ihren Verhandlungen über die Beilegung des Tarifkonflikts eine Einigung erzielt. Nach dieser Vereinbarung soll das Grundgehalt der Angestellten im öffentlichen Dienst am 1. Januar 1968 um 3,5 Prozent und der Ecklohn der Arbeiter um 11 Pfennig erhöht werden. Die Wochenarbeitszeit soll 1969 und 1971 um je eine Stunde gekürzt werden. Mit diesem Kompromiß konnte die Streikgefahr im öffentlichen Dienst gebannt werden.

#### Wirbel um Deutschland-Studie

Eine Denkschrift des geschäftsführenden Vorsitzenden des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Wilhelm Wolfgang Schütz, an die Mitglieder des Bundeskabinetts und das Präsidium seiner Organisation hat scharfe Reaktionen bei führenden CDU/CSU-Mitgliedern und eine zurückhaltende Stellungnahme bei der SPD ausgelöst. In seiner Studie zur Deutschlandpolitik hätte



# Nun bereits das 71.-100. Tausend

»Angélique«, der größte Romanerfolg der letzten Jahre, strebt nun seinem Höhepunkt zu. Mit »Angélique und Joffrey« schrieb Anne Golon den Roman der Erfüllung einer Liebe, der Liebe einer reifen, bezaubernden Frau und eines Mannes, der, durch alle HölLEN des Daseins gegangen, erst durch sie den Sinn seines Lebens begreift.

»Ein solches Fabuliertalent ist selten in unserer Gegenwart.«  
Georg Böse im Südwestfunk

Angélique. 800 Seiten. 31. Auflage  
Angélique und der König. 534 Seiten. 21. Auflage  
Unbezähmbare Angélique. 553 Seiten. 21. Auflage  
Angélique, die Rebellin. 502 Seiten. 20. Auflage  
Angélique und ihre Liebe. 501 Seiten. 24. Auflage  
Angélique und Joffrey. 526 Seiten  
Jeder Band nach wie vor DM 25,-. Im Buchhandel erhältlich

Blauvalet

528 Rivers Dr.  
New York, N.Y. 10027  
UN 6-0918  
31. Dezember 1968

10

Sehr geehrter Herr Dr. Hamburger,

mit grossem Erstaunen las ich in Ihrem Buch, "Die Juden im öffentl. Leben Deutschl.", S. 99, dass Treitschke sich zuweilen gegen die "plebejischen und vulgären Formen des Antisemitismus" wandte, im Hinweis auf meinen Artikel "Zum Thema: Antisemitismus", Bull. LBI 1962, (Anm. 69). In diesem Artikel schrieb ich aber gegen Treitschke, den Katheder-Antisemiten und zitierte die entsprechende Stelle aus "Politik", eine Wiedergabe der Vorlesungen. Da mein Aufsatz in Ihrer Bibliographie enthalten ist, ist zu hoffen, dass ein oder der andere Leser meinen Artikel lesen wird. Auf jeden Fall bin ich niemals als eine 'defender' Treitschkes aufgetreten.

Dagegen musste ich wieder mit Bedauern feststellen, dass in dem Kapitel über Juden als Beamte, Oberlehrer und ordentliche Professoren Hinweise auf meine Monographie "Three Jewish Families in Modern Germany: A Study of the Process of Emancipation," Jewish Social Studies, IV, nos. 3 und 4, 1942, S. 353 f., 379 f., n. 170, 394, fehlen, obwohl sie wesentlich gewesen wären.\*

In einem sonst so gründlichen Werk ist es bedauerlich, dass der einzige Hinweis auf eine meiner vielen Arbeiten etwas Anderes besagt als ich schrieb, aber wichtige Nachweise von mir in einer grossen Arbeit zur neueren Geschichte der Juden in Deutschland ausgelassen sind.

Letzten Endes müssten Sie im Leo Baeck Institut sich doch darüber klar sein, dass Sie einmal darüber Rechenschaft ablegen müssen, dass Sie meine einschlägigen Arbeiten ignorieren, selbst da, wo es dringend nötig wäre, ebenso darüber, dass Sie die Autorin dieser Arbeiten nicht zur Mitarbeit beim Leo Baeck Institut heranziehen. Das lässt sich vielleicht auch nur aus deutsch-jüdisch-bürgerlichen Vorurteilen, die aber nichts mit Wissenschaftlichkeit zu tun haben, erklären. Wenn Sie aber als Autor eine Arbeit von mir in Ihre Bibliographie aufnehmen, dann müsste man aber ein positives Interesse an der Autorin des Artikels erwarten. Sie müssen sich überlegen, wie Sie und das LBI vor deutschen Gelehrten Ihr unbegreifliches Verhalten mir gegenüber rechtfertigen wollen.

Mit besten Grüssen

*Toni Oelsner*

Toni Oelsner

\* In dieser Arbeit habe ich selbstverständlich A. Human's eigene (1898) Arbeit, und nicht die Nazi-Fassung, verwendet; sie ist in der NY Public Libr.



Francis Appledorn

Kluke

10  
S.316. Franz Oppenheimer. Grunduebel aller sozialen Ungerechtigkeiten und Noete ist die Okkupation von Grund und Boden durch das Grundeigentum in der von diesem aufrecht erhaltenen Bodensperre. Grossgrundbesitz nicht durch Privatwirtschaft, wie Marx sagte, sondern durch Gewalt, Krieg und Eroberung. Aus freien Bauern werden Hoerige und Landarbeiter, die dann die Reservearmee des Industrieproletariats bilden. Glaenzende Lehrerfolge, aber nur Titularprofessor 1917, nimmt Berufung nach Frankfurt 1919 an. Fuer Soziologie und Nationaloekonomie. Fakultaetskollegen hoechst kritische Distanz zu ihm. S. 318: Oppenheimer hat auch an der Akademie der Arbeit gelehrt, aber man hielt dort seine Ideen einer Bodenreform und weitverbreiteten Siedlung fuer utopisch. Mit 65 Jahren hat er sich 1929 emiritieren lassen; durch Errichtung seines Lehrstuhls ist die Soziologie aus ihrer Zwitterstellung geloest worden. S. LBI Bulletin 1964 mit Aufsuetzen von Bein und Walter Preuss, Briefwechsel zwischen Herzl und Oppenheimer 1902-1904. Adolf Wagner grosszuegig bei seiner Habilitation, Gustav Schmoller schlaegt ihn 1916 mit 2 anderen Kandidaten zum Nachfolger auf seinem Berliner Lehrstuhl vor ( dies auf S. ~~31~~ 324, Note 19 und 20).

Oppenheimer, Frances, Volkswirtschaftliches u. Sozialage

geb 1864 + 1943

ursprünglich Arzt, 1919-1929 Prof. i. Fshft/ell.

Vertreter i. liberalem Sozialismus.

Immigrierte 1933 i. d. USA.

VII 196 Nr. 1 Fol.

X

Henry Jones geb. 1872, in Pitt, N.Y.  
Er unternahm eine Reise ~~über~~  
Ostafrika u. Europa, Libanon u. Schweden  
Nach Nordamerika in iustiz. Verhörung. Aber  
er betrachtete es sich als erfolgreich, da er bei Repas.  
Verhörung in Jpe 1920 Teil 2 der Aussagen  
als starkes Zeugnis angerechnet werden ab.  
wusste.

„So macht man Geschichte“

Die Memoiren eines Achtzigjährigen

An diesem Buch ist nichts zu tadeln als der ganz unnötig reißerisch klingende Haupttitel; denn im übrigen bekenne ich gern, daß ich es wahrscheinlich für den ersten Preis vorschlagen würde, wenn aus der Ueberfülle von Lebensselbstdarstellungen, Denkwürdigkeiten und Denkwürdigkeiten, mit der wir in den letzten Jahren überschüttet worden sind, etwa drei mit einer Auszeichnung bedacht werden sollten\*. Es gehört wirklich zu den vollkommensten Exemplaren seiner Gattung; hat der nunmehr achtzigjährige Verfasser es in der jüngsten Zeit erst niedergeschrieben, so darf man ihn allein schon zu der quellenden Frische an Geist und Gemüt beglückwünschen, mit der es verfaßt ist; man genießt in diesen Erinnerungen ebensoviel, wie man aus ihnen lernen kann (und sollte), und man schwankt manchmal im Urteil, was darin vollendeter sei, die Zartheit und Echtheit seiner Naturschilderungen aus drei Erdteilen oder die holzschnittkräftige Profilierung handelnder Persönlichkeiten, die in drei, vier Zeilen unvergeßlich vor einen hingestellt werden. Moritz Julius Bonn ist ein Mann von umfassender Gelehrsamkeit, aber kein eigentliches Gelehrtennaturell, sondern durch und durch ein politischer Mensch — daß man in Deutschland, auch in der Republik und Demokratie, solche Männer fast immer nur „am Rande“ zu brauchen wußte, als Berater, Sachverständige, Gutachter, Experten, Begleiter, das ist eine der bedenklichsten Schwächen unserer Regierungsweise, ihr wundester Punkt das Fehlen des Mutes, der politischen Zivilcourage, es mit derlei Männern zu probieren, die weder durch die Ochsentour der Bürokratie noch durch den Kamelgang der Partei hochgekommen sind. Auch Bonn hätte, wäre er nicht durch den Nationalsozialismus aus seiner deutschen Heimat vertrieben worden, es wahrscheinlich zu nichts im öffentlichen Leben gebracht als zu dem, wozu er es damals schon gebracht hatte, nämlich zum ordentlichen Hochschulprofessor und Rector magnificus seiner akademischen Institution. Er war kein regulärer „Laufbühler“, aber auch kein gestempelter Jurist und kein Parteivorstandsmitglied; wie soll bei uns ein solcher „Außensteher“, dessen Leben im Grunde aus lauter Extratouren besteht, in leitende Stellungen gelangen, große Politik machen dürfen? Man hat ihn eben nicht Weltgeschichte machen lassen, wie der Buchtitel es scheinen läßt, den wir darum beanstanden — so aufrichtig wir dem Verlag dankbar sind, daß er diese Autobiographie übernommen hat, ein weißer Rabe unter den meisten seiner Berufsgenossen, die nur Memoiren von Leuten herausbringen, welche mit Adolf Hitler durch dick und dünn gegangen sind und der Lesewelt nun klarzumachen wünschen, daß sie das Unheil selbstverständlich von Anfang an vorausgesehen, aber doch daran mitgetan haben, um (was schon im Kaiserreich Wilhelms des Zweiten als Selbstrecht-

gefährlichen Wesensseiten der Amerikaner auf, genau wie er ihre originell tüchtigen und menschlich sympathischen zeichnet; er breitet keinen abdämpfenden Schleier über die weltpolitische Katastrophe, die nach seiner weltwirtschaftswissenschaftlichen Ueberzeugung über das Britische Reich schon am 20. September 1931 hereinbrach, als es den Goldstandard seiner Pfundwährung preisgab und (wie Bonn meint) damit die ganze Welt in das Unheil mithineinriß, das dann über sie gekommen ist und dessen Wirrnisse sie heute in Atem, ja größtenteils in Atemlosigkeit halten. Die antikoloniale Wendung in den „farbigen“ Erdteilen hat er vor fast einem halben Jahrhundert vorausgesehen und vor Illusionen in dieser Hinsicht wiederholt gewarnt, was ihm natürlich als mangelnder Patriotismus angekreidet wurde bei den „Kolonialnarren“ von damals, wie auch ich sie, mit empörtem Echo, 1928 in meiner „Politischen Prognose für Deutschland“ genannt hatte. In jeder Hinsicht kennzeichnet diesen Mann die Unbestechlichkeit seines Scharfblicks für Chancen und Risiken, für Stärke und Schwäche von Situationen wie von Personen.

Die Personen zeichnet er in einem Lapidarstil, wie ihn in solcher Vollkommenheit kaum einer unserer berühmten Historiker besessen hat. Ueber Max Weber: „Wir kamen einander nie sehr nahe... Im Leben wie im Lehren fehlte ihm die klassische Klarheit, die Brentano ausstrahlte. Er gemahnte an ein riesiges Trümmerfeld, das ein gewaltiger Vulkanausbruch mit Lavabrocken übersät und das sich noch nicht genügend gehärtet hat.“ Strichsicherer ist der neurotische Riß im Naturell dieses großartig veranlagten Menschen nie gezeichnet worden, dieser Riß, der ihm ein stetiges Wirken in großer Öffentlichkeit verwehrt hat. Kann man Eugen Richter schärfer profilieren, als wenn man ihn einen „Philister großen Stils“ nennt? „Er verkörperte die phantasielose, aufrechte, antimilitaristische Haltung des deutschen Mittelstandes jener Tage, der nicht einmal dem größten Staatsmann, den sein Volk hervorgebracht hatte, freie Hand zu lassen gewillt war.“ Zu Bismarck steht Bonn nicht viel anders als Jacob Burckhardt — unverklausulierte Bewunderung des staatsmännischen Genies, humanitäre Antipathie gegen den Menschen und das Allzumenschliche in ihm. Er unterläßt nur, einen Blick darauf zu werfen, daß fast alle wirklich großen Staatsmänner der Geschichte Nachtseiten des persönlichen Wesens dargeboten haben, mit denen sie ihr Ingenium von übergroßen Dimensionen bezahlten. Hinzu tritt vielleicht, daß bei Bonn in der Stellung zum „Preußentum“ (fast nur hierin) etwas von der bequemen frankfurterischen Partikularabneigung zum Vorschein kommt, deren Enge er doch selber sehr treffend kennzeichnet. Das hi-

burg und eines Helmuth J. von Moltke 1944 am Galgen gebüßt.

In diesem Schatten der Frankfurter Mentalität scheint uns auch ein wenig die Beurteilung der Vorgänge vom 16. April 1922 („Rapallo“) zu stehen, deren Notwehrcharakter durch nichts so beleuchtet wird wie durch die Kennzeichnung, die Bonn selber in anderm Zusammenhange dem Lloyd George zuteil werden läßt: er nennt ihn einmal (S. 365) „völlig unzuverlässig“, übrigens im Zuge einer glänzenden Persönlichkeitsanalyse, die dem großen Demagogen und Staatsmann durchaus läßt, was an ihm großartig war. In diesem Zusammenhange tut er wohl auch dem sicherlich hochbegabten Helphand („Parvus“) ein bißchen zuviel der Würdigung an, und dem Freiherrn Ago v. Maltzan gar zu wenig; dagegen gehört seine Schilderung des Grafen Brockdorff-Rantzau zu den Kabinettsstücken des Buches. Auch Werner Sombart kommt etwas zu wenig gut — und ein vollendeter Gentleman, aber eine ebenso völlige politische Null wie der Graf Bernstorff zu gut weg; hervorragend wiederum ist die Charakterstudie von Dernburg gegliückt, dessen „Manierlosigkeit“ (wörtlich so) ebenso rücksichtslos beschrieben wird wie das Bedeutende seines politischen Instinkts. Das erstaunlich Gerechteste, das man seinem schärfsten Widersacher antun kann, ist wohl aber die Schilderung von Hugo Stinnes, den er „in seiner Art einen großen Mann“ nennt, „einen verspäteten Nachkommen jener wagemutigen Kaufmannsdynastien, die auf Grund einer seltenen Mischung von rechnerischer Begabung, Phantasie und Kühnheit überseeische Reiche gegründet hatten. Er hatte nichts gemein mit den Kugelhäuptern und Speckhälsen, die so häufig im Wirtschaftsleben dominieren. Er hatte (in der Diskussion) jenen Esprit latin, der in Deutschland außer bei einigen Juden selten war — Friedrich der Große hatte ihn als einer der wenigen besessen.“

Was das politisch Sachliche, um nicht zu sagen Visionäre angeht, so scheint Bonn mir das zwangs-

läufige Verhältnis jedes Deutschland zu Rußland nicht in seiner ganzen tragischen Zwiespältigkeit und Unentrinnbarkeit zu sehen, während er sich hinsichtlich der großdeutschen Frage durch nichts den Blick trüben läßt. Auch ihm ist die Auflösung des Reichsgebildes Oesterreich-Ungarn eine der destruktiven Kurzsichtigkeiten der Weltpolitik, die unheilvoll weiterwirken; ein republikanisches Großdeutschland, wie es im Spätherbst 1918 die österreichische Sozialdemokratie anbot, hätte, meint Bonn, die Wahl eines Hindenburg 1925 unmöglich gemacht und damit den Aufstieg Hitlers vereitelt. Und Bonn hält auch unerbittlich den siegreichen Alliierten den Spiegel ihrer Fehler dem aufsteigenden Hitler gegenüber vor: „Alle diejenigen, welche sich über das Fehlen einer machtvollen Untergrundbewegung in Deutschland wundern, sollten daran denken, daß ihre eigene Politik Hitlers innere Gegner aller Trümpfe beraubt hat. Es ist nicht leicht, sich gegen eine Regierung aufzulehnen, die das internationale Prestige des eigenen Landes erhöht.“

Daß ein Buch, ganz durchatmet von einer der seltensten deutschen Tugenden, der echten Zivilcourage in Stellungnahme, Urteilsfindung und Handlungsweise, einen verborgenen tragischen Widerspruch nicht vermissen läßt, spricht wahrlich eher für den Persönlichkeitswert seines Verfassers als etwa dagegen. Auf Seite 314 lesen wir: „Das deutsche Volk zeigt sich immer von seiner besten Seite, wenn es schwere Schicksalschläge zu ertragen hat. Es hat gelernt, im Unglück stark, nicht aber im Glück klug zu sein.“ Das ergreifende Finale aber, welches die Frage der Heimkehr verneint, enthält den Satz: „Das Deutschland von heute ist weit mehr entwurzelt als der ausgewanderte Deutsche.“ Man möge begreifen, daß der 80-jährige Emigrant aus der Distanz bewundern, aber nicht mehr inmitten leben und wirken kann. Wir danken ihm für sein Buch, das wir in viele Hände — und in die Vernunft ihrer Träger hinein wünschen.

Willy Hellpach (Heidelberg)

Dirigenten

Flicht die Nachwelt auch den berühmten Dirigenten keine Kränze? Sind sie ebenso schnell vergessen, ist ihr Andenken ebenso rasch ausgelöscht wie dasjenige der großen Mimen, der begnadeten Sänger? Fünfzig Jahre haben wir unter ihren elektrisierenden Stabführungen musiziert, haben noch die legendären Zeiten des „Goldenen Hufeisens“ mitgemacht: der mit Brillanten besäten ersten Balkonreihe in der Metropolitan Oper von New York, wo die Vanderbilt, Gould, Carnegie, McKay, Otto Kahn usw. mit ihren Damen in den Logen erschienen, um einem Caruso Bukette und Geschmeide auf die Bühne zu werfen oder der Marcella Sembrich, der Melba, einer Emmy Destinn zu huldigen und lukrative Einladungen zu ihren exklusiven „Musicals“ zu übermitteln, wo ein schwer-

zuckt der Strahl der Beschwörung von neuem vom Dirigentenpult hinüber und herüber, erfaßt jedes und alles, und das festliche Finale verklingt unter dem fallenden Vorhang.

Sollen solche Erinnerungen alle der Vergessenheit anheimfallen? Hat ein gottbegnadeter Darsteller wie Ludwig Wüllner das „Hexenlied“ von Schillings oder den „Enoch Arden“ von Richard Strauss nur für jene kurze Spanne Zeit geprägt, in welcher er wirkte? Nein! Wir hören ihn heute noch, wissen wieder, wie er uns alle erschütterte, wie Kapellmeister Gustav Kogel, von dem Erlebnis überwältigt, das Orchester einfach Wüllner überließ.

Da ist der winzige Pierino Gamba. Was will der Knirps eigentlich von uns? Der Dirigent ist

...gang ... und gab war, „hoch stimm-  
meres zu verhüten“.

Der Charakterwesenszug dieses Buches ist seine großartige Aufrichtigkeit — Aufrichtigkeit vor sich selber und Aufrichtigkeit vor den andern, über die andern, gegen die andern. Es bildet damit ein geradezu erlösendes Gegenstück zu der ganzen Beschönigungsliteratur, mit der wir überschwemmt worden sind. Bonn beschönigt nichts, auch nichts an der besonderen Menschengemeinschaft, aus der er herausgeboren ist, dem Judentum der Stadt Frankfurt am Main, nichts an dieser seiner Heimat, deren Schwächen, Engherzigkeit, Selbstüberzeugtheit, Arroganz er schonungslos schildert, nichts auch an den Familiennächsten, nichts an den von ihm verehrten Persönlichkeiten und gar nichts an den Nationen und Staatswesen, die ihn zu Gaste geholt und in denen er die zwiespältige Heimstätte des Exils gefunden. Er hat zu den wenigen gehört, welche die unheilträchtige wirtschaftliche Selbstzufriedenheit Amerikas in den zwanziger Jahren lange vor dem New Yorker „schwarzen Freitag“ als kurzlebig durchschaut und der „permanent prosperity“ den Glauben verweigert haben; rücksichtslos, wenn auch gentlemanlike in der sprachlichen Fassung, deckt er die

\* M. J. Bonn: So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens. Paul List-Verlag, München. 1953.

## Eine Maus

Vor einigen Tagen stieß meine Frau auf eine angefressene Kartoffel. Die frische Zahnschrift verriet eine gepflegte Art des Nagens, wie sie kleinen säuberlichen Tieren geziemt. Unsere Buben ergriffen sofort die geheimnisvolle Kartoffel, drehten sie in den Fingern, verfolgten die Spuren und zogen bedächtig ihre folgenschweren Schlüsse, ganz so, wie es alle bedeutenden Kriminalkommissare zu tun pflegen. Sie kamen schließlich zu dem zwingenden Befund, es müsse eine Maus an dieser Kartoffel genagt haben. Also begaben wir uns sofort in den Keller.

Aber die Maus bekamen wir an diesem Abend nicht zu Gesicht, wengleich wir während längerer Zeit an den Gestellen rüttelten, mit Packpapieren raschelten und sämtliche Sterilisiergläser verschoben. Wir husteten, rissen Säcke hervor — unglaublich, wie staubig so ein Keller sein kann —, doch wie gesagt, der Maus begegneten wir nicht. Hingegen fand ich unter dem Gestell eine alte Flasche Rotwein. So war also unserer Jagdexpedition, soweit sie die Maus nicht betraf, ein voller Erfolg beschieden.

Das Gespräch beim Nachtessen drehte sich begreiflicherweise um Mäuse, und ich wartete mit einem tiefen Wissen auf, das ich mir soeben aus dem dicken Zoologiebuch angeeignet hatte. Ich erklärte zum Beispiel, daß es bekanntlich die sonst so ernste und gestrenge Wissenschaft mit der Maus sehr freundlich gemeint habe, die unserem Tier den Namen *Mus musculus* gab. Das Mäuslein also! Wieviel liebenswürdiges Wohlwollen liegt in diesem

...leistung ist ganz und gar nicht „das“ ostelbische Junkertum, sondern vielfältig ein Gegensatz zu diesem (hochgebildete Beamtenhaft um 1800, ebensolcher Generalstab als Moltkes Erziehungsprodukt, der ja kein Preuße war, höchste Wirtschaftstüchtigkeit in Schlesien, der Provinz Sachsen, Berlin), und nicht einmal der ostelbische Adel darf mit dem „Junkertum“ gleichgesetzt werden; sein Hochadel, der sich vornehmlich in der freikonservativen Partei zusammenfand, war nicht nur ein Träger echter Geistigkeit und einer „Toryaufgeschlossenheit“, der einzigen, die in Deutschland vorhanden war (die sozialen Reaktionäre dieser Partei kamen bezeichnenderweise aus dem äußersten Westen, wie der Freiherr v. Stumm-Halberg, der „Saarkönig“), sondern dieser Hochadel mußte erst aus dem noch halbwegs maßvollen „Alldeutschen Verband“ ausgebootet werden, damit diese unheilvolle Gesellschaft unter der radikalnationalistischen Führung des Mainzer Anwaltes Claß alle besinnlichen und verantwortlichen Bremsungen ihrer Tendenzen und Methoden abtun konnte (Claß hat das selber geschildert); ansehnliche und angesehene Teile dieses ostdeutschen Hochadels haben sich auch mit der größten Entschiedenheit gegen Hitler und den Nationalsozialismus zur Wehr gesetzt und es mit Namen wie denen eines Yorek von Warten-

Namen. Und was ist nicht sonst schon alles über das Mäuslein Liebenswertes geschrieben worden? Wie viele Sprichwörter sind ihr gewidmet, dieser wahrhaft literarischen Persönlichkeit, die sich in unsern Keller verirrt hatte! Wir faßten den festen Entschluß, die Jagd in der Frühe des folgenden Tages fortzusetzen.

Wer kleine Buben hat, muß sich genau überlegen, was er sagt. Sie erhoben sich gleich beim ersten Schimmer des Morgengrauens, und als ich mit einiger Verspätung und nicht sehr frisch im Keller zur Familie stieß, hatte man hier die Maus bereits zweimal rascheln gehört. Wir standen nun mäusenstill in der Mitte des Kellers und konnten, da wir natürlich auch den Atem anhalten mußten, ein winziges Krabbeln vernehmen. Wenn wir längere Zeit in die Finsternis zwischen der Kellerwand und dem Kartoffelgestell hineinstarrten, sahen wir sogar eine geheimnisvolle Bewegung. Es war die Maus! Wir hörten sie jetzt deutlich rascheln, und unsere Buben waren bereit, aufgeregt in die noch morgenstillen Gärten der Nachbarn zu stürzen und zu rufen: Unsere Maus hat geraschelt!

Von nun an hörten wir sie Abend für Abend rascheln, und wenn ich von der Arbeit kam, fragte ich: Wie geht es ihr? Auch die Nachbarn, welche genau orientiert waren, erkundigten sich freundlich nach unserer Hausbewohnerin, welche unterdessen fortfuhr, unsichtbar zu sein und Kartoffeln zu fressen.

Aber eines Tages mußten wir entdecken, daß sie ein faustgroßes Loch aus dem Kartoffelsack herausgefressen hatte. Meine Frau suchte sogleich ahnend im Keller herum und fand schließlich in der Ecke des Gestelles ein zartes, sehr weiches und

...er Russe, Fedor Schatrapov, mit seiner gewal-  
Stimme ein hundertfaches Orchester über-  
tönte und wo die zierliche Galli-Curci ihre Fiori-  
turen trillerte.

Unten am Dirigentenpult stand ein Mann mit einem kurzen Stöckchen. Der führte die Sänger mit sicherer Hand über die Klippen und Brandungen der Partituren, meisterte spielend den Riesenorchester, das graziös beschwingte Ballett, gab von der Tastatur aus mit der linken Hand die Einsätze hinter der Bühne und vertiefte sich gleichzeitig in die Manuale des Orchesters, in das Wirken und Gestalten seiner Musiker, steigerte den komplizierten Klangkörper zu stürmischer Raserei, brachte ihn, einem Schmelzofen gleich, in hinreißender Verve zum Sieden und hielt die Dämonen, die er rief, mit festem Griff gezügelt.

Wiederum läßt er das Gewoge nach Vorschrift untertauchen, drosselt den Aufruhr und weist die losgelassenen Elemente in ihre Schranken zurück. Idyllisch, in märchenhafter Stille zirpt ein Käferlein im taufrischen Grase, himmelt eine kleine Zikade ihr Liebeslied an, erblüht, vom Gärtner liebevoll betreut, ein scheues Märzveilchen, ein Schäferstündchen, huscht ein glitzernder Elfe über die Bühne; hält der Knecht den Wagen, stützt den Unsicheren, rettet den Versinkenden. Aber schon

flaumiges Mausnest. Da stutzten wir, denn — so fragten wir uns — was veranlaßt eine Maus, solches zu tun? Hatte sie ein leichtsinniger Mäuserich in Schande gebracht und uns schnöde die ernstesten Konsequenzen seines ausschweifenden Lebenswandels überlassen? Das waren ein paar heikle Fragen, die wir uns zu stellen hatten! Eines war uns jedenfalls klar, daß wir nämlich eine Maus, sofern sie in einem solchen Zustand war, nicht im Stiche lassen konnten. Das herzlose Ansinnen eines Nachbarn, der uns seine Katze zur Verfügung stellen wollte, wiesen wir mit betontem Dank zurück. Wir fragten uns im Gegenteil, ob es in einem solchen Falle nicht richtiger wäre, eine gewisse Abwechslung in der einseitigen Ernährung herbeizuführen. Vielleicht wäre der Maus mit etwas Speck oder Käse gedient? — Sie bediente sich maßvoll beider Speisen, und nach einigen Tagen gewahrten wir aufatmend, daß das Nest immer noch leer geblieben war. Die Maus hatte sich also nicht in einem solchen Zustande befunden.

Kann man nun aber eine solche Maus ohne weiteres der Katze ausliefern, vergiften oder auf eine andere raffinierte Art erledigen? Man kann es nicht! Im Zoologiebuch heißt es allerdings: „Da sie nicht selten wertvolle Gegenstände zernagen, ist der Mensch gezwungen, ihnen mit Gift und Fallen nachzustellen.“ — Einverstanden, den Mäusen im allgemeinen, die ja nicht nützliche Tiere sind. Aber unsere Maus ist eine Einzelmaus, die ihre Äengste hat und ihre Freuden, ein Wesen mit Glück und Unglück, das auch sein Ansehen hat im Reich der Tiere. Am Unglück unserer Maus wollten wir jedenfalls nicht schuldig sein. Also beschlossen wir, sie lebend zu fangen und in Freiheit zu setzen.

ein Offizier, der befiehlt, der seine Truppen in der Hand hat. Pierino aber fordert uns heraus und zerstreut unsern Skeptizismus rasch. Seine Stabführung ist haargenau, sein lebhaftes Auge überall, die Zeichen scharf und zuverlässig, und sein selbstsicherer Wille läßt keinen Raum für Spekulationen: er verlangt das Aeußerste, und erhält es! Man steht vor einem Rätsel.

Der Altmeister Arthur Nikisch verstand es, uns Musiker auch für unbedeutendere Werke zu interessieren. Er setzte sich für sie ein, und darum taten wir es auch. So freute er sich wie ein Kind über eine große, künstlerische Leistung. Wir haben mit ihm einmal die „Morgenstimmung“ von Edvard Grieg gespielt. Was konnte dabei schon herauskommen? Unter Nikisch aber ging die Sonne wirklich auf. Immer heller, strahlender stieg sie über die herbe nordische Natur hinaus, überflutete mit ihrem Licht die einsamen norwegischen Fjorde und verweilte im Zenit in goldenem Glanze. Sie leuchtet uns immer noch.

Der junge Strauss machte mit uns seinen „Till“. Die beiden darin enthaltenen, symptomatisch berechtigigten Gassenhauer wußte er so witzig zu nehmen, daß sie wie geistreiche Einfälle wirkten und im damaligen Publikum eine ungeheure Heiterkeit auslösten. Ein andermal führte er uns durch das

Der Jagdplan wurde strategisch folgendermaßen angelegt: Ich war in erster Position dazu gewählt, einen leeren Blumentopf über das Opfer zu stülpen, sobald es, aufgeseuchert durch meine Frau, hinter dem Gestell hervorhuschte. Die Buben schnuppern wie junge Hunde im Keller herum, waren teils als Hilfstreiber, teils als Wache bei der Türe aufgestellt und sahen schon ganz wie Berufsmauser aus.

Von uns allen war die Maus am wenigsten aufgeregt.

Meine Frau schreckte das Tierchen auf; es huschte; ich stülpte den Topf blitzschnell auf den Kiesboden; die Buben jubelten. Aber die Maus befand sich nicht unter dem Topf. Sie war schneller als mein Blitz. Ich sei zu ängstlich, zu langsam, sagte meine Frau. Also Rollenwechsel! Mir war es nach etlichen Rollenwechseln vergönnt, die Maus dingfest zu machen.

Wir schoben ein von langer Hand vorbereitetes Brett langsam unter den Topf, wendeten mit einem Ruck das Ganze und trugen es, nachdem wir alle Katzen der Umgebung außer Sicht vertrieben hatten, im Triumph zur Mitte des Gartens. Hier hoben wir sehr vorsichtig das Brett, und in der Mitte des Topfes sahen wir endlich, kugelig, mit seidenweichem Fell, unser Mäuschen sitzen. Sein kleines Herz schlug einen hastigen Schlag, und in den schwarzen Augen war die große Angst.

Wir sprachen dem Tierlein gütig zu, bis es begriff, daß es sich nicht zu ängstigen brauchte, daß ihm hier nichts Leides geschehen würde. Es stieg über den Rand des Topfes, schaute sich um und huschte plötzlich über das Gras, über die Steinplatten und verschwand zwischen rosenrotem Phlox

Haus Rollfeld

Hutheins Ausgangspunkt und Sammelbecken zugleich für die fällige Reform des amerikanischen Bildungswesens war.

Schon in den Königsberger Jahren hatte Rothfels die Vereinbarkeit verschiedener Volks- und Staatszugehörigkeit beschäftigt. Die Möglichkeiten des überstaatlichen Volkes und des übervolken Staates erschienen ihm nun im amerikanischen Licht um so heller. Dazu kamen die Erfahrungen des Dritten Reiches einer erzwungenen Einheit nach dem Verlust der nationalen Solidarität, die seiner Generation ein und alles gewesen war. Der Nationalstaat konnte nicht länger Orientierungspunkt sein. «Alle Werte deutscher politischer Vergangenheit», so schrieb er ein paar Jahre danach, «Reichsgedanke und Preußentum, Staat und nationale Einheit, Soldaten- und Beamtenpflicht, Gemeinschaft und Gefolgschaft, Ordnung und Hingabe wurden in den Schmelztiegel einer Propaganda geworfen, die sie bis zur Unkenntlichkeit verwandelt entließ... sie wurden so überstrapaziert, daß allein schon das — von allen anderen Folgen abgesehen — einen schalen Nachgeschmack und eine tiefe Ernüchterung hinterlassen mußte.»

Der Zweite Weltkrieg war, ungleich dem Ersten, kein verlängerter Nationalkrieg mehr gewesen. Der Nationalstaat erschien jetzt als «ein lebensfeindliches Idol der Uniformität». Und gerade darum ging es nicht an, in nationalistischer Manier die Völker zu etikettieren und zu personifizieren: Der Russe, Der Franzose, Der Deutsche zu sagen. Es war dieses «Betroffensein durch die Geschichte», das 1947 in der Rede über die deutsche Opposition gegen Hitler sich Stimme verschaffte, ein Aufbegehren, ein Appell an die Vernunft zuerst, wurde das Buch über dasselbe Thema zu einem klassischen Werk. Mit «Die deutsche Opposition gegen Hitler» hat Hans Rothfels für die deutsche Zeitgeschichte geleistet, was Meinecke mit «Weltbürgertum und Nationalstaat» für die geistesgeschichtliche Methode in Deutschland vollbrachte. Die Absicht, Vorurteile aufzulösen und der freien Diskussion Raum zu verschaffen, verband sich in der Würdigung des Widerstandes mit größtmöglicher Objektivität. Es war der Geist aufklärerischer Forschung, den dieser konservative Autor beschwor, und vielleicht hat man, wie im Widerstand selber, in der Stellungnahme Rothfels' die Ueberwindung des Nationalen als Eigenwert zu sehen.

Das Buch war eine Tat mit langer Nachwirkung. Es ist nicht zuletzt das Verdienst Rothfels', daß die deutsche Zeitgeschichte bislang der naheliegenden akademischen Versuchung widerstand, das Dritte Reich so zu behandeln wie man Rankünen des 17. oder Kabalen des 18. Jahrhunderts zu betrachten pflegt. «Wir wissen», so schrieb er im Einleitungsartikel der «Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte», die er seit 1953 gemeinsam mit Theodor Eschenburg herausgibt, «daß zu anderen

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

# LITERATUR UND KUNST

## Betroffensein durch die Geschichte

Zum 70. Geburtstag von Hans Rothfels  
(12. April)

Von Harry Pross

Wer 70 Jahre alt wird, hat zehn Jahre Sonntag gehabt; aber wer das siebente Jahrzehnt in diesen Jahren vollendet, hat mehr als zehn Jahre Weltkriege mitmachen müssen. Geboren im letzten Jahrzehnt eines fortschrittlichen, breit dahinschreitenden Jahrhunderts: schon dem Zwanzigjährigen mochten sich die Sinne zusammenziehen beim Anblick kaum glaublicher Vernichtungskräfte. Die neuen Mittel der Technik, aufgekommen als Verheißungen eines besseren Lebens für alle, wurden zu Zerstörungswerkzeugen, die mit ihren Ausmaßen den Charakter des Krieges änderten. Die alte Welt verlor ihre Kriterien; aber begriffen hat sie es erst zwanzig Jahre später im Zweiten Weltkrieg.

Unter den jungen Leuten, die lädiert aus dem Krieg von 1914 nach Hause kamen, war der gebürtige Kasseler Hans Rothfels, ein Student der Geschichte, wie Meinecke sie gelehrt hat im Zeichen von «Weltbürgertum und Nationalstaat». Dieses epochale Werk der geistesgeschichtlichen Darstellung sah trotz seinen Differenzierungen im Nationalismus noch den eigentlichen Begriff der Möglichkeiten seiner Zeit. Und das Ende des Weltkrieges mit dem Prinzip der Selbstbestimmung dort, wo sie im Einklang mit nationalen Machtmitteln stand, schien ihm nicht unrecht zu geben. Eine weltbürgerliche, zivile, humane Haltung konnte allenfalls das nationalistische Schema läutern; an seiner Gültigkeit schienen Zweifel kaum erlaubt.

Hans Rothfels debütierte mit zwei Arbeiten von und über Clausewitz (1920 und 1922); daran schlossen sich lange Jahre intensiver Bismarck-Forschung, die seit der Berufung nach Königsberg 1926 mit dem Interesse an den Fragen Ostdeutschlands einhergingen. «Bismarck und der Osten» (1934) hieß das Werk, in dem der Historiker die Diplomatie des Kanzlers und die gesellschaftlichen Maximen des slawisch-deutschen Bereichs in Beziehung brachte. In seiner Art ein preußisch-deutsches Buch, auf Maß bedacht und Gerechtigkeit, jedoch nicht neutral, sondern einem Milieu verhaftet, das seit 1918 wohl das Reaktionsäre des Nationalismus in einem ethnischen Mischgebiet sah, gleichwohl an ihm festzuhalten nicht unterlassen mochte.

Seines Amtes durch die nationalsozialistischen Machthaber enthoben, brachte Hans Rothfels zwei weitere Studien ans Licht, ehe er 1940 Gastprofessor an der Brown University in Providence R. I. wurde. Von dort wechselte er 1946 an die Universität von Chicago über.

Bedingtheiten hinzu ein subjektiver Faktor in alle geschichtliche Erkenntnis eintritt. Aber wir wissen auch, daß das nicht nur ein Anzeichen der Begrenztheit unseres Vermögens, sondern sehr wesentlich der Tatsache ist, daß Geschichte eben kein wertfreies Gegenüber, sondern etwas für den Menschen Bedeutsames, eine Begegnung mit seiner Vergangenheit wie seiner Zukunft, darstellt. Auf der Möglichkeit solcher Wechselwirkung zwischen dem Menschen und der Geschichte beruht die Würde der Bemühung um sie, Objektivität auf diesem Felde der Erkenntnis heißt daher ganz gewiß disziplinierte Wahrheits-suche, Ausschaltung von Vorurteilen soweit möglich, aber nicht Neutralität in Fragen, die uns wesentlich betreffen.» Zeitgeschichte wird danach als «Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung» in dem Sinne verstanden, «daß es sich für uns um ein Zeitalter krisenhafter Erschütterung und einer eben darin sehr wesentlich begründeten universalen Konstellation handelt».

Das Jahrzehnt der Tübinger Professur (seit 1951) steht fast ausschließlich im Dienste der Zeitgeschichte. Aus den Vierteljahrsheften wurde viel mehr als ein «technischer Vereinigungspunkt» der Forschung. Rothfels zog dort die Konsequenzen aus dem 40jährigen «Elementarkurs in Freiheit und Unfreiheit», den seine Generation durchzumachen hatte. In den Betrachtungen, die er zur Wiedervereinigung, zur Krise des Nationalstaates, zur Koexistenz und zu anderen akuten Fragen anstellte, klärte ein waches Bewußtsein Begriffe weit über den fachlichen Rahmen hinaus, stets darauf bedacht, erhaltene Werte weiterzubringen.

Was, nach dem deutschen Angriff auf das Zusammenleben der Menschen, erhaltene Werte sein können — das freilich bleibt eine Frage, die rigoros immer neu gestellt werden muß. Für die Zeitgenossen ist es ein ermutigendes Beispiel, das der Geschichtsschreiber und akademische Lehrer Hans Rothfels in dieser schweren Kunst gibt.





Heinrich Rosin  
und die  
Anfänge des Sozialversicherungsrechts

Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung der Doktorwürde  
der  
Hohen Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
der Albert-Ludwigs-Universität  
zu Freiburg i. Br.

vorgelegt von  
Martina Tambert  
aus Oberhausen/Rhld.

1977

Die Beschäftigung mit dem Leben und Werk eines einstmals so anerkannten, heute fast vergessenen Lehrers an der Freiburger Universität ist mir durch vielfaches freundliches Entgegenkommen erleichtert worden. Besonders möchte ich Herrn Professor Hollerbach, Professor Tennstedt und nicht zuletzt meinem Doktorvater, Professor Schott, für ihre Unterstützung danken.

Ich widme diese Arbeit meinem Vater.

Martina Tambert

Dekan: Prof. Dr. Alexander Hollerbach  
Referent: Prof. Dr. Clausdieter Schott  
Korreferent: Prof. Dr. Helmar Bley

Tag der mündlichen Prüfung: 25. Mai 1977

## INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
TEIL I:	
Heinrich Rosin und die Anfänge des Sozialversicherungsrechts	1
<u>1. Kapitel: Zur Person Heinrich Rosins</u>	1
A Der Lebenslauf Rosins	1
B Rosins Tätigkeit für die israelitischen Gemeinden	8
C Veröffentlichungen Rosins außerhalb des sozialversicherungsrechtlichen Gebietes	12
<u>2. Kapitel: Die Beziehungen Rosins zum Sozialversicherungsrecht</u>	18
A Die Anfänge der Arbeiterversicherung	18
I. Die Entwicklung bis zur sozialversicherungsrechtlichen Gesetzgebung	18
II. Die Reichsgesetzgebung bis 1911	21
1. Die Krankenversicherung	22
2. Die Unfallversicherung	24
3. Die Invaliditäts- und Altersversicherung	26
III. Die Reichsversicherungsordnung	28
B Der sozialpolitische Grundgedanke der Arbeiterversicherung	29
I. Politische Hintergründe der Reichsversicherungsgesetzgebung	29
II. Die Einstellung Rosins zur Sozialversicherung	31
C Rosins Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialversicherung	35
I. Die wesentlichen Schriften	35
II. Vorträge und Vorlesungen	39
TEIL II:	
Die sozialversicherungsrechtlichen Lehren Rosins im einzelnen	41
<u>3. Kapitel: Die Rechtsnatur der Arbeiterversicherung</u>	41

	<u>Seite</u>
A Die Fürsorgetheorie in der Darstellung Rosins	42
I. Gründe für die Annahme des Fürsorgecharakters	43
1. Begründung durch Gesetz	43
2. Entgeltlosigkeit der Leistungen	45
3. Mangelndes Synallagma zwischen Beiträgen und Unterstützungsleistungen	47
a) Fehlende Identität zwischen Verpflichtetem und Begünstigtem	47
b) Mangelnde gesetzliche Abhängigkeit des Unter- stützungsanspruchs von der Beitragsleistung auf den Gebieten der Kranken- und Unfallversi- cherung	49
c) Unabhängigkeit beider Verpflichtungen bei der Invaliditäts- und Altersversicherung	49
d) Versicherungspflichtige Beschäftigung als vor- rangige Voraussetzung des Unterstützungs- anspruchs	51
4. Betrachtung der Leistungen im einzelnen	51
a) Die Beitragsleistung	51
b) Die Unterstützungsleistung	53
II. Die positive Aussage Rosins zur Rechtsnatur der Arbeiterversicherung	54
1. Die Entstehung der Rechtsverhältnisse	55
2. Das Fürsorgeverhältnis	56
3. Das Beitragsverhältnis	58
4. Die öffentlich-rechtliche Natur der Arbeiter- versicherung	59
B Die Versicherungstheorie in der Kritik Rosins	61
I. Der Versicherungsbegriff	61
II. Gemeinsamkeiten von Arbeiter- und Privatversicherung	63
1. Die gesetzliche Bezeichnung	63
2. Wirtschaftliche Grundlagen	64
III. Erklärungsversuche für die Abweichungen der Arbei- terversicherung vom Versicherungsrecht	66
1. Ersatz des Synallagmas	66
a) Einheitlicher Entstehungsgrund beider Ver- pflichtungen	67
b) Zusammenhang der allgemeinen Einrichtungen	68
c) Arbeitskraft als Versicherungsbeitrag	70
2. Erklärungen allgemeiner Art	71
3. Unfallversicherung als Haftpflichtversicherung	71

	<u>Seite</u>
IV. Gegner der rein öffentlich-rechtlichen Natur der Arbeiterversicherung	77
C Konsequenzen, Motive und Weiterentwicklung der unter- schiedlichen Meinungen	81
I. Zur öffentlich-rechtlichen Natur der Arbeiter- versicherung	81
II. Konsequenzen und Motive der Kontroverse um Ver- sicherungs- und Fürsorgecharakter	82
1. Die praktischen Folgerungen Rosins	82
2. Die politischen Hintergründe	83
III. Die neuere Entwicklung der Theorien	85
1. Die Fürsorgetheorie	85
a) Die Kritik des Fürsorgebegriffes	85
b) Neuere Gegner der Versicherungstheorie	87
2. Die Versicherungstheorie	90
<u>4. Kapitel: Zur Organisation der Arbeiterversicherung</u>	92
A Die organisatorischen Einrichtungen der Arbeiter- versicherung	92
I. Überblick über die einzelnen Einrichtungen	92
II. Zum Wesen der öffentlichen Genossenschaft	94
1. Begriffsbestimmung bei Rosin	94
2. Kritik der Gegenmeinungen	100
III. Einordnung der Versicherungsträger	102
B Selbstverwaltung in der Arbeiterversicherung	104
I. Zum Begriff der Selbstverwaltung	104
1. Überblick über die Deutungen des Selbstverwal- tungsbegriffes zur Zeit Rosins	104
2. Die Ansicht Rosins	107
II. Selbstverwaltungselemente innerhalb der Arbeiter- versicherung	111
1. Erscheinungen der "körperschaftlichen Selbst- verwaltung"	111
2. Einrichtungen entsprechend der "bürgerlichen Selbstverwaltung"	113
3. Einfluß der allgemeinen Selbstverwaltung	115
C Staatliche Einwirkung auf die Verwaltung der Arbeiter- versicherung	115
I. Umfang des staatlichen Aufsichtsrechts im allge- meinen	116

	<u>Seite</u>
<u>5.Kapitel: Grundbegriffe und Streitfragen des Sozialversicherungsverhältnisses</u>	120
A Umstrittene Grundbegriffe der Arbeiterversicherung	120
I. Die Begriffe "Arbeiter" und "Beschäftigungsverhältnis"	120
1. Die Definition des Arbeiters	120
2. Der Begriff des Beschäftigungsverhältnisses	124
II. Der Begriff des Betriebsunfalls	126
1. Die Definition Rosins	126
2. Die Begründung der Theorie Rosins und deren Kritik	129
a) Zusammenhang der Unfallversicherung mit dem Reichshaftpflichtgesetz	129
b) Motive und Tendenzen des Gesetzgebers	131
3. Die Haltung der Rechtsprechung	133
B Zum System des Beitragswesens	135
I. Die Pflicht zur Beitragsleistung	135
1. Die Person des Beitragspflichtigen	135
2. Die Schadensersatzpflicht des Arbeitgebers bei versäumter Beitragsleistung	139
II. Die Bemessung von Finanzbedarf und Beitragshöhe	142
1. Die Deckungssysteme	142
a) Umlageverfahren	142
b) Kapitaldeckungsverfahren	143
c) Prämiendeckungsverfahren	144
2. Abweichende Unterscheidungen Rosins	145
a) Methoden der Bedarfsfeststellung	145
b) Methoden der Bedarfsaufbringung	146
3. Die Frage nach dem besten Deckungssystem	147
a) Prämiendurchschnittsverfahren	147
b) Umlageverfahren	150
c) Weiterentwicklung der Systeme	151
C Der Unterstützungsanspruch im Sonderfall: das Problem der Formalversicherung	153
I. Begriff und Handhabung in der Unfallversicherung	153
II. Formalversicherung in der Krankenversicherung	155
III. Formelle Versicherung in der Invalidenversicherung	159

6.Kapitel: Rosins Beitrag zur Reform: Die Vereinheitli-

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AcP	Archiv für die civilistische Praxis; Hrsg. Gensler und andere
Akad.Mitteil.	Akademische Mitteilungen, Organ für die gesamten Interessen der Studentenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i.Br.; Hrsg. Hans Speyer iVm der Freiburger Studentenschaft
AN	Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes
AnnDR	Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Staatswissenschaftliche Zeitschrift; Hrsg. Hirth und Seydel
AöR	Archiv für öffentliches Recht; Hrsg. Laband und Stoerk
ArbVersorg.	Die Arbeiterversorgung, Zentralorgan für Begründung, Einrichtung und Beförderung von Hilfskassen im deutschen Reiche zum Wohle der Arbeiter
BauUnfG	Bau-Unfallversicherungsgesetz in der Fassung vom 11.Juli 1900, RGBl. S.460 Nr. 26
Dt.JZ	Deutsche Juristenzeitung; begründet von Laband, Stenglein, Staub
GewUnfG	Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz in der Fassung vom 11.Juli 1900, RGBl. S.347 Nr.26
Grünhuts Zeitschrift	Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart; Hrsg. C.S. Grünhut
IAVG	Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter vom 22.Juni 1889, RGBl. S.97 Nr.13
IVG	Invalidenversicherungsgesetz vom 13.Juli 1899, RGBl. S.463 Nr.34
KrG	Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15.Juni 1883, RGBl. S.73 Nr.9
Krit.Viertelj.schrift	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft; Hrsg. Pözl, ab 1881 Seydel und andere

KVG	Krankenversicherungsgesetz in der Fassung vom 10. April 1892, RGBl. S. 379 Nr. 20
landwG	Gesetz betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886, RGBl. S. 132 Nr. 14
lUnfG	Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft in der Fassung vom 11. Juli 1900, RGBl. S. 403 Nr. 26
Monatsschrift	Monatsschrift für Arbeiter- und Angestelltenversicherung; Hrsg. Kaskel und andere
RVA	Reichsversicherungsamt
SeeUnfG	See-Unfallversicherungsgesetz in der Fassung vom 11. Juli 1900, RGBl. S. 478 Nr. 26
UnfG	Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884, RGBl. S. 69 Nr. 19
VerwArch	Verwaltungsarchiv; Hrsg. Schultzenstein und Keil
v. Stengels Wörterbuch	Wörterbuch des deutschen Verwaltungsrechts; Hrsg. v. Stengel. 1. Aufl. Freiburg 1890; 2. Aufl. Bd. I 1911, Bd. II 1913, Bd. III 1914
ZVG	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft; Hrsg. Deutscher Verein für Versicherungswissenschaft
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Konkursrecht, Hrsg. Goldschmidt

TEIL I :

Heinrich Rosin und die Anfänge des Sozialversicherungsrechts

1. Kapitel: Zur Person Heinrich Rosins

A Der Lebenslauf Heinrich Rosins

Heinrich Rosin wurde am 14. September 1855 als erstes Kind des jüdischen Kaufmanns Isaak Rosin und seiner Frau Adelheid, geborene Miro, in Breslau geboren.<sup>1)</sup> Seinen Vater lernte Rosin nicht mehr kennen: er verstarb drei Monate vor der Geburt des Sohnes, doch boten ihm seine guten Beziehungen zu seinem Stiefvater, dem Privatgelehrten Bernhard Munck, einen gewissen Ausgleich für diesen Verlust. Der Zuneigung und Bewunderung, die er dem "höchst gebildeten Mann" entgegenbrachte, gab er in vielfacher Weise Ausdruck.<sup>2)</sup>

Nachdem seine Mutter selbst Rosin Unterricht erteilt und ihm erste Schreibkenntnisse vermittelt hatte, besuchte er acht Jahre das Elisabeth-Gymnasium in Breslau und erhielt 1871 abschließend das Reifezeugnis. In demselben Jahr begann er sein rechtswissenschaftliches Studium an der Universität Breslau, in dem er sich hauptsächlich den germanischen Rechten widmete.<sup>3)</sup> Sein besonderes Interesse wurde honoriert, als er 1873, als Achtzehnjähriger, mit seiner Bearbeitung des Themas "de iuribus praecipuis secundum leges populorum Germanicorum antiquissimas in successione hereditaria legitima sexui virili concessis" einen von der Fakultät ausgesetzten Preis errang.<sup>4)</sup>

- 1) Die Veröffentlichungen zu Lebzeiten Rosins von einem Verfasser gleichen Namens auf medizinischem Gebiet stammen von dem Geh. Sanitätsrat und Prof. der Medizin an der Universität Berlin Heinrich Rosin, geb. am 28. August 1863 in Berlin, gest. Oktober 1934.
- 2) Seine Dissertation ist Bernhard Munck gewidmet: "Bernhardo Munck/Viro doctissimo/Patris Vice/optime de se merito". - S. auch den Lebenslauf zur Dissertation: "Ich bitte Gott, den Höchsten und Besten, daß er mir, der Eltern beraubt, den Mann, der sich um mich am meisten verdient gemacht hat, so lange wie möglich erhält." - Munck war Trauzeuge bei der Heirat Rosins (Heiratsurkunde Rosins, in der Versorgungsakte des Ministeriums der Finanzen, Generallandesarchiv Karlsruhe 466/14845), der auch sein erstes Kind nach ihm benannte.
- 3) Vorlesungen bei v. Bar, Brentano, Gierke, Gitzler, Huschke, Schulze und Tellkamp; s. Lebenslauf zur Dissertation.
- 4) Vorwort zu der Abhandlung über den "Begriff der Schwertwagen in den Rechtsbüchern und verwandten Quellen des deutschen Mittelalters".

Das erste Staatsexamen bestand Rosin 1875 mit der Note "sehr gut". In der folgenden Zeit verfaßte er seine Dissertation "Commentatio ad titulum legis Salicae 59 'De Alodis'" und erlangte noch 1875 den Doktor der juristischen Fakultät zu Breslau.<sup>5)</sup> Vier Jahre später legte er das Assessorexamen mit "gut" ab und nahm nach Abschluß seiner Habilitationsschrift über "Die Formvorschriften für die Veräußerungsgeschäfte der Frauen nach langobardischem Recht"<sup>6)</sup> eine Stelle als Privatdozent für Staatsrecht und deutsches Recht an der Universität Breslau an.<sup>7)</sup>

1883 folgte er einem Ruf als außerordentlicher Professor mit Lehrauftrag für die staatsrechtlichen und germanischen Fächer an die Universität Freiburg,<sup>8)</sup> wo er 1884 als etatmäßiger außerordentlicher Professor die "Staatsdienereigenschaft" erhielt<sup>9)</sup> und 1888 zum ordentlichen Professor ernannt wurde.

Im Sommer 1884 heiratete Rosin Lea Bona Michael, die Tochter eines Hamburger Kaufmanns.<sup>10)</sup> Ihr erstes Kind, Bernhard Julius Anton Rosin, das am 17. Mai 1886 geboren wurde, starb noch vor Vollendung des

5) Personalakte Rosins, Universitätsarchiv Freiburg.

6) In: Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, Hrg. Gierke, Heft VIII., Breslau 1880.

7) Monumenta Judaica, S.563. Nach freundlicher Auskunft der Universität Wroclaw sind im dortigen Universitätsarchiv Unterlagen über diese Anstellung Rosins nicht mehr vorhanden.

8) Senat und Fakultät beschlossen über die Berufung Rosins gegen den Vorschlag Prof.v. Amira's, Dr.Hallinger, einem Österreicher, den Lehrauftrag zu erteilen; Beschluß Nr.574 des Senats der Universität Freiburg vom 20. Juni 1883, Personalakte Rosins. - S. ebda das Schreiben des Ministeriums der Justiz, des Kultus und des Unterrichts vom 16. Juli 1883 mit der Mitteilung an Rosin, "Euer Hochwohlgeborenen den Charakter einer außerordentlichen Professur in der Juristenfakultät der Universität Freiburg zu verleihen", und der Erteilung des Lehrauftrags.

9) Protokoll der Indienststellung vom 30. Oktober 1884; Personalakte Rosins.

10) Geb. am 2. März 1861 als Tochter des Victor Michael. S. die Heiratsurkunde Rosins vom 13. August 1884 (oben Anm.2). S. auch den Ehevertrag vom 4. Mai 1900, in dem Heinrich und Lea Bona Rosin den Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft des BGB vereinbarten. Nachlaßmappe Rosins beim Amtsgericht Freiburg, Registraturabt. IV, Aktenverzeichnis Nr.33063. Ebda Zeugnis über die spätere Fortführung der Gütergemeinschaft zwischen Frau Rosin und ihren Kindern.

ersten Lebensjahres.<sup>11)</sup> Von den vier später geborenen Kindern schlug der Älteste, Franz Rosin, die juristische Laufbahn ein, konnte aber mögliche wissenschaftliche Ambitionen nicht mehr verwirklichen, da er, erst neunundzwanzig Jahre alt, im I. Weltkrieg fiel.<sup>12)</sup>

11) geb. am 17. Mai 1886 in Freiburg (Geburtsregister Nr.462), gest. am 20. März 1887 in Hamburg (Sterbereg.Nr.1144 Hamburg, Standesamt Nr.3)

12) Dr.jur. Gotthelf Franz Rosin, geb. am 15. April 1888 (Geburtsregister der Gemeinde Freiburg Bd.I, Nr.345), israelitischer Religion wie seine Geschwister, studierte nach dem Besuch des Berthold-Gymnasiums in Freiburg, das er 1906 nach Erhalt des Reifezeugnisses verließ, Rechtswissenschaften in Freiburg, Leipzig und Berlin. Seine Dissertation über "Gesetz und Verordnung nach badischem Staatsrecht" wurde 1911 als Heft 18 der Freiburger Abhandlungen aus dem Gebiete des öffentlichen Rechts veröffentlicht. (S. auch die Besprechung von Thoma, in: AöR 28, S.573: "im Historischen stärker als im Dogmatischen"). 1913 folgte ein Aufsatz des Rechtspraktikanten "Die Schließung der Gemeindefrankenversicherungen", in: Arb-Versorg. 1913, S.529. Franz Rosin, der ledig blieb, fiel als Leutnant der Reserve bei der Fliegerabteilung (A) 253 am 3.Juni 1917 bei Mary-sur-Marne (Seine et Marne). Vergl. den Bericht des Kommandeurs der Flieger-Ersatz-Abteilung 1 im Sterbe-Hauptregister der Stadt Freiburg 1918 Bd.I, Nr.148.

Adelheid Rosin, geb. am 28. März 1889 (Geburtsreg. Freiburg Nr.307), war als Bildhauerin in Freiburg tätig (Sterbefallanzeige vom 2.April 1927 in der Nachlaßmappe Rosins) und später in einem Karlsruher Museum beschäftigt. (Laut dem Bericht von Herrn Minister a.D. Prof. Dr.Schühly, für den ich mich an dieser Stelle vielmals bedanken möchte). Eine Anfrage beim Internationalen Suchdienst, Arolsen, ergab, daß Adelheid Rosin unter ihrem Ehenamen Zabotin im Jahre 1943/44 im Lager Ferramonti, Italien, interniert und für eine Auswanderung in die USA registriert war. Sie befand sich in Begleitung von Vladimir Zabotin, geb. 19.7.1884, und Konstantin Zabotin, geb. 30.9.1928. Ob und wann die Auswanderung erfolgte, war nicht zu erfahren. Eine von Adelheid Rosin gegossene Erzplatte mit dem Portrait ihres Vaters aus dem Jahre 1908 hängt (heute wieder) im Institut für Arbeits- und Sozialversicherungsrecht der Universität Freiburg. Sie ist abgebildet in den Akademischen Mitteilungen vom 25. Mai 1927, 4.Folge 5.Semester Nr.4. (Ein älteres Photo Rosins befindet sich im Universitätsarchiv.)

Dr.ing. Paul Otto Rosin, geb. am 24. Juli 1890 (Geburtsreg. Freiburg Nr.793), Professor in Dresden (vergl. den Antrag beim Nachlaßgericht vom 8. Februar 1929 in der Nachlaßmappe Rosins) war verheiratet mit Ulla Rosin, geb. Marx und Vater dreier Kinder. (Todesanzeige in der Freiburger Zeitung vom 4. April 1927, 144.Jg.Nr.93). Eine Anfrage nach Dresden wegen genauerer Angaben blieb unbeantwortet.

Dr.med. Anna Bertha Rosin, geb. am 21. Januar 1893 (Geburtsreg. Freiburg Nr.68), besuchte die höhere Mädchenschule und das Berthold- (Fortsetzung auf S.4)

1893 übertrug man Rosin neben seiner bisherigen Lehraufgabe noch die Vertretung des Völkerrechts, was sich der Senat schon bei dem Berufungsbeschluß vorbehalten hatte.<sup>13)</sup> Der Rahmen der von Rosin gehaltenen Vorlesungen, deren interessante Gestaltung allgemein gelobt wurde,<sup>14)</sup> reichte damit vom Völkerrecht über deutsche Rechtsgeschichte, Privatrecht, Verwaltungs- und Verfassungsrecht bis zum Sozialversicherungsrecht.

Am 5. Mai 1897 wurde Rosin zum "Prorektor" der Universität ernannt.<sup>15)</sup> In dieser Eigenschaft gab er als Privatarbeit nicht offiziellen Charakters "Die wichtigsten Bestimmungen über die Verfassung und Verwaltung der Universität Freiburg" heraus, für die er die verstreuten und zum Teil schwierig klarzustellenden Rechtsvorschriften der Universi-

---

Gymnasium in Freiburg, wo sie 1911 das Abitur bestand. Nach ihrem Medizinstudium in Freiburg und Kiel, das sie 1916 mit dem Examen abschloß, promovierte sie mit einem "Beitrag zur Lehre von der Muskelatrophie". (Lebenslauf Diss., Freiburg 1919). Laut der Sterbefallanzeige (Nachlaßmappe Rosins) war Anna Rosin noch 1927 im Sanatorium Davos-Dorf tätig. Nach freundlicher Auskunft der Einwohnerkontrolle Davos war sie dort jedoch nicht gemeldet, so daß ihr weiterer Verbleib ungewiß ist.

- 13) Personalakte Rosins, Universitätsarchiv: Bewilligung des Ministeriums der Justiz etc. vom 6. April 1893. Seine erste Völkerrechtsvorlesung hatte Rosin bereits im Wintersemester 1885/86 gehalten (Vorlesungsverzeichnis).
- 14) Hoeniger, Nachruf auf Rosin, in: Akademische Mitteilungen vom 25. Mai 1927, 4. Folge 5. Semester Nr. 4, S. 54 (zitiert: Akad. Mitteilungen). Fast identisch mit dem Nachruf Hoenigers in: Monatschrift Jg. 15 (1927), Sp. 314. - Nachruf in der Freiburger Zeitung vom 7. 4. 1927, 144. Jg. Nr. 96, 1. Morgenblatt (zitiert: Nachruf Freiburger Zeitung). - Nachruf Freiburger Tagespost vom 8. 4. 1927, 20. Jg. Nr. 82, Zweites Blatt (zitiert: Nachruf Freiburger Tagespost). - Nach der Aussage von Prof. Dr. Schühly pflegte Rosin seine Vorlesungen so aufzuteilen, daß er halbstündig den Stoff vortrug, den er im letzten Drittel der Vorlesung zusammenfassend diktierete, soweit er nicht gedruckte Resümees herausgab. Von den daraufhin sehr übersichtlichen und inhaltsreichen Vorlesungsmitschriften sind "Die Grundzüge des deutschen Privatrechts" aus dem WS 1899/1900 (Universitätsarchiv), "Allgemeine Staatslehre", "Deutsches Reichs- und Landesstaatsrecht" aus dem SS 1908 und "Deutsches Reichs- und Landesverwaltungsrecht" (Prof. Dr. Schühly) erhalten.
- 15) Rosin war der erste Rektor der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, die sich 1896 durch den Übertritt der Nationalökonomien aus der philosophischen in die juristische Fakultät konstituiert hatte. S. Umschau und Vorschau, S. 25.

tät zusammenstellte.<sup>16)</sup> Noch während der Zeit als Rektor erhielt Rosin den Titel eines Hofrats, 1902 den eines Geheimen Hofrats. 1911 schließlich wurde er zum Geheimen Rat ernannt.

Am Krieg nahm Rosin, der als "dauernd untauglich" eingestuft worden war, nicht teil. Dennoch erhielt er 1917 das Kriegsverdienstkreuz und 1918 das Preußische Verdienstkreuz für Kriegshilfe.<sup>17)</sup>

Im Alter von fünfundsiebzehn Jahren, nach sechsunddreißigjähriger Tätigkeit an der Freiburger Universität, zu deren Gunsten er einen Ruf an die neugegründete Akademie der Sozialwissenschaft in Frankfurt am Main abgelehnt hatte, stellte Rosin einen Antrag auf Ernennung zum ordentlichen Honorarprofessor mit einem Lehrauftrag für Sozialversicherungsrecht "in geeignetem Umfang".<sup>18)</sup> Dem Gesuch wurde stattgegeben und seine Lehrtätigkeit von Sommersemester 1920 ab auf sieben Wochenstunden beschränkt. Zu seiner Emeritierung ernannte die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät Rosin zum Dr. rer. pol. honoris causa, unter anderem als Anerkennung für die Errichtung eines versicherungswissenschaftlichen Seminars, das er

- 
- 16) Hoeniger, Akad. Mitteilungen, S. 54: "Auch diese Arbeit ist Fundament. Alle Neuauflagen späterer Rektoren ruhen darauf. Der 'Codex Rosinus' - wie diese Sammlung allgemein bei den Freiburger Hochschullehrern heißt - wird die Erinnerung an Rosins verdienstvolle Arbeit für die Gesamtuniversität noch lange Zeit wach erhalten." Über die Universität hinaus griff die Leitung der Südwestdeutschen Gesellschaft für staatswissenschaftliche Fortbildung, die Rosin zusammen mit Gothein aus Heidelberg übernahm. Die letzte Tagung der Gesellschaft bereitete Rosin 1914 in Freiburg vor.
  - 17) Personalakte Universitätsarchiv. Schon zuvor hatte er Orden und Ehrenzeichen erhalten: das Ritterkreuz 1. Klasse mit Eichenlaub vom Zähringer Löwenorden, den Kgl. Sächsischen Albrechtorden 1. Klasse und die Jubiläumsmedaille Großherzogs Friedrich von Baden, April 1902. (Letztere als Mitglied des Oberrats der Israeliten Badens, s. dessen Verordnungsblatt 1902, S. 15).
  - 18) "Herr Geheimerat Prof. Dr. Rosin ist in der Folge von starker Gewichtsabnahme und von nervösen Störungen nicht mehr im Stande, ohne Schädigung seiner Gesundheit die Obliegenheiten seines Amtes in vollem Umfang zu erfüllen, so daß seine Zuruhesetzung angezeigt erscheint." Ärztl. Attest zum Gesuch Rosins an das Ministerium vom 1. 9. 1919 (Personalakte Universitätsarchiv). S. ebda das Schreiben des Prorektorats vom 2. September 1919: "Im Namen des akademischen Senats ... begrüßen wir es sehr, wenn diese hervorragende Lehrkraft als Prof. ord. hon. mit dem akademischen Lehrkörper noch verbunden bleibt."



selbst noch 1919 zu einem "Seminar für Versicherungswissenschaft und Arbeitsrecht" erweiterte.<sup>19)</sup> Nach dem Sommersemester 1923 stellte Rosin, wohl wegen erneuter Verschlechterung seines Gesundheitszustandes, seine Vorlesungen völlig ein. Aus demselben Grund bat er 1925 darum, von der Entsendung der großen Deputation zu seinem siebenzigsten Geburtstag und seinem fünfzigjährigen Doktorjubiläum abzusehen und beide Anlässe in einer festlichen Veranstaltung miteinander zu verbinden.<sup>20)</sup>

Das Nervenleiden und die Arterienverkalkung Rosins verstärkten sich zusehends. Er verstarb am 31. März 1927 und wurde auf seinen Wunsch in aller Stille eingäschert.<sup>21)</sup>

Wie schon die Gratulationen 1925 brachten auch die Nachrufe auf Rosin seine allgemeine Beliebtheit und die ihm entgegengebrachte Verehrung zum Ausdruck. Hervorgehoben wurde die außerordentliche Be-

19) Nachruf Freiburger Zeitung; Hoeniger, Akad.Mitteilungen S.54. Hoeniger widmete Rosin zu dieser Zeit die Jahrbücher des Arbeitsrechts: "Heinrich Rosin, dem Forscher und Förderer des sozialen Rechts in Dankbarkeit, Verehrung und treuer Freundschaft gewidmet vom Herausgeber". - Aus dem Geleitwort, S.IV: "Das Arbeitsrecht findet seine notwendige Ergänzung im Sozialversicherungsrecht. Mit diesem zusammen bildet es das Gebiet des sozialen Rechts. Mit Entstehung und wissenschaftlicher Durchforschung des Sozialversicherungsrechts - und damit des sozialen Rechts überhaupt - ist der Name Heinrich Rosin dauernd verbunden. So findet die Widmung der durch diesen Band eröffneten Folge der Jahrbücher des Arbeitsrechts ihre sachliche Begründung. Darüber hinaus ist es dem Herausgeber eine besondere Freude und die Erfüllung eines langgehegten Wunsches seinem hochverehrten Lehrer und Freunde durch die Widmung seine aufrichtige Dankbarkeit und tiefe Verehrung bezeugen zu dürfen." Jahrbuch des Arbeitsrechts Bd.I 1919/20.

20) Schreiben der rechts- und staatswissenschaftl. Fakultät an das Rektorat vom 22. Mai 1925, Personalakte Universitätsarchiv. Ebda Gratulation des Senats zum 70. Geburtstag: "Es ist bei uns unvergessen, was unsere Universität Ihrer zielbewußten, eigenartigen und neue Wege bahrenden Forschung, Ihrem klaren und vielen Generationen Richtung gebenden Lehrvortrag, der Weisheit und Gerechtigkeit Ihrer Mitarbeit an der Verwaltung der Universität und nicht zuletzt der lebenswürdigen und hochverehrten Persönlichkeit zu verdanken hat, eine Persönlichkeit, die wir uns aufrichtig freuen, auch heute noch in unserer Mitte zu sehen." - S. auch die identischen Gratulationen von Freiburger Zeitung und Freiburger Tagespost vom 14.Sept.1925, die Rosin wünschen, daß ihm "auch weiterhin ein sonniger Lebensabend beschieden sein" möge.

21) Todesanzeige in der Freiburger Zeitung vom 4.April 1927 (144.Jg. ...)

scheidenheit des anerkannten Wissenschaftlers,<sup>22)</sup> seine schlichte, zurückhaltende Art, sein auf Ausgleich gerichtetes gütiges Wesen<sup>23)</sup> und seine Einsatzbereitschaft im Interesse der Universität.<sup>24)</sup> "Solange aber die Universität Freiburg im Breisgau existieren wird, wird auch der Name Heinrich Rosin mit goldenen Lettern in ihren Annalen verzeichnet sein und sein Andenken in Dankbarkeit fortleben."<sup>25)</sup>

22) "... die er überall und in jeder Hinsicht wahrte trotz der großen Verehrung, die er in reichem Maße genoß." Nachruf Freiburger Zeitung. - S. die Dankschreiben Rosins auf die Gratulationen zum 70. Geburtstag und Doktorjubiläum hin (Personalakte). 15. Juni 1925: "Wenn damit ... eine Anerkennung meiner Leistungen sowohl auf dem Felde der Lehrtätigkeit wie der Universitätsverwaltung erfolgt ist, so nehme ich dasselbe in dem Bewußtsein entgegen, daß auch hier der Satz zu gelten hat 'In magnis voluisse sat est' und daß ich im Verhältnis zu der Universität immer noch der empfangende Teil gewesen bin." - 26. September 1925: "Er (der Senat) hat dabei dasjenige, was ich in der Verwaltung der Hochschule mitwirken konnte, meinen Lehrvortrag und meine wissenschaftliche Forschung rührend hervorgehoben. Ich weiß nicht, ob er mir dabei nicht mehr, als ich verdient habe, zugewiesen hat."

23) Hoeniger, Akad.Mitteilungen, S.54: "Seiner zurückhaltenden Art und seinem letzten Willen würde es wenig entsprechen, wenn man über seine feine Persönlichkeit allzuviel Worte machen würde. Sein Wesen war gütig und auf Ausgleich gerichtet. Wo aber erforderlich, da hat er energisch und männlich seine Meinung vertreten und auch Kämpfe nicht gescheut. Trotzdem hat er sich einer ungeteilten Achtung und Beliebtheit erfreut. Klarheit und Klugheit, gepaart mit Männlichkeit und Milde sprachen aus seinen so lebhaften Augen. Wer ihn gekannt, wird ihn nicht vergessen." - S. auch Nachruf Freiburger Zeitung: "Als Examinator zeichnete sich der Heimgegangene durch große Milde aus und wußte manchen banges Gemüt durch eine geschickte Frage wieder ins richtige Gleis zu bringen."

24) Hoeniger, Akad.Mitteilungen, S.54: "Das Aufblühen und den Aufschwung der Freiburger Universität hat er nicht nur miterlebt, sondern tätig gefördert. Unermüdet hat er sich als Gutachter" (als der er einen besonderen Ruf genoß, Nachruf Freiburger Tagespost) "und Berater und in den verschiedensten Ämtern in den Dienst der Universität gestellt." - Z.B. als Dekan der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät. Vergl. die Wiedergabe seiner in dieser Eigenschaft gehaltenen Rede zur Verleihung des Ehrendoktors an Prinz Max von Baden, in: Prinz Max von Baden, Erinnerung und Dokumente, S.15 f., Stuttgart, Berlin, Leipzig 1927.

25) Nachruf Freiburger Zeitung. - Laut freundlicher Auskunft der Friedhofsverwaltung Freiburg wurde das Grab Rosins, in dem auch seine Frau Lea Bona Rosin, gest. am 27.8.1928, beigesetzt worden war, 1959 von der rechtswissenschaftlichen Fakultät bis 1987 wiedererworben. Nach Rückfrage der Friedhofsverwaltung bei der Fakultät wegen völliger Verwahrlosung der Grabstelle, wurde sie 1973 zur weiteren Verwendung freigegeben.

B Rosins Tätigkeit für die israelitischen Gemeinden

Rosin, der als erster Israelit in Deutschland einen ordentlichen Lehrstuhl des Staatsrechts besetzte,<sup>26)</sup> verlor über seiner wissenschaftlichen Arbeit nicht den Kontakt zum jüdischen Glauben, sondern fand Möglichkeiten, Wissenschaft und religiöses Engagement miteinander zu verbinden.<sup>27)</sup> So verfaßte er im Auftrag des deutsch-israelitischen Gemeindebundes den Entwurf eines Verfassungsgesetzes für die israelitische Religionsgemeinschaft in Preußen (1906), dessen Grundzüge er auf dem zehnten Gemeindetag in Frankfurt am Main vortrug. Der Entwurf, der in Anlehnung an die israelitische Religionsgemeinschaft Badens die Schaffung eines bis ins einzelne durchgeführten Instanzenzuges für Verwaltungs- und Religionsfragen vorsah, fand insbesondere wegen der damit verbundenen Einschränkung der Selbständigkeit der Einzelgemeinden keine Zustimmung.<sup>28)</sup>

Dem aktiven Dienst in der Gemeinde widmete sich Rosin in dem Verein zur Förderung des Handwerks und der technischen Berufsarten unter den Israeliten des Großherzogtums Baden, dessen Freiburger Abteilung er vorstand.<sup>29)</sup> Durch diesen Einsatz bekannt geworden, wurde Rosin

26) 1890 folgte Jellinek in Heidelberg. Lewin, Geschichte der badischen Juden, S.352.

27) S. z.B. das von Rosin als Mitherausgeber initiierte Heft 22 der Freiburger Abhandlungen aus dem Gebiete des öffentlichen Rechts: S. Wolff, Recht der israelitischen Religionsgemeinschaft des Großherzogtums Baden. - Recht der Arbeiterversicherung Bd.II, S.176 ff.: Invalidenversicherung der jüdischen Gemeindebediensteten.

28) Vergl. die Mitteilungen des DIGB Nr.65 vom Oktober 1905, S.6-18 mit dem Referat Rosins. Zitiert nach: Jüdisches Lexikon Bd.IV, S.1503.

29) "Diesen Zweck verfolgt der Verein inhaltlich der uns vorliegenden Statuten einerseits durch geeignete Anregung und Belehrung, andererseits durch Unterstützung junger Männer und Mädchen, die sich den bezeichneten Berufsarten widmen, mittels Unterbringung bei geeigneten Lehrherren, Zahlung des Lehrgeldes, Beihilfe bei Begründung einer selbständigen Existenz und dergleichen mehr." Verordnungsblatt des Großherzoglichen Oberrats der Israeliten Badens (zitiert: Verordnungsblatt) 1886, S.19. - S. auch Verordnungsblatt 1894, S.5: "Die Abteilung steht unter der bewährten Leitung des Herrn Oberrats Prof.Dr.H.Rosin, welcher vor kurzem auch durch Haltung eines Vortrags in einer größeren Gemeinde des (Fortsetzung auf S.9)

im Dezember 1889 durch den Großherzog die Stelle eines Mitglieds des Oberrats der Israeliten Badens verliehen.<sup>30)</sup> Die damit verbundene Aufgabe charakterisierte Rosin selbst in einer Rede während der Landessynode 1898: "Beim Oberrat ... handle es sich nicht um Vertretung, sondern um Verwaltung; die Mitglieder desselben seien nicht als Vertreter verschiedener örtlicher Bezirke und ihrer Interessen, sondern nach Maßgabe ihrer persönlichen Eignung als Verwaltungsbeamte berufen worden."<sup>31)</sup>

Rosin wurde mehrfach dazu auserwählt, die Stellungnahmen des Oberrats in Reden zu erläutern. Zum Beispiel brachte er die Dankbarkeit für die Genehmigung einer neuen Synodalverfassung durch den Großherzog zum Ausdruck (1895),<sup>32)</sup> hielt eine Rede an die Synode zum Dank für die Bewilligung von Mitteln für soziale Zwecke (1901)<sup>33)</sup> und eine Bittrede um finanzielle Aufbesserung der Religionslehrer.<sup>34)</sup>

Distrikts für die Ziele des Vereins mit Erfolg gewirkt hat." - Unterlagen über diese Tätigkeit Rosins sind nach Auskunft der israelitischen Gemeinde Freiburg nicht mehr vorhanden.

30) Rosenthal, Heimatgeschichte der badischer Juden, S.384. Nach Mitteilung des Oberrats der Israeliten Badens ist sämtliches Aktenmaterial über das Wirken Rosins in diesem Amt verbrannt.

31) Bei der Beratung des "Verordnungsentwurfs, die nähere Bestimmung der Zusammensetzung und des Wirkungskreises des Oberrats der Israeliten und die Geschäftsbehandlung bei dieser Behörde betreffend". Verordnungsblatt 1898, S.77.

32) "... sondern wir sehen in ihr die Einführung eines neuen, großen Prinzips in das Wesen unserer Religionsgenossenschaft. Dieses Prinzip ist das Prinzip und die Möglichkeit der Entwicklung, das heißt aber, des wahren Lebens, denn alles wirkliche Leben entwickelt sich, sich anpassen an die bestehenden Verhältnisse, unter denen wir leben." Lewin, Geschichte der badischen Juden, S.426.

33) "Ich glaube, daß es ein sehr entscheidender und bedeutender Schritt gewesen ist, den Sie mit der Bewilligung dieser Position getan haben. Wenn ich es kurz beschreiben soll, was das Wesen dieser Position ausmacht, so möchte ich mich dabei eines Ausdrucks bedienen, den unsere christlichen Mitbürger der Tätigkeit beigelegt haben, die von Staatswegen dem Schutz der wirtschaftlich Schwachen und der Versöhnung der nebeneinander wirkenden sozialen Kräfte gewidmet ist: praktisches Christentum hat man sie genannt. In diesem Sinne können wir sagen, daß auch die israelitische Synode durch die Bewilligung dieser Position praktisches Judentum betrieben hat." Verordnungsblatt 1901, S.63.

34) "Ich erinnere mich dabei eines Wortes, das mir oft von meinem verstorbenen, mit dem Leben und den alten jüdischen Verhältnissen (Fortsetzung auf S.10)

Vor allem aber äußerte sich Rosin zur "Gebetbuchfrage". Um das alte Gebetbuch der Israeliten Badens zu ersetzen, hatte die Religionskonferenz des Oberrats nach zehnjähriger Arbeit unter Mitwirkung von außerbadischen Gelehrten 1906 einen neuen Entwurf vorgelegt. Neben Weglassungen unzeitgemäßer Gebete waren Änderungen des hebräischen Textes vorgenommen und der Text durch Hinzunahme neuer Psalmen bereichert worden.<sup>35)</sup> Obwohl der Oberrat wiederholt einen Benutzungszwang des neuen Gebetbuchs ausschloß,<sup>36)</sup> erblickten Vertreter der orthodoxen Richtung in der Zulassung des Buches an sich eine schwere Gefahr für das Judentum. Die Beschuldigungen des Oberrates durch die Orthodoxie und den mit ihr verbündeten Zionismus nahmen solche Ausmaße an,<sup>37)</sup> daß Rosin und andere Vertreter des Oberrats auf einer außerordentlichen Synode eine Aussprache und Stellungnahme herbeiführten. Am 18. März 1907 verabschiedete die Synode eine Resolution, in der sie dem Oberrat volles Vertrauen und eine Verurteilung der unberechtigten Angriffe aussprach. In einer Rede zur Vertei-

sehr vertrauten Pflegevater erzählt worden ist. Wenn ich meinen Ofen heize, so daß er gerade warm macht, und ich lasse, um zu sparen, jeden Tag ein Scheit Holz weg, so spare ich allerdings jeweils ein Scheit, sitze aber den ganzen Winter im Kalten, verschwende also in Wahrheit alles das, was ich in den Ofen hineingetan habe." Verordnungsblatt 1904, S.66.

35) Rosenthal, Heimatgeschichte der badischen Juden, S.411. - Lewin, Geschichte der badischen Juden, hält diesen Gebetbuchentwurf für den reichhaltigsten und im Grunde konservativsten aller Vorschläge.

36) Vergl. auch den Verordnungsentwurf das neue Gebetbuch betreffend: § 1: Das von dem Oberrat herausgegebene neue Gebetbuch erster Teil ... kann von den einzelnen Religionsgemeinden unter nachstehenden Voraussetzungen in den öffentlichen Gottesdienst und den Religionsunterricht eingeführt werden. § 2: 1) Voraussetzungen: 1. Zweidrittelmehrheitsbeschluß der Gemeindeversammlung 2. Zustimmung des Rabbiners 3. Genehmigung des Oberrats, wobei der Synodalausschuß mitzuwirken hat. 2) Die Genehmigung ist zu versagen, wenn eine Störung des Gemeindefriedens vorhersehbar ist. - Israelitische Landessynoden, Generallia-Judensachen des Ministeriums des Großherzogl.Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten; Generallandesarchiv Karlsruhe, Abt.233/ 10088.

37) Vor der Wahl der Vertreter für die Synode von 1908, die endgültig über die Gebetbuchdiskussion entscheiden sollte, warf das "Wahlbureau der Gegner des oberrätlichen Reformgebetbuchs" dem Oberrat unjüdische Bestrebungen vor und bezeichnete dessen Gebetbuch als ein Werk, durch welches das Judentum mit Stumpf und Stiel in Baden ausgerottet werde. Lewin, Geschichte der badischen Juden, S.479 Anm.2.

digung seines liberalen Standpunkts wandte sich Rosin gegen die extreme Beschränkung des Fortschritts, deutete aber bereits an, daß ihm die Erhaltung der Einigkeit der israelitischen Religionsgemeinschaft mehr bedeute als die Durchsetzung des Entwurfs. Der von außen kommende, auf beide Richtungen gleichmäßig wirkende Druck, "der uns nötigt, uns auf uns selbst zu besinnen, zusammenzuhalten zur Stärkung und Festigung unserer Religion und unserer bürgerlichen und staatsbürgerlichen Stellung, der muß auch in einem gewissen Grade die Gegensätze der Richtung zwischen konservativem und liberalem Judentum überbrücken. Wer das nicht empfindet, daß gegenüber diesem Druck und der Anfeindung von außen die Notwendigkeit einer inneren Einheit für uns gegeben ist, der verkennt die Zeichen der Zeit."<sup>38)</sup> Der oberrätliche Gebetbuchentwurf wurde nicht angenommen. Schon die Wahlen zu der endgültig entscheidenden Synode im Frühjahr 1908 fiel für die Liberalen ungünstig aus, die mit elf gegenüber fünfzehn Anhängern der orthodoxen Richtung vertreten waren. Ein Sprecher der liberalen Minorität erklärte noch vor Beginn einer Debatte über das Gebetbuch, daß sie in der etwaigen Rücknahme des Entwurfs keinen Verstoß des Oberrats gegen die fortschrittliche Richtung erblicken würden.<sup>39)</sup> Angesichts der Aussichtslosigkeit eines Erfolges gab Rosin die Bereitschaft des Oberrats bekannt, die Vorlage zurückzuziehen, wenn die Synode einstimmig beschließe, von den Beratungen abzusehen. Die Bedingung wurde erfüllt, die Vorlage daraufhin ausdrücklich zurückgenommen. Rosin gab dabei seiner inneren Bewegung Ausdruck, daß eine mühevoll arbeit des Ergebnisses beraubt sei, fand aber "andererseits ein erhebendes Moment in der Aufrechterhaltung des einträchtigen Verhältnisses zwischen den obersten Organen der Landessynagoge."<sup>40)</sup>

38) Verordnungsblatt 1907, S.33. S. auch die Wiedergabe bei Lewin, Geschichte der badischen Juden, S.490 f. "Es ist ja heutzutage auch auf politischem Gebiet soviel die Rede von einer Paarung des konservativen und liberalen Geistes: ich weiß nicht, ob eine solche Paarung möglich ist, aber das weiß ich: das ist möglich, daß konservativer und liberaler Geist friedlich nebeneinander bestehen, daß sie zusammenwirken können im Interesse der Gesamtheit, und daß sie das übrige dem lieben Gott überlassen dürfen, der stets, in allem Wanken der menschlichen Verhältnisse, die richtige Mittellinie zwischen den einander befehdenden und entgegenstrebenden Richtungen zu finden wußte."

39) Rosenthal, Heimatgeschichte der badischen Juden, S.412 f.

40) Lewin, Geschichte der badischen Juden, S.483.

Die Enttäuschung über die überwiegend intolerante Haltung in der Gebetbuchfrage ließ Rosin zu dem Entschluß kommen, den Oberrat zu verlassen. Am 19. Juni 1908 entthob der Großherzog Rosin auf seinen Wunsch hin von der Stelle eines Oberrats der Israeliten "unter Anerkennung seiner der Landessynagoge während vieler Jahre treu und ersprießlich geleisteten Dienste", nachdem der Oberrat und das Ministerium sich vergeblich bemüht hatten, ihn zu halten.<sup>41)</sup>

C Die Veröffentlichungen Rosins außerhalb des sozialversicherungsrechtlichen Gebietes

Die ersten Schriften Rosins befaßten sich mit Themen der Rechtsschichte. Sein Beitrag zu dem Wettbewerb der juristischen Fakultät zu Breslau 1873<sup>42)</sup> stand in engem Zusammenhang mit dem Begriff des Schwertmagens, der im Rahmen jener Arbeit jedoch nicht eigens untersucht werden konnte. Nach Abschluß seiner Dissertation "Commentatio ad titulum legis Salicae 59 'De Alodis'" verfaßte Rosin daher 1877 eine gesonderte Begriffsdeutung.<sup>43)</sup> Seine Habilitationsschrift "Die Formvorschriften für die Veräußerungsgeschäfte der Frauen nach langobardischem Recht"<sup>44)</sup> schloß die Reihe der rechtsgeschichtlichen Veröffentlichungen ab.

41) Lewin, Geschichte der badischen Juden, S.491. Nachfolger Rosins wurde der der orthodoxen Richtung angehörige Freiburger a.o. Professor Dr. Alfred Loewy.

42) S.o. S.1

43) Der Begriff der Schwertmagen in den Rechtsbüchern und verwandten Quellen des deutschen Mittelalters, Breslau 1877. Durch Deutung des Sachsenspiegels, Inbezugsetzen verschiedener Stellen zueinander, Frage nach der Motivation des Verfassers anhand der Bedeutung der Norm, Untersuchung der Gegensätze und schließlich durch Bestätigung der so gewonnenen Ergebnisse durch deren Herleitung von sprachlicher und historischer Seite, findet Rosin die Bedeutung der Begriffe. (Z.B. svertmach - durchweg durch Männer mit einer Person verwandte Männer, sowohl Ascendenten wie Descendenten und Seitenlinie. Weiblicher Gegensatz - nichtel. In der lateinischen Übersetzung - agnatus.)

44) S.o. S.2 Anm.6. - Rosin untersucht hier Herkunft und Bedeutung der sog. lex 29 Liutprandis. S. auch die Besprechung von Dargun, in: Grünhuts Zeitschrift 1883, S.440 f.: "Es braucht kaum betont zu werden, daß sich die Abhandlung durch dieselben Vorzüge auszeichnet wie die früheren Schriften des Verf. ... Inhaltsreiche Noten und Excurse, knappe und doch sorgfältige Erklärungen im Einzelnen machen die Arbeit auch dort belehrend, wo man die Ansicht des Autors nicht zu teilen vermag."

Auf dem Gebiet des Privatrechts widmete er 1883 einen Aufsatz der neuesten Entwicklung der Lehre von der erlaubten Privatgesellschaft mit korporativen Befugnissen nach Maßgabe des preußischen Landrechts und der neuesten preußischen Gerichtspraxis.<sup>45)</sup> Dem hier ausgedrückten Wunsch nach liberalerer Gestaltung des Gesellschaftsrechts, nach mehr Privatautonomie<sup>46)</sup> entsprechend, äußerte er sich enttäuscht über die Behandlung des Korporationswesens im Entwurf des BGB in seinem Gutachten auf dem 19. Deutschen Juristentag 1888.<sup>47)</sup> Mit der revokatorischen Klage bei Familienfideikommissen beschäftigte er sich 1893,<sup>48)</sup> worauf 1901 eine rechtsvergleichende Arbeit über die Parantelenordnung und Verwandtschaftsberechnung folgte.<sup>49)</sup>

45) Zur Lehre von der Korporation und Gesellschaft, insbesondere der erlaubten Privatgesellschaft, nach ALR und heutigem preußischen Recht, in: Gruchots Beiträge Bd.27, S.111. - S. das Lob Gierkes, Genossenschaftstheorie und deutsche Rechtsprechung S.98 Anm.1, der aber auch das Ergebnis kritisiert, das nicht durch "zwingende Gründe gestützt" sei (S.108, Anm.4). Der Versuch einer einheitlichen Konstruktion der erlaubten Privatgesellschaft sei gescheitert (S.109 f.).

46) "Es gilt für Preußen und das ganze deutsche Reich die Korporationstheorie von den Fesseln polizeistaatlicher Vorurteile und juristischer, dem deutschen Recht fremder Theorien zu befreien und dem Privatwillen die Möglichkeit zu gewähren, sich einerseits durch freie gesetzmäßige Betätigung, der aber andererseits die allgemeine äußere Kundmachung nicht fehlen darf, selbst zur wahren korporativen Gestaltung zu erheben." Rosin, aaO, S.146.

47) An welche rechtlichen Voraussetzungen kann die freie Corporationsbildung geknüpft werden?, in: Verhandlungen des 19. Deutschen Juristentages 1888, Bd.II, S.135. Die prinzipielle Billigung des Konzessionssystems und eine nachgiebigere Tolerierung freierer Partikularrechte (§ 42 des Entwurfs) ist Rosin als "Schlußstein" der Entwicklungsgeschichte des Korporationswesens zu wenig. Aus Gründen der Rechtskontinuität (aufgrund der historischen Entwicklung) und der praktischeren Gestaltung zählt sich Rosin zu den Befürwortern des Normativsystems (S.145).

48) Beiträge zum Recht der revokatorischen Klage bei Familienfideikommissen und hochadligen Hausgütern, in: Iherings Jahrbücher für die Dogmatik des römischen und deutschen Privatrechts Bd.32, S.322. - In diesem Rechtsgutachten auf Veranlassung des "Vereins deutscher Standesherrn" klärt Rosin die Fragen, ob 1. Veräußerungen von Fideikommißgut auch von Allodialerben des Veräußerers angefochten werden können und ob 2. die Agnaten berechtigt sind, Veräußerungen von Fideikommißgut schon vor ihrem Successionsantritt anzufechten.

49) Beiträge zu der Lehre von der Parentelenordnung und Verwandtschaftsberechnung nach deutschem, österreichischem, jüdischem und kanonischem Recht, in: Grünhuts Zeitschrift 1901, S.341.

George W. ...

128.1932 July 1872

CV 83/1932  
p 346

9

Handwritten notes in German, including phrases like "Handwritten notes", "Eigenes Leben", "mit dem ich spreche", "die ich kenne", "die ich nicht kenne", "die ich nicht kenne", "die ich nicht kenne".

Siberianer

Handwritten signature or name, possibly "H. W. M. M. M."

10 II/426: Worms. Dr. Nathan Stein, geb. 1881, gest. 1966, Bankier, ab 1925 Prof.  
der Wirtschaftswissenschaften, Technische Hochschule Karlsruhe, emigriert  
USA. Er war Sohn des Rabbiners Dr. Alexander Stein, der in Worms von  
1867-1910 amtierte und den Schueler-Unterstuetzungsverein gruendete,  
Vorsitzender Prof. Ludwig Edinger.

Richard W. Allister



Willkatten p. 315 Aus m. Leb 1949

aus der Zürcher Dekret, da nur 1 d. pfl. Klerik  
Katholikar Säuer, beide ebenfalls, sagt, was d.  
ausgedr. hat, was sehr, erdige, bleibt in Zürcher  
Entscheid 1470

p. 338 - 351 W. v. Alenländer, f. v. Richard  
v. Herby hat <sup>Söldner</sup> fortgesetzt "ad hoc" nur noch  
auf d. fact u. d. Strass Rittwill u. d. m."

Hally d. Fakultätenwechsel - Berufsfrage

"Berufswechsel v. a. d. Gruppe exclud. beeinflusst"

erlaubt ihm Fachwechsel - Festsetzung Recht, Satz

Für den nun sagt Urstand (Wang, d. Territor, was)

Lesung

Handwritten text:  
Hunderttausend: "Wir Jung fühlen uns in d. Zeit  
bester Erinnerung d. Vaterlands so als an Fuhrer, so als  
an Vorbildern, so als an reinen, guten & frommen  
Menschen, das wir die wenig, die wir haben, will  
entbehren können & Rückhaltloses Vertrauen, Verehrung,  
Ehrfurcht, Treue - unsw. v. 337

Rektor: Gott wird zürich! Heuchel jodet, Valerius,  
weil wir in schwerer Zeit d. Kriegs & d. Folgejahre  
p 344/5  
jener Schicksal d. Vaterlands schwer jodet

10

H. v. Müller (57)

10

234-236 Grillsteller (Kreuzler u. Jude (Übergang)) Gott v. Plak: Kon  
M. Jungling darf Klüppel zu Füsse c. f. d. Lehrer s. d. <sup>235</sup> " " erklarte  
mit d. unbestehl. Schärfen des Nationalismus die best-gefällige Freude  
des wachsenden Republikanismus d. Jungl wie d. Nation Resonanz u. versenkt  
wie einer der empfindlichen Kassierbrüder and a. d. H. d. U.  
d. Einführung verwandtschaftl. oder d. Offiziellen. Ungl. aber mit <sup>1924</sup> 1924  
1924. M. d. 2. hat u. f. d. f. d. f. d. Fakultät bestellt Fachauschuss  
an 1. Stelle bewandert (Küchenschloß v. d. f. d. f. d. Fakultät  
abgelehnt, erklärte W. R. R. - offen u. nobel, kritisierte jed. Kolleg. b. d.  
Erwählung, konnte das ja nicht u. W. abgelehnt, dass es nicht die Möglichkeit  
in d. Kapitel d. Maximalismus f. Was u. Nicht f. d. d.

Richard Willstaetter

10

1924 trat der Zoologe und Entwicklungsforscher Richard von Hertwig von Lehramt zurueck. In Gutachten fuer seine Nachfolge sein bedeutendster Schueler Prof. Richard Goldschmidt, 2. Direktor des Kaiser Wilhelms Instituts fuer experimentelle Biologie in Dahlem genannt. Sommer 1924 trat Paul von Groth, Willstaetters Kollege von Professur zurueck, Mineralogie, Kristallographie, Petrographie u.s.w.. Schlug Viktor M. Goldschmidt in Oslo, Sohn des Prof. Heinrich Goldschmidt, in Zuerich habilitiert, dann Heidelberg, dann Oslo, vor. Gegenberufung Dekan Wien, bei jedem Einzelnen interveniert. Fakultatet verwarf Berufung, ohne aehnlich geeigneten Vorschlag machen zu koennen. Ministerium ernannte einen nicht vorgeschlagenen Lycealprofessor. Willstaetter erbat in Brief vom 24.7.1924 Abschied aus dem Staatsdienst, weil er mit Haltung der Fakultatsmehrheit in Berufungsfragen so wenig einverstanden sei, dass er der Fakultatet nicht mehr angehoren koenne. Prof. Heinrich Wieland, Chemiker in Freiburg, der auf Rat Willstaetters sein Nachfolger wurde, tadelte Willstaetters Entschluss, der nach Berufung Wielands 1925 ausschied. Lujo Brentano lobte ihn. Carl Duisberg teilte ihm mit, "dass das Ausscheiden eines Juden von einer so wichtigen Stellung in weiten Reisen Deutschlands, mit denen ich in Beruehrung komme, die groesste Freude und Befriedigung ausgeloeht hat." Willstaetter nimmt Ruhegehalt nicht an, auch nicht eine Dienstwohnung. Unterrichtsminister Matt bittet ihn, wenigstens in der Fakultatet zu bleiben fuer feierliche Veranstaltungen und Sitzungen der philosoph. Fakultatet, 2. Sektion, was er annimmt. (Richard Willstaetter, die Geschichte meines Ruecktritts, bei Lamm, a.a.O., S. 323- 329.)

\* Er schrieb, Sie sind auch vollstaendig im Recht weil man, was Sie aufser Auetor. der Reg. in jod. d. d. W. Esverhauecht Wien Auetor von irgend einem Erhellungsgrad

Handelsrichter

Unter 53 Handelsrichtern gab es 1932/33 zwei Juden (Lamm a.a.O. S. 336)

## Erinnerung an Rudolf Smend

*Zum Tod des deutschen Staats- und Verfassungsrechtlers*

mey. Man mag ihn einreihen unter die grossen deutschen Staatsrechtler, welche noch die Weimarer Republik und deren Verfassung (kritisch) kommentiert hatten, dann im Dritten Reich politisch Farbe bekennen mussten und schliesslich auch den staatsrechtlichen Neubeginn nach 1945 mitgestalteten. Man hat ihn damit noch nicht charakterisiert. Rudolf Smend, am 5. Juli im Alter von 93 Jahren gestorben, oft in einem Atemzug mit Kollegen wie Carl Schmitt, Ernst Rudolf Huber oder Ernst Forsthoff genannt, war den Spuren des Zeitgeists nicht gefolgt — hatte sich von den Erwähnten deutlich distanziert: nicht bloss auf Grund seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Hitler-Regime, stärker noch durch seine juristischen und ethischen Ansprüche, die Smends Abhandlungen und Vorträge in eigenständigem und mitunter faszinierendem Licht profilierten.

Er hatte sich im Jahre 1908 habilitiert, war dann nach Greifswald, 1915 nach Bonn, 1922 nach Berlin berufen worden. In seinen frühen Arbeiten eher rechtshistorisch orientiert (es erschienen Beiträge zur preussischen Verfassungsgeschichte), forderte er schon damals die Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung und Begründung des Rechts, das er — in polemischer Abgrenzung zum Rechtspositivismus Hans Kelsens — unter Verweis auf die konkrete Situation als ein gewordenes betrachtete. Während seiner Lehrtätigkeit in Bonn und Berlin widmete er sich eingehend staats- und verfassungsrechtlichen Problemen — 1916 erschien eine Abhandlung über ungeschriebenes Verfassungsrecht («das entweder gar nicht oder in eigentümlich missverständlicher Form geschrieben ist und deshalb bei der Darstellung des Reichsstaatsrechts — bei grosser praktischer Bedeutung — nur zu leicht völlig übersehen wird»). Hier vollzog Smend die heute wieder stark beachtete Trennung von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit. Seine Kritik an der Weimarer Verfassung, die ihn nur oberflächlich mit den Motivationen Carl Schmitts verband, versuchte vermittelnd, die zweite Hälfte der Verfassung über die Grundrechte dahingehend zu aktualisieren, «dass sie verschiedene Bevölkerungsteile mit Freiheiten und Sicherungen ausstattet, die für diese Gruppen als Voraussetzungen wirklicher, nicht nur formaler staatsbürgerlicher Freiheit und ihrer Betätigung gerade angesichts der Formaldemokratie notwendig erscheinen». Diese Forderung führte Smend zum «Integrationsprinzip», das für seine Staatsauffassung insofern repräsentativ war, als es den Staat als geistige Wirklichkeit beschrieb, welche die Interaktion menschlichen Handelns in politischen und sozialen Rahmenbedingungen umfasse.

In seiner bedeutenden Arbeit «Verfassung und Verfassungsrecht» (1928) hatte Smend seine Gedanken präzisiert: der Staat war weder ein positivistisch interpretierbares Verfassungssystem noch eine inhaltlose Hülle für die gesellschaftliche Sphäre und schon gar nicht eine totalitär-mystische Machtinstanz. Vielmehr umschloss er die gesamte Wirklichkeit des Kräftespiels politischer Beteiligung — die ihrerseits dem Staat erst die Legitimität sichern sollte. Denn Verfassung erkannte Smend nicht als statisch gesetzte Ordnung, sondern als dialektische Vermittlung des Volkswillens. Damit unterschied er sich ebenso

von der formalisierenden Begrifflichkeit Schmitts wie von den Lehren des staatsrechtlichen Positivismus: den Sinn einer Verfassung sah Smend alleine in ihrer Verwirklichung durch die politischen Pflichten des Bürgers in der Demokratie. Die Nationalsozialisten mochten Smends Politethik nicht tolerieren. Von Berlin wurde er 1935 nach Göttingen gewiesen. In den späten dreissiger Jahren begann er sich eingehend mit kirchenrechtlichen Fragen zu befassen — das staatsbürgerliche Engagement Smends, das in den Zeiten der Diktatur nur noch in rechtshistorischen und kirchenrechtlichen Arbeiten durchschimmern durfte, äusserte sich auch nach 1945 in Problemstellungen zu Staat und Kirche. Smends stille Wirkung aber liess sich sowohl bei Kollegen wie Hermann Heller als auch bei Schülern wie Ulrich Scheuner oder Hans Schneider feststellen.

Ein eindrückliches Zeugnis für seinen kritischen Weitblick stellte seine Rede zur Reichsgründungsfeier der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin vom 18. Januar 1933 dar, betitelt «Bürger und Bourgeois im deutschen Staatsrecht». Ausgehend von einer historischen Analyse der Trennung von Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, zeichnete Smend die Entwicklung des Grundrechtsgedankens nach: als eine Ausprägung des individualistischen Interesses, welches sich einerseits über die Forderungen staatsbürgerlicher Pflichten durch Vernachlässigung der politischen Beteiligung hinweggesetzt habe und andererseits den Staat halb ängstlich, halb bewundernd als ebenso undurchschaubare wie unberechenbare Macht bestaune. Was Droysen 1844 als das Bewusstsein bezeichnet hatte, dass man dem Staat mehr als Steuern und Gehorsam zu leisten habe, dachte Smend als erster Staatsrechtler konsequent zu Ende: sein von keiner völkischen Hysterie getrübt Plädoyer für die Beteiligung des Bürgers an den Staatsgeschäften — und dies nicht im Sinne gleichgeschalteter Totalität eines Volkswillens —, sein Plädoyer für ein Engagement, das über die Interessensphäre des «Bourgeois» hinausgehen müsse, verfocht Smend auf dem drohenden zeitgeschichtlichen Hintergrund der hereinbrechenden Diktatur: «Der Gegenwart droht der Staatsbürger unterzugehen im Anhänger der politischen Konfession, in den absorptiven, religionsähnlichen Ansprüchen der grossen politischen Bewegungen.»

Smends Leistungen stehen bis zum heutigen Zeitpunkt ungerechtfertigterweise im Schatten eines Grösseren: doch die Kritik am Positivismus und einer allzu formalrechtlich konzipierten Weimarer Verfassung, die ihn tatsächlich in die Nachbarschaft Carl Schmitts brachte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Rudolf Smend sich exakt dort von Schmitt zu distanzieren begann, wo dieser das Dritte Reich mit einer Legitimität des Verfassungsrechts einkleidete. Smend war dies alles suspekt, und er erkannte die Gefahren einer faschistisch deformierten Politphilosophie. Sein Ethos zeigte sich nach 1945 am deutlichsten, wo er als Mitglied des leitenden Kollegiums der deutschen evangelischen Kirche (EKD) für die Oekumene eintrat. Seine Mahnung, die politische Beteiligung des Bürgers im Rechtsstaat niemals zu vernachlässigen, bleibt weiterhin aktuell: «Diese grundrechtliche Freiheit ist nicht bourgeoise Emanzipation vom Staat, sondern bürgerliche Grundlegung des Staats.»

Privatarchiv, das seine Briefe und Aufzeichnungen sowie zahlreiche wissenschaftliche Studien umfasst, nur teilweise erschlossen.

### Aemter und Ehren

Dem cartesianischen Geist Dufours waren Romantik und Radikalismus fremd. Er konnte sich aber politischen Aemtern weder in Genf noch im Bund entziehen, setzte sich nachhaltig für die Eisenbahnverbindung Genf—Lyon ein, gehörte während Jahrzehnten dem Gemeinderat und dem Grossen Rat an und liess sich 1848 im bernischen Seeland zum Nationalrat wählen. Von 1854 bis

1857 war er dann als Liberalkonservativer Genfer Nationalrat und von 1863 bis 1866 Ständerat. 1863/64 präsidierte er den Kongress, der zur Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz führte. Noch im Deutsch-Französischen Krieg liess er dem Bundesrat wichtige Informationen aus Frankreich, wo er namentlich im Zweiten Kaiserreich über enge Beziehungen zum Regime verfügte, zukommen. Weder vorher noch nahher sind einem Schweizer so viele in- und ausländische Ehrungen zuteil geworden, die seiner vornehmen Bescheidenheit keinen Abbruch taten.

Hermann Böschstein

AR 7034

6/3

Ernst Hamburger Collection

VII

Municipal Administrations

A 17/1

Ernst Hamburger  
AR 7034  
~~Box 16~~  
Folder 4

AR 7034  
Ernst Hamburger Collection  
Box 6, Folder 3  
Municipal Administrations  
1970's, no date

11  
erl  
1472  
20. April 1972

Herrn Dr. Kurt Baurichter  
4 Duesseldorf-Nord  
Meineckestrasse 28

Sehr geehrter Herr Baurichter,

erlauben Sie mir, mich noch einmal an Sie zu wenden, um weitere Informationwn fuer mein Buch "Kuden im oeffentlichen Leben Deutschlands," zu erbitten.

*[Obere Regierung]* Nach dem Taschenkalender fuer Verwaltungsbeamte gab es im Reichsministerium des Innern einen Dr. Goldmann, der in der Abteilung II arbeitete, in der u.a. das Gesundheitswesen behandelt wurde. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, ohne dass ich naehere Auskuenfte ueber Goldmann erhalten konnte. Haben Sie ihn gekannt oder wissen Sie etwas von ihm?

Die zweite Bitte bezieht sich auf Herrn Dritz Gause. Dieser war frueher Archividirektor in Koenigsberg und hat auch ein Buch ueber Koenigsberg verfasst. Von ihm hoffe ich ueber Koenigsberg einige Informationen zu erhalten. Mir ist mitgeteilt worden, dass Herr Gause in Duesseldorf lebt. Naeheres konnte ich nicht ermitteln, es wurde mir nur geschrieben, dass es in Duesseldorf einen Verlag gibt, der den Namen Gause traegt und dass er mit diesem verbunden sei. Koennten Sie so freundlich sein, im Telefonbuch nachzusehen, ob die Adresse von Herrn Fritz Gause in Duesseldorf darin steht und mir gegebenenfalls die Strassenadresse uebermitteln?

Mit bestem Dank im voraus und freundlichen Gruessen

Ihr

P.S. Nach neuerer Information lebt Herr Gause in Essen. In diesem Fall machen Sie sich bitte nicht die Muhe, Nachforschungen anzustellen, die wahrscheinlich beschwerlich sein wuerden. Ich werde dann auf andere Weise die Auskunft in Essen zu ermitteln versuchen.

V.

*Dr. Prof. J. Haase*

Ueber Haase und Lichtenstein war ich deswegen gut informiert, weil ich in haeufiger Verbindung mit Professor Walter Friedlaender stehe, der ein Neffe von Haase war; er ist in der Weimarer Zeit auf dem Gebiet der Wohlfahrts-  
pflege hervorgetreten und war Stadtrat in Berlin.

Fuer Ihre Bereitschaft, mir gelegentlich brieflich Auskunft ueber Fragen zu geben, die ich eventuell noch stellen koennte, bin ich Ihnen ausserordentlich dankbar und bleibe

mit besten Empfehlungen



*Kommerschatz*

PETER F. ELSAS  
2909 BISSONNET  
HOUSTON, TEXAS 77005

*Handwritten initials*

5-19-74

*6e* *11*

Sehr geehrter Herr Hamburger,

Ich muss fuer die verspaetete Beantwortung Ihrer Briefe vom Januar und Mai um Entschuldigung bitten.

In der Zwischenzeit habe ich den Nachlass meiner Mutter durchgesehen und versucht etwas Ordnung in die Papiere und Dokumente zu bringen, die sich noch angefundnen haben. Es ist mir dabei gleich zum Bewusstsein gekommen, dass eine Biographie meines Vaters, die seiner Persoenlichkeit volle Wuerdigung zukommen laesst, nur noch von mir selbst vorbereitet werden kann. Und ein solches Unternehmen laesst sich kaum mit den Anforderungen des beruflichen Alltags vereinbaren.

Da ich selbst nun das goldene Mittelalter erreicht habe und die Zeit fuer "retirement" nicht mehr allzu fern in der Zukunft liegt, erscheint mir das eine Aufgabe, die noch vor mir liegt.

Eine Anzahl von Artikeln und Gedenkreden, die in den ersten Jahren nach 1945 erschienen sind, sind alle mehr oder weniger unter dem Eindruck der damaligen Ereignisse geschrieben worden. Nach nunmehr bald 30 Jahren, sind viele der beschriebenen Geschehnisse historisch nicht mehr "relevant".

Wie die meisten Menschen hat auch mein Vater in seiner relativ kurzen Lebensspanne mehrere Entwicklungsphasen durchschritten, die seine Persoenlichkeit geformt und umgeformt haben. Sie schrieben, dass Sie ueber die grossen Abschnitte informiert seien.

Mein Vater wurde am 11. Juli 1890 in Cannstatt bei Stuttgart geboren. Sein Vater war Mitbesitzer einer kleinen Fabrik und ein angesehenes Mitglied der dortigen gut buergerlichen Gesellschaft. Elementarschule und humanistisches Gymnasium in Cannstatt bis 1908. Studium der Rechts und Staatswissenschaften in Muenchen, Berlin und Tuebingen. 1912 Promovierung zum Doktor der ~~Recht~~ Staatswissenschaften in Tuebingen. Ich glaube, dass zu dieser Zeit mein Vater die feste Absicht hatte eine wissenschaftliche Laufbahn zu verfolgen und sich in Tuebingen als Privatdozent niederzulassen. Er verbrachte die naechsten drei Jahre auf verschiedenen Auslandsreisen und mit Privatforschung ueber die Entwicklung des wuerttembergischen Staatskredits im 19. Jahrhundert, ein Thema, das ihn anscheinend persoenlich fascinierte.

PETER F. ELSAS  
2909 BISSONNET  
HOUSTON, TEXAS 77005

//

Ich nehme an, dass der Beginn des Weltkrieges diese Plaene aenderte, denn 1915 nahm er erst eine Stellung als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Handelskammer Stuttgart an und trat dann anschliessend in die Stadtverwaltung Stuttgart ueber. Ich nehme an, dass er erst waehrend dieser Zeit seine organisatorischen Talente entdeckte und seine Laufbahn als Kommunalpolitiker begann.

Ich lege eine etwas schwer lesbare Kopie eines zeitgenoessischen Zeitungsartikels bei, die seine Taetigkeit in Stuttgart beschreibt.

Ich hoffe, dass diese Angaben Ihnen behilfflich sein werden

Mit besten Gruessungen

Peter Elsas

9/4/22

24. November 1971

Professor Walter Friedlaender  
6437 Regent Street  
Oakland, Cal. 94618

Lieber Freund Friedlaender,

Zunaechst wollte ich Ihnen fuer Ihren Brief vom 13. November herzlich danken. Sie haben mir damit einen sehr guten Dienst geleistet. Er enthaelt so viele und gute Informationen, dass er mir meine Arbeit sehr erleichtert

Dank vor allem auch fuer Ihren Lebenslauf und die so eindrucksvolle Biographie. Wie gruendlich und auf wie vielen Gebieten haben Sie gearbeitet! Auch die Zeitungsausschnitte vom San Francisco Chronicle und aus der Berliner Stimme haben mich sehr beeindruckt und sind darueber hinaus auch praktisch fuer mich nuetzlich.

Friedrich Ollendorff habe ich durch meine Arbeit in Breslau kennen gelernt. Ich war 2 Jahre lang am Oberpraesidium Referent fuer das Gebiet der Wohlfahrtspflege und habe damals mit den freien Organisationen viel zu tun gehabt. Auch seine Mutter Paula Ollendorff war mir wohl bekannt. An seine Witwe werde ich schreiben. Carl Herz hatte nicht nur eine Tochter sondern auch einen Sohn in Israel, und dieser war eine kurze Zeit mit Ilse Flatow, der Tochter unseres lieben Freundes Georg Flatow verheiratet. Herz hat auch ein ausfuehrliches Manuskript in 2 Baenden hinterlassen - ich weiss nicht ob Sie es gesehen haben - hat aber in ihm sich fast ausschliesslich auf politische und rechtliche Gegenstaende konzentriert. Vielleicht lebt seine Frau noch, ich werde dies durch das L. B. I. Bureau in Jerusalem feststellen lassen, da ich dann mit ihr in Verbindung treten moechte, nachdem ich durch Sie erfahren habe, wie sehr Herz sich fuer Aufgaben auf dem Gebiet der Jugendpflege interessiert hat. Von seiner sonstigen Taetigkeit als Buergermeister weiss ich aus vielen Unterhaltungen mit ihm einiges. Auch Kurt Loewenstein hatte ich gut gekannt, mit seinem Sohn werde ich mich in den naechsten Tagen in Verbindung setzen. Ihre Angaben ueber Dorothea Hirschfeld und Sidy Wronsky sind mir sehr wichtig, auch Ihr Hinweis auf ihre Mitarbeit an der Sozialen Praxis.

Ich moechte mich heute darauf beschraenken, damit der Brief noch rechtzeitig abgeht und bleibe mit herzlichen Gruessen und allen ~~guten~~ guten Wuenschen fuer Sie beide, auch von meiner Frau

Ihr

Braun Mopp

H. Fuertth

Kommunikat

31. Dezember 1974

Sehr geehrte Frau Fuertth,

Besten Dank fuer Ihren Brief vom 19.d.M., sowie fuer die Zeitungsausschnitte ueber Ihre Schwiegermutter und die Fotografie, die Sie freundlicherweise beigelegt haben. Ich habe auch die Gedichte "Moses" und "Judenzaehlung" mit Bewegung gelesen. Henriette Fuertth war eine bedeutende Frau.

Ich nehme an, dass Sie yueber Simon Katzenstein keine Dokumente haben. Hat er nach Ihrer Kenntnis Nachkommen hinterlassen, bei denen ich nachfragen koennte?

Einen Abschnitt ueber Henriette Fuertth beabsichtige ich in mein kommendes Buch einzufuegen. Nach Vollendung der Bearbeitung werde ich die Zeitungsausschnitte dem Archiv unseres Instituts uebergeben. Dem werde ich auch den schoenen Artikel ueber Ihren Gatten hinzufuegen; ich habe ihn im MB vom 15.11. 1974 gelesen und freue mich, dass dort eine so ehrenvolle Wuerdigung erschienen ist. Sie haben eine lange und glueckliche Ehe gefuehrt, und das ist sicher ein Trost in Ihrem Schmerz. Nicht vielen ist das in ubserer Zeit zuteil geworden.

Die Fotografie lasse ich in den naechsten Tagen zuruecksenden. Der Artikel in Marie Juchacz' Buch "Sie lebten fuer eine bessere Welt" enthaelt ja das Altersbild von Henriette Fuertth, und in einem der Zeitungsausschnitte erscheint sie mit ihrem Mann.

Mit nochmals herzlichem Dank und freundlichen Gruessen, verbleibe ich

Ihr

EH/ch.

*[Faint, illegible text]*

*[Faint, illegible text]*

Prof. Dr. Gause  
43 Essen  
Saarbrücker Straße 107  
Tel. 2679 00

Essen, 31.5.1972

Sehr geehrter Herr Hamburger!

Vorweg gestatten Sie mir, daß ich meiner Freude Ausdruck gebe, daß mein alter Schulfreund Korach noch lebt und sich meiner erinnert. Ich habe wohl gehört, daß er in Palästina sein soll, ihn aber seit meiner Kinderzeit nicht mehr gesehen. Ein kleiner Irrtum sei berichtigt. Ich war nicht nebenamtlich, sondern hauptamtlich Direktor des Stadtarchivs und des Stadtgeschichtlichen Museums in meiner Vaterstadt Königsberg und bin deshalb nicht auf persönliche Erinnerungen angewiesen, sondern habe eine dreibändige Geschichte Königsbergs im Böhlauverlag in Köln geschrieben, deren 3., die Zeit von 1914 bis 1947 behandelnder Band 1971 erschienen ist. Ich habe also alle mir zugänglichen Quellen studiert und kenne auch Ihr Buch über die Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Was nun die Fortsetzung über die Weimarer Zeit angeht, so kann ich nur wenige Mitteilungen machen. Über Stettiner, den ich persönlich sehr geschätzt habe, ist eine Kurzbiographie erschienen, von der ich eine Ablichtung beilege. Über Gottschalk - übrigens ein Arzt ohne Dokortitel - finden Sie viel in dem Buch von Wilhelm Matull, Ostpreußens Arbeiterbewegung, Würzburg 1970. Die Kurzbiographie Gottschalk, die er geschrieben hat, ist noch nicht gedruckt. Er wird Ihnen aber sicher gern einen Durchschlag schicken. Seine Adresse Ministerialrat a.D. Wilhelm Matull, 4 Düsseldorf-Heerdt, Aldekerkstraße 9. Im Königsberger Magistrat hat es außer Stettiner keine Juden gegeben, soweit ich sehe auch nicht in der Provinzialverwaltung und im Richterstand, wenigstens nicht in gehobenen Stellungen. "Im öffentlichen Leben" ist ein weiter Begriff. Im Königsberger Musikleben spielten Juden, z.B. im Vorstand der Symphoniekonzerte, eine bedeutende Rolle; auch der Generalmusikdirektor <sup>Ernst</sup> Kunwald (1921-1927 in Königsberg) war wohl ein Jude. Der Justizrat Max Lichtenstein, übrigens ein Schwager von Haase, ist 1942 im Lager Theresienstadt gestorben, 82 Jahre alt. Über die jüdischen Königsberger Universitätsprofessoren habe ich im 3. Band meiner Geschichte von Königsberg einiges gesagt, bin ich gern bereit, Ihnen brieflich Auskunft zu geben, falls diese für Ihr Buch in Frage kommen.

Zu weiteren Diensten gern bereit, bleibe ich mit den besten

mpfehlungen

Ihr

Fritz Gause

ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive, New York, NY 10024

9. Juni 1972

Herrn Professor Dr. Fritz Gause  
43 Essen  
Saarbrueckerstrasse 107

Sehr geehrter Herr Gause,

besten Dank fuer die prompte Beantwortung meines Briefes und fuer die Photokopie der altpreussischen Biographie mit dem Artikel ueber Paul Stettiner. Dieser war mir um so wichtiger, als ich aus der Biographie ersehe, dass Stettiner als Vertreter Ostpreussens Mitglied des Preussischen Staatsrats war und auch in dieser Hinsicht in meinem Buche zu erscheinen hat.

Wenn ich das naechste Mal an Korach schreibe, so werde ich ihm gern mitteilen, dass Sie mit Freude von mir die Information ueber ihn erhalten haben; auch ihn wird es sicher sehr freuen, dass Sie sich seiner noch gut erinnern.

Ich habe mir sogleich nach Eintreffen Ihres Briefes Ihre Geschichte Koenigsbergs in der hiesigen Public Library angesehen und danke Ihnen sehr fuer Ihren Hinweis darauf. In der Tat enthaelt der dritte Band Informationen, die fuer mich wichtig sind. Mit Herrn Matull habe ich schon wiederholt korrespondiert, er hat mir auch seinen Artikel ueber Hugo Haase und Otto Braun vor einigen Jahren zugesandt und ich werde ihm wiederum schreiben, mit der Bitte, mir die Kutzbiographie Gottschalks zu uebersenden. Im uebrigen kann ich aber auch warten, bis sie im Druck vorliegt, da es noch lange Zeit dauern wird, bis das geplante Buch im Manuskript von mir beendet sein wird.

Sie schreiben richtig, dass "im oeffentlichen Leben" ein weiter Begriff ist. Ich habe deswegen, um praeziser zu sein, dem bereits erschienenen Buch den Untertitel gegeben "Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier"... Daraus ergibt sich die Begrenzung meines Gegenstandes. Ich habe Universitaetsprofessoren - die ja auch Beamte waren - nur soweit herangezogen, als sie auf die Ausbildung der akademischen, spaeter im Regierungs- oder Verwaltungsdienst taetigen Jugend Einfluss gehabt haben, also Staatsrechtslehrer, Verwaltungsrechtslehrer und Nationaloekonomen. Ich habe dies in der Einleitung des Bandes ueber die monarchische Zeit erklart und auch die Begrueundung dafuer gegeben, ich gestehe auch zu, dass in solcher Auswahl immer etwas Willkuerliches steckt.

./.

Was die Koenigsberger Gemeindevertretung betrifft, so schrieb mir Herr Dr. Korach, dass Dr. med. Alfred Gottschalk, einer der wenigen Intellektuellen, die zur SPD gestossen waren, ein sehr einflussreicher SPD-Mann in Ostpreussen und eine kurze Zeit nach der Revolution von 1918 Stadtverordnetenvorsteher in Koenigsberg war. Ich weiss von ihm einiges Wenige aus dem Schriftwechsel zwischen Haase und ihm, der in der von Ernst Haase herausgegebenen Biographie von Hugo Haase publiziert ist. Vielleicht haben Sie noch einige Erinnerungen an seine Person und an sein Wirken als Politiker und als Stadtverordnetenvorsteher. Dr. Korach schrieb mir, dass Gottschalk sonst niemals Mandate angenommen habe.

Schliesslich war im Magistrat von Koenigsberg der Stadtschulrat Stegtiner, urspruenglich Gymnasialprofessor, Altphilologe. Ich habe ihn bei einem Besuch des Ostausschusses des Preussischen Landtags in Koenigsberg kennen gelernt, er hielt damals eine kurze Ansprache. Einige Informationen ueber ihn besitze ich, aber vielleicht wissen Sie mehr. Er war ein getaufter Jude. Sind Ihnen ausser Stettiner noch juedische Mitglieder des Magistrats oder der Stadtverordnetenversammlung aus der Weimarer Zeit erinnerlich?

Ich bitte Sie, mir diese vielen Fragen nicht zu ueubeln. Ihre Beantwortung ist wichtig fuer mein Buch, Handbuecher aus jener Zeit existieren kaum noch und enthalten ueberdies nicht alle wichtigen Informationen, und es gibt nur noch wenige Menschen, die jene Periode bewusst miterlebt und Erinnerungen an sie haben.

Mit bestem Dank im voraus und besten Empfehlungen

Ihr ergebener

ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, NY  
10024

20. Dezember 1971

Herrn Professor  
Dr. med. Alfred K. George  
6 Steinbuechelstrasse  
8708 Maennedorf, Kanton Zurich  
Switzerland

Sehr geehrter Herr Dr. George,

Ihre Adresse ist mir von Herrn Dr. Caspari uebermittelt worden. Darf ich mich in folgender Angelegenheit an Sie wenden:

Ich habe 1968 im Verlag von Mohr (Paul Siebeck) in Tuebingen ein Buch "Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands" veroeffentlicht, das sich mit juedischen Parlamentariern, Regierungsmitgliedern und Beamten in der Zeit von 1848 bis 1918 beschaeftigt. Ich bereite jetzt den Band ueber die Weimarer Zeit vor, in der Sie als Kommunalbeamter in Berlin taetig gewesen sind. Ich wusste damals von Ihnen, ohne Sie, wie ich glaube, kennengelernt zu haben. Ich war zu der Zeit im Ministerium des Innern und Mitglied des Preussischen Landtags.

Ich wuerde in dem zu publizierenden Buch gern einiges ueber Sie sagen, die Daten ueber Ihre Person und Ihre Arbeit bringen, auch vielleicht einige Worte ueber Ihre Taetigkeit nach dem Ausscheiden aus dem Dienst in Deutschland.

Wuerden Sie so freundlich sein, mir dieses Material zur Verfuegung zu stellen? Auch wenn Sie sonst noch von Personen etwas wissen, die im Berliner Kommunaldienst taetig und juedischer Abstammung waren, waere ich Ihnen fuer eine Mitteilung dankbar. Mit Walter Friedlaender bin ich in staendiger Verbindung, Carl Herz habe ich gut gekannt und weiss von ihm genug, ferner weiss ich genuegend Bescheid ueber meinen einstigen Kollegen im Landtag Weyl und seine Frau Klara Weyl, kann mich ueber Friedrich Ollendorf informieren und habe Kobrak gekannt. Sollten Sie ueber noch andere mir Informationen gegen koennen, so waere ich Ihnen dankbar.

Ich habe mich gefreut, im Zusammenhang mit meiner Arbeit zu hoeren, dass es Ihnen gut geht und bleibe

mit besten Gruessen  
und Wuenschen fuer das Neue Jahr,

Ihr



DR. MED. KURT GLASER  
PRÄSIDENT I. R.

HAMBURG 13  
HOCHHAUS HALLERSTR. 3a  
FERNSPRECHER: 45 60 75

29. Juli 1961

*Neue Wege Kommunalbewerber*  
*Hugo Freund (Sachsen)*  
Lieber Freund Hamburger.

Vielen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 11. Juli, die ich leider nur sehr knapp beantworten kann.

Ich habe sowohl mit Fritz Baade, der, wie Sie sich erinnern werden, dem Reichstag angehört hat, wie auch mit sächsischen Genossen, die im öffentlichen und politischen Leben vor 1933 tätig gewesen sind, über Ihre Frage ausführlich gesprochen.

Der einzige, den Sie in Ihrem Brief nicht erwähnt haben, ist der Genosse Dr. Paul Levi, der als unser Abgeordneter in der Stadt Zwickau den Wahlkreis Chemnitz-Erzgebirge im Reichstag vertreten hat. Wir haben das alte Reichstagshandbuch von 1933 in der Bibliothek des Kieler Weltwirtschaftsinstitutes zurate gezogen und niemandem weiter sonst entdecken können.

Auch in der höheren Burokratie Sachsens, ebenso wie im sächsischen Landtag sind Juden nicht tätig gewesen, und ich dürfte nach den Gesprächen mit sächsischen Genossen hier auch der einzige jüdische Stadtverordnete der Zeit in Sachsen gewesen sein.

*publ. 1/2*  
Während der Periode der Zeigner-Regierung (1922/23) war <sup>nork</sup> Dr. Hugo Freund Ministerialdirektor der sächsischen Staatsregierung. Er lebt jetzt, vor einigen Jahren aus Israel zurückgekehrt, in München. Letzte bekannte Adresse: München 13, Hiltenspergerstr. 34.

Ich möchte jedoch nicht unerwähnt lassen, dass ich selbst auch damals schon seit Jahren der jüdischen Religionsgemeinschaft nicht mehr angehört habe. Dasselbe hat mit aller Wahrscheinlichkeit auch für Paul Levi gegolten.

Ich bedaure sehr, Ihnen nicht mehr berichten zu können; ich habe mir wirklich alle denkbare Mühe gegeben. Ich würde mich freuen, Sie bei Ihrer nächsten Europareise wieder sehen zu können und bleibe mit den besten Grüßen auch von meiner Frau

in alter Verbundenheit

Ihr

Rudolf Glaser

4/8

Dank

Nicht über Reserven Offiziere

werk an Freud schreiben

ERNST HAMBURGERA 67 Riverside Drive New York, NY 10024

*Konferenzprotokoll 11*

27. Oktober 1971

Dr. Arnold Herzfeld  
35 West 84th Street  
New York, N.Y. 10028

Lieber Freund Arnold Herzfeld,

Ich hoffe, es geht Ihnen gut, ich selbst habe eine langwierige Grippe hinter mich aber wie Sie sehen, bin ich wieder bei der Arbeit.

Bei meinen Forschungen ueber Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands bin ich seltsamerweise auf die Firma Bleichroeder gestossen. In Frankfurt am Main gab es vor dem Ersten Weltkrieg bis kurz danach einen juedischen Stadtrat Dr. Willy Lewin. Dieser ist einige Jahre nach dem Ausscheiden aus dem Amte - es scheint 1925 gewesen zu sein - Vertreter fuer die Firma Bleichroeder in Frankfurt geworden.

Ueber seine antliche Taetigkeit habe ich genug Informationen. Aber es wuerde mich interessieren, ob Sie sich seiner noch erinnern und, wenn ja, bitte ich Sie, mir in ein paar ganz wenigen Zeilen eine Charakteristik von ihm zu geben, auch mir zu schreiben, wie lange er fuer Ihre Firma in Deutschland taetig gewesen ist. Wissen Sie etwas weiteres ueber ihn - Emigration etc.?

Ich habe Sie bei dem Vortrag von Ernst Simon vermisst, hoffe aber, dass wir uns bei einer andern Gelegenheit bald wiedersehen.

Mit herzlichen Gruessen von uns beiden fuer Sie und Ihre Frau

Ihr

*Telephonat 10/21/71*

*note to Mrs. Simon for information*

ARNOLD HERZFELD  
161 WILLIAM STREET  
NEW YORK, N.Y. 10038

November 11, 1971

Mr. Ernst Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10024

RE: Stadtrat Lewin

Dear Mr. Hamburger :

I received the first answer now from one of my old co-workers, who was for years in charge of the Frankfurt Branch of the Bleichroeder Firm, Hamburg.

He writes me roughly as follows:

Stadtrat Lewin was a half-commission man for the Frankfurt Branch. He produced very little business and that might be the reason why I don't remember him.

The gentlemen who wrote me about him met him several times and says that he was not impressed by him. He also writes me that Lewin died in Frankfurt, but he is not entirely sure of that. He also had a son with the name of Roderich, who also worked for our firm, but did not produce anything worthwhile either. The son then immigrated to Paris.

You will hear further from me.

As always,

Yours,

*Arnold Herzfeld*  
Arnold Herzfeld

AH:cg

*thanks  
11/25/71*

ARNOLD HERZFELD  
161 WILLIAM STREET  
NEW YORK, N.Y. 10038

19. November 1971

Herrn Ernst Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10024

*Kopie*  
Betr.: Stadtrat Lewin *ul*

Lieber Herr Hamburger :

Nun habe ich auch die zweite Antwort aus Frankfurt erhalten, und zwar von einem Herrn der im Jahre 1924 noch ein sehr junger Mann in unserer Firma war. Er schreibt wie folgt:

" Herr Dr. Lewin ist mir noch in Erinnerung, denn er ist noch zu meiner Zeit gelegentlich auf das Buero - damals in der Feuerbachstrasse - gekommen. Ich kann mich aber nicht erinnern, dass er fuer uns als Vermittler taetig gewesen sein soll. Ich habe dunkel in Erinnerung, dass er mit seinen Privatversicherungen Kunde bei uns war. Es koennte allenfalls sein, dass er meinen Vorgaengern einmal bei dem einen oder anderen Spediteur behilflich war. Meines Erachtens geht das aber alles auf die Jahre 1921 bis 1924 zurueck. Eine Verbindung mit dem Bahnhaus Arnold & S. Bleichroeder hat sicherlich nicht bestanden; meines Wissens war Arnold & S. Bleichroeder nicht in Frankfurt vertreten sondern in Berlin und Dresden. "

Mit freundlichem Gruss,

Ihr

*Arnold Herzfeld*  
Arnold Herzfeld

AH:cg

*Maack*  
*11/24/71*

Und nun noch kurz einige Bemerkungen zum Brief vom 31. März, der soeben eintraf. Zur Frage der Verfilmung der Nachlässe habe ich mich ja schon geäußert. Bleibt also die Anfrage von Herrn Dr. Hamburger.

Die Suche nach jüdischen Kommunalbeamten vor 1914 wird nicht ganz einfach sein, denn in dieser Zeit ist eine verlässliche Statistik nicht geführt worden, wie ich immer wieder feststelle. Die besten und vollständigen Unterlagen dafür findet man in der ausgezeichneten Berliner Landesbibliothek, die zugleich eine Spezialbibliothek des Deutschen Städtetages ist. Im gleichen Haus in Berlin befindet sich auch das Berliner Landesarchiv und dort wird das recht gute Archiv des Deutschen Städtetages aufbewahrt. Ich würde empfehlen, daß sich Herr Hamburger oder das Institut an das Kommunalwissenschaftliche Forschungszentrum, Forschungsstelle für Kommunalgeschichte, wendet. Die Leitung dieser - personell sehr schwach besetzten - Forschungsstelle hat Prof. Herzfeld, sein Assistent ist ein sehr netter Schweizer Historiker, Herr Dr. Engeli. 1 Berlin 12, Straße des 17. Juni 112, Ernst-Reuter-Haus. Herr Engeli, der kürzlich eine Studie über den Berliner Oberbürgermeister Böß veröffentlicht hat, wird sicher mit Rat und Tat helfen können. Er leitet ev. Spezialfragen an andere Kollegen weiter, so an seinen Vorgänger in dieser Forschungsstelle, Herrn Dr. Matzerath, der eine umfangreiche und grundlegende Studie über Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung veröffentlicht hat. Auf jeden Fall hat Berlin die größte und vollständigste Bibliothek zur Kommunalgeschichte und dort wird Herr Hamburger alles finden, auch zu Fragen des Schulwesens. Wenn dort Lücken vorhanden sein sollten, kann Hamburg eventuell helfen. Wir haben hier ja die sehr gute Bibliothek der Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Erziehungswesens, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts gegründet wurde und eine gute Bibliothek besitzt. Dieser Genetivverein (wie er im Sprachgebrauch heißt) hat allerhand gesammelt, dort werden sich sicher alle Lehrerhandbücher finden. Den "Kunze" gab es ja nur in Preußen, die anderen Länder besaßen eigene Lehrerkalender und -verzeichnisse. Einige davon werden Hamburg greifbar sein. In jedem Landesarchiv, wenn nicht in Berlin, stehen sie zur Verfügung. Ich muß Ihnen wohl nicht sagen, daß bei speziellen Fragen Herrn Hamburger jederzeit helfen.

Ich hoffe, Ihre Frage einigermaßen erschöpfend beantwortet zu haben. Zum Schluß möchte ich mich nur noch für das Year-Book bedanken. Ich habe es auf dem Schreibtisch liegen und will zunächst den Aufsatz von Herrn Mosse lesen.

So, dies' was es für heute.

Recht herzliche Grüße, auch an Ihre

Frau, von

Ihrem

Wolfgang Jochmann

Anlage

L. Bestände

ERNEST HAMBURGER 67 Riverside Drive New York, N.Y. 10024

11  
27. Oktober 1971  
Gruß an Frau

Frau Berta Jourdan  
Falltorstrasse 2  
6 Frankfurt am Main 14  
West Germany

Liebe Berta,

nach unserer Rueckkehr nach New York habe ich mir eine langwierige Grippe zugezogen, aber, wie Sie sehen, bin ich wieder an der Arbeit, und so komme ich von Neuem mit einigen Fragen.

Sie haben mir seiner Zeit Ihre wichtigsten Daten ueber Leben und Taetigkeit zugesandt, und ich habe ja auch noch das Verbrecheralbum (Landtagshandbuch) mit Angaben, die so offiziell sind, dass Sie dagegen nichts tun koennen.

Ich habe vor, in dem Weimar-Band auch die kommunale Taetigkeit der darin behandelten Personen ganz kurz zu besprechen. Aus den Materialien, die bei Andernacht liegen, habe ich festgestellt, dass Sie von 1924 - 1928 Stadtverordnete waren. Koennnten Sie mir zwei oder drei Zeilen darueber schreiben, ob Sie ausser Schulangelegenheiten, die Sie sicher bearbeitet haben, sich noch mit andern Dingen in der Stadtverordnetenversammlung befasst haben?

Bei dieser Gelegenheit koennen Sie mir vielleicht auch noch eine andere Auskunft geben. In dem Buch von Willi Emrich "Bildnisse Frankfurter Demokraten" sind eine Reihe von Frauen genannt, die Mitglieder der Parlamente oder der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung waren. Dazu gehoert Tony Sender, die von 1920 - 1924 Stadtverordnete war. Ueber sie habe ich viel Material fuer ihre Reichstagstaetigkeit, aber vielleicht koennen Sie mir noch etwas Charakteristisches ueber sie als Stadtverordnete sagen. Sie war allerdings vor Ihnen im Stadtparlament.

Ebenfalls vor Ihnen war Stadtverordnete Jenny Apolant. Sie gehoerte zur DDP. Wissen Sie ueber sie etwas? Sie war eine geborene Rathenau. Gehoerte sie zu der bekannten Familie? Das erwaehte Buch von Emrich enthaelt eine ganze Menge ueber sie, und nur wenn Sie sie gekannt haben und etwas Charakteristisches ueber sie aussagen koennen, schreiben Sie ueber sie. Ueber Henriette Fuerth, die gleichfalls von 1919 - 1924 Stadtverordnete war, weiss ich genug. Mathilde Loewenstein war deutsch-national, Stadtverordnete von 1924 - 1933. Sie haben sie also sicher gekannt. Trotz des Namens nehme ich an, dass sie nicht juedisch war.

./.

Schliesslich ist in dem Buch von Emrich auch eine Stadtraetin Else Alken genannt, die bis 1933 dem Magistrat angehoerte. Es ist gesagt: "Sie musste in Theresienstadt ihr Leben lassen." Trotz des nicht juedisch klingenden Namens schliesse ich daraus, dass sie Juedin war. Oder sollte sie Mitglied der SPD gewesen sein und deswegen nach Theresienstadt deportiert worden sein? Sie wissen sicher Naeheres ueber sie.

Bitte lassen Sie von sich hoeren, ich hoffe, dass es Ihnen gut geht. Wann kommen Sie wieder einmal zum Besuch Ihrer Verwandten nach U.S.A.?

Mit herzlichen Gruessen, auch von meiner Frau,

Ihr



Kommuniqué

Frankfurt a. M.,  
2. Mai 1945

Lieber Ernst Karchinger,

Heute ist Dr. Andernach vom Ar-  
land zurückgekommen und ich habe in gleich in  
die Auskunft gehen und mit gleicher Post an  
Herrn Finck in Jerusalem geschickt. Braun-  
schweig hat sich kurz nach dem Einmarsch der deut-  
schen Truppen 10. V. 1940 und der Kapitulation  
Hollands 14. V. 1940 in Amsterdem vergiftet.  
Es lebt noch eine seiner Töchter Miriam.  
Ich hoffe, daß dem Herrn mit dieser Aus-  
kunft geklärt ist.

Und nun noch schönen Dank für  
Ihren Brief vom April, das ich noch beach-  
tet habe. Es tut mir leid, daß Sie und  
Ihre Frau nicht so wohl sind, wie Sie gerne  
wöckten. Arthritis und Nervenschmerzen  
sind wirklich kein Spaß, aber es geht uns  
allen mit zunehmendem Alter mehr oder  
weniger so und ich bin immer noch froh,  
wenn ich morgens aufstehe und noch mich  
selbst sehen kann trotz aller Schmerzen und  
Beschwerden.

Und dann will man beim Früh-  
stück die Zeitung lesen und das ist genug  
um einen den ganzen Tag zu verdrängen.  
Die Welt ist in einem so schrecklichen  
Zustand und man weiß nicht was noch

LUFTPOSTLEICHTBRIEF  
AEROGRAMME



Herrn Dr. Ernst Hamburger  
64 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10024  
U.S.A.

MIT LUFTPOST  
PAR AVION  
BY AIR MAIL

Zweiter Falz / 2ème pliage / 2nd fold

Der Luftpostleichtbrief darf nach den Vorschriften des Weltpostvertrages keine Einlagen enthalten.  
D'après les dispositions de la convention de l'union postale universelle l'aéogramme ne doit contenir aucun objet.  
According to the provisions of the World Post Agreement, an aerogramme may not contain any enclosures.

Dritter Falz / 3ème pliage / 3rd fold

Absender:  
Exp.:  
Sender:

Tel. 45 62 02  
Faltorstraße 2  
6 Frankfurt a. M. 60  
BERTHA JOURDAN

Vierter Falz / 4ème pliage / 4th fold

Fünfter Falz / 5ème pliage / 5th fold

~~alles auf uns zukommt geschweige denn von  
einem Ausweg zu reden.  
Nach der Schwieg zu fahren, ist leider zu  
weit für mich und ich darf mich nicht auf die  
Höhe. Ich will voraussichtlich im August  
nach Rissingen gehen, aber vorher mit Frau  
den Einfahren, mit mir die Ankerkämpfe  
ansetzen. Alles Gute für Sie und Ihre liebe  
Frau. Herzliche Grüsse Ihre  
Bertha Jourdan~~

Dr. E. G. Lowenthal

1 Berlin 37, 15-5-75  
Kaunstrasse 33

Tel. 84 05 22

Dr. E. Hamburger,  
67 Riverside Drive,  
New York, N.Y. 10024

*Kommandant  
(Br. Asch)*

Betr. Ihr Buch, 2. Teil.- Ihr Zeichen: EH/IS - 204/5

Lieber Herr Hamburger:

Besten Dank für Ihren Brief vom 23. April d.J.

Wegen Schlossmann habe ich an den Düsseldorfer Medizinhistoriker Professor Dr. Hans Schadewaldt geschrieben, der der Verfasser des betreffenden Aufsatzes in der Festschrift ist. Ich konnte das umso eher tun, als ich Schadewaldt flüchtig kenne (ich bin vor Jahren mit ihm zusammen bei der 125-Jahr-Feier des Israelitischen Krankenhauses Hamburg "aufgetreten"). Ein Antwort habe ich noch nicht, werde sie aber anmahnen, falls sie in absehbarer Zeit nicht vorliegt. Auch ich vermute, dass Schlossmann nicht M.d.L. war - und sich das sagen zu lassen, dürfte Schadewaldt nicht zu angenehm sein.

Besonders danke ich Ihnen für den Barbasch-Abriss.

Schiffer befindet sich seit 1969 komplett im Bundesarchiv (Aussage meiner Frau, die Sie, wie immer, grüssen lässt).

Bruno Asch: er ist bis einschliesslich 1934 im Berliner Adressbuch aufgeführt (wohnhaft in Zehlendorf). Auch mir ist so, als ob er sich bei dem Einfall der Nazis in Holland (1940) das Leben genommen hat. Wenn Sie mit "Frankfurt" das dortige Stadtarchiv (Karmelitergasse 5; Ltd. Stadtarchivdirektor Dr. D. Andernacht) meinen, dürften Sie eine brauchbare Auskunft erhalten.

Mit herzlichem Gruss

Ihr  
*E. G. Lowenthal*

P.S. Wir machen erst im September Schweiz-Urlaub, also nach Ihnen. Aber sollte ich vorher in Süddeutschland sein, hopse ich vielleicht mal herüber, um Sie wiederzusehen. Frau Blumenthal-Weiss, die gerade hier anrief, sprach von Kandersteg. This is not out of reach! EGL

*Schiffer  
Feld*

Dr. Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10024

14. Juni 1972

Herrn Ministerialrat a.D. Wilhelm Matull  
Aldekerkstrasse 9  
4 Duesseldorf-Heerdt

Lieber Herr Matull,

wieder einmal wende ich mich an Sie im Interesse meines in Vorbereitung befindlichen Buches ueber Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands in der Weimarer Zeit.

Zum Unterschied von dem Buch ueber die monarchische Zeit moechte ich in dem geplanten Buch auch bedeutende Kommunalpolitiker erwaehnen. In einem Schriftwechsel mit Herrn Professor Gause in Essen machte mich dieser darauf aufmerksam, dass in Koenigsberg Dr. Gottschalk (ein Doktor ohne Dokortitel!) kurze Zeit nach der Revolution von 1918 Stadtverordnetenvorsteher in Koenigsberg gewesen sei, und dass Sie in Ihrem Buch ueber Ostpreussens Arbeiterbewegung viel ueber ihn ausgesagt haben. Das Buch ist mir natuerlich zugaenglich, aber Herr Gause fuegt hinzu, dass Sie eine Kurzbiographie Gottschalks geschrieben haetten, die noch nicht gedruckt sei. An ihr bin ich natuerlich interessiert.

Die Sache ist nicht eilig, und wenn die Veroeffentlichung im Verlaufe dieses oder Anfang des naechsten Jahres zu erwarten ist, so wuerde das vollkommen genuegen. Im anderen Falle, wuerden Sie so freundlich sein, mir einen Durchschlag Ihres Manuskripts fuer einige Tage zu ueberlassen?

Ich fahre Ende dieser Woche nach Koblenz, um bis zum Anfang Juli im Bundesarchiv zu arbeiten; wenn Sie meine Bitte erfuellen wollen, so schreiben Sie bitte dorthin meine dortige Adresse:

Hotel Union  
Loehrstrasse 73  
4 Koblenz.

Ich hoffe, dass es Ihnen gesundheitlich gut geht und sehe, dass Sie sich auch weiterhin intensiv schriftstellerisch betaeligen, was mich sehr erfreut.

Mit bestem Dank im voraus und freundlichen Gruessen

Ihr

Ostdeutsche Forschungsstelle  
im Lande Nordrhein-Westfalen

Abt. Sozialwissenschaftliche Forschungen  
in Ost- Westpreußen und Danzig  
Ltg: Ministerialrat a. D. Wilhelm Matull

4 Düsseldorf-Heerdt 11, den 20.VI.1972.  
Aldekerstr. 9  
Tel. 91 / 50 33 96

Herrn  
Dr. Ernest Hamburger.

z.Zt. 54 Koblenz.  
Hotel Union  
Loehrstr.73.

~~Archiv 10~~

11

Kommunales

5

Sehr geehrter Herr Dr.Hamburger!

Für Ihren Brief vom 14.VI. bedanke ich mich sehr und bin selbstverständlich zu jeder Mithilfe bereit. Am besten würde ich es finden, wenn Sie an einem Tag von Koblenz zu mir nach Düsseldorf herüberkommen würden. Dann würde ich (den mir aus Schülertagen schon gut bekannten) Prof. Gause~~Essen~~ und einen Klassenkameraden Hinz-Essen hinzubitten, und wir würden gemeinsam (und auch schon vorher) zu eruieren versuchen, wer von jüdischen Mitbürgern kommunalpolitisch tätig war.

Sie nennen Gottschalk, den ich (da er Vors. der SPD in Königsberg war) persönlich gut gekannt habe. Im Königsberger Stadtparlament waren aber noch der spätere Stadtschulrat Prof. Stettiner (über den ich ja einen besonderen Gedenkartikel in einem Jahrbuch der Albertus-Universität geschrieben habe) und das Ehepaar Schäfer (später in London lebend) tätig. Ich müsste über Dr. Erwin Lichtenstein (Israel) auch noch feststellen, ob nicht sein Vater, Justizrat Lichtenstein (Schwager Hugo Haases), der MdL war, nicht auch zeitweise Stadtverordneter gewesen ist. Eben fällt mir ein, Frau Harpf (in Auschwitz ungelassen) darf nicht vergessen werden. Ich werde aber auch nachzuforschen bemüht sein, wer etwa in Provinzstädten Stadtverordneter war. Was nun Gottschalk anbetrifft, so sind dessen Daten schwer zu ermitteln. Was Gause meint, ist mein Beitrag für die "Alt-preussische Biographie", der aber sehr knapp ausgefallen ist.

Hausaufg.

Darf ich darauf aufmerksam machen, dass in November eine 650-seitige (von Bundeskanzler durch ein Geleitwort ausgezeichnet) Arbeit "Ostdeutsche Arbeiterbewegung" von mir erscheint. Darin habe ich natürlich zahlreiche jüdische Mitbürger, vor allem aus Schlessien, aufgeführt, die auch kommunalpolitisch tätig waren. In einer nur teilweise erhaltenen Jubiläumssnummer der "Breslauer Volkswacht" fand ich auch Sie (nebst Foto) und einen Beitrag von Ihnen, den ich ausgewertet habe.

Aus den USA war ich in letzter Zeit vielfach angefragt worden: Calkins, Kohler und Frau Milton waren in Zusammenhang mit ostdeutschen Themen bei mir. Jetzt hat mich Herr Wasseler aus Los Angeles angeschrieben, der seine Arbeit über die ostdeutsche USFD ergänzen will und natürlich nach letzten Wissensträgern fragt. Vor wenigen Tagen war aus Los Angeles mein Klassenkamerad Leo Silberberg (zum ersten Mal nach 39 Jahren) zu Besuch.

Wie gesagt, ich bin gerne bereit zu helfen, aber es ist dies nicht leicht, weil kaum mehr letzte Wissensträger leben. Es wäre wohl nicht gut, wenn Sie auf einem einfachen Dettel Namen, die Ihnen wichtig erscheinen, aufschreiben. Ich habe noch einen umfangreichen Briefverkehr mit 70- bis 80-jährigen, die der SPD verbunden waren, habe auch noch manche Freunde aus der Sozialistischen Arbeiterjugend Ostpreussens (z.B. Elving, Osterode usw), die ich schnell anschreiben könnte. Ganz sicher wissen Sie auch, dass mein Freund Franz Osterroth-Lübeck unheimlich viel Material hat; er will gerade zur Kur und will mich auf der Rückfahrt nach Lübeck Mitte Juni besuchen kommen. Man muss eben auch die unscheinbarsten Quellen kennen!

mit freundlichem Gruss!

Ihr

Wilhelm Roth.

Ostdeutsche Forschungsstelle  
im Lande Nordrhein-Westfalen

Abt. Sozialwissenschaftliche Forschungen  
in Ost- Westpreußen und Danzig  
Ltg: Ministerialrat a. D. Wilhelm Matull

Herrn  
Dr. Ernest Hamburger.  
z.Zt. 54 Koblenz.  
Löhrrstr. 73.  
Hotel Union.

*Erlt!*

*11 (Kasseler Brief)*

4 Düsseldorf-Heerdt 11, den 27.VI.1972.  
Aldekerstr. 9  
Tel. 91 / 50 33 96

*Wahrscheinlich: 11. 02 11  
Selig 0221*

*Wahrscheinlich  
Haitzel  
Karl Heller  
Karl Heller  
Christoph von Pappe  
Marek Drobny  
Telefonat*

Sehr geehrter Herr Dr. Hamburger!

Ich habe mich bei Ihnen für Ihren Brief von 25.VI zu bedanken und respektiere selbstverständlich Ihre zeitlichen Verpflichtungen, die eine persönliche Begegnung diesmal nicht ermöglichen. Auch sage ich grossen Dank für die in Aussicht gestellte Übersendung einer eigenen früheren Arbeit von Ihnen, die Schlesien betrifft. Daran wäre ich sehr interessiert. Sobald ich meine Unterlagen zu meinen Opus "Ostdeutsche Arbeiterbewegung" zurück erhalte, lasse ich für Sie den Beitrag mit Bild fotokopieren, den Sie in der Breslauer "Volksrecht" geschrieben haben. Er ist nicht mein Eigentum, sondern gehört meinem Freunde Franz Osterroth, 24 Lübeck, Bleichenweg 7, der eine russerechentliche Personenkartei (für die 2. erweiterte Auflage seines "Biographische Lexikon des Sozialismus" angelegt hat, ausserdem viele sozialistische Zeitungen (aus dem Nachlass seines Vaters) besitzt und sehr hilfsbereit ist.

*Angabe 1  
Selig (Heller?)  
Karl Heller*

Sogleich teile ich Ihnen auch die Anschrift von Dr. Erwin Lichtenstein mit, sie lautet: Advocate, Notary Dr. E.L., 13. Josef Eliahu St., Tel-Aviv. 64074. Herr Lichtenstein, der bis 1937 Syndikus der Jüdischen Gemeinde in Danzig war, aber in der Weimarer Zeit dort auch eine Zeitung herausgegeben hat, hat mir für mein Buch ein ganzes Kapitel mit Erinnerungen an seine politischen und jüdischen Freunde in Danzig beigegeben. Ich habe aber z.Zt. keine Kopie des Manuskripts bei mir, kann es aber aus Göttingen anfordern und auf Ihre Thematik durchsehen. Verleger Erich Brost-Essen telefonierte mich an, war aber, da er 1937 vom Völkerbundskommissar <sup>1937</sup> herausgebracht wurde, wie er gerade stand, nicht imstande, zuverlässige Namen zu sagen. Er nannte Arczynski (den Lichtenstein ausführlich behandelt). Neu

war mir für Danzig die Nennung eines jüdischen Stadt. der USPD, Kaskel. Dann nannte mir Brost noch den liberalen Stadtrat Jewolowski. Ich habe nun in internationalen Leihverkehr das Danziger Statshandbuch bestellt (das ich bereits in Händen gehabt habe) und werde dort nach Erhalt die Namen der Stadtverordneten und Senatoren der Stadtbürgerschaft prüfen. Ich melde mich also deswegen noch.

Nun zu Königsberg: anbei finden Sie meine Aufzeichnungen über Paul Stettiner. Was nun Alfred Gottschalk anbetrifft, so habe ich über ihn in "Ostpreussens Arbeiterbewegung" geschrieben. Auch besitze ich das einzige Porträt von ihm. Sie erwähnen in Ihrem letzten Brief einen "Aufsatz" von mir über G. Das ist ein Irrtum. Ich habe für die biographischen Kurznotizen der "Alt-preussischen Biographie" (siehe Extrabeilage) die Angaben über G. gemacht. Diese Unterlagen habe ich von Archivdirektor Dr. Forstreuter-Göttingen zurückgefordert, aber sie noch nicht erhalten; er muss sich augenscheinlich mit seinem Freunde Prof. Dr. Gause im Urlaub befinden (Gause schrieb mir, dass er bis 15. Okt. in Urlaub sei und bezüglich der von Ihnen gesuchten jüdischen Mitbürger nicht mehr habe, als ich auch wusste. Inzwischen habe ich eine Kurznotiz Gottschalk bei, die wenigstens seine Lebensdaten zuverlässig enthält. Da G. sehr zurückgezogen und schlicht lebte, ist es schwer, Daten über ihn zu erhalten.

Wegen der genauen Daten Martha Harpf (Stadträtin, in Ausschuss angekommen) werde ich an die Tochter schreiben und melde mich dann. Dasselbe gilt von dem Ehepaar Schöfer (sie Stadtr. der Staatspartei, er Stadtrat). Vergessen Sie nicht meinen alten Schuldirektor Lejeune Dirichlet, der über die Friedländer jüdische Verwandtschaft hatte. Er war lange Jahre vor 1914 Stadtr. Vorsteher.

Natürlich habe ich auch meine Karteikarten bezüglich jüdischer Mitbürger in Ostpreussen durchgesehen, aber bis auf die Kurt Rosenfeld (Marienwerder) und Siegfried Rosenfeld (auch Marienwerder) nichts gefunden. Sie haben ja selbst in ihrem Werk "Juden im öffentlichen Leben Deutschlands" eine Menge von Namen aufgeführt, die z.T. auch Stadtverordnete oder Stadträte waren. Das brauche ich ja nicht zu wiederholen!

Eingegen würden Sie mir eine Halbfeste lung leisten, wenn Sie die Lebensdaten des Oberpräsidenten Johann Caspari von der

Linder



11  
12. April 1973

An die  
Stadtverwaltung Muenchen  
Rathaus  
Muenchen

Betr. Stadtarchiv  
-----

Sehr geehrte Herren,

ich erlaube mir, mich an Sie mit folgender Anfrage zu wenden:

Ich bereite ein Buch ueber Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands in der Zeit der Weimarer Republik vor. Ein entsprechendes Buch ueber die monarchische Zeit (1848-1918) habe ich 1968 im Verlag J.C.B. Mohr in Tuebingen veroeffentlicht.

Ich moechte juedische Persoenlichkeiten einbeziehen, die in der Weimarer Zeit im Kommunaldienst taetig waren. Natuerlich kann ich nicht alle Gemeinden beruecksichtigen, aber Muenchen soll unter denjenigen sein, denen ich einige Aufmerksamkeit schenken moechte.

Soweit meine Informationen, die vielleicht ungenau sind, reichen, gab es in Muenchen in der Weimarer Zeit mehrere hohe Kommunalbeamte, die Juden waren: Stadtsyndikus Fritz Stern; Stadtrat Strauss; Stadtrat Nussbaum und Stadtrat Dr. Epstein. Stern und Strauss sollen der Deutschen Demokratischen Partei, Nussbaum und Epstein der Sozialdemokratischen Partei angehört haben.

Wenn diese Informationen richtig sind, wuerden Sie so freundlich sein, mir ueber jeden der betreffenden Beamten eine kurze biographische Mitteilung zugehen zu lassen? Geburtsort und-jahr, Todesort und -jahr, Vorbildung und Berufsgang, Zeitdauer der Taetigkeit bei der Muenchener Stadtverwaltung, Referate, die von jedem verwaltet wurden.

Ebenso waere ich Ihnen verpflichtet, wenn Sie mir mitteilen koennten, ob es in der Weimarer Zeit juedische Stadtverordnete in Muenchen gegeben hat. Auch wenn es sich um getaufte Juden handelt, wuerde es mich interessieren. Die Zeit von November 1918 bis zum Ende der Raeterepublik lasse ich in dieser Hinsicht ausser Betracht, da ich sie besonders innerhalb des gesamten

./.

Komplexes der Revolutionsperiode behandle.

Ich danke Ihnen im voraus bestens fuer alle Informationen,  
die Sie mir geben koennen und bleibe

mit bester Empfehlung

Dr. Ernest Hamburger

# LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Stadtarchiv  
8000 München 13, Winzererstraße 68

Herrn  
Dr. Ernest Hamburger

67 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10024

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

12. 4. 73

Fernsprecher

37 36 46 <18 07 46>

37 45 79 <18 85 79>

Benützung und  
Sprechzeit

Mo-Mi 7.30-16.30 Uhr

Do 7.30-20 Uhr

Fr 7.30-15.30 Uhr

Mo-Do 7.30-16.30 Uhr

Do 7.30-20 Uhr

Mi u. Fr 7.30-15.30 Uhr

Unsere Zeichen

32/254 Dr.Vo/Th

Bargeldlose Zahlungsmöglichkeiten:

Postscheckkonto der Stadthauptkasse:  
München Nr. 115

Konten der Stadthauptkasse  
bei Münchener Geldanstalten:

Landeszentralbank München Nr. 8/165  
Bayerische Staatsbank München Nr. 81 300  
Bayerische Gemeindebank München Nr. 71 000  
Städtische Sparkasse München Nr. 3 000  
Kreisbank München Nr. 4 500  
Bank für Haus- und Grundbesitz eGmbH. Nr. 13 000  
Bank für Gemeinwirtschaft AG. Nr. 13 80 00 00  
Bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank Nr. 400 248  
Bayerische Vereinsbank München Nr. 207 620  
Commerzbank AG. Filiale München Nr. 20 000  
Deutsche Bank AG. Filiale München Nr. 76 000  
Dresdner Bank AG. in München Nr. 23 000  
Bankhaus H. Aufhäuser München Nr. 18 518  
Bankhaus Merck, Finck & Co. München Nr. 14 000 G  
Bankhaus Neuvians. Reuschel & Co. München Nr. 2 600

München,

27. April 1973

BETREFF:

*Personenabfrage*

Sehr geehrter Herr Dr. Hamburger!

Eine Überprüfung der Mitglieder des Münchner Stadtrats 1919 bis 1933 anhand einer vom Stadtarchiv erarbeiteten Kartei, ließ nur bei den Ihnen schon bekannten Herren Epstein, Nussbaum und Strauss auf Grund des Namens die Vermutung einer jüdischen Abstammung als gerechtfertigt erscheinen.

Für Epstein und Nussbaum konnten Einwohnermeldebogen ermittelt werden, aus denen sich die nachstehend gemachten Personalangaben ermitteln ließen.

Die Personalakten der Stadtverwaltung ergeben nach den Grundsätzen des konfessionell indifferenten Rechtsstaates keinerlei Aufschluß über die Konfessionszugehörigkeit des einzelnen Beamten. Eine Durchsicht der Personalaktenkartei und der einschlägigen Personalaktenverzeichnisse ergab keine Namen, die eine jüdische Abstammung als wahrscheinlich vermuten lassen. Das schließt die jüdische Abstammung einzelner Beamter selbstverständlich nicht aus, zumal es ja auch eine ganze Reihe konfessionsneutraler Namen gibt.

Für den Stadtsyndikus (amtliche Dienstbezeichnung "Rechtsrat")

Fritz Stern konnte kein Personalakt festgestellt werden.

Nach Personalien städtischer Beamter läßt sich in Ihrem Fall ja überhaupt nur mit Aussicht auf Erfolg forschen, wenn die Namen bekannt sind.

Der Einwohnermeldebogen für Dr. Max (Mieczyslaw) Epstein ergibt Folgendes: Israelitischer Konfession, geboren in Wloclawek, Rußland, am 28. 8. 1868, Eltern: Rafael Epstein, Kaufmann, Eheschließung am 9. bzw. 21. 4. 1898 in Warschau mit Elise geb. Hefter, israelitischer Konfession, geboren am 11. 3. 1879 in Schitomir, Beruf: praktischer Arzt, Staatsangehörigkeit Rußland, in München gemeldet seit 13. 10. 1894, Ehefrau wohnt seit 1904 in eigener Wohnung und meldet sich 1908 nach Paris ab. Dr. Epstein zahlt noch 1906/1907 Steuer. Unbenannt wird ein Kind der Eheleute angegeben, das am 28. 3. 1899 in München geboren wurde und israelitischer Konfession war.

In der Stadtratskartei erscheint Dr. Mieczyslaw Epstein, praktischer Arzt, von 1919 - 1924 als Stadtrat und Angehöriger der Fraktion der Mehrheitssozialisten (Sozialdemokraten). Über sein weiteres Schicksal geben die verfügbaren Archivalien keinen Aufschluß.

Im Stadtadressbuch erscheint Dr. Epstein letztmals 1931 (Stand vom Oktober 1930).

Für Albert Nussbaum werden im Stadtarchiv Meldebogen verwahrt. Hier heißt es:

Albert Nussbaum, israelitischer Religion, geboren in Regensburg am 1. Juli 1877, Eltern: Kaufmann Max Nussbaum und Franziska geb. Traub in Ingolstadt, besuchte die Lateinschule in Ingolstadt und das Wilhelmsgymnasium in München, studierte seit dem Sommersemester 1895, nachweislich mindestens bis einschließlich Sommersemester 1897 Philosophie und Jurisprudenz an der Universität München. Seit 18. 6. 1901 war Nussbaum dann wieder polizeilich gemeldet. Er erscheint nun als Rechtspraktikant, dann als Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht München und bei den Landgerichten

München I und II eingetragen 1904. Nussbaum war verheiratet mit Regina genannt Rosa Neu, Tochter der Kaufmannseheleute Hermann und Ottilie Neu, letztere geb. Grünwald, in Stuttgart, jüdischer Religion. Aus der Ehe gingen zwei Töchter hervor, Margaretha geb. am 3. 12. 1907 in München und Lise geb. am 10. 3. 1911 in München.

Laut Mitteilung des Stadtmagistrats München vom 12. 10. 1911 erhielt Nussbaum das Bürger- und Heimatrecht in München verliehen.

Laut Mitteilung der Adressbuchredaktion vom 17. 1. 1912 trat er in das Gemeindegremium als Gemeindebevollmächtigter ein.

Laut Gemeindezeitung 1919 Nr. 48 S. 258 gehörte er dem Stadtrat an.

Nach der Stadtratsmitgliederkartei gehörte Nussbaum von 1919 bis zu seinem Tod am 26. 7. 1928 der Fraktion der Mehrheitssozialisten bzw. Sozialdemokraten an.

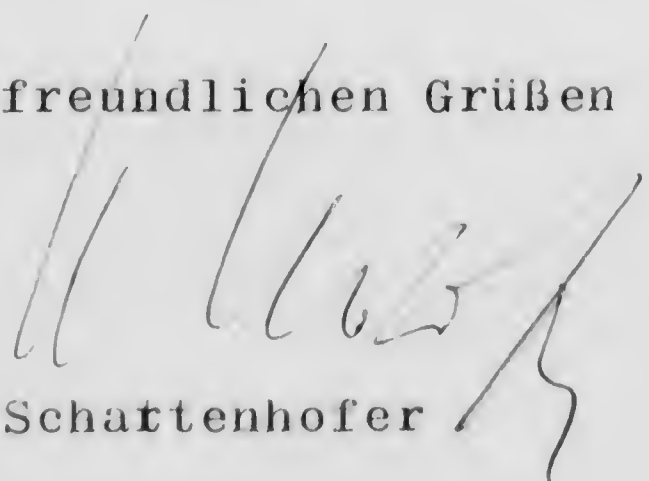
Der Rechtsanwalt Dr. Strauss erscheint von 1919 - 1924 in der Stadtratskartei als Stadtrat und Angehöriger der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei.

Im Stadtadressbuch erscheint Dr. Adolf Strauss letztmals 1929. (Stand vom Oktober 1928).

Für die Würdigung der Tätigkeit der drei Herren im Stadtrat wäre die Durchsicht der im Stadtarchiv verwahrten Stadtratsprotokolle erforderlich.

Das Buch von Hans Lamm: Von Juden in München, München 1958, dürfte Ihnen ja wohl bekannt sein.

Mit freundlichen Grüßen

  
Dr. Schattenhofer

NIEDERSÄCHSISCHES  
STAATSARCHIV

Tgb.-Nr. 981/1039 - B 450 - Schie

Es wird gebeten, obige Nummer bei der  
Beantwortung anzugeben.

29 OLDENBURG, den 16. August 1974  
Damm 43  
Fernruf 2 54 64

Herrn  
Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York, N.Y. 10024  
U S A

*Kommunikat*

*url*

*11*

Betr.: Juden im öffentlichen Leben  
Bezug: Ihr Schreiben vom 9.11.1971

Sehr geehrter Herr Hamburger !

Anlässlich einer Anfrage von Herrn Dr. Brillung, Münster, an Herrn Dr. Enno Meyer, Oldenburg, wurden hier Nachforschungen über den jüdischen Kaufmann Lion Bukofzer angestellt, der vom 1.1.1912 bis 31.12.1930 dem Stadtrat von Oldenburg angehörte, ab 1922 als Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei. Nach Enno Meyer, Die im Jahre 1933 in der Stadt Oldenburg i.O. ansässigen jüdischen Familien (Oldenburger Jahrbuch, Bd. 70, Tl. 1, 1971), S. 53, war Bukofzer am 10.12.<sup>1876</sup>~~1987~~ in Berlin geboren und lebte seit 1904 in Oldenburg. Er verzog 1935 nach Berlin, wurde 1942 in das KZ Theresienstadt und 1944 nach Auschwitz verbracht, wo er umgekommen ist.

Vielleicht können Sie diese Angaben noch für den 2. Band Ihres Werkes gebrauchen.

Mit freundlichen Grüßen

I A.

*J. Schewel*

Kunzendorfer

25. September 1974

Herrn Dr. Schieckel  
Niedersaechsisches Staatsarchiv  
Damm 43  
29 Oldenburg

11

Ihr Brief vom 16.8.1974  
Tqb.-Nr. 981/1039-B 450 - Schie.

Sehr geehrter Herr Schieckel :

Ich war waehrend der Sommermonate 8in Europa.  
Dadurch hat sich die Beantwortung Ihres freundlichen  
Schreibens verzoegert, was ich zu entschuldigen bitte.

Ich bin Ihnen sehr dankbar fuer Ihre Informationen  
ueber den Kaufmann Lion Bukofzer, der dem Stadtrat von  
Oldenburg angehoert hat. Ich plane, den Inhalt Ihrer  
Mitteilung in das kommende Buch an der geeigneten  
Stelle, selbstverstaendlich mit Quellenangabe, aufzu-  
nehmen.

Mit freundlichen Gruessen,

Ernest Hamburger

EH/ch.

Ernest Hamburger  
29 Oldenburg  
Damm 43  
Niedersaechsisches Staatsarchiv  
29 Oldenburg

11

Freund (Lorenz)  
186  
ach

2. Maerz 1972

An die Stadtverwaltung Nuernberg  
Stadtbibliothek  
Nuernberg

*[Handwritten signature]*

Sehr geehrte Herren,

ich bereite gegenwaertig ein Buch ueber die Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands in der Weimarer Zeit vor. Das entsprechende Buch ueber die monarchische Zeit ist 1968 im Verlag J.C.B. Mohr in Tuebingen erschienen, wie Ihnen vermutlich bekannt ist. Ich habe seiner Zeit mit Herrn Arnd Mueller korrespondiert, der, wie ich aus dem von Ihnen herausgegebenen Buch ueber die Juden in Nuernberg (1965) ersehe, einige Informationen ueber juedische Parlamentarier, die ich ihm zukommen liess, verwerten konnte.

Ich moechte in dem geplanten Buch ueber die Weimarer Zeit auch Kommunalbeamte und Mitglieder der Stadtvertretungen aufnehmen und erbitte dafuer Ihren freundlichen Beistand.

Aus Ihrem Buche ersehe ich, dass in Nuernberg ein Buergermeister Freund taetig gewesen ist. Koennten Sie mir ueber diesen einige Angaben betreffend sein Leben und sein Wirken machen (Geburtsjahr und Ort, Vorbildung, Laufbahn, Referate, die er verwaltet hat, Ausscheiden aus dem Dienst und eventuell, falls bekannt, sein Leben nach der Dienstzeit). Dies waere fuer meine Arbeit wichtig.

Ferner wird in dem Buch darauf hingewiesen, dass unter 3000 staedtischen Beamten in Nuernberg nur 6 Juden gewesen sind. Dabei wird auf Nr. 72 der C.V.-Zeitung von 1925 verwiesen. Waren dies hoehere Beamte, und wenn ja, welche Posten haben sie bekleidet?

Schliesslich noch eine Frage, da ich mit den bayerischen Verwaltungsverhaeltnissen nicht vertraut bin. Auf S. 176 wird gesagt, dass die mittelfraenkische Kreisvertretung als Landraete einige Juden zaehlte, und deren Namen werden angegeben. Der Begriff Landrat deckt sich hier offenbar nicht mit dem entsprechenden preussischen Begriff; wuerden Sie mir mitteilen, in welchem Sinn das Wort Landraete gebraucht wird. Ferner wird von dem staedtischen Kollegien der Magistratsraete und Gemeindebevollmaechtigten gesprochen, in denen einige juedische Mitglieder sassen. Was bedeuten diese Bezeichnungen? Es gab ja Stadtraete wie Max Suessheim; hatte ein Magistratsrat dieselbe Funktion wie ein preussischer Magistratsrat, d.h. war er ein vom Magistrat angestellter Beamter, waehrend der Stadtrat gewaehlt wurde? War

./.



ein Gemeindebevollmaechtigter ein Stadtverordneter?

Suessheim habe ich in seiner Taetigkeit als Mitglied des Bayerischen Landtags in meinem Buch ueber die monarchische Zeit gewuerdigt. Ich habe auch am Schluss der ihm gewidmeten Betrachtung seinen Tod kurz vor der Machtuebernahme durch Hitler und die Ansprache des Buergermeisters Luppe zu seinen Ehren erwaehnt. Koennten Sie mir fuer den Weimar-Band noch einige Mitteilungen machen, womit Suessheim in der Nuernberger Stadtverwaltung befasst war, seine Referate oder sonstige fuer ihn charakterische Einzelheiten.

Soweit mir bekannt ist, waren sonst im Nuernberger Stadtrat juedische Mitglieder nicht vertreten.

Fuer eine Beantwortung meiner Fragen waere ich Ihnen sehr dankbar und bleibe

mit besten Empfehlungen

Ihr ergebener

ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, N.Y. 10024

20. Dezember 1971

Frau Fanny Ollendorff  
Harris House  
Varkis Street  
Jerusalem, Israel

Sehr geehrte Frau Ollendorff,

Ihre Adresse erhielt ich von Walter Friedlaender, und ich erlaube mir, mich mit der folgenden Bitte an Sie zu wenden:

Ich habe im Jahre 1968 ein Buch ueber "Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands" im Verlag Mohr (Tuebingen) erscheinen lassen. Es beschaeftigt sich mit Regierungsmitgliedern, Parlamentariern und Beamten in der monarchischen Zeit, und ich bin jetzt dabei, den Band ueber die Weimarer Zeit vorzubereiten.

Dabei moechte ich einiges auch ueber Ihren verstorbenen Gatten sagen, vor allem ueber sein Wirken als Obermagistratsrat in Berlin. Ich habe ihn von der Zeit her, als ich als Regierungsrat am Oberpraesidium in Breslau taetig war, gekannt, er hat sich damals als Vertreter der juedischen Wohlfahrtsorganisation betaetigt. Natuerlich habe ich auch Ihre Schwiegermutter, Frau Paula Ollendorff, die so viel im Breslauer oeffentlichen Leben gewirkt hat, gekannt. Wuerden Sie so freundlich sein, mir einige Angaben ueber Leben und Wirken Ihres Gatten zu uebersenden? Am meisten wuerde es mich interessieren zu erfahren, auf welchem Gebiet des Wohlfahrtswesens er als Beamter der Stadt Berlin taetig gewesen ist und was sonst ueber seine dortige Taetigkeit zu sagen ist. Auch Geburts- und Todesjahr moechte ich gern erfahren, ebenso den Studiengang. Geboren wurde er wohl in Breslau, und gestorben ist er vermutlich in Jerusalem.

Wenn Sie ueber das bereits erschienene Buch sich orientieren wollen, so finden Sie es im Leo Baeck Institut oder sicherlich in einer der oeffentlichen Bibliotheken von Jerusalem.

Ich danke Ihnen im voraus bestens fuer alles, was Sie tun koennen, um mir behilflich zu sein und bleibe

mit bester Empfehlung

Ihr ergebener

11  
Jerusalem, d. 15. 7. 72.

Sehr geehrter Herr Professor Hamburger,  
herzlichen Dank für Ihren Brief vom  
20. T. Ich freue mich, dass das Ihnen  
gesandte Material ein Bild von der Arbeit  
und der Persönlichkeit meines Mannes  
gibt.

Der von Ihnen erwähnte eventuelle Grund  
des Übergangs meines Mannes von dem  
Sprengmeister der Stadt Berlin zur Geschäfts-  
führung der Zentralverwaltung kann  
möglicher Weise mitgewirkt haben. Doch  
nehme ich an, dass das entscheidende Motiv war,  
die jüdische Wohlfahrtsarbeit im Landesmass  
stärker zu entwickeln. Keinesfalls nehme ich an,  
dass Dr. Kreuzberger ihn irgendwie dabei  
beeinflusst hat.

Sein Gedanke verfolge ich mit wärmster  
Teilnahme bei Entwicklung Ihrer Arbeit.  
Mit bestem Gruss

Ihre Fanny Alldorff.

דואר אוויר  
PAR AVION

AEROGramme • איגרת אוויר



Professor Ernest Hamburger  
67 Riverside Drive  
New York  
U.S.A.  
N.Y. 10024

קפל שלישי

EXPÉDITEUR — SENDER — השולח

F. Alldorff  
Harris House Parkside  
Jerusalem 92461 Israel

קפל שני

קפל ראשון

איגרת שהושם בה דבר תישלח לפי תעריף של מכתב בדואר אוויר.  
Un aérogramme contenant un objet quelconque sera envoyé au tarif d'une lettre-avion.  
An aérogramme containing any enclosure will be sent at airmail-letter rate.

11  
5. Juni 1963

Sehr geehrte Frau Dr. Oppenheimer,

Ich danke Ihnen bestens fuer Ihr freundliches Schreiben vom 23. Mai. Die Feiertage der vergangenen Woche sind Schuld daran, dass ich Ihren Brief erst gestern im L B I erhalten habe, und ich bitte die Verspaetung der Antwort zu entschuldigen.

Inzwischen haben Sie sicher die beiden Stammbaumblaetter zurueck erhalten. Ich habe die Erinnerungen von Carl Herz nach Lektuere der Bibliothek des L B I uebergeben, und Sie werden natuerlich als die Stifterin dieses wertvollen Dokuments aufgefuehrt werden.

Die Lektuere hat auf mich einen gemischten Eindruck hinterlassen. Wie schon zu seinen Lebzeiten, bewunderte ich Herz's gruendliche Kenntniss und seine Gabe, historische und rechtliche Zusammenhaenge teilweise glaenzend darzustellen. Auf der anderen Seite ist der stets scharf kritische Mann so verbittert geworden, dass er oft ungerecht wird und Menschen und Dinge irrig darstellt. Jedenfalls enthaelt das Manuskript sehr viel Interessantes.

Ihre Literaturangaben haben mich interessiert. Das Buch von Else Behrend-Rosenfeld ist in der Bibliothek des L B I. Die Buecher von Stappfer, Hildegard Wegscheider und Marie Juchacz habe ich gelesen, ich glaube, dass ich das von Alice Salomon mir noch ansehen muss, weil dies vielleicht wichtiges Material fuer meine Arbeit enthaelt. Auch das von Anna Siensen werde ich lesen, da alle Mitglieder der Familie Siensen, von denen ich sie und 2 Brueder kannte, mich stets interessiert haben. Die Buecher von Salomon und Siensen glaube ich mir hier beschaffen zu koennen.

Die anderen Buecher habe ich notiert, ich brauche Sie aber im Augenblick nicht mit einer Bitte um leihweise Ueberlassung zu behelligen.

Ich habe mich gefreut, Sie hier kennen zu lernen oder besser die Bekanntschaft mit Ihnen zu erneuern. Versaeumen Sie bitte nicht, mich anzurufen, wenn Sie wieder nach New York kommen.

Mit freundlichen Gruessen fuer Sie und Ihren Gatten

ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, NY  
10024

49  
January 5, 1972

Dr. Luise M. Oppenheimer  
610 LaSalle Street  
Durham, N.C. 27705

Dear Dr. Oppenheimer:

You may remember that we once met in the Leo Baeck Institute in New York, when I prepared my book "Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands", published by J.C.B. Mohr in Tuebingen, 1968.

I am now collecting material for a second volume of this book which will deal with the Weimar Republic and I turn to you for help in a specific matter.

In your letter of May 3, 1963 to Mrs. Margaret Muehsam you wrote, also with reference to me, that we might be interested in Carl Herz' "Geister der Vergangenheit" of 1951. I have well known Carl Herz and I also saw his publication which did not appear in print. At that time, however, I took excerpts only from those parts which deal with the monarchical period. I therefore would like to examine the book again with regard to information which might be helpful for the volume concerning Weimar.

Is this book in your possession? In this case I should be very grateful, if you would send it to the Leo Baeck Institute and let me have it on loan for one or two weeks. If you do not have it, do you know of anyone from whom I could borrow it?

I hope that you are in good health and express to you my best thanks in anticipation for anything you could do for me in this matter.

Sincerely yours,

Ryerson

June 14, 1974

Professor Peter Pulzer  
Christ Church  
Oxford OX1 1DP

Dear Dr. Pulzer:

Thank you very much for your letter of May 25.

I am very pleased to hear that you made good progress in your researches for the Leo Baeck volume. Unfortunately, we shall go to Switzerland directly and shall not have any stop-over in London. Mrs. Hamburger suffers very much from her arthritis and wants to make the trip to Europe as short as possible. It would have given us great pleasure to see you again, but you will understand that in these conditions we prefer a direct flight to Zurich.

I shall be glad to answer part of your questions today, others in my next letter.

ad 1) a) - With regard to Berlin it might be important to mention that the leaders of the groups in the Stadtverordnetenversammlung were mostly Jewish. Thus Geheimer Justizrat Oscar Cassel was the leader of the "Fraktion der Linken". Stadtverordneter Rosenow led the "Fraktion der Neuen Linken". When the Social Democrats first succeeded in the eighties to have some of their members elected, their leader was Paul Singer. Later Hugo Heimann played an extraordinarily great role in leading the Social Democrats until 1932. In November 1918, when Volksbeauftragte were instituted in Berlin, Heimann was the Volksbeauftragter for the Social Democrats and Hermann Weyl for the Independent Social Democrats. You find

information on Cassel, Rosenow, Singer and Heimann in my book "Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands".

With regard to Breslau, I recommend to mention that between 1870 and 1931 most of the time the Stadtverordnetenvorsteher were Jews: from 1868 to 1872 Max Simon (baptized), from the 80ies to about 1916 Wilhelm Salomon Freund, from then on until the end of the monarchy Justizrat Adolf Heilberg and during the Weimar republic Rechtsanwalt Eugen Bandmann (Social Democrat, whereas the other three were Liberals). I don't see anything interesting in Karlsruhe, except that Ludwig Haas was active there. As to Hamburg, it was a City state, and its representation can be compared with municipal government only with reservations. I shall check whether I have

./.

something important on Frankfurt on Main and Upper Silesia.

ad 1) b) - Ludwig Haas was prominent in the C.V. before 1914, in Baden and, to the best of my knowledge, also in the Zentralvorstand in Berlin. Check whether you find something in the article written by Judith Schrag-Haas about her father in Bulletin of the Leo Baeck Institute, 1961, No.13. In this context two more persons should be mentioned. Felix Waldstein of Altona, member of the Abgeordnetenhaus and of the City Council in Altona who played a role in the C.V., and Hermann Cohn-Dessau who was a member of the Landtag of Anhalt and of the City Council of Dessau and also in the Zentralvorstand of the C.V. In the Weimar period he tried to persuade the C.V. people to take part in the Keren Hajessod, unsuccessfully. You find information about Haas, Waldstein, and Cohn in my book. You could probably get more information from Dr. Eva Reichmann with regard to all matters pertaining to the Central-Verein.

ad 1) c) - I do not believe that anyone of the persons listed in Question 2 was Jewish. I know that Issberner, Frenzel, and Ravené were not Jewish. Persons who were Jews and held "official" positions in business organizations were Leo Zeitlin (Grosshandel and several other organizations), Koppel (Konfektion), Arthur Cohn (likewise Konfektion) and others. About Zeitlin there was an article in AJR which Mr. Paucker can easily locate. It is obvious, that Jews were in positions connected with the textile industry, wholesale and retail trade, and Konfektion rather than in the heavy industry.

ad 1) d) - You may add to the persons mentioned Adolf Braun (Nuremberg) and Gustav Hoch (Frankfurt am Main or rather Hanau) who were "Arbeitersekretaere" which means they took all the legal questions with which workers were concerned. Both were members of Parliament, Hoch already under the monarchy, Braun who became a member of the Parteivorstand, in the Weimar time.

ad 1) e) - Under the Jews prominent at the Handelshochschulen, I would mention Julius Moritz Bonn (Munich), Hugo Preuss, and Julius Hirsch. Handelshochschulen which were private institutions were before Weimar a refuge for Jews who were not admitted to "Ordinariaten" at the universities. About the University of Frankfurt am Main which had a special status compare the book of Paul Kluge which has a wealth of material. I may revert to the questions of legal journals in a subsequent letter. Incidentally, Gustav Hoch, mentioned under 1)d), is dealt with in my book.

ad Question 3: - Gustav Ferdinand Hertz was baptized (see my book, p.248). You assume rightly that no unbaptized Jew was admitted to the Senate before 1918.

This will give you enough stuff for today. With my kindest regards in which Mrs. Hamburger joins me

Yours,



104 Kriminalpol. Tuller

Das juedische Problem im Zeitalter der antiliberalen  
Reaktion 1878-1914.

Die Beteiligung der Juden an der Politik.

Provisorischer Arbeitsplan von Ernest Hamburger.

Zwar werden sicherlich die Herren Vierhaus und Bennathan die allgemeinen Zuege der Eingliederung der Juden in das politische und buergerliche Leben bezw. ihre wirtschaftliche und soziale Struktur in der zu behandelnden Zeitepoche herausarbeiten. Trotzdem scheint mir ein kurzes Eingehen auf einige Punkte in der Einfuehrung zu meinem Artikel erforderlich. Ich denke dabei hauptsaechlich an die Bedeutung des Jahres 1878 mit seinen teils historisch bedingten Ereignissen, teils politisch von Bismarck fuer seine Zwecke geschickt ausgenutzten Zufaelligkeiten.

Zwischen 1878 und 1881 kristallierten sich die neuen Trends heraus, die das Profil der postliberalen Zeit bis zum Jahre 1914 bestimmten.

Gesetzgebung und Praxis.

In der Zeitspanne von 1861 bis etwa zum Ende der siebziger Jahre, der sogenannten liberalen Periode, wurden den Juden die ihnen bis dahin noch vorenthaltenen Rechte in den Einzelstaaten gewahrt. Das Bundes-(spaeater Reichs-) Gesetz von 1869 setzte in dieser Hinsicht einheitliches Recht. Dieses Gesetz ueber die Durchfuehrung der Gleichberechtigung aller Konfessionen in buergerlicher und staatsbuergerlicher Hinsicht darf in seiner Bedeutung als Markstein der Entwicklung und auch wegen seiner psychologischen Wichtigkeit nicht unterschaezt werden; ein Eingriff in die Rechtssphaere der Einzelstaaten war einzigartig unter der Verfassung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs. In bezug auf seine rechtliche Bedeutung aber darf das Gesetz nicht so ueberbewertet werden, wie es gewoehnlich geschieht. Denn 1. waren die meisten dieser Rechte den Juden von den Einzelstaaten bereits im Verlauf der vorhergehenden 75 Jahre, wenn auch mit wiederholten schweren Rueckschlaegen waehrend dieser Zeit gewahrt worden; und 2. war auf manchen Gebieten der staatsbuergerlichen Rechte (Verwaltung, Justiz) auch in der liberalen Zeit die Praxis von dem Gesetz noch wenig beeinflusst. In der postliberalen Zeit gab es selbst Fortschritte, die in der liberalen Zeit auch nach 1869 noch nicht erzielt worden sind. Beispiele und Gruende dafuer werden gegeben, und hier wird ein Abriss ueber das Thema "Juden als Beamte, Lehrer, Richter, technische Beamte" eingearbeitet. Dafuer werden nicht nur die allgemeinen politischen Schwankungen herangezogen, sondern auch der Einfluss von Persoenlichkeiten herausgearbeitet (z.B. Schoenstedt, Antisemit, und sein Nachfolger Beseler, Nichtantisemit, als Justizminister).

### Aufrechterhaltung der liberalen Gesetzgebung.

Ein Blick wird auf die allgemeine Gesetzgebung der liberalen Zeit geworfen und es wird darauf hingewiesen, dass sie im postliberalen Zeitalter aufrecht erhalten geblieben ist. Das bezieht sich vor allem auf die allgemeine Rechts- und Wirtschaftsvereinheitlichung mit liberalem Vorzeichen, was den Juden angesichts ihrer sozialen Struktur (hohe Zahl der Selbständigen, starke Vertretung in Handel, Bank- und Börsenwesen) sehr zugute kam. Es war eine vom Grossbürgertum gemachte, von Bismarck einsichtig als unvermeidlich empfundene und daher tolerierte, ihm jedoch innerlich niemals zusagende Politik, die aus diesem Grund in den Gedanken und Erinnerungen völlig uebergegangen wird.

Ebenso wie die allgemeine Gesetzgebung, blieb auch die Gesetzgebung ueber die Gleichberechtigung unabhaengig vom religioesen Bekenntnis ungeschmaelert aufrecht erhalten.

### Opposition gegen die Gleichberechtigung.

Zum Unterschied von der liberalen Zeit wurde die Gleichberechtigung der Juden besonders in staatsbuengerlicher Hinsicht wiederholt angefochten. In der Zeit Bismarcks ist die Antisemitenpetition und ihre Behandlung im preussischen Abgeordnetenhaus 1881 zu behandeln. In der Zeit Wilhelms II. ist die Resolution des Bayerischen Landtags von 1901, die auf die Zurueckdraengung der Juden in der Justiz hielte, hervorzuheben; darauf bezog sich die Regierung Bayerns selbst noch in der Zeit der Weimarer Republik. Auch lehnte es die kaiserliche Regierung ab, eine widerstrebende Staatsregierung (Braunschweig) auf das Reichsgesetz von 1869 hinzuweisen oder gar Schritte wegen der Nichtbeachtung dieses Gesetzes zu unternehmen. Vorstoesse gegen die Gleichberechtigung der Juden von nichtamtlicher Seite kamen von den Antisemitenparteien, die sich seit 1878 bildeten, und schlugen sich auch-wichtiger- in der Einfuegung des Antisemitenparagrafen<sup>us</sup> des Tivoliprogramms der Konservativen (1892) nieder. Die Schrift des Fuehrers des Alldeutschen Verbandes Justizrat Class (1913) erregte Aufsehen durch Forderungen, die teilweise das nationalsozialistische Programm vorwegnahmen. Nachzugehen ist der zuweilen hervortretenden Verbindung zwischen dem von der Aristokratie und ihrem ~~soziologischen~~ anhang - Offizierkorps, Beamtenschaft, Grossgrundbesitz- praktizierten Antisemitismus und den aus den Massen des Mittelstandes hervorsteigenden Vulgaerantisemitismus.

### Politische Einstellung der Juden.

Nach Ideen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen und den Aufgaben im Kampf gegen den Antisemitismus waren die Juden in ihrer grossen Mehrheit Mitglieder oder wenigstens Anhaenger der "Liberalen Partei" (dieser Ausdruck wird belegt und erklart). Im Kampf fuer die Reichseinheit und die Ausdehnung der Freiheitssphaere, sowie den Rechtsstaat standen sie in den ersten Reihen. Somit traf sie die Aenderung der Parteienstruktur und die in der liberalen Periode beginnende und allmaehlich schneller fortschreitende Auflockerung

der Einheit der Liberalen von innen heraus in ihrem eigentlichen politischen Heim. Die zweimalige Spaltung der Liberalen durch Bismarcks Taktik war fuer sie politisch ein schwerer Schlag. Rechts, in der Mitte und links entstanden fuer die uebrige Bevoelkerung Alternativen zu dem in den siebziger Jahren maechtigen Liberalismus. Die Juden hatten zum Unterschied von den Nichtjuden keine Alternative auf der Rechten und in der Mitte und nur in begrenztem Maasse eine Alternative auf der Linken. Dies wird eingehend mit der Entwicklung des Charakters und der Ziele der deutschen Parteien waehrend der Berichtszeit begruendet; bei den Sozialdemokraten wird darauf hingewiesen, dass ihre Partei fuer eine in der Mehrheit aus Selbststaendigen zusammengesetzte Schicht nicht anziehend sein konnte und dass eine verfehlmte Partei nur denjenigen Intellektuellen eine Heimstaadt bieten konnte, die zu persoentlichen Opfern in Stellung, Beruf und Ansehen um der Sache willen bereit waren.

#### Bedeutung der antisemitischen Bewegung fuer die politische Einstellung der Juden.

Das Aufkommen des politischen Antisemitismus seit 1878, seine noch staerkere Belebung in der Zeit Caprivis und der allmaehliche Uebergang vom religioesen zum Rassenantisemitismus verengte weiter den Spielraum, innerhalb dessen die Juden sich politisch bewegen konnten. Zwar blieben die antisemitischen Parteien eine Randerscheinung, aber die Bewegung beeinflusste ausser den Deutschkonservativen die Haltung anderer Parteien des Buerkertums, besonders der Freikonservativen und teilweise der Nationalliberalen. Sie verstaerkte ferner den gesellschaftlichen Antisemitismus, der in der liberalen Periode zwar weniger hervorgetreten, aber keineswegs ausgestorben war. Eine entgegengesetzte Entwicklung zeigte sich nur im politischen Katholizismus, der der Haupttraeger des Antisemitismus in den 70iger Jahren gewesen war. Dies wird politisch im einzelnen belegt.

Die Juden selbst waren nach der Spaltung des Liberalismus in ihrer Mehrheit bei den Linkliberalen Parteien konzentriert. Hier fanden sie eine Verteidigung in ihrem Abwehrkampf gegen den Antisemitismus, wenn auch selbst bei diesen Parteien Konzessionen an antisemitische Stimmungen gemacht wurden. In West-Mittel- und Sueddeutschland verblieben nicht wenige Juden in der nationalliberalen Partei, Sonderbewegungen gab es in den oestlichen und westlichen Grenzgebieten.

Entscheidendes Merkmal des den Juden aufgezwungenen Wandels war es, dass sie in der liberalen Periode die Regierung mehr oder weniger gestuetzt hatten, im postliberalen Zeitalter dagegen fast durchweg in der Opposition zur Regierung standen. Diese Opposition war indessen gemeinsigt. Die Annahme, dass die Juden die damals radikalste Oppositionspartei, die Sozialdemokraten, gestuetzt haetten, ist falsch. Richtig ist aber, dass in der wilhelminischen Zeit sich die Zahl der juedischen Waehler der Sozialdemokratie vermehrt hat. Dies ist jedoch in erster Linie als Teil des Gesamtphaenomens der Radikalisierung der Bevoelkerung der Grosstaedte zu werten, in denen die Sozialdemokratie weit ueber die Zahl der Handarbeiter hinaus zunehmend Stimmengewinne verzeichnen konnte.

### Juedische Parlamentarier.

Die Zahl, Einstellung und Berufsstruktur der juedischen Parlamentarier steht waehrend der Berichtszeit in deutlichem Kontrast zu der Haltung der Mehrheit der juedischen Waehler. In der Reichsgruendungszeit finden sich Juden vornehmlich unter fuehrenden Maennern der Nationalliberalen, der groessten Regierungspartei, als die Waehler vor allem in den oestlichen Provinzen mehr zur Fortschrittspartei tendierten. In der Zeit Wilhelms II. finden sich Juden vornehmlich unter den Fuehrern der Sozialdemokratie, der groessten Oppositionspartei, als immer noch die juedischen Waehler, und zwar staerker als vorher, zum Linksliberalismus neigten. Der Wechsel von loyaler Unterstuetzung der Regierung zur Opposition ist also bei den Gewaehlten noch staerker ausgepraegt als bei den Waehlern.

Hier sind eingehende Erklaerungen zu geben, Persoenlichkeiten zu wuerdigen und die Haltung der Massen zu den Fuehrern in den verschiedenen Zeiten herauszuarbeiten, im Anschluss, aber in starker Kondensation der betreffenden Parteien meines Buches.

### Einfluss der Juden auf die Kommunalpolitik.

Da die Zahl der juedischen Akademiker sich in der Berichtszeit proportional weit schneller vermehrte als diejenige der Akademiker im allgemeinen, fielen die juedischen Aerzte und Rechtsanwaelte in den Grossstaeten, aber auch in Mittel- und Kleinstaedten auf. Es entwickelte sich aus ihrer Zusammenarbeit mit Bankiers, Grosskaeuflern und in weniger grossem Umfange juedischen Industriellen ein Honoratoren-tum grossbuergerlichen Charakters, das die juedische Bevoelkerung in einflussreichen Organisationen und in der Zusammensetzung der Parlamente repraesentierte. Dabei war die juedische Bevoelkerung als Ganzes nicht "grossbuergerlich". In der Reichsgruendungszeit entstand ferner in Grossstaeten, vor allem in Berlin, ein Zeitungsverlagswesen, unter vielfach juedischer Leitung, das den zahlreichen juedischen Akademikern, die in staatlichen Stellungen und bis kurz vorher auch in vielen freien Berufen kein Unterkommen finden konnten, als Redakteuren und Korrespondenten eine Arbeitsgelegenheit bot.

Dies trug alles dazu bei, den Einfluss der Juden auf die Entwicklung der Kommunen und der Kommunalpolitik zu erhoehen. Eingeleitet wurde diese Entwicklung durch den Freiherrn von Stein, der den Juden in der Staedteordnung von 1808 Wahlrecht und Waehlbarkeit zuerknnte. In der Berichtszeit wurden die Juden ein schnell wachsendes staedtisches Element. Das Dreiklassenwahlrecht in den Kommunen beguenstigte die Liberalen in den Staedten gegenueber den Sozialdemokraten. Die Zahl der juedischen Stadtverordneten entwickelte sich daher schnell nach oben. Sie beteiligten sich gern und haeufig an Ehrenaemtern z.B. als unbesoldete Stadtraete. Hier erhielten sie eine Kompensation fuer die fehlende Anerkennung im staatlichen Sektor. Beispiele, besonders fuer Berlin, aber auch fuer andere Gross- und kleinere Staedte. Viele Fraktionsvorsitzende und Stadtverordnetenvorsteher waren juedisch. Dagegen ist die Beteiligung der Juden am Kommunalbeamtentum ueberaus gering, eine Erscheinung, die noch der Erklaerung bedarf.

Juedische Rechtsanwaelte, Grosskaufleute, Staatverordnete u.s.w., die in den liberalen, meist linksliberalen Gruppen fuehrend waren, traten oft auch in der Leitung juedischer Gemeindevertretungen und von Abwehrorganisationen hervor. Diese Personalunionen waren bedeutungsvoll fuer die Verzahnung liberaler Politik und juedischer Interessen auf kommunaler, zuweilen auch zentraler Ebene.

#### Einfluss der Juden in der politischen Publizistik.

Die zunehmende Betaetigung der Juden in der Publizistik erhoehrte ihren Einfluss als Meinungsbildner. Zwar darf dieser gegenueber der meinungsbildenden Kraft der rechtsgerichteten politischen Presse, der Amts- und Kirchenblaetter nicht ueberschaetzt werden, aber er stieg jedenfalls dank der Entwicklung der grossstaedtischen liberalen Presse seit der Reichsgruendung. Die Tendenz des Hervortretens der Juden als Publizisten war nicht wesentlich verschieden von der ihrer politischen Betaetigung im allgemeinen. Kennzeichnend fuer die meisten ist ein Liberalismus, der auch in der Publizistik in der postliberalen Zeit zunehmend oppositionelle Zuege annimmt. Auch die politischen und literar-politischen Zeitschriften weisen einen aehnlichen Charakter auf. Die sozialdemokratischen Zeitungen werden vornehmlich von aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Funktionaeren befuerrt, doch zeigen nicht wenige Gestalten an der Spitze oder im Staff von grossen sozialistischen Zeitungen und von Zeitschriften, die die verschiedenen Sparten der Bewegung repraesentieren, die Bedeutung des Wirkens juedischer Intellektueller auch fuer diese Presseorgane. Ausserhalb der ueblichen Wege ueben Individualisten wie Harden und Joseph Bloch einen erheblichen Einfluss aus.

#### Abschliessende Bemerkungen.

Die Juden sind ein staerker grossstaedtisches, staerker liberales Element als der uebrige Teil der Bevoelkerung und ziehen natuerlich in ihrer Einstellung und Betaetigung den Antisemitismus mehr in Betracht. Zwischen ihrem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg und der Anerkennung der gesellschaftlichen Stellung werden die Widersprueche in der Berichtszeit staerker. Vor allzu starker Generalisierung hat man sich zu hueten. Es sind manche Veraenderungen zwischen 1878 und 1914, regionale Verschiedenheiten und Wandlungen zu beobachten, die u.a. auf den Uebergang vom religioesen zum Masseantisemitismus zurueckzufuehren sind. Ohne die Unterstuetzung durch das Grossbuergertum waere der Einfluss der Juden in den liberal verwalteten Kommunen nicht moeglich gewesen. Ohne die vom Antisemitismus im wesentlichen freie Arbeiterbewegung haetten sie sich nicht in der Sozialdemokratie vielfach leitend betaetigen koennen. Die Gegenstoesse gingen von der Fuehrung des Obrigkeitsstaats und dem bauerlichen und buergerlichen Mittelstand aus, ferner von den nationalistischen und imperialistischen Kraefte, die sich seit 1878 und noch staerker seit den 90iger Jahren entwickelten und zusammenfanden und das Gesicht der postliberalen Zeit bestimmten.

11

*url  
Buch f. Kempner  
in Druck*

9. Maerz 1972

Herrn Dr. Otto Reinemann  
21 West Phil-Ellena Street  
Philadelphia, Pa. 19119

Sehr geehrter Herr Dr. Reinemann,

vielleicht erinnern Sie sich meiner noch dunkel; kurz nachdem ich nach Amerika gekommen war, trafen wir uns zusammen mit Kempner in Philadelphia. Ich schreibe Ihnen heute, um Sie um eine Information zu bitten.

Im Jahre 1968 habe ich ein Buch "Juden im oeffentlichen Leben Deutschlands" im Verlag Mohr in Tuebingen erscheinen lassen. Es beschaeftigt sich mit juedischen Regierungsmitgliedern, Parlamentariern und Beamten der monarchischen Zeit (1848-1918). Ich bereite jetzt das entsprechende Buch fuer die Weimarer Republik vor.

Im dem bereits erschienenen Buch habe ich Kommunalbeamte nicht behandelt. Ich moechte aber in dem Buch ueber die Weimarer Zeit wenigstens auf diejenigen Kommunalbeamten eingehen, die in Grosstaedten wie Berlin, Frankfurt und Breslau taetig waren. Da Sie Magistratsrat in Berlin waren, wollte ich Sie bitten, mir einige kurze Angaben ueber Ihr Leben und Wirken zu uebermitteln. Ich beziehe als Juden alle diejenigen ein, die von Seiten beider Eltern juedischer Herkunft waren, unabhaengig davon, welcher Religion sie angehorte oder ob die Dissidenten waren, dagegen uebernehme ich nicht diejenigen, die nur von Seiten eines Elternteils oder eines Grosselternteils juedischer Abkunft waren. Ich habe mich darueber in der Einleitung zu meinem Buch und ausfuehrlicher in einem Artikel ausgesprochen, der zur Feier des 25jaehrigen Jubilaeums der Neuen Berliner Juedischen Gemeinde erschienen ist (als Teil eines als Festschrift publizierten Buches) .

Sind Ihnen sonst noch juedische Beamte im Berliner Kommunaldienst bekannt, die in der Weimarer Zeit taetig waren und deren Wirken beschrieben werden sollte? Ich habe den Buergermeister Elsas, den Bezirksbuergermeister Carl Herz, den Stadtrat Friedlaender, mit dem ich in staendiger Verbindung stehe,

./.

Reinmann

9/3/72

die Obermagistratsraete Kobrak und Ollendorff (der wohl schon vor Ihrer Zeit aus dem staedtischen Dienst ausgeschieden und zur juedischen Wohlfahrtsorganisation uebergegangen ist). Ueber alle diese habe ich genug Material. Aber vielleicht fallen Ihnen noch Personenlichkeiten ein, die es sich lohnte, einzubeziehen.

Ich waere Ihnen dankbar, wenn Sie mir meine Fragen beantworteten und bleibe

mit besten Gruessen

Ihr

From the Desk of

John Otto Reinemann

21 West Phil-Ellena Street  
Philadelphia, Pa. 19119

*rd*  
Date ...14.. Mai ..1972.....

Sehr geehrter Herr Hamburger ! *14*

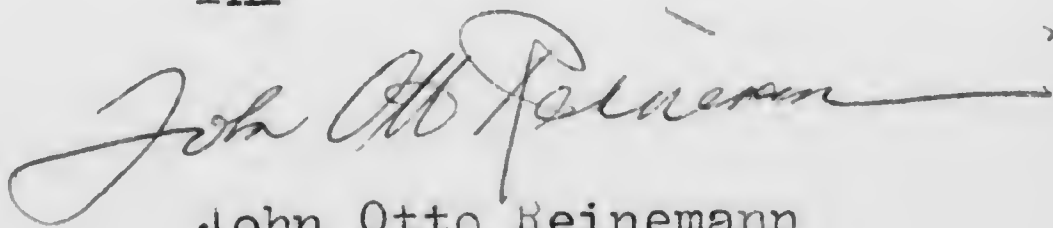
Anbei die erwuenschten Angaben ueber  
mich .

Wie ich schon neulich am Telefon sagte,  
fuege ich auch die Angaben <sup>über</sup> meines leider ver-  
storbenen lieben Kollegen aus der Berliner  
Zeit, Arthur Gottschalk, bei.

Mit freundlichen Gruessen

bin ich

Ihr



John Otto Reinemann

Mr. Ernest Hamburger  
67 Riverview Drive  
New York, N.Y. 10024



ERNEST HAMBURGER - 67 Riverside Drive - New York, N.Y. 10024

11  
18. Mai 1972

Dr. John Otto Reinemann  
21 West Phil-Ellena Street  
Philadelphia, Pa. 19119

Sehr geehrter Herr Reinemann,

besten Dank fuer Ihren Brief vom 14. Mai und die Angaben ueber Ihren Lebenslauf und denjenigen von Arthur Gottschalk. Es hat mich sehr gefreut, dass Sie mir die Informationen ueber Ihren verstorbenen Kollegen uebermittelt haben.

In Ihrem Lebenslauf haben mich neben der Berufstaetigkeit besonders Ihre sonstigen Betaetigungen auf dem Gebiet der Jugendbewegung und der Friedensbewegung interessiert. Ich werde auch davon natuerlich Gebrauch machen.

Erinnern Sie sich vielleicht noch an einen bestimmten Artikel, den Sie in der Friedenswarte geschrieben haben und der Ihnen besonders charakteristisch erscheint? In diesem Fall wuerde ich darauf in einer Fussnote hinweisen.

Mit Frau Gerda Neumann habe ich mich inzwischen in Verbindung gesetzt und von ihr wertvolles Material ueber ihren Vater einschliesslich eines Bandes der Sammlungen der Entscheidungen des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts vor Einfuehrung des Arbeitsgerichtsgesetzes erhalten. Auch fuer den Hinweis auf Frau Neumann bin ich Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Gruessen

Ihr

From the Desk of

*John Otto Reinemann*

21 West Phil-Ellena Street  
Philadelphia, Pa. 19119

Date .20..Mai.1972.....

Lieber Ernst Hamburger !

Besten Dank fuer Ihren Brief vom 18.ds.  
Ja, ich weiss noch den Titel eines laengeren  
Artikels, den ich fuer "Die Friedenswarte" vom  
Dezember 1932 (XXXII. Jahrgang, Heft 12)  
schrieb: "Die junge Generation als Trägerin der  
Friedensidee" (Seite 360 - 364).

Mit freundlichen Gruessen !

Ihr

*John Otto Reinemann*

ml  
24, Mai 1972

Dr. John Otto Reinemann  
21 West Phil-Ellena Street  
Philadelphia, Pa. 19119

Lieber Freund Reinemann,

vielen Dank fuer Ihr Schreiben vom  
20. Mai und den Hinweis auf den Artikel,  
den Sie im Jahre 1932 fuer die Friedenswarte  
geschrieben haben.

Sowohl der Titel als auch das Jahr  
eignen sich sehr gut fuer eine Erwahnung  
in der geplanten Publikation.

Mit besten Gruessen

Ihr

Stade, den 16. 2. 1973

11

Konstantin Weiser (Pawlsky)

Dr. Johannes Rode  
Teichstr. 19 - Tel. 61947

Handwritten mark

An die  
Stadtgemeinschaft Königsberg  
in der Landsmannschaft Ostpreußen  
Hamburg 13  
Parkallee 56

Angrund der Anfrage nach Lebensdaten und Wirksamkeit des Ehepaares Schäfer, habe ich in Königsberg Pr. im letzten Kugel Bürgerbrief habe ich an 2 Persönlichkeiten geschrieben, von denen ich dachte, dass sie das Ehepaar Schäfer gekannt haben müssten.

Von der einen Dame, von der ich fälschlicherweise weise vermutete, dass sie in der Schmelzfabrik Matthias Fabrikführerin gewesen wäre, erhielt ich entsprechenden Bescheid.

Im dem 2ten Fall stellte es sich heraus, dass die betreffende Persönlichkeit Frau W. zu Ellen Simon, Ende der 20er Jahre <sup>Jahre</sup> und bis Februar 33 Leiterin des Stadtjugendamtes Königsberg Pr. (jetzt 1 West-Berlin 41, Brückstraße 2a, Tel 7961900) das Ehepaar Schäfer sehr gut gekannt hat. <sup>und</sup> mit Frau Schäfer zu-

sammen aktiv in soziale Arbeit tätig ge-  
wesen ist.

H. H. Simon, die 1935 auch nach England  
emigrierte und dort mit Familie Wülfel wieder  
zusammen kam, hat bis zum Tode von Heron  
und Frau Wülfel (er etwa 1955, sie 1969) mit  
ihnen in Verbindung gestanden und Röntgen- und  
volles Material liefern.

Sie möchte es aber nicht ohne Einwilligung  
des Sohnes Heron Gerhard Wülfel tun. Er war  
in der Kugel-Firma seines Vaters tätig und hat  
jetzt eine Kugelfabrik in England und eine  
in Köln.

Familie Wülfel war evangelisch, die Kinder  
sind getauft und ev. getraut. Die Frau von Heron  
Gerhard Wülfel war eine unterbänige Lehrerin.  
Die Kinder von Heron Gerhard Wülfel und die  
von seinen in England und USA verheirateten  
Schwestern haben alle in "asynche Familien" ge-  
heiratet.

Da das Ehepaar Wülfel selber <sup>nicht mehr</sup> den Bericht lesen  
und davon Kunde haben könnten, weiss H.

W. Simon nicht, ob es ihm lohne recht weise  
wenn über seine Eltern, wenn auch in  
sehr positivem Sinne, in einem Werk über  
deutsche Juden berichtet würde. Natürlich  
kann es auch anders sein.

Frau W. Simon würde, ehe Sie Ihnen Einzelhei-  
ten berichtet, mit erst die Genehmigung Israels  
über eine Abreise von Frau Häufe, die in  
Hindenburg lebt und mit fast auch sehr intensiv  
und gegenwärtig die schwarze Bevölkerung an-  
nimmt, von Herrn Gerhard Häufe einholen.

Vielleicht haben Sie auch Ihren Anlauf inszu-  
men auch die Anschrift von Herrn Gerhard  
Häufe erhalten und können bei ihm direkt  
anfragen, was ihm recht weise und was  
nicht!

Wanna Rude,  
Sozialarbeiterin,  
Berufberaterin a. D.

~~Kollegium über~~ ...

4. 12. 72

Lieber Herr Kammerling,

Sie werden es mir sicher nicht glauben, dass ich heute um Sie schreiben wollte, um Ihnen zu sagen, dass Sie von Ihnen empfangene Abhandlung über Brönning's Anatomie längst bei mir eingetroffen ist. Man sieht Sie mir mit Ihrem heutigen Brief vom 30. 11. sehr dankbar, in dem Sie mir über den Inhalt dieser keine Verwünschung wegen meiner dungen Schwierigkeiten machen. Dafür danke ich Ihnen! Der Grund, warum ich erst heute schreiben ist kein sehr ungewöhnlicher: meine Frau leidet seit langem an Hüftschmerzen, wurde mehrere Male in U.S.A. und hier behandelt, ganz per Karren etc. etc., die nur vergebliche Hilfsmittel brachten. Man sollte sich nicht wundern über den Erfolg, X-ray etc. die Diagnose gestellt werden. Die rechten Hüftschmerzen sind so heftig, dass eine kleine Operation vorgenommen werden muss, <sup>um zu vermeiden</sup> ~~damit~~ sie nicht später gar nicht mehr gehen kann. Leider gibt es in Amerika noch hier nur wenige Spezialisten, an denen man sich Hilfe holen kann, bis einer von ihnen hatters Zeit hat. Das alles schreibe ich Ihnen nur, um mein langem Schreiben zu erklären; wenn Sie mir die Sache nicht mit einem Krankenbrief mitteilen können.

Ihre große Abhandlung über Brönning habe ich vorher nur zum Teil lesen können. Sie ist in jeder Hinsicht ein hervorragendes Werk, hat aber einen sehr großen Umfang.

die mir im New York erzählt: 35 Themen  
sind ganz offenbar sehr kopierenswert, und ich  
werde sehr gerne Interesse an allen Büchern  
über die Weimarer Zeit zu Buch nicht lesen.  
Aber ohne Ihnen zu schreiben zu stellen, dass ich  
Ihnen jetzt schon sagen, wie sehr ich mich Ihre  
schriftstellerische Begabung und Ihre meisterhafte  
Fähigkeit, ein so interessantes Thema klar und  
überzeugend darzustellen bewundern!!  
Nun zu Ihren Fragen: Ja, ich kenne Dr. Blau  
im Leipziger Institut, aber nur flüchtig, kann  
mich nicht mehr erinnern, welches Institut  
er hatte. Die meisten hatte ich nicht mit ihm  
zu tun. De Martens mit mir kam, aber ich hatte  
kaum - wie auch andere - im Gedächtnis, dass er  
ein wichtiges war, das gerade mit seinen Beziehungen  
zu großen Männern übernahm, z. B. Hermann  
Aber, wie gesagt, ich kenne ihn nur flüchtig, und  
kann ihm nicht recht danken. Ansonsten wird  
die von Ihrer Arbeit nicht interessieren. Kann  
ich mich recht erinnern, wann er er nach Süd-  
amerika aus, wo er vor vielen Jahren am Kreis  
Markt Arian im Zusammenhang mit viel mehr über  
ihn wissen. Er war jüdisch, er aber getauft, was  
ich nicht. - Stadtrat (ehrenamtlich) Dr. Heintze  
kann ich nicht. Er war Mitglied des Verbands  
Kammern im Harzgebiet, was nach der Reichs-  
Justizrat Dr. Ablas stand, mit dem ich nicht  
oft und häufig persönlich sprach. Heintze war  
kann ich eine persönliche und geistige Enne als  
Folge einer "Gehirngrippe". Er jedenfalls hätte ich die  
Fingern. Als der Stammtisch Heintze hat, nicht  
mehr zu den reichhaltigen Tischnamen für Kommen  
(moralisch nicht, weil es jüdisch war, was er wird  
er aber unappetitlich war), erhalte ich jetzt wissen



Ihre Bemerkung, dass wir beide kaum mehr  
in Berlin wären, erinnert mich an einen  
inzwischen verstorbenen Mitarbeiter in New York.  
Er war der Sohn eines adeligen russischen Generals,  
jetzt Offizier, der 1920 nach fast 20 Jahren  
der sagte mir mal: wenn der Bolschewismus  
nicht gekommen wäre, wäre er sicher noch  
Zaristischer General gewesen, aber sein Charakter  
wäre kein geliebter. Leicht, aber was für  
französischer Geist wäre der ganzen Welt erspart  
geblieben, hätte ich nicht.

Da man habe ich für genug bekommen.  
Aber nach einer Zeit Unzufriedenheit über die  
mir mal, was "perchede" Leute sind. Sie ge-  
brauchen das Wort im Zusammenhang mit  
Kinniger's Eltern.

Wegesen Sie nicht, dass ich Ihnen jeder Zeit  
für Verfügung stehen, im das hierigen Bibliothek  
Material für Ihre Buch zu suchen. Natürlich  
würde ich mir Stellen etc. verschaffen,  
wenn Sie den größtmöglichen Nutzen aus der hierigen  
Bibliothek zu ziehen könnten. Aber ich habe  
es trotzdem sehr gern.

Sehr herzliche Grüße, auch an Ihre Frau,  
von Ihrem treuen Schüler.

Ansicht aus einem erlebten Gesinnung (es  
 man etwa 1934 or 1935 gewesen sein), weil ich  
 nicht so Gefühl der ersten Kunde, kann ich hier  
 Stimmgebung auch nicht mit einem jüdischen  
 Mitglied "behalten" würde. Vollständig war ich auch  
 Frau, meine Verantwortung falls. Die ehemalige  
 demokratische präsident. Lauchlin Currie - Abgeordnete Wendell  
 (kein Ehrenmann), auch Mitglied eines Stammes-  
 Komitee, machte einen gewissen Eindruck bei  
 mir, um mich zu überzeugen, aber ich war  
 besorgt. Aber das alles ist wieder aus der Hand  
 nicht kann sie nicht interessieren. Of Hinwendung  
 im Freitag war wie ich nicht. Ich war nur, dass  
 er oben am Haupt Statut in Washington war.  
 Seine Frau wanderte nach meiner Erinnerung  
 nach Südamerika aus, ich glaube nicht aber  
 zu wissen, dass er vorher starb. Kann sie  
 darüber gemacht sein wenn nicht, kann ich  
 frühere Freunde aus Washington, die jetzt in Frank-  
 reich leben, danach fragen. -  
 Das Mitglied natürlich würde war mir klar nach  
 seinem Leben am TV, er ist ein sehr intelligenter  
 Psychologe. Aber das wissen, was ich mit vielen  
 Jahren fünf versuchte, wenn er überleben die  
 erregten würde, war ich eine spannende Überwachung.  
 hat die Führung in USA nicht jetzt mehr als früher  
 aus - kommt für mehr als eine Agency im  
 4 Jahren von 2. Natürlich viel zu früh, das vorher-  
 gegangen. Aber was ist sicher: das politische Niveau  
 in USA ist hochgekommen - es gibt die Hand! Es  
 erinnert mich sehr an die Präsidenten nach dem  
 1. Weltkrieg. Kann es sein, dass sie Wahl hier-  
 nach sehr erwartet. Ja, wenn sie denken, wie die  
 christen, vor Mitte 21 notwendig gewesen wären!!

Eva Tharann  
8 München  
19 Orffstr 35

München den 8.8.1972.

Sehr geehrter Herr Matull.

Ihren Brief vom 27.7. habe ich, nach einigen Umwegen, wir (meine Tochter und ich) wohnen nämlich schon seit 1964 in München, erhalten. Ich danke Ihnen sehr dafür, und werde mich bemühen Ihre Fragen, soweit mir das möglich ist, zu beantworten.

Ich muß vorausschicken, daß ich mit 72 Jahren auch nicht gerade mehr über ein gutes Gedächtnis verfüge, Ihnen aber trotzdem einige konkrete Lebensdaten meiner Mutter mitteilen kann.

Meine Mutter Matha Harpf geb. Brisch wurde am 7. April 1874 in Graudenz als älteste Tochter von 14 Kindern eines jüdischen Rektors einer jüdischen Schule geboren.

In den 90ziger Jahren heiratete sie meinen Vater, den Musikalienhändler Alois Hans Harpf in Königsberg, Pr., in dessen, vom Vater ererbte, Musikalienhandlung sie mit größtem Erfolg ihre aussergewöhnlichen geschäftlichen Fähigkeiten investierte,

Als Hausfrau und Mutter von drei Töchtern war sie, wenn man ihren Einsatz als Politikerin bedenkt, eine in jeder Hinsicht bewundernswerte Persönlichkeit, die, wie ich immer fand, drei volle Menschenleben ausfüllte.

Im Jahre 1935 starb mein Vater und meine Mutter zog 1937 nach Wiesbaden, nachdem sich ihr Leben in Kglg. immer unerträglicher gestaltete. Dort konnte sie noch einige, wenn auch nicht eben ungetrübte, so doch ungestörte Jahre erleben, bis die Verfolgungen durch die Gestapo einsetzten, die mit Strassenverboten, Veranstaltungsbesuchs- Verboten begannen, ihre Fortsetzung in einer Inhaftierung im dortigen Gefängnis fanden und mit dem Abtransport nach Auschwitz im September 1942 endeten. Dort wurde sie dann, laut Sterbeurkunde aus Arolsen, Kreis Waldeck (Sonderstandesamt), am 12. Dezember 1942 vergast.

Ein Foto meiner Mutter lege ich bei.

Eva Tharam-Harpp

8 München 19, den 13.8.1972  
Orffstr.35

Sehr geehrter Herr Matull!

Auf Ihren Brief vom 9.ds.Mts. bleibt mir nichts anderes zu antworten, als dass ich auch nur weiss, dass meine Mutter Stadträtin, Provinziallandtagsabgeordnete und Mitglied des Provinzialausschusses war. Irgendein Zeitraum ist mir nicht bekannt. Vielleicht sind aber noch folgende Angaben für Sie bzw, Herrn Dr.Hamburger von Interesse:

Seit Gründung im Jahre 1905 der Königsberger Ortsgruppe des Deutschen Bundes für Mutterschutz stand meine Mutter in dieser Bewegung an führender Stelle; von 1925 an bekleidete sie das Amt der Vorsitzenden.

Lange Zeit vor Einführung des Frauenwahlrechts war sie das erste weibliche Mitglied eines Parteivorstandes.

Sie war Angehörige des Kuratoriums der Gärtnerlehranstalt in Tapiau, ferner Vorstandsmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft der Volksbühne, des Staatsbürgerinnenverbandes, sowie Schöffin und Geschworene, ferner führte sie den Vorsitz des Kreisvereins der Musikalienhändler für Ost- und Westpreussen.

Ausserdem war sie Mitglied des Städt.Milchausschusses, hat im Jugendwohlfahrtsamt mitgearbeitet und in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Hebammen-Lehranstalt, Herrn Prof.Dr.Siegelä, zur Verbesserung des Hebammenwesens in der Provinz mitbeigetragen.

Ich hoffe, dass diese Ausführungen dazu angetan sind, das Lebenswerk meiner Mutter entsprechend zu würdigen.

Hochachtungsvoll

*Eva Tharam-Harpp*

610 LaSalle Street, Apt. 7 B  
Durham, N.C. 27705  
January 23, 1972

Dear Dr. Hamburger:

Thank you for your letter of Jan. 13, 1972.  
Today I'll answer your question on Jews who were active in Bavarian Gemeindepolitik.

May I assume that the second volume of your book "Juden im öffentlichen Leben Deutschlands", 1968, will also be written in German?

Leider sind meine Erinnerungen an Juden in bayrischer Gemeindepolitik lückenhaft. Mein Vater, Dr. Friedrich Morgenstern (geb. 28. Sept. 1866 in Fürth, Bayern, gest. 18. Nov. 1940 in Perpignan, Frankreich) war 32 J. als Stadtrat und Finanzreferent in Fürth tätig, von Ende der 90er Jahre bis Ende der 20er J. Er gab diese ehrenamtl. Arbeit aus Alters- und Gesundheitsgründen schon einige Jahre vor 1933 auf. Er war ein aktives Mitglied der Demokratischen Partei, aber auch mit verschiedenen bekannten Sozialdemokraten eng befreundet. Sein Vater, Dr. David Morgenstern, in Ihrem Buch oft genannt, war übrigens nach dem Ende seiner parlamentarischen Zeit im bayr. Landtag von 1869 bis 1879 Stadtrat in Fürth oder wie man damals wohl Mitglied der Gemeindeverwaltung sagte, ebenfalls ehrenamtlich, so viel ich weiss.

Dr. Max Süssheim, Rechtsanwalt in Nürnberg, auch in Ihrem Buch mehrmals genannt, war Mitglied des bayr. Landtags von 1907 bis 1920, und ein sozialdem. Mitglied des Nürnberger Gemeindekollegiums (als Stadtrat) von 1919 bis 1933. (Er war ein Enkel von Dr. David Morgenstern, aktiver Sozialdemokrat, geb. 1875, gest. 1. März 1933)

Mein Onkel, Dr. Bruno Stern, Rechtsanwalt in Würzburg, war dort Stadtrat; ich füge 2 Zeitungsausschnitte von Nachrufen aus dem Jahr 1957 bei, die ich zurückerbitte.

So viel ich weiss, war Karl (?) Kunreuther auch im Fürther Stadtrat, vielleicht meines Vaters Nachfolger. Ich glaube, seine 3 Söhne leben in N.Y. Einer war verschiedentlich in LBI-Veröffentlichungen erwähnt und könnte Ihnen wohl genauere Auskunft geben. Dr. Eric J. Midas, der meines Wissens bis in die 30er J. in Fürth oder Nürnberg wohnte, und dessen Artikel "Alfred Nathan (1870 bis 1922)" im Bulletin 43-44 (1968) des LBI veröffentlicht wurde, ist sicher über Juden im öffentlichen Leben Bayerns während der Weimarer Republik besser informiert als ich. Seit 1920 war ich nur selten und meistens kurz in meiner Heimatstadt. -

Es ist wohl nichts Neues für Sie, dass für Auskünfte über Juden in der Berliner Stadtgemeinde sowohl Dr. Walter Friedlander (früher Stadtrat in Prenzlauer Berg, jetzt Professor Emeritus in Berkeley, UCB, wohnhaft 6437 Regent St. Oakland, Cal. 94618) und Aenne Hertz, Fürsorgerin in Berlin-Mitte (Schwester von Paul Hertz) 4501 Broadway, Apt. 6 A, N.Y. 10040, ausgezeichnete Quellen sein würden.

Etwas Fragen will ich gern nach bestem Wissen beantworten.

Mit besten Grüßen  
Luise M. Oppenheimer

F.S. Haben Sie auch Interesse für jüd. Universitäts-  
und der Zeit der Weimarer Republik?

Anlage

AR 7034

6/4

Ernst Hamburger Collection

VII

Individual Jews  
in Municipal Administrations

A 17/1

Ernst Hamburger  
AR 7034  
Box ~~6~~  
~~Folder 4~~

AR 7034

Ernst Hamburger Collection

Box 6, Folder 4

- Individual Jews in Municipal Administrations

1890 - 1970's

Leo Arons, eminent German physicist and prominent Social Democrat.

Born 1860 in Berlin, the son of a wealthy banker, Arons became an assistant at the Institute of Physics and a Privatdozent in Strassburg (1883-1890), then in Berlin ~~1890~~ (1890-1900). Because of his political convictions and his Jewish faith he never obtained a professorship. In 1899, the <sup>Prussian</sup> Ministry of Public Education (Kultusministerium) invited the Philosophical Faculty of the University of Berlin to dismiss Arons, because it considered his political activities incompatible with his academic duties. When the Faculty refused, the Prussian Diet adopted a Government introduced bill, instituting the Government as a body of appeal against disciplinary decisions of a Faculty (Lex Arons). After the Faculty had confirmed unanimously its former decision, the Government dismissed Arons from his (unpaid) academic position.

In the science of physics, Arons devoted himself to empirical research on those electric phenomena which fall under the Maxwell theory. One of his discoveries was the Mercury Vapor Lamp, which was of considerable practical and scientific importance as a source of ultra-violet rays. After Arons' death, Albert Einstein reviewed his scientific work and abundantly praised his talents, industry and accomplishments.

Arons belonged to the revisionist wing of his Party. He was a City Councilman of Berlin and, in 1903 and 1907 ran unsuccessfully for a Reichstag mandate in the electoral district of Berlin in which the Royal castle and the University were located. Arons was interested

mainly in educational matters, ~~land~~ land reform and consumers' cooperatives. Financially independent and a generous donor, he made possible the publication of the brilliant revisionist German bimonthly, Sozialistische Monatshefte. The establishment of the Workers Education School ( Arbeiterbildungsschule) of the Social Democratic Party and the Trade Union Building in Berlin were also due to his generosity.

After the Revolution of 1918 Arons called upon the German University to serve the new Republic faithfully and by serious work. He died in 1919.

Bibliography: Sozialistische Monatshefte, 7.11.1919, p. 1058 ff ( Albert Einstein, Paul Hirsch and Wally Zepler as well as others), about the various aspects of Arons' personal work. Ulrich von Wilkowitz-Moellendorf, Erinnerungen, 2. edition, Leipzig 1928, p. 295.



Bandmann - 1932 Walter Postel. Bei Small SAP Himmelsberg  
durch End Postel, End mit SAP Mann im Kontakt & Postel  
1932/4. 24. 1. 1932. S. 28<sup>29f</sup> Julius Baykowitz & KPA : Kempten  
& mit Postel & links Seite 2. 1932. //

Platzh. Ernst Beckers (Junker)  
für Sauer's Jaffer.

Konzeption

11

die für Nordrhein-Westfalen, sind ein typisches Zeichen der Zeit. Wir

de..."

Dr. H. KNOFF

## Zum 80. Geburtstag von Gertrud Blank

Als im Frühjahr 1933 der Nationalsozialismus in Deutschland zur Macht gelangte, brach für Gertrud Blank, wie für so viele andere, ihre Welt zusammen; sie verlor Amt und Beruf als leitende Fürsorgerin bei der Stadt Berlin-Charlottenburg und musste eine neue Arbeit und einen neuen Inhalt für ihr Leben suchen. Sie fand beides verhältnismässig schnell, als sie als „Reise-fürsorgerin“ von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden angestellt wurde. Als solche besuchte sie zahllose Klein- und Mittelgemeinden in den verschiedensten Teilen Deutschlands, hatte Gelegenheit zu sehen und zu berichten, welche Verheerungen der Nationalsozialismus unter den Juden anrichtete, brachte ihnen aber gleichzeitig die Botschaft der Solidarität der jüdischen Zentralinstanzen und initiierte die notwendigen Hilfsmassnahmen.

In schnellem Aufstieg erhielt sie im Laufe der Jahre 1933 bis zu ihrer Auswanderung nach Palästina im April 1939 immer verantwortungsvollere Arbeit, zuletzt als Leiterin der Jüdischen Winterhilfe und der Fürsorgearbeit in den verschiedenen Landes- und Provinzialverbänden für Wohlfahrtspflege.

Hier, in Erez Israel, hiess es für sie zum dritten Male anzufangen, diesmal in einem Land, das ihr fremd war, in einer Sprache, die sie mühsam erlernen musste, und in einem kulturellen Milieu, zu dem sie erst eine Beziehung suchen musste. Trotz allem fand sie wieder ihren Weg dank ihrer menschlichen und beruflichen Qualifikationen, zunächst im Rahmen der Sozialabteilung des Waad Leumi, dann bei der Mandatsregierung innerhalb der Fürsorge für entlassene Soldaten und, nach der Staatsgründung, im Misrad Hassaad. Nach ihrer Pensionierung nahm sie aktiven Anteil an der Gründung des „Verbandes ehemaliger deutscher Beamter und Angestellter jüdischer Gemeinden“, dem sie auch jetzt ihre Kräfte widmet.

In ihrem beruflichen Wege, ihrer Fähigkeit, Schwierigkeiten zu überwinden und in ihrer gelungenen Integration im Lande entfaltete sie Qualitäten, die die Einwanderer aus Deutschland charakterisieren.

Wir wünschen ihr noch viele glückliche Jahre im Kreise ihrer Freunde und Anhänger.

GIORA LOTAN

AB Nr 7 18.2.69

11  
Aus einem Briefe von David Even-Pinnah (f'ly: Theodor Eckstein), Nordau St. 23, Haifa, Israel, an H.G.Reissner, New York, vom 4.4.1969:

Mein aelterer Bruder, Ernst Ludwig (Lew), wurde so genannt nach unserem Grossvater vaeterlicherseits. Er ist geboren am 21.2.1897 zu Breslau und gestorben am 8.5.1933 und beerdigt auf dem "Bergfriedhof" in Breslau-Gräbschen. Noch als Gymnasiast betaeigte er sich in der S.P.D.; sein Protoktor war der Redakteur der "Volkswacht", Paul Löbe. Es gab vor 1914 zwei "Wunderkinder" in der Breslauer S.P.D.: Ernst Eckstein und Fritz Sternberg, der um ein Jahr aelter war.

Mein Bruder meldete sich in August 1914 kriegsfreiwillig ("Notabitur"), wurde in Winter 14/15 in den verschneiten Karpathen verwundet; nach seiner Heilung rueckte er (Ende 1915 ?) wieder ins Feld, und da blieb er, bis zum Ende, die laengste Zeit im Westen (Argonnen), zwischendurch auch an der Ostfront. Verwundeten-Abzeichen und Eisernes Kreuz (2.Kl.). Militaerischer Rang waehrend des grossten Teils der Frontzeit: Vicefeldwebel. Um den 1.11.1918 herum (vielleicht auch ein paar Tage frueher) kam er auf Heimatsurlaub nach Breslau; in jenen Tagen des allgemeinen Fueckzugs war eine Rueckkehr ins Feld unreal. Ernst nahm die Verbindung mit der S.P.D. und Löbe wieder auf und spielte eine fuehrende Rolle bei den Ereignissen des 9. Novembers in Breslau: in der Nacht vom 9. zum 10. November wurde er zum Vorsitzenden des provisorischen Soldatenrats gewaehlt.

Er studierte dann in Breslau Jura und Nationaloekonomie; gleichzeitig war er politisch sehr aktiv, im Rahmen der S.P.D., der sozialistischen Studentenschaft, Sekretaeur des "Republikanischen Fuehrerbundes". In den Tagen des Kapp-putsches stand er auf der schwarzen Liste der Fuehrer des Kapp-regimes in Breslau; nur die Tatsache, dass er rechtzeitig untertauchte, in einer Arbeiter-wohnung eines Proletarierviertels, rettete sein Leben.

Spaeter (1922 ?) promovierte er zum Dr. jur et rer. pol, und liess sich dann als Rechtsanwalt in Breslau nieder. Er heiratete 1924 Klara Zils (geb. 11.(?).1.1897 als Tochter einer evangelischen Bauernfamilie in Westpreussen, gest. an Nieren-Tuberkulose 1931 in Montana-Vermala, Schweiz beerdigt auf dem Bergfriedhof in Breslau-Gräbschen). Klara war Autodidaktin und hatte eine umfassende und tiefe Bildung. Im religioesen Sinne war sie Deistin, ohne Beziehung zu konfessionellem Christentum, interessiert am Judentum, wie sie es z.B. durch die Schriften Bubers kennen lernte. Sie war eine Art Wunderkind in der S.P.D., kam als Partei-Sekretaeurin nach Breslau, wo mein Bruder sie kennen lernte. Sowohl mein Bruder wie sie spielten eine grosse Rolle in der S.P.D. in Breslau; Ernst war Partei-Vorsitzender, Stadtverordneter und Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Stadtparlament; Klara war Stadtraetin fuer Wohlfahrts-angelegenheiten.

Ernst und Klara standen immer auf dem linken Fluegel der S.P.D. Als sich dieser linke Fluegel als "Sozialistische Arbeiterpartei" (S.A.P.) abspaltete, war Ernst der prominente Fuehrer der SAP in Sclesien. Was die Stellung Ernsts zum Judentum anlangt, blieb er stets bewusster Jude, wie etwa Heine und Disraeli, nur mit dem Unterschied, dass er sich nie taufen liess und nie aus dem Judentum austrat. Er trat um 1931 aus der juedischen Gemeinde zu Breslau aus und sagte mir damals: "Aus dem Judentum kann man nicht austreten; auch wer das erklaeuren wuerde, bleibt trotzdem immer Jude".

Der Tod seiner Frau war fuer Ernst ein Schlag, von dem er sich nie erhölte. Der Bergfriedhof in Gräbschen ist ein Friedhof fuer Dissidenten. Als Klara starb, erwarb Ernst dort einen Platz fuer sein eigenes Grab, an der Seite von Klaras Grab. Es war wohl das Bewusstsein dieses Doppelgrabes, das ihn nicht die Kraft zu dem Entschluss finden liess, im Februar 1933 "unterzutauchen". Schon 1932 war ein Attentat seitens der S.A. auf ihn veruebt worden, aber durch ein Wunder wurde er nicht getroffen. Nach dem Reichstagsbrand wurde er durch die Gestapo in seiner Wohnung verhaftet. Die ersten Tage der Haft wurde er anstaendig behandelt und konnte besucht werden. Als ein K.Z. bei Breslau errichtet wurde und er dort missandelt

aus  
wurde, nahm er eine uebergrosse Dose Schlafmittels, die Folge war ein Naechen darunter Schlaf, Krankheits- und Tod am 8.5.1933. Seine Beerdigung am 11.5.1933 in Gräbschen war eine ungeheure Demonstration der linken Antinazi-Krise in Breslau, ihre letzte Demonstration.

*Walden University, Grinnell College*

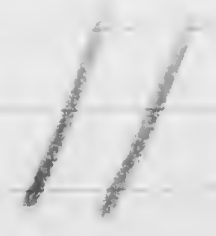
1890-1891 *Class*  
geb 1890 Stuttgart - Germany, studied Rechts-  
wissenschaften, Jura  
1931-33 *First, Second, Third* *Grinnell College*  
Fiskinger  
1935

1929-1930 *at the Grinnell College*  
*Walden University*

*(5000 + 40000 ...)*

*Superintendent of Grinnell College 1934*  
*at Grinnell College*  
*at Grinnell College*

x 1919 Stadtrat (Stadtpark)



1874

42 1105

Geburts- Zeit & Ort.	Hausvater.	Populations- Zeit & Ort.	Hausmutter.	Geburts- Zeit & Ort.
Liedersgörsberg 3. September 1874	Elsa geb. 1840, ist. Kaufmanns- W. Meyer am 30. Okt. 1920. N. 2978. Stuttgart	Mannheim Meyer 1873	Alice Joh. Hirschhorn ist. St. Paulus 1948 Mühlb. 10395	Mannheim 17. Februar 1879
Vater	Ludwig Meyer, Kaufmann, Mannheim		Mutter	Marie Hirschhorn, Mannheim
Mutter	Julie Meyer, Kaufmanns- W. Meyer		Mutter	Marie Hirschhorn, Mannheim
Deutsches Reichsgesetzblatt am 1. Juni 1894. eingetragen auf Grund des. Staatsarchiv Nr. 113.				

Zahl der Kinder.	Namen.	Geburt	Verheirathung	Tod.
1.	August Meyer	Stuttgart 1. März 1874	Kaufmanns- W. Meyer am 26. 5. 1922 in Leipzig III. Nr. 226. 357.	
2.	Paul Meyer	Stuttgart 6. März 1896		
3.	Ernest Meyer	Stuttgart 6. August 1904	Mühlb. 5. 7. 1924 Nr. 940 St. Paulus 226. 375.	

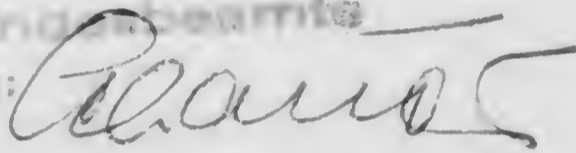
11

Die Übertragung einer Forderung auf  
den Erben der Familie Ge-  
berten-Schmittmanns des Landes-  
am Schwan wird bestätigt.

Am 20. SEP 1885

Der ständebearbeitete

in Verbinde:



Schauer



Geburtszeit und Ort	Hausvater	Ehechließung Zeit und Ort	Hausmutter	Geburtszeit und Ort
Stuttgart 1. März 1894	Elsas Herrn Giffers, Kraftwagen Fabrik	Leipzig III 20. März 1922	Luise Marie Giffers geb. Reichert, no.	Leipzig 28. Juli 1896

Vater # 73. 195	Herrn E. Kraftwagen Fabrik	Mary R. Krieger in Leipzig, Guffis	Vater
Mutter	Alten Frau geb. Hirschhorn	Klara geb. Stützer	Mutter

Heimkehr M. H. d. d. L. 838/1928  
 Heimkehr: Verlust d. deutschen Staatsangehörig-  
 keit auf Grund d. 11. Verordnung zum Reichs-  
 bürgergesetz v. 25. 11. 1941. Hat die  
 deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung  
 wieder erworben nach Art. 116 Abs. 3 d. F. G. durch  
 Beschluss d. B. f. öffentl. Ordnung, Nr. 7. 8/53, Nr. II/3  
 mit Wirkung vom 27. 10. 1953 (siehe Kartei M. H. d. d.)

Am 17. 11. 1923 einget. auf Grund vorgel. staatsrechtl. begl.  
 Familienstandsbuchs.

Zahl der Kinder	Namen	Geburt	Verheiratung	Tod
				Beil. 2374/1959
1.	Karl Heinz Klaus 2437 Marie	Stuttgert 6. Juli 1923	Am 28. Dez. 1952 in Consolação Staat São Paulo, Brasilien Nr. 7. 757, Buch 62 Blatt 415 mit Siegmund Ulrich Klaus	
2.	Springe Springe 3391	28. Juli 1925		
3.	Müller Hermann 4228	25. Okt. 1928		

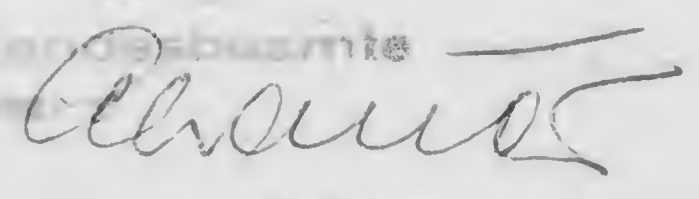
11



Die Übernahme dieser Fotokopie mit dem Eintrag im ~~...~~ Familienregister, ~~...~~ mit Standesamt Stuttgart wird bescheinigt.

Das 21. SEP. 1966

Der Leiter des Standesamtes  
in Vertretung



Hugo Freund

17. Maerz 1972

Herrn Dr. G. Hirschmann  
Staedtischer Archivdirektor  
Stadtarchiv  
Nuernberg  
Egidienplatz 23/27

60  
H. Freund

Sehr geehrter Herr Dr. Hirschmann,

ich danke Ihnen bestens fuer Ihr Schreiben vom 10. Maerz 1972 und die eingehende Beantwortung meiner Fragen.

Ich hatte nicht vermutet, dass Herr Dr. Hugo Freund, der Buergermeister in Nuernberg war, mit dem einstigen Ministerialdirektor in Dresden identisch gewesen ist. Ich kann Ihnen bestaetigen, dass er diese Stellung innegehabt, aber meiner Erinnerung nach bereits nach wenigen Monaten wieder verloren hat. Er ist damals in den einseitigen Ruhestand versetzt worden. Es ist richtig, dass Dr. Freund in Muenchen lebt. Ich habe ihn dort auf einer meiner Vortragsreisen ueber die Vereinten Nationen in den Amerika-Haeusern der Bundesrepublik vor etwa 10 Jahren kennen gelernt, da er als Vorsitzender der Muenchener Ortsgruppe der Deutschen Gesellschaft fuer die Vereinten Nationen eine rege Taetigkeit entfaltet hat.

Zu Ihrer Nr.2) bin ich Ihnen dankbar fuer den Hinweis auf die Quelle fuer die Information, dass sich sieben Juden unter den staettdischen Beamten befunden haben. Der Begriff "Oberfinanzrat" ist mir aus dem preussischen Kommunaldienst nicht bekannt. Ich nehme an, dass es sich um einen Obermagistratsrat handelt, der unter dem Kaemmerer, also unter dem fuer die Finanzen der Stadt verantwortlichen Stadtrat gearbeitet hat.

Es wuerde mich erstaunen, wenn die Eltern von Fraeulein Eisner beide juedischer Konfession waren, denn sowohl die erste als auch die zweite Frau von Kurt Eisner waren nichtjuedisch. Ich werde das aber nachpruefen.

Zu Ihrer Nr.3) bin ich Ihnen fuer Ihre Mitteilung sehr dankbar, ebenso fuer die Ergaenzung zu den Angaben in meinem Buche ueber Max Suessheim. Einen Teil davon glaube ich, in der Kurzbiographie Suessheims in meinem Buche bereits gebracht zu haben. Ueber seine parlamentarische Taetigkeit habe ich auch fuer die Weimarer Zeit die notwendigen Informationen. Sie sprechen von Suessheims Wahl in das Kollegium der Gemeindebevollmaechtigten - also wohl der Stadtverordneten - und dann in den Stadtrat, und ich bin Ihnen dankbar fuer den Hinweis auf sein Wirken als Stadtrat. Ich habe Suessheim 1914 kennen gelernt und seine Witwe 1934 in Paris wiedergesehen. Dass er zur gemaessigten Richtung gehoerte, trifft fuer die Weimarer Zeit zu, nicht aber fuer die Zeit der Monarchie.

Mit nochmaligem Dank und vorzueglicher Hochachtung

*Kommunale Arbeiter*

# Küste

California, Oregon and Washington

## Prof. Walter Friedländer 80 Jahre

Professor Walter Friedländer, ehemaliger Stadtrat am Berliner Bezirksamt Prenzlauer Berg, vollendet am 20. September in Kalifornien sein 80. Lebensjahr. Der ehemalige Berliner Richter trat schon in jungen Jahren in die Verwaltung der Stadt Berlin ein; es wurde ihm die verantwortungsvolle Stelle des Stadtrats für Jugend- und Sozialfürsorge übertragen. Als Lehrer am Sozialpolitischen Seminar der Deutschen Hochschule für Politik und innerhalb seines Amtes hat er eine ganze Generation von Sozialarbeitern ausgebildet, von denen eine grosse Anzahl, — darunter viele treue Aufbau-Leser — in der ganzen Welt verstreut sind.

Vielen Flüchtlingen des NS-Regimes konnte Walter Friedländer bereits nach seiner eigenen Auswanderung über Frankreich nach USA. Hilfe leisten. Als Professor für Sozialfürsorge in Chicago und später in Berkeley hat er durch die Veröffentlichung von Standardwerken auf dem Gebiete der Jugend- und Sozialfürsorge und durch seine Lehrtätigkeit Weltruf erworben. In hohen Jahren wurde er mehrfach für Gastsemester an die Freie Universität Berlin verpflichtet. Seine Freunde bewundern Friedländers Energie, Lebhaftigkeit und hohe Intelligenz und hoffen, dass der niemals Rastende auch seine publizistische Tätigkeit noch lange fortsetzen kann.

R. M. W. K.

## Visio

"Mother"

Die m...  
er Earth...  
ziger Sketo...  
Lieder; Visio...  
im Jahr 2000...  
wird, wenn w...  
der explosiven...  
me, der Aufrüst...  
waffen und ande...  
keinen Einhalt tu...  
von jungen Leuten...  
son und Toni Shea...  
ben, hatte in eine...  
Theater in Südkalif...  
Überraschungserfolg...  
in Los Angeles popul...  
das American Repert...  
die Revue ins Marin...  
Theater von San F...  
bracht, wo es wied...  
verdienten Erfolg ei...

## Joffrey-Ballett in Berkeley

Die Universität vo...  
nien hat, durch die...  
for American Dance...  
Ballett des New York...  
ters eingeladen. Den...  
des Eröffnungsabends...  
bach Auditorium am...  
Campus bildete der p...  
te Danse Macabre, "T...  
Table", der nach dem...  
Weltkrieg geschrieben wu...  
leider auch noch nach de...  
ten aktuell geblieben ist...  
ginnt mit einer "Friedens...  
renz" am grünen Tisch, d...  
Krieg mit allen seinen...  
führt — den patriotische...  
sterungstaumel, den G...  
ten, den Guerillas, d...  
den Kriegsgewinn...  
getanzter Karl K...  
bitter, humorvoll...  
tanzt von Chri...  
herrscht alle a...

Die Gruppe...  
weite ihres...  
"Rockmusik...  
ohne Musikb...

IEREN

Alfred Gottschalk to med, Prof,  
sehr einflussreich in Preuss  
welen Kreis. Mandat 1918, was  
aber kurze Zeit nach 1918 Herr Pr.  
stehen in Königsberg

Prof. Steiner Alphilax, ungarl  
Gymnasialoberlehrer wird Prof.  
studrat in Kysly, 1941 unter es  
sitz, als es abtransportiert werden  
sollte. Gebauft. Raub-Kammer.

//

1 / Dr. Alfred Gottschalk

war kurz nach der Revolution  
Stadtdirektor in Königsberg

(Auf Dr. Alfred Jerges)

11

15.1.7

Gottschalk, Alfred, geb. 1863 Königsberg (Pr), gest. 1.IX.1942  
Königsberg (Pr).

Schulbesuch und Universitätsstudium in Königsberg (Pr), Arztstätigkeit  
1892 -94 in Schirwindt, von da an <sup>immer</sup> in Königsberg (Pr). Stadtverordneter,  
Vorsitzender der SPD in Königsberg bis 1933. (während der Existenz der ~~NSD~~  
~~USPD~~ deren Vorsitzender), nach 1933 verfolgt, hat von Verhaftung und Theresienstadt im Konzentrationslager  
Mauthausen überlebt.  
Quellen: Eigene Ermittlungen.

Wilhelm Natull.

*Buch*

*Ergebnisse*

11

ARTHUR GOTTSCHALK

geboren 3. Dezember 1892 in Berlin  
verheiratet mit Annemarie Lomnitz (verstorben), dann mit Aenne Loewald  
(verstorben), und dann mit Jolanda Pottlitzer;  
zwei Soehne aus erster Ehe: Michael (jetzt in Heidelberg) und  
Stephan (jetzt in Wayland, Massachusetts), beide verheiratet ;  
starb am 5. Februar 1965 in Boston

Militaerdienst

Kriegsfreiwilliger im Garde-Husaren-Regiment, am 5. August 1914  
sich eingestellt, am 21. August 1920 entlassen

Studium

1916-1917 Kriegshochschulkurse der Armee (Sozialpolitik, Finanz-  
wissenschaft, Geld-, Bank- und Boersenwesen, Strafrecht)  
1919 : bestand Referendarexamen nach Studien an der Rechtswissen-  
schaftlichen Fakultat der Universitaet Berlin (Professoren von List,  
1922: Gerichtsassessor Wilbrandt, Jaffe)

Berufstaetigkeit

<sup>1922 bis</sup> 1922 bis 1933: Magistratsrat der Stadt Berlin, Prenzlauer Berg,  
besonders im Jugendamt, Wohnungsamt und Gesundheitsamt taetig  
wie auch auf dem Gebiet der Sozialrentner- und Erwerbslosenfuersorge  
und als Dezernent fuer Schlichtungsangelegenheiten auf dem Wohnungs-  
wesen:

Vorbereitung fuer die Auswanderung

Erlernete das Tischlerhandwerk und arbeitete fuer eine Reihe von  
juedischen Organisationen in Berlin und lebte mit seiner Familie  
einige Zeit in Hechingen, wo seine Kinder die Schule besuchten.  
Er wanderte mit seiner Frau Jolanda und seinen beiden Kindern im  
Jahre 1938 nach USA aus und erwahlte Boston als seinen Wohnort.

Jahre in USA

In Boston uebte er zuerst das Tischlerhandwerk aus, wurde dann Buchfuehrer und <sup>lizenzierten</sup> Steuerberater fuer eine Automobil-Reparatur-Firma.

Er nahm aktiv teil an den Bestrebungen der IMAS (Immigrant Mutual Aid Society) und war mehrere Jange lang im Vorstand dieser Organisation und zwei Jahre ihr Praesident .

Mai 1972



isomacropylides

Samuel Heinrich Pray, Fahrer d. Jambaus-Pray - brüder  
was depicted in Reto's Handbuch (Walker, Handbuch,  
Helene Simon, Journ. 1962 S. 10

Carl Herz

11

Nach Verzug der sog Parteien 1922 wurden PV neuer Organ  
für Gemeindepolitisch herausgegeben. Carl hat Herz auf Braunschweig  
Hilferding, den unterstehend Artikel zu schreiben. Nach Besprechung  
mit Bremer schickten er Art + Thema: Selbstverwaltung in Politik.

Thema des 2. u. 3. Gemeindepolitisch Teiljahresberichtes  
Der Name erschien in 3 Nummern 2. Teil + die Gemeindepolitisch 1929

zusammengefasst u. ergänzt in Herz, Jahrbuch d. G. II S. 90-100

Literatur v. Herz: Einheitsstaat u. Völkervereinigung in drei Teilen II S. 5/6  
1928

Reise n. Länder nach d. Reichsgesetz Herz I S. 1/4 Juli 1930

der Kampf um Art. 48 Herz VII 1932

Herz (Carl) u. Brill Verfassung des Reiches, Alfred Heine

Dies alles in Carl Herz Gesammelte d. Verfassungswissenschaft. 2 Teile Heft 1931  
Veröffentlichung Allmann - Heft

Carl Herz gehört zu den führenden 3 Wg Oppositionellen (die beiden  
anderen Laufenberg u. Wulffheim). Diese traten schon im 1. Kriege  
mit krit. Schriften hervor, ohne jedoch im Wg neuere wertigen Einfluss  
erzielen zu können. Unter den Bremen Linken adkelos / u. a. Paul  
Friedrich) war sein Jhr. Krief (Bremen) publiziert in 2 Lieferungen unter  
J. Pseudonym Alfred Nussbaum Kaukasuspot

## Kommunalpolitiker

Dr. Emil Broschfeld (1864 - 1927) geb. in Jönköping,  
Arzt in Harburg, seit 1890 Mitglied d. S. P. D., führend  
in kulturellen und gesundheitlichen Fragen, seit März  
1919 Bürgermeister, späterer von der S. P. D. in der Hauptstadt  
entsandt (Senat). Ein Denkmal „Emil Broschfeld, Vorkämpfer  
denkmal“ ist in L. B. 1. Aktiv (oder Hauptstadt), Jönköping,  
auch die Festungsbatterie in Harburg nach seinem Tode. In seinen  
Ehren ist der „Broschfeldplatz“ in Harburg genannt.

11

Fish Hornhorn Tabakblätter, was Flakab -  
Naruckhorn (H. W. Groung) II/10 Mr

p. 76 ff Ernst Kantorowicz 1892 geb, Schüttby Hannover, Jura - Lection  
Hertelby Jura, 1920 - 1930 Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte - Kid. Lection  
2 Jura - Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte, 1930-33 Prof f. Rechtsgeschichte u. Rechtswissenschaften  
an Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte Institut - Rechtswissenschaften (u. Rechtsgeschichte u. Rechtswissenschaften)  
Lection (Lection) Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte - Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte, 1933 an Rechtswissenschaften  
Lection 1933 f. Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte, Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte, Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte  
u. Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte, 1939 nach Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte an Rechtswissenschaften  
u. Rechtsgeschichte (u. Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte) 1943 Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte, 1944 Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte  
an Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte u. Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte, Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte  
(Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte) Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte, Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte, 1952 Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte  
Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte, Rechtswissenschaften u. Rechtsgeschichte.

Kommunal

Von Arbeitern

Meyrick (Stettin)

geb. Jarechowitz

Nr. 220, als solche in Magisches  
Kommunen.

Auch keine Kommunalbe-  
auch in Dänemark

11

Alphons Karck unbes. Herbat in Breslau  
(in Allg. Hg. v. Induktivismus - 1915 (oder 1917))  
Beschreibung v. Lebens. v. Peter Siegfried Karck  
ord. Prof. v. Philosophie an d. Universität Breslau  
(seit etwa 1930, vorher Privatdozent, Habilitation  
in Breslau).



~~1/2~~ Laufenberg, Heinrich 11

Tam 6 66  
Arzt in der Reichshauptstadt  
d. SPD. Chef d. Festung d. Arbeiter  
bewegung in Halle, Altona u.  
Magdeburg, 1911 u. 1913  
Später USP, dann SPD  
am KPZ am 1. März 1920  
1920 in der d. Komm. Arbeiter-  
Partei d.

1. Bericht Reichsbank, zur  
festen d. K. AP d. in Berlin  
f. festliche d. Sozialismus u. d.  
Abweg, 13. Aug. 1915

---

Carl Herz H. Laufenberg, Fritz Wolff-  
Lorenz u. Carl Herz, Organisations-  
Komitee d. K. (O.D.) [1915]

*Handwritten signature*

Wellsch

Kommunalbeamte 10  
28.8.

neue Kasse  
Pensionsabrechnung

Fog Hinckel feb) 1850 in Pfl. tritt in Verdienst des  
hess. Forstbest. bereit nach Landes Lohd \* 1884 als v. Vertreter

dann Stadth. in d. Amt d. Stadtkass. d. Forstverw. Pfl. vertritt  
auch bei d. Pensionierung 1921. 1905 rückt er d. Stadtkass.

d. Amt auf Hof Sobell v. Verdienst Kom. Pensionsamt  
später OP, da ihn sein Jung. Kante, wird ihm Titel geb.

Ry. Rat verlichen (ungewähltes f. Stadtkass.). Aber hauptsächlich  
pfl. er rdij. Sachver. (Rechtsverw.) zuerst Schenk 1907

1886 - 1922 Amt d. Repres. Verwaltung, 1915 - 1921

Waldverw., Ehrenamt. d. Ry. Forstverw. in d. Forstverw. Rdij.  
wissenschaftl. interessiert, Intransparenz, Waldverw., Ehrenamt  
Waldverw.

Was d. Rdij. 27.1.1928. Zum 70. Feb. 2. Schritte in Bd.

Felix Hocke, das Haus Meiden, gen. wirt in Pfl. bildl.  
et. Forstverw. d. Forstverw. d. Pfl. et. Robert A.  
Hauke und Kurt R. Grossmann 1971. Kessell 1970  
S. 257 f. - 264

Adolf Neumann

Adolf Neumann\* gehoerte zu jenen juedischen Beamten, die in soziales Neuland vorstiessen. Der Vater war Lehrer an einer juedischen Schule in einer westpreussischen Kleinstadt, die Mutter, Tochter eines Rabbiners, brachte es Dank Initiative und Fleiss zur Eroeffnung eines ~~Kaufmannsgerichts~~ ~~KAUFMAENNISCHEN~~ ~~Geschaeftes~~ und setzte ihre Taetigkeit nach der Verlegung des Wohnsitzes der Familie nach Berlin erfolgreich fort. Adolf, der juengste Sohn, hatte in der Schule Schwierigkeiten, weil er sich ~~allen Mahnungen des Direktors~~ zum Trotz weigerte, am Sabbath zu schreiben, setzte sich aber durch. Nach Beendigung des juristischen Studiums trat er in den Dienst des Berliner Magistrats, wo er als Vorsitzender des Kaufmannsgerichts wirkte. Von dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht in Berlin wurde fast ein Fuenftel der arbeitsrechtlichen Streitigkeiten in Deutschland entschieden. Hier half Neumann mit, ein modernes Arbeitsrecht vorzubereiten, <sup>nach</sup> bevor dieser Begriff noch klar umrissen war. Er nahm somit fuehrend teil an der Entwicklung der rechtsschoepferischen Kraefte, ~~der nach dem~~ Gesetz von 1890 geschaffenen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die fuer das kuenftige Arbeitsrecht bahnbrechend waren.

in Kauf  
behalten

Trocken die  
Wurzel des  
das Leben

Die in  
den Sprachen  
der

Zum  
Hauptbuch  
kommen  
und

Zusammen mit <sup>Max von</sup> Ludwig Schultz <sup>und anderen</sup> gab Neumann bereits vor dem ersten Weltkrieg mehrere Bände des Jahrbuchs des Kaufmannsgerichts Berlin und 1925 und ~~aber~~ <sup>ab</sup> 1927 Sammlungen arbeitsrechtlicher Entscheidungen des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts heraus. Auch diese Publikationen waren fuer die Taetigkeit der auf Grund des Arbeitsgerichtsgesetzes von 1926 eingerichteten Arbeitsgerichte wichtig, da ihre Praxis sich zunaechst auf den Erfahrungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte aufbaute.

Später

Gemein  
mit Paul  
Wöbling  
und  
Schultz

von erheblicher  
Bedeutung

Nach Schaffung der ~~staatlichen~~ Arbeitsgerichte wuenschte Neumann nicht als Richter in den Staatsdienst zu treten, sondern blieb ~~als~~ ~~Obermagistratsrat~~ weiter im Kommundaldienst. Er wirkte am Bezirksamt Prenzlauer Berg in Berlin bis zu seiner Pensionierung. Er emigrierte zuerst nach London, dann im Alter von 80 Jahren nach New York, fuer ein ~~aeusserlich sorgenfreies~~ Leben in der Emigration <sup>wo</sup> sorgte seine in New York kaufmaennisch-taetige Tochter Gerda, ~~zwei Jahre vor seinem Tode im Erbschaftungsverfahren die ihm zuechende Besondere~~ ~~zugehorende~~ ~~Waise~~.

Nach dem Tod  
seiner Frau

bis zum Beruf  
fähig  
war

\* Adolf Neumann, geb. 1867 in Berlin. Studierte Rechtswissenschaft Dr. jur. 1895. ~~Vertrat~~ ~~Notare~~, wirkte als Repetitor, 1907 Magistratsrat, <sup>9</sup> ~~später~~ <sup>10</sup> ~~Obermagistratsrat~~ in Berlin, mit dem Vorsitz des Kaufmannsgerichts betraut. Nach Schaffung der staatlichen Arbeitsgerichte beim Bezirksamt Prenzlauer Berg in Berlin taetig. 1932 bei Erreichung der Altersgrenze pensioniert. Mitglied der Berliner juedischen Repraesentantenversammlung. Emigrierte 1939 nach London, von dort 1947 nach New York. Gest. 1955 in New York.

9  
10  
Übernahme  
Anwalts-  
nachbarn  
gen  
Mittelpunkte

L Hauptbuch und

F mehrere Jahrzehnte lang

7 (Hilfsbuch)

Neumann war ein aufgeschlossener, literarisch interessierter Mann, ~~der~~ <sup>sprach</sup> in juedischen Vereinen gelegentlich ueber juedisch-literarische Themen sprach. Tolerant gegenueber anderen, war er selbst ein von tiefen sozialen Empfindungen inspirierter, politisch eher konservativer Mann. ~~Auch in juedischen Dingen gehoerte er der konservativen Richtung an.~~ Er befolgte die juedischen Speisegesetze und ~~besuchte an jedem Sabbath den Tempel~~ <sup>besuchte an jedem Sabbath den Tempel</sup> bis ins hohe Alter hinein ~~gemaess den Gebruechen zu Fuss~~ <sup>gemaess den Gebruechen zu Fuss</sup>. Sein Neffe Georg Tietz, ~~der Sohn des Begrueenders des Berliner Warenhauses Hermann Tietz,~~ hielt ihm die Grabrede.

*7 zu Fuss  
den Tempel  
auf*

Quellen: Informationen von <sup>Trotter</sup> Frau Gerda Neumann (April 1972). Niederschrift Adolf Neumann ueber sein Leben (7 Seiten) im Besitz von Frau Gerda Neumann. <sup>F</sup> "Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin"; herausg. von Paul Woelbling, Adolf Neumann und Ludwig Schultz, Berlin, Verlag von Franz Vahlen 1927, <sup>besonders das Vorwort</sup> (Woelbling schrieb lediglich das erste Kapitel ueber die Zustaendigkeit der Arbeitsgerichte auf Grund des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 23.12.1926).

*7 und Grabrede  
von Georg Tietz,*

*1302 J.*

*7 Grabrede eines Neffen, handschriftlich*

*↳ bei H. Neumanns Verlag vorher schon in Handschrift  
vergrueft*

*Woll*  
*11*  
*Woll*  
*11*  
*Woll*  
*11*  
*Woll*  
*11*

*Nimm*

Mein Onkel, den wir heute in seinen 89. Jahre zu Grabe tragen, war in allem, was er im Leben als richtig erkannt hatte, kompromisslos. Kompromisslos war er in seinem Judentum. In den schweren Zeiten des Hungers, die er waehrend des Krieges in London mitmachte, kam ihm niemals der Gedanke, anders als rituell zu leben. Noch als Sieben- und achtzigjaehriger lehnte er es am Sabbath ab, sich zur Synagoge fahren zu lassen. Er legte den Weg zu Fuss zurueck, gleichviel ob in New York oder den beschwerlicheren im Vorort. Kein Wetter hielt ihm ab, das zu tun, was er fuer seine Pflicht hielt: am Sabbath im Tempel zu sein. Im Zustand seiner groessten Schwache waehrend der letzten Tage legte er Tefillin, und die Tefillin begleiteten ihn auf sein Sterbelager ins Hospital. - Aber dieser Rigorositat und Kompromisslosigkeit fuer seine eigene Person entsprach eine wunderbare Toleranz fuer alle anderen. Niemals versuchte er, seine Auffassung, sei es in religiösen, sei es in sonstigen Dingen, anderen aufzuktroyieren. Er liess jeden selig werden nach seiner Façon. Niemals sprach er von anderen schlechtes, niemals kritisierte er auch nur. Wohl gab es vieles in unserer heutigen Welt und Gesellschaft, was ihm missfiel und seiner Art zuwider war. Aber in der Weisheit des Alters begnuegte er sich resigniert, den Philosophen zu zitieren, der auffallenderweise ihn, dem religiösen Juden, in seinem weiten Horizont besonders nahe stand, Friedrich Nietzsche: "Wo man nicht lieben kann, soll man voruebergehen."

Ich weiss, es widerspraechte der Bescheidenheit des Verstorbenen, wenn man ihm feierte und Ruehmliches von ihm sagte, gleichviel ob im Leben oder im Tode. ~~...~~

Der Verstorbene liebte und zitierte haeufig den 116. Psalm und lebte fuer seine Person diesem Lobgesang nach: OHANTI KI JISCHMA AD"J KAULI TACHANUNO. Er rief, wie es in der Fortsetzung dieses Lobliedes heisst, seinen Schoepfer jeden Tag an und pries ihn, und sein Schoepfer zeigte sich ihm gnaedig. Er gehoerte zu jener erlesenen Gruppe, die der jahrzehntelang dahinsiechende Dichter Heinrich Heine als "Fortunas Favoriten" bezeichnete; zu jenen "Soehnen des Gluecks", die der Dichter in seiner Matratzengruft nicht ob ihrem Leben beneidete; "beneiden

wollt' er sie ob ihrem Tod, dem schmerzlos raschen Verscheiden."

Trotz seines ungewoehnlich hohen Alters blieben dem Verstorbenen koerperliche Leiden und geistiger Verfall erspart. Er hat gluecklicherweise bis in die allerletzte Zeit hinein niemals Schmerzen erlitten, und sein Geist war bis zum Ende so rege, so klar, so angeregt und anregend, so scharf und durchdringend wie in seiner besten Zeit. Sein friedliches und unbeschwertes Ende ist zugleich der schoenste Trost fuer Gerda in ihrem heutigen Schmerz.

*Woll*  
*11*

*Beide im Jahre 1952*  
*Dr. Adolf Rosenberg, Obermedizinalrat in Berlin*  
*Präsident der Gesellschaft der Naturwissenschaftler*

11

Kapitelebrat Neumann April 1964. Revidierte  
 UOB, seit Berlin 1867 seit NY 1955, ständliche  
 Rechtsentwicklung Asien und ca. 1895. Historische  
 in Deutschland als Einweisung in der April 1948 (verdrängt)  
 Handelsverträge, Konventionen und Verträge - sind Kaufverträge -  
 seitlich - Berlin, hat als in Weltweitigkeit eingeführt  
 wurde sind in der Welt der Länder Recht, gibt es bei der  
 Art der in der Welt zu arbeiten. Die Frau hat dank  
 der für europäische Notizen (über Naher, Ostland) alle  
 mehr jährlich, in allen Ländern. Wurde 1959 zum,  
 nach England, dann weiter nach USA, keine Arbeit  
 mehr in der Einweisung (fast 80 Jahre als er nach USA in  
 Früher steht wurde. Veröffentlichung: Historische Einweisung. o. Anlage Deutschland  
 Quelle: Frau Gerda Neumann 233 W 77th St.  
 NY 24. Tel TR 3-4343. arbeitet - Fr  
 Walston & Co, Inc. 77 Water St, NY 10005, Tel  
 437-7400

Berlin (Sonderwappen)  
 von Kommunisten

Warum Repres Ven?  
 Partei

# Gerda Neumann

Adolf Neumann gehörte zu jenen jüdischen Beamten, die in zosiales Neuland vorstießen

Der Vater war Lehrer an einer jüdischen Schule in einer westpreussischen Kleinstadt, die Mutter, Tochter eines Rabbiners, brachte es dank Initiative und Fleiss zur Eröffnung eines Geschäftes und setzte ihre Tätigkeit nach Verlegung des Wohnsitzes der Familie nach Berlin erfolgreich fort. Adolf, der jüngste Sohn, nahm den Unwillen der ~~Lehrer~~ in Kauf, weil er sich beharrlich weigerte, am Sabbath zu schreiben. Nach Beendigung des juristischen Studiums übernahm er Anwaltsvertretungen und trat dann in den Dienst des Berliner Magistrats ~~(ich glaube, das war zu jener Zeit ein besondere Glücksfall für einen Juden)~~, wo er als Vorsitzender des Kaufmannsgerichts wirkte. Vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht Berlin wurden fast ein Fünftel der arbeitsrechtlichen Streitigkeiten in Deutschland entschieden. Hier half Neumann mit, ein modernes Arbeitsrecht vorzubereiten, noch bevor dieser Begriff klar umrissen war. Er nahm somit führend teil an der Entwicklung der rechtsschöpferischen Kräfte.....

Er gab schon vor dem ersten Weltkrieg zusammen mit Max von Schulz und anderen mehrere Bände des Jahrbuchs des Kaufmannsgerichts Berlin und später Sammlungen arbeitsrechtlicher Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, gemeinsam mit Paul Wölbling und Ludwig Schultz heraus. Für die Arbeitsgerichte, die auf Grund des Gesetzes von 1926

errichtet wurden, waren diese Entscheidungen von erheblicher Bedeutung; denn ihre Praxis beruhte zunächst auf den Erfahrungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Nach Schaffung der Arbeitsgerichte wünschte Neumann nicht als Richter in den Staatsdienst zu treten, sondern blieb als Obermagistratsrat weiter in Kommunaldienst. Er wirkte am Bezirksamt Prenzlauer Berg in Berlin bis zu seiner Pensionierung. Er emigrierte zuerst nach London, dann im Alter von 80 Jahren (nach dem Tode seiner Frau) nach New York, wo seine Tochter beruflich tätig war.

Neumann war ein aufgeschlossener, literarisch interessierter Mann. In jüdischen Vereinen sprach er gelegentlich über jüdisch-literarische Themen. Tolerant gegenüber anderen, war er selbst ein von tiefen sozialen Empfindungen inspirierter Mann, politisch konservativ. Er befolgte die jüdischen Speisegesetze und suchte an jedem Sabbath bis ins hohe Alter hinein zu Fuss den Tempel auf.







Woldemar Kucken geb 1864 im Schleppegg's Kreis Lübbe  
 (Paderborn) - D. Land. Gewand, SPG. Vorstand d. Arbeiter  
 Hilfsf. d. bedrängten Vgl. Arbeiter. Lebenspartner: Kerly  
 W. Roth, M. Friedrich 7 off. Land. Funktionen u. bei  
 deutscherischer Propaganda. Marktwirtschaft seit 1914  
 (Pol. Köpfe d. sozialist. Klubs, in Emil Unges Spz 1920  
 S. 30-35

//

SPD Kommunist  
 Werra

*Kreuzer*

11  
-----  
Desernat des Herrn O.M.R. Dr. Ollendorff.  
-----

1. Organisationsangelegenheiten, insbesondere  
Aufstellung von Satzungen,
2. Generelles juristisches Desernat der Deputation,
3. Auswirkung der Verordnung über die Fürsorgepflicht  
und der dazu erlassenen Reichsgrundsätze, Ver-  
ordnungen usw. ,
4. Preussischer Fürsorgekostentarif,
5. Unterstützungsrichtsätze,
6. Generelle Angelegenheiten betreffend Ersatzansprüche  
aus der Sozialpolitischen Gesetzgebung,
7. Abgrenzung der Zuständigkeit der allgemeinen Wohl-  
fahrt gegenüber den anderen städtischen Verwaltungs-  
stellen,
8. Auseinandersetzungen mit dem Landesdirektor auf Grund  
des Gesetzes Gross-Berlin und getroffener Verein-  
barungen,
9. Verwaltungsbericht über die allgemeine Wohlfahrts-  
pflege,
10. Reform des Obdachs und Obdach-Ausschuss-Angelegen-  
heiten,
11. Wandererfürsorge,
12. Bettelwesen,
13. Generelle Angelegenheiten der städtischen- und  
Privatkrankenhäuser, der städtischen- und provinziellen  
Hospital- und Siechenanstalten,
14. Charit' Angelegenheiten (auch Prozesse),
15. Gefangenfürsorge,

16. Hochschulkunfstellungen,
17. Generelle Anordnungen der Wohlfahrts-  
ärzte, Fachärzte, Zahnärzte, Apotheker und Banda-  
gisten, Optiker, Heilgehilfen und Hebammen und  
Bademstalten, Würsthallen,
18. Bestattungswesen,
19. Erbrechtsachen,
20. Wohlfahrtsblatt,
21. Auskunft an Behörden und Privatpersonen,
22. Zentralarbeitergemeinschaft.

11

JOHN OTTO REINEMANN

geboren 10. Oktober 1902 in Frankfurt am Main  
verheiratet mit Hertha Grausmann am 17. April 1930 -- keine Kinder

Studium

besuchte das Goethe-Gymnasium in Frankfurt am Main (Abitur 1921),  
studierte Rechtswissenschaft an den Universitaeten Frankfurt a.M.  
und München und erwarb den Doctor Juris im Jahre 1926; Staats-  
examina: Referendar 1924, Assessor 1928

Berufstaetigkeit

von 1929 bis 1933: Magistratsrat der Stadt Berlin, Bezirksamt Prenz-  
lauer Berg, besonders am Wohlfahrtsamt, Jugendamt und Gesundheitsamt  
taetig;

von 1930 bis 1932 auch Lektor auf dem Gebiete des Jugendrechts an  
der Volkshochschule Gross-Berlin;

zur gleichen Zeit Verfasser zahlreicher Artikel in Fachzeit-  
schriften, die sich mit Fragen des Familienrechts, der Jugendfuer-  
sorge, des Jugendstrafvollzugs und der socialen Gerichtshilfe be-  
fassten;

war Mitglied eines von Professor Kohlrausch (Universitaet Berlin)  
geleiteten Ausschusses fuer die Reform des Strafgesetzbuches.

Sonstige Betaetigungen

Ab 1923 in der Jugendbewegung und Friedensbewegung taetig:

von 1923 bis 1928 Leiter der Demokratischen Jungschar, spaeter Republi-  
kanischen Freischar Frankfurt am Main;

von 1926 bis 1928 Vorsitzender des Frankfurter Jugendrings (Zusammen-  
schluss aller oertlichen Jugendbuende);

1927 und 1928: Mitglied des Vorbereitenden Ausschusses fuer einen  
Weltbund der Jugend fuer den Frieden (Jugendfriedenstagung auf der  
Freusburg im August 1927, und Weltjugendfriedenskongress in Eerde  
in Holland im August 1928)

1929 bis 1933 Leiter der Orstgruppe Berlin, Verband Deutschland der  
Weltjugendliga.

Verfasser zahlreicher Artikel und Berichte in "Junge Menschen",  
"Junge Gemeinde", "Der Fackelreiter", "Die Friedenswarte."

Mitglied der Sozialdemokratischen Partei von 1926 bis 1933  
und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold von 1926 bis 1928.

Auswanderung nach USA im Januar 1934

1934 bis 1969: beim Gericht (Jugend- und Familiengericht) in Philadelphia, seit 1948 als "Director of Probation" (Leiter der Bewaehrungshilfe und Socialabteilung des Gerichts)  
(Name des Gerichts: Municipal Court, spaeter County Court, jetzt Family Court of Philadelphia);

zur gleichen Zeit: Verfasser vieler Artikel in Fachzeitschriften; Verfasser (mit Negley K. Teeters) eines ueber 800 Seiten umfassenden Buches ueber Jugendkriminalitaet - "The Challenge of Delinquency", 1950, Prentice-Hall, Inc., New York publ.;

1962 und 1963: vom Bundesjustizminister, Robert F. Kennedy, zum Mitglied des Praesidial-Ausschusses zur Bekaempfung der Jugendkriminalitaet ernannt (President's Committee for the Prevention and Control of Juvenile Delinquency);

1965 bis 1969: ehrenamtlicher Vorsitzender der Kommission zur Bekaempfung der Armut (Philadelphia Anti-Poverty Action Commission), des oertlichen Organs des Bundesaktion gegen die Armut in USA (War on Poverty) unter der Aegis des U.S. Office of Economic Opportunity (OEO);

seit 1962: ehrenamtlicher Herausgeber der Vierteljahreszeitschrift fuer die Fachorganisation der im Staat Pennsylvania taetigen Bewaehrungs- fuersorger und Strafvollzugsbeamten ("The Quarterly" of the Pennsylvania Association on Probation, Parole and Correction);

seit 1969: Berater (Staff Consultant), fuer die Crime Commission of Philadelphia, einer privaten Organisation, die sich der Verbesserung des Strafrechts, des Strafgerichts-, und des Strafvollzugswesens widmet,

Mai 1972

*Kommunales*

*Werner 11*

LEOPOLD ROSENOW

Geb. 22. Okt. 1848 in Strasburg i. Westpr. Elementarschule Strasburg,  
 Realgymnasium Thorn. Verheiratet mit Auguste geb. Leon<sup>3</sup> Soehne.  
 seit 1872 in Berlin, zunaechst im Bankfach taetig gewesen;  
 seit 1876 eigene Fabrik. (Leisten und Rahmen).  
 Seit 1894 Stadtverordneter bis 1920.  
 Unbesoldeter Stadtrat des Magistrats Berlin 1919-21. besoldeter  
 Stadtrat (Bez. Amt Berlin Mitte 1921-24. Spaeter Stadtaeltester.  
 Mitglied der Handelskammer Berlin. *mit Jacobi*  
 Mitglied des Preussischen Abgeordneten Hauses seit 1903, zu-  
 naechst fuer den Wahlkreis Berlin 3 (frueher vertreten von  
 Rudolf Virchow), spaeter fuer Berlin 10. Freisinnige Volkspartei.  
 Vorsitzender d. Vereins d. Volkskindergarten Berlin.  
 In der Stadtverordnetenversammlung Vorsitzender der Verkehrs-  
 deputation und Wohlfahrtswesen.  
 Im Abgeordneten Haus Stellv. Vors. der Handels u. Gewerbe Kommission.  
 Gest. Berlin 1930.

*seit 1905/06  
 stellv. Vors.  
 d. Vereins d.  
 Handels-  
 u. Gewerbe-  
 Kommission*

*mit Jacobi*

*1876 Gewerkschaft - Mitglied  
 in d. d. Gewerkschaft*

*Riese Rich Schaps*

*d. parisiener f. Gewerbe*

*Schaps - Schaps*



11 Bitte, Zurechnung  
Herrn  
(Gep)

# Dr. Stern starb fern der Heimat

## Auch im amerikanischen Exil Würzburg die Treue gehalten

Im Alter von 77 Jahren verstarb in amerikanischer Emigration der frühere Würzburger Rechtsanwalt, Justizrat Dr. Bruno Stern, der trotz des großen Unrechts, das ihm während der Nazi-Herrschaft zugefügt wurde, innerlich seiner deutschen Heimat treu geblieben ist. Bruno Stern wurde am 28. April 1880 in Würzburg als Sohn des Rechtsanwalts und Justizrats Otto Stern geboren. Nachdem er sein juristisches Staatsexamen mit der ungewöhnlich guten Note eines sogenannten „Bruchensers“ bestanden hatte, arbeitete er in der Kanzlei seines Vaters.

gefunden hatten. Im State College/Pennsylvania ist Dr. Stern, der auch im Exil noch sehr an Würzburg hing, am 22. September gestorben.

Im ersten Weltkrieg, den er als Offizier mitmachte, zeichnete er sich besonders aus. Für seine Verdienste bei der Eroberung des Roten-Turm-Passes in Rumänien erhielt er das Eiserne Kreuz I. Klasse. Außerdem wurde er namentlich im Großen Generalstabswerk genannt.

Auch auf den Gebieten der Wissenschaft, der Politik und der Sozialpolitik hat sich Dr. Stern ausgezeichnet. Er schrieb fünf juristische Bücher. Durch die Würzburger Bürgerschaft wurde Dr. Stern, der der Staatspartei angehörte, in den Stadtrat gewählt. Er war Mitbegründer des Vereins zur Erbauung eines Hallenschwimmbades in Würzburg und gehörte lange Zeit dem Vorstand dieses Vereins an. Bis 1953 war er ferner Aufsichtsrats-Mitglied des Haus- und Grundbesitzervereins, an dessen Gründung er mitgewirkt hatte. Auch im Verschönerungsverein wirkte er sehr aktiv mit.

1933 wurde Dr. Stern aus seinen öffentlichen Ehrenämtern durch die Nationalsozialisten verdrängt. Er war einige Zeit in einem KZ inhaftiert und mußte seine Tätigkeit als Anwalt einstellen. Es gelang ihm schließlich im Dezember 1938 mit seiner Gattin nach den USA auszuwandern, wo seine Söhne bereits eine zweite Heimat

# Main-P. Justizrat Dr. Bruno Stern † 5. 10. 57

## Der hervorragende Jurist hat sich im ersten Weltkrieg besonders ausgezeichnet

Am 22. September 1957 ist der frühere Würzburger Rechtsanwalt und Justizrat Dr. Bruno Stern in State College Pennsylvania gestorben. Dr. Stern war am 28. April 1880 in Würzburg als Sohn des Rechtsanwalts und Justizrats Dr. Otto Stern geboren. Nach Ablegung des juristischen Staatsexamens, trat das er mit einem Bruchensers bestand, trat er in die Kanzlei seines Vaters, der Kanzlei der Rechtsanwälte Justizrat Dr. Stern und Dr. Haas, ein. Am ersten Weltkrieg hat er als Offizier teilgenommen und hat sich hier besonders ausgezeichnet. Im Großen Generalstabswerk ist er namentlich erwähnt.

er bis 1933 angehörte. Justizrat Dr. Stern war Mitbegründer des Vereins zur Errichtung eines Hallenschwimmbades in Würzburg und war lange Jahre Vorstandsmitglied dieses Vereins. Auch gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Bank für Haus- und Grundbesitz und hat diesem Unternehmen als Aufsichtsratsmitglied bis zum Jahre 1933 angehört. Ebenso hat er sich als Mitglied des Verschönerungsvereins hervorgetan und hat gleichfalls lange Jahre dem Vorstand dieses Vereins angehört.

Justizrat Dr. Stern war ein Mann, der auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Politik und auf sozialem Gebiet sich hervorragend betätigt hat. Durch die Herausgabe von fünf Büchern hat er sich als Jurist in breiter Öffentlichkeit einen Namen gemacht. Dr. Stern war Mitbegründer der Landesausschüsse der Jungliberalen und der Staatspartei. Das Vertrauen der Bürger Würzburgs hat ihn in den Stadtrat berufen, dem

Im Jahre 1938 kam er für mehrere Wochen in ein Konzentrationslager und mußte seine Tätigkeit als Anwalt aufgeben. Im Dezember 1938 ist er mit seiner Gattin nach Amerika ausgewandert, wo sich bereits vorher seine drei Söhne befanden. Trotz des großen Unrechts, das Justizrat Dr. Stern widerfahren war, ist niemals das Gefühl zu seiner Heimat in ihm erloschen. Wer Justizrat Dr. Stern kannte, weiß von welchem vornehmen und edlem Charakter er beseelt war.

Am 22. September 1957 verschied in State College, Pennsylvania, der frühere Rechtsanwalt und Justizrat, unser Vater

**Dr. Bruno Stern**

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Dr. William B. Stern 3030 Fernwood Avenue Los Angeles 39, California	Prof. E. George Stern Eakin Street Blacksburg, Virginia
--	---

Main-Poste  
5. 10. 57

Altpreußische Biographie. hsg. i. A. der  
Historischen Kommission für Ost- u. Westpreu-  
ßische Landesforschung von Christian Krol-  
mann†, fortgesetzt von Kurt Forstreuter und  
Fritz Gause, Bd. II. Marburg 1967.

699

**Mangold, Sternberg. † 1283.**

Mangold stammte aus einem Adelsgeschlecht aus Unter-  
Pommern, dessen Burg bei Königshofen lag. Als Wap-  
pen führte das Geschlecht auf weißem Grunde einen  
schwarzen roten Stern. Da uns M. v. St. 1276 als  
Burgwart zu Königsberg begegnet, muß er schon  
einige Jahre in Preußen gewesen sein und sich bei der  
Kämpfung der aufständigen Prußen ausgezeichnet  
haben. Genauer über ihn wissen wir nur aus der  
kurzen Spanne seiner Landmeistertätigkeit. 1280  
wurde er zum Nachfolger Konrads von Feuchtwangen  
ernannt und ein Jahr später als dessen Nachfolger  
nach Livland, während Konrad noch einige Zeit  
Landmeister blieb. Er befestigte Stadt und Burg  
Marienburg. Die nötigen Baustoffe gewann er durch  
den Abbruch von Zantir, das für den Orden keine  
Bedeutung mehr hatte. Der große Aufstand war im  
Westen beendet. Nur die Sudauer wehrten sich  
noch verzweifelt. Trotz dieser noch währenden Kämpfe  
begann Mangold bald nach seinem Amtsantritt mit der  
Wiederbesiedlung des verwüsteten Landes, zumeist mit  
Prußen. Wichtiger ist wohl noch die Verleihung von  
100 Hufen am See Lome (Kr. Graudenz) 1282 an  
Konrad von Leinitz als Lokator mit genauen Anwei-  
sungen. Im gleichen Jahr fuhr er zum Generalkapitel  
nach Akkon, wo Burchard von Schwanden (s. d.) zum  
Hochmeister gewählt wurde. Auf der Rückreise starb  
er. Die Chronik von Preußenland rühmt ihn als einen  
tüchtigen Mann, dem man hold und sehr gern untertan

Quellen: Preuß. Ub. I, 2. — Scr. rer. Pruss. —  
M. v. St., Gesch. Preußens III. — Ders., Gesch. Marien-  
burgs (1824).

Karl Lampe

**Storz, Johann. † um 1435.**

Storz war Bürgermeister von Kulm. In den Akten der  
Stände- und Städtetage erscheint er in den Jahren  
1421–35 fast ununterbrochen als Vertreter der Stadt  
Kulm und als eifriger Mitberater. Wiederholt wird er  
auf diesen Tagungen zum Abgesandten gewählt. 1427  
gesandter der Hochmeister Paul von Rusedorf ihn zu-  
sammen mit dem Bürgermeister von Danzig, Claus  
Bogge, zu König Erich von Dänemark, um dessen Zwist  
mit den Hansestädten Lübeck, Rostock, Stralsund und  
Wismar beizulegen; diesen Bemühungen war kein Er-  
folg beschieden. Auf dem Ständetag zu Thorn 1433  
wählt ihn der Hochmeister zusammen mit Vertretern  
des Ordens und den Bürgermeistern von Thorn und  
Danzig zum Abgesandten für Friedensverhandlungen  
mit Wladislaus, König von Polen. Auf den Stände-  
tagen zu Elbing 1434 und 1435 wird er zum Abge-  
sandten zu Verhandlungen mit dem Kaiser in der  
gleichen Frage bestimmt. 1435 läßt der Hochmeister St.  
wegen einiger freimütigen Äußerungen verhaften. Die  
preußischen Städte bemühen sich um seine Entlassung  
aus der Haft, und ihrer festen Haltung ist es zuzu-  
schreiben, daß der Hochmeister ihn freiläßt. Nach  
diesen Ereignissen erscheint St. nicht mehr unter den  
angegebenen Teilnehmern an den Stände- und Städte-  
tagen.

Quellen: M. Toeppen, Akten der Ständetage  
Preußens unter der Herrschaft des Deutschen Ordens  
Bd. 1, 1878. — Edw. Carstenn, Gesch. d. Hansestadt  
Elbing, 1937.

Herta Grunau

**Stottner, Paul. \* Königsberg (Pr.) 1862.  
VIII. 26. † ebd. 1941. IX. 20.**

Paul Moritz St., Textilkaufmann, M.: Charlotte  
Schwarzschild. — Nach Privatunterricht und Besuch des  
städtischen Gymnasiums in Königsberg (Reifeprü-  
fung 1880) studierte St. in Königsberg, Tübingen und  
Berlin alte Sprachen, Geschichte und Erdkunde. In  
Königsberg promovierte er 1885 und legte im folgen-  
den Jahre das Staatsexamen ab. Er wurde Oberlehrer  
am städtischen Realgymnasium, aber seine Tätigkeit

ging schon damals über seine Schule hinaus. Er arbeitete  
im Verein für die Geschichte von Ost- und Westpreußen  
und in der Altertumsgesellschaft „Prussia“ mit, half den  
Tiergarten und ein Freilicht- und Heimatmuseum schaf-  
fen und war die Seele des neu gegründeten Vereins  
zur Hebung des Fremdenverkehrs, dessen Zeitschrift  
„Wanderer durch Ost- und Westpreußen“ er ins Leben  
rief, anfänglich leitete und durch manchen Artikel be-  
reicherte. Voll auswirken konnten sich seine Fähig-  
keiten erst, als er 1910 Stadtschulrat seiner Vaterstadt  
wurde. Seinem Verhandlungsgeschick und seinem un-  
ermüdlischen Fleiß — bis zu seiner Pensionierung 1928  
nahm er keinen Urlaub — war es zu verdanken, daß  
das Königsberger Schulwesen einen großen Aufschwung  
sowohl in der Vermehrung der Zahl der Schulen wie  
in der Errichtung moderner Schulgebäude nahm. Sein  
und des Oberbürgermeisters Lohmeyer besonderes Ver-  
dienst ist die Überführung der privaten Mädchen-  
schulen in städtische Verwaltung (1924). Darüber hin-  
aus war er ein richtiger Kultursenator. Die meisten  
kulturellen Einrichtungen der Stadt sind durch seine  
Initiative geschaffen oder in der Notzeit der Inflation  
vor dem Zusammenbruch bewahrt worden: Volkshoch-  
schule, Stadtbibliothek, Stadtgeschichtliches Museum  
mit Kantmuseum, Stadttheater, Tiergarten, Sport-  
plätze, Bäder und Jugendherbergen; die Jugendher-  
berge in Rossitten wurde ihm zu Ehren benannt. St.  
verstand es, überall den richtigen Mann auf den rich-  
tigen Platz zu bringen und Mitarbeiter zu gewinnen.  
Er war auch die treibende Kraft bei zwei großen Feiern  
in den Jahren 1924 und 1930. Im ersten Jahr begingen  
die Stadt die Zweihundertjahrfeier der Zusammen-  
legung der drei Städte Altstadt, Kneiphof und Löbe-  
nicht zu einer Gesamtstadt und die Universität den  
200. Geburtstag Kants, bei dem unter Beteiligung von  
Vertretern aller Kulturnationen das neue Kantgrabmal  
eingeweiht wurde. 1930 gedachte die Provinz des Be-  
ginnnes der Eroberung Preußens durch den Deutschen  
Ritterorden (1231) mit dem Sammelwerk „Deutsche  
Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenlande“.  
Auf dem Felde der heimatischen Geschichtsforschung  
betätigte St. sich mit einer größeren Zahl von Ab-  
handlungen und Aufsätzen, die von der kurfürstlichen  
Zeit über die von ihm besonders geliebte Epoche der  
Steinschen Reformen und der Erhebung bis zur Gegen-  
wart reichten. St. nahm in der nationalliberalen,  
später Deutschen Volkspartei eine führende Stellung  
ein, war Mitglied des Vorstandes, Abgeordneter im  
Provinziallandtag und mit Wyneken (s. d.) und der  
„Allgemeinen Zeitung“ eng verbunden, in der er  
manchen Artikel redigierte. Nachdem er in den Ruhe-  
stand getreten und zum Städtältesten ernannt worden  
war, gönnte er sich die erste große Reise seines Lebens  
nach Italien, Griechenland und dem Vorderen Orient,  
arbeitete dann weiter an dem „Führer durch Königs-  
berg“ und an dem „Führer durch Ostpreußen“ in der  
Reihe der Meyerschen Reisebücher. Es war ihm eine  
Befriedigung, daß er als Vertreter Ostpreußens Mit-  
glied des preußischen Staatsrats wurde. Der Einbruch  
des Nationalsozialismus traf St., der evangelischer  
Konfession, aber jüdischer Abstammung war, schwer,  
nicht nur, weil ihm alle Ehrenämter genommen und  
seine von Brachert 1927 geschaffene Büste aus den  
Kunstsammlungen entfernt wurde, sondern weil er  
das Unheil über Deutschland kommen sah. Sein Trost  
war Goethe. Als er den Judensterne tragen sollte,  
machte er seinem Leben selbst ein Ende.

Quellen: Mentz, Nachruf im Jb. d. Albertus-  
Univ. II, 1952, S. 18–24. — Wernke Reg. — Foto  
der verlorenen Brachertschen Büste in: Deutsche Staa-  
tenbildung und deutsche Kultur im Preußenlande,  
Tafel 166.

Arthur Mentz

**Steutner von Sternfeld, Heinrich.  
† Pillau 1702 zw. VI. 23. und XII. 8.**

Im Jahre 1674 trat Kapitän Steutner aus den Diensten  
der Generalstaaten in die des Großen Kurfürsten über

*Carole Beckmann*

11

<sup>(Kommunales)</sup>  
II Stadtrat Dr. Weißstein in Hirschberg, auch in Kreislag  
(Kommun.) 1904-1919. ADP (Lichtes)